

NOUVEAU RECUEIL
DE
T R A I T É S

*d'Alliance, de Paix, de Trêve, de Neutralité,
de Commerce, de Limites, d'Echange etc. et de
plusieurs autres actes servant à la connoissance
des relations étrangères*

des Puissances et Etats

DE L'EUROPE

TANT DANS LEUR RAPPORT MUTUEL
QUE DANS CELUI ENVERS LES PUISSANCES
ET ETATS DANS D'AUTRES PARTIES DU GLOBE.
depuis 1808 jusqu'à présent.

*Tiré des copies publiées par autorité, des meilleures collections
particulières de traités et des auteurs les plus estimés.*

PAR

G E O. F R É D. D E M A R T E N S

continué par

F R É D É R I C S A A L F E L D

Tome VII. Seconde Partie.

1824 — 1828 incl.

À GOTTINGUE,
DANS LA LIBRAIRIE DE DIETERICH.

1 8 3 0.

*Traité de limites entre l'Hanovre et 1824
le royaume des Pays-Bas, signé à
Meppen le 2 Juillet 1824. et rati-
fié par l'Hanovre le 24 Septembre
de la même année.*

(Sur copie officielle.)

Nachdem Seine Majestät der König des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, auch König von Hannover und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc. etc.

Und Seine Majestät der König der Niederlande, Prinz von Oranien Nassau, Großherzog von Luxemburg etc. etc. etc.

zu mehrerer Befestigung der zwischen beiden Königreichen von Hannover und der Niederlande so glücklich bestehenden aufrichtigen Freundschaft und zur Erhaltung der Ruhe an der Grenze es nöthig erachtet haben, diese auf der ganzen Linie, wo beide Reiche sich berühren, zu berichtigen und festzusetzen, zugleich auch die zwischen den angrenzenden Unterthanen wegen gegenseitiger Verhältnisse hier und da obschwebenden Streitigkeiten möglichst zu schlichten, so wie endlich in Betreff der Grenzabwässerungs-Anstalten die für beide Staaten zweckdienlichsten Bestimmungen zu treffen, und in dieser Absicht Commissarien zu ernennen und zu bevollmächtigen geruhet haben, als

Seine Majestät der König von Hannover etc. Allerhöchst Ihren Regierungsrath den Doctor der Rechte Conrad Ferdinand Friedrich von Pestel-Bruche, Ritter des Königlich - Hannoverschen Guelphen - Ordens,

1824 Ihren Landrath den Doctor der Philosophie Clamor Ernst Georg Victor Freyherr von dem Bussche - Hünnefeld, und Ihren Wasserbau - Inspector Otto Die-drich Christian Friedrich Reinhold;

Und Seine Majestät der König der Niederlande etc. die Herren Maximilian Jacob De Man, Direc-teur der Kriegsarchive und des topographischen Bu-reaus, Ritter des Militair-Wilhelm-Ordens dritter Classe, Commandeur des Niederländischen Löwen-Ordens und Ritter des Preussischen rothen Adler-Ordens, zweiter Classe; Dr. Albertus Sandberg, Mit-glied der deputirten Staaten der Provinz Overyssel; Dr. Heinrich Guichart, Mitglied der deputirten Staa-ten der Provinz Groningen und Dr. Johann Lind-horst Homann, Mitglied der deputirten Staaten der Provinz Drenthe;

so sind diese Commissarien, nach gegenseitiger Auswechselung ihrer Vollmachten, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer höchst gebietenden Commit-ten ten über folgende Punkte mit einander übereinge-kommen:

ART. I. Bei der gegenwärtigen Regulirung und Bestimmung der Grenzen sind diejenigen Rezesse, welche unterm 16ten Mai 1548, 1ten Aug. 1659, 18ten Mai 1778, 1ten April und 3ten Septbr. 1779 und 26ten August und 9ten Septbr. 1801 über die Grenzen zwischen der Haanoverschen Grafschaft Bentheim und den Niederländischen Provinzen Overyssel und Drenthe, und unterm 27ten Octobr. und 10ten Novbr. 1764, den 11ten und 29ten Octobr. 1784 über die Grenzen zwischen dem Haanoverschen Kreise Meppen und den Niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe, so wie die unterm 24ten Juni 1636, 14ten März 1700, 28ten Aug. und 2ten Novbr. 1706 und 26ten Janr. 1723 über die Grenzen zwischen der Haanoverschen Provinz Ostfriesland und der Niederländischen Provinz Groningen abgeschlos-sen worden, zu Grunde gelegt; Da indessen diese Verträge theils die Grenze auf mehreren Puncten entweder überhaupt nicht angeben, oder doch nicht genau genug bestimmen, theils hinsichtlich der Grenz-abwässerungen keine genügende Bestimmungen ent-halten, so sind diese Mängel durch gegenwärtigen Tractat ergänzt worden, damit so wenig über den

einen, als andern Gegenstand ferner Irrungen Statt 1824 finden.

Uebrigens sollen alle in den gedachten Verträgen enthaltenen Bestimmungen, in so weit dieselben durch den gegenwärtigen Tractat weder im allgemeinen, noch besonders abgeändert und aufgehoben sind, ihre volle Kraft behalten.

ART. II. Die bisherigen Privatgerechtsamen der beiderseitigen Grenzbewohner auf dem einen oder andern Staatsgebiete, — sie mögen sich auf die im ersten Artikel angezogenen Grenz-Rezesse, oder auf sonstige Privat-Verträge, Besitz und Herkommen gründen, — sollen, in so fern selbige durch gegenwärtigen Tractat nicht besonders regulirt und festgesetzt worden, den Betheiligten vor wie nach verbleiben.

ART. III. Sobald die Grenzsteine, nach Statt gehabter Ratification des gegenwärtigen Tractats, gesetzt sein werden, soll eine durch beiderseits ernannte Geometer gefertigte topographische Grenzkarte, so wie eine topische Beschreibung der Grenzen mit den erforderlichen Croquis, worauf alle Grenzsteine, derselben Entfernungen und Winkel genau verzeichnet sind, durch beiderseitige Herren Commissarien ihren respectiven Gouvernements überreicht, inmittelst aber zur Erläuterung des gegenwärtigen Tractats diesem eine, nach einem kleineren Maafstabe gezeichnete, topographische General-Charte beigefügt werden.

ART. IV. Da, wo die Grenzlinie Gebäude durchschneidet, soll das ganze Gebäude der Landeshoheit desjenigen Staats unterworfen sein, in welchem der größte Theil desselben belegen ist;

Desgleichen soll die Grenzlinie, wo selbige unmittelbar an Wohnhäusern belegene Gärten durchschneidet, so um den Garten herumgezogen werden, das auch dieser zu dem Territorio gehöret, wozu das Haus gerechnet wird, so wie endlich, wenn die Grenzlinie zwischen Wohnhäusern und den nahe daran belegenen Nebengebäuden, oder Scheunen hergeht, sollen letztere hinsichtlich der Landeshoheit zu demjenigen Staate gehören, in welchem die Wohnhäuser belegen sind.

1824 Alle Fälle, wo obige Bestimmungen zur Anwendung kommen, sollen bei Setzung der Grenzsteine in der topischen Grenzbeschreibung besonders nahhaft gemacht, wie auch auf den Charten bemerkt werden, ob das von der Grenze durchschnittené Wohnhaus oder Gebäude Hannoversch oder Niederländisch sey.

ART. V. Nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Tractats, dürfen weder von Corporationen, noch von Privat-Personen des einen oder andern Staats, Gebäude näher als Einhundert Rheinländische Ruthen, oder Dreihundert sechs und siebenzig Niederländische Ellen und sieben Palmen, an der Grenzlinie erbauet werden.

Durch obige Bestimmung jedoch soll keinesweges das Hoheitsrecht beider Gouvernements überall an der Grenzlinie, wo selbige es künftig nöthig erachten mögten, Staatsgebäude anzulegen und Vertheidigungs-Anstalten jeder Art zu treffen, beschränkt werden.

ART. VI. Da, wo es zwischen angrenzenden Gemeinden beider Reiche hergebracht ist, das Vieh ductu naturae, oder ohne Hirten weiden zu lassen, soll dasselbe, wenn es widerrechtlich die Grenzlinie, wenn dieselbe zugleich Markengrenze ist, übertreten und nicht weiter wie funfzig Rheinländische Ruthen, oder Einhundert acht und achtzig Niederländische Ellen und vier Palmen, von der Grenze entfernt sein möchte, nicht geschüttet werden dürfen, sondern in diesem Fall soll es den Betheiligten nur erlaubt sein, das übergetretene Vieh wieder über die Grenze zurückzutreiben, ohne dasselbe zu jagen, oder zu hetzen.

Diese Bestimmung aber soll weder auf cultivirte, oder eingefriedigte Gründe, noch dann anwendbar sein, wenn das Vieh durch einen Hirten gehütet wird, oder auch, wenn dasselbe, dem zwischen einigen Gemeinden bestehenden Herkommen gemäfs, gar nicht über die Grenze kommen darf.

In diesen Fällen bleibt es den Betheiligten unbenommen, das übergetretene Vieh zu schütten und das landesübliche Schüttegeld zu fordern.

ART. VII. Den Grenzbewohnern, deren Eigenthum theils diefs- theils jenseits der Grenzen belegen ist, soll eine völlig freie Communication mit solchen Grundstücken, in soweit es zum Betriebe ihrer

Landwirthschaft nöthig ist, vorbehalten sein; mithin 1824 können die Besitzer solcher Grundstücke, Mist, Stroh, Streue und sonstigen Dünger für den Anbau ihrer Felder, so wie eine jede Art Feld-, Garten- und Baumfrüchte aus und einführen, ohne daß sie irgend einer Zoll- sei es Ein- oder Ausfuhr, Transito oder andern derartigen Abgaben unterworfen werden können. Sie brauchen blos durch Atteste ihrer Ortsbehörde nachzuweisen, daß sie jenseits der Grenzen ein Eigenthum besitzen und anbauen, dürfen sich aber den Besichtigungen und Durchsuchungen der Zoll- und Steuer-Aufseher, oder anderer zur Verhütung der Defraudation gesetzlich angestellten Officianten nicht entziehen; diese dagegen sind nur befugt, auf ihrem resp. Gebiete Visitationen anzustellen.

ART. VIII. In sofern durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Tractats einige Gebäude und sonstige Grundstücke zu einer andern Oberherrschaft übergehen mögten, als wozu sie bisher gehört haben, so sollen die Staats-Abgaben, welche gegenwärtig von derartigen Parceelen entrichtet werden, zwar für das Jahr Eintausend achthundert fünf und zwanzig zum Vortheil des bisherigen Landesherrn fortwähren, vom ersten Januar Eintausend achthundert sechs und zwanzig ab an aber diese Parceelen blos von dem Gouvernement besteuert werden, dessen Oberherrschaft selbige sodann unterworfen sind.

ART. IX. Wo die Grenzlinie Gründe durchschneidet, welche entweder zu Hannoverschen eigenbehörigen Colonaten, oder zu Niederländischen hoffhörigen Erben gehören, soll hinsichtlich deren gegenwärtigen Verhältnisse zu ihrem Gutsherrn keine Veränderung eintreten.

ART. X. Die Hannoversche Niederländische Grenze, von der Grafschaft Bentheim und der Provinz Overyssel angerechnet, fängt in der Gegend des sogenannten Welperveen, oder Heer an, woselbst sich das Hannoversche, Niederländische und Preussische Gebieth bei dem Punkte, Dreiland genannt, vereinigt und wo jetzt ein mit der Jahreszahl 1659 bezeichneter Grenzstein steht.

Von hier an läuft die Grenze in grader Linie und nordwestlicher Richtung nach dem auf dem so ge-

1824 nannten Marxplatze stehenden, mit obiger Jahreszahl und dem Bentheimischen und Burgundischen Wap- pen bezeichneten Grenzstein; sodann in mehr nörd- licher, immer grader Richtung nach dem am nördli- chen Fusse des sogenannten Paaschbülts, oder Scher- penbergs stehenden alten Grenzsteine: von diesem weiter durch des Hannoverschen Coloni Verbecken neuen Kamp und die Gemeinheit unfern der Dinkel östlich dieses kleinen Flusses nach dem in einem Ei- chenbusche stehenden alten, mit dem Bentheimischen und Burgundischen Wapen, jedoch mit keiner Jah- reszahl versehenen Grenzstein.

Obschon der in dieser Gegend nach Verbecken Hofe führende Weg der Länge nach von der Grenz- linie zum Theil durchschnitten wird, so soll derselbe doch ganz Hannoversch bleiben.

Von dem obgedachten Steine geht die Grenze wei- ter in grader Linie bis zu einem Punkte am rechten Ufer der Dinkel, welcher zehn Ruthen Rheinländ. oder sieben und dreißig Niederl. Ellen und sieben Palmen, rückwärts oder südwärts von dem in Gegen- wart der Commissarien in der Richtung der ange- blichen Markengrenze zwischen der Hannoverschen Gemeinde Gildehaus und der Niederländischen Ge- meinde Losser eingegrabenen Kreutze in das rechte Dinkel-Ufer fällt, dergestalt, daß zwischen beiden angegebenen Punkten auf zehn Ruthen Rheinl. oder sieben und dreißig Niederl. Ellen und sieben Palmen, Distance die Dinkel gemeinschaftlich bleibt und der Thalweg, oder die Mitte derselben die Landesgrenze daselbst bildet.

Diese geht dann weiter von diesem letzten in der Verlängerung der gedachten Markengrenze auf das rechte Dinkel-Ufer fallenden Punkte in grader Rich- tung auf einen andern, bei dem alten Hausplatze des Hannoverschen Coloni Overink, in einer Entfernung von vierzehn Rheinl. Ruthen, oder zwei und funfzig Niederl. Ellen sieben Palmen, vom Mittelpunkte der jetzigen steinernen Pütte, oder des Brunnens des ge- dachten Coloni, rück- oder westwärts nach der Din- kel hin festgesetzten Punkt.

Von hier läuft die Grenze weiter in grader Rich- tung nach einem mit der Jahreszahl 1659. dem Bent- heimischen Wapen und Burgundischen Kreutze be-

zeichneten Grenzsteine, welcher auf einer Anhöhe 1824 steht, woselbst ehemals der Twentische Galgen gestanden hat, und ferner in grader Richtung auf drei Fufs Rheinl. oder neun Niederl. Palmen westlich von dem daselbst noch vorhandenen Pfahl des ehemaligen Bentheimschen Galgen; Sodann in grader Linie durch die Haide auf einen alten Grenzstein, bezeichnet wie die vorigen, welcher an der westlich hervorspringenden Ecke des sogenannten Mersmans alten Kampe steht. Ferner gerade durch die Haide und des Hannoverschen Eingesessenen Kocks Gründe auf einen an beiden Seiten mit dem Bentheimischen Wappen versehenen Grenzstein westlich an der Bentheimschen Landwehr, welche Landwehr Hannoversches Territorium bleibt; Sodann westlich dieser Landwehr entlang bis da, wo diese auf die südliche Ecke des Veenkamp stößt; Dann an der Ostseite des Walles dieses Kamps her, und dann wieder westlich der Landwehr entlang, bis an die westliche Ecke des Holtherms Kamps, von wo die Grenzlinie an der Westseite des Wallgrabens der Hannoverschen Eingesessenen Holtherms, Piepers und Egberts Mathen herläuft bis auf den Grenzstein, welcher an der westlichen Ecke der benannten Egberts Mathe steht, und mit dem Bentheimischen und Burgundischen Wappen, ohne Jahreszahl bezeichnet ist.

Von diesem Steine geht die Grenze in grader Richtung auf den, an der einen Seite mit dem Bentheimischen Wappen und an der andern Seite mit dem Worte Twente bezeichneten Stein bei der sogenannten Sonnentelge, einem alten Eichen-Baume, welcher auf Hannoverschem Gebiete steht; Sodann durch das Haidfeld gradezu auf den auf einem kleinen Hügel, dem sogenannten Bergesken, auf den Kopf stehenden Stein, von welchem die Grenzlinie in einem rechten Winkel östlich nach dem Hannoverschen Territorio um drei Ruthen Rheinl. oder elf Niederl. Ellen und drei Palmen, einspringt, nemlich bis zur Mitte des gleich am Fusse dieses Hügels östlich seinen Anfang nehmenden sogenannten Rammelhaarweges, welcher gemeinschaftlich zwei und dreissig Rheinl. Fufs, oder zehn Niederl. Ellen, breit sein und an beiden Seiten mit Steinen abgesetzt werden soll. Von dem auf diese Entfernung zu setzenden Steine läuft die

1824 Grenzlinie der Mitte des genannten gemeinschaftlichen Rammelhaarweges in grader Linie entlang auf einen Piquetpfahl, welcher gegenüber der Einfahrt zu des Hannoverschen Coloni Zwartkamps Wohnung auf zehn Ruthen Reintl. oder sieben und dreissig Niederl. Ellen und sieben Palmen westlich von dessen Kamps-Ecke an der linken oder Nordseite derselben Einfahrt eingeschlagen ist, woselbst dem benannten Wege eine solche Richtung wird gegeben werden, daß die Mitte desselben auf vier und einer halben Ruthen Reintl. oder sechszehn Niederl. Ellen und neun Palmen, von der südwestlichen Ecke des Hannoverschen Coloni Hagelskamp Kamps westlich fällt, von wo aus sich solcher weiter auf den Mittelpunkt zwischen der südöstlichen Ecke des im Niederländischen belegenen sogenannten Vofs Kamps und der Scheidung zwischen den Hannoverschen Colonen Hagelskamp und Katters sive Rademakers Kämpen richtet, welcher Mittelpunkt circa vier und einer halben Ruthen Reintl. oder sechszehn Niederl. Ellen und neun Palmen, von der erwähnten südöstlichen Ecke des Vofs Kamps belegen ist. Von diesem Punkte soll die Mittellinie des Weges auf den jetzt bestehenden westlichen Graben des Katters sive Rademakers Kamp, und zwar auf einer Distanz von dreissig Ruthen Reintl. oder Einhundert dreizehn Niederl. Ellen, von der hervorspringenden nordwestlichen Ecke des letztbenannten Kamps, rück- oder südwärts ab an gemessen, gezogen, und die erwähnte Mittellinie von diesem Punkte ferner dergestalt dirigirt werden, daß dieselbe in nördlicher und grader Richtung auf fünf und zwanzig Ruthen Reintl. oder vier und neunzig Niederl. Ellen und zwei Palmen, Abstand von dem östlich des Schlagbaums vor Katters Kamp eingeschlagenen Piquetpfahle in das Alignment des übrigen Theiles des festgesetzten Rammelhaarweges fällt, und sich dann damit vereinigt.

Durch diese Bestimmung wird also, nach Abzug der Breite des halben Weges, höchstens ein Dreieck von der nordwestlichen Ecke des Katters sive Rademakers Kamp abgeschnitten werden, welches zwei und einer halben Ruthen Reintl. oder neun Niederl. Ellen vier Palmen, zur Höhe und dreissig dergleichen Ruthen, oder Einhundert dreizehn Niederl. Ellen, Basis hat, und zum Niederländischen Gebiete ge-

hört. Diese Richtung soll bei der Setzung der Grenz- 1824
steine näher angegeben werden.

Das vorbenannte *Alignement*, oder die Mittellinie des Weges wird durch den so eben bemerkten, auf fünf und zwanzig Ruthen Rheinl. oder vier und neunzig Niederl. Ellen zwei Palmen, nordwärts des Schlagbaums vor Kalters sive Rademakers Kamp eingeschlagenen Piquetpfahl, so wie durch den auf zwei Ruthen Rheinl. oder sieben Niederl. Ellen fünf Palmen, westlich von der südlichen Ecke des Hannoverschen Colonen Schütte oder Schütmans Kamp angenommenen Punct bestimmt, und fällt sodann in den vorbenannten Schütmans Kamp bereits bestehenden Weg, welcher von da bis zum Steine Nr. 11. im Walle des dem Hannoverschen Colono Rammelkamp zugehörigen Twenterkamp an dem Rammelbache, ebenfalls begründet werden soll, dergestalt, daß die Mittellinie des Weges auch bis dahin die Grenze bildet.

ART. XI. Der Gebrauch des hier vorbeschriebenen gemeinschaftlichen Rammelhaarweges soll für die Eingesessenen beider Staaten, sowohl in commercieller, als sonstiger Hinsicht, frei und unbehindert sein und bleiben.

ART. XII. Von dem im Art. X. zuletzt gedachten Steine an dem Rammelbache läuft die Grenze zufolge des am 1sten April und 3ten Septbr. 1779 zwischen der Grafschaft Bentheim und der Provinz Overijssel abgeschlossenen Vergleichsrecesses auf die dem gemeinschaftlichen Rammelbache entlang vorhandenen Steine Nr. 10. 9. 8. 7. 6. 5. 3. 2., und 1. Dieser letzte Stein steht am Ende des Rammelbaches, an der östlichen Ecke des Strootmans Kampes.

Es ist aber hierbei zu bemerken, daß, von dem Steine Nr. 7. an, die Grenze nicht dem seitdem oben angezogenen *Convenant* grade durchgegrabenen Rammelbache bis an Wolfs Kampe entlang laufe, sondern sich nach dem alten, noch sichtbaren Laufe des Rammelbaches östlich in Rammelkamps Heuberge wendet, worin sie drei Wendungen macht, die ein kleines Viereck bilden und dann in Rammelkamps Heuberge sich wieder an den Punct schließt, wo der neu durchgegrabene Rammelbach zwischen Wolfs

1824 Kamp und Rammelkamps Heuberge in den alten beibehaltenen und ferner die Grenze bildenden Bach wieder fällt.

ART. XIII. Die in dem angezogenen Vergleichsrezesse vom Jahre 1779 festgesetzte jährliche Besichtigung die Landesgrenze vorbeschriebenermaassen bildenden Rammelbaches, soll fernerhin am ersten Montage im Monat September jeden Jahres von den beiderseitigen betreffenden Ortsobrigkeiten vorgenommen und von denselben für die Aufräumung des Baches durch die betreffenden beiderseitigen Commünen gesorgt werden, auch diese in ihrer Gegenwart geschehen.

ART. XIV. Von dem Steine an der östlichen Ecke des Strootmans-Kampes läuft die Grenze weiter in grader Linie auf einen Kieselstein, in der Nähe des sogenannten Fuhlen-Deiches, oder Weges von Nordhoru nach Ootmarsum belegen; Sodann queer über diesen Deich oder Weg in grader Richtung auf einen Kieselstein östlich des dabei belegenden sogenannten Bergs-Venne, welcher Stein auch angeblich zugleich der Scheidestein zwischen Frensdorf, Brecklenkamp und Lattrup ist; Von hier durch das Haidfeld gradezu auf eine Kreuzkuhle im sogenannten Waterings-Pool, ehemals Wateringer Blanke, auch Tibben-Pool genannt, woselbst ein Pfahl steht; dann auf einen Ort im Venne, die Plesche oder Vledder genannt, in grader Linie durch das Haidfeld, und weiter durch eine alte Kreuzkuhle nördlich des Weges von Frenswegen grade auf den sogenannten Scheidebült, worauf ein Sand-Stein ohne Jahreszahl und Merkzeichen steht, welcher angeblich zugleich die Markenscheidung zwischen den Hannoverschen Bauerschaften Frensdorf und Grasdorf und der westlich belegenden Niederländischen Bauerschaft Brecklenkamp, so wie der Scheidpunct zwischen der Ober- und Niedergrafschaft Bentheim ist.

Von diesem Steine weiter in grader Linie durch das Haidfeld auf einen Hügel, westlich eines Wasserpfuhs, Pispot genannt, belegen; Von hier in derselben Richtung auf eine nördlich belegene Kreuzkuhle, bei einem jetzt daselbst befindlichen Wacholder-Sträucher; ferner grade auf einen andern Punct an der Ostseite des Weges welcher dem Grünlaude, dem sogenannten Brecklenkamper-Schiephorst, entlangs läuft;

Sodann in grader Linie auf einen Punct in der Richtung auf die sogenannte Kalverlage zu, welcher an der Grasdorfer Schiphorst und südöstlich von der Ecke des Kalverlagen-Kamps, das neue Land genannt, liegt, von wo die Grenze durch das Haidfeld in grader Richtung und nach Westen hin sich drehend, hart an den sogenannten runden Bült nordwestlich entlang läuft, in der Richtung auf die Scheune des Bentheimschen Coloni Bucht bis am kleinen Brecklenkamper Eichelkamp an der Ostseite von Buchtshede oder Wall; dann dieser Hede oder Walle, welche auf Hannoverschem Gebiete, belegen, entlang bis an obgedachte Buchts-Scheune.

ART. XV. Die vorbeschriebene Territoriallinie vom Scheidebült an, bis zur Buchtsscheune ist zugleich zur Markenscheidung zwischen der Hannoverschen Bauerschaft Grasdorf und der Niederländischen Bauerschaft Brecklenkamp, nach Anhörung der beiderseitigen Interessenten, für immer angenommen und festgesetzt worden, so wie dieselbe als solche hierdurch angenommen und festgesetzt wird.

ART. XVI. Da der auf der Grenze wohnende Hannoversche Colon Bucht mit seinem Vieh und Acker-Fuhrwerke zu seinen auf Hannoverschen Gebiete belegenen Aeckern und Wiesen nicht gelangen kann, ohne das Niederländische Gebieth damit zu betreten, wozu derselbe auch immer berechtigt gewesen ist, so soll ihm von seiner Scheune an bis zu dem östlich des im Art. XIV. erwähnten Brecklenkamper Eichelkamps belegenen Schlagbaume in seiner Hecke, woran die Grenzlinie südöstlich hergethet, ein Weg von zwanzig Rheinl. Fufs Breite über die Territoriallinie, oder sechs Niederl. Ellen und zwei Palmen, und von fünfzig bis sechzig Ruthen Rheinl. oder Einhundert acht und achtzig bis zweihundert sechs und zwanzig Niederl. Ellen, Länge ferner verbleiben.

ART. XVII. Von Bucht-Scheune geht die Grenzlinie auf einen Piquetpfaß an des Niederländischen Colonen Rottmann, auf Hannoverschen Gebiete belegenen Backhause südöstlich her; von da auf den Weekebrook, über ein Grundstück, die Horst genannt, circa anderthalb Rheinl. Ruthen, oder fünf Niederl. Ellen und sechs Palmen, nordwestlich vom

1824 Aussengraben; Ferner auf einen Pfahl, circa zwölf Ruthen Rheinl. oder fünf und vierzig Niederl. Ellen und zwei Palmen, südöstlich des Lagischen Colonen Waaners Hause im Felde; dann auf eine kleine Brücke oder Bolle, östlich des Hannoverschen Colonen Broockhaus, von da auf einen Punct im sogenannten Küpersfeld, weiter auf einen engen Fahrweg, genannt die ruwe-Steege, da wo selbiger sich krümmt, nahe bei dem Schlagbaum des Küpers Feld, und endlich von da in grader Richtung über den alten Hausplatz oder Garten des Coloni Seisen und über einen Schlagbaum oder Heck bei Maatmanns Heüerhause auf den Schornstein des Hannoverschen Colonen Maatmanns Wohnhauses.

Von hier in grader Richtung auf das sogenannte Spiek, auch Dinkel Funder genannt; Sodann grade durch die Gründe der Colonen Drost von Hesingen und Fuhlmann über des Niederländischen Colonen Rupen Hoff bis zum Schlagbaum daselbst; Ferner in grader Linie zwischen dem Haller und Hesinger Felde her durch einen Kamp des Coloni Warsmann zu Halle, das Warsing Eyland genannt; weiter durch die Hesniger Gemeinheit auf einen Stein, ohne Zahl und Zeichen, der im Walle einer Wiese, die Pferde Mathe genannt, am Wege von Ulsen nach Ootmarsum steht. Von diesem Steine in grader Richtung durch Holthues Grundstücke und durch das Hallerfeld, so wie des Colonen Schadelbusch Gründe bei dessen Hause über den alten Hausplatz auf den Teich, oder Wasserpfuhl desselben: Sodann in nemlicher Richtung durch das Hesniger Feld auf den sogenannten Fischteich des Schulzen zu Nielingen.

Von hier weiter in westlicher Richtung durch die Grundstücke des gedachten Schulzen und das Pferdefeld grade nach dem Steine auf dem sogenannten Paalbütte, oder Pfahlberge, und dann in nördlicher Richtung, so wie westlich des Hauses des Coloni Pauss Westerhoff her gradezu über einen Hügel der Galgenbült oder Galgenberg genannt, auf den Stein am sogenannten Brandbült stehend, in der Nähe der sogenannten Manderströhe, auch Manderkamp genannt; Sodann in westlicher Richtung durch das Haidfeld und nördlich an Feldküpers Kamp her auf einen Kieselstein, oder an Veddeler Ströhe oder Kamp,

nördlich von Mander Ströhe oder Kamp befindlich 1824 ist; von hier in grader und zwar westlicher Richtung durch das Haidfeld, welches südlich der Grenze die Wagenbüsche heist, auf einen Stein ohne Merkzeichen im Felde, am Wege nach Almelo ohnweit Gotjan; Ferner in grader Linie durch das Haidfeld, die Manderkante und das Manderfeld genannt, so wie quer durch die Wege von Almelo nach Getelo, von Getelo nach Mandern und den Dwarswenne-Weg auf einen Stein in der Topfhaide, auch Stein in der Geteler Ruen genannt, und dann in nemlicher Richtung auf einen Stein an der Mander Hundegräfte.

Der nächste Stein, worauf die Grenze grade zugethet, findet sich an der Dwarssbecke, oder Kattenunlande, auch Kummerkamp genannt, und von hier läuft selbige auf einen Stein bei den sogenannten Getelersüsen, oder alten Weizen Lande, mitunter auch Kummerkamp genannt: Sodann auf einen Stein im Heidenhoek am Scholten Kampe, oder südlich Schüürmanns, oder Herings Kampe, hinter Brinks Mathe stehend, weiter in grader Richtung nordwestlich an den Eldersgraben her, auf den Punct, wo der gedachte Graben die Gottersbecke durchschneidet, und von da gradezu auf den Stein auf dem sogenannten Müntjes-Berge.

ART. XVIII. Infolge des bereits angezogenen Grenz-Recesses vom 1ten April und 3ten Septbr. 1779 geht die Grenzlinie vom vorherbesagten Steine auf den Müntjes-Berge in grader Linie nach dem folgenden Stein, welcher neben der südlichen Ecke der alten Mathe des Albert Mensen gesetzt ist: Von da grade auf den Stein an der westlichen Ecke obengenannter Mathe; ferner auf den vierten Grenzstein, welcher ohngefähr in der Mitte der Grenzlinie nach dem bestimmten Puncte auf dem Stryper Deiche steht: Dann in grader Richtung nach dem fünften Stein auf gedachtem Deiche, oder Wege von Sipelko nach Strype und zwar in nordwestlicher Richtung.

Von diesem Steine wendet sich die Grenze mehr nördlich durch das Itterbecker und Balderhaarer Venne und läuft auf den sechsten Stein, welcher an der nordwestlichen Ecke der auf Hannoverschem Gebietheliegenen Herm Balderhaars Weide steht.

1824 Von letztgenanntem Punkte läuft die Grenze in grader Linie auf den alten Grenzstein, der neben dem Backhause, ohnweit und westlich des Wohnhauses des Coloni Grosse Balderhaar befindlich und mit dem Bentheimischen und Burgundischen Wappen bezeichnet ist. Von hier weiter durch das Haidfeld in grader Richtung auf den Stein, welcher circa siebenzig Ruthen Rheinh. oder Zweihundert drei und sechzig Niederl. Ellen und sieben Palmen, von dem Wirthshause des Crull entfernt, hinter Amsings Hause auf der Vennebrügge oder Belt steht, und nicht bezeichnet ist.

Von diesem Steine in grader Richtung auf die Quelle, welche hart am Wyler Holze, oder westlich beim Hause des Coloni Wellenwerth entspringt neben einem großen Büchenbaume, der auf Hannoverschem Territorio steht.

Von gedächter Quelle geht die Grenze weiter dem, von derselben bis zum Radewyker Bache, zwischen den Gründen der Colonen Wellenwerth, Snieders, Junghans und Balderhaar herlaufenden Graben, die Wellbecke oder Springe genannt, entlang, bis auf den Punct, wo dieser Graben in nordöstlicher Richtung in den Radewyker Bach sich ergießt: von wo an letztbenannter Bach in östlicher Richtung bis zu dem Graben, welcher die Wiesen des Hannoverschen Coloni Schültmann und des Niederländischen Coloni Tackman scheidet, gemeinschaftlich ist und die Grenze bildet.

Von da weiter in nördlicher und grader Richtung dem gemeinschaftlichen Graben entlang, auf den Stein in Schültmanns Kamp, welcher mit dem Burgundischen Kreutze gezeichnet ist.

ART. XIX. Vorgedachter Radewyler Bach soll, wie bisher geschehen, fernerhin von den Eingesessenen der Hannoverschen Bauerschaften Iterbecke, Wyle und Balderhaar und den Eingesessenen der Niederländischen Bauerschaft Radewyk, so weit selbige gemeinschaftlich ist und die Grenze bildet, jährlich zur bequemen Jahreszeit geräumt und von beiderseitigen Orts-Behörden geschauet und stets in schaufreien Abwässerungs-Stand gemeinschaftlich gehalten werden.

ART. XX. Von dem Steine auf Schültmanns Kamp geht die Grenzlinie in grader und nordwestli-

cher Richtung auf den sogenannten Melenberg, wo-
selbst ein bis auf den Grund abgebrochener Sandstein 1824
steht, welcher auch der hohe Stein genannt wird.

ART. XXI. Da die in dem Grenzvertrage vom
Jahre 1548 schon festgesetzte Theilung des zwischen
dem Melenberg und dem Stein bei Schültmann nach
Laarwald hin auf Hannoverschem Grundgebiete be-
legenen Venne, zur einen Hälfte behuf der Hanno-
verschen Eingessenen von Laarwald und zur an-
dern Hälfte behuf der Niederländischen Eingesse-
nen von Holtheem und de Velde, noch immer nicht
in Vollziehung gesetzt worden, so ist man nunmehr
dahin übereingekommen, daß die benannten Nieder-
ländischen Bauerschaften Holtheem und de Velde für
ihre völlige Abfindung, wegen des quästionirten Venne,
eine mit Steinen abzusetzende Fläche von sechzig
Tausend dreihundert vier und achtzig vierkante Ru-
then Rheinl. oder achthundert sechs und funfzig Tau-
send achthundert sechzig vierkante Ellen und vier
Palmen Niederl. paralell mit der Grenzlinie, erhalten,
welcher Flächenraum von dem hohen Steine oder
Melenberg an bis zu der zweihundert funfzig Ru-
then Rheinl. oder Neunhundert ein und vierzig Nie-
derl. Ellen und acht Palmen, vom Steine bei Schült-
mann in nordwestlicher Richtung bei dem Radewiker
Sandplatz belegenen Hütte, eine Basis von acht Hun-
dert acht und achtzig Ruthen Rheinl. oder drei Tau-
send dreihundert fünf und vierzig Niederl. Ellen und
vier Palmen, und östlich der Territoriallinie eine über-
all gleiche Breite von acht und sechzig Ruthen Rheinl.
oder Zweihundert sechs und funfzig Niederl. Ellen
und zwei Palmen hat.

ART. XXII. Von dem im Art. XX. zuletzt be-
merkten Steine läuft die Grenze weiter grade auf den
sogenannten lagen Stein, welcher ein Kieselstein, ohne
Merkzeichen, und vor der sogenannten Rouwslinge
belegen ist. Sodann über den Hausplatz der ehema-
ligen Puffers-Hütte, dem Graben der Landwehr ent-
lang bis an die Sellandsche, oder Toren-Stege, der-
gestalt, daß die Landwehr auf Niederländischen Ge-
biete befindlich ist, und der an der Ostseite dersel-
ben herlaufende Graben die Grenze bildet.

ART. XXIII. Die alte Wasserleitung, welche auf
Hannoverschem Gebiete bei der sogenannten Puffers-

1824 Hütte aus der rouwen-Riete an des kleinen Eykenhorst Lande und sodann an des großen Eykenhorst Wiesengründe hergeht, so wie die Hauptwasserleitung, welche das Wasser aus dasiger Gegend bei dem Erbe große Eykenhorst von der Heesterkante auf Hannoverschem Territorio in die Fichte führt, sollen von den betreffenden Hannoverschen Eingesessenen jährlich geräumt und in schaufreien Stande erhalten werden. Dagegen aber soll Niederländischer Seits dem Ablaufe des Wassers bei der Rouwschlinge oder Landwehr nach den Niederlanden hin kein Hindernis in den Weg gelegt und daher der daselbst vor einigen Jahren angelegte und noch vorhandene Damm gleich nach erfolgter Setzung der Grenzsteine wieder niedergeworfen und gänzlich geebnet werden.

ART. XXIV. Von der Sallandschen oder Toren Stege geht die Grenze der Hecke und dem Graben entlang, westlich vor Hendriks Hause her, nach einem Punkte am linken Ufer der Vechte an der nordöstlichen Ecke des Kampes des Coloni Eikenhorst, wo ehemals dem Hause der Erben von Vos gegenüber ein Grenzpfahl gestanden hat; Von hier quer über die Vechte auf einen abgehauenen Stein, welcher an der Laarschen Mathe, die lage Holhorts genännt, steht; Von diesem Steine weiter dem westlichem Walle des Hannoverschen Fahrweges, welcher von Laar nach der Laarschen Brücke führt, entlang, bis westlich vor dem Hause des Ackermannes Albert Remeler oder Remeling her; Dann über dessen und J. Ems Lande bis zu dem Punkte an dem Graben zwischen Köhler und letztgenannten Ackerlande von Ems, woselbst die Grenze in den Graben fällt, welcher dem Lande von Mülder, Paus, Klokhorst, Ampsing und Levegrave entlang läuft und die Grenze bildet, bis zu einem Steine, bezeichnet Nr. 16. woselbst die Grafschaft Bentheim und die Provinzen Overyssel und Drenthe zusammen stossen.

ART. XXV. Die sogenannte kleine Vechte bei Coeverden auf Niederländischem Gebiete soll zur Beförderung des Ablaufs des Wassers der in dieselbe einmündenden Bäche Niederländischer Seits jährlich gehörig aufgeräumt werden.

ART. XXVI. Von dem in Art. XXIV. zuletzt genannten Punkte geht die Grenzlinie, zufolge der

Bestimmungen im Grenzrecesse vom 26ten Aug. 1824 und 9ten Septbr. 1801. zwischen der Grafschaft Bentheim und der damaligen Landschaft Drenthe, auf den mit Nr. 15. bezeichneten Stein, wo Swiers Mathe, die vier Tagwerke von Dallhoff und die Buchhorst sich berühren, ferner auf die Steine Nr. 14. und 13., welche auf beide Ecken des an der Coeverdenschens Marsch belegenen sogenannten wilden Zuschlages, oder Brüggemans Mathe stehen, dann auf den Stein Nr. 12. bei dem sogenannten Hesselsgatt, an der südwestlichen Ecke der Coeverdenschens Marsch, von hier dem um dieselbe befindlichen Graben entlang durch das Bruch und die Weidegründe, die Heege genannt, auf den Stein Nr. 11., welcher an der nördlichen Ecke des Herfs Kämpchen stehet; Sodann in grader Richtung auf den in der Heege, oder sieben Schlägen befindlichen Stein Nr. 10., und weiter auf den an der äußersten westlichen Ecke des Schippers Borgbrinks Kamps stehenden Stein Nr. 9. welcher Kamp ganz Hannoversch bleibt. Von letztgedachtem Punkte auf den Stein Nr. 8., welcher an der südlichen Ecke des gedachten Schippers Borgbrinks Kamp stehet; dann auf den Stein Nr. 7., in der sogenannten Vrouwen Mathe; Ferner auf den Stein Nr. 6. welcher auf dem Wegdamme nach Coeverden, gegenüber der äußersten Ecke der besagten sogenannten Vrouwen Mathe steht; von hier auf den Stein Nr. 5., auf besagtem Wegdamme, gegenüber des Wesselinkschen Grabens; weiter auf den Stein Nr. 4. an dem Punkte, wo die Water und Galgen-Mathe zusammen laufen; Von da auf den Stein Nr. 3. welcher an der Ecke von Wesselinks hohen Mathe befindlich ist; Sodann auf den Stein Nr. 2. auf der Ecke des dem Colono Icken zugehörigen Halveskamp, und endlich der westlichen Einfriedigung der Bentheimischen Colonen Icken und Buss Grundstücke entlang bis auf den Stein Nr. 1. bei dem sogenannten Schonebecker Tief, am Graben des Kötters Buss Mathe; von wo aus die Aa auch Schonebecker Tief genannt, ihrem jetzigen krummen Laufe nach die Landesgrenze bis an den sogenannten Twist bildet.

Beim Anfange des Twistes aber, und zwar an den zusammenstolsenden Ecken von G. Steffens, G. Slaats und J. Niers Grundstücken, theilt sich die Aa

1824 in den Süder- und Norderstrang oder Becke, wovon der Süderstrang die gemeinschaftliche Grenze bildet bis zu dem Steine, welcher nach vorgenommener vergleichmäßigen, unten näher anzugebenden Theilung des Compascui im Twist, am linken Ufer des süder Aa Stranges dem südlichen Ende der Theilungslinie gegenüber gesetzt werden soll. Dieser Stein wird dann der letzte Grenzpunkt zwischen der Grafschaft Bentheim und der Provinz Drenthe, so wie der Anfangspunct der Grenze zwischen dem Kreise Meppen und Drenthe sein.

ART. XXVII. Das vorbesagte Schonebecker Tief, oder die Aa, vom Steine Nr. 1. hinter Eschorbrügge an bis zum letztbeschriebenen Steine an dem Twist, soll jährlich zweimal und zwar in den Monaten Mai und August von denen von Alters her dazu verpflichtet gewesen beiderseitigen Eingesessenen aufgeräumt und in schaufreien Stande unterhalten, auch durch beiderseitigen Ortsbehörden jährlich geschaut und von ihnen keine Hindernisse einer guten und freien Abwässerung geduldet werden.

ART. XXVIII. Das in dem Grenz-Vergleiche zwischen dem ehemaligen Münsterlande und den Niederlanden vom Jahre 1764 und 1784 näher bezeichnete Compascuum im Twist wird getheilt und soll die Theilungslinie des Compascui daselbst zugleich die Territorial-Grenzlinie bilden.

Die Theilung ist, mit ertheilter Zustimmung beiderseits Betheiligten, auf folgende Art regulirt worden.

1. Derjenige Theil des Compascui, welcher östlich der bisherigen Territoriallinie auf Hannoverschem Grundgebiete liegt, wird den Hannoverschen Gemeinheiten Ruhle, Gros- und Klein-Hesepe und etwa sonst noch berechtigten Hannoverschen Unterthanen vorab als privatives Eigenthum überlassen.

2. Von dem übrigen Theile desselben, welcher westlich der bisherigen Territoriallinie, liegt, und zwischen derselben und den beiden Armen der Aa, ein Dreieck bildet, soll die eine Hälfte den vorbenannten Hannoverschen Gemeinheiten Ruhle, Gros- und Klein-Hesepe und die andere der Niederländischen Gemeinheit Schonebeck als privatives Eigenthum getheilt und überlassen werden.

3. Die Theilungslinie soll aus dem Mittelpuncte 1824 des südöstlichen Endes des Grabens welcher die, östlich der bisherigen Territoriallinie, ohnfern des rechten Ufers des Norderstranges der Aa belegenden, Ländereien des Niederländischen Eingesessenen Heckmann einschließt, in grader Richtung dergestalt auf das rechte Ufer des Süderstranges der Aa gezogen werden, dafs vorläufig beide Theile an Flächen-Inhalt gleich groß werden.

4. Durch diese Theilung fällt diejenige Fläche Grundes, auf welcher vormals die Hanneken-Boe gestanden, so wie der von dem Hanneken dabei private benutzte Grasgrund ganz in den Hannoverschen Theil des Compascui und wird privatives Eigenthum der Gemeinheiten Ruhle, Groß- und Klein-Hesepe; Dagegen wird derjenige Flächenraum, welcher zwischen der bisherigen Territorial-Grenze und der vorhin sub 3. beschriebenen Theilungslinie außerhalb des Norderstranges der Aa und bis zu den gedachten Ländereien des Heckmanns auf bisherigem Hannoverschen Gebiete belegen ist, nunmehr privatives Eigenthum der Schonebecker; Weil aber dieser Flächenraum kleiner als der Flächeninhalt der Hanneken Boe und des dazu gehörig gewesenen privaten Grundes ist, so soll die Gemeinheit Schonebeck dadurch dafür entschädigt werden, dafs ihre Hälfte des vorhin sub 2. gedachten Theils des Compascui um soviel größer wird, als die erwähnte Differenz beträgt, und hiernach die Theilungslinie ihre definitive Richtung auf den Süderstrang der Aa erhält.

5. Hierbei wird Niederländischer Seits auf alle Entschädigungs-Ansprüche welche von Niederländischen Unterthanen wegen vormals auf Hannoverschem Grundgebiete besessener Boen, oder sonst etwa gemacht werden könnten, Verzicht geleistet und sollen derartige etwa gegründete Ansprüche von der Niederländischen Gemeinheit Schonebeck befriedigt werden; wogegen

6. nicht weniger die Hannoverschen berechtigten Gemeinheiten auf dem von dem Hanneken soust bezahlten Canon von jährlich sechs Gulden verzichten.

7. Die Theilungslinie des Compascui, und bis zu dem vorhin sub 3. gedachten südöstlichen Ende des

1824 Grabens um die Ländereien des Heckmanns, soll durch einen oben zwölf Fufs Rheinl. oder drei Niederl. Ellen und acht Palmen breiten Graben, dessen Tiefe der schaufreien Tiefe des Norder- und Süderstranges der Aa gleich sein soll, bezeichnet werden.

Dieser Graben, über welchen weder Steg noch Brücke als mit Zustimmung beiderseits Betheiligten angelegt werden darf, soll auf gemeinschaftliche Kosten ausgeworfen werden, und beiderseitige Unterthanen, jeder Theil zur Hälfte den Grund dazu hergeben.

Auch soll der mehrerwähnte Graben, um die Ländereien des Heckmanns von dem südöstlichen Ende desselben ab an, bis da, wo dessen westliche Wendung die bisherige Territoriallinie berührt, zwar auf Hannoverschem Grundgebieth, jedoch auf gemeinschaftliche Kosten der beiderseitigen Hannoverschen und Niederländischen Communen zur nemlichen Breite und Tiefe, wie der vorgedachte Theilungsgraben des Compascui, ausgeworfen werden.

Beide Graben sollen von den betreffenden Gemeinheiten allezeit gehörig aufgeräumt und in schaufreien Stande unterhalten, zu diesem Zwecke auch alljährlich von beiderseitigen Ortsbehörden geschauet werden.

8. Nach geschehener Theilung des Compascui soll es beiderseitigen Unterthanen untersagt sein, ihr Vieh auf der andern Theil weiden zu lassen, oder durch denselben zu treiben.

ART. XXIX. Da, wie bereits erwähnt worden, der Theilungsgraben des Compascui zugleich die Territorialgrenze bilden soll, so wird der in den Conventions von 1764 und 1784 bezeichnete Grenzstein Nr. 1. von seiner jetzigen Stelle auf denjenigen Punct auf dem linken Ufer des Süderstranges der Aa versetzt, wo die im vorigen Artikel sub 3 et 4. beschriebene Theilungslinie solches Ufer durchschneidet. Der bisher südlich von Heckmans-Boe gestandene Grenzstein Nr. 2. soll an die südwestliche Ecke des mehrgedachten ostwärts der Ländereien von Heckman vorhandenen Grabens auf Niederländischem Grundgebieth gesetzt werden. Von diesem Puncte geht die Grenze in nördlicher Richtung der Mitte dieses Grabens entlang, so wie derselbe jetzt besteht. Auf die nordöstliche Ecke dieses Grabens, nachdem derselbe auf

die im Art. XXVIII. bestimmte Breite gebracht sein 1824 wird, soll ein neuer Grenzstein der Mittellinie des Grabens gegenüber, so wie dieser jetzt nördlich von Heckmans-Boe vorhanden ist, auf Hannoverschen Gebieth gesetzt werden. Von diesem Steine folgt die Grenze westlich der so eben benannten Mittellinie bis dahin, wo diese die alte Territoriallinie wieder berührt und wo gleichfalls ein neuer Grenzstein gesetzt werden soll.

ART. XXX. Von dem hiernach auf das linke Ufer des Süderstranges der Aa zu setzenden ersten Grenzstein zwischen dem Kreise Meppen und der Provinz Drenthe bis an den vorhin bezeichneten Punct nördlich der Heckmans-Boe auf der alten Territoriallinie bildet die Mittellinie des zu ziehenden gemeinschaftlichen Grabens die Territorial-Grenze.

ART. XXXI. Von ebengedachtem Puncte nördlich der Heckmans-Boe geht die Grenze in grader Linie weiter in derselben Richtung und nach denselben Puncten, die in den Conventions von 1764 und 1784 beschrieben sind. Der nächste Stein nach Heckmans-Boe also steht westlich ohnweit Deckers Haus und des Hebler Meeres auf der Stelle, wo die Grenzlinie den sogenannten von Martels Graben zwischen dem Hebler und schwarzen Meere so durchschneidet, daß ein Drittheil nach dem Hebler und zwei Drittheile nach der Seite vom schwarzen Meere von diesem Graben abgeschnitten werden:

Dieser Stein ist mit Nr. 3. bezeichnet. Der folgende Stein Nr. 4. worauf die Grenzlinie in grader und nördlicher Richtung ferner zugehet, stehet am schwarzen Berge neben Tholen Hause.

ART. XXXII. Hinsichtlich des Compascui westlich der Territoriallinie auf Niederländischem Gebieth in der Gegend des schwarzen und Hebler Meers belegen, worin die Hannoverschen Gemeinheiten Wesuwe und Versen nach Art. 5. des Conventions vom 11ten October 1784, mit ihren Kühen und Schafen bis an das schwarze Meer zu weiden berechtigt sind, so wie in Betreff des Compascui in der Gegend vom Grenzstein zwischen dem schwarzen und Hebler Meer bis zum Steine am Schwarzenberge, in welchen den Hannoverschen Gemeinheiten Alten-Haren, Ober-

1824 und Niederlangen, nach Art. 7. des obgedachten Conventions vom Jahre 1784, das Mittweiderecht für ihr Vieh, so wie solches daselbst stipulirt worden, bis an die Aa verblieben ist, werden den benannten Hannoverschen Gemeinheiten diese, in jenem Convent stipulirten Gerechtsamen ferner vorbehalten, in so fern nemlich letzterwähntes Compascuum nicht schon zum Theil durch den am 24ten Septbr. 1817 abgeschlossenen Vergleich zwischen den Hannoverschen Interessenten zu Alten-Haren, Ober- und Niederlangen einer, und den Niederländischen Interessenten zu Emmen und Westenesch andererseits vertheilt worden ist.

ART. XXXIII. Von dem im Art. XXXI. bemerkten Steine am Schwarzenberge geht die Grenze in grader Linie an den Gärten der Lintelohr Colonisten westlich und hinter deren Häusern in geringer Entfernung her auf die hervorspringende östliche Ecke von Mönnecken-Moor, wo der fünfte Grenzstein steht; von da in grader Richtung auf den Thurm von ter Apel zu, nach dem sechsten Grenzsteine am Baarenfleer; dann bis zu dem mit Nr. 7. bezeichneten Steine bei Graf Ernst, oder dem sogenannten Zwollschen Deiche in der Hahnentange; ferner in grader Richtung nach dem Stein Nr. 8. auf dem Hassenberg an dem Scheidungspunct zwischen Dersum und Walchum; weiter auf den mit Nr. 9. bezeichneten Stein, welcher ohngefähr Einhundert Ruthen Rheinl. oder dreihundert sechs und siebenzig Niederl. Ellen und sieben Palmen, südlich von Abeltjes Kampe, der nach Bourtange gehört, entfernt steht; von hier in grader Linie östlich vor Abeltjes Hause her, durch die östliche Spitze des Abeltjes-Kamps auf den Stein Nr. 10. wo der Weg von Rhede nach Bourtange herläuft; Sodann auf den Stein Nr. 11. am nördlichen Ende des Retranchements, wo westlich die Scheidung des Neu-Rheder Privat-Eigenthums abläuft; weiter in grader Linie auf den Stein Nr. 12. zu welcher südlich am Liesken Meere steht; von hier in grader und ohngefähr nördlicher Richtung nach dem gesunkenen Steine Nr. 13. am Lether-Flügeldeiche oder Herren-Veen-Deiche an der ehemaligen Ostfriesisch-Münsterschen Grenze, woselbst die

Grenze zwischen dem Hannoverschen Kreise Meppen 1824 und der Niederländischen Provinz Groningen endiget.

ART. XXXIV. Die gegenwärtige Abwässerung der cultivirten und uncultivirten Gründe der Hannoverschen Colonie Ruitenbroek nach der Aa hin auf Niederländischem Gebiete, wohin das Wasser seinen natürlichen Lauf hat, soll so lange bestehen bleiben, bis das Niederländische Gouvernement gut finden wird, die sogenannten Leitdeiche in dortiger Gegend und weiterhin wieder herstellen zu lassen, in welchem Falle aber zugleich die jetzt ganz verfallene Pumpe, in dem Leitdeiche beim vormaligen Wachthause oberhalb des sogenannten Assenschots auf Niederländischem Gebiete belegen, von drei Fufs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. vierkant, Niederländischer Seits dergestalt wieder in den Stand gesetzt werden soll, das der Boden der Pumpe wenigstens drei Fufs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. unter Maifeld zu liegen komme und das von Reutenbroek herkommende Wasser dadurch mittelst des alten, zur gehörigen Tiefe aufzuräumenden Schloots nach der Aa hin frei abgeführt werden können. Uebrigens soll dann Hannoverscher Seits nicht mehr Wasser dahin geleitet werden dürfen, als mittelst einer Pumpe von drei Fufs Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. vierkant gelöset werden kann.

Desgleichen sollen die Leitdeiche, sobald selbige und die besagte Pumpe wieder hergestellt sein werden, nicht mehr durchgestochen werden dürfen, worauf beiderseitige Ortsbehörden möglichst zu achten haben werden.

ART. XXXV. Die in der Gegend von Bourtange in dem Deiche zwischen der Redoute Backofen und Abeltjes Hause jetzt vorhandene, zwölf Fufs acht Zoll Rheinl. oder vier Niederl. Ellen breite Schleuse soll Niederländischer Seits gleich nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Grenztractats weggenommen, die Schleussen-Oeffnung gehörig verstopft und zugedammt werden. Auch sollen alle sonstige Oeffnungen in dem vorbenannten Deiche zugemacht werden, so wie der ganze Deich in haltbaren Stand gesetzt, unterhalten und nicht wieder durchgestochen werden soll, worauf die Niederländische Obrig-

1824 keit soviel thunlich zu achten haben wird. Statt jener Schleusse aber, soll als einzige Niederländische Abwässerung durch den Deich nach Hannoverscher Seite an der nemlichen Stelle, wo vormals eine dreifüßige Pumpe gelegen hat, eine neue Pumpe von drei Fuß Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. vierkant und wovon der Boden wenigstens drei Fuß Rheinl. oder neun Palmen vier Duim Niederl. unter Maifeld zu liegen kömmt, Niederländischer Seits wieder angelegt werden können.

Diese Abwässerung der Niederlanden nach und über das Hannoversche Territorium soll zwar frei und ungehindert sein, auf keinem Fall aber dagegen auch mehr Wasser nach der Hannoverschen Seite dort hingeleitet werden dürfen, als mittelst mehrbesagter Pumpe von drei Fuß Rheinl. oder neun Palmen vier Duim vierkant wird gelöset werden können.

ART. XXXVI. Von dem Stein Nr. 13. am Lether-Flügeldeiche, oder Heeren-Veendeiche, — wo ehemals die Grenze zwischen Ostfriesland und Münster anfang, — wendet sich die Grenze nordwestlich dem gemeinschaftlichen Moorschloot entlang, von welchem nordöstlich das Moor und die Häuser der Wittwe Meidel, H. Albers und Gerrit Priet auf Hannoverschem Gebiete und südwestlich die Letherlanden auf Niederländischen Gebiete belegen sind, welcher Moorschloot gegenüber Bellinga und Tiebes Landen von Bethe, kommanden Moorschloot aufnimmt und dann weiter als gemeinschaftlicher Grenzgraben in nördlicher Richtung zwischen den Hannoverschen Privatgründen der Wymeerster Syhlacht und den Niederländischen Gründen dem Ham, dem Hamdiek und der Bonenschans bis an den um die Aussenwerke von Neuschanz, oder Lange-Ackerschanz gehenden Grenzschoot östlich der benannten Festung die Grenze bildet. Von da folgt die Grenzlinie diesem Grenzschoot entlang, welcher auf Hannoverschen Gebiete eine Keerkade, oder Kajung hat.

Dann wendet sich die Grenze an der Ostseite von Neuschanz südostwärts am nördlichen Ufer des durch das Bunder-Neuland führenden Canals oder Griffe her nach dem alten Deiche, auch Heernweg, oder Bunderdeich genannt, hin, und südlich an diesem

entlang bis an den Herren-Paal oberhalb T. Go-1824 mans Hause. Von da gehet die Grenze ferner zwischen dem Lintheloher Polder oder Walkens-Platze und dem Charlotten-Polder in nordwestlicher Richtung in der Mitte des gemeinschaftlichen Heerenschloots entlang bis in die Aa. Von dem Punkte an, wo der sogenannte Heerenschloot zwischen Neuschauz und Hensems Sägemühle in das rechte Ufer des Aa-Stroms einschneidet, geht die Grenzlinie im Thalwege dieses Flusses entlang bis ohnfern des Staatensyhls wo dieselbe östlich ausspringt und dem Schloote entlang läuft, der um das Grundstück hergeht, welches nach Art. 4. des Convenants, der unterm 3ten Nov. 1706 zwischen Ostfriesland und Gröningen abgeschlossen wurde, an die Niederlande abgetreten worden ist.

Dieses ostseits des Staatensyhls liegende Grundstück ist damals vierzig Rheinl. Ruthen breit und sechs zig Rheinl. Ruthen lang, queer über den Deich gemessen, und der Schloot mit eingerechnet, abgegraben worden. Der auferhalb nach dem Dollart zu und ostseits der Aa liegende Anwachs verbleibt in gefolge des angezogenen Convenants vor wie nach Hannoversches Eigenthum und Territorium.

Von da an, wo der um jenes Grundstück gehende Schloot unterhalb des Staatensyhls wieder auf die Aa stößt, bildet der Thalweg dieses gemeinschaftlichen Flusses bis zum Termino a quo im Dollart weiter die Landesgrenze.

ART. XXXVII. Es bleibt zwar jedem Theile unbenommen, die zur Beschützung des Ufers des gemeinschaftlichen Aa-Flusses erforderlichen Vorkehrungen an seiner Seite zu treffen, dieselben dürfen aber weder die gemeinschaftliche Schiffahrt auf der Aa, noch die Abwässerung durch dieselbe hindern.

ART. XXXVIII. In der Absicht die bisher obwaltenden Differenzen, wegen der von der Wymeerster Syhlacht seit dem Jahre 1819 zur Verbesserung ihrer höchst mangelhaften Abwässerung nothwendig erbaueten Schöpfmühlen, deren Wirkung aber für das Niederländische Gebieth schädlich werden zu können befunden worden, dergestalt auszugleichen, dafs der doppelte Zweck, sowohl der benannten Wymeerster Syhlacht eine ganz vollständige freie und unbe-

1824 schränkte Abwässerung für immer zu verschaffen, als zugleich das Niederländische Gebieth vor allen nachtheiligen Folgen derselben künftig zu schützen, erreicht werde, ist folgendes verabredet und festgesetzt worden.

1. Das jetzige Wymeerster Syhltief soll, ehe es in den Hauptfestungsgraben von Neuschanz östlich der Festung einmündet, mit einem festen und gegen Ueberströmung hinreichend hohen, starken und dichten Erddamme in der Nähe der daselbst über das Syhltief führenden Wymeerster Brücke und zwischen derselben und der Landesgrenze auf Hannoverschem Territorio abgedammt werden, so dafs aus demselben künftig kein Wasser mehr in den Festungsgraben von Neuschanz abfliessen kann, und zwar ohngefähr an dem Punkte, der auf einem den Conferenz-Protocollen beigefügten Plane mit dem Buchstaben A. bezeichnet ist.

2. Von dem Punkte an wo das Wymeerster Syhltief östlich von Neuschanz abgedammt wird, soll ein neues Syhltief ganz auf Hannoverschem Territorio in dem Bunder Neulande an der bereits eingekajeten Landesgrenze herum, in der Breite und Tiefe, wie es die Abwässerung erfordert und wornach die jetzige angelegt ist, etwa dreissig Fufs Rheinl. oder neun Niederl. Ellen vier Palmen, breit und wasserpafs mit dem Fluthbette des Wymeerster Syhles gegraben, die vorhandene Hannoversche Grenzkajung dazu benutzt und eingerichtet werden. Diese neue Kanallinie wird ringsum um das Bunder Neuland angelegt, ohne dasselbe quer zu durchschneiden, und so weit es nöthig sein wird, zu beiden Seiten so eingekajet, dafs das Niederländische Territorium, so wenig als das Hannoversche, nie inundirt werden kann, wie hoch auch das Wymeerster Wasser künftig aufgemahlen werden mag.

Da wo die neu zu grabende Kanallinie sich an den alten Deich, oder jetzigen Postweg schliesst, der die Landesgrenze bildet und mit derjenigen Tiefe oder Griffe eins wird, die nach dem zwischen der Stadt Groningen und Wymeer Anno Ein Tausend siebenhundert abgeschlossenen Conventant auf Kosten von Wymeer und Hannoverschen Territorio von Neuschanz nach Bunde gegraben worden ist, wird der

Kanal nur an einer Seite, nemlich auf dem Hanno- 1821
verschen Territorio eingekajet weil der alte Deich
so hoch ist, dafs er nie inundirt werden kann.

An diesem alten Deiche, oder jetzigen Postwege entlang wird der vorhandene Kanal verbreitet und diese Verbreitung vom Hannoverschen Territorio abgegraben. Da indessen an den Häusern der Nanninga und der Polterey kein hinlängliches Terrain zur Verbreitung mehr vorhanden ist, so soll neben diesen Häusern die etwa noch fehlende Verbreitung von circa zwölf bis funfzehn Fufs Rheinl. oder drei Niederl. Ellen und acht Palmen bis vier Niederl. Ellen und sieben Palmen breit und etwa zwanzig Ruthen, oder fünf und siebenzig Niederl. Ellen und drei Palmen lang, von der sehr breiten Berme des alten Deiches genommen und die Grundbesitzer nach einer durch beedigte Taxatoren aufzunehmenden Taxe eben so entschädigt werden, als es bei den übrigen Grundbesitzern, deren Land zu dem neuen Kanale benutzt werden wird, der Fall sein soll. Diese Kanallinie wird bis zum Heeren Paale, ohnweit Thomas Gomanns Hause im Bunder-Neulande an der Landesgrenze entlangs förtgesetzt und durch Verbreitung und Einkajung, wie oben bemerkt, nach Bedürfnis und Angabe Sachverständiger vervollständigt.

Vor den Häusern der Nanninga, Polterey und Thomas Gomann werden Statt der alten wieder drei neue Brücken von gleicher Art erbauet, um ihnen die nöthige Communication mit der Landstrafse und ihrem Lande zu erhalten.

Beim Heerenpaale wird auf Hannoverschem Territorio der Deich durchgegraben und daselbst eine feste fahrbare hölzerne Brücke angelegt und das alte nach Bunde gehende Tief sicher abgedammt. Vom Heerenpaale an wendet sich die neu zu grabende Kanallinie nordwestlich an der Landesgrenze, oder den sogenannten Heerenschloote entlangs, durchschneidet bei Walkens-Platze den von Hensems Sägemühle nach Neuschanz gehenden Weg, woselbst eine hölzerne Brücke angelegt wird, und fällt an der nördlichsten Spitze von Dettmers Platze in das alte Wymeerster Tief; dies wird hier nach Neuschanz zu gegen alle Ueberströmung sicher abgedammt.

1824 In diesem Damme wird zur Ableitung des Wassers des Moorschloots und des Walkes-Platzes, — insofern sie bei unbeschränkten Wymeerster Wasserstände möglich bleibt, — eine Pumpe von drei Fufs Rheinl. oder neun Niederl. Palmen und vier Duim, Weite im Laufe, und ein Fufs Rheinl. oder drei Niederl. Palmen, niedriger im Boden, als der Boden der jetzt vorhandenen Moorschloots-Pumpe, angelegt. Diese Pumpe erhält jedoch an der Ostfriesischen Seite eine Klappe und Schütz (Scheutel) damit, wenn das Wymeerster Wasser höher als das Niederländische steht, dasselbe nicht durch die Pumpe auf Niederländisches Territorium ablaufen könne, sondern die Klappe sich alsdann von selbst schliesse, und eben so wenig das Niederländische Wasser das Hannoversche Territorium innudiren könne.

Die neue Kanallinie vom Heerenpaale dem Heerenschloote entlang neben Walkens-Platze her bis in das Wymeerster Syhltief soll den Landesgrenzgraben, oder sogenannten Heerenschloot nicht mit in sich aufnehmen, oder berühren, sondern es soll zwischen dem Heerenschlote und der neuen Kanallinie ein Damm von zwölf bis achtzehn Fufs Rheinl. oder drei Niederl. Ellen und acht Palmen, bis fünf Niederl. Ellen und sieben Palmen, Breite im Grundschlage stehen bleiben und derselbe so erhöht werden, das das Niederländische und Hannoversche Territorium niemals aus dem neuen Kanale, oder sonst woher innudirt werden kann, und wird Hannoverscher Seits dafür gesorgt werden, das die Dämme zur erforderlichen Höhe stets unterhalten werden, so wie auch der Bunderdeich, oder Postweg, auf keine für die Wymeerster Abwässerung schädliche Weise Niederländischer Seits erniedrigt werden darf.

3. Zur vollständigen Abwässerung des Niederländischen Wassers bei Neuschanz und vorzüglich bei höheren Wasserständen wird eine Wassermühle von mittler Gröfse und der nöthigen Capacität beim Blindsylke, oder an einer andern passenden Stelle auf Niederländischem Gebiete angelegt, um das überflüssige Wasser von allen Grundstücken, die durch obengedachte Anlage von der Wymeerster Abwässerung abgeschnitten werden, in die Niederländische Binnen Aa directe überzumahlen, so das kein Uebermahlen

vom Niederländischen Territorio in das Wymeerster 1824 Tief nach Vollendung der neuen Anlagen mehr Statt findet.

4. Die neue Kanallinie ist auf einen bei den Conferenz-Protocollen befindlichen Plane mit den Buchstaben A, B, C, D, E, F und G, bezeichnet.

Sämmtliche hieroben genannte Anlagen nebst Grundentschädigung und überhaupt alle hierzu erforderlichen Kosten, die nach einem globalen Ueberschlage circa vier und zwanzig Tausend Gulden holländisch betragen, sollen gemeinschaftlich und zwar von jedem Staate zur Hälfte getragen werden.

5. Die von den Wymeerstern zu verlassende Strecke Syhltiefs nebst Brücke und Zubehör wird den Niederlanden zum künftigen Unterhalte und Gebrauche überlassen, wogegen Wymeer auf Entschädigung dafür verzichtet.

6. Die neue Anlage selbst wird auf jedem Territorio von der betreffenden Landesbehörde und den Baubedienten dirigirt, auf dessen Gebieth sie angelegt werden.

7. Die künftigen Unterhaltungskosten aller Anlagen fallen demjenigen Territorio zur Last, auf dem sie befindlich sind, ohne Einmischung und Concurrenz der gegenseitigen Gouvernements.

8. Die neue Anlage soll in dem Jahre Ein Tausend achthundert fünf und zwanzig, angefangen und spätestens im Jahre Ein Tausend achthundert sechs und zwanzig vollendet werden.

In dieser Zwischenzeit werden die Wymeerster Mühlen keinen dem Niederländischen Territorio schädlichen Wasserstand aufmahlen, worüber von den Niederlanden mit Recht Beschwerde geführt werden kann; wofür das Hannoversche Gouvernement wird Sorge tragen lassen.

9. Die Kosten der neuen Anlagen sollen von Sachverständigen veranschlagt, die Arbeiten öffentlich an den Mindestfordernden ausverdungen, die Grundstücke von beeidigten Taxatoren taxirt und die wirkliche Ausgabe von den betreffenden Gouvernements durch verificirte Rechnungen nachgewiesen werden, wozu der stipulirte Beitrag alsdann entrichtet wird.

1824 10. Sollten sich bei der speciellen Ausführung einige Abänderungen des Plans als nöthig zeigen, die jedoch den beiderseitigen Zwecken nicht hinderlich, noch schädlich, oder kostbarer sein dürfen, so bleibt es den Hannoverschen Behörden vorbehalten, dieses auf deren Gebiete auszuführen, wobei der Plan der Umgrabung um die Landesgrenze aber im Ganzen bestehen bleibt.

11. Nach Vollendung der benannten Anlagen sollen zwei gegenseitige Commissarien von den respectiven Provinzial-Behörden die neuen Anlagen auf Hannoverschem und Niederländischem Territorio in Loco vorzeigen lassen, um sich von der Erfüllung der dieserhalb übernommenen Verpflichtungen official überzeugen, und den resp. Gouvernements darüber Anzeige machen zu können.

ART. XXXIX. Die in dem angezogenen Conventant vom 3ten Nov. 1706 für Ostfriesland stipulirte freie Schifffahrt und Abwässerung durch den Staatensyhl in die Aa, verbleibt den Hannoversch-Ostfriesischen Unterthanen vor wie nach, und sollen dieselben gleich wie die Niederländischen Schiffer darunter behandelt werden.

ART. XL. Desgleichen ist die freie Schifffahrt auf der Aa und freie Abwässerung in dieselbe, als in einen gemeinschaftlichen Grenzfluß, für beide Staaten wieder stipulirt, und insbesondere festgesetzt worden, daß es den Hannoversch-Ostfriesischen Unterthanen auch künftig gestattet sein soll, einen freien Abwässerungs- und Schifffahrts-Kanal durch dasjenige Niederländische Terrain anzulegen, welches künftig westlich der Grenzlinie im Dollart bis an den Aa Fluß anwachsen mögte.

ART. XLI. Die neu verglichene Grenzlinie im Dollart fängt von dem Punkte an, welcher auf einer Entfernung von Siebenhundert zehn Rüthen Rheinl. oder Zwei Tausend sechshundert vier und siebenzig Niederl. Ellen und sechs Palmen, von dem am Fusse und nördlich des Deiches beim Staten Syhl jetzt noch vorhandenen Pfahl nach dem Dollart zu am westlichen oder linken Ufer des Aa-Stroms zu fallen kömmt und auf der; diesem Tractate beizufügenden, neuest

vermessenene Grenzkarle mit dem Buchstaben F. be- 1824 zeichnet ist.

Von hier an läuft die Grenzlinie durch den Dollart bis zur Ems, unter einem Winkel von acht Grade neun und einer halben Minute westlich von der wahren Nordlinie, welches die Mittellinie zwischen Norden und Norden gen Osten, nach dem Compasse in Gemäßheit des Convenants vom Jahre Eintausend siebenhundert drei und zwanzig gezogen, ist, dessen westliche Abweichung vom wahren Norden zu dreizehn Grade sieben und vierzig Minuten für obgenanntes Jahr gemeinschaftlich ist angenommen worden.

Die hier im Dollart festgesetzte Grenzlinie soll auf immer verbleiben, wenn auch der Aa-Strom seinen gegenwärtigen Lauf künftig verändern mögte.

ART. XLII. Auf alle in diesem Tractat vermeldeten Grenzpunkte, und wo es sonst noch bei Absetzung der Grenzen wird nöthig erachtet werden, sollen Grenzsteine gesetzt und diejenigen, welche daselbst bereits vorhanden und noch brauchbar sind, wieder hergestellt und mit den erforderlichen Buchstaben und Nummern, zufolge der hiernach beschriebenen Bestimmungen versehen werden.

Die Grenzsteine sollen zweierlei sein; nemlich Hauptgrenzsteine für die angegebenen Hauptpunkte und sogenannte Zwischensteine, um da gesetzt zu werden, wo der Abstand zwischen zwei Hauptsteinen zu entfernt sein mögte, oder auf solche andere intermediaire Punkte, als man zur deutlichen Bestimmung sämmtlicher Grenzpunkte dienlich erachten wird.

Die Steine, welche auf die Hauptpunkte gesetzt werden, sollen sieben Fufs Rheintl. oder zwei Niederl. Ellen zwei Palmen, Länge haben, achtzehn Zoll Rheintl. oder vier Niederl. Palmen sieben Duim, breit und zwölf Zoll Rheintl. oder drei Niederl. Palmen ein Duim, dick sein, drei Fufs Rheintl. oder neun Niederl. Palmen vier Duim, unter und vier Fufs Rheintl. oder eine Niederl. Elle zwei Palmen sechs Duim, über der Erde stehen, wovon letztere nur behauen werden sollen.

Die sogenannten Zwischensteine sollen fünf Fufs Rheintl. oder eine Niederl. Elle fünf Palmen sieben Duim, Länge, vierzehn Zoll Rheintl. oder drei Niederl. Palmen sieben Duim, Breite und zwölf Zoll

1824 Rheinl. oder drei Niederl. Palmen ein Duim, Dicke haben. Der obere Theil derselben von zwei und einen halben Fuß Rheinl. oder sieben Niederl. Palmen acht Duim, soll nur behauen werden.

Sämmtliche Steine sollen an der Hannoverschen Seite mit dem Buchstaben H. und an der Niederländischen Seite mit dem Buchstaben N. so wie mit einer durchlaufenden Nummer vom ersten Grenzpunkte bei Dreiland anfangend, versehen, die Hauptgrenzsteine aber überdem noch mit der Jahreszahl 1824 bezeichnet werden.

Da, wo ein Fluß oder Bach die gemeinschaftliche Grenze bildet, sollen die Steine abwechselnd auf Hannoverschen und Niederländischen Gebiete errichtet werden.

Die Lieferung der Grenzsteine und Transport derselben soll baldthunlichst nach der Auswechslung der Ratificationen dieses Tractats für Rechnung der beiden Gouvernements durch zwei von den beiderseitigen Commissionen aus ihrer Mitte dazu zu committirenden Mitglieder dem Mindestfordernden ausverdungen werden,

Sobald eine hinlängliche Anzahl Grenzsteine in Bereitschaft gebracht sein wird und die Jahreszeit es gestattet, soll sofort mit dem setzen derselben der Anfang gemacht werden. Alle ferneren desfallsigen Bestimmungen übrigens bleiben den Mitgliedern der Commissionen, welche von denselben mit der Direction dieser Arbeit beauftragt werden, überlassen.

ART. XLIII. Damit auch künftig die Grenzpunkte überall nicht verändert werden, so soll jährlich zur bequemen Jahreszeit eine Besichtigung derselben von beiderseits Ortsbehörden gemeinschaftlich vorgenommen, darüber ein Protocoll aufgenommen und dieses an die resp. Provinzialbehörden zur etwa nöthigen Verfügung eingesandt werden.

ART. XLIV. Wiewohl beiderseitige Commissionen sich möglichst bemühet haben, die bei Berichtigung der Grenze sich darbietenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, es aber dennoch möglich ist, daß bei der Setzung der Grenzsteine sich deren noch einige vorfinden, so ist festgesetzt wor-

den, daß die Mitglieder beider Commissionen ermächtigt bleiben, alle dergleichen Zwistigkeiten definitiv zu entscheiden. 1824

ART. XLV. Der gegenwärtige Tractat, welcher in Deutscher und Niederländischer Sprache abgefaßt ist, soll den beiden Gouvernements zur Genehmigung vorgelegt werden, und innerhalb zwei Monaten nach der Unterzeichnung desselben, oder so viel früher als thunlich sein wird, sollen die Ratificationen ausgetauscht werden.

Urkundlich dieses haben die Eingangs genannten Commissarien vorstehenden Grenztractat durch ihre eigenhändige Namens-Unterschrift und Beidruckung ihrer Wappen vollzogen.

So geschehen und abgeschlossen zu Meppen den zweiten Julius Eintausend achthundert vier und zwanzig.

PESTEL. v. BUSSCHE. REINHOLD. DE MAN.

A. SANDBERG. GUICHART. HOMAN.

81.

Convention entre la Prusse et la Saxe 1825
royale en execution du 1^{er} paragraphe du XXII^{eme} article de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Aout. 1819, concernant les fondations pieuses; signée le 4 Avril 1825 et ratifiée par la Saxe le 1 Juillet et par la Prusse le 7 Juillet de la même année.

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen
 1828. Nr. 32. p. 273.)

Im Verfolg der, im Art. XXII. §. 1 der Hauptconvention vom 28sten August 1819, zu Vollziehung

1825 des, zwischen Ihre Königlichen Majestäten von Sachsen und von Preussen, am 18ten Mai 1815 zu Wien abgeschlossenen Friedenstractats, enthaltenen Bestimmung, ist, wegen Auseinandersetzung der nachbenannten milden Stiftungen und einiger damit in Berührung stehender Gegenstände, zwischen den unterzeichneten beiderseitigen Königl. Commissarien, vermöge der ihnen dazu ertheilten Vollmachten, mit Vorbehalt der Genehmigung ihrer allerhöchsten Regierungen, folgende Vereinigung getroffen worden.

ART. I. Das Vermögen der, zur Unterstützung armer Predigerwitwen bestimmten, Carpzovischen und Pistorisschen Stiftungen wird nach der Anzahl der Predigerstellen in den beteiligten Provinzen getheilt, wonach sich ein Verhältniß von
0,52 Hunderttheilen für das Königreich, und
0,48 — — — Herzogthum Sachsen ergibt.

Dem letztern werden daher, zu Berichtigung seines Antheils, überwiesen:

- a) von der Carpzovischen Stiftung
108 Thlr. — — in Capitalien zu 5% zinsbar,
23 Thlr. 13 Gr. 4 Pf. unzensbar;
- b) von der Pistorisschen Stiftung
132 Thlr. — — in Capitalien zu 4½ % zinsbar,
40 Thlr. 2 Gr. — unzensbar,

wogegen sich dasselbe alle, seit dem 6ten Junius 1815 etwa aus diesen Fonds dahin gezahlten und solchenfalls bei künftiger Berechnung nachzuweisenden Unterstützungen anrechnen zu lassen hat.

ART. II. An dem zur Lehmannischen Stiftung für Arme in einigen Städten des Erzgebirgischen Kreises, ingleichen in den Städten Dresden und Wittenberg, gehörigen Vermögen hat das Herzogthum Sachsen nur in sofern Antheil, als von dem Stifter 2000 Thlr. — — für die Armen und Nothleidenden der Stadt Wittenberg ausgesetzt worden sind, und es sollen diese 2000 Thlr., wo möglich, durch Abtretung eines, für einen der vom Königl. Kirchenrathe und Ober-Consistorio zu Dresden verwaltet werdenden Fonds, im Herzogthume Sachsen hypothekarisch versicherten Capitals von gleicher Höhe und zu dem vorhandenen höchsten Zinsfusse, nebst den bis zur erfolgenden Auslieferung davon in bisheriger Mafse

ferner gefällig gewordenen Zinsen, in soweit letztere, 1825 nach Ausweis der vorzulegenden dießfallsigen Quittingen, nicht bereits an die Localbehörde zu Wittenberg berichtigt sein sollten, gewährt werden.

ART. III. Die Fonds der Buderischen Stiftung für arme Wenden werden nach dem Verhältnisse der Volkszahl in der Ober- und Niederlausitz und im Amte Stolpen, und mithin nach einem Mafsstabe von 0,4110theilen für das Königreich und von 0,5890 — — — Herzogthum Sachsen, getheilt; es empfängt jedoch das Königreich, von den zu 5 % vorhandenen sichern Activis, die Summe von 4000 Thlr. — — voraus, und übernimmt dafür die Verpflichtung, die in dem Testamente des Stifters seinen Verwandten ausgesetzten jährlichen Legate, nebst der etwanigen Vermehrung derselben, bei Eintritt der dießfalls vom Stifter vorausgesetzten Fälle, vom Empfange dieser Summe an, bis wohin das Herzogthum zu diesen Vermächtnissen ferner in demselben Verhältnifs, als es an dem Vermögen der Stiftung Theil nimmt, dazu beiträgt, allein zu berichtigen und alle deshalbige Ansprüche zu vertreten, will auch hierbei die ausländischen, und namentlich die im Königl. Preussischen Gebiete wohnenden Legatarien eben so, wie die im Königl. Sächsischen Gebiete wohnhaften, behandeln, und ihnen ihre Anthteile unter keinem Vorwande jemals vorenthalten lassen.

Hiernach hat das Herzogthum:

- A. vom sichern Vermögen
 - a. von den, zur Theilung verbleibenden, zu 5 vom Hundert zinsbaren Activis, an 16,690 Thlr. — —, 9830 Thlr. 9 Gr. 10 Pf.
 - b. von den zu $4\frac{1}{2}$ % zinsbaren Activis, an 3525 Thlr. = 2076 Thlr. 5 Gr. 5 Pf.
 - c. von dem theilbar gebliebenen unzinsbaren Vermögen, an 4445 Thlr. 16 Gr. 3 Pf. = 2618 Thlr. 12. Gr. 1 Pf.
- B. vom unsichern Vermögen, in sofern solches vollständig eingehet,
 - a. von 29.712 Thlr. 12 Gr. — in zinsbaren Activis 17,500 Thlr. 15 Gr. 11 Pf.
 - b. von 5740 Thlr. 14 Gr. 4 Pf. an Zinsrückständen 3381 Thlr. 5 Gr. 1 Pf.

1825 zu erhalten, und in demselben Verhältnisse, wie das übrige Vermögen dieser Stiftung getheilt worden, soll auch dasjenige, was etwa auf die, noch einer nähern Erörterung bedürftigen, kleinen Capitalien dieser Stiftung, zusammen an 1496 Thlr., so wie auf die, bei den Vergleichen mit den Erstherrn des Rittergutes Obergurk mit Sorau und des sogenannten großen Bauerguts zu Obergurk, der Stiftung vorbehaltenen Regreßansprüche, dafern die beiderseitigen Regierungen sich entschließen sollten, letztere zu verfolgen, erlangt werden möchte, künftig zur Theilung gebracht werden.

ART. IV. Von den allgemeinen Fonds der sogenannten ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse, welche nach der Bevölkerung der bei derselben als theilhaftig angenommenen Provinzen, die einen Theilungsmaßstab von

0,6652. für das Königreich, und von

0,3348 — — Herzogthum Sachsen

giebt, getheilt werden, erhält das Herzogthum

I. vom sichern Vermögen

1255 Thlr. 12 Gr. — von den mit 5 vom Hundert zinsbaren Capitalien,

6863 Thlr. 9 Gr. 7 Pf. von den mit $4\frac{1}{2}$ vom Hundert zinsbaren Capitalien,

1089 Thlr. 17 Gr. 7 Pf. vom unzinsbaren Vermögen, mit Inbegriff von 123 Thlr. 16 Gr. 4 Pf. als dem Betrage der am 5ten Junius 1815 rückständig gewesenen Besoldungszulagen für Schullehrer im Herzogthume;

II. vom unsichern Vermögen, dafern solches vollständig eingehet,

669 Thlr. 14 Gr. 5 Pf. von einer mit 5 vom Hundert zinsbaren Activpost,

183 — 11 — 9 — von unzinsbaren Rückständen; ferner von dem Vermögen der mit dieser Casse in Verbindung gestandenen Weigandischen Stiftung, welches, nach den vom Stifter ausgesetzten Zulagen, mit einem Sechszehnthelle für das Königreich, und mit funfzehn Sechszehnthellen für das Herzogthum getheilt wird,

I. vom sichern Vermögen,

3750 Thlr. — — von dem mit 5 vom Hundert zinsbaren Capitale,

1127 Thlr. 8 Gr. 8 Pf. von Zinsrückständen,

II. vom unsichern Vermögen, in sofern solches un-1825
verkürzt eingehet,

5625 Thlr. — — von dem mit 5 vom Hundert
zinsbaren Capitale, und

1949 Thlr. 5 Gr. 3 Pf. von unzinsbaren Rückständen; dagegen hat das Herzogthum zu der, auf dem allgemeinen Fonds der ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse haftenden, jährlichen Leistung an 300 Thlr. — — bis zur Realisirung dieser Theilung, in dem Verhältnisse, als es an diesem Fonds Theil nimmt, beizutragen, sowohl bei Vollziehung dieser Theilung eine Summe von 2008 Thlr. 19 Gr. 2 Pf. in mit 5 vom Hundert zinsbaren Activis der Königl. Sächs. Regierung, welche dafür die Verbindlichkeit, vorbemeldete Leistung an 300 Thlr. — — jährlich ferner abzuführen, und, nach deren Wegfall, den Descendenten der jetzigen Empfängerin eine Summe von 6000 Thlr. — — auszuzahlen, übernimmt, auszuliefern, nicht minder die, seit dem 6ten Junius 1815, aus der ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse auf obervähnte rückständige Zulagen, oder sonst, in das Herzogthum geleistete Zahlungen sich anrechnen zu lassen, und endlich die, wegen der dem allgemeinen Fonds dieser Casse, oder der Weigandischen Stiftung zugehörigen Activorum, seit gedachtem Tage aufgewendeten Kosten in dem Verhältnisse seiner Theilnehmungsrechte mitzutragen.

Es wird jedoch der Königl. Preufs. Regierung hierbei noch zugesichert, daß ihr, wenn die Empfängerin der mehrerwähnten Rente an 300 Thlr. — — mit Tode abgegangen sein wird, davon, mit Beifügung eines Zeugnisses über die von ihr nachgelassene Descendenz, Nachricht gegeben, auch, wenn dieselbe Descendenten nicht hinterlassen haben und mithin die Auszahlung der den letzteren legirten 6000 Thlr. — — nicht eintreten sollte, die dazu beigetragene Summe von 2008 Thlr. 19 Gr. 2 Pf. unverzüglich baar zurückgezahlt werden solle. Sollte auch bei dem Ableben der Empfängerin der Rente über deren Descendenz rechtliche Gewißheit nicht sofort zu erlangen seyn, und daher der Anfall der fraglichen 6000 Thaler erst später Statt finden, so soll der Königl. Preufs. Regierung auch von der, durch obervormundschaftliche oder sonstige Verwaltung dieser

1825 6000 Thaler, etwa statt gefundenen Vermehrung des Hauptstammes ihr Antheil, nach Verhältniß ihres geleisteten Beitrags, mit solchem, sobald als jene Verwaltung beendigt ist, ausgeliefert werden.

ART. V. Das Capital- und sonstige Vermögen der, von dem Kirchenrathe und Ober-Consistorio zu Dresden verwalteten Bistags-Collecten-Casse wird nach den aus derselben, dem Amtskrankenhause, dem Almosenamte, und der Friedrichstädter Real- und Armen-Schule zu Dresden, den allgemeinen Zucht- und Armen-Häusern, dem Landarbeitshause zu Colditz und der ältern Schullehrer-Besoldungs-Cassé, angewiesen gewesen jährlichen Bezügen zur Theilung gezogen. Hiernach nimmt das Herzogthum Sachsen an den für die allgemeinen Zucht- und Armen-Häuser, das Landarbeitshaus zu Colditz, und die ältere Schullehrer-Besoldungs-Casse ausgefallenen Quoten in demselben Verhältnisse Theil, als es bei der Auseinandersetzung dieser Institute theilnehmend geworden ist, wobei im Betreff der Repartition der auf das Landarbeitshaus zu Colditz gekommenen Quoten der bei der Armenhaus-Haupt-Casse Statt gefundene Abtheilungsmaßstab in gegenwärtigem Falle ebenfalls in Anwendung kommen soll. In dessen Verfolg hat das Herzogthum von dem Vermögen der Bistagscasse überhaupt

I. von dem sichern Vermögen

263 Thlr. 15 Gr. —

Zweihundert drei und sechzig Thaler, 15 Gr. — von den Capitalien zu 5 vom Hundert zinsbar, mit Inbegriff einer Summe von 87 Thlr. 12 Gr. — zu Deckung einer jährlichen Zulage von 4 Thlr 9 Gr. — für den Schullehrer zu Wellewitz in der Neustädter Ephorie;

7542 Thlr. 20 Gr. 8 Pf.

Siebentausend Fünfhundert zwei und vierzig Thaler, 20 Gr. 8 Pf. von den Capitalien zu $4\frac{1}{2}$ vom Hundert zinsbar;

281 Thlr. 14 Gr. 11 Pf.

Zweihundert und ein und achtzig Thaler, 14 Gr. 11 Pf. vom unzinbaren Vermögen, mit Inbegriff zweier Ersatzposten, zusammen an 67 Thlr. 15 Gr. 5 Pf.

II. vom unsichern Vermögen, daferne solches un verkürzt eingehen würde,

2526 Thlr. 20 Gr. 6 Pf.

Zweitausend Fünfhundert und sechs und zwanzig Thaler, 20 Gr. 6 Pf. von aufsenstehenden Capitalien, und

772 Thlr. 3 Gr. 11 Pf.

Siebenhundert und zwei und siebenzig Thaler, 3 Gr. 11 Pf. an rückständigen Zinsen von diesen Capitalien, zu erhalten, dagegen alle, seit dem 6ten Juni 1815, aus der in Frage befangenen Casse in das Herzogthum auf dahin gehörige, deponirt gewesene Collectengelder, rückständige Leistungen, oder sonst geschehene Zahlungen insofern letztere nicht schon in Abrechnung gekommen sind, sich anrechnen zu lassen.

ART. VI. Die Gesangbuchscasse wird nach der Zahl der Prediger in den 7 Kreisen, nebst dem Fürstenthume Querfurth, und mithin nach einem Verhältnisse von

Fünftausend Fünfhundert und neun und vierzig Zehntausendtheilen für das Königreich,
und von

Viertausend Vierhundert und ein und funfzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum geheilt.

Hiernach erhält das Herzogthum

9302 Thlr. 14 Gr. 2 Pf.

Neuntausend Dreihundert und zwei Thaler, 14 Gr. 2 Pf. von den mit 5 vom Hundert zinsbaren Capitalien,

445 Thlr. 2 Gr. 5 Pf.

Vierhundert und fünf und vierzig Thaler, 2 Gr. 5 Pf. von den mit $4\frac{1}{2}$ vom Hundert zinsbaren Capitalien, und

1516 Thlr. 8 Gr. 10 Pf.

Eintausend Fünfhundert und sechszehn Thaler, 8 Gr. 10 Pf. vom unzinsbaren Vermögen, mit Inbegriff 188 Thlr. 13 Gr. 7 Pf. Einhundert acht und achtzig Thaler, 13 Gr. 7 Pf. an bis mit dem 5ten Junius 1815 in das Herzogthum rückständig gewesenen Leistungen, hat jedoch alle, seit dem 6ten Juni 1815, aus dieser Casse auf die vorgemeldeten rückständigen Leistungen und sonst erfolgte Zahlungen sich anrechnen zu lassen.

Ueberdies werden dem Herzogthume

923. Neunhundert und drei und zwanzig Exemplarien des ersten, und

913. Neunhundert und dreizehn Exemplarien des zweiten Theils des Kirchenbuches in natura ausgeantwortet.

1825 ART. VII. Die Schullehrer-Seminarien-Hauptcasse wird nach den, für die Schullehrerseminarien zu Friedrichstadt und Weisensfels bestandenen Etat-Quantis: welche, wie solche in dieser Hinsicht berechnet worden sind, einen Abtheilungsmaßstab von

0,5855. Fünftausend Achthundert fünf und fünfzig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von

0,4145. Viertausend Einhundert fünf und vierzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum Sachsen

geben, getheilt. Dagegen wird die, im Jahre 1794, wegen gewisser Ansprüche des ehemaligen Gymnasiums zu Weisensfels, ausgesetzte und zu vorerwähnter Casse gezogene, jährliche Rente von Eintausend und Achthundert Thalern --- zu deren alleiniger Vertretung Königl. Sächs. Seits sich erklärt worden ist, zum Behuf der gegenwärtigen Auseinandersetzung, nach 5. vom Hundert zu Capital gerechnet, und dieses Capital, nach dem Verhältniß der Bevölkerung der Provinzen, für deren niedere Schulanstalten die Unterstützung ursprünglich bewilligt worden ist, eben so, wie bei der ältern Schullehrer-Besoldungs-Casse (§. IV.) geschehen, mithin nach dem Verhältniß von

0,6652. Sechstausend Sechshundert zwei und fünfzig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von

0,3348. Dreitausend Dreihundert acht und vierzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum Sachsen getheilt.

Hiernach hat das Herzogthum

I. vom unbeweglichen Vermögen, aufser dem Bergischen Getreide-Stipendio. und den bisher von gewissen Thüringischen Städten an das Seminar zu Weisensfels gezahlten jährlichen Beiträgen, welche beide Gegenstände dem nur gedachten Seminar allein gehören, und demselben ferner verbleiben, zusammen,
12,299 Thlr. 13 Gr. 8 $\frac{2}{7}$ Pf.

Zwölftausend Zweihundert neun und neunzig Thaler, dreizehn Groschen, acht und zwei Fünftheilpfennige, und zwar mit

595 Thlr. 8 Gr. 4 Pf. Capitalwerthe der bisher in Weisensfels erhobenen Lehnen und Zinsen, welche dem Herzogthume ganz überwiesen worden sind, und mit

11,704 Thlr. 5 Gr. 4³ Pf. als Antheil an der vorbe- 1825
 schriebenen, mit 5 vom Hundert zu Capital er-
 hobenen jährlichen Rente von 1800 Thlr. — —,
 welcher, weil der Antheil des Herzogthums an
 dem Capitalwerthe der ihm allein überwiese-
 nen, oben berührten Lehen und Zinsen nur in
 246 Thlr. 18 Gr. 6 Pf. besteht, sich um 348
 Thlr. 13 Gr. 10 Pf. und folglich von dem eigent-
 lichen Betrage an 12,052 Thlr. 19 Gr. 2² Pf. bis auf
 die angegebene Summe vermindert, baar,

2. vom beweglichen Vermögen, aufser den zeit-
 her schon in Weissenfels verwalteten kleinen Capi-
 talien, zusammen an

389 Thlr. 12 Gr. — —

Dreihundert neun und achtzig Thaler, zwölf Gro-
 schen — —, auf welche, so wie auf die vorstehend
 dem Herzogthume überlassenen Gegenstände des un-
 beweglichen Vermögens, Königl. Sächs. Seits gänz-
 lich verzichtet wird, und nach der bereits in der
 commissarischen Darstellung vom 17ten October 1822
 enthaltenen Ab- und Zurechnung, annoch

106 Thlr. 15 Gr. 9 Pf.

Einhundert und sechs Thaler, funfzehn Groschen,
 neun Pfennige von den Capitalien zu 5 vom Hundert
 zinsbar,

4145 Thlr. — — — —

Viertausend Einhundert fünf und vierzig Thaler — —
 — — von den mit 4¹/₂ vom Hundert zinsbaren Capitalien,

559 Thlr. 13 Gr. 10 Pf.

Fünfhundert neun und funfzig Thaler, dreizehn Gro-
 schen, zehen Pfennige von den mit 3 vom Hundert
 zinsbaren Capitalien,

849 Thlr. 17 Gr. 5 Pf.

Achthundert neun und vierzig Thaler, siebzehen
 Groschen, fünf Pfennige von den Capitalien zu 2 vom
 Hundert zinsbar,

1170 Thlr. 8 Gr. 3 Pf.

Eintausend Einhundert und siebenzig Thaler; acht
 Groschen, drei Pfennige vom unzinsbaren Vermögen,
 zu erhalten, dagegen aber alle, vom 6ten Juni 1815
 an, aus dem allgemeinen Fonds dieser Casse in das
 Herzogthum erfolgte Zahlungen, mit Ausschluss eines
 an das Seminar zu Weissenfels geleisteten, bereits in
 Anrechnung gekommenen Vorschusses von 87 Thlr.

420 *Convention entre la Saxe roy.*

1825 22 Gr. 5 Pf. zu restituiren, oder sich anrechnen zu lassen.

Da übrigens aus dieser Casse eine temporaire Leistung von 30 Thlr. — — — dreißig Thalern — — — jährlich zu bestreiten ist, so sind hierzu auf die Dauer dieser Leistung, vom 6ten Junius 1815 an, jährlich
17 Thlr. 13 Gr. 7 Pf.

Siebzeihen Thaler, dreizehen Groschen, sieben Pfennige vom Königreiche, und

12 Thlr. 10 Gr. 5 Pf.

Zwölf Thaler, zehn Groschen, 5 Pfennige vom Herzogthume beizutragen.

Demnächst empfängt das Herzogthum von dem, bei der Reinhardtschen Stiftung für die beiden Schullehrerseminarien zu Friedrichstadt und Weissenfels, am 5ten Juni 1815 vorhanden gewesenen unzinbaren Bestande an 24 Thlr. 11 Gr. — — vier und zwanzig Thalern 11 Gr. — — die Hälfte mit 12 Thlr. 5 Gr. 6 pf. zwölf Thaler 5 Gr. 6 Pf., und überdiess werden demselben die, aus einem Vermächnisse des vormaligen Buchhändlers Weigand zu Leipzig an 3000 Thlr. — — — für das Seminar zu Weissenfels, annoch, nachdem deshalb sonst die Befriedigung bereits erfolgt ist, herrührende Forderung von 450 Thlr. — — — in dem, bei dem Stadtrathe zu Dresden anhängigen, Börnerischen Creditwesen, so wie die von nurhemeldetem Weigand ebenfalls dem Seminar zu Weissenfels legirte Hälfte rückständiger Zinsen von einem, in dem dermalen bei dem Ober-Landes-Gerichte zu Naumburg obschwebenden Velheimischen Concourse, liquidirten Hauptstamme an 18600 Thlr. — — — in gleichen die gleichfalls, vermöge des Weigandischen Testaments, dem Seminar zu Weissenfels zustehenden eventuellen Ansprüche in Ansehung eines Legats für Christian August Ifen aus Leipzig, und sämtlicher Legatarien, welche Streitigkeiten und Procès erregt und Unrecht behalten haben, zur alleinigen Einziehung und resp. Verfolgung überlassen; es sind jedoch die wegen nurerwähnter Forderungen und Ansprüche nach dem 5ten Juni 1815 etwa aufgewendeten Kosten vom Herzogthume zu erstatten.

ART. VIII. Die von der Königl. Sächs. Hof- und Land-Jägerei im Jahre 1755 errichtete Wittwen- und Waisen - Versorgungs - Casse, deren Auseinander-

setzung von den beiderseitigen Regierungen für an- 1825
gemessen erachtet worden ist, soll dergestalt getheilt
werden, daß von dem am 31sten December 1814,
als dem im gegenwärtigen Falle festgesetzten Nor-
maltage, vorhanden gewesenen Vermögen dieser Casse,
nach dem zum Theilungsmafsstabe angenommenen
Verhältnifs des Gesamtbetrags der von den, in der
Beilage unter A. angegebenen Mitgliedern in beiden
Landestheilen am 31sten December 1814 geleisteten
Beiträge, das Herzogthum Sachsen für die in demsel-
ben befindlichen Mitglieder

a. von 3000 Thlr. --- zu 5 vom Hundert
zinsbarem Vermögen

1386 Thlr. 14 Gr. 5 Pf.

Eintausend und Dreihundert und sechs und achtzig
Thaler, 14 Gr. 5 Pf. und zwar ein Drittheil dieser
Summe in Louisd'ors, zu 5 Thalern den einfachen
gerechnet, oder mit coursmäßigem Aufgelde, sowohl

b. von dem zur Theilung verbliebenen unzensbar-
rem Vermögen, nach gegenseitiger, in der gemein-
schaftlich vollzogenen Darstellung der Verhältnisse
dieser Casse angegebenen, Zu- und Abrechnung,

75 Thlr. 11 Gr. 6 Pf.

fünf und siebenzig Thaler 11 Gr. 6 Pf. überhaupt zu
empfangen, nicht minder die von Mitgliedern im Her-
zogthume rückständig gelassenen Beiträge und von
Untereinnahmen in demselben einzuliefern gewesenen
Ueberschufsgelder zu seinem alleinigen Vortheile ein-
zuziehen, so wie die von Mitgliedern im Herzog-
thume seit dem 1sten Januar 1815, zu der bisher ge-
meinschaftlich gewesenen Casse etwa geleisteten Bei-
träge zurückzuerhalten, dagegen aber auch nicht nur
die, bis zum 31sten December 1814, in das Herzog-
thum zu zahlen gewesenen Begräbnifs- und Unter-
stützungs-Gelder, und die von einigen Untereinnah-
men im Herzogthume geleisteten Vorschüsse allein
zu berichtigen, sondern auch, vom 1sten Januar 1815
an, alle Verbindlichkeiten und Obliegenheiten gegen
die Hinterlassenen und Erben derjenigen, die bei der
Hof- und Landjägerei angestellt und als solche bei-
tragende Mitglieder dieser Casse waren, allein zu er-
füllen hat.

Sollten sich in der Folge etwa gegen die bei Aus-
einandersetzung dieser Casse zum Grunde gelegte, in

1825 der angegebenen Beilage unter A. angenommene Zahl ihrer Mitglieder, oder gegen die als noch rückständig bezeichneten Beiträge und Unterstützungen Verschiedenheiten ergeben, so übernimmt die daraus abzuleitenden Ansprüche die künftig in jedem Landestheile besonders bestehende Jäger- Wittwen- und Waisen Versorgungs-Casse, bei deren Angehörigen dergleichen Verschiedenheiten vorkommen, zur alleinigen Vertretung, ohne, weder bei der künftigen Hauptberechnung, noch sonst jemals, zu diefsfalsigen Reclamationen, oder Entschädigungsansprüchen an die Jäger- Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Casse im andern Landestheile, oder an deren Regierung berechtigt zu sein.

So viel hingegen

ART. IX. die in einigen, durch die Landestheilung getrennten, Provinzen und Ephorien bestehenden Prediger- und Schullehrer- Wittwen- und Waisen-, auch Begräbnis-Cassen anlangt, so wollen die beiderseitigen Regierungen nicht nur das Fortbestehen dieser Verbindungen auf keine Weise behindern, sondern auch darauf sehen, daß weder den dermaligen Mitgliedern dieser Societäten und ihren Hinterlassenen, welche sich in dem andern Landestheile befinden, der Genuß der erworbenen Rechte, und die verfassungsmäßige Theilnahme an Ausübung der Gesellschaftsbefugnisse, insofern die verfassungsmäßigen Verbindlichkeiten gehörig erfüllt werden, unter irgend einem Vorwande entzogen, noch denjenigen, welche vor der Landestheilung, vermöge der ihnen übertragenen Aemter, einen gültigen, seitdem nicht durch ausdrückliche Uebereinkunft der Interessenten in beiden Landestheilen, und, mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörden, aufgegebenen Anspruch gehabt haben, Mitglieder dieser Gesellschaften zu bleiben oder zu werden, das fernere Verbleiben bei solchen, oder der Beitritt zu denselben, wegen ihrer Angehörigkeit an eine andere Landeshoheit, verweigert, auch insofern bei einigen dieser Societäten, nach den am 5ten Junius 1815 bestandenen Statuten und Verfassungen, den Inhabern gewisser Aemter, als solchen, die Verbindlichkeit zum Eintritt in die Societät obliegt, ferner so lange diese nicht, durch Einverständnis der in beiden Landestheilen befindli-

chen Mitglieder und ihrer vorgesetzten Behörden, aufgehoben wird, auf Erfüllung der erwähnten Verbindlichkeit gehalten werde. 1825

Uebrigens macht sich die Königl. Preufs. Regierung hierbei noch verbindlich, dahin Verfügung zu treffen, daß das von dem vormaligen Pfarrer zu Eythra und Bösdorf, Georg Friedrich Sperber, in seinem unterm 21sten November 1806 errichteten Testamente, der im Jahre 1798 gegründeten Prediger-Wittwen-Pensions-Anstalt zu Merseburg, als Andenken, jedoch mit der Verpflichtung, die Zinsen jedesmal vorzüglich den Wittwen seiner Nachfolger im Eythraer Pfarramte abzureichen, legirte Capital von zweihundert Thalern — — — jederzeit besonders verwaltet, sowohl der Zinsenbetrag desselben den Wittwen Eythraer Pfarrer, wenn deren vorhanden sind, auf Anmelden, unweigerlich verabfolgt, und nur bei Ermangelung solcher Wittwen über diese Zinsen von der Societät nach ihrem Gefallen verfügt werden solle.

ART. X. In Ansehung der in einigen, durch die Landestheilung getrennten, Aemtern, Gerichtsbezirken, und Parochieen bestehenden, gemeinschaftlichen Armencassen und Stiftungen für Arme ist für angemessen erachtet worden, die Auseinandersetzung derselben, insofern von den in einem oder dem andern Landestheile befindlichen Interessenten darauf angefragt wird, durch beiderseitige Localcommissarien bewirken zu lassen. Es werden daher die beiderseitigen Provinzialregierungen, zu deren Bereiche die theiligten Orte gehören, wenn bei ihnen Anträge auf Theilung des Vermögens der in Frage befangenen Armen-Cassen und Stiftungen bereits geschehen sind, oder noch geschehen, sich deshalb mit einander vernehmen, und zu deren Auseinandersetzung unverzüglich Localcommissarien ernennen, welche sich gegenseitig alle, zu vollständiger Kenntniß der Verhältnisse der fraglichen Casse oder Stiftung, nöthige Acten, Urkunden, Nachrichten und Rechnungen mitzuthellen, hiernach die Entstehung und den Zweck, die daraus hervorgehenden Theilnehmungsrechte, die bisherigen Collatur-, Administrations- und Aufsichts-Gerechsamkeit und den Vermögensbestand dieser Cas- sen und Stiftungen zu ermitteln, bei der Theilung

1825 selbst aber die bisher bei Auseinandersetzung der milden Stiftungen überhaupt befolgten allgemeinen Grundsätze, so weit solches thunlich ist, in Anwendung zu bringen haben. Wenn von diesen Localcommissarien eine Uebereinkunft getroffen, und von ihren Auftragsbehörden genehmiget worden ist, so wird solche sofort durch Leistung der Zahlungen, welche nach denselben der eine Theil an den andern zu bewirken hat, und sonst vollzogen werden. Bis nach erfolgter Auseinandersetzung, der hier in Frage stehenden Cassen und Stiftungen soll ebenfalls den Betheiligten in beiden Landestheilen der fernere Genuß ihrer Verfassungs- oder stiftungsmäßigen Rechte verbleiben, und ihnen, wegen der veränderten Landeshoheit, oder unter einem andern Vorwande, auf keine Weise geschmälert werden.

Die von dem vormaligen Besitzer des im Bezirke des Amtes Wurzen gelegenen Ritterguts Roitzsch, Ulrich von Spener, in seinem Testamente vom 30sten November 1764 gemachte Stiftung für Arme wird jedoch hiervon ausdrücklich ausgenommen, und zu ferneren Verhandlungen zwischen den unterzeichneten Commissarien ausgesetzt.

ART. XI. Da die General-Almosen-Casse zu Merseburg einen jährlichen Beitrag von 262 Thlr. 12 Gr. — aus den Stift-Merseburgischen Rentkammer-Einkünften zu beziehen hat, so ist zuvörderst die Uebereinkunft getroffen worden, daß vom 6ten Juni 1815 an die Königl. Preufs. Regierung fünf Sechstheile, und die Königl. Sächs. Regierung ein Sechstheil hiervon übernehmen soll.

Das, nach Deckung eines in das Herzogthum Sachsen gehörigen, fortdauernden jährlichen Bezuges von 100 Thlr. bleibende Vermögen dieser Casse wird nach dem Verhältniß der Volkszahl des Stifts Merseburg getheilt, wonach sich der Theilungsmaßstab auf

0,8114,

Achttausend Einhundert und vierzehn Zehntausendtheile für das Herzogthum, und

0,1886,

Eintausend Achthundert sechs und achtzig Zehntausendtheile für das Königreich Sachsen bestimmt. Nach diesem Theilungsverhältniß werden dem Königreiche

Sachsen, zu Berichtigung des ihm zustehenden Antheils: überwiesen:

1. der von der Königl. Sächs. Regierung, vom 6ten Juni 1815 an, jährlich mit 43 Thlr. 18 Gr. — fortwährend zu leistende antheilige Rentkammer-Beitrag, welcher, nach 5 pCt. zu Capital berechnet, sich auf 875 Thlr. beläuft,
 2. in Capitalien zu 5 pCt. zinsbar, 166 Thlr. 1 Gr. 9 Pf. Einhundert sechs und sechszig Thaler, 1 Gr. 9 Pf.
 3. in Capitalien zu 4 pCt. zinsbar, 46 Thlr. 5 Gr. — sechs und vierzig Thaler, 5 Gr.
 4. in Capitalien zu 3 pCt. zinsbar, 301 Thlr. 18 Gr. 3 Pf. Dreihundert und einen Thaler 18 Gr. 3 Pf.
 5. in Capitalien zu 2 pCt. zinsbar, 94 Thlr. 7 Gr. 2 Pf. vier und neunzig Thaler, 7 Gr. 2 Pf.
 6. vom unzensbaren Vermögen, 66 Thlr. 21 Gr. 5 Pf. sechs und sechszig Thaler, ein und zwanzig Groschen, fünf Pfennige,
- wogegen dasselbe sich alle seit dem 6ten Juni 1815 an Königl. Sächs. Orte etwa ausgezahlte, und solchenfalls bei der künftigen Berechnung nachzuweisende, Unterstützungen anrechnen zu lassen hat.

ART. XII. Von dem Bestande der Stift-Merseburgischen Busstags-Colleoten-Casse am 5ten Juni 1815, welcher vergleichsweise zu 66 Thlr. 16 Gr. 3 Pf. angenommen worden ist, und ebenfalls nach der Volkszahl der beiderseitigen Antheile des Stifts Merseburg getheilt wird, erhält das Königreich Sachsen

12 Thlr. 13 Gr. 10 Pf.

zwölf Thaler, dreizehn Groschen, zehn Pfennige unzensbar.

ART. XIII. Nach demselben Verhältnifs wird das Vermögen des Stift-Merseburgischen Hebammen-Instituts getheilt, und es empfängt hiernach das Königreich Sachsen von demselben

169 Thlr. 17 Gr. 9 Pf.

Einhundert neun und sechszig Thaler, 17 Gr. 9 Pf. von dem mit 5 $\frac{1}{2}$ zinsbaren Activo, und

91 Thlr. 16 Gr. 7 Pf.

ein und neunzig Thaler, sechzehn Groschen, sieben Pfennige, incl. der von der Parochie Quesitz angesammelten Taufgroschen nach dem 5ten Juni 1815 eingelieferten — 11 Gr. unzensbar.

1825 Auf vorstehende unzinsbare Summe hat die Königl. Sächsische Regierung

54 Thlr. 4 Gr. — —

so die Königl. Preussische Regierung auf die Zeit, vom 1sten April bis 5ten Juni 1815, an rückständigem, aus der Merseburgischen Stifts-Rentkammer bewilligten Lehrergehalt bezahlt hat, sich anrechnen zu lassen.

Uebrigens werden jeder Regierung die diesem Institute gewidmeten Bezüge aus ihrem Gebiete auf die Zeit nach dem 5ten Juni 1815 überlassen.

ART. XIV. Das Vermögen der bei dem vormaligen Stifts-Consistorio zu Merseburg verwalteten, sogenannten Salzburger-Collecten-Casse wird gleichfalls nach dem obbemerkten Verhältniß der Volkszahl der beiderseitigen Antheile des Stifts Merseburg getheilt. Hiernach erhält das Königreich Sachsen:

1. an sicherem Vermögen:

94 Thlr. 7 Gr. 2 Pf. v. 500 Thlr. — — — Pf. à 5 pCt. zinsbar,

396 — 1 — 5 — — 2100 — — — — — 3 — —

10 — 5 — 3 — — 54 — 4 — 5 — unzinsbar,

2. an unsicherem Vermögen:

33 — — — 1 — — 175 — — — — — 5pCt. zinsbar,

2 — 4 — 3 — — 11 — 13 — 1 — unzinsbar,

wogegen dasselbe die seit dem 6ten Juni 1815. nach Befinden, aus dieser Casse erhaltenen Zahlungen sich anrechnen zu lassen hat.

ART. XV. Wegen des Stiftsgymnasiums zu Merseburg, seiner Fonds, Bezüge, und der mit demselben in Verbindung stehenden Stipendienstiftungen, kommen beide Regierungen vergleichsweise dahin überein, daß

1. die Königl. Preufs. Regierung den Ansprüchen auf einen, Königl. Sächsischer Seits antheilig zu übernehmenden, Beitrag zu den auf die Stift-Merseburgische Rentkammer angewiesenen, zu Unterhaltung des Gymnasiums und Leistung gewisser Schulstipendien bestimmten, Geld- und Natural-Deputaten entsagt, und sich blos den Anspruch an die Stiftsstände des Königl. Preussischen Stiftsantheils, wegen der aus der Stiftsbedürfniscasse zum Gymnasium-Fonds zu bezahlenden Supplement-Steuer-Zinsen, vorbehält, den diefsfallsigen Anspruch an die Stiftsstände des Königl.

Sächs. Stifts - Antheils aber der Königl. Sächs. Regie- 1825
rung abtritt, wogegen diese

2. nicht nur den Anspruch auf Wiedererstattung der, für die Zeit vom 6ten bis 30sten Juni 1815, aus dem Königl. Sächs. Landeszahlamte, zu Berichtigung des baaren Stiftskammerbeitrags, an das Gymnasium bezahlten 37 Thlr. 14 Gr. 6 Pf., sondern auch allen sonstigen Ansprüchen an das Vermögen des Gymnasiums entsagt, sowohl

3. das Collaturrecht der Stadt Zwenkau auf zwei, bisher von dem dasigen Stadtrathe vergebene, für Schüler des gedachten Gymnasiums bestimmte Stipendien und den Antheil, welcher von vier dergleichen Schulstipendien, so bisher von den Stiftsständen vergeben worden, auf den Königl. Sächs. Stiftsantheil kommen würde, dem Herzogthume Sachsen dergestalt abtritt, dafs die Königl. Sächs. Regierung die diessfallsige Entschädigung der Stadt Zwenkau und des Königl. Sächsischen Theils der Stiftsstände ohne weitem Anspruch übernimmt.

4. Es wird jedoch den Eingebornen des Königl. Sächs. Stiftsantheils, wenn sie das Merseburger Gymnasium besuchen wollen, nicht nur das Recht hierzu, sondern auch die rechtliche Fähigkeit, an den ihnen solchenfalls vor der Landestheilung zugestandenen Vortheilen und Beneficien, jedoch mit Ausschluss derer, welche aus den vorstehend abgetretenen Collaturrechten hergeleitet werden könnten, unter den in der jedesmaligen Schulverfassung gegründeten Voraussetzungen, Theil zu nehmen, in so weit zugestanden, dafs ihnen, wenn sie sich sonst hierzu qualificiren, ihre nunmehrige Eigenschaft als Ausländer nicht entgegenstehen soll.

5. Das Böhrringerische Schulstipendium verbleibt fernerhin in der bisherigen Mafse dem Gymnasium und wird zu den Localstiftungen des Herzogthums gerechnet.

ART. XVI. Bei dem Stift - Merseburgischen Schulverbesserungs - Fonds kommt auch die Volkszahl der beiderseitigen Antheile des Stifts Merseburg als Theilungsmafsstab in Anwendung.

Hiernach hat das Königreich Sachsen

I. zu erhalten:

1825

120 Thlr. 4 Gr. —

Einhundert und zwanzig Thaler, vier Groschen, vom sichern unzinsbaren Vermögen,

848 Thlr. 16 Gr. 10 Pf.

Achthundert acht und vierzig Thaler, sechszehn Groschen, zehn Pfennige, vom unsichern, zu 5 pCt. zinsbaren Vermögen,

16 Thlr. — 9 Pf.

sechszehn Thaler und neun Pfennige, von den unsichern Zinsrückständen des vorerwähnten zinsbaren Vermögens,

83 Thlr. 12 Gr. 5 Pf.

drei und achtzig Thaler, 12 Gr. fünf Pfennige, von aufsenstehenden unsichern Lotterieresten, insofern diese verschiedenen unsichern Activa eingehen sollten; dahingegen hat dasselbe

2. beizutragen

660 Thlr. 2 Gr. 5 Pf.

Sechshundert und sechszig Thaler, zwei Groschen, fünf Pfennige zum zinsbaren Passivo, nebst Zinsen vom 6ten Juni 1815 an, zu 5 pCt. insofern dieser Zinsfuß seitdem nicht herabgesetzt worden, ingleichen den nach obigem Verhältniß zu berechnenden Antheil an den auf Eintreibung des unsichern Vermögens verwendeten Kosten.

ART. XVII. Von dem Vermögen des Stift-Merseburgischen neuern Schulverbesserungs- oder sogenannten Catecheten-Fonds erhält das Königreich Sachsen, nach dem mehrerwähnten Verhältniß der Volkszahl in den beiderseitigen Antheilen des Stifts Merseburg, überhaupt

40 Thlr. 15 Gr. 7 Pf.

vierzig Thaler, funfzehn Groschen, sieben Pfennige unzinsbar.

ART. XVIII. Von dem bei der vormaligen Stiftsregierung zu Merseburg verwalteten sogenannten Ueberschuldsfonds, welcher, nach Deckung eines darauf angewiesenen, dem Herzogthume Sachsen verbleibenden Bezugs, wieder im Verhältniß der Bevölkerung der beiderseitigen Theile des Stifts Merseburg getheilt wird, erhält das Königreich Sachsen

A. an sicherem Vermögen:

2510 Thlr. 6 Gr. 5 Pf.

Zweitausend Fünfhundert zehn Thaler, sechs Groschen, fünf Pfennige, zu 5 pCt. zinsbar,

744 Thlr. 23 Gr. 3 Pf.

Siebenhundert vier und vierzig Thaler, drei und zwanzig Groschen, drei Pfennige, zu 3 pCt. zinsbar;

328 Thlr. 3 Gr. 5 Pf.

Dreihundert acht und zwanzig Thaler, drei Groschen, fünf Pfennige, unzensbar, nach Abzug derjenigen 54 Thlr. 4 Gr. — welche noch aus der Königl. Sächs. Rentkammer an den Ueberschufsfonds zu zahlen waren;

B. an unsicherm Vermögen, insofern solches un- verkürzt zu erlangen sein sollte:

56 Thlr. 13 Gr. 11 Pf.

sechs und funfzig Thaler, dreizehen Groschen, eilf Pfennige, zu 5 pCt. zinsbar,

4 Thlr. 16 Gr. —

vier Thaler, sechszehen Groschen, bis 5ten Juni 1815 rückständige Zinsen davon,

75 Thlr. 10 Gr. 7 Pf.

fünf und siebenzig Thaler, zehen Groschen, sieben Pfennige, zu 4 pCt. zinsbar,

24 Thlr. 10 Gr. 5 Pf.

vier und zwanzig Thaler, zehen Groschen, fünf Pfennige, bis 5ten Juni 1815 rückständige Zinsen davon,

499 Thlr. 6 Gr. 9 Pf.

Vierhundert neun und neunzig Thaler, sechs Groschen, neun Pfennige unzensbar, an aufsenstehenden Lotterieresten,

C. als Antheil an 955 Thlr. — — — Neunhundert fünf und funfzig Thaler, welche, unterm 24sten September 1813, für Rechnung des Ueberschufsfonds erhoben und bis jetzt nicht nachgewiesen worden, insofern sich bei der deshalb vorbehaltenen weiteren Ausmittelung ein rechtlicher Anspruch an den Aussteller der Quittung, oder sonst an Jemand ergeben sollte,

180 Thlr. 2 Gr. 9 Pf.

Einhundert und achtzig Thaler, zwei Groschen, neun Pfennige, und hat dagegen auch nach dem Verhältniß seiner Theilnahme zu den Unkosten, welche das unsichere Vermögen veranlaßt, beizutragen.

ART. XIX. Das Vermögen des Waisenhauses zu Merseburg wird, nach Abzug des für die Stadt Merseburg besonders davon gerechneten Authells, nach

430 *Convention entre la Saxe roy.*

1825 Verhältniß der Einwohnerzahl in den übrigen Stift-
Merseburgischeu Ortschaften, welches

0,7794,

Siebentausend Siebenhundert vier und neunzig Zehn-
tausendtheile für das Herzogthum, und

0,2206,

Zweitausend Zweihundert und sechs Zehntausend-
theile für das Königreich Sachsen beträgt, getheilt.

Hiernach erhält das Königreich,

A. an sicherem Vermögen:

1942 Thlr. — Gr. 4 Pf.

Eintausend Neunhundert zwei und vierzig Thaler und
vier Pfennige, durch Ueberweisung des Capitalwer-
thes der im Königl. Sächs. Stiftsantheile fundirten Bezüge,

1299 Thlr. 20 Gr. 2 Pf.

Eintausend Zweihundert neun und neunzig Thaler,
zwanzig Groschen, zwei Pfennige, von den sichern,
zu 5 pro Cent zinsbaren Activis,

142 Thlr. 22 Gr. 6 Pf.

Einhundert und zwei und vierzig Thaler, zwei und
zwanzig Groschen, sechs Pfennige, von den sichern,
zu 4 pro Cent zinsbaren Activis,

B. an unsicherem Vermögen:

812 Thlr. 17 Gr. 8 Pf.

Acht Hundert und zwölf Thaler, siebenzehen Groschen,
acht Pfennige, von unsichern, zu 5 pro Cent zins-
baren Activis,

284 Thlr. 11 Gr. — —

Zweihundert vier und achtzig Thaler, eilf Groschen,
von den unsichern, zu 4 pro Cent zinsbaren Activis,

C. an Naturalvorräthen aus dem Bücherverlage
des Waisenhauses:

49 Exemplare Gesangbücher klaren Drucks auf
Schreibepapier,

21 dergleichen auf ordinäres Papier,

52 Exemplare Spruchbücher,

7 Exemplare Passionsgesänge,

aufser den, nach demselben Verhältnisse zu berech-
nenden, Antheilen an den, auf weiterer Ermittle-
lung beruhenden, Exemplarien von Gesangbüchern
grobeu Drucks und von gedruckten Waisenhausnach-
richten.

Hierüber hat das Königreich noch zu erhalten:

- a. den verhältnißmäßigen Antheil von dem, was, 1825 nach Befinden, von den aufsenstehenden Lotterieresten noch eingehen sollte, welcher Antheil, nach Abzug der aufgewendeten Kosten und des auf die Stadt Merseburg kommenden Theils, nach obigem Verhältnisse zu theilen sein würde,
- b. die, auf die Zeit nach dem 30sten Juni 1815, aus dem Königreiche etwa noch zum Waisenhause geflossenen Bezüge.

Dagegen hat das Königreich noch zu vertreten und sich anrechnen zu lassen:

- a. 21 Thlr. 5 Gr. — Rentkammerbeitrag auf den Termin Pfingsten 1815, insofern dessen bereits erfolgte Berichtigung nicht durch Quittung nachgewiesen werden kann,
- b. 88 Thlr. 4 Gr. 4 Pf. antheiligen Beitrag zu den unverzinsbaren Passivis,
- c. die Alimentationskosten für die am 1sten Juli 1815 im Waisenhause gewesenen Kinder aus dem Königl. Sächsischen Stiftsantheile, für jedes jährlich 65 Thlr. — — — vom gedachten Tage an, bis zur Entlassung aus dem Waisenhause,
- d. den, im Verhältnisse der Theilnahme des Königreichs, an dem Vermögen zu berechnenden Antheil an den auf Eintreibung des unsichern Vermögens verwendeten Kosten, auch, da übrigen, nach dieser Auseinandersetzung, die Theilnahme der Stände des Königl. Sächs. Stiftsantheils an der Ausübung des ständischen Collaturrechts von vier Stellen wegfällt, dieselben deshalb abzufinden, und die Königl. Preussische Regierung gegen alle diessfallsige Ansprüche zu vertreten.

ART. XX. Jede der beiden Regierungen hat von den ihr in Vorstehendem überwiesenen Antheilen an dem zinsbaren, beweglichen und zu Capital erhobenen unbeweglichen Vermögen einer Stiftung, auch die Zinsen, nach den bei den Capitalantheilen angegebenen, oder den seit der geschehenen Ausmittelung des Vermögens jeder Stiftung veränderten Zinsfüßen, insoweit nicht seitdem, im Einverständnisse der beiderseitigen Behörden, ein Erlafs an rückständigen Zinsen bewilligt worden ist, und insoweit vom unsichern Vermögen überhaupt Zinsen zu erlangen sind, vom

1825 6ten Juni 1815 an zu erhalten; allein bei der Jäger-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Casse (§. VIII.) tritt dieser Termin schon mit dem 1sten Januar 1815, und bei dem Fonds des Waisenhauses zu Merseburg (§. XIX.) erst mit dem 1sten Juli 1815 ein.

ART. XXI. Sobald von beiden allerhöchsten Regierungen diese Uebereinkunft genehmiget worden ist, soll sofort eine Berechnung über alle, von beiden Regierungen in derselben übernommenen Zahlungsverbindlichkeiten gepflogen, und dasjenige, was hiernach der eine Theil dem andern auszuliefern und herauszugeben hat, berichtet werden.

ART. XXII. Nach dieser erfolgten Vollziehung werden alle Ansprüche, welche von der einen Regierung an die andere, in Beziehung auf die in dieser Convention erwähnten Stiftungen und Fonds, wegen der Theilnahme an Genuß- oder Collatur-Rechten, oder sonst auf irgend eine Weise gemacht werden könnten, soweit deshalb nicht ausdrücklich besondere Vorbehalte in Obigem enthalten sind, für beseitigt und aufgehoben erklärt, und beide Theile verzichten auf alle fernere, in dieser Convention nicht gegründete, dierfallsige Anforderungen, so wie Königl. Preussischer Seits noch besonders allen Ansprüchen auf Genußrechte wegen der, mit der älteren Schullehrer-Besoldungs-Casse verbundenen, Gehischnen, Weigandischen und Kreutzigerischen Stiftungen, mit Vorbehalt der auf letztere Bezug habenden, oben (§. IV.) erwähnten, 2008 Thlr. 49 Gr. 2 Pf., ingleichen den Ansprüchen auf die mit der Schullehrer-Seminarien-Casse vereinigten Stiftungen, namentlich: die Scheuereckische, Reihardtische, Weigandische, Dinterische, die eines Ungenannten, und die Heynische, nicht minder aller Theilnahme an dem ferneren Gewinn aus dem Verkaufe des Dresdner Gesangbuchs und des Kirchenbuchs, und hingegen Königl. Sächsischer Seits allen Ansprüchen auf die mit den oben §. §. XI bis mit XIX. bemerkten Stift-Merseburgischen Cassen und Instituten vereinigten besonderen Stiftungen entsagt wird.

Außerdem leistet auch die Königl. Preussische Regierung auf alle Theilnahme an dem Zwecke des von Johann Andreas von Osten auf Raaschau und Dören-

thal, in seinem Testamente vom 7ten Decèber 1757, 1825 gestifteten Waisenhauses zu Plauen, wegen der vor-maligen Enclaven des Voigtländischen Kreises im Reus-sischen, Blankenberg, Blintendorf, Gefell und Spa-remberg, so wie wieder die Königl. Sächsische Regie-rung auf alle Ansprüche an die, zu den bei der Dom-kirche und Stiftsschule zu Merseburg vorkommenden Be-dürfnissen bestimmte, Dom-Cymbel-Casse zu Mer-seburg Verzicht.

Endlich bewendet es

ART. XXIII. wegen des von Friederiken Chri-stianen Elisabeth Freifrau von Fletcher ausgesetz-ten Vermächtnisses, zu Errichtung und Unterhaltung eines Schullehrer-Seminarii in Kursächsischen Lan-den, in Folge der nur für diesen Fall getroffenen Ueber-einkunft, bei dem, von dem Königl. Großbritannisch-Hannöverschen Ober-Appellations-Gerichte zu Celle, unter dem 15ten November 1822 ertheilten schieds-richterlichen Erkenntnisse.

ART. XXIV. In Ansehung aller übrigen, in der gegenwärtigen Convention nicht erwähnten, milden Stiftungen verbleibt es für jetzt noch, bis zu einer definitiven Vereinigung darüber, bei den deshalb im Art. XXII, §. §. 1 und 2 der Eingangs berührten Hauptconvention vom 28sten August 1819 enthaltenen Bestimmungen; es sollen jedoch die Verhandlungen über diese Stiftungen, ingleichen über die dabei zur Sprache kommenden fiscalischen Punkte möglichst be-schleuniget, und die darüber zu treffenden Vereini-gungen, nach beiderseits erfolgter allerhöchster Ge-nehmigung, durch eine anderweite nachträgliche Con-vention zum Abschlufs gebracht und, nebst der ge-genwärtigen Convention, öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu dessen Urkund haben die beiderseitigen Kö-niglichen Bevollmächtigten die gegenwärtige Con-vention unterzeichnet.

Geschehen zu Dresden, am 4ten April 1825.

MÜLLER,
Königl. Sächsischer
Commissarius.

D. PINDER,
Königl. Preufsischer
Commissarius.

82.

1825 *Convention pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers y intéressés; signée le 27 Septembre 1825 et ratifiée par la Saxe le 12 Février 1826 et par la Prusse le 9 Février de la même année.*

*(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen
1828. Nr. 32. pag. 291.)*

Zu Festsetzung der öffentlichen Verhältnisse in Beziehung auf die im Königreiche und Herzogthume Sachsen befindlichen Familienstiftungen, und zu Sicherstellung der dabei betheiligten Privatberechtigten, ist zwischen den Unterzeichneten beiderseitigen Königl. Commissarien, bis auf Genehmigung ihrer höchsten Behörden, folgende Vereinigung getroffen worden.

ART. I. Unter Familienstiftungen werden hier lediglich diejenigen verstanden, welche zum Besten einzelner, namentlich ausgedrückter Familien fort-dauernd und dergestalt errichtet sind, daß den Angehörigen der benannten Familien entweder ausschließ-lich, oder vorzugsweise das Recht zusteht, die Nutzungen gewisser Vermögensgegenstände zu einem von dem Stifter ausdrücklich vorgeschriebenen Zwecke zu beziehen. Bei Beurtheilung der Frage, welche von den, zufolge des §. II. der Convention vom 27sten Juli 1817, angezeigten Familienstiftungen der Aufsicht der einen oder andern Regierung für die Zukunft unterworfen sein sollen, ist

1. darauf zu sehen, ob nach den Stiftungsurkunden der Hauptzweck der Stiftung an einem bestimm-

ten Orte in Erfüllung gehen soll, wie z. B. namentlich bei Stiftungen zu Freitischen, oder Wohnungen und andern Unterstützungen in dazu bestimmten örtlichen Anstalten. Eine solche Stiftung folgt der Aufsicht derjenigen Regierung, in deren Gebiete der bezeichnete Ort gelegen ist.

Da, wo ein solches Verhältniß nicht vorhanden ist, kommt es sodann

2. darauf an, ob den Familiengliedern durch die Stiftungsurkunden oder sonstige, vor dem 5ten Juni 1815, rechtsgültig getroffene Verfügungen:

- a. Angehörige gewisser Provinzen, Orte oder Localanstalten des Königreichs oder Herzogthums Sachsen vorzugsweise, oder ausschließlich substituirt sind, und solchenfalls sind dergleichen Familienstiftungen derjenigen Regierung zu überweisen, unter deren Landeshoheit sich die fraglichen Provinzen, Orte oder Localanstalten befinden;
- b. dasselbe findet Statt, wenn Angehörige einer, der einen der gegenwärtig pacificirenden Regierungen, als solcher, unterworfenen, in der Stiftungsurkunde namentlich ausgedrückten Provinz zugleich mit Unterthanen einer fremden Regierung substituirt sind, und gehet daher die Aufsicht über eine solche Stiftung auf die erstgedachte Regierung über;
- c. eben diels greift ferner Platz, wenn Studirende auf einer der beiden Universitäten Leipzig, oder Halle-Wittenberg ausschließlich, oder welche vorher auf einer gewissen Schule im Königreiche oder Herzogthume Sachsen gewesen, substituirt sind, indem solchenfalls die Stiftung unter Aufsicht derjenigen Regierung tritt, in deren Gebiete sich diese Universität, oder Schule befindet. Sind aber Individuen, welche auf der Einen der vorgenannten beiden Universitäten studiren, und vorher auf einer Schule in dem andern Landestheile gewesen, substituirt, so tritt die Stiftung unter Aufsicht derjenigen Regierung, in deren Gebiete sich die Schule befindet;
- d. sonstige allgemeine Substitutionen ohne ausschließliche örtliche Beziehungen, oder ohne örtliche Beziehungen überhaupt, sind hingegen nicht als entscheidend zu betrachten. Auch bleiben diejenigen Familienstiftungen, bei denen mehrere, in beiden

1825 Landestheilen, oder im beiderseitigen Auslande gelegene Provinzen und Orte zugleich substituirt sind, unbeschadet der dabei Statt findenden Substitutionen, in ihren bisherigen Verhältnissen.

Sind bei Familienstiftungen solche Substitutionen, welche, nach Vorstehendem, Berücksichtigung verdienen, nicht vorhanden, so entscheidet dann

3. der feste Sitz der Collatur- und Administrations- oder Aufsichts-Behörde am 5ten Juni 1815, insofern das diefsfalsige Befugniss bei landesherrlichen Behörden nicht blofs in der Landesverfassung begründet ist, und zwar dergestalt, das

a. wenn der feste Sitz der Collatur in dem einen, und der der Administration oder Aufsicht in dem andern Landestheile sich befindet, der feste Sitz der Collatur prävalirt, hingegen

b. wenn entweder die Collatur in einem Gebiete außerhalb des Königreichs und Herzogthums Sachsen ihren Sitz, oder gar keinen festen Sitz hatte, der feste Sitz der Administration oder Aufsicht die Norm giebt, insofern derselbe sich in einem der beiden Landestheile befindet.

Bieten nun aber auch weder Collatur- noch Administrations- und Aufsichts-Gerechtsame einen Grund für die Ueberweisung einer Familienstiftung dar, so sind dann

4. etwanige andere Localbeziehungen, z. B. unbewegliches Vermögen einer Stiftung, als entscheidend anzusehen, und in deren Ermangelung ist

5. auf den bleibenden Wohnsitz, welchen der Stifter zur Zeit seines Ablebens hatte, Rücksicht zu nehmen.

ART. II. Nach diesen, auch bei den etwa später bekannt werdenden, jedoch bereits vor dem 5ten Juni 1815 errichtet gewesenen Familienstiftungen, in Anwendung zu bringenden, übrigens lediglich für diese Art von Stiftungen vertragsweise bestimmten Grundsätzen, und zufolge eines, in Ansehung derjenigen Stiftungen, bei denen entweder Studirende auf Universitäten und Schulen in beiden Landestheilen substituirt sind, oder vorstehend als entscheidend angenommene Verhältnisse nicht Statt finden, getroffenen

Vergleichs, werden die in den Beilagen verzeichneten Stiftungen unter A. dem Königreiche, und die unter B. dem Herzogthume Sachsen dergestalt überwiesen,

1. dafs mit der hiernach auf die Regierung des einen Landestheiles übergehenden Aufsicht, zugleich die Administrations- und Collatur-Gerechtsame, insofern solche landesherrlichen, oder sonstigen Behörden in dem andern Landestheile bisher zugestanden, auf die zuerst gedachte Regierung übergehen, und hierbei jede Regierung die Vertretung und Entschädigung der etwanigen Ansprüche der ihr angehörigen, nicht landesherrlichen Behörden übernimmt.

2. Es versteht sich jedoch von selbst, dafs unter den vorstehend erwähnten landesherrlichen, oder sonstigen Behörden nicht diejenigen Familien, oder deren Mitglieder, denen Administrations- und Collatur-Gerechtsame zustehen, verstanden werden, indem dergleichen Familien, oder Familienglieder vielmehr, sie mögen sich befinden, wo es sei, die ihnen zustehenden Administrations- und Collatur-Gerechtsame unverändert behalten, sich jedoch bei Ausübung derselben der Aufsicht derjenigen Regierung, welcher die Stiftung, nach obigen Grundsätzen und den beigefügten Verzeichnissen, überwiesen ist, zu unterwerfen schuldig sind.

ART. III. Jede der beiden Regierungen erhält in Ansehung der ihr durch gegenwärtige Convention, nach deren Beilagen unter A. und B. überwiesenen Familienstiftungen, aufser den auf sie, nach Obigem, ohnehin übergehenden Rechten, zugleich das Recht, bei erfolgendem Aussterben der berechtigten Familien, nach gesetzlichem, durch die öffentlichen Blätter beider Landestheile bekannt zu machendem Aufrufe, und erfolgter rechtskräftiger Präclusion der etwanigen unbekanntem Interessenten, über die denselben zugestandenem Genufsrechte, insofern nicht schon Substitutionen für diesen Fall vom Stifter bestimmt worden sind, auf andere, den Verfügungen desselben möglichst analoge, Weise zum Besten des ihr unterworfenen Landestheils zu verfügen, und die den ausgestorbenen und präcludirten Familien zugestandenem Collatur- und Administrations-Rechte auszuüben.

1825 ART. IV. Die beiderseitigen Regierungen machen sich verbindlich, die Genußrechte der Familien und ihrer Glieder, oder der ihnen substituirtten Personen, jederzeit aufrecht zu erhalten, und weder den Genuß berechtigten Familiengliedern, noch den in deren Ermangelung substituirtten Personen, den Genuß der Stiftungen auf irgend eine Weise zu verweigern oder zu erschweren. In dieser Absicht wird Folgendes festgesetzt:

1. Die Callaturbehörden sollen auf den Geburts- oder Wohnort der Interessenten, oder bei Stipendien auf die Lehranstalt, welche sie besuchen, nie eine andere Rücksicht, als die in der Stiftung selbst etwa vorgeschrieben ist, nehmen; mithin dem Inländer, oder dem auf einer inländischen Anstalt Befindlichen, als solchem, nie einen Vorzug vor andern, nach der Stiftung Genußberechtigten Individuen geben.

2. Sind in den vor dem 5ten Juni 1815 errichteten Stiftungsurkunden die Ausdrücke: Kursächsische oder Königl. Sächsische Lande, Kursächsische oder Königl. Sächsische Universitäten und dergl. gebraucht, so ist darunter stets der zur Zeit der Stiftung bestandene Länderumfang, und unter der Universität Wittenberg gegenwärtig die Universität Halle-Wittenberg, zu verstehen.

3. Schreiben die fundationsmäßigen Bestimmungen, insonderheit bei Beneficiis für Studierende, eine Lehranstalt, wo diese das Beneficium genießen sollen, namentlich vor, so ist auch hierauf genau zu halten.

4. Sind in diesen Bestimmungen alternativ, oder auch cumulativ, Lehranstalten beider Landestheile, des Königreichs und Herzogthums Sachsen, genannt, so sollen dergleichen Familienstipendien auch auf jede derselben, wohin sich der Genußberechtigte zu begeben, seinen Verhältnissen angemessen findet, ohne Erschwerung des Genusses vergeben werden.

5. Ist in der Stiftungsurkunde keine Lehranstalt, wo das Stipendium genossen werden solle, ausdrücklich genannt, so kann solches von dem Genußberechtigten auf jeder in- oder außerhalb des Königreichs und Herzogthums Sachsen gelegenen Universität bezogen werden,

6. Melden sich mehrere Genußberechtigte zu einem erledigten Stipendio, so ist zuvörderst das, nach Befinden, durch die Foundation selbst, in Hinsicht auf Nähe der Verwandtschaft, Armuth, oder sonstige Umstände begründete Vorrecht, insofern aber die Foundation nichts darüber vorschreibt, lediglich die gröfsere Bedürftigkeit und Würdigkeit zu berücksichtigen. 1825

7. Beiderseitige Regierungen verpflichten sich, auf genaue Beobachtung vorstehender Bestimmungen zu halten. Zu dessen Beförderung haben sich beide Regierungen über folgende Mafsregeln vereinigt:

- a. diese Uebereinkunft wird, nebst den derselben beigefügten Verzeichnissen unter A. und B., in den Gesetzsammlungen beider Staaten öffentlich bekannt gemacht, um zugleich die vorhandenen Familienstiftungen und die, in Folge dieser Convention, für die Zukunft regulirten Collatur-, Administrations- und Aufsichts-Verhältnisse zur Kenntniß der beiderseitigen Unterthanen zu bringen, und diesen die eigne Wahrnehmung ihrer Gerechsamkeit zu erleichtern.
- b. Es soll in beiden Staaten, durch eine gesetzliche Verfügung, den Behörden, welche Familienstiftungen zu vergeben, zu verwalten und zu beaufsichtigen haben, die genaue Befolgung vorstehender Bestimmungen zur Obliegenheit gemacht, und dabei noch aufgegeben werden, bei jeder Erledigung eines Familien-Stipendii, wenn sich binnen vier Wochen nach Ablauf des letzten Genußtermins kein qualificirter Geschlechtsverwandter angemeldet hat, eine Bekanntmachung in einer Sächsischen und einer Preussischen Zeitung, welche jede Regierung dazu bestimmen wird, zu erlassen, und einen Termin zur Anmeldung der Interessenten zu bestimmen. Diese Bekanntmachungen sollen, insofern die Kosten derselben nicht aus den Ueberschüssen der Stiftung bestritten werden können, jederzeit kostenfrei expedirt, und blofs die baaren Auslagen dem, in Folge des öffentlichen Aufrufs, zunächst zur Perception Gelangenden angerechnet werden.
- c. Den Beschwerden diefs- oder jenseitiger Unterthanen wegen Hintansetzung fundationsmäfsiger Ge-

1825 rechtsame soll, nach den bereits im §. 7 der Convention vom 27sten Juli 1817 enthaltenen Bestimmungen, jederzeit schleunigst abgeholfen und den Betheiligten die ihnen gebührende Entschädigung verschafft werden.

ART. V. Nach erfolgter beiderseitiger Genehmigung dieser Uebereinkunft sollen sofort jeder Regierung die zu den ihr überwiesenen Familienstiftungen gehörigen Fonds, Acten, Urkunden und Rechnungen, insoweit sie sich bei Behörden des andern Landestheils befinden, und, so viel die Fonds betrifft, insofern sie nicht in Immobilien, oder unaufkündbaren Capitalien bestehen, ausgeantwortet, bis dahin aber alle stiftungsmäßige Zahlungen fortgeleistet, auch die gegenwärtig in der Perception von Beneficien aus Familienstiftungen stehenden Personen in deren Genuß auf dessen Dauer gelassen werden. Die hiernach aus dem einen in den andern Landestheil auszuliefernden Fonds sollen, nach ihrem dermaligen Activ- und Passiv-Zustande, unverzüglich durch beiderseitige Rechnungsbeamte genau ermittelt und nach einer deshalb zu haltenden Schlußrechnung gegenseitig ausgeliefert werden. So viel das hierbei zur Sprache kommende Agio von der Adam Müllerischen und Ludowicus Schneiderschen Familienstiftung gehörigen alten Stiftungscapitalien betrifft, so bleiben die dießfalligen Ansprüche den nunmehrigen Administrations- und Collatur-Behörden zur besondern Verhandlung und, nach Befinden, Ausführung im Wege Rechts vorbehalten.

ART. VI. Da, nach erfolgter Auslieferung der vorstehend gedachten Fonds, Acten, Urkunden und Rechnungen, die Interessenten der aus dem einen in das andere Gebiet übergehenden Familienstiftungen sich an die, zufolge der obigen Bestimmungen, eintretenden neuen Administrations-, Collatur- und Aufsichts-Behörden zu wenden haben, so soll der Zeitpunkt der erfolgenden gegenseitigen Auslieferung, zugleich mit der, oben im Art. IV. bestimmten, Publication der gegenwärtigen Uebereinkunft und der beigefügten Verzeichnisse, von beiden Regierungen öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu dessen Urkund haben die beiderseitigen Com- 1825
missarien die gegenwärtige Convention unterzeichnet.

Dresden, am 27sten September 1825.

MÜLLER,	Dr. PINDER,
Königl. Sächs. Com- missarius.	Königl. Preufs. Com- missarius.

(Sont joints à la présente convention: A: Verzeich-
nifs der dem Königreiche Sachsen überwiesenen Familienstif-
tungen; et B: Verzeichnifs der dem Herzogthume Sachsen
überwiesenen Familienstiftungen.)

83.

*Convention concernant les preten-
tions réciproques des fondations du
royaume et du duché de Saxe; signée
le 6 Décembre 1825 et ratifiée par
la Saxe le 12 Juin 1826 et par la
Prusse le 4 Juin de la même
année.*

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen
1828. Nr. 32. p. 331.)

Dresden, den 6ten December 1825.

Da sich bei den commissarischen Verhandlungen über die, das fiscalische Interesse betreffenden Ansprüche der Stiftungen des Königreichs und Herzogthums Sachsen verschiedene, bisher nicht zu erledigen gewesene Differenzen ergeben, so sind heute die von beiden Seiten zur Vermittelung Beauftragten mit den Commissarien zusammengetreten, und haben sich, nach Erwägung der beiderseitigen Gründe, über folgende, ihren Allerhöchsten Behörden zur Genehmigung vorzutragende Punkte vereinigt.

1825 A. Die Ansprüche der Stiftungen des Herzogthums Sachsen an den Königl. Sächsischen Fiscus betreffend.

1. Von Königl. Sächsischer Seite werden folgende Forderungen als Schulden der Königl. Sächsischen Rentkammer, und resp. so viel das Capital der Wolframsdorfischen Stiftung anlangt, als auf dem Amte Mügeln haftend, anerkannt:

7875 Thlr. — — — oder 9000 Mfl. Capital der Kirchen zu Sangerhausen und Emselohe, von der Trilferschen Stiftung;

8800 Thlr. — — — Capital der Wolframsdorfischen Stiftung, zu Freitischen für Studirende auf der Universität Wittenberg;

1000 Thlr. — — — Capital des Waisenhauses und St. Georgen-Hospitals zu Langensalza;

1000 Thlr. — — — Capital der Armencasse zu Lichtenburg,

sämmtlich à 5 pro Cent verzinsbar; ingleichen

2. der Anspruch der Commendestiftung zu Weisensee auf einen, bei der Dresdner Rentkammer zur Verwahrung gekommenen, mit 5 pro Cent verzinsbaren Kammerschein, vom 3ten December 1779, Nr. 888, über 340 Thlr. — — — und demnach die Ausantwortung dieses Hauptstammes nebst den, von dem Mandatarius der gedachten Stiftung, Advocat Schumann in Dresden, auf das Jahr von Ostern 1812 bis 1813 erhobenen, mit vorstehendem Kammerscheine zum Deposito der Dresdner Rentkammer gekommenen Zinsen an 17 Thlr. — — — und den seit Ostern 1813 ferner gefällig gewordenen Zinsen, zugestanden.

3. Das, Preussischer Seits, von obigen

7875 Thlr. — — — nach $48\frac{4}{7}$ pro Cent, und von den

8800 Thlr. — — — nach $11\frac{1}{9}$ pro Cent verlangte Agio wird vergleichsweise auf

1895 Thlr. 20 Gr. — — nach $24\frac{2}{7}$ pro Cent von der ersten, und

586 Thlr. 16 Gr. — — nach $6\frac{2}{3}$ pro Cent von der letzten Post festgesetzt.

4. Da der Stadtrath zu Langensalza behauptet, über 25 Thlr. — — —

halbjährige Zinsen von dem, den dasigen Stiftungen gehörigen Capitale der 1000 Thlr. — — — auf den

Termin Johannis 1815, Quittung hierher eingesendet, 1825 den Betrag aber, wegen der unterdessen eingetretenen Landestheilung, nicht erhalten zu haben, so wird demselben der Anspruch auf diese 25 Thlr. --- zur weitem Nachweisung, oder Ausführung vorbehalten.

5. Die der Armencasse zu Lichtenburg, zufolge einer Verordnung vom 14ten März 1812, auf die Jahre 1800 bis 1802, mit

75 Thlr. ---

zu zahlen gewesene Zinsvergütung, ist, laut einer in beglaubter Abschrift übergebenen Quittung vom 5ten October 1812, bereits bezahlt, und fällt daher der diefsalsige Anspruch weg.

6. Wegen der Stiftung zu Stipendien und zu Unterstützungen für Predigerkinder im Stifte Merseburg wird der Vorschlag der Königl. Sächsischen Commissarien dergestalt angenommen, das jede Regierung die in der zweiten nachträglichen Convention wegen der Stiftungen, in Gemäsheit der commissarischen Vereinigung, zu bestimmenden stiftungsmäßigen Leistungen an die Genußberechtigten ihres Gebietes vom 6ten Juni 1815 an übernimmt, wogegen die Königl. Sächsische Regierung, insofern seitdem die Bezüge auch an Angehörige des Königreichs fortgeleistet worden, zu solchen antheilig beizutragen, auch der Königl. Preussischen Regierung die von ihr, auf die Zeit bis zum 5ten Juni 1815, vorschulsweise bezahlten

329 Thlr. 8Gr. 2 Pf.

wieder zu erstatten, und alle sonst etwa bei der Stipendienstiftung, auf die Zeit vor dem 1sten April 1815, so wie bei der Stiftung für Predigerkinder, auf die Zeit vor Michael 1814, rückständig gebliebene Beneficien zu vertreten hat.

7. Wegen des Anspruchs der Weihrauchschen Stipendienstiftung zahlt die Königl. Sächsische Regierung

875 Thlr. ---

wogegen die Königl. Preussische Regierung auf die bisherigen Zinsen davon verzichtet, aber auch erst vom Empfange der vorstehenden 875 Thlr. --- an in die Verbindlichkeit zur Auszahlung des Weihrauchschen Stipendiums tritt.

1825 8. Die vorstehend von Königl. Sächsischer Seite anerkannten und übernommenen Verbindlichkeiten sollen, soweit solche nicht durch Compensation mit den Königl. Preussischer Seits weiter unten, ad D. 1 und 2, anerkannten Verbindlichkeiten getilgt werden, nach dielsfallsiger vorheriger Berechnung binnen vier Wochen nach der von den beiden Allerhöchsten Regierungen erfolgten Genehmigung dieser Uebereinkunft, durch baare Zahlung der Capitalien, des verglichenen Agio und der Zinsen von den ad 1 gedachten Capitalien, so weit solche rückständig, ingleichen des nach Weissensee gehörigen Depositi nebst Zinsen, der ad 6 gedachten Ersatzpost des ad 7 bestimmten Vergleichs-Quantum und eventualiter des ad 4 erwähnten Rückstandes, berichtet werden; wogegen

9. Königl. Preussischer Seits auf den Anspruch des Wittenberger Stipendienfonds, wegen der vom Klosteramte Sorzig rückständig gebliebenen Zinsen, an 3409 Thlr. 18 Gr. 3 Pf.

so wie auf alle weiter, wegen der vorstehend gedachten Stiftungen, zu machenden Ansprüche, und insbesondere auch wegen der, von der Administration der Weissensee Commendestiftung, im Mai 1815, zur Dresdner Rentkammer eingesendeten 1400 Thlr. --- --- so wie wegen der vorhin verlangten Vertretung des, zur Deckung der Bezüge bei der unter 6 erwähnten Stiftung, erforderlichen Capitals von 12,250 Thlr. --- --- unbedingt an den Königl. Sächsischen Fiskus Verzicht geleistet wird. Auch wird der Anspruch auf den fernern Bezug der vorhin von der Universität Leipzig jährlich an das Rentamt Merseburg eingesendeten Promotionsgelder, mit Vorbehalt der bisher bereits dahin abgelieferten, aufgegeben.

B. Anlangend die Abgaben und Leistungen getheilte Aemter und Bezirke an Stiftungen, oder Institute des Königreichs und Herzogthums Sachsen, so wird zuvörderst

1. als Grundsatz festgesetzt, daß nur diejenigen, dem Hauptsitze nach, dem einen Theil angehörig Aemter und Bezirke, von denen wenigstens ein ganzer unmittelbarer Amtsort dem andern Theile angehört, als getheilt, diejenigen aber, von denen bloß Patrimonialorte, oder bloß Antheile von unmittelbaren

Amtsorten abgetrennt sind, in der gegenwärtigen Beziehung als ungetheilt angesehen werden sollen. 1825

2. Nach dieser Voraussetzung übernimmt jede Regierung die ihren Stiftungen und Instituten zustehenden Bezüge aus den solchergestalt für getheilt zu achtenden Aemtern und Bezirken, und entsagt den Ansprüchen auf antheilige Beiträge der andern Regierung, so wie auf Ersatz des bisher aus dem einen in das andere Gebiet Geleisteten.

Hiernach sind namentlich, was die bisher zur Sprache gekommenen Abgaben der Art betrifft:

- a. vom Königreiche Sachsen
 - aa. die Getreideabgaben vom Amte Mühlberg an den Pfarrer in Gohlis bei Strehla,
 - bb. die Geldabgaben vom Amte Torgau an die Pfarrer zu Thammenhain, Sörnowitz und Dorfreichenbach;
 - cc. das Holzdeputat an den Pfarrer zu Hohburg;
 - dd. die Forderungen der Stadt Camenz für die dasigen Kirchen, Schulen und das Hospital;
 - b. vom Herzogthume Sachsen:
 - aa. die Geld-, Holz- und Getreide-Abgaben des Amtes Mühlberg an das Heinrich-Brod-Gestift zu Mühlberg, und an die Geistlichen zu Boragk, Kostdorf, Lausa und Staritz;
 - bb. das Holzdeputat vom Amte Hain an den Pfarrer zu Boragk;
 - cc. die Geld- und Getreide-Abgaben des Amtes Torgau an die Universität Wittenberg und die Geistlichen, Schullehrer, oder andere Percipienten in Torgau, Belgern, Gräfenhaynchen, Herzberg und andern Preussischen Orten;
 - dd. die Geld-, Getreide- und Holzabgaben aus der Stift-Merseburgischen Rentkammer an das Domkapitel und die Geistlichen zu Merseburg;
 - ee. die Geld-, Getreide- und Holz-Abgaben des Amtes Lützen an den Geistlichen und andere Percipienten in Lützen,
- zu übernehmen.

C. Die auf die, nach obiger Bestimmung, für ungetheilt zu achtenden Aemter und Bezirke des Königreichs, oder Herzogthums Sachsen, am 5ten Juni 1815 angewiesen gewesenen Abgaben an Stiftungen

1825 und Institute des andern Landestheils sollen ferner, wie bisher, gegenseitig fortgeleistet werden; und da namentlich das, bei den bisherigen Verhandlungen, Preussischer Seits zu den getheilten Aemtern gerechnete Amt Delitzsch, obigem Grundsätze zu Folge, für ein ungetheilt zum Herzogthume Sachsen gehöriges Amt zu achten ist, so übernimmt die Königl. Preussische Regierung alle auf selbigem haftende Abgaben an Stiftungen beider Landestheile.

Uebrigens bleiben den beiderseitigen Stiftungen ihre Ansprüche an Stadträthe, Patrimonialgüter, oder andere Privatpersonen im andern Landestheile unbenommen, und wird jede Regierung deshalb nöthigen Falls rechtlichen Schutz angedeihen lassen.

Anlangend die nachträglich zur Sprache gebrachten Punkte, so übernimmt

1. die Königl. Preussische Regierung die von ihr bereits zugestandene Forderung der Höpnerschen Stiftung zu Oschatz an die Domaine Seida, nebst dem auf $13\frac{1}{2}$ pro Cent des Capitals verglichenem Agio, und nebst den Zinsen, so weit solche rückständig sein sollten.

2. Gleichergestalt wird von Seiten des Herzogthums Sachsen das bisher von Königl. Sächsischer Seite der Universität Leipzig verzinste, sogenannte Weltewitzer Capital als eine, ob versionem in rem, auf dem Kammergute Weltewitz haftende Schuld zugestanden.

Hierüber ist das gegenwärtige Protocoll aufgenommen und in zwei gleichlautenden Exemplarien von beiden Seiten vollzogen worden.

VON GLOBIG. VON BÜNAU. VON JORDAN.
NOSTITZ und JÄNCKENDORF. MÜLLER. D. PINDER.

84.

Convention concernant le partage des 1825
fondations locales et privées dans
le royaume et dans le duché de Saxe
non comprises dans le partage re-
glé par la convention principale du
28 Août 1819 et par les conventions
supplémentaires du 4 Avril et du
27 Septembre 1825; signée le 28 Dé-
cembre 1825 et ratifiée par la Saxe
le 31 Août 1826 et par la Prusse le
6 Août de la même année.

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1828.
 Nr. 32. pag. 335.)

Nachdem von den Behörden des Königreichs und Herzogthums Sachsens, aufser den, in der Hauptconvention vom 28sten August 1819, und der nachträglichen Convention vom 4ten April 1825, auseinandergesetzten Stiftungen, und sämmtlichen in der Convention vom 27sten September 1825 enthaltenen Familienstiftungen, in Folge der Convention vom 27sten Juli 1817, §. 11, noch eine bedeutende Anzahl andrer Stiftungen angezeigt worden, welche weitere Bestimmungen erforderlich machen; so haben sich die unterzeichneten Königlichen Commissarien über diese Stiftungen, bis auf beiderseitige Allerhöchste Genehmigung, in folgender Malse vereinigt.

ART. I. Bei Bestimmung der Landeshoheit über die gedachten Stiftungen kommt es, soweit solche nicht aus dem Friedenstractate vom 18ten Mai 1815 von selbst folgt, in Gemäfsheit der bereits durch die Convention vom 27sten Juli 1817 festgesetzten allgemeinen Grundsätze, und nach der, zu Beseitigung

1825 einiger, über deren Anwendung entstandener Zweifel, getroffenen Uebereinkunft, zunächst und

1. darauf an, ob eine Stiftung an einem bestimmten Orte dergestalt ihren unveränderlichen Sitz hat, daß daselbst der Hauptzweck der Stiftung in Erfüllung geht, indem eine solche Stiftung jederzeit der Landeshoheit über den Ort, wo sie ihren Sitz hat, folgt. Hierher sind, aufser den im §. 12 No. 1 der Convention vom 27sten Juli 1817 gedachten Kirchen, Schulen, Universitäten, Erziehungs-, Versorgungs-, Kranken- und Siechen-Häusern, auch Hospitäler, Waisenhäuser und Stiftungen zu Freitischen, oder Wohnungen und andern Unterstützungen in dazu bestimmten örtlichen Anstalten, ingleichen zu Erbberäbnissen, Monumenten, Gedächtnispredigten, oder andern, an gewissen Orten zu veranstaltenden Feierlichkeiten, insofern diese für sich allein den Hauptzweck der Stiftung ausmachen und nicht blos als Nebenzweck, oder als Bedingung eines als Hauptzweck zu betrachtenden Genusses, bei den unter eine der folgenden Kategorieen gehörenden Stiftungen verordnet sind, zu rechnen. Sind aus dem Vermögen solcher Stiftungen, die ursprünglich lediglich zum Besten gewisser Orte gegründet worden, in der Folge Stiftungen für allgemeinere Zwecke, z. B. zu Stipendien für Studirende, jedoch in widerruflicher Weise, errichtet worden, so folgen auch letztere der Landeshoheit, unter welche die ursprüngliche Stiftung gehört, ohne weitere Auseinandersetzung, jedoch unbeschadet der ferneren Theilnahme der Angehörigen beider Regierungen an dem Genuß solcher Stiftungen, so weit selbige vor der Landestheilung Statt fand und durch gegenwärtige Auseinandersetzung nicht ausdrücklich aufgehoben wird.

2. Bei denjenigen Stiftungen, welche keinen festen Sitz in der vorgedachten Art haben, namentlich bei den, im §. 12 No. II, der Convention vom 27sten Juli 1817 erwähnten Stiftungen zu Ausstattung armer Mädchen, zu Unterstützung armer Wittwen, zu Stipendien für Studirende u. s. w. entscheidet, im Verfolg des in mehrberührter Convention desfalls festgesetzten Grundsatzes,

a. der Umstand, daß solche lediglich, oder doch vorzugsweise zum Besten gewisser Provinzen, Bezirke,

oder Orte, ihrer Eingebornen, Angehörigen, Anstalten, Behörden, Beamten, Gesellschaften, oder Gemeinden errichtet, oder, nach Wegfall ihrer ursprünglichen Bestimmung, seit der Kirchenreformation gewidmet worden sind, namentlich zu Schul- oder Universitäts-Beneficien für Kinder der Einwohner, Bürger, oder Beamten gewisser Provinzen, Bezirke, oder Orte, ingleichen für Schüler gewisser Schulen, oder für Studierende auf Universitäten, die vorher eine gewisse Schule besucht haben, ferner zu Unterstützung der Armen gewisser Orte, oder zu Almosenvertheilungen an bestimmten Orten, endlich zu Gehaltsverbesserungen der Geistlichen, oder anderer Beamten an einem Orte und zu Bestreitung andrer örtlichen Bedürfnisse. Alle diese Stiftungen folgen der Landeshoheit, unter welcher sich die bezeichneten Provinzen, Bezirke, Orte, oder Schulen ungetheilt befinden. Sind, nach der Stiftungsurkunde, Studierende einer der beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg, welche vorher auf einer gewissen bestimmten Schule im andern Landestheile gewesen sind, genussberechtigt, so tritt die Stiftung unter die Landeshoheit derjenigen Regierung, in deren Gebiete sich die Schule befindet.

b. Wenn Stiftungen zwar nicht ausdrücklich, aber präsumtiv für gewisse Orte bestimmt sind, so sollen die dafür vorwaltenden Vermuthungen bei der Erörterung, welcher Landeshoheit eine Stiftung zu folgen habe, in Obacht genommen werden. Dies ist namentlich der Fall, wenn

a. Stiftungen zu Stipendien zwar für Studierende überhaupt ohne eine örtliche Bedingung ihrer Genussfähigkeit bestimmt, allein von gewissen Lokalbehörden im Königreiche, oder Herzogthume Sachsen, es mögen diese landesherrliche, oder andre sein, zu vergeben sind, oder wenn Almosen und sonstige, der Genussfähigkeit nach allgemeine Unterstützungen, der Stiftung zufolge, von einer Lokalbehörde, oder an einem gewissen Orte, vertheilt werden sollen, ingleichen, wenn

β. bei Stiftungen, welche, nach ihren Verhältnissen, nur auf einen gewissen Ort beschränkt sind, wie zu Almosenspenden, ohne eine nähere Bestimmung der Genussberechtigung, die Collatur einer

1825 an keinen Ort gebundenen Familie, oder Privatperson zusteht, hingegen die Administration einer Ortsbehörde im Königreiche oder Herzogthume Sachsen aufgetragen ist.

In diesen Fällen soll angenommen werden, daß eine solche Stiftung unter der Landeshoheit stehe, unter welcher der in Frage kommende Ort gelegen ist, oder die Ortsbehörde ihren Sitz hat.

Sollte aber

γ. bei einer solchen, nach ihren Verhältnissen muthmaßlich auf einen Ort beschränkten Stiftung, weder die Collatur, noch die Administration örtlich fixirt sein, so folgt die Stiftung der Landeshoheit des Ortes, in welchem der Stifter zur Zeit seines Ablebens seinen wesentlichen Wohnsitz hatte.

c. Eine Stiftung, die zum Besten einer, theils zu dem Königreiche, theils zu dem Herzogthume Sachsen gehörenden Provinz ausschließlicly bestimmt ist, oder bei welcher Angehörige mehrerer, unter beiden Landeshoheiten befindlichen Orte zur Theilnahme am Zwecke zugleich berufen sind, ist als eine gemeinschaftliche zu betrachten.

Diese Gemeinschaft soll jedoch dadurch aufgehoben werden, daß

α. wenn die Theilnahme in einem aliquoten Verhältniß, oder überhaupt unbestimmt Statt gefunden hat, die Fonds einer solchen Stiftung zur verhältnißmäßigen Theilung zu bringen sind, dafern nicht ein einzelnes Stipendium in Frage steht, welchenfalls die Ausgleichung durch Austausch, oder sonst zu bewirken ist, worauf dann die abgetheilten, oder durch Austausch, oder sonstige Vereinigung überwiesenen Stiftungen unter die ausschließliche Landeshoheit des Theils, für dessen Angehörige sie nunmehr ausschließlicly bestimmt sind, treten. Sind aber

β. aus einer Stiftung, welche, nach obigen Grundsätzen, in der Hauptsache unter der Landeshoheit des einen Theils steht, Orten, Instituten, oder Individuen im andern Landestheile bloß gewisse, quantitativ bestimmte Bezüge ausgesetzt, so ist, nach §. 7 der unterm 3ten und 6ten April 1819 festgesetzten Grundsätze, ein zu Deckung eines solchen Bezugs erforderliches, nach fünf vom Hundert,

oder, wenn in der Stiftung ein anderer Zinsertrag 1825
angenommen ist, hiernach zu berechnendes Capital
auszuzahlen, insofern nicht der Wille des Stifters
einer solchen Absonderung der Fonds entgegen
steht, welchenfalls es bei fernerer Fortleistung des
ausgesetzten Bezugs verbleibt.

d. Wenn Angehörige einer zum Königreiche, oder
Herzogthume Sachsen ungetheilt gehörigen Provinz,
oder eines einzelnen Ortes in einem oder andern
Landestheile, zugleich mit Unterthanen einer fremden
Regierung zur Theilnahme am Zweck einer Stiftung
berufen sind, so folgt diese Stiftung der Landeshoheit
derjenigen Regierung, welcher die in Rede stehende
Provinz, oder der einzelne Ort im Königreiche, oder
Herzogthume Sachsen unterworfen ist.

e. Stiftungen, zu welchen Angehörige einer Pro-
vinz, oder eines Ortes außerhalb des Königreichs
und Herzogthums Sachsen entweder allein, oder mit
Unterthanen des Königreichs und Herzogthums Sach-
sen zugleich berufen sind, bleiben, in soweit sie nicht
wegen ihrer Bestimmung für studirende Ausländer
auf beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg,
nach dem unten, im §. 3 b, enthaltenen Grundsatz,
einer Theilung unterworfen sind, in ihren bisherigen
Verhältnissen.

f. Bloße Substitutionen, oder Andeutungen der
Stifter für die Collatoren, oder Administratoren, die
sich nicht auf ein bestimmtes örtliches Verhältniß
beziehen, sollen für die Landeshoheit über eine Stif-
tung nirgends entscheidend sein, jedoch ferner von
den beiderseitigen Regierungen und den ihnen unter-
gebenen Collaturbehörden aufrecht erhalten und ein-
tretenden Falls berücksichtigt werden.

3. Soviel hingegen diejenigen Stiftungen, bei wel-
chen solche Verhältnisse, die, nach Vorstehendem,
über die Landeshoheit entscheidend sind, nicht Statt
finden, und namentlich die Universitätsbeneficien für
Studirende überhaupt, ohne ausdrückliche, oder nach
§. 2 b zu beurtheilende, präsumtive nähere Bestim-
mung des Ortes ihrer Herkunft, oder der Schule,
auf der sie vorher gewesen, betrifft, so sollen

a. dergleichen Beneficien, sie mögen durch landes-
herrliche Milde, oder von Privatpersonen gegründet
sein, insofern sie ausschließlich für eine der beiden

1825 Sächsischen Universitäten bestimmt sind, oder der Genuß derselben sonst durch den ausdrücklichen Willen des Stifters, oder eine dem Percipienten vorgeschriebene Bedingung, oder Leistung, an eine der gedachten Universitäten gebunden ist, der Landeshoheit derjenigen Regierung folgen, in deren Gebiete sich diese Universität befindet.

b. Sind aber dergleichen Beneficien für beide Universitäten, Leipzig und Wittenberg, alternativ oder cumulativ bestimmt, so sind sie als gemeinschaftlich zu betrachten und solchenfalls, nach den oben im §. 2 c enthaltenen Bestimmungen, durch Theilung, Austausch, oder sonstige Vereinigung auseinander zu setzen.

Findet eine Beziehung auf die beiden Universitäten in vorgedachter Art nicht Statt, so entscheidet dann

c. der Ort, wo die Collatur- und Administrations-Behörde am 5ten Juni 1815 ihren festen Sitz hatte, insofern ein Befugniss deshalb entweder einer Communal- oder Patrimonial-Behörde, oder einer andern landesherrlichen Behörde, vermöge der ausdrücklichen Anordnung des Stifters, oder aus einem andern Rechtstitel zusteht, und nicht blos in der Landesverfassung, oder in einem Auftrage einer obern Landesbehörde gegründet ist, und zwar dergestalt, daß

α. wenn der feste Sitz der Collatur in dem einen, und der der Administration in dem andern Landestheile sich befindet, der erstere den Vorzug erhält, hingegen

β. wenn die Collatur entweder in einem Gebiete außerhalb des Königreichs und Herzogthums Sachsen ihren Sitz, oder gar keinen, nach Vorstehendem, als entscheidend anzunehmenden festen Sitz hatte, der feste Sitz der Administration der speciellen Aufsicht, insofern sich derselbe in einem der beiden Landestheile befindet, die Norm giebt.

Bieten aber auch weder Collatur- noch Administrations- und Aufsichts-Verhältnisse einen Grund für die Landeshoheit über eine Stiftung dar, so sind dann

d. etwanige andere Localbeziehungen, z. B. unbewegliches Vermögen einer Stiftung in einem Landestheile, insofern solches den Hauptbestandtheil des

Fonds ausmacht, als entscheidend anzusehn, und in 1825 Ermangelung aller vorerwähnten Voraussetzungen ist

e. auf den bleibenden Wohnsitz, welchen der Stifter zur Zeit seines Ablebens im Königreiche, oder Herzogthume Sachsen hatte, auch bei den in diesem §. 3 gedachten Stiftungen Rücksicht zu nehmen.

ART. II. Ueber die, nach obigen Grundsätzen, einer Theilung, oder Ausgleichung unterworfenen Stiftungen und über einige, einer speciellen Festsetzung bedürftigen Punkte hat man sich folgendergestalt vereinigt:

1. Die, vor der erfolgten Territorialveränderung, jährlich aus der Stift-Merseburgischen Rentkammer und, nach deren Auflösung, aus der Königl. Sächsischen Rentkammer bezahlten 175 Thlr. --- zu Stipendien für Studirende, und 437 Thlr. 12 gr. --- zu Unterstützungen für Predigerkinder aus dem Stifte Merseburg, werden durch ein zu 5 pro Cent zinsbares Capital von 12250 Thlr. --- gedeckt, wovon

3500 Thlr. --- zur Stipendienstiftung und 8750 Thlr. --- zur Stiftung für Predigerkinder gehören, und welches dergestalt getheilt wird, dafs

a. von 3500 Thlr. --- Stipendienfonds, nach dem Verhältniß der Volkszahl des Stiftes Merseburg 2839 Thlr. 21 gr. 7 pf. auf den Königl. Preussischen und

660 Thlr. 2 gr. 5 pf. auf den Königl. Sächsischen Antheil,

b. von 8750 Thlr. --- Fonds der Stiftung für Predigerkinder aber, nach dem Verhältniß der Predigerstellen im Stifte Merseburg,

6931 Thlr. 18 gr. --- auf den Königl. Preussischen und

1818 Thlr. 6 gr. --- auf den Königl. Sächsischen Antheil kommt.

Zur Beseitigung der über die Verbindlichkeit zur Vertretung dieses Capitals entstandenen Zweifel ist die Vereinigung getroffen worden, dafs Jede der beiden Regierungen den, nach vorstehender Auseinandersetzung, ihrem Gebiete angehörigen Capitalantheil des Stiftungsfonds, nebst den vom 6ten Juni 1815 an davon gefälligen Zinsen zu 5 pro Cent, selbst zu

1825 vertreten übernimmt. Die Königl. Sächsische Regierung hat jedoch die Zinsen des ganzen Stiftungsfonds bis mit dem 5ten Juni 1815 zu vertreten und daher davon der Königl. Preussischen Regierung die stiftungsmäßigen Beneficien, bei der allgemeinen Stipendienstiftung, auf die Zeit von Ostern bis Michael 1815, und bei der Stiftung für Predigerkinder, auf das Jahr von Michael 1814 bis dahin 1815, ohne Unterschied des Landestheils, welchem die Genußberechtigten angehörten, berichtet worden sind, nicht nur 329 Thlr. 8 Gr. 2 Pf., welche hierbei auf die Zeit vor dem 5ten Juni 1815 für sie bezahlt worden sind, sondern auch 39 Thlr. 14 Gr. 1 Pf., die für die Zeit vom 5ten Juni bis Michael 1815 von ihr antheilig beizutragen gewesen wären, der Königl. Preussischen Regierung unzinbar wieder zu erstatten, so wie die außerdem in der Zeit vor dem 5ten Juni 1815 etwa in Rückstand gebliebenen Beneficien zu berichtigen.

Von Michael 1815 an hat jede Regierung die seitdem gefälligen, obiger Vereinigung zufolge, von ihr selbst zu vertretenden Zinsen des ihrem Stiftungsantheile zukommenden Capitalfonds für die ihr angehörigen Genußberechtigten zu verwenden, und hierbei, soviel die Stipendienstiftung betrifft, bloß diejenigen Individuen, deren Geburtsort in ihrem Gebiete liegt, hinsichtlich der Stiftung für Predigerkinder aber bloß diejenigen, deren Vater in ihrem Gebiete angestellt war, als Genußberechtigte zu berücksichtigen.

2. Von der Pelargiussischen Stiftung zu Stipendien für studirende Predigersöhne aus dem, bis 5ten Juni 1815 bestandenen, Königl. Sächsischen Ober-Consistorial-Sprengel erhält das Herzogthum Sachsen, in Rücksicht seiner vormals zu diesem Sprengel gehörig gewesenen Gebietstheile, ein auf 300 Thlr. — — — verglichenes Quantum, binnen 4 Wochen nach Ratification der gegenwärtigen Uebereinkunft, ausgezahlt.

3. Von der Kutzlebenschen Stipendienstiftung erhält das Herzogthum Sachsen, wegen der Universität Wittenberg, ein auf 2000 Thlr. — — — verglichenes Quantum zu Ostern 1826 ausgezahlt.

4. Das Vermögen der Oesterreichischen Stipendienstiftung wird, wegen ihrer Bestimmung für die beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg, in zwei gleiche Theile getheilt, und zur Hälfte der Kö-

nigl. Preussischen Regierung ausgeliefert. Uebrigens 1825 verpflichten sich beide Regierungen, der Freiherrl. Gutschmidischen Familie die ihr stiftungsmässig gebührende Concurrrenz bei der Administration und Collatur dieser Stiftung ferner, wie bisher, zuzugestehen.

5. Soviel die beiden Callemannischen Stipendienstiftungen betrifft, so wird

a. die bisher von dem Königl. Sächsischen Ober-Consistorio ausgeübte Administration und Collatur der Stiftung zu Stipendien für Studirende auf der Universität Wittenberg, an die Königl. Preussische Regierung abgetreten und der Stiftungsfonds an dieselbe ausgeliefert; wogegen

b. die bisher der Wittenberger Juristenfacultät zugestandene Administration und Collatur der vorzüglich für Rechtscandidaten aus Budissin bestimmten Stiftung, deren Fonds sich bereits unablässlich im Königreiche Sachsen befindet, auf das Letztere übergeht.

6. Die Königl. Sächsische Regierung verpflichtet sich, zu Deckung der jährlich, an den Bürgermeister und Stadtschreiber zu Weida, aus der unter Administration der philosophischen Facultät zu Leipzig stehenden Frankeschen Stiftung, zu zahlenden 10 Thlr., auf Verlangen der Grossherzogl. Weimarischen Behörde, ein Capital von 200 Thlr. auszuführen, bis dahin aber auf fernere unverkürzte Fortsetzung der gedachten jährlichen Leistung zu halten.

7. Gleichergestalt verspricht die Königl. Sächsische Regierung darauf zu halten, dass aus der in Budissin administrirten Frankeschen Stiftung, die jährlich zu milden Zwecken nach Senftenberg zu entrichtenden 100 Thlr. — — — so lange nicht der, im §. I. Nr. 2., des Frankeschen Testaments vorausgesetzte, Fall einer nothwendigen Aussetzung dieser und anderer im gedachten Testament angeordneter Leistungen nachgewiesen wird, jederzeit stiftungsmässig dahin gezahlt, auch

8. die einigen Genußberechtigten Personen zu Luckau in der Niederlausitz gebührenden, lebenslänglichen Bezüge aus der, unter Administration des Stadtraths zu Dresden stehenden, Willsischen Stiftung unverkürzt denselben geleistet werden.

9. Die Wittenberger Stipendiatencasse zu Halle bezieht ferner, wie bisher, die von dem Stadtrathe zu

1825 Plauen jährlich dahin zu entrichtenden 100 Mfl., oder 87 Thlr. 12 Gr. — wogegen bei Vergebung der hierauf ursprünglich für die in Wittenberg Studirenden aus den Voigtländischen Städten angewiesenen Stipendien die von den Stadträthen des Königl. Sächsischen Voigtlandes, der Stiftung gemäß, präsentirten Stipendiaten berücksichtigt werden sollen.

10. In Rücksicht der von der Schule Pforta, wegen der für die Schüler derselben, zum Studiren auf der Universität Leipzig, vom Kurfürst Moritz bestimmten Stipendien erhobenen Ansprüche verpflichtet sich die Königl. Sächsische Regierung, von erfolgter Ratification der gegenwärtigen Convention an, jährlich 300 Mfl., oder 262 Thlr. 12 Gr. — nach der von der Königl. Preussischen Regierung zu bestimmenden Repartition, für die von der Letztern zu ernennenden Stipendiaten in Leipzig auszahlen zu lassen.

ART. III. Nach den, im Art. I. festgesetzten, auch bei den etwa später bekannt werdenden, jedoch bereits vor dem 5ten Juni 1815 errichtet gewesenen Stiftungen zu befolgenden Grundsätzen, und nach den vorstehend im Art. II. enthaltenen speciellen Vereinigungen, wird die Königl. Sächsische Landeshoheit über die, in der Beilage Nr. I. und die Königl. Preussische Landeshoheit über die, in der Beilage Nr. II. auf den Grund der von den Verwaltungsbehörden eingereichten Anzeigen verzeichneten Stiftungen gegenseitig, mit Vorbehalt der Berichtigung erweislich unrichtiger Angaben, anerkannt und so weit nöthig dergestalt überwiesen, dafs mit der, hiernach der Regierung des einen Landestheils ausschliefslich zustehenden Aufsicht, zugleich unbeschadet des, den Stiftungen selbst bleibenden Vermögens, die Administration- und Collatur-Gerechtsame, uebst den damit verbundenen Emolumenten, insofern solche bisher landesherrlichen, oder sonstigen Behörden in dem andern Landestheile zustanden, auf die zuerst gedachte Regierung, oder die von ihr zu ernennenden Behörden übergehen, auch jede Regierung die Vertretung der etwaigen Ansprüche der ihr angehörigen Behörden und deren Entschädigung übernimmt.

Gleichwie übrigens die beiden Universitäten, Leipzig und Wittenberg, schon an sich und ohne dafs es deshalb einer weitem Bestimmung bedarf, lediglich

unter der bisherigen Landeshoheit bleiben, also ver- 1825
steht es sich, in Gemäßheit der durch Art. 16. des
Friedensschlusses vom 18ten Mai 1815, im Allgemein-
nen getroffenen Bestimmungen, von selbst, daß Jede
derselben auch fortan, unter der Oberaufsicht ihrer
Regierung, die Administration des zu ihrer Unter-
haltung bestimmten Vermögens, so wie der durch
landesherrliche Verfügungen errichteten Stipendiaten-
cassen behält, die Collatur der hierauf fundirten Kö-
niglichen Stipendien aber derjenigen Regierung zu-
steht, welcher die Universität selbst unterworfen ist.

ART. IV. Jede der beiden Regierungen erhält in
Ansehung der, zufolge dieser Convention, ihrer Lan-
deshoheit angehörigen Stiftungen und Stiftungstheile,
mit der alleinigen Aufsicht über solche, zugleich das
Recht, in den Fällen, wenn Behörden, oder Pri-
vatpersonen, welchen Collatur- oder Administrations-
Gerechtsame zugestanden haben, nicht mehr existiren,
über diese Befugnisse, dafern nicht schon in der Stif-
tungsurkunde eine Verordnung auf einen solchen Fall
enthalten ist, anderweit zu verfügen, oder in Fällen,
wenn der Zweck einer Stiftung entweder überhaupt
nicht mehr, oder, wegen temporärer Hindernisse, für
jetzt nicht zu erreichen steht, im erstern Falle definit-
tive, im letztern aber provisorische andre, dem ur-
sprünglichen Zwecke der Stiftung möglichst entspre-
chende Bestimmungen, zu gleich milden, oder nützlich-
en Zwecken zu treffen.

Art. V. Soviel die, nach Art. II. dieser Conven-
tion, getheilten Stiftungen betrifft, so hat jede Regie-
rung die Einkünfte der ihr davon zukommenden Ver-
mögenstheile lediglich zum Besten der ihr angehörigen,
oder resp. auf der in ihrem Gebiete befindlichen
Universität studirenden Genußberechtigten, stiftungs-
mäÙig zu verwenden.

In Ansehung aller übrigen Stiftungen aber sollen,
insofern solche nicht ausschließlich für Genußberech-
tigte in dem einen Landestheile allein bestimmt sind,
im Allgemeinen die zur Theilnahme Qualificirten aus
beiden Landestheilen jederzeit, ohne Unterschied, von
den beiderseitigen Collatur - Administrations - und
Aufsichts - Behörden berücksichtigt werden.

Außerdem wird hierbei insonderheit festgesetzt, daß

- 1825 a. bei den im Verzeichnifs I. unter Nr. 62, 63, 65, 66 angeführten Bolbritz-, Henrici-, Rechenberg- und Thelernschen Stiftungen zu Stipendien für studirende Söhne der Mitglieder der Budissiner Prediger-Wittwen-Societät, die Söhne der im Herzogthume Sachsen befindlichen Societätsgenossen, wegen ihrer Angehörigkeit an eine andere Landeshoheit, auf keine Weise gegen die im Königreiche Sachsen befindlichen zurückgesetzt, ingleichen bei Vergebung der Stipendien
- b. von der, im Verzeichnifs I. unter Nr. 477 angeführten Laueschen Stiftung namentlich auch Studierende aus dem, zum Herzogthume Sachsen gehörigen, Hennebergischen Gebiete,
- c. von der ebendasselbst, unter Nr. 478, verzeichneten Datheschen Stiftung die Studirenden aus den zur Meißnischen Nation gehörigen Gebietstheilen des Herzogthums Sachsen,
- d. von der, unter Nr. 440 desselben Verzeichnisses, bemerkten Sylversteinischen Stiftung die Studierenden aus der Schlesischen-, Lausitzischen - und Meißnischen - Landsmannschaft und den hierzu gehörenden Gebietstheilen des Herzogthums Sachsen, alenthalben stiftungsmäßig, und ohne Zurücksetzung wegen ihrer Angehörigkeit an eine andere Landeshoheit, berücksichtigt werden sollen.

ART. VI. Zu Sicherstellung dieser und aller übrigen, nach der obigen allgemeinen Bestimmung, ferner aufrecht zu erhaltenden Genufsrechte sollen die, im Art. IV. §. 1 bis 7 der Convention vom 27sten September jetzigen Jahres, wegen der Familienstiftungen enthaltenen Bestimmungen auch auf die gegenwärtig in Rêde stehenden Stiftungen dergestalt angewendet werden, dafs Alles, was daselbst in Ansehung der Familienstiftungen, deren Auslegung und Aufrechthaltung zum Besten der Genufsberechtigten Familienglieder und der, in deren Ermangelung, substituirt Personen festgesetzt worden, auch in Ansehung aller durch die gegenwärtige Convention auseinandergesetzten Stiftungen, bei Auslegung derselben und bei Ausübung der Collaturrechte, zum Besten aller zunächst, oder subsidiarisch und eventuell Genufsberechtigten im andern Landestheile überhaupt gegenseitig zu beobachten ist.

Wenn sich daher auf die in der gedachten Con- 1825
vention bestimmte, und bei den hier in Frage befan-
genen Stiftungen, insofern Angehörige des andern
Landestheils zunächst, oder subsidiarisch und even-
tuell zum Genuß berufen sind, und diese sich nicht
von selbst angemeldet haben, jedesmal nothwendige,
öffentliche Bekanntmachung ein qualificirter Genuß-
berechtigter nicht meldet, so soll zwar der Collatur-
behörde, nach Ablauf des zur Anmeldung bestimm-
ten Termins, insofern die Stiftung nicht ausdrück-
lich die Zurücklegung vacanter Beneficien, oder deren
anderweite Verwendung vorschreibt, freistehen, das
erledigte Stipendium an andere Genußfähige zu ver-
geben, doch soll solches jederzeit mit der Bedingung
geschehen, daß der Genuß des conferirten Stipendii
mit Ablauf des Erhebungstermins, innerhalb dessen
sich ein nach der Stiftung vorzugsweise zum Genuß
Berechtigter gemeldet habe, sich endige.

Uebrigens sollen die gedachten öffentlichen Be-
kanntmachungen namentlich auch bei den, unter Ad-
ministration und Collatur Königl. Sächsischer Behör-
den bleibenden, Stiftungen und Stipendien für Studi-
rende aus Königl. Preussischen, außerhalb des Her-
zogthums Sachsen gelegenen Provinzen, oder Orten,
dafern sich dergleichen Genußberechtigte nicht von
selbst melden, Statt finden und denselben die obigen
Bestimmungen ebenfalls zu statten kommen.

ART. VII. Nach erfolgter beiderseitiger Geneh-
migung dieser Convention sollen sofort jeder Regie-
rung die zu den ihrer Landeshoheit überwiesenen
Stiftungen gehörigen Fonds, Acten, Urkunden und
Rechnungen, in so weit sie sich bei Behörden des an-
dern Landestheils befinden, und so viel die Fonds be-
trifft, insofern sie nicht in Immobilien, oder unaufkündba-
ren Capitalien bestehen, ausgeantwortet, bis dahin aber
alle stiftungsmäßigen Zahlungen fortgeleistet, auch die
gegenwärtig in der Perception von Stiftungsbeneficien
stehenden Personen in deren Genuß auf dessen Dauer
gelassen, jedoch die aus den im Art. II. §. 2 und 3
gedachten Stiftungsfonds gegenwärtig conferirten Sti-
pendien lediglich von der Königl. Sächsischen Behörde
ausgezahlt werden.

1825 Die hiernach aus dem einen in den andern Landestheil auszuliefernden Fonds sollen, nach ihrem dermaligen Activ- und Passiv-Zustande, unverzüglich durch beiderseitige Rechnungsbeamte genau ermittelt und, nach der deshalb zu haltenden Schlußrechnung, gegenseitig ausgeliefert werden, wogegen alsdann beide Regierungen auf alle, nicht in dieser Convention gegründete Ansprüche wegen dieser Stiftungsfonds, unbeschadet der den Letztern selbst an den gegentheiligen landesherrlichen Fiscus, oder an Privatverpflichtete im andern Landestheile zustehenden Ansprüche Verzicht leisten.

Es wird jedoch

1. im Betreff der, unter Administration des Stadtraths zu Leipzig stehenden, Adam Müllerschen Stiftung, soweit solche für die Prediger an der Kirche St. Maximi zu Merseburg und für die Armen zu Leipzig und Merseburg bestimmt ist, mit Berücksichtigung des Art. V. der, wegen der Familienstiftungen, geschlossenen Convention vom 27sten September jetzigen Jahres, den Stadträthen der genannten beiden Städte die Auseinandersetzung wegen des nach Merseburg auszuliefernden antheiligen Fonds und des Agio davon, ingleichen

2. hinsichtlich der Scultetus, und Deichselschen Stipendienstiftungen den Stadträthen zu Breslau, Glogau und Lübben, wegen der für dieselben in Anspruch genommenen Collaturrechte, die Vereinigung mit dem Stadtrathe zu Leipzig, oder die rechtliche Ausführung gegen denselben vorbehalten, auch

3. die obige Verzichtleistung, unbeschadet der Ansprüche, welche wegen der am Endeschen Stiftung für Gräfenhaynichen, Gremmin und Mescheide von den Betheiligten etwa erhoben werden können, verstanden.

Schließlich sollen hinsichtlich der Stiftungen, bei welchen, nach dieser Convention, eine Veränderung der Collatur-, Administrations- und Aufsichts-Behörden eintritt, die von jeder Regierung zu ernennenden neuen Behörden, nebst dem Zeitpunkte, von welchem an sich die Genußberechtigten an dieselben zu wenden haben, zugleich mit der, nach Art. IV. der Convention vom 27sten September jetzigen Jahres, erfolgenden Publication der gegenwärtigen Ueber-

einkunft und der ihr beizufügenden Verzeichnisse öffentlich bekannt gemacht werden. 1825

Zu dessen Urkund haben die beiderseitigen Commissarien diese Convention in zwei gleichlautenden Exemplaren unterzeichnet.

Dresden, am 28sten December 1825.

MÜLLER,	Dr. PINDER,
<i>Königl. Sächs. Commissarius.</i>	<i>Königl. Preufs. Commissarius.</i>

(Sont joints à la présente convention: 1. Verzeichnifs der Local-, Provinzial- und allgemeinen Stiftungen des Königreichs Sachsen; II. Verzeichnifs der Provinzial- und allgemeinen Stiftungen des Herzogthums Sachsen.)

85.

*Convention entre S. M. le roi de la Grande-Bretagne et S. A. R. l'infante régente de Portugal, concernant le maintien d'un corps de troupes angloises en Portugal, signée à Brighthelmstone le 19 Janvier 1827 *).*

(Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty, 1827. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

Em Nome da Sanctissima e Indivisivel Trindade.

Havendo Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal, em consequencia das aggressoens commettidas

*) Le texte anglois de cette convention se trouve déjà dans la première partie de ce tome p. 114. L'éditeur s'empresse de donner ici le texte portugais, qui ne lui est parvenu qu'après que l'impression de la première partie fût déjà achevée.

1827 contra o Territorio Portuguez, requerido a Sua Magestade El Rey do Reyno Unido da Gram Bretanha e Irlanda, o cumprimento dos antigos Tractados de Alliança e de Amizade que subsistem entre as duas Corôas; e havendo Sua Magestade Britannica por isso resolvido mandar, como com effeito já mandou, um Corpo de Tropas para Portugal, julgam as Duas Altas Partes Contractantes necessario convir em certos arranjos para a manutenção das dictas Tropas durante a sua estada em Portugal, e nomearam para esse fim, a saber: —

Sua Magestade El Rey do Reyno Unido da Gram Bretanha e Irlanda, ao Muito Honrado George Canning, Membro do Seu Conselho Privado, Membro do Parlamento, e Principal Secretario de Estado de Sua dicta Magestade na Repartição dos Negocios Estrangeiros: — E Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal, ao Illustrissimo e Excellentissimo Senhor Dom Pedro de Souza e Holstein, Marquez de Palmella, Par do Reyno de Portugal, Gram Cruz da Ordem de Christo, Cavalleiro da Ordem do Tosaõ d'Ouro, Gram Cruz de varias outras Ordens, e Embaixador Extraordinario e Plenipotenciario de Sua Alteza Real junto a Sua Magestade Britannica: — Os quaes, depois de terem communicado um ao outro os seus respectivos Plenos Poderes, que se acharam em bôa e devida forma, ajustaram e concluíram os Artigos seguintes: —

ART. I. Tendo Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal o maior desejo de que o Corpo de Tropas que Lhe foi tam promptamente enviado por Sua Magestade Britannica, seja tractado com aquella hospitalidade que he propria das Relações que existem entre as duas Nações Alliadas, toma a sua conta o mandar-lhe fornecer os Abarracamentos e Quarteis que forem necessarios, edificios para Hospitales e Armazens, assim como as Rações de mantimentos e de forragens que forem precisas para os Officiaes, Officiaes inferiores, e Soldados, e para os cavallos e gado do Exercito Auxiliar Inglez, conforme os regulamentos do Serviço Britannico.

ART. II. Os mantimentos e forragens assima especificados seraõ entregues ao Commissariado Britau-

nico, à distancia quando muito de seis Leguas Portuguezas do Quartel General d'aquelle Destacamento Inglez para que forem destinados, salvo nos casos em que outro arranjo for feito, com consentimento do Commissariado Britannico. 1827

ART. III. Afim de occorrer as difficuldades que, nas circumstancias presentes, poderia occasionar ao Governo de Portugal o immediato desembolço dos fundos para a compra dos sobredictos mantimentos e forragens, fica ajustado que o Commissario Geral Inglez fornecera por agora aquelles provimentos ao Exercito Inglez, lançando em conta ao Governo Portuguez o custo d'elles.

Como porem, possam dar-se casos em que venha mais receber taes provimentos dos Armazens Portuguezes, afim de evitar a competencia nos Mercados, o Commissario Geral Inglez, em execucao d'este arranjo, concertará de tempos a tempos as suas operações com a pessoa que o Governo Portuguez nomear para esse fim.

ART. IV. As Contas do Commissariado Britannico, depois de approvadas e assignadas pelo Comandante do Exercito Auxiliar, seraõ entregues todos os tres mezes ao Governo Portuguez, o qual, depois de as haver verificado, pagará logo o importe d'ellas ao Commissario Geral Britannico, ou lançá-lo-ha em conta ao credito do Governo Inglez, segundo for julgado mais conveniente pelos dois Governos.

ART. V. O custo dos mantimentos e das forragens para as Tropas Inglezas, correrá por conta do Governo Portuguez desde o dia do desembarque das dictas Tropas em Portugal, e cessará de correr por conta d'elle desde o dia da sua partida, ou desde aquelle em que sahirem para fora das Fronteiras de Portugal.

ART. VI. Tendo Sua Alteza Real A Infanta Regente de Portugal consentido em que nesta, como em outras occasiões precedentes, os Fortes de S. Juliaõ e do Bugio, sejam occupados pelas Tropas Britannicas, fica ajustado que a dicta occupação continuará por todo o tempo que o Exercito Inglez permanecer em Portugal. Os dictos Fortes seraõ de tempos a tempos abastecidos de provimentos pelo Governo Portuguez, ou pelo Commissariado Inglez por conta do

1827 Governo Portuguez, do mesmo modo que fica determinado nos precedentes Artigos, a respeito do Exercito Auxiliar.

O Governo Portuguez e o Commandante do Exercito Britannico convirão do modo por que ha de continuar a ser feito o serviço da Saude, da Policia do Porto, e das Alfândegas, pelos proprios Officiaes ordinariamente empregados pelo Governo Portuguez naquelles serviços. Ao Commandante Inglez será entregue uma lista d'esses empregados, e deveraõ ficar estrictamente debaixo do seu Commando, em tudo o que respeita ao Serviço Militar, e á defesa dos Fortes.

ART. VII. Requerendo Sua Magestade Britannica da Sua Alliada somente aquillo que hé indispensavelmente necessario para assegurar a devida manutenção das suas Tropas, e para o bem do Serviço commum, declara que não apresentará reclamação alguma pecuniaria contra o Governo Portuguez, por conta do auxilio prestado por Sua Magestade na presente occasião a Portugal, além do que se acha especificado nos Artigos precedentes.

ART. VIII. As estipulações d'esta Convenção permaneceraõ em toda a força, em quanto As Duas Altas Partes Contractantes mutuamente não convierem em fazer-lhes alteração.

ART. IX. A presente Convenção será ratificada, e as Ratificações seraõ trocadas em Londres dentro do espaço de seis semanas á contar da data da mesma, ou antes se poder ser.

Em testemunho do que os respectivos Plenipotenciarios a assignaram, e lhe apposeram os scellos das suas Armas.

Feita em Brighthelmstone, aos dezanove dias de Janeiro, do anno de Nosso Senhor Jesus Christo mil e oito centos e vinte e sette.

GEORGE CANNING. MARQUEZ DE PALMELLA.

86.

*Traité pour la pacification de la Grèce, conclu entre la Grande Bretagne, la France et la Russie et signé à Londres le 6 Juillet 1827 avec un article additionnel du même jour *)*.

(D'après la copie officielle présentée au Parlement par ordre de S. M. B. en 1828. London. fol.

Au nom de la Très Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, pénétrées de la nécessité de mettre un terme à la lutte sanglante, qui, en livrant les Provinces Grecques et les Iles de l'Archipel à tous les désordres de l'anarchie, apporte chaque jour de nouvelles entraves au commerce des Etats Européens, et donne lieu à des pirateries, qui non seulement exposent les sujets des Hautes Parties Contractantes à des pertes considérables, mais exigent, en outre, des mesures onéreuses de surveillance et de répression; —

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, et Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, ayant d'ailleurs reçu, de la part des Grecs, l'invitation pressante d'interposer leur médiation auprès de la Porte Ottomane, et étant, ainsi que Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, animées du désir d'arrêter l'effusion du sang, et de prévenir

*) L'éditeur n'ayant reçu la copie officielle de ce traité qu'après que la première partie de ce tome fût déjà imprimée, il a cru devoir faire réimprimer ici l'original français, qui diffère considérablement du texte de ce traité tel qu'il a été publié par le Journal de Francfort et par le Moniteur universel.

1827 les maux de tout genre que peut entraîner la prolongation d'un tel état de choses;

Ont résolu de combiner leurs efforts, et d'en régler l'action, par un Traité formel, dans le but de rétablir la paix entre les Parties Contendantes, au moyen d'un arrangement réclamé, autant par un sentiment d'humanité, que par l'intérêt du repos de l'Europe.

A ces fins, Elles ont nommés Leurs Plénipotentiaires pour discuter, arrêter, et signer le dit Traité, savoir: —

Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, le Sieur Jean Guillaume Vicomte Dudley, Pair du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, Conseiller de Sa Majesté Britannique en Son Conseil Privé, et Son Principal Secrétaire d'Etat ayant le Département des affaires Etrangères: —

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, le Sieur Prince Jules, Comte de Polignac, Pair de France, Chevalier des Ordres de Sa Majesté Très Chrétienne, Maréchal de Camp de Ses Armées, Grand' Croix de l'Ordre de St. Maurice de Sardaigne, etc. etc. et Son Ambassadeur à Londres: —

Et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, le Sieur Christophe Prince de Lieven, Général d'Infanterie des Armées de Sa Majesté Impériale, Son Aide-de-Camp Général, Chevalier des Ordres de Russie, de ceux de l'Aigle Noir et de l'Aigle Rouge de Prusse, de celui des Guelphes de Hanovre, Commandeur Grand' Croix de l'Ordre de l'Epée de Suède, et de celui de St. Jean de Jerusalem, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique: —

Lesquels, après s'être communiqué leurs Pleins Pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivans: —

ART. I. Les Puissances Contractantes offriront à la Porte Ottomane leur médiation, dans la vue d'amener une réconciliation entr'Elle et les Grecs.

Cette offre de médiation sera faite à cette Puissance immédiatement après la Ratification du Traité, au moyen d'une déclaration collective, signée par les Plénipotentiaires des Cours Alliées à Constantinople;

et il sera fait, en même temps, aux deux Parties Con- 1827
tendantes, la demande d'un armistice immédiat entr'El-
les, comme condition préliminaire indispensable à
l'ouverture de toute négociation.

ART. II. L'arrangement à proposer à la Porte
Ottomane reposera sur les bases suivantes:

Les Grecs relèveront du Sultan comme d'un Seig-
neur Suzerain; et en conséquence de cette Suzerai-
neté, ils payeront à l'Empire Ottoman une redevance
annuelle, dont le montant sera fixé, une fois pour
toutes, d'un commun accord. — Ils seront gouver-
nés par des Autorités qu'ils choisiront et nommeront
eux-mêmes, mais à la nomination desquelles la Porte
aura une part déterminée.

Pour opérer une séparation entière entre les in-
dividus des deux Nations, et pour prévenir des col-
lisions, suite inévitable d'une lutte aussi longue, les
Grecs entreront en possession des propriétés Tur-
ques situées ou sur le Continent, ou dans les Iles de
la Grèce, à la charge d'indemniser les anciens pro-
priétaires, soit moyennant une somme annuelle à
joindre à la redevance qu'ils payeront à la Porte, soit
à l'aide de quelque autre transaction de la même nature.

ART. III. Les détails de cet arrangement, ainsi
que les limites du territoire sur le Continent, et la
désignation des Iles de l'Archipel auxquelles il sera
applicable, seront déterminés dans une négociation à
établir ultérieurement entre les Hautes Puissances et
les deux Parties Contendantes.

ART. IV. Les Puissances Contractantes s'enga-
gent à poursuivre l'oeuvre salutaire de la pacification
de la Grèce, sur les bases posées dans les Articles
précédens, et à munir, sans le moindre délai, leurs
Représentans à Constantinople de toutes les instruc-
tions que réclame l'exécution du Traité qu'Elles signent.

ART. V. Les Puissances Contractantes ne cher-
cheront dans ces arrangemens aucune augmentation
de territoire, aucune influence exclusive, aucun avan-
tage de commerce pour leurs sujets, que ceux de toute
autre Nation ne puissent également obtenir.

ART. VI. Les arrangemens de réconciliation et
de paix qui seront définitivement convenus entre les

1827 Parties Contendantes, seront garantis par celles des Puissances Signataires qui jugeront utile ou possible de contracter cette obligation. L'action et les effets de cette garantie deviendront l'objet de stipulations ultérieures entre les Hautes Puissances.

ART. VII. Le présent Traité sera ratifié, et les Ratifications en seront échangées dans le terme de deux mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le Cachet de leurs Armes.

Fait à Londres, le six Juillet, l'an de Grace mil huit cent vingt-sept.

DUDLEY.

Le Prince DE POLIGNAC.

LIEVEN.

Article additionnel.

Dans le cas où la Porte Ottomane n'accepterait pas, dans le terme d'un mois, la médiation qui lui sera proposée, les Hautes Parties Contractantes conviennent des mesures suivantes: —

1. Il sera déclaré à la Porte, par leurs Représentans à Constantinople, que les inconvéniens et les maux signalés dans le Traité patent comme inséparables de l'état de choses qui subsiste dans l'Orient depuis six ans, et dont la cessation, par les moyens à la disposition de la Sublime Porte Ottomane, paraît encore éloignée, imposent aux Hautes Parties Contractantes la nécessité de prendre des mesures immédiates pour se rapprocher des Grecs.

Il est entendu que ce rapprochement s'opèrera en établissant avec les Grecs des relations commerciales, en leur envoyant, à cet effet, et recevant d'eux, des Agens Consulaires, en tant qu'il existera chez eux des Autorités capables de maintenir de telles relations.

2. Si, dans ce même terme d'un mois, la Porte n'acceptait pas l'armistice proposé dans l'Article I. du Traité patent, ou si les Grecs se refusaient à son exécution, les Hautes Puissances Contractantes déclareront à celle des deux Parties Contendantes qui voudrait continuer les hostilités, ou à toutes deux, s'il

devenait nécessaire, que les dites Hautes Puissances 1827 vont s'efforcer, par tous les moyens que les circonstances suggéreront à leur prudence, d'obtenir les effets immédiats de l'armistice dont elles désirent l'exécution, en prévenant, autant qu'il sera en leur pouvoir, toute collision entre les Parties Contendantes; et, en effet, aussitôt après la susdite déclaration, les Hautes Puissances employeront, conjointement, tous leurs moyens pour en accomplir l'objet, sans toutefois prendre part aux hostilités entre les deux Parties Contendantes.

En conséquence, les Hautes Puissances Contractantes, immédiatement après la signature du présent Article Additionnel, transmettront des instructions éventuelles, conformes aux dispositions énoncées ci-dessus, aux Amiraux commandans leurs Escadres respectives dans les Mers du Levant.

3. Enfin, si, contre toute attente, ces mesures ne suffisent point encore pour faire adopter les propositions des Hautes Parties Contractantes par la Porte Ottomane, ou si, de l'autre côté, les Grecs renoncent aux conditions stipulées en leur faveur dans le Traité de ce jour, les Hautes Puissances Contractantes n'en continueront pas moins à poursuivre l'œuvre de la pacification, sur les bases dont Elles sont convenues entr'Elles; et, en conséquence, Elles autorisent, dès à présent, leurs Représentans à Londres, à discuter et arrêter les moyens ultérieurs dont l'emploi pourrait devenir nécessaire.

Le présent Article Additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré, mot à mot, au Traité de ce jour. Il sera ratifié, et les Ratifications en seront échangées en même tems que celles du dit Traité.

En Foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le Cachét de leurs Armes.

Fait à Londres, le six Juillet, l'an de Grace mil huit cent vingt-sept.

DUDLEY.

Le Prince DE POLIGNAC.

LIEVEN.

87.

1827 *Traité d'amitié, de navigation et de commerce entre Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, signé à Rio de Janeiro le 9 Juillet 1827.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1828. Nr. 13. pag. 75.)

Au nom de la Très-Sainte et indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, également animés du désir de voir concerter les moyens d'activer et d'étendre les relations commerciales entre Leurs états respectifs, dans l'intérêt commun de Leurs sujets et à l'avantage réciproque des deux nations, et de procurer toutes les facilités et tous les encouragemens à ceux de Leurs sujets, qui ont part à ces relations, ont nommé des plénipotentiaires pour conclure un traité d'amitié, de navigation et de commerce, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse: le Sieur *de Olfers*, son conseiller d'ambassade et chargé d'affaires à la cour impériale du Brésil, chevalier de l'ordre royal de l'aigle rouge; et Sa Majesté l'Empereur du Brésil: Leurs Excellences Messieurs, le Marquis *de Queluz*, conseiller d'état, sénateur de l'Empire, grand-croix de l'ordre impérial du Cruzeiro, commandeur de l'ordre du Christ, ministre-secrétaire d'état des affaires étrangères; le Vicomte *de St. Leopoldo*, conseiller d'état, sénateur et grand de l'Empire, officier de l'ordre impérial du Cruzeiro, chevalier de l'ordre de Christ, ministre-secrétaire d'état de l'intérieur; et le Marquis *de Maceyò*, du conseil de Sa Majesté l'Empereur, gentilhomme de la chambre impériale, commandeur de l'ordre du Christ, officier de l'ordre impérial du Cruzeiro, chevalier des ordres de la Tour et Epée et de St. Jean de Jerusalem, lieutenant-colonel de l'état-major, ministre-secrétaire d'état de la marine;

Lesquels après s'être communiqué réciproquement 1827 leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les articles suivants :

ART. I. Il y aura paix constante et amitié perpétuelle entre Leurs Majestés le Roi de Prusse et l'Empereur du Brésil, Leurs héritiers et successeurs, et entre Leurs sujets de tous territoires, sans exception de personne ni de lieu.

ART II. Les sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes, en restant soumis aux lois du pays, jouiront en leurs personnes et biens dans toute l'étendue des territoires de l'autre, des mêmes droits, privilèges, faveurs et exemptions, qui sont ou seroient accordés aux sujets de la nation la plus favorisée. Ils ne seront point assujettis aux visites et recherches arbitraires, ni à aucun examen ou investigation de leurs livres et papiers sous quelque prétexte que ce soit. Dans le cas de trahison, contrebande ou autres crimes, dont les lois des pays respectifs font mention, les recherches, visites, examens et investigations ne pourront avoir lieu qu'avec l'assistance du magistrat compétent et en présence du consul de la nation, à qui appartiendra la partie prévenue, du vice-consul ou de son délégué, en cas qu'il y en ait sur les lieux.

ART. III. En cas de mésintelligence ou de rupture entre les deux Puissances (puisse Dieu ne le permettre jamais!) lequel cas ne sera réputé exister, qu'après le rappel ou le départ des agens diplomatiques respectifs, les sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes, résidant dans les domaines de l'autre, pourront y rester pour leurs affaires, sans être gênés en quelque manière que ce soit, tant qu'ils continueront à se comporter pacifiquement, et à ne commettre aucune offense contre les lois. Dans le cas cependant, où ils se rendront suspects par leur conduite, ils seront sommés de sortir du pays, et il leur sera accordé un terme pour se retirer avec leurs biens, qui n'excédera pas huit mois.

ART. IV. Les individus accusés dans les états de l'une des Hautes Puissances contractantes, des crimes de haute trahison, félonie, fabrication de fausse monnoye ou du papier qui la représente, ne recevront

1827 point de protection dans les états de l'autre, mais au contraire en seront expulsés, aussitôt qu'Elle en sera requise par le gouvernement respectif. — Les individus, qui déserteroient du service de mer ou de terre d'une des Hautes Puissances contractantes ne seront pas reçus dans les états de l'autre, mais seront arrêtés et remis sur la réclamation des agens consulaires respectifs.

ART. V. Les agens diplomatiques et consulaires de chacune des Hautes Puissances contractantes jouiront selon leur grade dans les états de l'autre des mêmes faveurs, honneurs, privilèges, immunités, exemptions de droits et de charges, qui sont ou seront accordés aux agens de la nation la plus favorisée.

Il reste entendu, que les agens consulaires ne pourront entrer dans l'exercice de leurs fonctions sans l'approbation préalable du souverain dans les états duquel ils seront employés.

ART. VI. Il y aura liberté réciproque de navigation et de commerce entre les sujets respectifs des Hautes Puissances contractantes, tant en navires Prussiens qu'en navires Brésiliens, dans tous les ports, baies, anses, mouillages, villes et territoires appartenant aux Hautes Puissances contractantes.

Il en est excepté toutefois les articles réservés respectivement aux deux couronnes, de même que le cabotage et le commerce côtier.

ART. VII. Les bâtimens des sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes, qui entreront dans les ports et mouillages de l'autre, ou qui en sortiront, ne seront assujettis à aucuns droits ou charges de quelque nature qu'ils soient, autres ou plus considérables, que ceux qui sont actuellement ou pourront par la suite être imposés aux navires de la nation la plus favorisée à leur entrée dans ces ports et mouillages ou à leur sortie.

ART. VIII. Tous les produits, marchandises et articles quelconques, qui sont de production, manufacture et industrie des sujets et territoires d'une des Hautes Puissances contractantes, importés directement ou indirectement des états de cette puissance dans les états de l'autre, tant en navires Prussiens que Brésiliens, paieront généralement et uniquement les mêmes droits, que paient

ou viendroient à payer les sujets de la nation la plus favorisée, conformément au tarif général des douanes. 1827

Il est convenu, qu'en parlant de la nation la plus favorisée, la nation Portugaise ne devra pas servir de terme de comparaison.

Lorsque les dites marchandises n'auront pas une valeur déterminée dans le tarif, l'expédition en douane s'en fera sur facture, ou sur une déclaration de leur valeur, signée de la partie qui les importera: mais dans le cas, où les officiers de la douane, chargés de la perception des droits, auroient lieu de soupçonner fautive cette évaluation, ils auront la liberté de prendre les objets ainsi évalués, en payant dix pour cent en sus de la dite évaluation; et ce dans l'espace de quinze jours, à compter du premier jour de la détention, et en restituant les droits payés.

Les sujets de chacune des Hautes Puissances contractantes jouiront pour le paiement des droits, frais et dépenses quelconques de douanes dans les états de l'autre, des mêmes avantages, que les indigènes, de manière que les sujets de Sa Majesté le Roi de Prusse pourront être signataires des douanes du Brésil avec les mêmes conditions et sûretés que les sujets Brésiliens et vice versa.

ART. IX. Les produits et marchandises dépêchés pour la réexportation ou le transbordement, paieront réciproquement les mêmes droits que paient ou viendroient à payer les sujets de la nation la plus favorisée.

Les produits et marchandises sauvés d'un bâtiment naufragé ne seront pas assujettis à payer les droits, excepté quand ils seront dépêchés pour la consommation.

Il sera accordé pour toutes les marchandises et objets de commerce, dont la sortie des ports des deux états est permise, les mêmes primes, remboursements de droits et avantages, que l'exportation s'en fasse par les navires de l'un ou par ceux de l'autre état.

ART. X. Tous les produits et marchandises, exportés directement ou indirectement du territoire de l'une des Hautes Puissances contractantes pour les états de l'autre, seront accompagnés de certificats d'origine, signés par le consul de celle-ci, ou par les

1827 autorités compétentes du pays, en cas qu'il n'y ait pas d'agens consulaire.

ART. XI. S'il arrive que l'une des Hautes Puissances contractantes soit en guerre avec quelque puissance, nation ou état, les sujets de l'autre pourront continuer leur commerce et navigation avec ces mêmes états, excepté avec les villes ou ports, qui seroient bloqués ou assiégés par terre ou par mer.

Mais dans aucun cas ne sera permis le commerce des articles réputés contrebande de guerre, tels que canons, mortiers, fusils, pistolets, grenades, saucisses, affûts, boudriers, poudre, salpêtre, casques et autres instrumens quelconques fabriqués à l'usage de la guerre.

ART. XII. Le présent traité sera en vigueur pendant dix ans à dater du jour de la ratification, et au delà de ce terme, jusqu'à l'expiration de douze mois, après que l'une ou l'autre des Hautes Puissances contractantes aura annoncé à l'autre son intention de le terminer.

ART. XIII. Les langues Portugaise et Française ayant été exclusivement employées dans la rédaction du présent traité, il est reconnu par les Hautes Puissances contractantes, que cet emploi exclusif des deux langues ne tirera point à conséquence pour l'avenir.

ART. XIV. Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Rio de Janeiro dans l'espace de huit mois à compter du jour de la signature ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires de Leurs Majestés le Roi de Prusse et l'Empereur du Brésil, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, l'ont signé de leurs main, et y ont fait apposer le sceau de leurs armes.

Fait à Rio de Janeiro le neuf Juillet, l'an de grâce mil huit-cent-vingt-sept.

DE OLFERS.

Marquez DE QUELUZ.

Visconde DE S. LEOPOLDO.

Marquez DE MACEYÒ.

Article additionnel

au traité d'amitié, de navigation et de commerce 1827
du 9 Juillet 1827 conclu et signé à Rio de Janeiro le
18 Avril 1828 par les mêmes plénipotentiaires.

Article.

L'intention bien sincère des Hautes Puissances contractantes étant, de donner toute la liberté possible au commerce par l'adoption d'un système de parfaite réciprocité, basée sur des principes équitables, on est convenu, que tous les avantages de navigation et de commerce, qui sont ou seront concédés par une des Hautes Puissances contractantes à une ville, nation ou à un état quelconque, à l'exception de la nation Portugaise, seront de fait et de droit accordés aux sujets de l'autre, de la même manière que si ces concessions étoient insérées mot à mot dans le traité sus-mentionné, en observant toutefois les conditions, sous lesquelles ces avantages auroient été concédés.

Il est convenu, que le présent article additionnel aura la même force et valeur, que s'il avoit été inséré mot à mot dans le traité du 9 Juillet 1827.

En foi de quoi les plénipotentiaires de Leurs Majestés le Roi de Prusse et l'Empereur du Brésil, en vertu de leurs pleins-pouvoirs, ont signé le présent article de leur main, et y ont fait apposer le sceau de leurs armes.

Fait à Rio de Janeiro le dix-huit d'Avril l'an de grâce mil-huit-cent-vingt-huit.

DE OLFERS.

Marquez DE QUELUZ.

Visconde DE S. LEOPOLDO.

Marquez DE MACEYÒ.

(Les ratifications de ce traité ont été échangées à Rio de Janeiro le 21 Avril 1828).

1827 *Convention de commerce entre la Grande-Bretagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, signée à Londres le 6 Août 1827.*

(Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty, 1828. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, being desirous of continuing in force the existing commercial regulations between the two Countries, which are contained in the Convention concluded between Them on the third of July 1815, and further renewed by the fourth Article of the Convention of the twentieth of October 1818, have, for that purpose, named Their respective Plenipotentiaries, that is to say: —

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Charles Grant, a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, a Member of Parliament, and Vice-President of the Committee of Privy Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations; and Henry Unwin Addington, Esquire;

And the President of The United States of America, Albert Gallatin, their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Britannick Majesty;

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed upon and concluded the following Articles:

ART. I. All the provisions of the Convention concluded between His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, on the third of July 1815, and further continued for the term of ten Years by the fourth Article of the Convention of the twentieth of

October 1818, with the exception therein contained as 1827
to St. Helena, are hereby further indefinitely, and without
the said exception, extended and continued in force,
from the date of the expiration of the said ten Years,
in the same manner as if all the provisions of the
said Convention of the third of July 1815, were
herein specifically recited.

ART. II. It shall be competent, however, to
either of the Contracting Parties, in case either should
think fit, at any time after the expiration of the said
ten Years, — that is, after the twentieth of Octo-
ber 1828, — on giving due notice of twelve Months
to the other Contracting Party, to annul and abro-
gate this Convention; and it shall, in such case, be
accordingly entirely annulled and abrogated, after the
expiration of the said term of notice.

ART. III. The present Convention shall be rati-
fied, and the Ratifications shall be exchanged in nine
Months, or sooner if possible.

In witness whereof, the respective Plenipotenti-
aries have signed the same, and have affixed thereto
the Seals of their Arms.

Done at London, the sixth day of August, in the
Year of our Lord one thousand eight hundred and
twenty-seven.

CHA. GRANT.

HENRY UNWIN ADDINGTON.

ALBERT. GALLATIN.

89.

*Convention entre la Grande-Bretagne
et les Etats-Unis de l'Amérique sep-
tentrionale concernant le territoire
de la côte nord-ouest de l'Amérique,
signée à Londres le 6 Août 1827.*

*(Presented to both Houses of Parliament, by Com-
mand of His Majesty, 1828. London: printed by
R. G. Clarke. fol.*

His Majesty The King of the United Kingdom of
Great Britain and Ireland, and The United States of

1827 America, being equally desirous to prevent, as far as possible, all hazard of misunderstanding between the two Nations, with respect to the Territory on the North-West Coast of America, West of the Stony or Rocky Mountains, after the expiration of the third Article of the Convention concluded between Them on the twentieth of October 1818; and also with a view to give further time for maturing measures which shall have for their object a more definite settlement of the Claims of each Party to the said Territory, have respectively named their Plenipotentiaries to treat and agree concerning a temporary renewal of the said Article, that is to say: —

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Charles Grant, a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, a Member of Parliament, and Vice-President of the Committee of Privy Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations; and Henry Unwin Addington, Esquire: —

And the President of the United States of America, Albert Gallatin, Their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Britannick Majesty: —

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed upon and concluded the following Articles:

ART. I. All the Provisions of the third Article of the Convention concluded between His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, on the twentieth of October 1818, shall be, and they are hereby further indefinitely extended and continued in force, in the same manner as if all the provisions of the said Article were herein specifically recited.

ART. II. Is shall be competent, however, to either of the Contracting Parties, in case either should think fit, at any time after the twentieth of October 1828, on giving due notice of twelve months to the other Contracting Party, to annul and abrogate this Convention; and it shall, in such case, be accordingly

entirely annulled and abrogated, after the expiration 1827 of the said term of notice.

ART. III. Nothing contained in this Convention, or in the third Article of the Convention of the twentieth of October 1818, hereby continued in force, shall be construed to impair, or in any manner affect, the Claims which either of the Contracting Parties may have to any part of the Country westward of the Stoney or Rocky Mountains.

ART. IV. The present Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged in nine Months, or sooner, if possible.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the Seals of their Arms.

Done at London, the sixth day of August, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-seven.

CHA. GRANT.

HENRY UNWIN ADDINGTON.

ALBERT GALLATIN.

90.

Traité d'amitié et de commerce entre la Grande-Bretagne et le Brésil, signé à Rio de Janeiro, le 17 Août

1827.

(Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty, 1828. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

In the Name of the Most Holy and Undivided Trinity.

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty The Emperor of Brazil, being mutually animated with the

1827 desire to promote and extend the commercial intercourse which has long subsisted between Their respective Countries and Subjects, have deemed it expedient, under the new circumstances which have arisen from the separation of the Empire of Brazil from the Crown of Portugal, through the mediation of His Britannick Majesty, to regulate that commercial intercourse by a new Treaty.

With this view, His Britannick Majesty has named, as His Plenipotentiary, The Right Honourable Robert Gordon, a Member of His Majesty's Most Honourable Privy Council, and His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of Brazil: —

And His Imperial Majesty, as His Plenipotentiaries, The Most Illustrious and Most Excellent Marquis of Queluz, Member of His Council of State, Senator of the Empire, Grand Cross of the Imperial Order of the Cross, Commander of the Order of Christ, Minister and Secretary of State for Foreign Affairs; The Viscount of St. Leopoldo, Member of His Council of State, Grandee and Senator of the Empire, Officer of the Imperial Order of the Cross, Knight of the Order of Christ, Minister and Secretary of State for the Affairs of the Empire; and The Marquis of Maceyo, Member of His Council, Gentleman of His Imperial Chamber, Officer of the Imperial Order of the Cross, Commander of the Order of Christ, Knight of the Orders of the Tower and Sword, and of St. John of Jerusalem, Lieutenant-Colonel in the Staff of the Army, Minister and Secretary of State for Marine Affairs: —

Who, after having exchanged their respective Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

ART. I. There shall be constant peace and perpetual friendship between His Majesty The King of The United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty The Emperor of Brazil, Their Heirs, and Successors, and between Their Subjects, States, and Territories, without exception of person or place.

ART. II. His Britannick Majesty and His Imperial Majesty agree, that each of the High Contracting

Parties shall have the right of appointing and naming 1827
Consuls-General, Consuls, and Vice-Consuls, in all the Ports of the Dominions of the other, where they are or may be necessary for the promotion of trade, and of the commercial interests of Their respective Subjects.

Consuls, of whatever class they may be, shall not enter upon the exercise of their functions, without being duly named by their respective Sovereigns, and approved by the Sovereign in whose Dominions they may be employed. There shall be, reciprocally, for Consuls of all classes, within the Dominions of either of the High Contracting Parties, a perfect equality. Consuls shall enjoy the privileges which belong to their office, as usually recognised and admitted. In all cases, both civil and criminal, however, they shall be amenable to the same laws of the Country in which they reside, as their fellow-subjects, and they shall alike enjoy the full and entire protection of the laws, so long as they obey them.

ART. III. Consuls and Vice-Consuls of both Nations shall exercise, each in his respective office, the authority of Arbitrators in the differences which may arise between the Subjects, or the Masters and Crews of the Ships of their respective Nations, without the interference of the local Authorities; unless when the publick tranquillity may require such interference, or unless the parties should call for it, by bringing their actions in the Courts of the Country in which such differences arise.

In like manner, they shall exercise the right of administering to the property of Subjects of their Nation dying intestate, for the benefit of the legitimate heirs to such property, and of the creditors upon the estate, so far as the laws of the respective Countries shall admit.

ART. IV. The Subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy, in all the Territories of the other, the most perfect liberty of conscience in all matters of religion, conformably to the system of toleration established and practised in their respective States.

1827 ART. V. The Subjects of each of the High Contracting Parties may freely dispose of their properties by sale, exchange, gift, testament, or in any other manner whatsoever, without any obstacle or impediment being thereunto opposed. Their houses, properties, and effects, shall be protected and respected, and shall not be taken from them, against their will, by any authority whatsoever. They shall be exempt from all forced military service of every kind, whether by land or by sea, from all forced loans, and from military impositions and requisition; nor shall they be obliged to pay any ordinary contributions, whatsoever may be their denominations, greater than those which are or may be paid by the Subjects of the Sovereign in whose Territories they reside.

Neither shall they be liable to arbitrary visits or searches; nor shall any examination or investigation of their books and papers be made, under any pretext whatsoever.

It is understood withal, that, in cases of treason, contraband, or other crimes specified in the laws of each Country, searches, visits, examinations, or investigations cannot be made, nor shall they take place, unless in the presence of the competent Magistrate.

And, generally, it is agreed, that the Subjects of the High Contracting Parties, respectively, shall enjoy in all the Territories of the other, with respect to their persons, any rights, privileges, favours or exemptions, which are, or which may be, at any time hereafter, granted to the Subjects of the most favoured Nation.

ART. VI. The Constitution of the Empire of Brazil having abolished all special jurisdictions, it is agreed that the office of Judge Conservator for the British Nation shall subsist only until some satisfactory substitute for that jurisdiction shall be established, capable of providing, in an equal degree, for the protection of the persons and property of His Majesty's Subjects. It being always understood that the Subjects of His Britannick Majesty shall be placed in Brazil on the same footing as Brazilian Subjects, in their causes, whether civil or criminal; that they

shall not be liable to imprisonment without formal ¹⁸²⁷ commitment, (*culpa formada*;) and a warrant signed by the legal Authority except in cases *flagrantis delicti*; and that their persons shall be free from personal restraint, in all cases where the law admits of bail.

ART. VII. If there should arise any misunderstanding, breach of friendship, or rupture between the two Crowns, (which God forbid!) the rupture shall not be deemed to exist until after the recall or departure of their respective Diplomatick Agents. The Subjects of each of the High Contracting Parties, resident within the Territories of the other, shall be allowed to remain for the settlement of their affairs, or to trade, without any kind of interruption, so long as they continue to behave themselves peaceably, and commit no offence against the laws. In case, however, that their conduct should give rise to suspicion, they shall be ordered to leave the Country, being allowed the power of retiring with their property and effects, and sufficient time to do so, not exceeding six months.

ART. VIII. It is agreed and convenanted, that neither of the High Contracting Parties shall knowingly and wilfully receive into, and entertain in their service, persons, Subjects of the other Power, deserting from the military service thereof, whether by sea or land; but that, on the contrary, they shall each, respectively, discharge any such person from their service, upon being required. But it is agreed and declared, that neither of the High Contracting Parties shall grant to any other State any favour, on the subject of persons deserting from the service of that State, which shall not be considered as granted also to the other High Contracting Party, in the same manner as if the said favour had been expressly stipulated by the present Treaty. And it is further agreed, that in cases of apprentices or sailors deserting from Vessels belonging to the Subjects of either of the High Contracting Parties, while within the Ports of the other Party, the Magistrates shall be bound to give every assistance in their power for the apprehension of such deserters, on due application to

1827 that effect being made by the Consul-General or Consul, or by his Deputy or Representative; and that no publick body, civil or religious, shall protect or harbour such deserters.

ART. IX. The compliments of salutes to the Ports and Flags of either of the two Nations, shall be conformable to the regulations hitherto observed among Maritime States.

ART. X. There shall be mutual liberty of commerce and navigation between the respective Subjects of The High Contracting Parties, in the Ships of either Country, and in all and singular the Ports, Cities, and Territories belonging to the said High Contracting Parties, except such Ports as may be prohibited to every foreign Nation; it being withal understood, that whenever any such prohibited Port is opened to the commerce of any other Nation, the said Port shall be forthwith opened to the Subjects of The High Contracting Parties, on the like conditions. The Subjects of The Two High Contracting Parties may enter, with their respective Ships, into all the Ports, Bays, Roads, and Havens, of the Territories belonging to each of The High Contracting Parties, therein to discharge the whole or part of their cargoes, to lade, or to re-export merchandize. They may reside, hire houses and warehouses, travel, trade, open shops, transport goods, metals, and money, and manage their own concerns, without employing brokers for that purpose, by themselves or by their agents and clerks, as they may think proper.

It is nevertheless agreed to except the coasting trade from Port to Port, consisting in goods of the Country, or foreign goods already cleared for consumption, which commerce cannot be carried on except in Vessels of the Country; it being, however, open alike to the Subjects of both The Contracting Parties, to lade their effects, merchandize, metals, and money, on board the said Vessels, each paying the same duties.

ART. XI. The Ships and Vessels of the Subjects of each of The High Contracting Parties shall not pay, in the Ports and Anchorages of the other, under the heads of lights, tonnage, anchorage, or any

other denomination whatsoever, other or higher duties than those which are, or may hereafter be paid by National Ships. 1827

ART. XII. In order to obviate all doubt respecting the nationality of British and Brazilian Ships, the High Contracting Parties agree, that Vessels owned, registered and navigated according to the laws of Great Britain, shall be considered as British; and that Vessels built in the Territories of Brazil, and owned by Brazilian Subjects, and of which the Master and three-fourths of the crew may be Subjects of Brazil; and also all the Vessels which shall have been captured from an enemy, by the Ships of War of His Majesty The Emperor of Brazil, or by Subjects of His said Majesty, furnished with letters of marque, and regularly condemned in the Prize Court of Brazil, as lawful prize, or which shall have been condemned in any competent Court, for the breach of the laws made for the prevention of the Slave-trade, and which shall be so owned and manned as aforesaid, shall be considered as Brazilian.

ART. XIII. The Subjects of either Sovereign within the Dominions of the other, shall have the liberty of trading with other Nations, in all and every kind of goods and merchandize.

ART. XIV. Are exempted from the foregoing Article, such goods and merchandize of which the Crown of Brazil has reserved to itself the exclusive monopoly.

Should, however, any of those articles become hereafter articles of free commerce, the Subjects of His Britannick Majesty shall be permitted to traffick in them, as freely as the Subjects of His Majesty the Emperor of Brazil. And the duties of importation, or of exportation, upon such goods and merchandize, shall, in all cases, be the same, whether they be consigned to, or exported by, or be the property of, British or Brazilian Subjects.

ART. XV. In order to regulate what is in future to be deemed contraband of war, it is agreed, that, under the said denomination, shall be comprised all arms and implements serving for the purposes of war, by land or by sea, such as cannon, muskets, pistols,

1827 mortars, petards, bombs, grenadoes, carcasses, saucisses, carriages for cannon, musket-rests, bando-liers, gunpowder, match, saltpetre, ball, pikes, swords, head-pieces, cuirasses, halberts, lances, javelins, horse-furniture, holsters, belts, and, generally, all other implements of war; as also timber for ship-building, tar, or resin, copper in sheets, sails, hemp and cordage, and, generally, whatsoever may serve directly to the equipment of Vessels of War, unwrought iron, and fir planks excepted; and all the above articles are hereby declared to be just objects of confiscation, whenever they are attempted to be carried to an enemy.

ART. XVI. Packets shall continue to be employed, for the purpose of facilitating the publick service of the two Courts, and the commercial intercourse of their respective Subjects.

They shall be considered as King's Ships, it being understood that they are to be commanded by Officers of the Royal Navy.

This Article shall continue in force, until a Special Convention shall be concluded between the Powers, for regulating specially the Packet Service.

ART. XVII. In order more effectually to protect the commerce and navigation of their respective Subjects, the two High Contracting Parties agree not to receive pirates nor sea-rovers into any of the Ports, Bays, or Havens of Their Dominions, and to inflict the full rigour of the law upon persons proved to be pirates, and upon all individuals residing within their Territories, who may be convicted of holding correspondence or being accomplices with them. All Vessels and cargoes belonging to the Subjects of each of the Contracting Parties, which pirates may take or may bring into the Ports of the other, shall be given up to their owners, or to their attorneys duly authorized, previously proving the identity of the property. And the restitution shall take place, even when the article claimed may have been sold, provided it be shewn that the purchaser knew, or could have known, that the said article had been obtained by piracy.

ART. XVIII. Whenever it happens that any Ships of War, or Merchantmen, belonging to either State,

are wrecked in the Ports, or on the Coasts of their respective Territories, the Authorities and Officers of the customs of the place shall lend every possible assistance towards saving the persons and effects which are wrecked, and shall also provide for the security and care of the articles saved, or of their proceeds, in order that they may be restored to their respective Governments, if the Vessel wrecked be a Ship of War; or if she be a Merchant Vessel to the owner, or his attorney duly authorized, whenever the delivery may be claimed, or so soon as the salvage and expences incurred in the custody of goods claimed shall be paid. And no higher charge of salvage shall be allowed, in either Country, upon the Ships of the other than upon national Ships.

Goods saved from shipwreck shall not be liable to pay duties, unless cleared for consumption.

ART. XIX. All goods, wares, and merchandizes whatsoever, the produce or manufacture of the Territories of His Britannick Majesty, whether from His Ports in Europe, or from such of His Colonies as are opened to foreign commerce, may be freely imported for consumption into all and singular the Ports of The Emperor of Brazil, to whomsoever consigned, on paying, generally and solely, duties not exceeding fifteen per cent., according to the value set upon them by a *pauta* of valuations in the custom-house, which *pauta* shall be promulgated in the Ports of Brazil, where there are, or may be, customhouses.

It is likewise agreed that in the formation of future *pautas*, the current market price of the goods shall be taken as the principal basis, and that it shall be permitted to the Consul of His Britannick Majesty whenever it may be shewn that any article is overvalued in the existing *pauta*, to make a representation, to be taken into consideration with the least possible delay; the clearance, however, of the said goods not being, on this account, suspended.

It is further agreed, that whenever any British goods, imported into the custom-houses of The Emperor of Brazil, shall have no fixed value in the *pauta*, and it shall be wished to clear them for consumption, the importer of such articles shall sign a declaration of their value, in order that they may be

1827 cleared; but in case the Officers of the customs, charged with the superintendance of the duties, shall consider the valuation to be inadequate to the real value of the goods, they shall be at liberty to take the goods at that valuation, on paying to the importer ten per cent. above the said valuation, within the term of fifteen days, computed from the day of the detention, and on returning the duty paid, after the manner observed in the custom-houses of Great Britain.

ART. XX. The Emperor of Brazil engages that no article whatever, the growth, production, or manufacture of any Foreign Country, shall be admitted into any part of the Dominions of Brazil, upon the payment of duties lower than those stipulated in the foregoing Article, unless a like diminution of duties be made upon similar articles, the growth, production, and manufacture of Great Britain; excepting only any goods, wares, or merchandize, the produce or manufacture of Portugal, which may be brought direct from Portugal to Brazil, in Ships belonging to the one or the other of those Countries; His Britannick Majesty specially consenting to this exception, in favour of Portugal, in consideration of the share which His Majesty has taken, as Mediator, in the negociation which happily terminated in the Treaty of Reconciliation and Independence of 29th August 1825; and of the intimate relations of amity, which it is His Majesty's anxious desire to see permanently subsisting between Portugal and Brazil.

ART. XXI. All goods, wares, and merchandize, the produce or manufacture of Brazil, imported direct for consumption into the Territories and Possessions of His Britannick Majesty, in Europe, or into any British Possession or Colony in Asia, Africa, or America, which may be open to foreign trade, shall pay no other or higher duties, than are payable upon the entry of similar articles, imported in like manner from any other Foreign Country.

ART. XXII. There being certain articles, the production of Brazil, which are subject to higher duties, when admitted for consumption into the United Kingdom, than are paid upon similar articles of British colonial produce, His Britannick Majesty agrees

that such articles shall be allowed to be warehoused, 1827 without payment of the home consumption duty, for re-exportation according to law; and shall not be subject to any other or higher duties, upon such warehousing and re-exportation, than are, or may hereafter be imposed on similar articles of British colonial produce, when so warehoused and re-exported.

By the same rule, articles, the production of the British Colonies, which correspond to articles of Brazilian produce, subject to the higher duties above-mentioned, shall be admitted into the Ports of Brazil, for re-exportation only, with the same advantages granted to like articles in the custom-houses of Great Britain.

ART. XXIII. All goods, wares, and merchandize, imported from the British Dominions into any of the Ports of His Imperial Majesty, shall be accompanied with the original cockets, signed by the proper Officers of the customs at the Port of shipment; the cockets of each Ship being numbered progressively, and attached, with the official seal of the British custom-house, to the manifest which is to be sworn to before the Brazilian Consul, and the whole to be produced at the custom-house of the Port of entry.

The origin of goods imported into Brazil from British Possessions, where there may be no custom-house, shall be authenticated by the formalities observed when imported from such Possessions into Great Britain.

ART. XXIV. His Britannick Majesty engages, in His own Name, and in that of His Successors, to permit the Subjects of His Imperial Majesty to trade in His Ports and Seas of Asia, to the extent which is, or may hereafter be allowed to the most favoured Nation.

ART. XXV. In all cases where bounties or drawbacks are granted upon goods exported from any of the Ports of the two High Contracting Parties, the bounty and drawback shall be, in every respect, the same, whether the exportation take place in British or in Brazilian Vessels.

1827 ART. XXVI. His Imperial Majesty engages, in His own Name, and in that of His Successors, that the commerce of British Subjects within His Dominions shall not be restrained, nor in any way affected, by the operation of any monopoly, or exclusive privilege of sale or purchase whatever, nor by favours granted to any commercial Company; but that the Subjects of His Britannick Majesty shall have free and unrestricted permission to buy and sell from and to whomsoever, and in whatsoever form they please, without being obliged to give any preference to such commercial Companies, or to individuals who possess, or may possess, exclusive privileges. And His Britannick Majesty engages, on His part, reciprocally and faithfully to act upon the same principle towards the Subjects of His Imperial Majesty.

This rule is not intended to comprehend those articles in Brazil, of which the exclusive purchase and sale is at present reserved to the Crown, so long as that reservation shall continue in force.

ART. XXVII. His Imperial Majesty is pleased to concede to the Subjects of His Britannick Majesty the privilege of being "*Assignantes*" in the custom-houses of Brazil, on the same terms and securities as Brazilian Subjects. On the other hand, it is agreed and stipulated, that Brazilian Merchants shall enjoy, in the British custom-houses, the same favour, as far as the laws permit, and is granted to the Subjects of His Britannick Majesty.

ART. XXVIII. The High Contracting Parties agree, that the stipulations contained in the present Treaty shall continue in force for the term of fifteen years, to be reckoned from the date of the exchange of the Ratifications of the Treaty; and further, until one or other of the High Contracting Parties shall give notice of its termination. In which case, this Treaty shall terminate at the end of two years from the date of such notice.

ART. XXIX. The present Treaty shall be ratified by the High Contracting Parties, and the ratifications thereof shall be exchanged within the space of four months, or sooner if possible.

In witness whereof, we the Undersigned, Plenipotentiaries of His Britannick Majesty, and of His

Imperial Majesty, in virtue of our respective Full 1827 Powers, have signed the present Treaty with our hands, and have caused the Seal of our Arms to be affixed thereunto.

Done in the City of Rio de Janeiro, the seventeenth day of August, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-seven.

R. GORDON. *Marquez DE QUELUZ.*
 Visconde DE S. LEOPOLDO.
 Marquez DE MACEYO.

91.

Convention entre la Grande-Bretagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du cinquième article du traité de Gand, signée à Londres le 29 Septembre 1827.

(Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty, 1828. London: printed by R. G. Clarke. fol.)

W hereas it is provided by the fifth Article of the Treaty of Ghent, that in case the Commissioners appointed under that Article, for the Settlement of the Boundary Line therein described, should not be able to agree upon such Boundary Line, the Report or Reports of those Commissioners, stating the points on which they had differed, should be submitted to some friendly Sovereign or State; and that the Decision given by such Sovereign or State on such points of difference, should be considered by the Contracting Parties as final and conclusive. That case having now arisen, and it having therefore become expedient to and regulate the reference as above described, His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and The United States of America, have, for that purpose, named their Plenipotentiaries, that is to say: —

His Majesty, on His part, has appointed the Right Honourable Charles Grant, a Member of Parliament,

1827 a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, and President of the Committee of the Privy Council for Affairs of Trade and Foreign Plantations; and Henry Unwin Addington, Esquire:—

And the President of the United States has appointed Albert Gallatin, their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of His Britannick Majesty:—

Who, after having exchanged their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed to and concluded the following Articles:

ART. I. It is agreed that the Points of Difference which have arisen in the settlement of the Boundary between the British and American Dominions, as described in the fifth Article of the Treaty of Ghent, shall be referred, as therein provided, to some friendly Sovereign or State, who shall be invited to investigate, and make a decision upon, such points of difference.

The two Contracting Powers engage to proceed in concert to the choise of such friendly Sovereign or State, as soon as the Ratifications of this Convention shall have been exchanged, and to use Their best endeavours to obtain a Decision, if practicable, within two Years after the Arbiter shall have signified His consent to act as such.

ART. II. The Reports, and Documents thereunto annexed, of the Commissioners appointed to carry into execution the fifth Article of the Treaty of Ghent, being so voluminous and complicated, as to render it improbable that any Sovereign or State should be willing or able to undertake the Office of investigating and arbitrating upon them, it is hereby agreed to substitute for those Reports new and separate Statements of the respective cases, severally drawn up by each of the Contracting Parties, in such form and terms as each may think fit.

The said Statements, when prepared, shall be mutually communicated to each other by the Contracting Parties, that is to say, by Great Britain to the Minister, or Chargé d'Affaires, of the United States at London; and by The United States to His Britannick Majesty's Minister, or Chargé d'Affaires, at Washington, within fifteen months after the exchange of the Ratifications of the present Convention.

After such communication shall have taken place, 1827 each Party shall have the power of drawing up a second and definitive Statement, if it thinks fit so to do, in reply to the Statement of the other Party so communicated, which definitive Statements shall also be mutually communicated, in the same manner as aforesaid, to each other, by the Contracting Parties, within twenty-one Months after the exchange of the Ratifications of the present Convention.

ART. III. Each of the Contracting Parties shall, within nine Months after the exchange of Ratifications of this Convention, communicate to the other, in the same manner as aforesaid, all the evidence intended to be brought in support of its Claim, beyond that which is contained in the Reports of the Commissioners, or Papers thereunto annexed, and other written Documents laid before the Commission under the fifth Article of the Treaty of Ghent.

Each of the Contracting Parties shall be bound, on the application of the other Party made within six Months after the exchange of the Ratifications of this Convention, to give authentick Copies of such individually specified Acts of a publick nature, relating to the Territory in question, intended to be laid as evidence before the Arbiter, as have been issued under the authority, or are in the exclusive possession, of each Party.

No Maps, Surveys, or topographical evidence of any description, shall be adduced by either Party beyond that which is hereinafter stipulated; nor shall any fresh evidence, of any description, be adduced or adverted to, by either Party, other than that mutually communicated or applied for, as aforesaid.

Each Party shall have full power to incorporate in, or annex to, either its first or second Statement, any portion of the Reports of the Commissioners, or Papers thereunto annexed, and other written Documents laid before the Commission under the fifth Article of the Treaty of Ghent, or of the other evidence mutually communicated or applied for, as above-provided, which it may think fit.

ART. IV. The Map, called Mitchell's Map, by which the framers of the Treaty of 1783 are acknowledged to have regulated their joint and official pro-

1827 ceedings, and the Map A, which has been agreed on by the Contracting Parties, as a delineation of the Water Courses, and of the Boundary Lines in reference to the said Water Courses, as contended for by each Party respectively, and which has accordingly been signed by the above named Plenipotentiaries at the same time with this Convention, shall be annexed to the Statements of the Contracting Parties, and be the only Maps that shall be considered as evidence, mutually acknowledged by the Contracting Parties, of the topography of the Country.

It shall, however, be lawful for either Party to annex to its respective first Statement, for the purposes of general illustration, any of the Maps, Surveys, or topographical Delineations which were filed with the Commissioners under the fifth Article of the Treaty of Ghent, any engraved Map heretofore published, and also a transcript of the abovementioned Map A, or of a section thereof, in which transcript each Party may lay down the Highlands or other features of the Country, as it shall think fit, the Water Courses, and the Boundary Lines, as claimed by each Party, remaining as laid down in the said Map A.

But this transcript, as well as all the other Maps, Surveys, or topographical delineations, other than the Map A, and Mitchell's Map, intended to be thus annexed by either Party to the respective Statements, shall be communicated to the other Party, in the same manner as aforesaid, within nine Months after the exchange of the Ratifications of this Convention, and shall be subject to such objections and observations as the other Contracting Party may deem it expedient to make thereto, and shall annex to his first Statement, either in the margin of such transcript, Map or Maps, or otherwise.

ART. V. All the Statements, Papers, Maps, and Documents above-mentioned, and which shall have been mutually communicated as aforesaid, shall, without any addition, subtraction, or alteration whatsoever, be jointly and simultaneously delivered in to the Arbitrating Sovereign or State, within two Years after the exchange of Ratifications of this Convention, unless the Arbitrer should not, within that time, have consented to act as such; in which case all the said Sta-

tements, Papers, Maps, and Documents shall be laid before him within six Months after the time when he shall have consented so to act. No other Statements, Papers, Maps, or Documents shall ever be laid before the Arbitrer, except as hereinafter provided.

ART. VI. In order to facilitate the attainment of a just and sound Decision on the part of the Arbitrer, it is agreed that, in case the said Arbitrer should desire further elucidation or evidence, in regard to any specifick point contained in any of the said Statements submitted to him, the requisition for such elucidation or evidence, shall be simultaneously made to both Parties, who shall thereupon be permitted to bring further evidence, if required, and to make each a written reply to the specifick questions submitted by the said Arbitrer, but no further; and such evidence and replies shall be immediately communicated by each Party to the other.

And in case the Arbitrer should find the topographical evidence laid, as aforesaid, before him, insufficient for the purposes of a sound and just Decision, he shall have the power of ordering additional Surveys to be made of any portions of the disputed Boundary Line or Territory, as he may think fit; which Surveys shall be made at the joint expence of the Contracting Parties, and be considered as conclusive by them.

ART. VII. The Decision of the Arbitrer, when given, shall be taken as final and conclusive; and it shall be carried, without reserve, into immediate effect, by Commissioners appointed, for that purpose, by the Contracting Parties.

ART. VIII. This Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged in nine Months from the date hereof, or sooner, if possible.

In witness whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed the same, and have affixed thereto the Seals of our Arms.

Done at London, the twenty-ninth day of September, in the year of our Lord, one thousand eight hundred and twenty-seven.

CHA. GRANT.

HENRY UNWIN ADDINGTON.

ALBERT GALLATIN.

92.

1827 *Traité entre l'Espagne et la Porte
Ottomane concernant la navigation
et le commerce de la mer noire,
signé à Constantinople le 16 Octo-
bre 1827.*

(Traduction privée).

La cour d'Espagne s'étant adressée à la Sublime Porte son ancien allié, sollicitant la permission nécessaire pour que ses navires marchands pussent naviguer et trafiquer dans la mer noire de la même manière que font ceux de plusieurs autres puissances amies; et la Porte désirant manifester sa haute considération et déférence vers le très puissant et magnifique roi d'Espagne, comme aussi pour satisfaire à la teneur du 7^{ème} article de la convention dernièrement conclue à Ackerman avec la cour de Russie, relative au commerce de la mer noire: le ministère des relations extérieures de la Sublime Porte et l'illustre chevalier D. Louis del Castillo, chargé d'affaires actuel de S. M. Catholique, après avoir conféré et traité sur ce sujet et ayant en vue l'utilité réciproque des deux parties, sont convenus des articles suivans:

ART. I. La Sublime Porte permet aux navires espagnols de passer sous leur propre pavillon national de la mer blanche à la mer noire, chargés de produits de leur pays et d'autres états, et de retourner de même de la mer noire à la mer blanche avec des produits de l'empire russe. Tous les navires qui arrivent à l'avenir dans le canal de Constantinople se soumettront dorénavant à la visite des commissaires établis à cette fin, de la même manière et dans la forme usitée actuellement par rapport aux navires autrichiens, anglais et français; et après avoir déchargé tout objet ou marchandise prohibée quelconque qui se rencontre à leur bord, étant production des

92.

*Tratado concluido con la Puerta Oto-1827
mana permitiendo el paso y comer-
cio del mar negro a los buques mer-
cantes españoles; firmado en Con-
stantinopla à 16 de Octubre de 1827.*

(De Orden Superior Madrid en la Imprenta Real
año de 1828. 4°.)

Habiéndose dirigido á la Sublime Puerta su antigua aliada la Corte de España, solicitando el permiso necesario para que sus barcos mercantes naveguen y trafiquen en el mar Negro del mismo modo que lo practican los de algunas otras Potencias amigas; y deseando aquella manifestar su alta consideracion y deferencia hácia el muy poderoso y magnífico Rey de España, como asimismo satisfacer al tenor del artículo VII del convenio últimamente concluido en Ackerman con la Corte de Rusia, relativo al comercio del mar Negro: el Ministerio de Relaciones Exteriores de la Sublime Puerta y el esclarecido Caballero D. Luis del Castillo, actual Encargado de Negocios de S. M. Católica, despues de haber conferido y tratado sobre este particular, y llevando por objeto la recíproca utilidad de las dos partes, han convenido en los artículos siguientes:

ART. I. La sublime Puerta permite á los buques españoles pasar con su propia bandera nacional del mar Blanco al mar Negro, cargados con productos de su pais y de los demas Estados, y tambien regresar del mar Negro al mar Blanco con productos del Imperio Ruso. Todos los buques que arriben en lo sucesivo al canal de Constantinopla se conformarán desde luego á la correspondiente visita de los comisionados establecidos á este fin, en el mismo modo y forma usada en la actualidad con respecto á los buques austriacos, ingleses y franceses; y despues de desembarcar cualquier objeto ó mercancía prohibida, que á su bordo

1827 Etats ottomans, tel que *terekiés* (tout espèce de grains) armes et autres instrumens de guerre, chevaux, coton cru et en fil, marroquins, plomb, cire, suif, cuire, peaux de mouton, poix, soufre, soie, laine, *berenfuc istefdié* (toiles de soie et de laine), huile, cuivre, toile crue, et en outre les *rayas* (sujets non mouhametans) fugitifs et déguisés en voyageurs ou en matelots, on leur expédiera les *fermans* imperiaux de sortie, sans qu'on y insère ni clause ni difficultés superflues qui ne touchent pas aux réglemens administratifs de l'Empire. Sera de même prohibé l'achat de navires de propriété ottomane comme il l'a été de tous tems.

ART. II. En recompense des avantages que par ce commerce se pourront procurer les marchands espagnols et en vertu du droit que par la même raison possède la Sublime Porte de retirer à son profit quelque compensation et profit, les navires espagnols qui naviguent dans la forme indiquée, payeront un droit de *ferman* en proportion de leur port et capacité; c'est à dire que les dits navires seront divisés en trois classes: la première qui comprendra ceux du port de seize mille *Kilós* (mil cent vingt tonneaux): la seconde ceux de onze mille *Kilós* (septcent cinquante tonneaux); et la troisième ceux de six mille *Kilós* (trois cent soixante dix tonneaux). Le port des navires de mil jusqu'à six mil *Kilós* sera compté pour six mille; et le port des navires de plus de six mil sera compté pour onze mille, et celui des navires qui surpasse onze mille, pour seize mille. Chaque fois que des navires arrivent au canal de Constantinople, et obtiennent la permission de passer à la mer noire, ils payeront à leur sortie, en ne comptant leur départ et leur retour que pour un seul voyage, un droit de *ferman*, appliqué à la caisse de l'amirauté, savoir: les navires correspondans à la première classe six cents piastres turcs; ceux de la seconde quatre cent cinquante, et ceux de la troisième trois cents. Il ne pourra survenir aucune contestation ou altercation entre les deux parties, soit pour l'offre d'une somme plus pètte, soit pour la prétention d'une somme plus grande que celles qui ont été stipulées.

ART. III. Les navires espagnols qui à l'avenir passent par le Bosphore sous leur propre pavillon,

se encuentre, que sea producto de los Estados Otomanos, tal como *terekiés* (toda especie de granos), armas y otros utensilios de guerra, caballos, algodón en rama y en hilo, marroquines, plomo, cera, sebo, cueros, pieles de carnero, pez, azufre, seda, lana, *berenfuc ístefdié* (telas de seda y lana), aceite, cobre, tela cruda, y además los *rayás* (súbditos no mulsumanes) fugitivos y disfrazados en viageros ó en gentes de la tripulación, se les expedirán los respectivos *firmanes* imperiales de salida, sin que en ellos se inserte cláusula ni vanas dificultades que no toquen á los reglamentos gubernativos del Imperio. Seguirá asimismo prohibida la compra de barcos de propiedad otomana, como en todos tiempos lo ha sido.

ART. II. En retribucion de las ventajas que por este tráfico se podrán procurar los Comerciantes españoles, y en virtud del derecho que por la misma razon tiene la Sublime Puerta de lograr tambien á su favor alguna compensacion y provecho, los buques españoles que naveguen en la forma indicada satisfarán un derecho de *firman* en proporcion de su porte y capacidad; es decir que dichos buques serán divididos en tres clases: la primera que comprehenderá á los del porte de diez y seis mil *kilós* (mil ciento veinte toneladas): la segunda á los de once mil *kilós* (setecientas cincuenta toneladas); y la tercera á los de seis mil *kilós* (trescientas setenta toneladas). El porte de los buques desde mil á seis mil *kilós* se contará como de seis mil: el de mas de seis mil se contará por once mil, y el de los que excedan á once mil por diez y seis mil. Cada vez que estos buques lleguen al canal de Constantinopla, y obtengan el permiso de pasar al mar Negro, pagarán á su salida, no contándose su ida y vuelta mas que por un solo viage, un derecho de *firman*, aplicado á la caja del Almirantazgo, á saber: los buques correspondientes á la primera clasificacion seiscientas piastras turcas; los de la segunda cuatrocientas y cincuenta; y trescientas los de la tercera. No podrá tener cabida ninguna contestacion ni altercado entre las dos partes, ya sea por la oferta de una suma menor, ya por la pretension de una mayor á las que quedan estipuladas.

ART. III. Los buques españoles que en la venidero transiten por el Bósforo con su propia bandera, obser-

1827 les principes établis par rapport à la visite accoutumée étant observés, n'éprouveront ni empêchement ni difficulté quelconque qui ne seroient pas également étendus aux autres puissances. Outre cela, si ces mêmes navires à leur entrée dans le port de Constantinople, chargés de fruits ou de grains extraits des échelles russes de la mer noire, déclarent qu'ils font eau, que leurs cargaisons sont exposées à être mouillées ou à être perdues, et qu'il leur convient de transborder leurs grains sur un autre vaisseau, comme font aussi ceux des puissances précitées, la légation d'Espagne en fera part à la Sublime Porte; et après l'information préalable des commissaires de la douane et du port, à l'examen desquels en sera commis la décision, on leur expédiera par un *ferman jughrale* l'autorisation et la permission pour effectuer le transbordement sollicité.

ART. IV. Aussi, comme en vertu des traités existans entre les deux cours, sont protégés les sujets Espagnols, non seulement dans la résidence impériale, mais aussi sur les autres points de l'empire Ottoman situés dans la mer blanche, de la même manière ils le seront à l'avenir sur tous les points de la mer noire. Si leurs vaisseaux essuyent quelque havarie et ont besoin de réparation et de radoub ils pourront librement les réparer, les calfater, acheter des vivres et d'autres articles dont ils ont besoin, et ils ne seront d'aucune manière troublés ou molestés sans cause légitime. La cour d'Espagne observera de son côté même réciprocité et correspondance par rapport aux sujets de la Sublime Porte et promet aux vaisseaux ottomans qui arrivent dans les ports de ses côtes, la jouissance de tous les privilèges et de toutes les exemptions qu'ont obtenus les navires marchands des puissances les plus favorisées, et on prendra soin que leur exécution ponctuelle sera toujours maintenue en ces termes.

C o n c l u s i o n .

Les deux parties scelleront et signeront l'instrument relatif à l'entrée et au commerce de la mer noire en faveur des navires espagnols, amicalement convenu et rédigé en quatre articles, et l'accepteront

vados que sean los principios establecidos de la visita acostumbrada, no experimentarán traba ni dificultad alguna que no sea igualmente extensiva á las demas Potencias. Ademas de esto, si los mismos buques al desembocar en el puerto de Constantinopla cargados con frutos ó granos extraídos de las escalas rusas del mar Negro, exponen que hacen agua, que estan expuestos sus cargos á humedecerse ó echarse á perder, y les acomoda traspasar sus granos á otro buque, como asi lo ejecutan los de las citadas Potencias, la Legacion de España dará parte de ello á la Sublime Puerta; y previo el informe de los Comisarios de la Aduana y del Puerto, á cuyo examen se cometerá el expediente, se les expedirá por un *firmán jughralé* la correspondiente autorizacion y permiso para efectuar el trasbordo solicitado, 1827

ART. IV. Asi como en virtud de los tratados existentes entre las dos Cortes son protegidos los súbditos españoles, no solo en la residencia Imperial, sino tambien en los demas puntos del Imperio Otomano situados en el mar Blanco, del mismo modo lo serán en adelante en todos los del mar Negro. Si sus barcos experimentasen alguna avería, y necesitasen hacer reparo y compostura, podrán libremente repararlos, calafatearlos, comprar los víveres y otros artículos que hayan menester, y de manera alguna serán turbados ni molestados sin causa legítima. La Corte de España observará por su parte igual reciprocidad y correspondencia para con los súbditos de la Sublime Puerta, y promete á los buques otomanos que arriben á los puertos de sus costas, el goce de todos los privilegios y exenciones que hayan obtenido los navíos mercantes de las Potencias mas favorecidas; y se tendrá cuidado de que su observancia sea siempre mantenida en estos términos.

C o n c l u s i o n .

Las dos partes sellarán y firmarán el instrumento relativo á la entrada y comercio del mar Negro en favor de los barcos españoles, amistosamente convenido y redactado en cuatro artículos, y lo acepta-

1827 et le ratifieront dans le terme de trois mois, ou plutôt si faire se peut, par l'échange respectif de notes officielles. Fait à Constantinople à la fin du mois de Rebbi-ul-ewel de l'an de l'Hégire 1243 (16 Octobre 1827).

ESSEID MUHAMMED SAID PERTEW,
Reis Effendi de la Sublime Porte.

R a t i f i c a t i o n .

En considération de l'ancienne et sincère amitié, manifestée par la cour d'Espagne à la Sublime Porte; celle-ci trouve bon d'accéder à la demande qui plusieurs fois lui a été adressée, de permettre aux navires espagnols le passage et le commerce de la mer noire et cette négociation suffisamment discutée et traitée entre le ministère des relations extérieures du divan ottoman et l'illustre chevalier del Castillo, chargé d'affaires de S. M. Catholique, eut pour conséquence et résultat un *sened* ou une convention, étendue en quatre articles et une conclusion, qui fut signée et scellée par les deux parties à la fin de mois de Rebbi-ul-ewel de l'an de l'Hégire 1243.

Le terme de trois mois à compter du jour, où le dit instrument fut signé, ayant été fixé pour l'échange des notes d'acceptation et de ratification des deux cours respectives et en considération de la communication faite à la Sublime Porte par le chargé d'affaires mentionné, faisant part d'avoir reçu l'autorisation compétente pour faire savoir à la même que son Auguste Maître le très puissant et magnifique roi d'Espagne, ait entièrement accepté et ratifié la convention mentionnée et qu'il promette d'observer loyalement et constamment tous les articles y contenus, de la même manière le glorieux Empereur Ottoman l'accepte et la ratifie dans toutes ses parties.

Le gouvernement de la Sublime Porte mettra la plus grande attention et diligence à la faire toujours observer littéralement et ponctuellement, comme de son côté S. M. Catholique veillera à sa meilleure exécution et à son accomplissement: et la présente note officielle a été dirigée et adressée à notre bon ami le susmentionné chargé d'affaires d'Espagne, en échange

rán y ratificarán en el término de tres meses, y antes, si posible fuese, por el cange respectivo de notas oficiales. Escrito en Constantinopla á fines del mes de Rebbi-ul-ewel del año de la Egira 1243 (16 de Octubre de 1827).

ESSEID MUHAMMED SAID PERTEW,
Reis Effendi de la Sublime Porte.

R a t i f i c a c i o n .

En atencion á la antigua y sincera amistad manifestada por la Corte de España á la Sublime Puerta, tuvo esta á bien condescender á la demanda que varias veces le habia dirigido, de que se permitiese á los buques españoles el paso y comercio del mar Negro, y esta negociacion suficientemente discutida y tratada entre el Ministerio de Relaciones Exteriores del Divan Otomano y el esclarecido Caballero del Castillo, Encargado de Negocios de S. M. Católica, tuvo por consecuencia y resultado un *Sened* ó Convenio, extendido en cuatro artículos y una conclusion, que fue firmado y sellado por ambas partes á fines del mes de Rebbi-ul-ewel del año 1243 de la Egira.

Habiéndose fijado en dicho instrumento el término de tres meses desde el dia en que fue firmado, para el cange de las notas de aceptacion y ratificacion de las dos Cortes respectivas, y en vista de la remitida á la Sublime Puerta por el referido Encargado de Negocios, dando parte de haber recibido la competente autorizacion para hacer saber á la misma que su Augusto Amo, el muy poderoso y magnifico Rey de España, habia cumplidamente aceptado y ratificado el Convenio mencionado, y que prometia observar leal y constantemente todos los artículos en él comprendidos, del mismo modo lo acepta y ratifica el glorioso Emperador Otomano en todas sus partes.

El Gobierno de la Sublime Puerta pondrá la mayor atencion y diligencia en hacerlo siempre observar literal y puntualmente, con tal que el de S. M. Católica cuide por su parte de su mejor ejecucion y cumplimiento: y la presente Nota oficial ha sido dirigida y entregada á nuestro buen amigo el ya predicho Encargado de Negocios de España, en cange de

1827 de celle qu'il a présentée pour le même objet, pour l'informer de la ratification impériale et en conformité de ce qui a été prévu dans la convention à laquelle elle se rapporte. Fait le cinq du mois de Schaában de l'an de 1243 (20 Février 1828).

Copie de la note présentée au Reis-Effendi de la Sublime Porte pour l'échange des ratifications du Traité conclu avec elle le 16 Octobre de l'année dernière de 1827.

Le soussigné chargé d'affaires de S. M. Catholique auprès de la Sublime Porte déclare solennellement par les présentes, qu'ayant reçu les pleins-pouvoirs nécessaires, et autorisé par la volonté expresse de son gouvernement, il confirme, accepte et ratifie au nom de son Auguste souverain D. Ferdinand VII, Roi d'Espagne, dans les formes nécessaires et dans toutes ses parties, la convention qui fut signée, scellée et échangée le 16 Octr. de l'année dernière de 1827 entre S. E. Pertew-Efendi, Reis-Effendi de la Sublime Porte et le Soussigné, relativement au libre passage des navires marchands espagnols à la mer noire; s'obligeant de faire remplir exactement tous les points et toutes les clauses y contenus. En foi de quoi et en conformité et en exécution de ce qui est prévu dans le dernier article de la même convention, la présente note a été officiellement échangée contre une autre semblable avec toutes les formalités du style, de la part de S. E. le Reis-Efendi de la Sublime Porte à Constantinople le 20 Février 1828.

LOUIS DEL CASTILLO.

la que él ha presentado con igual objeto, para informarle de la ratificación Imperial, y en conformidad de lo prevenido en el Convenio á que se hace relación. Fecho en 5 del mes de Schaában del año 1243 (20 de Febrero de 1828). 1827

Copia de la nota presentada al Reis - Efendi de la Sublime Puerta Otomana para el cange de ratificaciones al Tratado concluido con ella el 16 de Octubre del año próximo pasado de 1827.

El infrascrito Encargado de Negocios de S. M. Católica cerca de la Sublime Puerta Otomana declara solemnemente por la presente, que habiendo recibido los plenos poderes necesarios, y autorizado con la voluntad expresa de su Gobierno, corrobora, acepta y ratifica en nombre de su Augusto Soberano D. Fernando VII, Rey de España, en las formas necesarias y en todas sus partes el Convenio que fue firmado, sellado y cangeado el 16 de Octubre del año próximo pasado de 1827 entre S. E. Pertew-Efendi, Reis - Efendi de la Sublime Puerta, y el infrascrito, relativo al libre paso al mar Negro de los buques mercantes españoles; obligándose á hacer cumplir exactamente todos los puntos y cláusulas que en él se contienen. En fe de lo cual, y en conformidad y ejecucion de lo que se previene en el último artículo del mismo Convenio, la presente Nota ha sido oficialmente cangeada contra otra semejante, con todas las formalidades de estilo, por parte de S. E. el Reis - Efendi de la Sublime Puerta en Constantinopla á 20 de Febrero de 1828.

LOUIS DEL CASTILLO.

93.

1827 *Déclaration du ministère Prussien
du 7 Novembre 1827 concernant un
arrangement concerté entre la Prusse
et le grand-duché de Mecklenbourg-
Schwerin, pour la protection des
droits des auteurs et des librairès
contre la contrefaçon.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten. 1828. Nr. 1. pag. 1).*

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Großherzoglich - Mecklenburg-Schwerinschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, daß vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Bundesbeschlusse, wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Büchernachdruck kommen wird, jedem Preussischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Fall ist, auf ein Privilegium wider den Nachdruck und dessen Verbreitung bei der Großherzoglichen Regierung anzutragen, ein solches nach denselben Rücksichten, wie es geschehen würde, wenn der Nachsuchende ein Großherzoglich - Mecklenburg - Schwerinscher Unterthan wäre, jederzeit in gewöhnlicher Form, ohne allen Kostenersatz, ertheilt werden, überdies der damit versehene Königlich - Preussische Unterthan von den Großherzoglichen Gerichten und Behörden in der Aufrechthaltung des ertheilten Privilegiums, einem wider den Nachdruck privilegierten Großherzoglich - Mecklenburg - Schwerinschen Unterthan gleich geachtet und geschützt werden solle;

dafs das Verbot, wider den Bücher - Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereich der Preussischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Großherzogthums Mecklenburg - Schwerin Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handle es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst. 1827

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von Seiten des Großherzoglich - Mecklenburg - Schwerinschen Geheimen Ministerii vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 7ten November 1827.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende von dem Großherzoglich - Mecklenburg - Schwerinschen Geheimen Ministerio unterm 24sten November vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827. (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 9ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

94.

1827 *Déclaration du ministère Prussien
du 26 Novembre 1827 concernant un
arrangement concerté avec la prin-
cipauté de Waldeck pour la protec-
tion des droits des auteurs et des
libraires contre la contrefaçon.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1828. Nr. 4. p. 21).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hiedurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu erteilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich-Waldeck'schen Regierung die Zusicherung erteilt worden ist, daß vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger kommen wird, in dem Fürstenthum Waldeck eine besondere Verordnung, welche den Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung ausdrücklich verbietet, erlassen und diese Verordnung zu Gunsten der Verlagsartikel der Schriftsteller und Verleger der Königlich-Preussischen Monarchie ganz gleiche Anwendung finden solle;

daß das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen, besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Fürstenthums Waldeck Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen 1827 eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Waldeck-schen Regierung vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 26sten November 1827.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Waldeckschen Regierung zu Arolsen unterm 8ten März d. J. vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 18ten März 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

95.

*Déclaration du ministère Prussien
du 27 Novembre 1827 concernant un
arrangement concerté entre la Prusse
et le grand-duché de Mecklenbourg-
Strelitz, pour la protection des
droits des auteurs et des libraires
contre la contrefaçon.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten. 1828. Nr. 1. pag. 3).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäls-

1827 heit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Großherzoglich - Mecklenburg - Strelitzsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, daß vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck kommen wird, jedem Preussischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Fall ist, auf ein Privilegium wider den Nachdruck und dessen Verbreitung bei der Großherzoglichen Regierung anzutragen, ein solches nach denselben Rücksichten, wie es geschehen würde, wenn der Nachsuchende ein Großherzoglich - Mecklenburg - Strelitzscher Unterthan wäre, jederzeit in gewöhnlicher Form, ohne allen Kostenansatz ertheilt werden, und der damit versehene Königlich - Preussische Unterthan von den Großherzoglichen Gerichten und Behörden in der Aufrechthaltung des ertheilten Privilegiums, einem wider den Nachdruck privilegierten Großherzoglich - Mecklenburg - Strelitzschen Unterthan gleich geachtet und geschützt, auch zu dem Behuf eine angemessene Verordnung an alle betreffende Behörden des Großherzogthums erlassen werden solle;

daß das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevl gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von Seiten des Großherzoglich - Mecklenburg - Strelitzschen Staatsministerii vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird,

et le gr. d. de Meckl. Strelitz conc. etc. 511

durch öffentliche Bekanntmachung in den hiesigen 1827
Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 27sten November 1827.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von dem Großherzoglich-Mecklenburgschen Staats-Ministerio zu Neu-Strelitz unterm 13ten Dezember 1827 vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist; unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinets-Order vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

96.

*Déclaration du ministère Prussien
du 11 Decbr. 1827, concernant un ar-
rangement concerté entre la Prusse
et le duché d'Anhalt Dessau, pour
la protection des droits des auteurs
et des libraires contre la contrefaçon.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1828. Nr. 2. p. 13).*

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Herzoglich-Anhalt-Dessauschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, daß

1827 vorläufig und bis es in Gemähsheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger kommen wird, die unterm 15ten November erlassene Herzogliche Verordnung gegen den Bücher-Nachdruck und den Handel mit nachgedruckten Büchern zu Gunsten der Verlags-Artikel der Schriftsteller und Verleger der Königlich-Preussischen Monarchie ganz gleiche Anwendung finden sollen;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Anhalt-Dessau Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von der Herzoglich-Anhalt-Dessauschen Regierung, vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 11ten Dezember 1827.

Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine solche übereinstimmende, von der Herzoglich-Anhalt-Dessauschen Landesregierung unterm 22sten Dezember 1827 vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 17ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

97.

*Déclaration du ministère Prussien 1827
du 11 Décembre 1827, concernant
un arrangement concerté entre la
Prusse et le Danemarc, pour la pro-
tection des droits des auteurs et des
libraires contre la contrefaçon, tant
dans la monarchie Prussienne que
dans les duchés de Holstein, de
Lauenbourg et de Schleswic.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1828. Nr. 3. p. 17).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu erteilten Ermächtigung:

nachdem von der Königlich-Dänischen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, daß nicht nur für den Umfang der zum Deutschen Bunde gehörigen beiden Herzogthümer Holstein und Lauenburg vorläufig und bis es nach Artikel 18 der deutschen Bundes-Akte zu einem gemeinsamen Beschlusse wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung in den gesammten Bundes-Ländern kommen wird, sondern auch für den Umfang des Herzogthums Schleswig, jedem Preussischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Fall ist, auf ein Privilegium wider den Nachdruck und dessen Verbreitung bei der Königlich-Dänischen Regierung anzutragen, ein solches Privilegium in der Art kostenfrei ertheilt werden solle, daß das Werk in 20 Jahren, vom Tage der Ausstellung des Privilegii, nicht nur in den zum Deutschen Bunde gehörigen beiden Herzogthümern

1827 Holstein und Lauenburg, sondern auch in dem Herzogthum Schleswig weder nachgedruckt, noch ein anderswo gefertigter Nachdruck davon in den genannten drei Herzogthümern verkauft werden soll, bei Strafe der Konfiskation aller bei dem Nachdrucker oder in den Buchhandlungen vorrätigen Exemplare des Nachdrucks und einer Geldbuse, welche dem Ladenpreise von Fünfhundert Exemplaren des Originals gleich kommt;

dals das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger der zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer Holstein und Lauenburg, so wie des Herzogthums Schleswig Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen zwei übereinstimmende, die eine in Beziehung auf die zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer Holstein und Lauenburg, die andere rücksichtlich des Herzogthums Schleswig, von dem Königlich-Dänischen Ministerio vollzogene Erklärungen ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 11ten Dezember 1827.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen zwei übereinstimmende, die eine in Beziehung auf die zum Deutschen Bunde gehörigen Herzogthümer Holstein und Lauenburg, die andere rücksichtlich des Herzogthums Schleswig von dem Königlich-Dänischen Departement der auswärtigen Angelegen-

heiten unterm 29sten Januar 1828 vollzogene Erklärung 1827 ausgewechselt worden ist, hierdurch unter Beziehung auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. St. 123) zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 7ten Februar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

98.

Edit par lequel S. M. Jean VI, roi 1825 de Portugal, a déclaré formellement qu'il reconnoissait son fils aîné Don Pedro comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal, donné à Lisbonne le 15 Novembre 1825.

(Le Journal de Francfort 1828. Nr. 192).

Don Jean, par la grâce de Dieu, Roi du royaume uni du Portugal, du Brésil et des Algarves etc. A tous nos sujets salut! Qu'il soit connu à tous ceux qui ces présentes verront que, conformément à nos lettres patentes du 13 Mai dernier, par lesquelles nous avons reconnu que pour le service de Dieu et le bonheur du peuple, que la providence a confié à notre gouvernement et afin de mettre un terme aux malheurs et aux dissensions qui désolent le Brésil au grand détriment de ses habitans, au détriment des habitans du Portugal et de ses dépendances, notre sollicitude paternelle s'est efforcée de rétablir la paix et l'harmonie parfaite qui devoient exister entre deux nations de la même origine et qui pourroit contribuer à maintenir la prospérité générale, l'existence politique et le bonheur futur de notre royaume du Portugal et des Algarves autant que de celui du Brésil, qu'il nous a plu d'élever au rang de royaume par

1825 nos lettres patentes du 16 Décembre 1817, après avoir reçu du peuple leurs sermens de fidélité.

Désirant faire participer sans délai les habitans des deux états aux bienfaits de l'alliance, de la concorde, et de la félicité qui ont toujours été le but de notre tendresse paternelle, nous avons résolu de céder et de transporter au plus cher de nos enfans, Don Pedro d'Alcantara, héritier des couronnes des royaumes susdits, nos droits sur l'état du Brésil, que nous élevons au rang d'empire, en réservant cependant à notre personne auguste le titre viager d'empereur.

Notre résolution a été accomplie par le traité d'amitié et d'alliance conclu à Rio Janeiro le 29 Août dernier, et que nous avons ratifié aujourd'hui, dans la ferme persuasion qu'il assurera à tous nos sujets les bienfaits et les avantages qu'ils ont droit d'attendre de notre sollicitude paternelle. Nous prenons donc, en effet le titre viager d'Empereur du Brésil, et nous reconnoissons le plus cher de nos fils, Don Pedro d'Alcantara, prince royal de Portugal et des Algarves, dans sa qualité d'Empereur du Brésil, avec pleine souveraineté sur cet empire.

(L'édit se termine en ordonnant aux tribunaux d'y avoir égard).

Donné au palais de Mafra, le 15 Novembre 1825.

L'Empereur et Roi.

99.

1828 *Déclaration du ministère Prussien du 4 Janvier 1828, concernant un arrangement entre la Prusse et le grand duché de Bâde, pour la protection des droits des auteurs et des libraires entre la contrefaçon.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1828. Nr. 2. p. 14).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäfs-

heit der von Seiner Majestät dem Könige ihm dazu 1828
ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Großherzoglich-Badensche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, das vorläufig und bis es nach Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse wegen Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck kommen wird, das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches im ganzen Bereiche des Großherzogthums Baden zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger der gesammten Königlich-Preussischen Staaten Anwendung finden und mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung gegen letztere begangene Frevel nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern in den Großherzoglich-Badenschen Landen selbst; das das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Großherzogthums Baden Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von dem Großherzoglich-Badenschen Ministerio des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 4ten Januar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

1828 Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende von dem Großherzoglich - Badenschen Ministerio des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 25ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

100.

Déclaration entre la Saxe royale et le Wurtemberg concernant les frais de justice en matières criminelles, publiée à Dresde le 5 Janvier 1828.

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen. Nr. 6. pag. 17).

Die Königlich Sächsische und die Königlich Würtembergische Regierung sind im Betreff der Kosten, welche durch Requisitionen in Strafrechtsfällen bei den gegenseitigen Gerichtsstellen veranlaßt werden können, dahin übereingekommen und erklären hiermit: Dafs in allen strafrechtlichen Verhandlungen, wo die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats, oder des Gerichtsherrn übernommen werden müssen, die requirirende Stelle der requirirten lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungsgebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen, zu berechnen und zu erstatten haben soll, wogegen alle andere Kosten für Protocollirung, Schreib- und Abschrift - Gebühren, so wie für die an die Gerichtspersonen, oder an die

Casse sonst zu entrichtenden Sporteln nicht aufgerechnet werden mögen.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie in gleichlautenden Exemplaren beiderseits vollzogen und ausgewechselt worden ist, durch öffentliche Bekanntmachung in den beiderseitigen Landen Kraft erhalten, und vom 1sten März 1828 an in Wirksamkeit treten.

Dresden, am 5ten Januar 1828.

Sr. Königlichen Majestät von Sachsen Cabinets-Minister und Staats-Secretair,

Graf von EINSIEDEL.

101.

Déclaration du ministère Prussien du 8 Janvier 1828 concernant un arrangement entre la Prusse et le duché de Saxe-Altenbourg, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1828. Nr. 1. pag. 7).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Herzoglich-Sachsen-Altenburgsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, daß vorläufig und bis es nach dem Artikel 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, die in den Herzoglichen Landen zu Gunsten der einheimischen Schriftsteller und Verleger gegenwärtig bestehende Verordnung wider den Bücher-

1828 Nachdruck, in ganz gleichem Maasse auch zum Schutze der Schriftsteller und Verleger der Königlich-Preussischen Monarchie gültig erklärt und in Anwendung gebracht werden soll, dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Sachsen-Altenburg Anwendung finden, mithin jeder durch Nachdruck und dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handle es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von dem Herzoglich-Sächsischen Geheimen Ministerio zu Altenburg vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diessseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von dem Herzoglich-Sächsischen Geheimen Ministerio zu Altenburg unterm 21sten Dezember 1827 vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

102.

*Déclaration du ministère Prussien 1828
du 8 Janvier 1828 concernant un ar-
rangement entre la Prusse et la prin-
cipauté de Hohenzollern-Hechingen,
pour la protection des droits des
auteurs et des libraires contre la
contrefaçon.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1828. Nr. 1. pag. 9).*

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät ihm erteilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich-Hohenzollern-Hechingischen Regierung die Zusicherung gemacht worden ist, daß, mit Vorbehalt der zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Büchernachdruck noch zu verfügenden und in Gemäßheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte allgemein zu erwartenden Maafsregeln, vorläufig eine besondere Verfügung, wodurch der Büchernachdruck und dessen Verbreitung im Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen mit Konfiskation und einer Geldbusse von zehn Thalern zu bestrafen ist, erlassen, und insbesondere zum Schutze der Schriftsteller und Verleger in der Preussischen Monarchie in Anwendung gebracht werden soll;

daß das Verbot wider den Büchernachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Fürstenthums Hohenzollern-Hechingen, Anwendung finden, und mithin jeder, durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene

1828 Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Hohenzollern-Hechingenschen Regierung vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

*Königl. Preufs. Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Hohenzollernschen Regierung zu Hechingen unterm 30sten November 1827 vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 8ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

103.

*Déclaration du ministère Prussien
du 9 Janvier 1828, concernant un
arrangement entre la Prusse et le
duché d'Anhalt-Bernbourg, pour
la protection des droits des auteurs
et des libraires contre la contrefaçon.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1828. Nr. 4. p. 10).*

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäls-

heit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung: 1828

nachdem die Herzoglich - Anhalt - Bernburgsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, daß vorläufig und bis es in Folge des 18ten Artikels der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Nachdruck kommen wird, die unterm 2ten Dezember 1827 erlassene Herzogliche Verordnung wider den Bücher-Nachdruck, in ganz gleichem Maasse zu Gunsten der Schriftsteller und Verleger in den Königlich-Preussischen Staaten Anwendung finden soll; daß das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Anhalt-Bernburg Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll durch öffentliche Bekanntmachung in den diessseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 9ten Januar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem die Herzoglich - Anhalt - Bernburgsche Regierung durch den § 7. der öffentlich bekannt gemachten Verordnung vom 2ten Dezember 1827 wider den Nachdruck, erklärt hat, daß die Bestimmungen dieser Verordnung in ganz gleichem Maasse auf die Schriftsteller und Verleger der Preussischen Monarchie Anwendung finden sollen, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabi-

1828 netsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 9ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

104.

*Déclaration du ministère Prussien
du 10 Janvier 1828, concernant un ar-
rangement entre la Prusse et la prin-
cipauté de Reufs-Schleitz et de Reufs-
Lobenstein, pour la protection des
droits des auteurs et des libraires
contre la contrefaçon.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1828. Nr. 1. pag. 11).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich - Reufs - Schleitzischen und von der Fürstlich - Reufs - Lobensteinschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, daß vorläufig und bis es in Gemäßheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, der Bücher-Nachdruck in den Fürstlich-Reufsischen Landen durch eine besondere Verordnung verboten werden und die Bestimmungen dieser Verordnung zu Gunsten der Schriftsteller und Verleger in der Preussischen Monarchie ganz gleiche Anwendung finden sollen;

dafs das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so 1828 wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger in den Fürstenthümern Reufs - Schleitz und Reufs - Lobenstein Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher - Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der gemeinschaftlichen Fürstlichen Regierung zu Gera vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 10ten Januar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich - Reufsischen gemeinschaftlichen Regierung zu Gera unterm 24sten Dezember v. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 12ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

105.

1828 *Déclaration du ministère Prussien du 18 Janvier 1828, concernant un arrangement avec le grand duché de Saxe-Weimar pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.*

(*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1828. Nr. 4. p. 22).

Das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Königlichen Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Großherzoglich-Sachsen-Weimarsche Regierung die Zusicherung ertheilt hat, daß vorläufig und bis es in Gemäßheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, jedem Preussischen Unterthan, er sei Schriftsteller oder Verleger, der in dem Falle ist, auf ein Privilegium wider den Bücher-Nachdruck bei der Großherzoglich-Sachsen-Weimarschen Regierung anzutragen, ein solches Privilegium nach denselben günstigen Rücksichten, wie es geschehen würde, wenn der Nachsuchende ein Großherzoglich-Sachsen-Weimarscher Unterthan wäre, in der Art kostenfrei ertheilt werden soll, daß die Dauer des Privilegiums auf fünf und zwanzig Jahre und als Strafe die Konfiskation der nachgedruckten Exemplare zum Besten des Privilegirten festgesetzt, überdies auch eine, bei jedem einzelnen Falle im Voraus zu bestimmende Entschädigungs-Summe von dem Uebertreter an den Privilegirten gezahlt werden soll;

daß das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussi-

schen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Großherzogthums Sachsen-Weimar Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung begangene Frevl gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle; als handle es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von dem Großherzoglich-Sachsen-Weimarschen Staatsministerio vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 18ten Januar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine wesentlich übereinstimmende, von dem Großherzoglich-Sächsischen Staatsministerio zu Weimar unterm 1sten Februar d. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 15ten Februar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

106.

1828 *Déclaration du ministère Prussien
du 18 Janvier 1828 concernant un
arrangement entre la Prusse et la
ligne aînée de Reufs - Plaun, pour
la protection des droits des auteurs
et des libraires contre la contrefaçon.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten. 1828. Nr. 2. pag. 15).*

Das Königlich - Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät dem Könige ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Fürstlich - Reufs - Plauischen Regierung älterer Linie die Zusicherung ertheilt worden ist, dafs vorläufig und bis es in Folge des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Nachdruck kommen wird, in den Fürstlich - Reufs - Plauischen Landen der Bücher - Nachdruck und dessen Verbreitung bei Strafe der Konfiskation und einer Geldbusse von Einhundert Thalern verboten sein soll und zwar ohne Unterschied, ob dabei inländische oder Schriftsteller und Verleger der Preussischen Monarchie beeinträchtigt sind;

dafs das Verbot wider den Bücher - Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger in den Fürstlich - Reufs - Plauischen Landen Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher - Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen letztere, nach denselben gesetzlichen Bestimmungen beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen 1828 eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Reufs-Plaui-schen Regierung älterer Linie vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 18ten Januar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

v. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Fürstlich-Reufs-Plaui-schen Regierung älterer Linie zu Greiz unterm 2ten Januar d. J. vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 18ten Januar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.:

v. SCHÖNBERG.

107.

Traité fondamental de douanes en- tre la Bavière et le Wurtemberg, signé le 18 Janvier 1828.

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Württem-
berg. Nr. 10, den 18. Februar 1828.*)

Seine Majestät der König von Württemberg, und Seine Majestät der König von Baiern, von denselben Gesinnungen und Absichten geleitet; aus welchen der am 12. April 1827 zu München abgeschlossene vorläufige Vertrag über gegenseitige Erleichterung des Handels und Verkehrs zwischen beiden Staaten her-

1828 vorgegangen, haben zum Zweck der in dem zweiten Artikel des gedachten Vertrages vorbehaltenen Ausbildung und Vollziehung des errichteten Zoll-Vereins sofort weitere Unterhandlungen eröffnen lassen, und zu diesen als Allerhöchst Ihre Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Seine Königliche Majestät von Württemberg, den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem Königlich Baierschen Hofe; Herrn Philipp Moritz, Freiherrn v. Schmitz - Grolenburg, Staatsrath und Commenthur des Ordens der Württembergischen Krone,
dann

den Ober-Finanzrath, Herrn Christoph Ludwig v. Herzog, Ritter des Ordens der Württembergischen Krone;

Seine Königliche Majestät von Baiern, den Staats-Minister des Königlichen Hauses und des Aeußern, dann der Justiz, Herrn Reichsrath Friedrich Freiherrn v. Zentner, des Königlichen Hausordens vom heiligen Hubertus Capitular, Großkreuz des Civil-Verdienst-Ordens der Baierschen Krone, Inhaber des Ehrenkreuzes des Königlich Baierschen Ludwigsordens, Großkreuz des Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Leopolds- des Königlich Preussischen rothen Adler- und des Großherzoglich Hessischen Hausordens,

welche beiderseitigen Bevollmächtigten, unter Vorbehalt der Ratification ihrer allerhöchsten Höfe, über nachstehende Punkte sich vereinigt haben.

ART. I. Die Königreiche Württemberg und Baiern vereinigen sich in Gemäfsheit des zu München unter dem 12. April 1827 abgeschlossenen Vertrags zu einem gemeinsamen Zoll-Systeme, und zu einer den zusammenhängenden Länder-Umfang beider Staaten einschließenden Zoll-Linie.

ART. II. Dieser Vereinigung treten die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen in Gemäfsheit der mit der Krone Württemberg abgeschlossenen Uebereinkunft und der von ihnen ausgestellten Accessions-Urkunden sogleich bey.

ART. III. Von dem gemeinschaftlichen Zoll-Verbande bleibt zwar der Baiersche Rheinkreis vorerst ausgenommen; die Aufnahme desselben wird jedoch

für den Fall vorbehalten, daß entweder die gleiche 1828 Zoll-Verfassung dort für Rechnung des Vereins eingeführt, oder dieser Kreis in unmittelbare Verbindung mit dem Vereins-Gebiete gesetzt wird. Bis dahin sollen die Erzeugnisse und Fabrikate dieses Kreises in die vereinten Staaten mit den nämlichen Zoll-Begünstigungen eingehen, welche sie bisher in den ältern Kreisen des Königreichs Baiern genossen haben, oder die ihnen noch ferner von beiden Regierungen werden zugestanden werden.

ART. IV. Diejenigen Besitzungen der vereinten Staaten, welche außerhalb der gemeinschaftlichen Zoll-Linie gelegen sind, werden (jedoch mit Vorbehalt der für den Rheinkreis im Art. III. enthaltenen Bestimmungen) hinsichtlich der Zölle als Ausland behandelt.

ART. V. In Folge der Bestimmungen des Art. I. sollen die längs der gemeinschaftlichen Gebietsgrenze dormalen bestehenden Zoll-Erhebungs-Stellen in dem durch besonders getroffene Uebereinkunft festgesetzten Termine aufgelöst, und die Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Zölle bei den Grenz-Erhebungsstellen und bei den innern Hall-Aemtern für gemeinschaftliche Rechnung der vereinten Staaten erhoben werden; jedoch bleibt jeder der beiden Regierungen unbenommen, an der gemeinschaftlichen Grenz-Linie auf ihrem Gebiete diejenigen Aufsichtsstellen und Schutzwachen aufzustellen, welche sie allenfalls zur Verhinderung der Salz- und Malz-Einschwärzungen oder anderer Defraudationen ihrer indirecten Auflagen nothwendig findet.

ART. VI. Die Regierungen der vereinten Staaten verzichten auf einseitige Anordnungen und Verträge, welche die Zoll-Verhältnisse mit andern, nicht zum Verein gehörigen Staaten zum Gegenstande haben; sollte eine oder die andere derselben sich in den Fall versetzt sehen, einem dritten Staate einzelne Begünstigungen nicht wohl versagen zu können, so soll sie verbunden sein, dem Vereine für die dadurch sich ergebende Einnahms-Minderung oder Ausgaben-Mehrung Ersatz zu leisten.

Dagegen werden die beiden allerhöchsten Paciscenten ihre Bemühungen dahin vereinigen, daß dem

1828 Zoll-Vereine auch andere angrenzende Staaten beitreten.

ART. VII. Die gemeinschaftlichen Zölle werden nach der Zoll-Ordnung und den Zoll-Tarifen erhoben, worüber sich die beiden allerhöchsten Paciscenten auf die Grundlage der Baierschen Zoll-Ordnung und der Baierschen Zoll-Tarife vereinigen werden, und welche sodann zu seiner Zeit in jedem der vereinten Staaten auf dem gewöhnlichen Wege zur allgemeinen Darnachachtung verkündet werden sollen.

ART. VIII. Der Ertrag der gemeinschaftlichen Zölle, welcher sich nach Abzug der Kosten der Erhebung, Aufsicht und Verwaltung sowohl, als der übrigen dem Vereine zur Last fallenden Ausgaben herauswirft, wird unter den beiden vereinten Staaten nach dem Verhältnisse ihrer respectiven Bevölkerung getheilt. Der Stand der Bevölkerung der vereinten Staaten wird alle drei Jahre durch genaue Volkszählungen ausgemittelt, und jeder Zeit der wirkliche Stand vom 1. October des betreffenden Jahres angenommen werden.

ART. IX. Die unteren Zoll-Erhebungs- und Aufsichts-Stellen in den vereinten Staaten werden nach gleichförmigen organischen Bestimmungen angeordnet, besetzt und instruiert.

ART. X. Zum Behufe der obersten Zoll-Verwaltung soll in jedem der beiden vereinten Staaten eine eigene und selbstständige Oberzoll-Administration bestehen.

Die Formation dieser Ober-Zolladministrationen und die Regulirung ihres Geschäftsganges bleibt den betreffenden Staats-Regierungen überlassen; der Wirkungskreis derselben aber wird, insoweit er nicht schon durch den Grund-Vertrag und die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung bestimmt ist, durch eine besondere Instruction näher bezeichnet werden.

ART. XI. Die Oberzoll-Administration des einen Vereins-Staates wird durch einen General-Bevollmächtigten des andern Vereins-Staates controlirt.

Einem solchen General-Bevollmächtigten oder seinem Stellvertreter stehen folgende Befugnisse zu:

- a. Jede Weisung oder Ausfertigung, welche die betreffende Oberzoll-Administration oder deren

Vorstand an die denselben untergeordneten Zoll-1828
Behörden ergehen läßt, unterliegt seinem Visa
sowohl auf dem Conzepte, als in der Reinschrift;
der Mangel dieses Visa macht die Ausfertigung
kraftlos.

- b. Dieses Visa soll er zwar nie verweigern können;
bei Ertheilung desselben kann er jedoch, wenn
er befürchtet, daß aus dem Vollzuge der Wei-
sung für den Verein ein Schaden erwachsen
könnte, Protest einlegen; dieser Protest muß un-
ter Anführung der Gründe auf dem Conzepte
vorgemerkt werden, und es ist ihm darüber auf
Anfordern ein Certificat auszustellen.
- c. Auf den Grund eines solchen Protestes kann der
General-Bevollmächtigte in so fern die der Ober-
Zoll-Administration vorgesetzte Staatsregierung
nicht rechtzeitig Abhülfe treffen sollte, den Re-
curs an den General-Congress (über dessen Bil-
dung und Wirkungskreis die Artikel XXXVI,
XXXVII und XXXVIII das Nähere festsetzen)
ergreifen.
Findet der General-Congress, daß aus der be-
mängelten Ausfertigung sich wirklich ein Scha-
den für den Verein ergab, so hat diesen die Re-
gierung zu ersetzen, deren Administration hiezu
Veranlassung gegeben hat.
- d. Er kann in Fällen der Dringlichkeit die Zoll-
Erhebungs-Stellen seiner Regierung und die von
derselben aufgestellten Aufsichts-Behörden oder
Schutzwachen zum Vollzuge jener Mafsregeln,
welche die Ober-Administration, bei welcher er
accreditirt ist, nöthig erachtet, anweisen und
auf Requisition *mufs* er eine solche Anweisung
ertheilen, jedoch unter Vorbehalt der ad 2 und 3.
enthaltenen Bestimmungen.
- e. Er kann Beamte seiner Regierung zu den Zoll-
Aemtern des Staats, in dem er die Controle aus-
übt, zur Visitation abordnen, ohne jedoch durch
dieselben besondere Befehle zu ertheilen, oder
Anordnungen in der Verwaltung treffen zu lassen.
- f. Auf Verlangen müssen ihm alle Acten, Bücher
etc. der Ober-Zoll-Administration sowohl, als
der äufsern Aemter zur Einsicht vorgelegt wer-
den.

1828 g. Er kann der Aufnahme der Zoll-Rechnungen in allen Stadien und Instanzen mit dem Rechte der Erinnerung oder Bemängelung beiwohnen; diese soll zwar weder die Aufnahme der Rechnungen hindern, noch die Entscheidung der Rechnungs-Behörden bedingen, ihm jedoch auch in diesem Falle, so wie in jenen unter e und f, der Recurs an den General-Congress mit den unter c. bezeichneten Folgen vorbehalten bleiben.

h. Er ist immer zugleich auch Mitglied des General-Congresses.

Die beiderseitigen General-Bevollmächtigten treten bei der respectiven Ober-Zoll-Administration zur Controlirung und Mitwirkung bei den Anstalten für die Vollziehung des Vereins vom 1. April 1828 an in Thätigkeit.

ART. XII. Für die, alle Staaten des Vereins umfassende Controlle der Zollscheine wird in München eine gemeinschaftliche aus Beamten der respectiven Regierungen verhältnißmäßig zusammengesetzte Anstalt gebildet, und mit der nöthigen Instruction versehen.

ART. XIII. Die Zoll-Erhebungs-Aemter stellen Monats-Rechnungen, über welche jede Ober-Zoll-Administration einen General-Couspect herzustellen hat, auf dessen Grund zwischen den vereinten Staaten provisorische Abrechnungen nach einem Conto corrente Statt haben. Die respectiven Ober-Zoll-Administrationen stellen Quartals-Rechnungen, auf deren Grund die definitiven Abrechnungen zwischen den vereinten Staaten geschehen, nachdem diese Rechnungen gehörig verbeschieden seyn werden.

ART. XIV. Allgemeine Anordnungen und Reglementär-Verfügungen zur Vollziehung der Zoll-Ordnung und der Verwaltungs-Normen sollen, zur Erzielung der Einheit in der Regel immer nur von beiden Regierungen nach vorläufigem Benehmen und Einverständniß gleichzeitig und gleichheitlich ausgehen.

Auf besondere Veranlassung und in dringenden Fällen kann jedoch unter Beobachtung der Vorschriften des Art. XI., ad a. b. und c. sowohl von der Königlich Würtemberg'schen, als der Königlich Baierschen Ober-Zoll-Administration die nöthig erachtete Maßregel erlassen werden.

ART. XV. Der Grund-Vertrag, die Organisation 1828 der Zoll-Verwaltung, die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung und die Zoll-Tarife des Vereins können nur auf die im Art. XXXVIII. festgesetzte Weise abgeändert, oder authentisch erläutert werden.

Dagegen bleibt den einzelnen Regierungen der vereinten Staaten vorbehalten:

1. die allgemeinen Verordnungen über das Zoll-Wesen des Vereins und die Beschlüsse des General-Congresses, insoweit sie sich zur Publication eignen, in ihren Staaten in ihrem Namen zu verkünden;
2. die Beamten und Diener, welche sowohl für die Ober-Zoll-Administration als für die Erhebungs- und Aufsichts-Stellen des betreffenden Staates erforderlich sind, selbst zu ernennen;
3. die von ihnen ernannten Beamten und Diener von ihren Landesbehörden für den Verein besonders verpflichtet zu lassen;
4. die ihnen angehörigen Beamten und Diener, wenn sie sich im Dienste des Vereins Verbrechen oder Vergehen zu Schulden kommen lassen, von ihren Gerichten aburtheilen zu lassen;
5. über die in ihrem Gebiete dem Unterstützungs-Fonds anfallenden Straf-Antheile ausschliessend zu disponiren;
6. für ihre Staats-Angehörigen das Begnadigungsrecht auszuüben.

Die Eidesformel, nach welcher die Beamten und Diener für den Verein zu verpflichten sind, ist folgende:

„Ich schwöre, daß ich nicht nur die mir durch meinen Dienst-Eid gegen meinen Souverain auferlegten allgemeinen Verpflichtungen erfüllen, sondern auch die Interessen des Zoll-Vereins nach den Verträgen, gemeinschaftlichen Verordnungen und Instruktionen, getreulich und ohne Gefährde nach allen Kräften und in allen Beziehungen befördern, und allen Nachtheil und Schaden von diesem Verein möglichst abwenden wolle, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.“

ART. XVI. Die Rechte der in der gemeinschaftlichen Zoll-Verwaltung des Vereins angestellten Be-

1828 amten und Diener in Beziehung auf Stabilität und Pensions - Ansprüche richten sich nach den Gesetzen desjenigen Staates, dem sie angehören.

ART. XVII. Sämtliche Kosten der Ober-Zoll-Administrationen werden von den betreffenden Staats-Regierungen getragen. Ebenso fallen auch die Pensionen, Ruhestands-Gehälter und Alimentations-Bezüge der Beamten, Diener und ihrer Relikten, die Beamten und Diener mögen nun bei den Ober-Zoll-Administrationen und der Central-Contrôle-Anstalt, oder bei den Erhebungs- und Aufsichts-Behörden angestellt sein, ausschliessend jenen Staats-Regierungen zur Last, von welchen diese Beamte und Diener ernannt worden sind. Dagegen werden alle Kosten der Central-Contrôle-Anstalt, der äufsern Zoll-Erhebungs- und Aufsichts-Stellen, so wie alle übrigen nicht ausdrücklich ausgenommenen Verwaltungs-Kosten aus den Vereins-Zöllen oder auf Rechnung des Vereins bestritten.

Um übrigens in dieser Beziehung eine durchgehende Gleichheit herzustellen, und allen Prägravirungen vorzubeugen, werden über die Besoldungen der äufseren Beamten und Diener, über die Hauszins-Beiträge, über die Ausgaben auf Heizung und Beleuchtung der Amts-Lokalitäten, über die Ausgaben auf Schreibmaterialien, über die Umzugs-Gebühren und über die Diäten der Zoll-Bediensteten besondere, von beiden Regierungen einzuhaltende Regulative festgesetzt werden.

ART. XVIII. Die hohen Paciscenten übernehmen es, die in ihren Gebieten zum gemeinschaftlichen Zoll-Dienst unumgänglich nothwendigen Gebäude, wenn sie nicht von Corporationen oder Gemeinden oder Privaten gemiethet werden können, auf ihre Kosten herzustellen und zu erhalten; sie sollen aber nicht nur für jene Gebäude, die sie zu diesem Zwecke erst neu erbauen lassen, sondern auch für jene, die bereits vorhanden sind, und dem gemeinschaftlichen Zoll-Dienste überlassen werden, entweder aus den Vereins-Zöllen oder von den betreffenden Zoll-Bediensteten durch Miethzinse, die den Lokal-Verhältnissen entsprechen, entschädigt werden.

ART. XIX. Die polizeilichen Verfügungen über den *gegenseitigen Besuch* der öffentlichen Märkte

und den *Hausirhandel* bleiben den respektiven Re- 1828
gierungen vorbehalten, so wie auch die Wirksamkeit
der in den Vereins-Staaten über Gewerbs-Privilegien
geltenden Gesetze fortzubestehen hat. Die respektiven
Staats-Regierungen werden jedoch für die Handels-
und Gewerbsleute der vereinten Staaten gegenseitig
diejenigen Begünstigungen eintreten lassen, welche nur
immer mit ihrer innern Verfassung und mit ihrem
Abgaben-Systeme vereinbarlich sind.

ART. XX. Alles, was für die vereinten Souveraine
und die Mitglieder ihrer Regentenhäuser über die Zoll-
Linie des Vereins ein- und ausgeführt wird, soll der
tarifmäßigen Verzollung unterliegen, und die Rück-
vergütung der entrichteten Zölle, in so weit diese
nach den Anordnungen der einzelnen Regierungen
Statt findet, aus den respektiven Staats-Cassen gesche-
hen, oder der treffenden Regierung bei der Abrech-
nung zur Last geschrieben werden.

ART. XXI. Die Rückvergütung der Zölle, welche
die an den Höfen der vereinten Staaten akkreditirten
Botschafter, Minister, Gesandte und Geschäftsträger
nach den Bestimmungen des gemeinschaftlichen Zoll-
Gesetzes anzusprechen haben, geschieht durch die
Staats-Casse der betreffenden Höfe gegen Wiederer-
satz aus den Vereins-Zöllen.

ART. XXII. Die Entschädigungen, welche in ei-
nem oder dem andern Staate den Mediatisirten, Com-
munen und Privaten für eingezogene Zollrechte be-
willigt sind, sollen demjenigen Staate zur Last bleiben,
der sie bereits bewilliget hat, oder noch zu bewilligen
haben wird.

ART. XXIII. Nicht minder sollen auch die Stan-
desherren die Zoll-Rückvergütungen für ihre beding-
ten und beschränkten Zollbefreiungen aus den Cassen
jener Staaten erhalten, in denen sie diese Rechte ha-
ben und ausüben.

ART. XXIV. Die Begünstigungen der Fabriken
und Gewerbe, mit Ausnahme des Grenz-Verkehrs,
sowohl in der *Einfuhr* der Fabrikations-Stoffe, der
Halbfabrikate und der zu ihrer Verarbeitung nöthigen
Materialien, als auch in der *Ausfuhr* und Wieder-
Einfuhr der Fabrikate zur Vollendung oder Vervoll-
kommnung bleiben der privativen Bewilligung der

1828 Landes-Regierungen überlassen, und fallen auch den respectiven Staats-Cassen zur Last.

ART. XXV. Von dem Tage an, wo die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung des Vereins in Vollzug gesetzt wird, sollen im Innern des Vereins alle etwa noch bestehenden Stapel- und Umschlagsrechte aufhören, und Niemand soll zur Verladung, Anhaltung und Umlagerung angehalten werden können, als in den Fällen, in denen die gemeinschaftliche Zoll-Ordnung es bestimmt.

ART. XXVI. In Ansehung der Lagerhaus- und Hall-Anstalten sind die hohen Pactsenten übereingekommen, daß die Anzahl derselben vor der Hand im Königreich Baiern auf 36, und im Falle, daß der Rheinkreis in den Verein gezogen wird, auf 40, in Württemberg aber auf 15 festgesetzt und den betreffenden Regierungen überlassen seyn solle, dieselben nach ihrem Ermessen im Innern ihrer Gebiete zu vertheilen, oder nach Erforderniß der Umstände von einem Handelsplatz in den andern zu verlegen und deren auch weniger anzuordnen.

Sollte gegen Erwarten sich zeigen, daß die oben angenommene Zahl der Lagerhäuser in einem der contrahirenden Staaten für die Bedürfnisse des Handels nicht zureiche, so bleibt jeder Regierung der vereinten Staaten vorbehalten, auf eigene Kosten auch mehrere derselben zu etabliren.

Die Niederlags-Gebühren bleiben den betreffenden Regierungen zur privativen Erhebung überlassen, wogegen sich dieselben verbindlich machen, für die Herstellung und bauliche Unterhaltung der erforderlichen Lagergebäude und sonst dazu gehörigen Vorrichtungen zu sorgen.

Unter derselben Voraussetzung können auch die Waag- und Krähen-Gebühren bei den Hallen den betreffenden Regierungen oder den Eigenthümern der Hall-Gebäude zur privativen Erhebung überlassen werden. Ausdrücklich wird hiebei jedoch festgesetzt, daß das Amtspersonal, der Hall-Anstalten durchaus von der betreffenden Regierung ernannt und besoldet, für den Zweck und das Interesse des Vereins verpflichtet werde, und die ausschließende Aufsicht und Sperre über die gelagerten Güter habe.

Treten andere Staaten dem Verein bei, so soll die 1828 Anzahl der ihnen zukommenden Hall-Anstalten dergestalt bemessen werden, dals im Durchschnitte höchstens Eine auf eine Bevölkerung von 100,000 Einwohnern treffe.

ART. XXVII. Die Weggelder, Wasserzölle, Brücken- und Pflasterzölle, Krahnen, Werfte, Wehrlochs- und Winterhalts-Gebühren, bleiben in den vereinten Staaten der privativen Erhebung vorbehalten.

Damit aber auch durch diese Abgaben der Verkehr und Handel so wenig als möglich erschwert werde, sind die hohen Paciscenten über die nachfolgenden Bestimmungen übereingekommen.

ART. XXVIII. Das Weggeld soll nur auf gebauten Strafsen erhoben werden können und zwei Pfenninge vom Centner und der Stunde, oder in so fern dasselbe nach dem Auspanne oder nach Lasten erhoben wird, einen hiernach bemessenen Satz nicht übersteigen. Ausgenommen ist jenes Weggeld, welches dermalen auf den Grund eines besondern Rechtstitels von einzelnen Gemeinden, Körperschaften oder Privaten erhoben wird.

ART. XXIX. Die Wasserzölle auf dem Rhein werden nach den Bestimmungen der Wiener-Convention vom 24. März 1815 und des zu erwartenden definitiven Schiffahrts-Reglements erhoben.

Die Wasserzölle auf dem Main und Neckar werden nach dem Schiffahrts-Reglement erhoben, worüber sich die Ufer-Staaten des Mains und des Neckars auf den Grund der Bestimmungen der Wiener-Convention vereinigen werden.

Die Wasserzölle auf den privativen Flüssen der vereinten Staaten sollen, wie das Weggeld zu Lande, zwei Pfenninge pr. Centner und Stunde nicht übersteigen können. Sollten jedoch hiewegen ältere — eine geringere Summe des Weggelds oder Wasserzolls, als die als Maximum ausgesprochene — stipulirende Staats-Verträge mit Auswärtigen bestehen, so wird dieses Weggeld nach den diesfallsigen vertragsmäßigen Bestimmungen forterhoben.

Die Regulirung der Schiffahrts-Gebühren auf Kanälen bleibt den betreffenden Regierungen überlassen.

ART. XXX. Die Brücken- und Pflaster-Zölle sollen weder für die respektiven Staats-Cassen, noch

1828 für die Gemeinden als eine Finanzquelle benutzt werden, sondern mit dem Aufwande auf die periodische Herstellung und gute Unterhaltung der Brücken und Pflaster in einem billigen Verhältnisse stehen, und die vereinten Staaten verbinden sich gegenseitig, insbesondere die Pflasterzölle an den Commercialstraßen nicht zu vermehren.

ART. XXXI. Den Zoll-Aemtern, welche für die gemeinschaftliche Rechnung die Zoll-Gefälle erheben, soll gestattet seyn, neben den gemeinschaftlichen Zöllen auch die privativen Weggelder, Wasserzölle und andere obenbenannte Gebühren, soweit es möglich ist, für Rechnung der betreffenden Staaten, jedoch auf ihre Kosten zu erheben.

ART. XXXII. Die beiden allerhöchsten Paciscenten behalten sich vor, jene Consumtions-Abgaben, welche in ihren Staaten von gewissen inländischen Genuß- und Verbrauchs-Gegenständen erhoben werden, in gleicher Weise und Quote, zum Besten ihrer Landeskassen, auch von den Gegenständen derselben Art, welche aus dem Gebiete eines benachbarten fremden, oder zum Verein gehörigen Landes kommen, erheben zu lassen, jedoch in der Art, daß solche Abgaben nicht auch die bloß transitirenden Gegenstände treffen und durch die Erhebungsweise den freien Verkehr zwischen den vereinten Staaten so wenig wie möglich erschweren.

ART. XXXIII. Die Tarife solcher Verbrauchs-Abgaben sollen nebst den Bestimmungen über die Erhebungsweise auf Verlangen des Staats, der solche Abgaben erhebt, in den Nachbar-Staaten durch die betreffenden Regierungen bekannt gemacht werden.

ART. XXXIV. Die Regierungen der vereinten Staaten versprechen sich gegenseitige Unterstützung in der Sicherstellung des Vollzugs ihrer privativen Abgaben-Gesetze, und werden auch in dieser Beziehung die gemeinschaftlichen Erhebungs- und Aufsichts-Beamten zur möglichen Mitwirkung verpflichten.

ART. XXXV. Die Salz-Regalien der an dem Verein Theil nehmenden Staaten werden aufrecht erhalten, und von den Regierungen gegenseitig geschützt.

Zur Sicherstellung derselben ist

- a. die Einfuhr des Salzes und aller Gegenstände, aus **1828.** welchen Kochsalz ausgeschieden werden kann, aus fremden nicht zum Verein gehörigen Ländern in die Vereins - Staaten verboten, insoweit dieselbe nicht für eigene Rechnung einer der vereinten Regierungen und zum unmittelbaren Verkaufe bei ihren Salzämtern, Factorien oder ihren Niederlagen geschieht.
- b. Die Durchfuhr des Salzes und der vorbezeichneten Salz-Nebenproducte aus den dem Vereine nicht beitretenden Ländern in andere solche Länder für Rechnung von Privaten ist ganz verboten; für Rechnung einer auswärtigen Regierung aber kann diese Durchfuhr, wenn sie sich nicht schon auf bestehende Verträge gründet, nur nach erfolgter Zustimmung aller Vereins - Regierungen und unter den Vorsichtsmafsregeln Statt haben, welche dieselben nothwendig erachten werden.
- c. Die Ausfuhr des Salzes in fremde, nicht zum Vereine gehörige Staaten ist frei, und den einzelnen Vereins-Regierungen bleibt vorbehalten, hierüber mit auswärtigen Regierungen oder mit Privaten Verträge abzuschließen, in so ferne sie keine Modifikationen des gemeinschaftlichen Zoll - Systems enthalten.

Was den Salz - Handel innerhalb der Vereins-Staaten betrifft, so ist die Einfuhr des Salzes von einem der vereinten Staaten in den andern nur in dem Falle erlaubt, wenn zwischen den Landes - Regierungen besondere Salzlieferungs - Verträge abgeschlossen werden.

Diese Salzlieferungs - Verträge können sich entweder auf die Staats - oder auf die Privat - Salinen beziehen. Auch die letzteren können nur mit Regierungen solche Contracte abschließen, und ist denselben jeder Salz - Verkauf an Privaten verboten.

Wenn eine Regierung von der andern innerhalb des Vereins, sey es nun aus Staats - oder aus Privat-Salinen, Salz beziehen will, so müssen die Sendungen mit Pässen von öffentlichen Behörden begleitet werden.

Zu diesem Ende verpflichten sich die beteiligten Regierungen, auf den Privat - Salinen einen öffentlichen Beamten aufzustellen, welcher den Salz - Handel derselben überhaupt zu beobachten hat.

1828 Wo es die Lage der verschiedenen Staaten mit sich bringt, daß ein Vereins-Staat aus einem andern durch einen dritten Vereins-Staat sein Salz-Bedürfnis beziehen, oder durch einen solchen sein Salz in fremde nicht zum Verein gehörige Staaten versenden muß, soll diesen Sendungen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden können, jedoch sollen durch vorläufige Uebereinkunft der betheiligten Staaten die Strafen für den Transport, und die erforderlichen Sicherheits-Maafsregeln festgesetzt werden, insofern dieses nicht schon durch frühere Verträge bestimmt ist.

Die beiden contrahirenden hohen Staats-Regierungen machen sich gegenseitig für die Dauer des Vereins verbindlich, den Salz-Handel en gros im Innern ihrer Staaten fortan nur auf amtliche Regie führen zu lassen.

ART. XXXVI. Am ersten Mai eines jeden Jahres versammelt sich in München ein General-Congress.

Dieser General-Congress soll aus zwei General-Bevollmächtigten der Krone Württemberg und aus eben so vielen General-Bevollmächtigten der Krone Baiern bestehen.

Die nach Art. XI zu bestellenden General-Bevollmächtigten bei den Ober-Zoll-Administrationen sind zugleich am General-Congresse die zweiten Bevollmächtigten der respectiven Regierungen.

Das Directorium bei diesem Congresse alternirt jährlich unter den ersten Bevollmächtigten der beiden Staaten; das dirigirende Mitglied hat bei Stimmengleichheit eine überwiegende Stimme.

Treten noch andere Staaten dem Vereine bei, so soll jeder derselben einen General-Bevollmächtigten zum Congress zu senden befugt sein.

ART. XXXVII. Dieser General-Congress hat

- a. über die Abänderungen des Grund-Vertrags, der Organisation der Verwaltung, der Zoll-Ordnung und des Zoll-Tarifs, welche die Umstände allenfalls nothwendig machen, sich zu vereinigen;
- b. die administrativen Rechenschafts-Berichte der Ober-Zoll-Administrationen nach ihrem ganzen Umfange zu prüfen, die Resultate der Haupt-Rechnungen des Vereins vom letzten Jahre zusammenzustellen, und die definitive Abrechnung zwischen den Vereins-Staaten festzustellen;

- c. den Etat für das folgende Jahr zusammenzustellen 1828 und festzusetzen;
- d. die Recurse und Beschwerden, welche über die Verfügungen der Ober-Zoll-Administrationen an den Congress gelangen, zu erledigen; endlich
- e. die Verfügungen über die polizeilichen und administrativen Gegenstände, welche außer der Competenz der Ober-Zoll-Administrationen liegen, zu verabreden und ihre provisorischen Anordnungen zu bestätigen oder aufzuheben.

ART. XXXVIII. Bei Berathung der in vorhergehendem Artikel ad a. b. und c. bezeichneten Gegenstände sind die Mitglieder des Congresses an die Instructionen gebunden, welche sie zu diesem Behufe von ihren respectiven Höfen erhalten, und diesen ist hierin auch die Ratifikation der Beschlüsse vorbehalten.

In den ad d. und e. bezeichneten Fällen handelt der Congress als Compromifs-Richter, und die Mitglieder desselben sind an keine Instruction, sondern nur an ihre Ueberzeugung gebunden.

In ein solches Compromifs-Gericht kann sich jedoch der Congress erst dann verwandeln, wenn er sich zuvor durch sachverständige Männer verstärkt hat.

Diese werden von den General-Bevollmächtigten nach innerer Ueberzeugung gewählt, und deren Zahl wird festgesetzt auf drei, so lange der Congress aus vier Bevollmächtigten besteht; auf zwei, wenn derselbe aus fünf, sieben oder neun Bevollmächtigten besteht, und auf einen, wenn er aus sechs, acht oder zehn Bevollmächtigten besteht.

Erfolgt über die ad b. und c. bemerkten Gegenstände keine Vereinigung, oder binnen vier Wochen nach Beschlufs nicht die Ratifikation, so entscheidet das auf die obenbemerkte Weise zusammengesetzte Compromifs-Gericht.

Dagegen können die Bestimmungen des gegenwärtigen Grund-Vertrags nur unter allseitiger Zustimmung der hohen Mitglieder des Vereins abgeändert, erläutert oder mit Zusätzen vermehrt werden.

Ebenso können auch in der Zoll-Ordnung, in den Zoll-Tarifen und in der Organisation der Verwaltung nur unter allseitiger Zustimmung der hohen Paciscenten Abänderungen Statt finden.

1828 ART. XXXIX. Treten im Laufe des Jahres aufser der gewöhnlichen Zeit der Versammlung des Congresses außerordentliche Ereignisse ein, welche über Abänderung der Tarife oder über andere Verfügungen unverzüglich Beschlüsse erheischen; so werden sich die hohen Paciscenten darüber im diplomatischen Wege vereinigen, oder einen außerordentlichen Congress veranlassen.

ART. XL. Den Aufwand für die Bevollmächtigten und ihre Gehülfen bestreitet jene Regierung, welche sie delegirt.

Die Remunerationen der Sachverständigen, welche dem Congress beigeordnet werden, so wie des untern Personals, welches der Congress zu seinen Arbeiten nöthig hat, werden auf gemeinsame Kosten aus den Vereins-Zöllen bestritten.

ART. XLI. Jedem der contrahirenden Theile soll es frei stehen, nach Ablauf der ersten drei Jahre (vom Tage an gerechnet, wo der Verein in Vollzug kommt) jeder Zeit aus demselben zu treten, wenn von ihm ein Jahr voraus die Aufkündigung geschehen ist.

Nur in dem Falle, daß sämtliche deutsche Bundesstaaten über gemeinsame Mafsregeln übereinkämen, welche den Zweck des Zollvereins erfüllen, soll dieser von dem Zeitpunkt an, wo die Beschlüsse der Bundes-Versammlung in Vollzug treten, aufgelöst werden.

Ebenso sollen, wenn gemeinsame Mafsregeln über den freien Verkehr und Handel mit Lebensmitteln in dem deutschen Staatenbunde beschlossen werden sollten, diese Beschlüsse an die Stelle der einschlägigen Bestimmungen der gemeinschaftlichen Zoll-Ordnung des Vereins treten.

ART. XLII. In dem Falle des Austritts aus dem Verein oder der Auflösung desselben, hat jeder austretende Staat alle von ihm angestellten Beamten und Diener zurückzunehmen und das ihm zuständige Amtsinventar zurück zu erhalten.

ART. XLIII. Das Baiेरische Gewicht und Maas wird dem gemeinschaftlichen Zoll-Tarife zu Grund gelegt und die Zoll-Abgabe hiernach erhoben. Zu diesem Behufe wird das Gewicht für die damit

noch nicht versehenen Erhebungs-Behörden auf Kosten des Vereins herbeigeschafft.

Das vom Baierschen abweichende Maas wird in jenes reducirt, und es werden hierüber besondere Reductions-Normen vorgeschrieben.

ART. XLIV. In Ansehung der Tax- und Stempel-Abgabe wird es in jedem der vereinten Staaten nach seinen eigenen Gesetzen gehalten und die Einnahmen an denselben werden den respektiven Regierungen ganz allein verrechnet.

ART. XLV. Sowohl die Ober-Zoll-Administrationen, als die äußern Aufsichts- und Erhebungs-Behörden führen das Wappen und Prädicat jenes Staates, in welchem sie aufgestellt sind.

Gleiches findet bei den Versicherungs-Werkzeugen in der Art Statt, daß die Randschrift denjenigen Staat bezeichnet, in welchem die Postirung liegt; der eine Stempel trägt das Wappen eben dieses Staates nebst dem Namen und der Dienstes-Eigenschaft der Zoll-Postirung als Umschrift, der andere hingegen enthält die Umschrift „Zoll-Verein“ und in der Mitte die laufende Nummer.

ART. XLVI. Die Landes-Regierungen übernehmen es, das Inventar an Amts-Requisiten und Geräthschaften für die in ihrem Gebiete liegenden Zoll-Aemter herbeizuschaffen und zu unterhalten.

ART. XLVII. Im Falle einer Auflösung des Vereins werden die Local- Personal- und Special-Acten denjenigen Regierungen, deren Land oder Personale sie betreffen, zurückgestellt.

Der generelle Theil, so wie die Rechnungs-Acten der Vereins-Registratur bleiben zwar im Besitze der Krone Baiern, welche jedoch drei Jahre lang verbunden ist, die Einsicht dieser Registratur-Acten, so wie die Verfassung von Auszügen oder Abschriften derselben zu gestatten.

ART. XLVIII. Die zur Zeit der Einführung des Vereins noch unerledigten Rechnungs-Revisionen und Justificationen von den bisherigen Zoll-Administrationen der vereinten Staaten werden ausschließend nach den Comptabilitäts-Vorschriften des betreffenden Staates erledigt, und die daraus hervorgehenden Activ- und Passiv-Reste berühren bloß die Cassen der betreffenden Regierung.

546 *Décl. conc. l'arrang: entre la Prusse*

1828 Ebenso werden die noch zu erledigenden Zoll-Strafprozesse ausschliessend von den Landes- Behörden und Stellen behandelt.

ART. XLIX. Im Falle der Auflösung des Vereins werden die Rückstände durch die Regierung, in deren Gebiet sie anfielen, eingetrieben, längstens binnen zwei Jahren dem Verein baar abgeliefert, und sodann unter die respektiven Staaten nach dem verträglichsten Theilungs- Mafsstabe getheilt.

ART. L. Gegenwärtiger, in duplo ausgefertigter Grund- Vertrag soll alsbald der allerhöchsten Genehmigung beider Königlichen Höfe unterlegt werden, und die Auswechslung beiderseitiger Ratifikations- Urkunden spätestens in vierzehn Tagen zu München Statt finden.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Grund- Vertrag unterschrieben und besiegelt zu

München den 18. Januar 1828.

PHILIPP MORIZ, *Freiherr* Freiherr VON ZENTNER,
v. SCHMITZ-GROLLENBURG.

CHR. LUDW. v. HERZOG.

108.

Déclaration concernant l'arrangement entre la Prusse et la Saxe royale par rapport à la contrefaçon, publiée à Dresde le 25 Janvier 1828.

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen.
Nr. 4. pag. 13).

Nachdem in Folge der, zwischen diessseitiger und der Königlich Preussischen Regierung, wegen wechselseitiger, gegen den Büchernachdruck zu treffender, gesetzlicher Vorkehrungen, unterm 28sten October und 3ten November vorigen Jahres geschlossenen Con-

vention, im Bereich der Königlich Preussischen Staaten zugleich die Einrichtung getroffen worden ist, und die dasigen Oberpräsidien und Gerichtsbehörden von den betreffenden Ministerien angewiesen worden sind, das in Fällen, wo es den Schutz der Rechte eines der Königlich Sächsischen Regierung als Unterthan angehörigen Verlegers gilt, die von demselben gehörig nachgewiesene Eintragung des gegen unerlaubten Nachdruck zu schützenden Verlagsartikels in das zu diesem Eintrage bestimmte Protocoll der Büchercommission zu Leipzig, als Beweis des rechtmässig erworbenen Verlagsrechtes dort gleichfalls anerkannt werden soll;

Als wird, auf Sr. Königl. Majestät von Sachsen Allerhöchsten Befehl, solches, in Beziehung auf die Bekanntmachung vom 26sten November 1827. (Ges. Samml. v. J. 1827. S. 217.) hierdurch nachträglich zu öffentlicher Kenntniss gebracht.

Dresden, den 25sten Januar 1828.

Königlich Sächsischer Geheimer Rath.

NOSTITZ und JAENCKENDORF.

DR. JOHANN DANIEL MERBACH.

109.

*Déclaration du ministère Prussien
concernant la prolongation de la
convention du 23 Juin 1821 relative
à la procédure de révision sur l'Elbe,
pour un terme ultérieur de six ans;
du 2 Février 1828.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1828. Nr. 3. pag. 20).

Da die zwischen Ihren Majestäten den Königen von Preussen, Sachsen, Großbritannien und Irland als

1828 König von Hannover, und Dänemark, imgleichen Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin unter dem 23ten Juni 1821 abgeschlossene Konvention, wegen des Revisions-Verfahrens auf der Elbe, mit dem letzten Dezember des vergangenen Jahres abgelaufen ist, die Regierungen von Sachsen, Hannover, Dänemark und Mecklenburg-Schwerin aber, nach der von ihnen über die Zweckmäßigkeit dieser Konvention bisher gemachten Erfahrung in dem Wunsche übereingekommen sind, daß die Dauer derselben, dem in ihrem Artikel 8 ausgesprochenen Vorbehalte gemäß, verlängert werde, und von Seiten der Preussischen Regierung dem desfalligen Vorschlage beigestimmt worden ist: so wird, in Folge der hierüber Statt gefundenen Vereinbarung, von Seiten der Königlich-Preussischen Regierung in Beziehung auf die ihr deshalb zugekommenen gleichlautenden Zusicherungen der übrigen betheiligten Regierungen, hierdurch insbesondere der Königlich-Sächsischen Regierung die Erklärung gegeben:

Daß Preussischer Seits die gedachte Konvention vom 23ten Juni 1821 in allen ihren Bestimmungen als noch auf anderweitige sechs Jahre, mithin bis zum 31sten Dezember 1833 verlängert und in Kraft bestehend anerkannt werde.

Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf v. BERNSTORFF.

Vorstehende Ministerial-Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende, von dem Königlich-Sächsischen Kabinets.-Ministerio unter dem 24sten Dezember v. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, hierdurch mit der Bemerkung zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß ein Austausch ähnlicher Erklärungen auch mit der Königlich-Großbritannisch-Hannöverschen, der Königlich-Dänischen und der Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Regierung Statt gefunden hat.

Berlin, den 8ten Februar 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Graf v. BERNSTORFF.

110.

*Déclaration du ministère Prussien 1828
du 7 Février 1828 concernant un ar-
rangement avec le duché de Saxe-
Meiningen pour la protection des
droits des auteurs et des libraires
contre la contrefaçon.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten. 1828. Nr. 5. pag. 27).

Das Königlich - Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von der Herzoglich - Sachsen - Meiningenschen Regierung die Zusicherung ertheilt worden ist, daß vorläufig und bis es in Gemäßheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck kommen wird, eine besondere Verordnung, durch welche der Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung bei Strafe der Konfiskation und einer namhaften Geldbusse in dem Herzogthum Sachsen - Meiningen gänzlich verboten wird, erlassen werden und diese Verordnung in ganz gleicher Maasse auf die Verlagsartikel der Schriftsteller und Verleger in den Königlich - Preussischen Staaten Anwendung finden soll;

daß das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger des Herzogthums Sachsen - Meiningen ganz gleiche Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung gegen letztere begangene Frevel nach den-

1828 selben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und gehandelt werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von der Herzoglich-Sachsen-Meiningschen Regierung vollzogene, Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 7ten Februar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von dem Herzoglich-Sächsischen Geheimen Ministerio zu Meiningen unterm 19ten Februar d. J. vollzogene Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827 Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 24sten März 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

III.

*Traité de commerce et de douanes
entre la Prusse et le grand duché
de Hesse, signé le 14 Février 1828.*

(*Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt*, am 6ten Mai 1828. Nr. 18. pag. 113. *Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1828.

Nr. 7. p. 50).

Nachdem der, zwischen dem Großherzogthum Hessen und der Krone Preussen, über die wechselseitig-

gen Zoll- und Handels-Verhältnisse am 14ten Februar dieses Jahrs zu Berlin abgeschlossene Vertrag von Seiner Königlichen Hoheit, dem Großherzoge, am 28ten desselben Monats und von Seiner Majestät, dem Könige von Preussen, am 8ten März dieses Jahrs ratificirt worden, auch die Auswechselung der Ratificationsurkunden erfolgt ist, so werden die 27 Artikel, woraus jener Vertrag besteht, in der Art, wie folgt:

ART. I. Die Großherzoglich Hessische Regierung vereinigt sich mit der Königlich Preussischen Regierung zu einem gemeinschaftlichen Zoll- und Handels-System in dem durch die nachstehenden Artikel näher bezeichneten Umfange, und tritt zu diesem Zwecke der dormalen bestehenden Königlich Preussischen Gesetzgebung über die Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben, welche in dieser Uebereinkunft unter dem gemeinschaftlichen Namen "Zoll" verstanden werden sollen, in der Art bei, daß diese Gesetzgebung, nachdem solche im Namen des Großherzogs von Hessen Königl. Hoheit in dem Großherzogthum verkündigt sein wird, die Stelle der bisherigen Großherzoglich Hessischen Zoll- und Verbrauchsteuer-Gesetzgebung einnimmt und von den Großherzoglich Hessischen Behörden an den Grenzen und im Innern des Großherzogthums für gemeinschaftlich Königlich Preussische und Großherzoglich Hessische Rechnung pünktlich vollzogen werden soll.

ART. II. Die Zollverwaltung im Großherzogthum Hessen bleibt der Großherzoglich Hessischen Regierung überlassen, wird jedoch gleichförmig mit der Königlich Preussischen Zollverwaltung organisirt, und es sollen alle mit dieser Verwaltung und der Beaufsichtigung beschäftigten Großherzoglichen Beamten gleichförmig mit den Königlich Preussischen instruirt und auf diese Instructionen und die Beobachtung der übrigen Bestimmungen dieser Uebereinkunft, durch die betreffenden Großherzoglich Hessischen Behörden, besonders verpflichtet werden.

ART. III. Unmittelbar nach erfolgter Ratification dieser Uebereinkunft sollen von beiden Seiten Commissarien ernannt werden, welche, unter Vorbehalt der Genehmigung beider Regierungen, sowohl die Redaction der in dem Großherzogthum Hessen zu

1828 verkündigenden Zollgesetze und der damit in Verbindung stehenden organischen Verfügungen, Instructionen und Anordnungen, als wie den Organisationsplan für die gesammte Zollverwaltung des Großherzogthums, mit Berücksichtigung der Localverhältnisse und in Beziehung auf Anzahl, Lage und Besetzung der Haupt- und Neben-Zollämter zu entwerfen und die Bestimmung der Grenzbezirke und Zollstrassen, die Anordnung der Grenzbewachung, so wie die Einrichtung der Packhöfe, vorzuschlagen und zu begutachten haben. Diese Commission soll sich zunächst in Darmstadt versammeln und nöthigenfalls an die Grenzorte begeben. Um die definitive Entscheidung über das Resultat ihrer Arbeit zu befördern, soll demnächst ein Großherzoglicher Commissär mit derselben nach Berlin abgeordnet werden.

ART. IV. Etwaige künftige Abänderungen des Zolltarifs oder anderer das Zollwesen betreffender gesetzlicher oder reglementärer Bestimmungen sollen nur in gegenseitigem Einvernehmen beider Regierungen verfügt und von jeder derselben ihrerseits verkündigt werden.

ART. V. Eben so sollen etwaige Handelsverträge zwischen der Königlich Preussischen Regierung und anderen Staaten, welche die Interessen des Großherzogthums und der westlichen Preussischen Provinzen berühren, unter Mitwirkung und Zustimmung der Großherzoglich Hessischen Regierung abgeschlossen werden und in ihren Folgen den Großherzoglich Hessischen Unterthanen dieselben Vortheile wie den Königlich Preussischen gewähren.

ART. VI. Von dem Tage der Vollziehung gegenwärtiger Uebereinkunft an hören *alle* Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs- Abgaben an den Königlich Preussischen und Großherzoglich Hessischen gemeinschaftlichen Landesgrenzen auf, und es können die Erzeugnisse des einen Staats frei und unbeschwert in den anderen Staat eingeführt und in demselben verbraucht werden, mit Ausnahme der im Innern des Landes gegenwärtig mit Consumtionsabgaben belasteten Gegenstände, in Ansehung welcher die im Art. IX. enthaltenen Verabredungen zur Anwendung kommen. Die bisherige Grenzbewachung und steuerliche

Behandlung des Ein-, Aus- und Durchgangs an gedachten gemeinschaftlichen Grenzen hört daher auf und wird sich ins künftige blos auf diejenige Aufsicht und Controle beschränken, welche zur Sicherstellung der im Art. IX. vorbehaltenen Erhebungen und Maafsregeln erforderlich ist, wobei sich beide Regierungen die bereitwilligste gegenseitige Unterstützung versprechen.

Die Königlich Preussischen Seehäfen sollen dem Handel der Großherzoglich Hessischen Unterthanen gegen völlig gleiche Abgaben, wie solche die Königlich Preussischen Unterthanen entrichten, offen stehen, und es sollen die Königlich-Preussischen Consuln in den auswärtigen Seehäfen beauftragt werden, den Großherzoglich Hessischen Unterthanen Schutz und Unterstützung zu gewähren.

ART. VII. Von Einführung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben in das Großherzogthum Hessen bleiben die abgesondert belegenen, von fremdem Gebiete eingeschlossenen Landestheile desselben, welche das Gesetz (Art. III.) näher bezeichnen wird, ausgeschlossen und werden, vorbehaltlich näherer Verabredungen über die Erleichterung des Eingangs eigener Erzeugnisse von dorthier, in Beziehung auf diesen Vertrag, als Ausland betrachtet. Dasselbe findet auch Statt in Ansehung des Königlich Preussischen Fürstenthums Neuschatel und der Grafschaft Valengin, jedoch behält es bei den Begünstigungen, welche den von dort in die Preussischen Provinzen eingehenden Uhren und baumwollen Waaren, auf gewisse Quantitäten, ertheilt worden sind, sein Bewenden.

Der Königlich Preussische Kreis Wetzlar wird mit der Großherzoglich Hessischen und umgekehrt das Großherzoglich Hessische Hinterland, nördlich von Königsberg anfangend, so weit solches das Kurfürstenthum Hessen und Herzogthum Nassau berührt, mit der Königlich Preussischen Zollverwaltung für die westlichen Provinzen und namentlich mit dem westphälischen Provinzialbezirk dergestalt vereinigt, daß zwar die in jedem dieser Landestheile deshalb zu bestellenden Beamten von der Landesregierung ernannt, sie jedoch derjenigen Behörde unmittelbar untergeordnet werden, die in dem Gebiete, welchem sie in Hin-

1828 sieht auf die Zollverwaltung zugelegt worden sind, die Aufsicht und Leitung derselben unmittelbar zu führen hat.

ART. VIII. Jede der beiden Regierungen bezieht in dem ganzen Umfange ihres Gebiets nach wie vor für eigene Rechnung die dormalen bestehenden Consumtions- und indirecten Abgaben, welche im Innern eines jeden der beiderseitigen Staaten, ohne Rücksicht auf den inländischen oder ausländischen Ursprung des besteuerten Gegenstandes, erhoben werden, ferner die im Art. IX. beim Uebergang aus einem Gebiete in das andere vorbehaltenen Erhebungen, endlich sämtliche Wasserzölle, die Octrois, Chaussee- und Canal-, Brück-, Fähr- und Schleusen-Gelder, die Hafen-, Waage-, Krannen- und Niederlage-Gebühren. Dagegen soll der Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben, so weit sie in den beiderseitigen Staaten Anwendung finden, jährlich zwischen beiden Regierungen nach Verhältniß der Seelenzahl getheilt werden, und zwar vor der Hand — da die Zollgesetzgebung für die östlichen Königlich Preussischen Provinzen in einigen Punkten von der für die westlichen Provinzen verschieden, auch, wie beide Theile sich überzeugt haben, die Ausscheidung der Wasserzölle in den östlichen Provinzen mit eigenthümlichen Schwierigkeiten verbunden ist — der Seelenzahl einerseits in den Großherzoglich Hessischen, andererseits in den westlichen Königlich Preussischen Landen, nämlich in dem Großherzogthum Niederrhein und in den Provinzen Jülich, Cleve, Berg und Westphalen, mit Hinzurechnung der von der Krone Preußen dormalen schon durch Verträge in den westlichen Zollverband aufgenommenen oder noch aufzunehmenden Unterthanen anderer deutschen Bundesstaaten. Die für letztere ausbedungenen Entschädigungen trägt dagegen die Königlich Preussische Regierung für eigene Rechnung. Die aus den östlichen in die westlichen Königlich Preussischen Provinzen oder in das Großherzogthum Hessen übergehenden Colonial- und andere überseeische Waaren, welche daselbst zur Verzehrung gelangen, aber keine Eingangsabgaben entrichten, weil sie in den östlichen Preussischen Provinzen versteuert worden sind, sollen angeschrieben werden, und die davon etwa dort schon

entrichteten Eingangsabgaben nichts desto weniger 1828 nach vorstehendem Maasstabe zur gemeinschaftlichen Vertheilung kommen. Dagegen können die Eingangsabgaben von dergleichen Gegenständen, welche in dem Großherzogthum Hessen oder in den westlichen Preussischen Provinzen versteuert worden sind und in die östlichen Provinzen der Monarchie übergehen, um daselbst zur Verzehrung zu gelangen, als ausschliesslich für die Krone Preussen erhoben berechnet und von der Vertheilung ausgenommen werden.

Um das Theilungsverhältniß genau zu bestimmen, sollen von drei zu drei Jahren die Uebersichten von der neuesten Bevölkerung gegenseitig mitgetheilt, und diese Mittheilung soll zuerst unmittelbar nach Vollziehung des Art. III. gegenwärtiger Uebereinkunft bewirkt werden.

ART. IX. Wegen Verschiedenheit der inneren Besteuerung in den beiderseitigen Staaten ist auch nach erfolgter Vereinigung:

A. In Beziehung auf den Uebergang aus dem Großherzogthum Hessen in den Preussischen Staat:

- a. die Einfuhr von Kochsalz und Spielkarten verboten;
- b. die Einfuhr von Branntwein mit einer Abgabe von $6\frac{1}{4}$ Rthlr. von der Preussischen Ohm zu 120 Preussischen Quart à 50 $\frac{1}{2}$ Alkohol nach Tralles;
- c. die Einfuhr von Bier und Essig mit einer Abgabe von 25 Sgr. von der Preussischen Ohm;
- d. die Einfuhr von Tabacksblättern und fabricirtem Taback mit einer Abgabe von 1 Rthlr. vom Centner; — und
- e. die Einfuhr von Wein, bei dem Uebergang in die westlichen sowohl, als die östlichen Provinzen, mit einer Abgabe von 4 Rthlr. 20 Sgr. von der Preussischen Ohm

in die östlichen Provinzen, jedoch zusätzlich der Steuer, welche die eigenen Preussischen Weine aus den westlichen Provinzen bei dem Uebergang in die östlichen zu entrichten haben, belegt, wogegen der aus dem Großherzogthum Hessen in die Preussische Monarchie übergehende Wein und Branntwein keiner weiteren Consumtionsauflage, namentlich weder Tranksteuer, noch Zapfgebühr, unterworfen ist.

Bei der Einfuhr von Mehl, Getreide und Schlachtvieh in Preussische Städte, wo Mahl- und Schlacht-

1828 Steuer besteht, ist nur diese Abgabe, eben so wie von den inländischen gleichartigen Producten, zu entrichten.

Sollte der Obstwein in dem Preussischen Staate einer allgemeinen Steuer unterworfen werden, so ist solche auch von dem übergehenden Hessischen Obstwein zu entrichten.

B. In Beziehung auf die Einfuhr aus dem Preussischen Staate in das Großherzogthum Hessen ist:

- a. das Einbringen von Salz in die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen, mit alleiniger Ausnahme des Regiesalzes, verboten, dagegen in die Provinz Oberhessen, vorbehaltlich jedoch der näheren Uebereinkunft über gegenseitige Sicherstellung, abgabefrei erlaubt;
- b. das eingeführt werdende Schlachtvieh, da, wo es geschlachtet wird, der allgemeinen Schlachtaccise von 1 fl. 40 kr. bis 5 fl. von Großvieh und 15 kr. bis 1 fl. von Kleinvieh;
- c. das Bier der allgemeinen Fabricationsgebühr von 40 kr. pr. Ohm, Großherzoglich Hessischen Maafses;
- d. der Branntwein bei der Einlage der von dem Einlegenden jedoch nur einmal zu entrichtenden Tranksteuer von 5 fl. 20 kr. pr. Großherzoglich Hessische Ohm;
- e. der Obstwein ebenfalls bei der Einlage der von dem Einlegenden einmal zu entrichtenden Tranksteuer von 2 fl. pr. Großherzoglich Hessische Ohm; endlich
- f. der Wein bei der jedesmaligen Einlage und so oft er an einen anderen Eigenthümer übergeht, der allgemeinen Tranksteuer von 30 kr. pr. Ohm, und da, wo er im Kleinen verkauft wird, der Zapfgebühr nach ihren verschiedenen Klassen unterworfen.

Bei der Einfuhr von Preussischen Producten in diejenigen Großherzoglich Hessischen Städte, in welchen städtische Octroiabgaben bestehen, so wie bei der Einfuhr Hessischer Producte in Preussische Städte, wo Communalauflagen bestehen, sind diese Abgaben eben so, wie von den gleichartigen inländischen Artikeln, zu entrichten.

ART. X. Die an den Königlich Preussischen Zollstätten eingehenden Eingangs-, Ausgangs- und Durch-

gangs - Abgaben fließen, bis zur Abrechnung und 1828
Abtheilung, in die Königlich Preussischen, die an den
Großherzoglich Hessischen Zollstätten eingehenden
aber, bis dahin, in die Großherzoglich Hessischen
Kassen. Aus diesen Gefällen werden vorzugsweise
die Verwaltungskosten bestritten, jedoch mit Aus-
nahme des Baues, der Unterhaltung, Herstellung und
Miethung der zum gemeinschaftlichen Zolldienste nö-
thigen Gebäude und Wohnräume, deren Kosten
von jeder der beiden Regierungen für eigene Rech-
nung getragen werden, und das bei der Abrechnung
sich herausstellende Guthaben des einen oder des an-
deren Theils soll gleich nach vollzogener Abtheilung
unverzüglich durch baare Zahlung berichtigt werden.

ART. XI. Die Etats über die Zollverwaltungs-
ausgaben im Großherzogthum Hessen werden nach Preussi-
schem Fuß regulirt und der Preussischen Regierung
in einem zweitem Exemplar jährlich mitgetheilt; sie
umfassen alle Kosten, welche durch die Zollverwal-
tung, sowohl an Localverwaltungskosten, als durch
die Aufsicht an den Grenzen und im Innern, und
durch die Zolldirectionen, so wie durch das Zollrech-
nungswesen, entstehen. Für diejenigen Kosten jedoch,
welche in Beziehung auf die Zollverwaltung bei den
beiderseitigen Ministerien Statt finden, soll von keinem
Theil eine Aufrechnung gemacht werden.

ART. XII. Von der tarifmäßigen Abgabentr-
richtung bleiben die für die Hofhaltungen der beider-
seitigen hohen Souveräne und ihrer Regentenhäuser,
so wie für die bei ihren Höfen accreditirten Gesand-
ten, eingehenden Gegenstände nicht ausgenommen,
und wenn dafür Rückvergütungen Statt haben, so
werden solche der Gemeinschaft nicht in Anrechnung
gebracht. Eben so wenig anrechnungsfähig sind Ent-
schädigungen, welche wegen Einziehung von Zoll-
rechten oder aufgehobenen Befreiungen an Communen
oder einzelne Berechtigte gezahlt werden müssen. Ue-
brigens bleibt es jedem der beiden contrahirenden
Theile unbenommen, einzelne Gegenstände auf Frei-
pässe ohne Abgabentrachtung in seinem Gebiete ein-
aus - oder durchgehen zu lassen, dergleichen Gegen-
stände werden jedoch in Freiregistern, mit denen es
wie mit den übrigen Zollregistern zu halten ist, notirt,
und die Abgaben, welche davon wären zu erheben

1828 gewesen, demjenigen Theil, von welchem die Freipässe ausgegangen sind, bei der Abrechnung in Anrechnung gebracht.

ART. XIII. Beide contrahirende Theile werden gemeinschaftlich dahin wirken, daß durch Aunahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert, und der Befugnifs der Unterthanen des einen Staats, in dem anderen Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde.

Vorläufig sind sie dahin übereingekommen, daß Fabricanten und Händler, welche blos zum Ankauf von Waaren, oder Handlungsreisende, welche nicht Waaren selbst, sondern nur Muster derselben bei sich zu führen und Bestellungen zu suchen berechtigt sind, auch sich als Innländer diese Berechtigung in dem einen Staate durch Entrichtung der gesetzlichen Abgaben erworben haben, in dem anderen Staate deshalb keine weiteren Abgaben entrichten sollen.

ART. XIV. Die Zollstrafen und Confiscate verbleiben, vorbehaltlich der Antheile der Denuncianten, jedem der contrahirenden Theile in seinem Gebiete und bilden also kein Object der gemeinschaftlichen Abtheilung.

Das Begnadigungs- und Strafverwandlungs-Recht wird ebenfalls von jedem der contrahirenden Theile in seinem Gebiete ausgeübt. Auf Verlangen sollen periodische Uebersichten der erfolgten Strafnachlässe gegenseitig mitgetheilt werden.

ART. XV. In dem Großherzogthum Hessen bleiben die Straferkenntnisse über Zollvergehen zwar, wie bisher, den gewöhnlichen Gerichten überlassen, sie werden jedoch durch einen für die Zolldirection zu Darmstadt besonders anzustellenden Fiscal im Interesse der Verwaltung betrieben werden.

ART. XVI. Die auf den Zolleinkünften etwa dermalen schon lastenden oder im Laufe der Verwaltung entstehenden Pensionen werden von jedem der contrahirenden Theile, welchem die pensionirten Beamten angehören, besonders getragen und bilden also keinen Bestandtheil der von den theilbaren Zolleinkünften in Abzug zu bringenden Verwaltungsausgaben. Derjenige Theil, welcher einen Beamten ange-

stellt hat, ist auch berechtigt, denselben zu entlassen, 1828 und es soll in Beziehung auf die desfallsigen Befugnisse der Regierungen an demjenigen, was in beiden Staaten dormalen gesetzlich besteht, nichts geändert, jedoch sollen die Anträge der Zolldirectionen, wenn sie aus Gründen der Verwaltung die Entfernung eines Beamten vorschlagen, beachtet werden.

ART. XVII. Zur Vollziehung des gemeinschaftlichen Zollgesetzes und zur Leitung der Dienstführung der Localzollbeamten im Großherzogthum Hessen soll zu Darmstadt eine aus einem Director und zwei Räten bestehende, dem dortigen Finanzministerium unmittelbar untergeordnete Zolldirection gebildet und in Beziehung auf ihren Wirkungskreis und die Geschäftsbehandlung gleichförmig mit den Königlich Preussischen Provinzialsteuerdirectionen eingerichtet werden.

Die Königlich Preussische Regierung ernennt einen der beiden Räte bei dieser Zolldirection, und in so fern sie dieses für nothwendig halten sollte, einen Stellvertreter für denselben in Fällen seiner Abwesenheit. Dieser Beamte soll von allen bei der Zolldirection vorkommenden Verwaltungsgeschäften vollständige Kenntniss erhalten und an denselben Antheil zu nehmen befugt seyn.

Treten Fälle ein, bei welchen in der Zolldirection abweichende Meinungen entstehen, oder für welche keine gesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, so hat die Zolldirection an das Großherzoglich Hessische Finanzministerium zu berichten, welches alsdann zwar eine provisorische Verfügung erlassen, jedoch vor seiner definitiven Entscheidung sich durch Communication seines Bevollmächtigten mit dem Königlich Preussischen Bevollmächtigten in Berlin (Art. XXV.) mit der dortigen obersten Verwaltung in Einverständniss setzen wird.

ART. XVIII. Die Großherzoglich Hessische Regierung ernennt, um auch Ihrerseits auf die Zollverwaltung in den westlichen Königlich Preussischen Provinzen einzuwirken, einen Rath in die Königlich Preussische Steuerdirection zu Cöln.

ART. XIX. Um ferner die Gleichförmigkeit des Verfahrens der Großherzoglich Hessischen Zolldirec-

1828 tion zu Darmstadt mit dem der Königlich Preussischen Steuirection zu Cöln möglichst zu sichern; soll — ohne jedoch hierdurch eine dieser Directionen von der anderen abhängig zu machen — zwischen dem Königlich Preussischen Rath zu Darmstadt und dem Director zu Cöln, so wie zwischen dem Großherzoglich Hessischen Rath zu Cöln und dem Director zu Darmstadt, über alle wichtigere Geschäftsgegenstände eine beständige Correspondenz Statt finden, und in allen zweifelhaften Fällen, welche die Anwendung des Tarifs und die Verwaltungsformen betreffen, in gegenseitigem Einverständniß vorgeschritten werden.

Läßt sich ein solches Einverständniß nicht erzielen, so haben beide Zolldirectionen an ihre Finanzministerien zu berichten, und es findet alsdann das Art. XVII. vorgezeichnete Verfahren Statt.

ART. XX. Die Königlich Preussische Regierung ist berechtigt, jedem der neu organisirt werdenden Großherzoglich Hessischen Hauptzollämtern einen von ihr zu ernennenden Controleur beizuordnen, der von allen Geschäften desselben und der Nebenämter, sowohl dem Abfertigungsverfahren, als wie der Grenzbewachung, durch Mitcontrolirung Kenntniß zu nehmen und auf Erhaltung eines übereinstimmenden Verfahrens und Abstellung etwaiger Mängel einzuwirken hat, allenfalls auch — nach einer näher zu bestimmenden Dienstordnung — einen gewissen Antheil an den laufenden Geschäften übernehmen kann.

Dieselbe Befugniß bleibt der Großherzoglich Hessischen Regierung bei den Königlich Preussischen Hauptzollämtern vorbehalten, wo sie die Anstellung Großherzoglich Hessischer Controleurs nothwendig findet. Die Anzahl der von der Großherzoglich Hessischen Regierung an Königlich Preussischen Hauptzollämtern anzustellenden Controleurs soll jedoch die Zahl derer nicht überschreiten, welche Königlich Preussischer Seits im Großherzogthum Hessen angestellt werden.

ART. XXI. Beide contrahirende Theile sind befugt, den Grenz- und Revisions-Dienst auf der vereinigten Zolllinie periodisch visitiren zu lassen und die unverzügliche Abstellung der Mängel, welche sich etwa bei diesen Visitationen ergeben könnten, zu begehren und zu veranlassen.

ART. XXII. Jeder der contrahirenden Theile **1828** kann die Zollbeamten und Grenzaufseher zugleich auch zur Erhebung, Controlirung und Beaufsichtigung der übrigen, in seinem Gebiete bestehenden indirecten Auflagen verwenden.

ART. XXIII. Beide Regierungen verbinden sich, für die Diensttreue der bei der Zollverwaltung von ihnen angestellten Beamten in der Art zu haften, daß Ausfälle, welche an den Zollgefällen durch Diensttreue eines Beamten erfolgen, der Gemeinschaft von derjenigen Regierung, welche den Beamten angestellt hat, durch Aufrechnung ersetzt werden sollen.

ART. XXIV. Die officiellen Uebersichten über das Einkommen der zur Vertheilung geeigneten Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs- Abgaben, so wie der aus denselben bestrittenen gemeinschaftlichen Verwaltungsausgaben, sollen gegenseitig von drei zu drei Monaten mitgetheilt werden.

ART. XXV. Von jedem der contrahirenden Theile werden Bevollmächtigte aus den beiderseitigen Finanzministerien ernannt, welche jährlich einmal persönlich zusammenkommen, um die Theilung der gemeinschaftlichen Einkünfte zu bewirken, die erforderliche Abrechnung zu vollziehen, und die Erledigung der Anstände herbeizuführen, welche sich im Laufe der Verwaltung etwa ergeben haben könnten. Zwischen diesen Bevollmächtigten finden auch die Mittheilungen Statt, welche nach Art. XVII und XIX. im Laufe des Jahrs unter den beiderseitigen Ministerien nothwendig werden könnten.

ART. XXVI. Die durch gegenwärtigen Vertrag begründete Zoll- und Handels-Verbindung soll spätestens vom 1. Jul. 1828 an zur Vollziehung kommen und bis zum letzten December 1834 dauern. Sollte alsdann ein Theil aus der Vereinigung treten wollen, so ist eine einjährige vorherige Ankündigung erforderlich.

Unterbleibt diese Ankündigung, so wird angenommen, daß die Uebereinkunft stillschweigend *auf anderweite sechs Jahre* verlängert worden sey.

ART. XXVII. Gegenwärtige Uebereinkunft unterliegt der Ratification der beiderseitigen Regierungen.

1828 Sobald solche erfolgt ist, soll die Art. III. verabredete Commission in Thätigkeit gesetzt werden, — zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Darmstadt am 5ten Mai 1828.

Großherzoglich Hessisches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

DU THIL.

VON RABENAU.

Berlin, den 8ten Mai 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. SCHÖNBERG.

112.

Déclaration du ministère Prussien du 19 Février 1828, concernant un arrangement avec le royaume de Wurtemberg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1828. Nr. 4. p. 23).

Das Königlich - Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Königlichen Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem die Königlich - Württembergische Regierung die Zusicherung ertheilt hat, daß vorläufig und bis es in Gemäßheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher - Nachdruck kommen wird, den Verlegern in den Königlich - Preussis-

schen Staaten, wenn sie bei der Königlich - Wür- 1828
tembergschen Regierung um ein Privilegium wider
den Nachdruck nachsuchen, ganz dieselbe günstige
Behandlung, welche in einem solchen Falle die
Königlich - Würtembergschen Unterthanen genießen,
zu Theil werden und das Privilegium namentlich
ohne eine andere Gebühr, als welche die letzteren,
nach der im Königreich Würtemberg bestehenden
Gesetzgebung zu entrichten haben, ertheilt wer-
den soll;

dafs das Verbot wider den Bücher - Nachdruck, so wie
solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen
Monarchie zum Schutze der *inländischen* Verleger,
nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Ge-
setzen besteht, auch auf die Verleger des König-
reichs Würtemberg Anwendung finden, mithin jeder
durch Bücher - Nachdruck oder dessen Verbreitung
gegen letztere begangene Frevel, nach denselben ge-
setzlichen Bestimmungen beurtheilt und geahndet wer-
den solle, als handele es sich von beeinträchtigten
Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen
eine übereinstimmende, von dem Königlich - Würtem-
bergschen Ministerio vollzogene, Erklärung ausgewech-
selt worden sein wird, durch öffentliche Bekannt-
machung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirk-
samkeit erhalten.

Berlin, den 19ten Februar 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche ge-
gen eine übereinstimmende, von dem Königlich - Wür-
tembergschen Ministerio der auswärtigen Angelegen-
heiten unterm 27sten Februar v. J. vollzogene, Er-
klärung ausgewechselt worden ist, unter Bezugnahme
auf die Allerhöchste Kabinetsorder vom 16ten August
1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hier-
durch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 11ten März 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

113.

1828 *Traité de paix entre la Russie et la Perse, conclu et signé à Tourk-mantchäi, le 22 Février 1828.**(Le Journal de Francfort 1828. Nr. 110).**Au nom de Dieu Tout-Puissant!*

S. M. le très-haut, très-illustre et très-puissant Empereur et Autocrate de toutes les Russies, et S. M. le Padischah de Perse, également animés d'un sincère désir de mettre un terme aux maux d'une guerre entièrement contraire à leurs mutuelles dispositions, et de rétablir sur une base solide les anciens rapports de bon voisinage et d'amitié entre les deux états, au moyen d'une paix qui porte en elle-même la garantie de sa durée, en éloignant tout sujet de différend et de mésintelligence future, ont désigné pour leurs plénipotentiaires, chargés de travailler à cette oeuvre salutaire: savoir:

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, le sieur Jean Paskewitsch, son aide-de-camp général et général d'infanterie, commandant le corps d'armée détaché du Caucase, dirigeant la partie civile de la Géorgie, et des gouvernemens d'Astracan et du Caucase, commandant la flotille de la mer Caspienne, et chevalier des ordres de Saint-Alexandre-Nevsky en diamans, de Ste Anne de la 1^{ère} classe en diamans, de St. Vladimir de la première classe, de St. George de la 2^e classe, décoré de deux épées d'honneur, dont une en or, avec l'inscription *pour la valeur*, et l'autre enrichie de diamans; et chevalier des ordres étrangers de Paigle rouge de Prusse de la 1^{ère} classe, du croissant de la Sublime Porte Ottomane, et de plusieurs autres;

Et le Sieur Alexandre Obreskoff, son conseiller d'état actuel et chambellan, chevalier des ordres de St. Vladimir de la 3^e classe, de St. Stanislas de Pologne de la 2^e classe, et de St. Jean de Jérusalem,

Et S. M. le Schah de Perse, S. A. R. le prince Abbas-Mirza;

Lesquels après s'être réunis à Tourkmantchaï, et 1828 avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et conclu les articles suivans :

ART. I. Il y aura, à compter de ce jour, paix, amitié et parfaite intelligence entre S. M. l'Empereur de toutes les Russies d'une part, et S. M. le Schah de Perse de l'autre part, leurs héritiers et successeurs, leurs états et leurs sujets respectifs, à perpétuité.

ART. II. Considérant que les hostilités survenues entre les hautes parties contractantes, et heureusemens terminées aujourd'hui, ont fait cesser les obligations que leur imposoit le traité de Gulistan, S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Padischah de Perse, ont jugé convenable de remplacer ledit traité de Gulistan par les présentes clauses et stipulations, lesquelles sont destinées à régler et à consolider de plus en plus les relations futures de paix et d'amitié entre la Russie et la Perse.

ART. III. S. M. le Schah de Perse, tant en son nom qu'en celui de ses héritiers et successeurs, cède en toute propriété à l'Empire de Russie le Khanat d'Erivan, tant en-deça qu'en-delà de l'Araxe, et le Khanat de Nakhitshévan. En conséquence de cette cession, S. M. le Schah s'engage à faire remettre aux autorités russes, dans l'espace de six mois au plus, à partir de la signature du présent traité, toutes les archives et tous les documens publics concernant l'administration des deux Khanats sus-mentionnés.

ART. IV. Les deux hautes parties contractantes conviennent d'établir pour frontière entre les deux états, la ligne de démarcation suivante: En partant du point de la frontière des états Ottomans, le plus rapproché en ligne droite de la sommité du petit Ararat, cette ligne se dirigera jusqu'à la sommité de cette montagne, d'où elle descendra jusqu'à la source de la rivière dite Karassou inférieur, qui découle du versant méridional du petit Ararat, et elle suivra son cours jusqu'à son embouchure dans l'Araxe, vis-à-vis de Chérour. Parvenue à ce point, cette ligne suivra le lit de l'Araxe jusqu'à la forteresse d'Abbas-Abad; autour des ouvrages extérieurs de cette place, qui sont situés sur la rive droite de l'Araxe, il sera tracé un rayon d'un demi-agatch, ou trois verstes et de-

1828 mi de Russie, lequel s'étendra dans toutes les directions; tout le terrain qui sera renfermé dans ce rayon appartiendra exclusivement à la Russie, et sera démarqué avec la plus grande exactitude dans l'espace de deux mois, à dater de ce jour. Depuis l'endroit où l'extrémité orientale de ce rayon aura rejoint l'Araxe, la ligne frontière continuera à suivre le lit de ce fleuve jusqu'au gué de Jédiboulouk, d'où le territoire persan s'étendra le long du lit de l'Araxe sur un espace de trois agatch ou vingt et un verstes de Russie; parvenue à ce point, la ligne frontière traversera en droiture la plaine du Moughan, jusqu'au lit de la rivière dite Bolgarou, à l'endroit qui se trouve situé à trois agatch ou vingt et un verstes, au-dessous du confluent des deux petites rivières appelées Odinabazar et Sarakamyche. De là, cette ligne remontera de la rive gauche du Bolgarou jusqu'au confluent desdites rivières Odinabazar et Sarakamyche, et s'étendra le long de la rive droite de la rivière d'Odinabazar jusqu'à sa source, et de là jusqu'à la cime des hauteurs de Djikoïr, de manière, que toutes les eaux qui coulent vers la mer Caspienne appartiendront à la Russie, et toutes celles dont le versant est du côté de la Perse, appartiendront à la Perse. La limite des deux états étant marquée ici par la crête des montagnes, il est convenu que leur déclinaison du côté de la mer Caspienne appartiendra à la Russie et que leur pente opposée appartiendra à la Perse. De la crête des hauteurs de Djikoïr, la frontière suivra jusqu'à la sommité de Kamarkouïa, les montagnes qui séparent le Talyche du district d'Archa. Les crêtes des montagnes séparans de part et d'autre le versant des eaux, détermineront ici la ligne frontière de la même manière qu'il est dit ci-dessus au sujet de la distance comprise entre la source de l'Odinabazar et les sommités de Djikoïr. La ligne frontière suivra ensuite, depuis la sommité de Kamarkouïa, les crêtes des montagnes qui séparent le district de Zouvante de celui d'Archa, jusqu'à la limite de celui de Welkidji, toujours conformément au principe énoncé par rapport aux versans des eaux. Le district de Zouvante, à l'exception de la partie située du côté opposé de la cime desdites montagnes, tombera de la sorte en partage à la Russie. A partir de la limite du di-

strict de Welkidji, la ligne de frontière entre les deux états suivra les sommités de Klopouty et de la chaîne principale des montagnes qui traversent le district de Wilkidji jusqu'à la source septentrionale de la rivière dite Astava, toujours en observant le principe relatif aux versant des eaux. De là, la frontière suivra le lit de ce fleuve jusqu'à son embouchure dans la mer Caspienne, et complétera la ligne de démarcation, qui séparera dorénavant les possessions respectives de la Russie et de la Perse. 1828

ART. V. S. M. le Schah de Perse, en témoignage de son amitié sincère pour S. M. l'Empereur de toutes les Russies, reconnoît solennellement par le présent article, tant en son nom qu'au nom de ses héritiers et successeurs au trône de Perse, comme appartenans à jamais à l'empire de Russie tous les pays et toutes les isles situés entre la ligne de démarcation désignée par l'article précédent d'un côté et la crête des montagnes du Caucase et la mer Caspienne de l'autre, de même que les peuples nomades et autres qui habitent ces contrées.

ART. VI. Dans le but de compenser les sacrifices considérables, que la guerre qui a éclaté entre les deux états, a occasionné à l'empire de Russie, ainsi que les pertes et dommages qui en sont resultés pour les sujets russes, S. M. le Schah de Perse s'engage à les bonifier moyennant le paiement d'une indemnité pécuniaire. Il est convenu entre les deux hautes parties contractantes, que le montant de cette indemnité est fixée à dix kourours de tomans raidje ou vingt millions de roubles d'argent, et que le mode, les termes et les garanties du paiement de cette somme seront réglés par un arrangement particulier, qui aura la même force et valeur, que s'il étoit inséré mot à mot au présent traité.

ART. VII. S. M. le Schah de Perse ayant jugé à propos de désigner pour son successeur et héritier présomtif, son auguste fils le prince Abbas-Mirza, S. M. l'Empereur de toutes les Russies, afin de donner à S. M. le Schah de Perse un témoignage public de ses dispositions amicales et de son désir de contribuer à la consolidation de cet ordre de succession, s'engage à reconnoître dès aujourd'hui dans l'auguste

1828 personne de S. A. R. le prince Abbas-Mirza le successeur et l'héritier presomtif de la couronne de Perse, et à le considérer comme légitime souverain de ce royaume dès son aveuement au trône.

ART. VIII. Les bâtimens marchands russes jouiront, comme par le passé, du droit de naviguer librement sur la mer Caspienne et le long de ses côtes et d'y aborder. Ils trouveront en Perse secours et assistance en cas de naufrage. Le même droit est accordé aux bâtimens marchands persans de naviguer sur l'ancien pied, dans la mer Caspienne et d'aborder aux rivages russes, où en cas de naufrage, les persans recevront réciproquement secours et assistance.

Quant aux bâtimens de guerre, ceux qui porteront le pavillon militaire russe, étant ab antiquo les seuls qui aient eu le droit de naviguer sur la mer Caspienne, ce même privilège exclusif leur est par cette raison également réservé et assuré aujourd'hui, de sorte, qu'à l'exception de la Russie, aucune autre puissance ne pourra avoir des bâtimens de guerre sur la mer Caspienne.

ART. IX. S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Schah de Perse ayant à coeur de resserrer par tous les moyens, les liens si heureusement rétablis entre eux, sont convenus que les ambassadeurs, ministres et chargés d'affaires, qui pourroient être réciproquement délégués auprès des hautes cours respectives, soit pour s'acquitter d'une mission temporaire, soit pour y résider en permanence, seront reçus avec les honneurs et distinctions analogues à leur rang et conformes à la dignité des hautes puissances contractantes, comme à l'amitié sincère qui les unit et aux usages du pays. On conviendra à cet effet, moyennant un protocole spécial, du cérémonial à observer de part et d'autre.

ART. X. S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Schah de Perse considérant le rétablissement et l'extension des relations commerciales entre les deux états, comme un des premiers bienfaits que doit produire le retour de la paix, sont convenus de régler dans un parfait accord, toutes les dispositions relatives à la protection du commerce et à la sureté des sujets respectifs, et de les consigner dans un acte

séparé et ci-annexé, arrêté entre les plénipotentiaires 1828 respectifs, et qui est et sera considéré comme faisant partie integrante du présent traité de paix. S. M. le Schah de Perse réserve à la Russie, comme par le passé, le droit de nommer des consuls ou agens commerciaux, partout où le bien du commerce l'exigera, et il s'engage à faire jouir ces consuls et agens, chacun desquels n'aura pas une suite de plus de dix individus, de la protection, des honneurs et des privilèges affectés à leur caractère public. S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet de son côté, d'observer une parfaite réciprocité à l'égard des consuls ou agens commerciaux de S. M. le Schah de Perse. En cas de plainte fondée de la part du gouvernement persan contre un des agens ou consuls russes, le ministre ou chargé d'affaires de Russie, résidant à la cour de S. M. le Schah es sous les ordres immédiats duquel ils seront placés, le suspendra de ses fonctions, et en confèrera provisoirement la gestion à qui il jugera convenable.

ART. XI. Toutes les affaires et réclamations des sujets respectifs, suspendues par l'événement de la guerre, seront reprises et terminées suivant la justice après la conclusion de la paix. Les créances que les sujets respectifs peuvent avoir les uns envers les autres, ainsi que celles sur le fisc, seront promptement et entièrement liquidées.

ART. XII. Les hautes parties contractantes conviennent d'un commun accord, dans l'intérêt de leurs sujets respectifs, de fixer un terme de trois ans, pour que ceux d'entre eux qui ont simultanément des propriétés immobilières en deçà et en delà de l'Araxe, aient la faculté de les vendre, ou de les échanger librement. S. M. l'Empereur de toutes les Russies excepte néanmoins du bénéfice de cette disposition, en autant qu'elle la concerne, le ci-devant Sardar d'Erivan, Hussein-Khan, son frère Hassan-Khan et Kérim-Khan, ci-devant gouverneur de Nakhitchévan.

ART. XIII. Tous les prisonniers de guerre faits de part et d'autre, soit dans le cours de la dernière guerre, soit auparavant, de même que les sujets des deux gouvernemens, réciproquement tombés en captivité, à quelqu' époque que ce soit, seront tous libre-

1828 ment rendus dans le terme de quatre mois, et après avoir été pourvus de vivres et autres objets nécessaires, ils seront dirigés sur Abbad-Abad, pour y être remis entre les mains des commissaires respectivement chargés de les recevoir et d'aviser à leur renvoi ultérieur dans leurs foyers. Les hautes parties contractantes en useront de même à l'égard de tous les prisonniers de guerre et de tous les sujets russes et persans réciproquement tombés en captivité, qui n'auroient pas été restitués dans le terme susmentionné, soit en raison de l'éloignement où ils se seroient trouvés, soit par toute autre cause, ou circonstance. Les deux gouvernemens se réservent expressément le droit illimité de les réclamer en tout tems, et ils s'obligent à les restituer mutuellement à mesure qu'il s'en présentera, ou à mesure qu'ils les réclameront.

ART. XIV. Les hautes parties contractantes n'exigeront pas l'extradition des transfuges et déserteurs, qui auroient passé sous leur domination respective avant ou pendant la guerre. Toutefois pour prévenir les conséquences mutuellement préjudiciables qui pourroient résulter des intelligences que quelques-uns de ces transfuges chercheroient à entretenir avec leurs anciens compatriotes ou vassaux, le gouvernement persan s'engage à ne pas tolérer dans des possessions situées entre l'Araxe et la ligne formée par la rivière dite Tchara, par le lac d'Ourmie, par la rivière dite Djakatou et par la rivière dite Kizil-Ozane jusqu'à son confluent dans la mer Caspienne, la présence des individus qui lui seront nominalelement désignés maintenant ou qui lui seroient signalés à l'avenir. S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet également de son côté de ne pas permettre que les transfuges persans s'établissent ou restent à demeure dans les Khanats de Karabag et de Nakhitchévan, ainsi que dans la partie du Khanat d'Erivan située sur la rive droite de l'Araxe. Il est entendu toutefois que cette clause n'est et ne sera obligatoire, qu'à l'égard d'individus revêtus d'un caractère public ou de certaine dignité, tels que les Khans, les begs et les chefs spirituels ou mollahs, dont l'exemple personnel, les instigations et les intelligences clandestines pourroient exercer une influence pernicieuse sur leurs anciens compatriotes, administrés ou vassaux. Pour ce qui

concerne la masse de la population dans les deux pays, 1828 il est convenu entre les hautes parties contractantes, que les sujets respectifs qui auroient passé ou qui passeroient à l'avenir d'un état dans l'autre, seront libres de s'établir ou de séjourner partout où le trouvera bon le gouvernement sous la domination duquel ils se seront placés.

ART. XV. Dans le but bienfaisant et salutaire de ramener le calme dans ses états et d'écartier de ses sujets tout ce qui pourroit aggraver les maux qu'a déjà attirés sur eux la guerre à laquelle le présent traité a mis si heureusement fin, S. M. le Schah accorde une amnistie pleine et entière à tous les habitans et fonctionnaires de la province dite l'Adzerbaidjane. Aucun d'eux, sans exception de catégorie, ne pourra être ni poursuivi, ni molesté pour ses opinions, pour ses actes ou pour la conduite qu'il auroit tenue soit pendant la guerre, soit pendant l'occupation temporaire de ladite province par les troupes russes. Il leur sera accordé en outre le terme d'un an, à dater de ce jour, pour se transporter librement avec leurs familles des états persans dans les états russes, pour exporter et pour vendre leurs biens-meubles, sans que les gouvernemens ou les autorités locales puissent y mettre le moindre obstacle, ni prélever aucun droit ou aucune rétribution sur les biens et sur les objets vendus ou exportés par eux. Quant à leurs biens immeubles, il leur sera accordé un terme de cinq ans pour les vendre et pour en disposer à leur gré. Sont exceptés de cette amnistie ceux qui se rendroient coupables, dans l'espace de tems susmentionné d'un an, de quelque crime, ou délit passible des peines punies par les tribunaux.

ART. XVI. Aussitôt après la signature du présent traité de paix, les plénipotentiaires respectifs s'empresseront d'envoyer en tous lieux les avis et injonctions nécessaires pour la cessation immédiate des hostilités.

Le présent traité de paix, dressé en deux instrumens de la même teneur, signé par les plénipotentiaires respectifs, muni du cachet de leurs armes et échangé entre eux, sera confirmé et ratifié par S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Schah

1828 de Perse, et les ratifications solennelles, revêtues de leur propre signature, en seront échangées entre leurs plénipotentiaires dans le terme de quatre mois, ou plutôt si faire se peut.

Fait au village de Tourkmantchaï, le 22 Février 1828, et le 5 de Schebone 1243 de l'Égyre.

114.

Convention de Commerce et d'Amitié entre Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, d'une part, et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, de l'autre, faite et conclue à St. Pétersbourg le $\frac{26}{14}$ Février 1828, et ratifiée à Stockholm le 27 Mars, et à St. Pétersbourg le $\frac{26}{14}$ Mars de la même année.

(Cum Gratia et Privilegio S:ae R:ae Maj:tis. Stockholm, tryckt i Kongl. Tryckeriet, 1828).

Au nom de la très Sainte et Indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, animés d'un égal désir de resserrer de plus en plus les liens d'amitié et de bon voisinage, qui les unissent si heureusement, ont résolu, d'un commun accord, après l'expiration de l'Acte Additionnel au Traité de Paix de Frédéricshamn, conclu à St. Petersbourg le $\frac{10 \text{ Septembre}}{29 \text{ Août}}$ 1817, de régler, par une nouvelle Convention, tout ce qui concerne les relations de commerce entre Leurs sujets respectifs. A cet effet, Leurs dites Majestés ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, sa-

voir : Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège, 1828
 le Sieur Nicolas Frédéric, Baron de Palmstjerna,
 Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plenipoten-
 tiaire près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Rus-
 sies, Général-Major, Aide de Camp Général et
 Chambellan de Sa Majesté ; Porte-Etendard de Ses Or-
 dres, Commandeur de l'Ordre de l'Etoile Polaire et
 Chevalier de celui de l'Épée : et Sa Majesté l'Empe-
 reur de Toutes les Russies, le Sieur Charles Robert,
 Comte de Nesselrode, Son Conseiller Privé actuel
 et Chambellan actuel, Membre du Conseil de l'Em-
 pire, Secrétaire d'Etat dirigeant le Ministère des Af-
 faires Etrangères, Chevalier des Ordres de St. Alex-
 andre Newsky, de St. Wladimir de la première classe,
 de l'Aigle blanc de Pologne, Chevalier de l'Ordre des
 Séraphins de Suède, et de plusieurs autres ; et le Sieur
 Robert Henri, Comte de Rehbinder, Son Conseiller
 Privé et Chambellan actuel, Secrétaire d'Etat pour les
 affaires du Grand-Duché de Finlande, Chevalier de
 l'ordre de Ste Anne de la première classe et Grand
 Croix de celui de St. Wladimir de la seconde ; les-
 quels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trou-
 vés en bonne et dûe forme, sont convenus des arti-
 cles suivans :

ART. I. Les bâtimens Suédois et Norvégiens,
 ainsi que les bâtimens Russes et Finlandais, seront
 traités dans les ports respectifs des deux Hautés Puis-
 sances Contractantes, tant à leur entrée, qu' à leur
 sortie, à l'égal des nationaux, pour les droits de port,
 de tonnage, de fanaux, de pilotage et de sauvetage,
 ainsi que pour tout autre droit ou imposition, paya-
 ble, soit à la Couronne, soit aux villes, ou à des éta-
 blissemens particuliers quelconques, à quel titre et
 sous quelle dénomination que ce soit.

Cette stipulation est également applicable à toutes
 les embarcations et à tous les bâtimens marchands,
 chargés ou sur leur lest, quelles qu'en soient la capa-
 cité et la construction.

En attendant qu'un règlement uniforme puisse être
 établi dans les ports Russes de la Mer Baltique, de la
 Mer Noire et de la Mer d'Azoff, pour le payement
 des impositions et droits dénommés ci-dessus, les
 bâtimens Suédois et Norvégiens y seront traités sur
 le pied des nations les plus favorisées.

1828 Les bâtimens clincarts et non pontés des habitans de la Finlande, en naviguant directement entre la Suède et la Finlande, ne payeront, dans les ports de Suède, que les droits de douane et autres dits *Helfrica*, sans l'augmentation, à laquelle les bâtimens Suédois et étrangers de la même construction ont été assujettis. Les bâtimens Suédois clincarts et non pontés jouiront de la même exemption dans les ports de la Finlande.

Les bâtimens des paysans Finlandais continueront à jouir, dans les ports de Suède, des mêmes facilités, qui leur ont été accordées jusqu'ici, pour la déclaration des cargaisons, et pour le mode d'acquiescement des droits.

ART. II. Toutes les denrées et marchandises, dont l'importation dans les ports Russes est légalement permise sur des bâtimens nationaux, qu'elles soient les productions du sol ou de l'industrie des Royaumes de Suède et de Norvège, ou de tout autre pays, pourront également être importées dans les dits ports sur des bâtimens Suédois et Norvégiens, sans être assujettis à des droits plus forts ou autres, à quel titre et sous quelle dénomination que ce soit, que si elles étoient importées sur des bâtimens nationaux.

Réciproquement, toutes les denrées et marchandises, dont l'importation dans les ports des Royaumes de Suède et de Norvège est légalement permise sur des bâtimens nationaux, qu'elles soient les productions du sol ou de l'industrie de l'Empire de Russie, ou de tout autre pays, pourront également être importées dans les dits ports sur des bâtimens Russes, sans être assujetties à des droits plus forts ou autres, à quel titre et sous quelle dénomination que ce soit, que si elles étoient importées sur des bâtimens Suédois et Norvégiens.

Toutes les denrées et marchandises, dont l'exportation des ports Russes est légalement permise sur des bâtimens nationaux, pourront également en être exportées par les bâtimens Suédois ou Norvégiens, sans être assujetties à des droits plus forts ou autres, que si l'exportation étoit effectuée par des bâtimens Russes.

Réciproquement, toutes les denrées et marchandises, dont l'exportation des ports des Royaumes de

Suède et Norvège est légalement permise sur des bâ- 1828
timens nationaux, pourront également en être expor-
tées par les bâtimens Russes, sans être assujetties à
des droits plus forts ou autres, que si l'exportation
était effectuée par des bâtimens Suédois ou Norvégiens.

Les stipulations du présent Article ne seront ap-
plicables, ni au pavillon Suédois et Norvégien dans
les ports Finlandais, ni au pavillon Finlandais dans
les ports de Suède et de Norvège. Il est convenu,
en outre, que les Deux Hautes Parties Contractantes
n'entendent point préjudicier, par ces mêmes stipula-
tions, aux Conventions, qu'Elles concluraient respec-
tivement avec une Puissance tierce, et par lesquelles
il serait concédé quelque avantage spécial pour l'im-
portation ou l'exportation de certaines marchandises
déterminées; et ces Conventions ne pourront être in-
voquées en faveur des sujets Russes en Suède et en
Norvège, ni en faveur des sujets Suédois et Norvé-
giens en Russie.

ART. III. Toutefois, les Conventions particulières,
conclues ou à conclure entre l'une des deux Hau-
tes Parties Contractantes et une Puissance tierce, ne
pourront déroger à la faculté, qui, par suite de l'Ar-
ticle II, est accordée aux sujets respectifs relative-
ment à l'importation du sel, de quelque endroit que
ce soit, et moyennant les mêmes droits, que payent
les nationaux, tant par les vaisseaux et bâtimens mar-
chands Russes en Suède et en Norvège, que par les
vaisseaux et bâtimens marchands Suédois et Norvé-
giens en Russie.

De cette disposition sont exceptés les ports Rus-
ses sur la Mer Noire, pour aussi longtems, que l'im-
portation du sel y est généralement prohibée.

Les vaisseaux et bâtimens marchands appartenant
aux habitans du Grand Duché de Finlande pourront
importer le sel, de quelque endroit que ce soit, dans
tous les ports des Royaumes de Suède et de Norvège,
en payant les mêmes droits et aux mêmes conditions
que les nationaux, et les vaisseaux et bâtimens mar-
chands Suédois et Norvégiens jouiront, avec une par-
faite réciprocité, de la même faculté dans tous les
ports du Grand Duché de Finlande. Il ne pourra
être dérogé à ce privilège réciproque par suite d'une
Convention quelconque, qui pourrait être conclue par

1828 l'une des deux Hautes Parties Contractantes avec une Puissance tierce.

Le sel pourra être également importé des ports de Suède dans ceux de la Finlande, par les bâtimens ouverts ou pontés appartenans aux habitans du Grand Duché, sans être soumis à des droits plus forts ou autres, que s'il venait directement du lieu de sa production, sur des bâtimens Finlandais, jouissant de l'exemption dite *Helfrihet*.

ART. IV. L'Alun, le Rouge souffré et le Hareng pourront être importés de Suède et de Norvège sur des bâtimens Suédois, Norvégiens, Russes ou Finlandais dans les ports Russes de la Baltique et de la mer Blanche, en ne payant que la moitié des droits fixés dans le Tarif des douanes Russes.

L'Huile de baleine, importée de Suède ou de Norvège sur des vaisseaux appartenans aux sujets de l'une ou l'autre des Hautes Parties Contractantes, ne payera qu'un tiers des droits fixés dans le Tarif des douanes de l'Empire.

Le Poisson salé, autre que le Hareng, et le Poisson sec importé de la même manière, payeront, dans le port de St. Pétersbourg, un droit qui n'excédera point un Rouble en argent par poud; dans les ports de la mer Blanche, un droit qui n'excédera point sept Copeks en argent par poud, et dans les autres ports de l'Empire, la moitié des droits fixés par le Tarif des douanes Russes.

L'Alun Suédois, importé à St. Pétersbourg, y sera libéré du triage, ainsi que de la rétribution payée à ce titre.

Le droit pour l'emmagasinage du Hareng Suédois ou Norvégien, importé dans ce port, ne pourra dépasser quatre vingt Copeks en assignations par tonneau.

Le Suif, importé en Suède des ports de la Russie par des bâtimens Suédois, Norvégiens, Russes ou Finlandais, ne sera assujetti qu'à la moitié des droits d'entrée et autres, généralement fixés pour cette marchandise en Suède. Les Chandelles (de suif) pourront y être importées de la même manière, moyennant un droit de cinq pour cent, en sus de ce qu'on paye pour le Suif.

Le Thé de caravane, importé de Russie en Suède sur des bâtimens appartenans aux sujets de l'une ou

l'autre des Haute Parties Contractantes, jouira d'une 1828
diminution de dix pour cent du taux général des droits
d'entrée et autres, auxquels cette denrée est soumise
en Suède.

La Farine, le Blé, le Chanvre, les Cordages, la
Toile à voile, le Goudron et les matériaux de con-
struction, importés des ports Russes de la mer Blan-
che dans la province Norvégienne de Finmarken, ne
seront, à leur entrée, assujettis à aucun droit de douane.

ART. V. L'expérience ayant démontré, que le
droit d'entrepôt qui, en vertu de l'Article X. de l'Acte
Additionnel au Traite de paix de Frédéricshamn, a été
accordé aux sujets respectifs, pourrait être, sous de
certains rapports, restreint, sans qu'il en résulte un
inconvenient pour leurs relations commerciales, tan-
dis qu'en même tems il a été reconnu utile de déter-
miner plus spécialement les conditions, auxquelles ce
droit peut être concédé de part et d'autre, les deux
Hautes Parties Contractantes sont convenues des sti-
pulations qui suivent :

Les commerçans Suédois et^{de} Norvégiens jouiront
du droit d'entrepôt pour l'alun, le rouge souffré, le
hareng et autre poisson salé, ainsi que pour le pois-
son sec, à St. Pétersbourg et à Riga pendant huit mois,
et à Archangel pendant douze mois, à dater du jour
de l'arrivée de la marchandise, sans payer aucun droit
ou imposition. Le sel importé sur des bâtimens Sué-
dois ou Norvégiens à St. Pétersbourg, à Reval, ou
dans les ports de Livonie et de Courlande, pourra
également y être mis en entrepôt, sans payer de droit,
et aux conditions établies par le règlement actuellement
en vigueur.

Toutes les marchandises, qui sont la propriété de
commerçans Suédois et Norvégiens, pourront être
mises en entrepôt à Åbo et à Helsingfors. Sont ex-
ceptées les marchandises, qui, n'étant pas des pro-
ductions du sol ou de l'industrie de la Suède ou de la
Norvège, sont généralement prohibées à l'entrée en
Finlande. Pour les marchandises qui seront mises en
entrepôt dans les susdits ports de Finlande, il sera
payé à l'entrée un demi pour cent de leur valeur. Si
ces marchandises restaient à l'entrepôt au de là de deux
ans, ce paiement d'un demi pour cent sera renouvelé,

1828 d'abord, au bout des deux premières années, et ensuite, à l'expiration de chacune des années suivantes. Quelle que soit la durée de l'entrepôt, les marchandises payeront à leur sortie une nouvelle imposition d'un demi pour cent.

Les productions et marchandises Russes, le sel importé par les bâtimens Russes, et toutes les marchandises qui sont la propriété des commerçans Finlandais, pourront être mises en entrepôt à Stockholm, Gothembourg, Carlshamn et Landscrona, ainsi qu'à Christiania et à Hammerfest, et dans tout autre port Norvégien, où il y a une chambre de douane, aux conditions qui se trouvent fixées pour les marchandises de même nature, importées sur des bâtimens Suédois et Norvégiens.

Cependant, pour ce qui regarde les marchandises produites et fabriquées dans un pays tiers, qui seraient déclarées pour la consommation intérieure du pays, où elles ont été importées et mises en entrepôt, les droits d'entrée et autres seront perçus alors, tant en Suède et en Norvège, qu'en Finlande, selon la qualité du bâtiment par lequel l'importation a eu lieu, l'augmentation connue sous la dénomination de *Ofri Tull* étant, en ce cas, applicable aux objets apportés par les bâtimens non privilégiés.

Le sel importé par des bâtimens appartenant aux sujets respectifs, et qui, après avoir été mis en entrepôt, sera déclaré pour la consommation, payera les droits conformément aux stipulations contenues dans l'Article III. sans que, dans ces cas, et pour le paiement de ces droits, il soit fait aucune distinction entre les bâtimens privilégiés et non privilégiés.

Sont exceptés du droit d'entrepôt dans les ports Norvégiens, les articles suivans, quel que soit l'endroit de leur production, et pour aussi longtems que l'importation de ces articles y est généralement prohibée, savoir: Peau de vie de grain, les liqueurs fabriquées de cette eau de vie ou de genièvre, les cartes à jouer, le café rôti, et autres végétaux, préparés de même pour servir de surrogat au café.

La réexportation des denrées mises en entrepôt est permise, de part et d'autre, dans tous les ports désignés au présent Article.

ART. VI. Sa Majesté le Roi de Suède et de Nor-1828
vège aura le droit de faire exporter, annuellement, des ports du Golfe de Finlande, ou de la Mer Baltique sous la domination de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, jusqu' à la concurrence de Deux Cent Mille Tschetwerts de blé, libre de tout droit de sortie, et sans qu'il soit fait aucune restriction ou exception pour les années, où l'exportation serait en général prohibée. Ceux qui feront les envois devront être munis, comme par le passé, des preuves nécessaires pour justifier, que les achats ont été faits pour compte de Sa dite Majesté, ou en vertu de Son autorisation.

S'il arrivait, que la quantité stipulée ci-dessus n'eût pas été exportée avant la fin de l'année, cela ne pourra pas servir à augmenter l'exportation du blé, en faveur de la Suède, pour l'année suivante.

La Norvège pourra annuellement exporter des ports de la Mer Blanche, libre de tout droit de sortie, jusqu' à la concurrence de Vingt Cinq Mille Tschetwerts de blé, sur des bâtimens Norvégiens, et une égale quantité sur des bâtimens Russes. Il dépendra de la convenance réciproque des acheteurs et des vendeurs de substituer la farine au blé, pour une partie ou pour la totalité de la quantité susmentionnée, et, dans ce cas, la farine sera également libre de tout droit de sortie.

ART. VII. Les vaisseaux Russes venant de la Mer Blanche dans les ports de la province de Finmarken en Norvège, pourront vendre leurs marchandises à bord, conformément à ce qui s'est légalement pratiqué jusqu' ici, dans les villes pendant quatre semaines, non seulement aux paysans, mais aussi aux bâtimens Norvégiens, et dans tout autre port du Finmarken, aux bâtimens Norvégiens pendant quinze jours.

ART. VIII. Il sera permis aux habitans des Communes d'Utsjocki et d'Enara dans la Laponie Finlandaise, de faire un commerce d'échange avec les bâtimens Russes, arrivant de la Mer Blanche sur cette partie des côtes du Golfe de Varanger, qui, ci-devant, était comprise dans les districts appelés communs, ainsi qu'à l'embouchure de la rivière du Pæsvig, en troquant leurs propres productions contre les denrées suivantes de première nécessité, savoir : blé, farine,

1828 gruau, pois, chanvre, toile à voile, cordages, goudron, suif, chandelles et sel. Il n'y sera prélevé nul droit sur ce trafic.

ART. IX. Les bâtimens de commerce Suédois et Norvégiens, ainsi que les bâtimens Russes et Finlandais, pourront, conformément à ce qui a été pratiqué jusqu'ici, importer, directement de Suède et de Norvège en Finlande, toutes sortes d'objets manufacturés, denrées et marchandises, qui sont le produit du sol ou de l'industrie des dits Royaumes, et dont l'entrée est permise en général. Il ne sera perçu, à l'entrée de ces objets de commerce, que la moitié des droits qu'ils payeraient selon le taux du Tarif général, et d'après les ordonnances existantes, soit à l'État, soit aux villes et à des établissemens particuliers, s'ils étaient importés par les bâtimens Finlandais, directement de tout autre pays, dont ils seraient la production.

Le même avantage est accordé en Suède à toutes sortes de marchandises, denrées et productions Finlandaises, dont l'importation est permise en général, et qui viennent directement de la Finlande sur des bâtimens Suédois, Norvégiens, Russes ou Finlandais.

Le goudron pourra être importé de Finlande en Suède, sans payer aucun droit de douane.

ART. X. Toutes les productions du sol ou de l'industrie de la Suède et de la Norvège, dont l'entrée est en général défendue en Finlande, y seront, néanmoins, admises, conformément à ce qui a été pratiqué jusqu'ici, lorsqu'elles viendront directement de Suède et de Norvège, et sans qu'elles soient assujetties à des droits de douane, plus forts que dix pour cent de la valeur de la marchandise.

Les produits du sol ou de l'industrie de la Finlande, dont l'entrée est généralement défendue en Suède, y jouiront du même avantage, lorsqu'ils viendront directement de la Finlande.

L'eau de vie, le salpêtre, et les cartes à jouer, sont, cependant, exceptés de cette permission générale d'importation, et ces Articles ne pourront être importés, ni de Suède ou de Norvège en Finlande, ni de Finlande en Suède et en Norvège.

ART. XI. En adoptant, par les Articles IX. et X., les principes généraux, qui régleront, pendant la durée

de la présente Convention, le commerce entré la Finlande et la Suède, les deux Hautes Parties Contractantes, considérant la nature particulière de ce commerce, et voulant davantage encore faciliter les relations réciproques, sont convenues, en conformité des dispositions arrêtées précédemment, de fixer séparément par des Tarifs spéciaux, annexés à la présente Convention, les droits d'entrée, auxquels seront soumises, dans les pays respectifs, quelquesunes des productions de leur sol ou de leur industrie. Ces Tarifs, dont l'un concerne les marchandises importées de Finlande en Suède, l'autre celles qui sont importées de Suède en Finlande, auront la même force et valeur, que s'ils étaient textuellement insérés dans la présente Convention.

ART. XII. Les bâtimens Finlandais, ouverts ou pontés, pourront exporter, d'un port Suédois, pour importer en Finlande, le vin, les épiceries et les denrées coloniales, dont l'importation est, en général, permise dans le Grand Duché, sans que, pour les dites marchandises, il soit perçu, à leur entrée en Finlande, des droits de douane plus forts ou autres, que si elles venoient directement du lieu même de leur production, sur des bâtimens Finlandais, jouissant de l'exemption dite *Hel-frihet*.

ART. XIII. La présente Convention commerciale, et les Tarifs spéciaux, mentionnés à l'Article XI, ayant fixé les conditions, auxquelles les denrées et marchandises, provenant des Etats de l'une des deux Hautes Parties Contractantes, pourront être importées dans ceux de l'autre, il a été reconnu indispensable d'établir des mesures de contrôle, pour prévenir les abus et pour constater l'origine ou l'endroit de fabrication des marchandises, qui devront jouir des avantages stipulés. A cet effet, les deux Hautes Parties Contractantes sont convenues des règles qui suivent:

1 : o Pour les denrées et marchandises, qui s'exportent d'une ville:

a) Toute denrée ou marchandise, arrivant d'une ville, doit être munie d'un certificat, émis par le Tribunal du lieu, et qui atteste, que le propriétaire ou fabriquant a affirmé par serment, devant ce même

1828 Tribunal, qu'elle a été produite ou fabriquée dans le pays, d'où elle est exportée.

b) Pour la validité des dits certificats, lesquels doivent toujours accompagner la marchandise, il est requis, qu'ils soient dûment légalisés par le Consul ou Vice Consul du pays, pour lequel la marchandise est exportée, en cas qu'un fonctionnaire pareil se trouve établi dans la ville.

c) La rétribution pour ces Certificats, délivrés par les Tribunaux et légalisés par les Consuls ou Vice Consuls, ne dépassera, dans aucun des pays respectifs, la somme de Vingt quatre Schillings de Banque de Hambourg, payable aux autorités judiciaires, et la même somme au Consul, pour chaque document, comprenant toutes les marchandises expédiées par la même occasion, pour compte du même propriétaire.

d) Vû les circonstances locales, le port de St Pétersbourg est excepté des dispositions générales énoncées ci-dessus, de sorte, que les usages, actuellement suivis, continueront à être observés. par rapport aux Certificats, pour le suif et pour les chandelles, qui s'exportent de ce port pour ceux de la Suède et de la Norvège.

2:0 Pour les denrées et marchandises, qui arrivent de la campagne:

Les denrées et marchandises, arrivant de la campagne, jouiront des avantages stipulés, dèsqu'elles sont accompagnées d'un Certificat, émis par l'Autorité Civile (*Kronobetjeningen*) du lieu de l'exportation, et par lequel il est attesté, qu'elles sont le produit du pays, qui les exporte, qu'elles ont été produites et fabriquées à la campagne, et qu'elles en arrivent directement.

3:0 Les objets de commerce, qui sont spécifiés dans les Listes Litt^s A. et B., annexées aux Tarifs, sont entièrement exceptés des dispositions renfermées dans le présent Article: soit qu'ils viennent d'une ville, soit qu'ils arrivent de la campagne, ils pourront être importés librement, et jouiront des avantages stipulés, sans être accompagnés de Certificats.

ART. XIV. Les propriétaires de forges en Finlande pourront, pendant le cours de trois ans, à dater du jour de l'échange des ratifications de la présente Convention, faire acheter annuellement en Suède, et

exporter, libres de droits, non seulement Neuf Mille 1828
Neuf Cent Quarante Six et demi Skeppund de Suède
de Fer de fonte de toute espèce, et de tout endroit
qu'ils voudront, sans être obligés de s'en tenir aux
qualités, que portent leurs privilèges, mais encore
Vingt Trois Mille Sept Cent Soixante Sept Skeppund
de Minerai de fer, lequel sera pris des endroits et
districts, où ce minerai a été puisé auparavant, sa-
voir: des mines de Sudermannie, Dix Neuf Mille
Cinq Cent Cinquante Six Skeppund, et de celles de
Roslagen, Quatre Mille Deux Cent Onze Skeppund,
ainsi que cela a été pratiqué jusqu'ici.

S'il arrivait, que les quantités stipulées n'eussent
pas été exportées avant la fin d'une année, cette cir-
constance ne pourra servir de raison, l'année suivante,
pour augmenter, en faveur du Grand Duché, l'expor-
tation du Fer de fonte et du Minerai; et cette ex-
portation ne pourra, dans aucun cas, outrepasser,
pour chaque année, les quantités déterminées ci-dessus.

ART. XV. L'importation du bois de chauffage de
Finlande en Suède restera permise, et les droits de
douane payables, soit à l'exportation de la Finlande,
soit à l'importation en Suède; ne pourront excéder
Vingt Schillings de Banque de Suède en argent pour
une corde de bois de bouleau, et Douze Schillings en
argent pour une corde de bois de toute autre espèce.

ART. XVI. Les deux Hautes Parties Contractan-
tes sont convenues de limiter la durée de la présente
Convention commerciale au terme de Six ans, à dater
du jour de l'échange des Ratifications.

ART. XVII. La présente Convention sera rati-
fiée, et les Ratifications seront échangées à St. Pé-
tersbourg, dans l'espace de Six semaines, ou plutôt
si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont
signée, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à St Pétersbourg le $\frac{\text{Vingt Six}}{\text{Quatorze}}$ Février, l'An de
grace Mil Huit Cent Vingt Huit.

N. F. PALMSTJERNA.

Le Comte DE NESSELRODE.

Le Comte DE REHBINDER.

1828

Annexes

*mentionnées dans les Articles XI. et XIII. de
la Convention de Commerce et d'Amitié, signée
à St Pétersbourg le 26^e Février 1828.*

Tarif Spécial

*pour les marchandises exportées de Finlande
en Suède.*

	Argent.		
	R.	sk	r.
Ecorce, moulue 1 tonneau	—	—	4
non moulue idem	—	—	1
Bateaux, de la valeur de 100 R:d. en espèces	3	—	—
Baies idem	3	—	—
Duvet 1 lispund	—	20	—
Poisson, frais (Exempt de droits)	—	—	—
salé, Saumon 1 tonneau	—	24	—
Strömming et autres espèces, idem	—	8	—
Plumes, à lit 1 lispund	—	10	—
Lard, salé ou fumé idem	—	7	2
Verre: vitres, bouteilles, flacons, pots, verres à vin, gobelets, de la valeur de 100 R:d. en espèces	10	—	—
Paille 1 skeppund	—	1	—
Houblon idem	1	36	—
Fer, clous et tôle de la valeur de 100 R:d. en espèces	—	24	—
Noir de fumée	5	—	—
Cuivre, non forgé 1 skeppund	—	32	—
Chevaux, par tête	2	—	—
Bestiaux, Bêtes à cornes, grands et petits, par tête	—	32	—
Autres pièces de bétail . . . idem	—	16	—
Cumin 1 tonneau	—	10	—
Viande, salée idem	—	40	—
Huile, de bouleau, 1 pot (kanna)	—	—	4
de poix 1 tonneau	—	2	—
Fromage 1 lispund	—	6	—
Potasse, calcinée idem	—	1	—
Vaisseaux, grands ou petits, construits en Finlande et pourvus de cordages, voiles	—	—	—

		R.	sk	r.	1828
et autres effets d'équipement de la valeur de 100 R:d. en espèces		5	—	—	
Lard de veau marin 1 barrique (Am)		—	6	—	
Beurre 1 lispund		—	7	2	
Bas de laine ou de lin 1 paire		—	—	3	
Sacs, de toile d'étoupes 1 douzaine		—	4	—	
Chandelles 1 lispund		—	6	—	
Tabac en feuilles idem		—	3	—	
Bois ouvré, produits industriels des paysans, de la valeur de 100 R:d. en espèces		3	—	—	
Langues, de boeufs, de moutons, de rennes 1 tonneau		—	24	—	
Bois de chauffage, jusqu' à ce qu'il soit autrement ordonné, et en observant la stipulation de l'Art. XV. de la Convention commerciale:					
Bois de bouleau, par corde (famn)		—	6	—	
de pin et de sapin idem		—	5	—	
Tissus, Notoirement fabriqués par les habitants de la Finlande.	Ruban de lin, de la valeur de 100 R:d. en espèces	5	—	—	
	Mouchoirs 1 douzaine	—	2	—	
	Toile d'étoupes, non teinte, 1 aune	—	—	1	
	teinte idem	—	—	2	
	Toile, non teinte idem	—	—	2	
	teinte idem	—	—	4	
	Toiles à voile idem	—	1	—	
	Bure, de laine idem	—	1	—	
Oeufs la vingtaine	—	—	10		

Les droits de douane, désignés dans le présent Tarif, seront payés en Riksdalers de Suède, espèces sonnantes; ou par l'équivalent en billets de Banque de Suède, selon le cours à fixer au commencement de chaque année.

Il en sera de même relativement aux droits de douane pour les marchandises, taxées d'après leur valeur, et les dispositions générales, établies à cet égard, serviront de règle pour le mode d'évaluation des objets, dont la valeur n'est pas spécialement déterminée par le tarif général en vigueur.

Quant aux droits, revenant aux villes ou à des établissemens particuliers, ils seront acquittés pour les marchandises spécifiées dans le présent tarif, confor-

586 *Convent. de commerce entre la Russie*

1828 **mément** aux principes généraux énoncés à l'Article IX. de la Convention Commerciale.

N. F. PALMSTJERNA.

Le Comte DE NESSELRODE.

Le Comte DE REHBINDER.

T a r i f S p e c i a l

*pour les marchandises exportées de Suède en
Finlande.*

		Argent.	
		Roublies	Copecks
Alun	1 tonneau	—	30
Poulies en bois	10 pièces	—	10
Brosses de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		5	—
Toiles de coton, imprimées et non imprimées, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		5	—
Mouchoirs de coton, imprimés, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		5	—
Bois de chêne, non ouvré, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		—	25
Poisson: morue, hareng, cabillaud, salé 1 tonneau		—	17
Homards, huitres	1 Baril (träd)	—	50
Saumon fumé	1 pièce	—	10
Fruits, de jardin, frais, pommes, poires, prunes et cerises de toutes espèces, 1 quart de tonneau (fjerding)		—	10
Graines, graines de foin (exemptes de droits)		—	—
Couleurs, Rouge Soufré	1 skeppund	—	50
Craie blanche	1 skeppund	—	25
Sarrette	1 skeppund	—	15
Verre, lustres et lampes, de la valeur de 100 Roublies d'argent		5	—
Marmites, en pierre, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		2	—

	R.	C.	
Oies, fumées 1 pièce	—	10	1828
Dragées, de plomb 1 skeppund	—	25	
Gants de Canepin, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—	
Chapeaux, de bois, de racine et de laine, de la valeur de 100 Roubles d'argent	5	—	
Cornes de Cerf, rapées. 1 lispund	—	6	
Fer et Acier, fer en barres, de la valeur de 100 Roubles d'argent	1	—	
Fer blanc étamé, ancres, grappins, canons, plaques, clous, fer à boulons, fer coudé, et menus ouvrages en fer, de la valeur de 100 Roubles d'argent	—	50	
Fer noirci de toutes espèces de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubles d'argent	2	—	
Marmites, poêles et ouvrages en fer fondu de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—	
Acier, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	50	
Carreaux de poêles, vernissés et non vernissés, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—	
Epingles, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—	
Vases de terre et de pierre de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubles d'argent	2	—	
Cannes de bois, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	2	—	
Cuivre non ouvré, ou forgé, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—	
Cire à cacheter, fine 1 lispund	—	25	
à empreintes 1 lispund	—	13	
Joujoux, en bois, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	3	—	
Bronze ordinaire et Fonte, tels que Marmites, mortiers à piler, chandeliers, poêlons et cloches de toutes espèces, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	5	—	
Drèche 1 tonneau	—	10	
Laiton, non ouvré, en plaques, 1 lispund	—	25	
Fil de laiton 1 lispund	—	25	
Farine, de froment 1 lispund	—	5	
Morilles 1 lispund	—	10	
Fruits de l'Eglantier, secs 1 lispund	—	10	

588 *Convent. de commerce entre la Russie*

	R.	C.
1828 Fromage	1 lispund	— 8
Papier à lettres	1 rame (ris)	— 25
de l'espèce dite <i>skrifpapper</i> , 1 rame		— 15
de celle dite <i>conceptpapper</i> , 1 rame		— 10
de celle dite <i>carduspapper</i> , 1 rame		— 8
brouillard	5 rames	— 10
d'impression	5 rames	— 10
de doublage	5 rames	— 8
de l'espèce dite <i>presspapper</i> , 1 lispund		— 8
Carton	1 lispund	— 8
Pipès à tabac, de terre, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		2 —
Fayence, de fabrication Suédoise	idem	5 —
Plumes à écrire	20 paquets	— 25
Poudre à poudrer	1 lispund	— 25
Sirop, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		5 —
Sucre, en pains, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubles d'argent		10 —
Pierres d'Oeland de la valeur de 100 Roubl. d'argent		5 —
Douves de bois de chêne et de hêtre, et fonds de tonneau du même bois, de la valeur de 100 Roubles d'argent		5 —
Empois, blanc	1 lispund	— 10
Savon liquide, noir, 1 quart de tonneau		— 10
Tabac, en feuilles	1 lispund	— 5
à fumer, en paquets	1 lispund	— 50
en poudre	1 lispund	— 65
Tuiles, non vernissées, 1000 pièces		— 25
Huile de baleine et autres semblables, de la valeur de 100 Roubles d'argent		3 —
Aunes brisées	1 douzaine	— 12
Toile cirée, de la valeur de 100 Roubl. d'argent		3 —
Vitriol, vert	1 skeppund	— 15
Pois de pigeon	1 tonneau	— 10
Tissus, de lin, toiles	1 aune	— 1
Bonnets de nuit	1 douzaine	— 10
de Soie, de fabrication Suédoise, espèces permises, la moitié des droits généralement fixés.		
espèces prohibées par le Tarif général, de la valeur de 100 Roubles d'argent		10 —

	R.	C.	
de Laine, tels que draps, flanelle, étoffe de laine claire, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	5	1828
Vinaigre, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	50	
Double bière et Porter, de fabrication Suédoise, de la valeur de 100 Roubl. d'argent	—	50	

Les droits de douane, désignés dans le présent Tarif, seront payés en Roubles, espèces sonnantes ou par l'équivalent en assignations de la Banque Impériale de Russie, selon le cours à fixer au commencement de chaque année.

Il en sera de même relativement aux droits de douane pour les marchandises, taxées d'après leur valeur, et les dispositions réglementaires du Tarif général des Douanes du Grand Duché de Finlande serviront de règle quant au mode d'évaluation de ces marchandises.

Quant aux droits revenant aux Villes, ils seront acquittés pour les marchandises spécifiées dans le présent Tarif, conformément aux principes généraux énoncés à l'Article IX. de la Convention Commerciale.

N. F. PALMSTIERNÄ.

Le Comte DE NESSELRODE.

Le Comte DE REHBINDER.

L i t t e r a A.

L i s t e

des Objets de Commerce, qui peuvent être importés de Finlande en Suède sans Certificats d'origine.

Ecorce de toute espèce
 Poix
 Huile de Poix
 Pain
 Boteaux
 Poisson de toute espèce (vivant)
 Rais et Jantes pour roues
 Poules et Poulets
 Houblon
 Noisettes
 Foin
 Paille

1828 Résine
 Cumin
 Bétail de toute espèce
 Saumon
 Vaccinium Vitis Idaea
 Chiffons servant à la fabrication du papier
 Ecorce de bouleau
 Fromage
 Oiseau - gibier
 Beurre
 Bottes et Souliers (de l'espèce d'ouvrage dit *Becksöm*)
 Strömming
 Goudron
 Matériaux en bois, toute espèce
 Vases en bois
 Bure de laine, apportée pour être teinte
 Bois de chauffage.

N. F. PALMSTJERNA.
 Le Comte DE NESSELRODE.
 Le Comte DE REHBINDER.

L i t t e r a B.

* *L i s t e*

des objets de Commerce, qui peuvent être importés de Suède et de Norvège en Finlande sans certificats d'origine.

Alun, blanc
 Bouées, en bois
 Cendres: de cuivre, de laiton et de bois
 Ecorce de chêne
 Pesons, Suédois, timbrés
 Ruches d'Abeilles
 Fleurs fraîches, Arbres verts
 Bardeaux, de bois de hêtre.
 Poulies à l'usage de vaisseaux
 Pain de froment ou de seigle
 Boussoles
 Tonneaux à bière, de bois de chêne ou de hêtre
 Pierres à feu, communes
 Amadou
 Fruits et Légumes: Prunes, Pommes, sèches et fraîches, Cérises, Epines vinettes et suc d'icelles, Rubus Chamæmorus, Mûres et Rob de mûres, Rubus

Arcticus et suc de cette baie, Poires, Concombres, 1828
Raifort, Asperges, Fèves, Choux, blancs et choux
fleurs, Noisettes et Noisetiers.
Graines de jardinage, d'herbe et de fleurs
Homards
Fer: en barres, Fer à boulon, Fer coudé, Clous, Ca-
nons, Plaques forgées, Ancres, Grappins, Bêches,
Pelles, Fil de fer, Ouvrages grossiers en fer noirci,
ouvrages en fonte, tels que plaques, Enclumes,
Marmites, Poêles, Mortiers à piler, Cloches etc. ve-
nant de Suède. Fer de fonte et Minerai de fer,
importés de Suède en Finlande par les propriétaires
de forges Finlandaises, à l'usage de ces forges.
Cordes, de toute espèce, timbrées
Cuivre, ouvré et non ouvré
Saumon, fumé ou salé
Pipes à tabac, en terre
Laiton, ouvré et non ouvré
Bronze commun et Fonte: Cloches, Canons, Marmi-
tes, Mortiers à piler etc.
Farine, de froment et de seigle
Tuiles et briques
Huitres
Charrues et Fers de charrues
Argent, ouvré, au timbre de Suède
Claies, à passer du blé ou de la terre
Pierres, à aiguiser, pour parquets et escaliers, Meu-
les, Carreaux, Pierres Sépulcrales, Marmites, Mor-
tiers à Piler, Pierre d'Oelande et de Gottlande.
Acier, non ouvré
Empois, blanc
Soufre
Matériaux de bois, en blocs ou non ouvrés, servant
à confectionner les meubles: de bois de hêtre, de
chêne, d'aune, de bouleau, de tremble, de geniè-
vre, d'orme, de frêne.
Aunes brisées, au timbre Suédois
Douves et fonds de tonneaux de bois de chêne et
de hêtre
Pois de pigeon et autres
Vitriol

N. F. PALMSTJERNA.

Le Comte DE NESSELRODE.

Le Comte DE REHBINDER.

115.

1828 *Décret d'abdication de S. M. Dom Pedro, Empereur du Brésil, comme roi de Portugal, daté de Rio Janeiro du 3 Mars 1828.*

(*The Times* 1828. May 13. Nr. 13, 591)

The Period having arrived, which I fixed for the completion of my abdication of the crown of Portugal, according to my decree of the 3d of May 1826 and it being necessary to give to the Portuguese nation, always jealous of its independence, an indubitable proof of my desire of its being perpetually separated from Brazil (of which I have the distinct glory and pride of being Sovereign) so as to make even the idea of their being reunited impracticable;

I am pleased, of my own free and spontaneous will, after having pondered on this most important business, to order, as by this my royal decree I do order, that the Kingdom of Portugal be henceforward governed in the name of my dearly beloved daughter Dona Maria II, already its Queen, according to its constitutional charter by me authorized and given, ordered to be sworn, and sworn; declaring, moreover, most expressly, that I have no further claim or right whatever to the Portuguese crown.

The Infant Don Miguel, my much beloved and esteemed brother, Regent of the Kingdoms of Portugal and Algarve, and my Lieutenant, is charged with the execution and publication of the present decree.

Palace of Boa vista on the 3d day of March 1828, with the signature of His Majesty the King.

116.

*Convention entre le Wurtemberg et 1828
le duché de Saxe-Meiningen con-
cernant les fraix de justice en ma-
tières criminelles et de concours des
créanciers, publiée à Stuttgart le
15 Mars 1828.*

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Württem-
berg. 1828. n. 17. pag. 144*).

Die K. Württembergische Regierung ist mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung in Beziehung auf Vergütung derjenigen Kosten, welche durch Requisitionen in Straf-Rechtsfällen und in Gantsachen bei den gegenseitigen Gerichtsstellen veranlaßt werden, dahin übereingekommen:

1. In allen *strafrechtlichen Verhandlungen*, bei denen die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats, oder der Gerichtsherrn, oder die für einzelne Communen (im Herzogthum Sachsen-Meiningen) bestehenden Gerichts-Cassen übernommen werden müssen, soll die requirirende Stelle der requirirten lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungs-Gebühr, Transport und Bewachung der Gefangenen, zu berechnen und zu erstatten haben; wogegen alle andere Kosten, für Protokollirung, Schreib- und Abschrift-Gebühren, so wie für die an die Gerichts-Personen, oder an die Cassen sonst zu entrichtenden Sporteln nicht aufgerechnet werden mögen.
2. In *Gantsachen* sollen die gerichtlichen Requisitionen gegenseitig kostenfrei vollzogen und nur für unvermeidliche baare Auslagen, welche die Vollziehung der Requisitionen etwa nach sich zieht, gegenseitig Ersatz geleistet werden.
3. In allen Fällen hat die requirirende Stelle ihre Schreiben bis an den Abgabe-Ort zu frankiren,

594 *Conventions entre le Wurtemberg*

1828 wogegen die ersuchte in unfrankirten Briefen antwortet.

Dem gemäß haben die Königlichen Gerichte bei vorkommenden Veranlassungen sich zu achten.
Stuttgart, den 15. März 1828.

Auf seiner Königlichen Majestät höchsten Befehl:

MAUCLER.

BEROLDINGEN.

117.

Conventions entre le Wurtemberg et la Saxe royale, le grand duché de Saxe et le duché de Brunsvic concernant les fraix de justice en matières criminelles, publiées à Stuttgart le 17 Mars 1828.

(*Regierungsblatt für das Königreich Württemberg.*
1828. n. 17. pag. 145).

Die K. Württembergische Regierung ist mit der K. Sächsischen, der Großherzoglich Sachsen-Weimarschen und der Herzoglich Braunschweig'schen Regierung in Beziehung auf Vergütung derjenigen Kosten, welche durch Requisitionen in Straf-Rechtsfällen bei den gegenseitigen Gerichtsstellen veranlaßt werden, dahin übereingekommen:

„dafs in allen strafrechtlichen Verhandlungen, wo die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats oder der Gerichtsherren übernommen werden müssen, die ersuchende Stelle der ersuchten lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungs-Gebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen zu berechnen und zu erstatten haben soll, wogegen alle andere Kosten, für Protokollirung, Schreib- und Abschrift-Gebühren, so wie für die an die Gerichts-Personen

oder an die Casse sonst zu entrichtenden Sporteln 1828 nicht aufgerechnet werden mögen."

Diese Uebereinkunft, deren Wirksamkeit gegenüber von dem Königreiche Sachsen und dem Herzogthum Braunschweig mit dem 1. März d. J., gegenüber von dem Großherzogthume Sachsen aber mit dem 5. Februar d. J. beginnt, wird andurch zu öffentlicher Kenntniß gebracht, und den betreffenden Behörden aufgegeben, sich bei eintretenden Fällen nach solcher zu benehmen.

Stuttgart, den 17. März 1828.

Auf Seiner Königlichen Majestät höchsten Befehl:

MAÜCLER.

BEROLDINGEN.

118.

*Convention entre l'electorat de Hesse
et le grand duché de Saxe-Weimar-
Eisenach, concernant l'extradition
de criminels et d'autres rapports de
jurisdiction criminelle; publiée à
Cassel le 19 Mars 1828.*

(*Sammlung von Gesetzen etc. für Kurhessen.*
Jahr 1828. Nr. III. März. pag. 13).

Das unterzeichnete Kurfürstlich - Hessische Staatsministerium erklärt hiermit, daß zwischen der Kurfürstlichen und der Großherzoglich - Sachsen - Weimar-Eisenachschen Staatsregierung, in Gemäsheit der von Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten ertheilten Ermächtigung, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und zur Unterstützung der Rechtspflege in Kriminal-Fällen überhaupt folgende Uebereinkunft verabredet und abgeschlossen worden ist:

ART. I. Alle Personen, die während ihres Aufenthaltes in einem der beiderseitigen Lande ein Ver-

1828 brächen begangen haben, welche, nach den Grundsätzen der in beiderseitigen Landen geltenden Rechte, eine peinliche Strafe nach sich zieht, sollen, wenn sie vor erfolgender Bestrafung in die anderseitigen Lande sich gewendet haben, an dasjenige Gericht unweigerlich ausgeliefert werden, in dessen Gerichtsbezirke das Verbrechen verübt worden ist.

Haben jedoch die Verbrecher, deren Auslieferung aus einem der beiden Staaten verlangt wird, darin einen wirklichen Wohnsitz erworben, dergestalt, daß sie als domiciliirte Landesunterthanen betrachtet werden können; so soll die Auslieferung derselben bis zu einer in jedem einzelnen Falle zwischen dem Kurfürstlich-Hessischen und dem Großherzoglich-Sächsischen Ministerium zu treffenden besondern Uebereinkunft ausgestellt bleiben.

Auch wegen bloßer Accise- und Contrebande-Vergehen, ohne Unterschied und selbst dann, wenn darauf in dem einen oder in dem anderen Lande entweder überhaupt oder nach den Zeitumständen, z. B. bei Fruchtsperren u. s. w., eine peinliche Strafe gesetzt seyn sollte, findet die Auslieferung nicht Statt, es wäre denn, daß für den vorkommenden einzelnen Fall zwischen den beiderseitigen Regierungen eine Uebereinkunft getroffen würde.

ART. II. Sollte nach der Verfassung desjenigen Landes, wo das Verbrechen verübt worden ist, die Untersuchung von einem andern Gerichte, als demjenigen geführt werden, in dessen Bezirke das Verbrechen sich zugetragen hat; so erfolgt die Auslieferung an den die Untersuchung auf sich habenden Richter.

ART. III. Der Auslieferung muß jedes Mal eine Requisition des die Untersuchung führenden Gerichts vorhergehen. Mithin soll ein bloßes Anerbieten zur Auslieferung, welches sich nicht auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition gründet, keiner Gerichtsstelle der beiderseitigen Lande die Annahme eines Verbrechens zur Nothwendigkeit machen.

ART. IV. Trüge es sich zu, daß um die Auslieferung eines Verbrechens zu einer Zeit nachgesucht würde, wo selbiger schon wegen eines anderen Ver-

brechens bei dem requirirten Gerichte in Untersuchung 1828 befangen ist; so soll die Auslieferung nur alsdann Statt finden, wenn das Verbrechen, welches der requirirende Richter zu untersuchen hat, nach den Grundsätzen der seinem Verfahren zum Grunde liegenden Rechte eine gröfsere Strafe nach sich zieht.

ART. V. Ist es aber zweifelhaft, welches von beiden Verbrechen eine gröfsere Strafe nach sich ziehe, oder sind beide Verbrechen von gleicher Strafbarkeit; so unterbleibt die Auslieferung, wofern nicht in jedem einzelnen Falle durch Uebereinkunft der beiderseitigen Regierungen ein Anderes beliebt wird.

ART. VI. Erfolgt die Auslieferung in einem solchen Falle, wo der Verbrecher in beiden Landen sich vergangen hat; so werden dem requirirenden Richter die von dem requirirten Gerichte geführten Akten und alle sonst erforderlichen Nachrichten zugleich mitgetheilt, um danach die auf beiden Verbrechen ruhenden Strafen zu erkennen und auch sonst in Ansehung der Entschädigung oder anderer Umstände darauf die nöthige Rücksicht nehmen zu können.

ART. VII. Wenn der Verbrecher, um dessen Auslieferung nachgesucht wird, nicht bereits bei dem requirirten Gerichte sich in Haft befindet; so sollen zur Verhaftung desselben die schleunigsten Anstalten getroffen werden.

ART. VIII. Sobald der Verbrecher nach Art. III. auf eine in öffentlichen Blättern bekannte gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition in Haft gezogen ist, muß der requirirte Richter dem requirirenden davon unverzüglich Nachricht ertheilen, damit dieser sodann die ungesäumte Abholung besorge. Der requirirte Richter hat demnach die eigene Abschickung des Verbrechers nur alsdann zu veranstalten, wenn beide Richter deshalb einverstanden sind.

ART. IX. Auch in solchen Kriminal-Fällen, wo nicht um die Auslieferung eines Verbrechers, sondern nur um Vernehmung der Zeugen oder anderer Personen und um Mittheilung der Akten oder sonstiger Nachrichten angesucht wird, sollen die Gerichtsstellen der beiderseitigen Lande mit aller Willfährigkeit einander zu Hülfe kommen. Selbst die Stellung der

1828 Zeugen oder anderer Personen soll, wenn sie der requirirende Richter unumgänglich nöthig findet, nicht verweigert werden.

ART. X. Wenn wegen anzustellender Konfrontation die Stellung eines oder mehrerer Inquisiten nöthig erachtet wird; so sollen auf vorgängige Kommunikation der Landes-Justizkollegien derselbe oder dieselben nicht bloß bis auf die Grenze, sondern unter den erforderlichen Sicherheits-Anstalten an das untersuchende Gericht selbst zu solchem Zwecke verabfolgt werden.

ART. XI. Mit der Bezahlung der Kosten soll es nachfolgendermaßen gehalten werden. Wenn der an das requirirende Gericht ausgelieferte Verbrecher hinreichend eigenes Vermögen besitzt; so werden hieraus dem requirirten Richter nicht allein alle baaren Auslagen erstattet, sondern auch die sämtlichen Gerichtsgebühren nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe entrichtet.

Hat aber der ausgelieferte Verbrecher kein hinreichendes eigenes Vermögen; so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und der requirirende Richter erstattet demselben lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungsgebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen, sowie für Kopialien.

ART. XII. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Hinsicht der Bezahlung der Kosten in solchen Kriminal-Fällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Verbrechern, sondern nur auf die Abhörnung oder Stellung von Zeugen oder anderen Personen ankommt.

ART. XIII. Zur Entscheidung der Frage, ob der Verbrecher hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung von Gerichtsgebühren besitze oder nicht, soll in beiderseitigen Landen etwas weiteres nicht, als das Zeugniß desjenigen Gerichtes erfordert werden, unter welchem der Verbrecher seine eigentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beibehaltung der Kosten dort mit Schwierigkeiten ver-

bunden sein, so wird es angesehen, als ob derselbe 1828 kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

ART. XIV. Den in Kriminal-Untersuchungen zu stellenden Zeugen und anderen abzuhörenden Personen sollen bei wirklich erfolgter Stellung die Reise- und Zehrungs-Kosten nebst der wegen ihrer Versäumnis ihnen gebührenden Vergütungs-Summe und zwar nach deren von dem requirirten Gerichte geschehenen Verzeichnung von dem requirirenden Richter sofort verabreicht werden. Bedürfen dieselben deshalb eines Vorschusses, so hat solchen Vorschuss das requirirte Gericht zu übernehmen, das requirirende Gericht aber ungesäumt wieder zu erstatten.

ART. XV. Wenn Verbrechen entweder auf unbestrittener Grenze, oder an solchen Orten, wo selbst die Hoheitsgrenze zweifelhaft ist, verübt worden; so soll die Prävention unter den beiderseitigen Gerichten dergestalt Statt haben, daß die Untersuchung und Bestrafung demjenigen Gerichte verbleibe, welches den Inquisiten selbst über das angezeigte Verbrechen oder Vergehen zuerst vernommen hat, wobei jedoch zur wechselseitigen Bedingung gemacht wird, daß solche Fälle in Absicht der Landeshoheit nicht für Besitzhandlungen gelten, noch als solche jemals angezogen werden sollen.

ART. XVI. Wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande ist annoch festgesetzt, daß in den Fällen, wenn

a. der Arrestat kein Unterthan desjenigen Landesherrn ist, durch dessen Lande die Durchführung geschieht,

b. die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht vom Militär ist, sondern nur aus Polizei-Bedienten oder anderen Personen besteht, auch

c. nicht von beträchtlicher Anzahl und nur höchstens fünf Mann stark ist, die Durchführung auf bloße Pässe der Polizei-Behörde, welche jedoch die obige Einschränkung unter a. deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Ortsobrigkeiten gestattet, und die nöthige Assistenz dabei geleistet werden soll. In anderen Fällen aber ist darüber eine vorgängige Korrespondenz der höheren Kollegien fernerweit erforderlich.

600 *Convention entre le Wurtemberg*

1828 ART. XVII. Endlich ist den Polizei-Bedienten beiderseitiger Regierungen verstattet, flüchtigen Verbrechern oder Verdächtigen über die Grenze nachzusetzen, auch solche, wenn nicht sofort die Hülfe der Landesbeamten dazu bewirkt werden kann, anzuhalten; da dann die Angehaltenen jedesmal an das nächste Amt des Landes, worin sie ergriffen worden, abzugeben sind, welches wegen der Auslieferung nach den gegebenen Vorschriften verfährt.

Gleichwie nun die gegenwärtige Vereinbarung auf die Reziprozität gegründet und auf die Beförderung einer unverweilten Justizpflege lediglich gerichtet ist; also werden in selbiger alle beiderseitigen Lande begriffen, und soll dieselbe demnächst in den Landen der beiden höchsten pazisirenden Theile gewöhnlichermalsen bekannt gemacht werden.

Cassel, am 19ten März 1828.

Kurfürstliches Staatsministerium.

Für den Minister des Innern:

WITZLEBEN. SCHMINKE. MEYER. RIESS.

Vt. EGGENA.

Die anher mitgetheilte jenseitige Ausfertigung der obigen Uebereinkunft ist vom Großherzoglich - Sächsischen Staatsministerium in Weimar am 1sten Februar 1828 unterzeichnet worden.

119.

Convention entre le Wurtemberg et le grand duché de Hesse concernant les fraix de justice en matières civiles, publiée à Stouuttgart le 20 Mars 1828.

(Regierungsblatt für das Königreich Würtemberg. 1828. n. 17. pag. 146).

Die K. Würtembergische Regierung hat mit der Großherzoglich Hessischen Regierung wegen gegen-

seitiger kostenfreier Vollziehung von gerichtlichen Requisitionen in Civil-Rechtssachen, mit Einschluß der Gantsachen, nachstehende Uebereinkunft geschlossen: 1828

1. Für die Vollziehung von gerichtlichen Requisitionen in Civil- und in Gantsachen sollen gegenseitig keinerlei Kosten in Aufrechnung gebracht werden.
Dagegen wird
2. für unvermeidliche baare Auslagen, welche die Vollziehung einer Requisition etwa nach sich zieht, jeden Falls mit Ausnahme der Postbestell-Gebühren, gegenseitig Ersatz geleistet.
3. In allen Fällen hat die requirirende Stelle ihre Schreiben bis an den Abgabe-Ort zu frankiren, wogegen die requirirte in unfrankirten Briefen antwortet.

Dem gemäß haben die Königlichen Gerichte bei vorkommenden Veranlassungen sich zu achten.

Stuttgart, den 20. März 1828.

Auf Seiner Königlichen Majestät höchsten Befehl:

MAÜCLER.

BEROLDINGEN.

120.

Publication concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre la Russie et le duché d'Oldenbourg, faite à Oldenbourg le 23 Mars 1828.

(*Oldenburgische Anzeigen.* Nr. 25. den 26. März 1828.)

Nachdem durch gegenseitige ministerielle Erklärungen zwischen dem Russischen Kaiserreiche und dem Königreiche Polen einer und den Herzoglich-Oldenburgischen Landen anderer Seits das Abzugs- und

1828 Nachsteuer - Recht aufgehoben und in dieser Hinsicht eine vollkommene Freizügigkeit verabredet worden ist, so wird dieses hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Oldenburg, den 23. März 1828.

V. BRANDENSTEIN.

KÜCKENS.

121.

*Convention entre la Prusse et le duc
chê de Nassau concernant le rem-
boursement des frais de justice en
matières criminelles, signée le 27
Mars 1828.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten. 1828. Nr. 6. pag. 43).

Nachdem die Königlich-Preussische Regierung mit der Herzoglich Nassauischen Regierung dahin übereingekommen ist, die gegenseitige Kostenvergütung in Untersuchungssachen gegen unvermögende Personen aufzuheben, erklärt das Königlich-Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hiermit Folgendes:

ART. I. In allen Fällen, wo Delinquenten von einer Königlich-Preussischen Kriminal-Justizbehörde an eine Herzoglich-Nassauische Kriminal-Justizbehörde oder von dieser an jene, nach vorgängiger Requisition ausgeliefert werden, sind nicht allein alle baare Auslagen, sondern auch die sämtlichen nach der bei dem requirirten Gericht üblichen Taxe zu liquidirenden Gerichtsgebühren von dem Letzteren aus dem Vermögen des an das requirirende Gericht ausgelieferten Delinquenten, wenn solches hinreicht, zu entrichten. Hat aber der ausgelieferte Delinquent kein hinreichendes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg, und das requirirende Gericht bezahlt als-

dann dem ersteren nur die baaren Auslagen für Atzung, 1828 Transport, Porto und Kopialien.

ART. II. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Untersuchungsfällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Delinquenten, sondern nur auf die Vernehmung oder Sistirung von Zeugen oder anderen Personen ankommt.

Die Reise- und Zehrungskosten des Richters, sofern diese zur Genügung der Requisition nothwendig sind, sollen jedoch, gleich den ad I. erwähnten baaren Auslagen, nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe, auch jedenfalls ersetzt werden.

ART. III. Zur Entscheidung der Frage: ob der Delinquent hinreichendes Vermögen zur Bezahlung der Gerichtsgebühren besitze oder nicht? soll in den beiderseitigen Landen nichts Weiteres als das Zeugniß derjenigen Gerichtsstelle erfordert werden, unter welcher der Delinquent seine wesentliche Wohnung hat. Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben, und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden sein, so wird es angesehen, als ob er kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

ART. IV. Den in allen Untersuchungssachen zu sistirenden Zeugen und jeder abzuhörenden Person überhaupt, sollen die Reise und Zehrungskosten nebst der wegen ihrer Versäumniß ihnen gebührenden Vergütung, nach deren vom requirirten Gerichte geschehenen Verzeichnung, bei erfolgter wirklicher Sistirung, sei es vor dem requirirten oder vor dem requirirenden Gericht, vom requirirenden Gericht, auf die erhaltene Benachrichtigung, dem requirirten Gericht ungesäumt wieder erstattet werden.

ART. V. Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende, von dem Herzoglich-Nassauischen Ministerio vollzogene, ausgewechselt worden, Kraft und Wirksamkeit in den gesammten beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Berlin, den 27sten März 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

122.

1828 *Convention entre la Hesse électorale
et la principauté de Waldeck con-
cernant les délits forestiers, de chasse
et de pêche du $\frac{2 \text{ Avril}}{12 \text{ Juin}}$ 1828.*

(*Sammlung von Gesetzen für Kurhessen. Jahr 1828.
Nr. V. April. pag. 21).*)

Das unterzeichnete Kurfürstlich - Hessische Staatsministerium erklärt hiermit, daß zwischen der Kurfürstlichen und der Fürstlich - Waldeckischen Staatsregierung, in Gemäßheit der von Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten ertheilten Ermächtigung, wegen der Untersuchung und Bestrafung der Forst-, Jagd-, Feld- und Fischerei - Frevel in den gegenseitigen Waldungen, Fluren und Fischwassern folgende Uebereinkunft verabredet und abgeschlossen worden ist:

ART. I. Es verpflichtet sich sowohl die Kurfürstlich - Hessische als die Fürstlich - Waldeckische Staatsregierung, die Forst-, Jagd-, Feld- und Fischerei - Frevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen und anderen Baumpflanzungen, in den Fluren und in den Fischwassern des anderen Gebiets verüben, sobald sie davon Kenntniß erhält, nach denselben Gesetzen untersuchen und bestrafen zu lassen, nach welchen sie würden untersucht und bestraft werden, wenn sie in den inländischen Forsten, Jagden, Fluren und Gewässern begangen wären.

ART. II. Was die Konstatirung eines im 1sten Artikel bezeichneten Frevels betrifft, so soll den Protokollen und Abschätzungen, welche durch die für den Ort des begangenen Frevels zuständigen und gerichtlich verpflichteten Forst - u. s. w. und Polizei-Beamten und beziehungsweise Taxatoren aufgenommen worden, auch von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle im anderen Staatsgebiete derselbe Glaube beigemessen werden, welchen die Gesetze den

Protokollen und Abschätzungen der inländischen An- 1828
gestellten dieser Art beilegen.

ART. III. Die Forst-, Jagd- und Fischerei-
Offizianten sowie die Flurhüter und sonstige zur Auf-
sicht bestellte Diener haben das Recht, den Frevler
auf Betreten, wenn sie ihn nicht mit Bestimmtheit
erkennen, auf dem Gebiete, wo er gefrevelt hat, an-
zuhalten, und ihn entweder an die inländische Polizei-
Behörde oder an die jenseitige Polizei-Behörde des
Wohnorts des Frevlers abzugeben oder abgeben zu
lassen.

Ist jedoch der Frevler eine Militärperson, so soll
derselbe stets an das nächste Justizamt des Staates,
welchem er angehört, zur Untersuchung und Bestrafung
abgeliefert werden.

ART. IV. Die im Artikel III. erwähnte Auslie-
ferung an die jenseitige Behörde findet jedoch nicht
Statt, wenn entweder die Frevler schaarenweise ein-
fallen, mithin gewissermaßen das Staatsgebiet verletzen,
und, auf geschehene Aufforderung, von Fortsetzung
des Frevels, oder auch nur ihrer Gegenwart nicht
abstehen wollen, oder wenn sie sich auf irgend eine
sonstige Weise durch Angriff, Mißhandlung, Dro-
hung und Gebrauch lebensgefährlicher Werkzeuge
der Staatsgewalt thätlich widersetzen, oder noch irgend
eines anderen Verbrechens außer dem Frevel sich
schuldig machen.

In diesen Fällen bleibt es lediglich derjenigen Staats-
regierung, in deren Gebiet eine solche Uebelthat Statt
finden wird, überlassen, die zur eigenen Handhabung
des gebührenden Schutzes und des eigenen Strafrechts
nöthigen Maasregeln zu ergreifen.

ART. V. Kommt ein Frevler zur Haft; so hat
gegen ihn die Untersuchung nicht nur wegen des
Frevels, bei dessen Begehung er verhaftet wurde,
sondern auch wegen aller derer Statt, welche nach
dem 1sten Juli d. J. von ihm begangen und noch
nicht abgethan seyn werden.

ART. VI. Um von beiden Seiten zur Sicherheit
des Forsteigenthums thunlichst mitzuwirken, wird
wechselseitig den gerichtlich verpflichteten Forst- und
Polizei-Beamten die Befugniss zugestanden, hinsicht-

1828 lich begangener Waldfrevel Haussuchungen im Gebiete des anderen Staates, wenn sich dort der angegebene Thäter aufhält oder der gefrevelte Gegenstand befinden möchte, zu veranlassen, welche Befugnifs bei den übrigen hierzu geeigneten Freveln ebenwohl eintritt. Die gedachten Beamten haben sich zu dem Ende an den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde zu wenden, und diesen zur Vornahme der Visitation in ihrer Gegenwart aufzufordern. — Derselbe hat die hierbei aufgefundenen, angeblich gefrevelten Gegenstände in sichere Verwahrung bringen zu lassen, übrigen für die Haussuchung keine Belohnung zu empfangen. Bei diesen Haussuchungen muß der Ortsvorstand oder Orts-Polizeibeamte sogleich ein Protokoll aufnehmen und eine Ausfertigung desselben alsbald dem requirirenden Förster u. s. w. einhändigen eine zweite Ausfertigung aber dem Untergerichte des Bezirks übersenden, bei Vermeidung einer Strafe von einem bis zu fünf Thalern für denjenigen Ortsvorstand oder Orts-Polizeibeamten, welcher der Requisition nicht Genüge leistete.

Auch kann der requirirende Forst- und Polizeibeamte verlangen, daß der Förster u. s. w. (oder in dessen Abwesenheit der etwa dazu geeignete Aufseher) des Ortes, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

ART. VII. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den beiderseitigen Staaten wird es zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der vorliegenden Frevel so schleunig vorzunehmen, als es nach der bestehenden Gerichtsverfassung nur immer thunlich ist, auch insbesondere bei ausgezeichneten oder sehr bedeutenden Freveln die Untersuchung in jedem einzelnen Falle sogleich eintreten zu lassen.

ART. VIII. Die Vollziehung der Straf-Erkenntnisse, nebst der Beitreibung der dem Wald-, Jagd-, Feld- und Fischerei-Eigenthümer oder sonstigen Beschädigten zuerkannten Entschädigungsgelder, soll mit der thunlichsten Beschleunigung bewirkt, und deswegen zu gegründeten Beschwerden niemals Anlaß gegeben werden.

Die erkannte Geld- oder Arbeitsstrafe wird zum Vortheile der Herrschaft des Gerichts vollzogen, welches das Erkenntnifs ertheilt hat. Der zuerkannte

Schadens-Ersatz, einschließlich des Holzwerths, so- 1828
wie die Pfände - oder Angeber - Gebühr, wo diese
gesetzlich besteht, werden vorzugsweise vor der
Strafe oder deren übrigen Theile beigetrieben. Auch
soll bei ausgemitteltem Zahlungs - Unvermögen eines
Frevlers die sonst dem auswärtigen Wald - oder Feld-
Eigenthümer u. s. w. zukommende Entschädigung
zum Vortheile der Gerichtsherrschaft oder der Orts-
gemeinde des Wohnsitzes des Frevlers durch Arbeit
abverdient werden.

Die gegenwärtige, auf Reziprozität gegründete
Vereinbarung ist vorerst auf sechs Jahre, vom 1sten
Juli laufenden Jahres an, abgeschlossen worden, und
soll in den beiderseitigen Landen auf die gewöhnliche
Weise bekannt gemacht, auch auf deren genaueste
Befolgung von den beiderseitigen Gerichts-, Polizei-
und anderen Behörden mit gebührender Strenge ge-
halten werden.

Cassel, am 2ten April 1828.

Kurfürstliches Staatsministerium.

Für den Minister des Innern:

WITZLEBEN, SCHMINKE, MEYER. RIESS.

Vt. EGGENA.

Die anher mitgetheilte jenseitige Ausfertigung der vorstehen-
den Uebereinkunft ist bei der Fürstlich - Waldeckischen Re-
gierung in Arolsen am 12ten Juni 1828 unterzeichnet worden.

123.

1828 *Traité de Commerce et de Navigation entre Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, conclu à Rio de Janeiro le 26 Avril 1828.*

(Copenhague. De l'Imprimerie de J. Hostrup Schultz, Directeur, Imprimeur Royal et de l'Université. 1829. 4).

Au nom de la très-sainte et indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, ayant également à coeur de resserrer de plus en plus les liens d'amitié, qui subsistent entre Elles, et d'étendre les relations commerciales entre Leurs Etats respectifs, sont convenues de conclure un Traité de commerce et de navigation réciproquement avantageux aux deux nations, et ont nommé pour cet effet pour Leurs Plénipotentiaires, à savoir:

Sa Majesté le Roi de Danemarck le très-illustre Baron George Henri de Löwenstern, Son Chambellan, Colonel à la suite de Ses armées, Chevalier de l'ordre de Sainte-Anne de la deuxième classe, de ceux de Saint-Vladimir et de l'Epée, décoré du sabre d'or pour la bravoure, de la croix d'or pour la bataille d'Eylau et des médailles pour la campagne de 1812 en Russie et pour la prise de Paris, Son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur du Brésil;

Et Sa Majesté l'Empereur du Brésil les très-illustres et très-excellents, le Marquis do Aracaty, de Son Conseil, Gentilhomme de Sa Chambre Impériale, Conseiller des Finances, Commandeur de l'ordre d'Aviz, Sénateur de l'Empire, Ministre Secrétaire d'Etat des affaires étrangères; le Sieur Bento Barrozo Pereira, de Son Conseil, Sénateur de l'Empire, Viador, Offi-

cier de l'ordre Impérial du Cruzeiro, Commandeur 1828 de celui d'Aviz, Brigadier de l'armée nationale et Impériale, Ministre Secrétaire d'Etat de la guerre; et le Sieur Lucio Soares Teixeira de Gouvea, de Son Conseil, Officier de l'ordre Impérial do Cruzeiro, Chevalier de celui du Christ, Dezembargador da Caza da Supplicação, Ministre Secrétaire d'Etat de la justice;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont tombés d'accord et convenus des articles suivans :

ART. I. Il y aura une paix constante et une amitié perpétuelle entre Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, les Souverains, Leurs Successeurs, Leurs sujets et Leurs territoires sans exceptions des personnes et des lieux.

ART. II. Les navigateurs et commerçans de chacune des hautes parties contractantes, venant d'un des ports ou havres de leurs Etats respectifs, ou bien d'un des ports ou havres de tout autre Etat quelconque, pourront avec leurs navires et embarcations, sur leur lest ou chargés, fréquenter et visiter les côtes, ports, rivières, baies et havres de l'autre des hautes parties contractantes.

Ils seront traités, tant à leur entrée qu'à leur sortie, sur le même pied que les commerçans et navires des nations les plus favorisées, relativement aux droits de port, de tonnage, de fanaux, de pilotage et de sauvetage ainsi qu'à tout autre droit ou charge de quelle espèce ou dénomination qu'elle soit.

Toutes les productions, marchandises ou effets de commerce quelconques provenant du sol, des manufactures ou de l'industrie des sujets et territoires de l'une des hautes parties contractantes, ou de tout autre pays quelconque, favorisé au Brésil par des Traités, importés directement ou indirectement dans des navires Brésiliens ou Danois dans les ports de l'autre, payeront en général et uniquement les mêmes droits que payent ou payeront les sujets de la nation la plus favorisée conformément à la "Pauta geral" des douanes.

L'intention bien sincère des hautes parties contractantes étant de donner toute la liberté possible au commerce par l'adoption d'un système d'une parfaite réciprocité fondée sur des principes justes, on est convenu, que tous les avantages de navigation et de

1828 commerce, qui sont ou qui seront concédés par une des hautes parties contractantes à une ville, une nation ou un Etat quelcouque seront de fait et de droit concédés aux sujets de l'autre, en observant toutefois les conditions auxquelles ils seront soumis. Il est stipulé cependant qu'en parlant de nation la plus favorisée, la nation Portugaise ne devra pas servir de terme de comparaison, même quand elle viendrait à être privilégiée au Brésil en matière de commerce.

Dans le commerce direct entre le Brésil et le Danemarck, les manifestes certifiés par les Consuls Brésiliens ou Danois respectifs, ou en cas qu'il n'y en a pas, par les autorités locales, suffiront pour admettre les importations ou exportations respectives à la jouissance des favorisations stipulées par cet article.

Dans le commerce indirect, les marchandises transportées dans des navires Danois dans des ports du Brésil seront sujettes, pour passer, aux mêmes formalités, qui sont introduites pour les nations les plus favorisées dans leur commerce indirect par des traités.

ART. III. Il est convenu d'excepter de cette concession réciproque les côtes, ports et lieux, où les navires d'aucune nation étrangère ne seroient admis; ainsi que les articles réservés à la Couronne du Brésil, et le commerce le long des côtes et de ports à ports, consistant en effets de commerce du pays ou étrangers, déjà expédiés pour la consommation, ce commerce ne pouvant se faire que dans des embarcations nationales; les sujets des deux parties contractantes seront toutefois libres de charger leurs effets et marchandises sur les dites embarcations, payant les uns et les autres les mêmes droits.

Il est entendu toutefois, que non obstant que le privilège du commerce des côtes est réservé aux navires nationaux, il sera permis aux embarcations de l'autre des hautes parties contractantes de naviguer d'un port à l'autre, où il y a des douanes, pour compléter leur cargaison destinée pour l'exportation.

ART. IV. Toutes les fois que les marchandises importées, soit production du sol, des manufactures ou de l'industrie des sujets et territoires de l'une des hautes parties contractantes, soit de tout autre pays favorisé au Brésil par des traités, ne seroient pas expresse-

ment spécifiées dans le tarif (la Pauta) publié des droits 1828 d'entrée à payer, leur valeur sera fixée à la douane d'après l'évaluation faite par l'importateur. Mais si les officiers des douanes, chargés de la perception des droits, jugeroient que cette évaluation fût trompeuse, ils pourront garder les effets évalués, en payant dans le cours, de quinze jours, à compter du premier jour de la détention, dix pour cent au-delà de l'estimation à celui, qui les a importés, en restituant les droits déjà payés.

Il sera permis aux Consuls des hautes parties contractantes de faire des représentations, quand ils s'aperçoivent que les droits, imposés par le tarif sur quelque article, sont excessifs, afin que cela soit pris en considération aussitôt que possible, l'expédition de l'article en question ne sera cependant pas suspendue par cette mesure.

ART. V. Les vaisseaux et les cargaisons Brésiliens ne payeront pas au passage du Sund ou des Belts des droits ou impositions plus forts ou autres que ceux, qui sont ou qui seront payés par la nation la plus favorisée.

ART. VI. Les hautes parties contractantes sont convenues à déclarer, que tant qu'une loi ne règlera pas la nationalité des navires Brésiliens, seront regardés comme tels ceux dont le propriétaire et le capitaine sont sujets Brésiliens, munis de leurs expéditions et autres documens en forme légale. De même seront considérés comme navires Danois ceux, qui seront munis des papiers et certificats qui sont en vigueur dans le royaume du Danemarck. Les hautes parties contractantes se communiqueront mutuellement les formes prescrites pour l'expédition des papiers de mer.

ART. VII. Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Brésil accorderont, selon les formalités d'usage, les faveurs, immunités honneurs, privilèges et exemptions des droits et impôts à Leurs Ambassadeurs, Ministres et Agens diplomatiques, accredités respectivement auprès de Leurs Cours; et les faveurs concédées par l'un des deux Souverains à cet égard seront également accordées par l'autre Souverain.

1828 Chacune des hautes parties contractantes aura le droit de nommer des Consuls généraux, des Consuls et Vice-Consuls dans tous les ports de l'autre, où l'utilité du commerce et les intérêts commerciaux de leurs sujets respectifs l'exigent. Toutefois seront exceptés les ports et villes, où les hautes parties contractantes ne jugeront pas nécessaire la présence de ces agens. Les dits Consuls de toutes les classes ne pourront cependant point commencer l'exercice de leurs fonctions avant que d'être reconnus et approuvés par le Souverain, dans les Etats duquel ils résident. Ils jouiront dans l'un et l'autre pays pour leurs personnes, dans l'exercice de leurs fonctions, et par rapport à la protection, qu'ils doivent à leurs compatriotes des mêmes privilèges, qui sont ou qui seront accordés aux Consuls de la nation la plus favorisée.

L'exequatur concédé par le Gouvernement leur sera délivré, sans exiger d'eux des droits ou charges d'expédition ou autres, de quelle dénomination qu'ils soient, plus forts ou autres que ceux, qui sont ou qui seront payés pour l'expédition de l'exequatur des Consuls des nations les plus favorisées.

ART. VIII. Les sujets de l'une des hautes parties contractantes jouiront dans tous les Etats de l'autre de la plus parfaite liberté de conscience en matière de religion, conformément au système de tolérance établi et pratiqué dans les Etats de l'autre. Ils jouiront aussi, tant qu'ils se conforment aux lois du pays dans lequel ils résident, et autant qu'il sera compatible avec la sureté de l'Etat, relativement à leurs personnes, propriétés et la disposition de leurs biens et effets, de toute protection et favoritisation. Ils pourront disposer librement de leurs propriétés par vente, échange, donation ou de toute autre manière quelconque, sans qu'il y soit mis aucun obstacle ou empêchement. Leurs maisons, propriétés et effets seront protégés et respectés, et ne seront point saisis par aucune autorité contre leur volonté, sans préjudice toutefois de la marche légale de la justice. Ils seront exempts de tout service militaire par terre et par mer et de tout autre service public, ainsi que de tout emprunt forcé et de tout impôt et réquisitions militaires. Ils ne seront point obligés à payer aucunes imposi-

tions plus fortes que celles, qui sont ou qui seront payées par les sujets de la nation la plus favorisée. Ils pourront aussi nommer pour leurs Agens, Avocats et Procureurs ceux, qu'ils jugeront les plus convenables pour traiter et défendre leurs droits et causes. S'ils souffroient des violences et des vexations, les magistrats et les tribunaux seront obligés d'examiner leurs plaintes et de leur rendre justice conformément aux lois. Il leur sera permis de faire assigner leurs marchandises sur les douanes de l'autre des hautes parties contractantes avec les mêmes conditions et les mêmes garanties, qui sont établies à l'égard des sujets des Etats de la dite haute partie contractante.

ART. IX. S'il arrive, que quelques navires ou cargaisons, appartenantes aux sujets de l'une des hautes parties contractantes soient pris et emmenés par des pirates dans les ports de l'autre, les dits navires et cargaisons seront rendues au propriétaire légitime ou à celui, qui aura été dûment autorisé par lui à cet effet, et les objets réclamés, seront restitués si même ils auroient été vendus, aussitôt qu'il sera prouvé, que l'acheteur a su ou auroit pu savoir, que ces objets avoient été acquis par piraterie.

S'il arrive qu'un vaisseau de guerre ou marchand, appartenant à l'une des hautes parties contractantes, échoua dans les ports ou contre les côtes de l'autre, on prêtera tous les secours possibles non seulement pour sauver les personnes et les effets, mais aussi pour assembler, garder et conserver les objets sauvés, lesquels ne payeront aucun droit, à moins qu'on ne les destine à être vendus pour la consommation.

ART. X. En cas de mésintelligence entre les deux hautes parties contractantes ou de rupture (ce qu'à Dieu ne plaise) cette rupture ne sera pas censée existante qu'après le rappel et le départ des agens diplomatiques respectifs. Les sujets de l'une des hautes parties contractantes, qui résideront dans les Etats de l'autre, pourront y demeurer, pour arranger leurs affaires ou pour continuer leur commerce dans l'intérieur, sans être inquiétés en aucune manière, à condition toutefois qu'ils se conduisent paisiblement et qu'ils se soumettent aux lois. Mais si leur conduite donnoit quelque motif de soupçon, ils sont obligés de sortir du pays, avec permission cependant de retirer

1828 leurs effets, et on leur accordera pour cela le tems nécessaire. qui néanmoins n'excèdera pas l'espace de six mois.

S'il arrivoit, que l'une des hautes parties contractantes entroit en guerre contre quelque Puissance, nation ou Etat, les sujets de l'autre partie pourront continuer leur commerce avec ces Etats, en exceptant néanmoins les villes et ports, qui seroient bloqués ou assiégés par mer ou par terre. Mais le commerce de la contrebande de guerre ne pourra se faire en aucun port quelconque.

Sous la dénomination des marchandises de contrebande de guerre sont compris: les canons, mortiers, fusils, pistolets, grénades, saucisses, voitures, ceinturons, poudres, salpêtre, casques, balles, boulets, javelines, épées, hallebardes, selles et harnais, ou autres instrumens quelconques destinés à l'usage de la guerre.

ART. XI. Le présent Traité sera en vigueur pendant dix ans, à compter de ce jour, et au-delà de ce terme jusqu'à l'expiration de douze mois, après que l'une des hautes parties contractantes aura annoncé à l'autre son intention de le terminer. Chacune des hautes parties contractantes se reservant le droit de faire à l'autre une telle déclaration à la fin des dix ans surmentionnés; il est convenu, qu'à l'expiration des douze mois après qu'une telle déclaration aura été reçue par l'une des hautes parties contractantes de la part de l'autre, ce Traité et toutes les stipulations qu'il contient, cesseront d'être obligatoires pour les deux parties.

ART. XII. Les ratifications du présent Traité seront échangées dans la ville de Rio de Janeiro dans l'espace de neuf mois ou plut tôt si faire se peut.

En foi de quoi Nous les Soussignés, Plénipotentiaires de Sa Majesté le Roi de Danemarck et Sa Majesté l'Empereur du Bresil, en vertu de nos pleins-pouvoirs, signons le présent Traité et y apposons le cachet de nos armes.

Fait à Rio de Janeiro le vingt-sixième du mois d'Avril, de l'année de la naissance de notre Seigneur Jésus Christ mil huit cent vingt-huit.

Le Baron DE LÖWENSTERN. *Marquez* DE ARACATY.

BENTO BARROZO PEREIRA.

LUCIO SOARES TEIXEIRA

DE GOUVEA.

124.

*Traité de commerce et de naviga-1828
tion entre la Prusse et les Etats-
Unis d'Amérique, signé le 1 Mai
1828.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten J. 1829. Nr. 6. pag. 25).*

Sa Majesté le Roi de Prusse et les Etats-Unis d'Amérique, également animés du désir de maintenir les rapports de bonne intelligence qui ont si heureusement subsisté jusqu'ici entre Leurs Etats respectifs, et d'en étendre et consolider les relations commerciales; et convaincus que cet objet ne sauroit être mieux rempli qu'en adoptant le système d'une entière liberté de navigation et d'une parfaite réciprocité, basé sur des principes d'équité également avantageux aux deux Pays, et applicables en temps de paix comme en temps de guerre; sont en conséquence convenus d'entrer en négociation, pour conclure un Traité de commerce et de navigation. A cet effet, Sa Majesté le Roi de Prusse a muni de pleins-pouvoirs le Sieur Louis Niederstetter, chargé d'affaires de Sa dite Majesté près les Etats-Unis d'Amérique; et le Président des Etats-Unis d'Amérique a muni des mêmes pouvoirs Henri Clay, Leur Secrétaire d'Etat, lesquels plénipotentiaires, après avoir échangé leurs dits pleins pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, ont arrêté et signé les articles suivans.

ART. I. Il y aura entre les territoires des Hautes Parties contractantes liberté et réciprocité de commerce et de navigation. Les habitans de leurs Etats respectifs pourront réciproquement entrer dans les ports, places et rivières des territoires de chacune d'Elles, partout où le commerce étranger est permis. Ils seront libres de s'y arrêter, et résider dans quelque partie que ce soit des dits territoires, pour y vaquer à leurs affaires; et ils jouiront, à cet effet, de la même sécurité et protection que les habitans du pays

1828 dans lequel ils résideront, à charge de se soumettre aux lois et ordonnances y établies.

ART. II. Les bâtimens Prussiens arrivant sur lest ou chargés dans les ports des Etats-Unis d'Amérique, et réciproquement, les bâtimens des Etats-Unis arrivant sur lest ou chargés dans les ports du Royaume de Prusse, seront traités à leur entrée, pendant leur séjour et à leur sortie, sur le même pied que les bâtimens nationaux venant du même lieu, par rapport aux droits de tonnage, de fanaux, de pilotage, de sauvetage et de port, ainsi qu'aux vacations des officiers publics et à tout autre droit ou charge, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques.

ART. III. Tout espèce de marchandises et objets de commerce, provenant du sol ou de l'industrie des Etats-Unis d'Amérique, ou de tout autre pays, qui pourront légalement être importés dans les ports du Royaume de Prusse, sur des bâtimens Prussiens, pourront également y être importés sur des bâtimens des Etats-Unis d'Amérique, sans payer d'autres ou plus forts droits ou charges, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques, que s'ils étaient importés sur des bâtimens Prussiens.

Et réciproquement, toute espèce de marchandises et objets de commerce, provenant du sol ou de l'industrie du Royaume de Prusse, ou de tout autre pays, qui pourront légalement être importés dans les ports des Etats-Unis d'Amérique, sur des bâtimens des dits Etats, pourront également y être importés sur des bâtimens Prussiens, sans payer d'autres ou plus forts droits ou charges, de quelque espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques, que s'ils étaient importés sur des bâtimens des Etats-Unis d'Amérique.

ART. IV. Afin de prévenir tout mésentendu et équivoque possibles, il est déclaré que les stipulations contenues dans les deux articles précédens, sont, dans toute leur plénitude, applicables aux bâtimens prussiens

et leurs cargaisons, arrivant dans les ports des Etats- 1828
Unis d'Amérique; et, réciproquement, aux bâtimens
des dits Etats et leurs cargaisons, arrivant dans les
ports du Royaume de Prusse, soit que les dits bâti-
mens viennent des ports du pays auquel ils appar-
tiennent, soit de ceux de tout autre pays étranger.

ART. V. Il ne sera imposé d'autres ni de plus
forts droits sur l'importation dans les Etats - Unis, des
articles provenant du sol ou de l'industrie du Roy-
aume de Prusse; et il ne sera imposé d'autres ni de
plus forts droits sur l'importation dans le Royaume
de Prusse des articles provenant du sol ou de l'indu-
strie des Etats - Unis, que ceux qui sont ou seront
imposés sur les mêmes articles provenant du sol ou
de l'industrie de tout autre pays étranger. De même,
il ne sera imposé sur l'importation ou sur l'exportation
des articles provenant du sol ou de l'industrie des
Etats - Unis ou du Royaume de Prusse, à l'entrée ou
à la sortie des ports des Etats - Unis, ou de ceux du
Royaume de Prusse, aucune prohibition qui ne soit
pas également applicable à toute autre nation.

ART. VI. Toute espèce de marchandises et ob-
jets de commerce, provenant du sol ou de l'industrie
des Etats - Unis, ou de tout autre pays, qui pourront
être légalement exportés des ports des dits Etats sur
des bâtimens nationaux, pourront également en être
exportés sur des bâtimens Prussiens, sans payer d'au-
tres ni de plus forts droits ou charges, de quelque
espèce ou dénomination que ce soit, perçus au nom
ou au profit du Gouvernement, des autorités locales,
ou d'établissmens particuliers quelconques, que si
ces mêmes marchandises ou denrées avoient été ex-
portées par bâtimens des Etats - Unis d'Amérique.

Une parfaite réciprocité sera observée dans les
ports du Royaume de Prusse, de sorte que toute espèce
de marchandises et objets de commerce, provenant
du sol ou de l'industrie du Royaume de Prusse, ou
de tout autre pays, qui pourront être légalement ex-
portés des ports du dit Royaume, sur des bâtimens
nationaux, pourront également en être exportés sur
des bâtimens des Etats - Unis d'Amérique, sans payer
d'autres ou de plus forts droits ou charges, de quel-
que espèce ou dénomination que ce soit, perçus au

1828 nom ou au profit du Gouvernement, des autorités locales, ou d'établissemens particuliers quelconques, que si ces marchandises ou denrées avoient été exportées sur des bâtimens Prussiens.

ART. VII. Les articles précédens ne sont pas applicables à la navigation des côtes ou cabotage de chacun des deux pays, que l'une et l'autre des Hautes Parties contractantes se réservent exclusivement.

ART. VIII. Il ne sera accordé, ni directement, ni indirectement, par l'une ou par l'autre des Parties contractantes, ni par aucune compagnie, corporation ou agent, agissant en son nom ou par son autorité, aucune priorité ou préférence quelconque pour l'achat d'aucun objet de commerce, légalement importé, à cause ou en considération de la nationalité du navire qui aurait importé les dits objets, soit qu'il appartienne à l'une des Parties, soit à l'autre: l'intention bien positive des Parties contractantes étant, qu'aucune différence ou distinction quelconque n'ait lieu à cet égard.

ART. IX. Si l'une des Parties contractantes accorde par la suite, à d'autres nations quelque faveur particulière en fait de commerce ou de navigation, cette faveur deviendra aussitôt commune à l'autre Partie qui en jouira gratuitement, si la concession est gratuite, ou en accordant la même compensation, si la concession est conditionnelle.

ART. X. Les deux Parties contractantes se sont accordé mutuellement la faculté, de tenir dans Leurs ports respectifs des Consuls, Viceconsuls, Agens et Commissaires de leur choix, qui jouiront des mêmes privilèges et pouvoirs dont jouissent ceux des nations les plus favorisées; mais dans le cas où les dits Consuls veulent faire le commerce, ils seront soumis aux mêmes lois et usages, auquel sont soumis les particuliers de leur nation à l'endroit où ils résident.

Les Consuls, Viceconsuls et Agens-commerciaux auront le droit, comme tels, de servir de juges et d'arbitres dans les différends qui pourraient s'élever entre les capitaines et les équipages des bâtimens de la nation dont ils soignent les intérêts, sans que les autorités locales puissent y intervenir, à moins que la conduite des équipages ou du capitaine ne troublât

l'ordre ou la tranquillité du pays , ou que les dits **1828**
Consuls, Viceconsuls ou Agens - commerciaux ne re-
quissent leur intervention pour faire exécuter ou
maintenir leurs décisions. Bien entendu, que cette
espèce de jugement ou d'arbitrage ne saurait pourtant
priver les Parties contractantes du droit qu'elles ont,
à leur retour, de recourir aux autorités judiciaires de
leur pays.

ART. XI. Les dits Consuls, Vice - Consuls ou
Agens - commerciaux seront autorisés à requérir l'assis-
tance des autorités locales, pour la recherche, l'arres-
tation, la détention et l'emprisonnement des désér-
teurs de navires de guerre et marchands de leurs pays ;
et ils s'adresseront , pour cet objet, aux tribunaux,
juges et officiers competens, et réclameront, par écrit,
les déserteurs susmentionnés, en prouvant par la com-
munication des registres des navires ou rôles de l'équi-
page, ou par d'autres documens officiels, que de tels
individus ont fait partie des dits équipages; et cette
réclamation ainsi prouvée, l'extradition ne sera point
refusée.

De tels déserteurs, lorsqu'ils auront été arrêtés,
seront mis à la disposition des dits Consuls, Vice-
Consuls ou Agens - commerciaux, et pourront être en-
fermés dans les prisons publiques, à la réquisition et
aux frais de ceux qui les réclament, pour être envoyés
aux navires auxquels ils appartenoient, ou à d'autres
de la même nation; mais s'ils ne sont pas renvoyés
dans l'espace de trois mois, à compter du jour de
leur arrestation, ils seront mis en liberté, et ne se-
ront plus arrêtés pour la même cause.

Toutefois, si le déserteur se trouvoit avoir com-
mis quelques crime ou délit, il pourra être sursis à
son extradition, jusqu'à ce que le tribunal saisi de l'af-
faire aura rendu sa sentence, et que celle - ci ait reçu
son exécution.

ART. XII. L'article douze du *Traité d'amitié et
de commerce* conclu entre les Parties en 1785.; et les
articles treize et suivans , jusqu'à l'article vingt-quatre
inclusivement, du *Traité* conclu à Berlin, en 1799.,
en exceptant le dernier paragraphe de l'article dix-
neuf, touchant les *Traités* avec la Grande - Bretagne,
sont remis en vigueur, et auront la même force et
valeur que s'ils faisoient partie du présent *Traité*. II

1828 est entendu cependant, que les stipulations contenues dans les articles ainsi remis en vigueur, seront toujours censées ne rien changer aux Traités et Conventions conclus de part et d'autre avec d'autres Puissances dans l'intervalle écoulé entre l'expiration du Traité de 1799. et le commencement de la mise en vigueur du présent Traité.

Les Parties contractantes désirant toujours, conformément à l'intention déclarée dans l'article douze du dit Traité de 1799 pourvoir entre Elles, ou conjointement avec d'autres Puissances maritimes, à des stipulations ultérieures, qui puissent servir à garantir une juste protection et liberté au commerce et à la navigation des neutres, et à aider la cause de la civilisation et de l'humanité, s'engagent ici, comme alors, à se concerter ensemble sur ce sujet, à quelque époque future et convenable.

ART. XIII. Vu l'éloignement des pays respectifs des deux Hautes Parties contractantes, et l'incertitude qui en résulte sur les divers événemens qui peuvent avoir lieu; il est convenu qu'un bâtiment marchand appartenant à l'une d'Elles, qui se trouverait destiné pour un port, supposé bloqué au moment du départ de ce bâtiment, ne sera cependant pas capturé ou condamné pour avoir essayé une première fois d'entrer dans le dit port, à moins qu'il ne puisse être prouvé, que le dit bâtiment avait pu et dû apprendre en route que l'état de blocus de la place en question durait encore: mais les bâtimens qui, après avoir été renvoyés une fois, essayeroient, pendant le même voyage, d'entrer une seconde fois dans le même port bloqué, durant la continuation de ce blocus, se trouveront alors sujets à être détenus et condamnés.

ART. XIV. Les citoyens ou sujets de chacune des Parties contractantes, auront, dans les Etats de l'autre, la liberté de disposer de leurs biens personnels, soit par testament, donation ou autrement, et leurs héritiers, étant sujets ou citoyens de l'autre Partie contractante, succéderont à leurs biens, soit en vertu d'un testament, ou *ab intestato*; et ils pourront en prendre possession, soit en personne, soit par d'autres agissant en leur place, et en disposeront à leur volonté, en ne payant d'autres droits que ceux auxquels les habitans du pays où se trouvent les dits

biens sont assujettis en pareille occasion. En cas d'absence des héritiers, on prendra provisoirement des dits biens les mêmes soins qu'on auroit pris en pareille occasion des biens des natifs du pays, jusqu'à ce que le propriétaire légitime ait agréé des arrangements pour recueillir l'héritage. S'il s'élève des contestations entre différens prétendans ayant droit à la succession, elles seront décidées en dernier ressort selon les lois et par les juges du pays où la succession est vacante. Et si, par la mort de quelque personne possédant des biens-fonds sur le territoire de l'une des Parties contractantes, ces biens-fonds venoient à passer, selon les lois du pays, à un citoyen ou sujet de l'autre Partie, celui-ci, si, par sa qualité d'étranger, il est inhabile à les posséder, obtiendra un délai convenable pour les vendre et pour en retirer le produit sans obstacle et exempt de tout droit de retenue de la part du Gouvernement des Etats respectifs. Mais cet article ne dérogera en aucune manière à la force des lois qui ont déjà été publiées, ou qui le seront par la suite, par Sa Majesté le Roi de Prusse, pour prévenir l'émigration de Ses sujets.

ART. XV. Le présent Traité sera en vigueur pendant douze années, à compter du jour de l'échange des ratifications; et si, douze mois avant l'expiration de ce terme, ni l'une ni l'autre des Hautes Parties contractantes n'annonce à l'autre, par une déclaration officielle, son intention d'en faire cesser l'effet, le dit Traité restera obligatoire pendant un an au delà de ce terme, et ainsi de suite, jusqu'à l'expiration des douze mois qui suivront une telle déclaration, à quelque époque qu'elle ait lieu.

ART. XVI. Le présent Traité sera approuvé et ratifié par Sa Majesté le Roi de Prusse, et par le Président des Etats-Unis d'Amérique par et avec l'avis et le consentement du Sénat des dits Etats; et les ratifications en seront échangées en la ville de Washington, dans l'espace de neuf mois, à dater de ce jour, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé les articles ci-dessus, tant en français qu'en anglais, et y ont apposé leurs sceaux; déclarant, toutefois que la signature dans ces deux langues ne doit pas, par la suite, être citée comme exemple, ni, en

1828 aucune manière porter préjudice aux Parties contractantes.

Fait par triplicata en la Cité de Washington, le premier Mai, l'an de grâce mit-huit-cent-vingt-huit, et le cinquante-deuxième de l'Indépendance des Etats-Unis d'Amérique.

LOUIS NIEDERSTETTER.

H. CLAY.

(Ce traité a été ratifié et les ratifications en ont été échangées à Washington le 14 Mars 1829).

125.

Convention entre l'Hanovre et le grand duché de Saxe-Weimar-Eisenach, concernant l'extradition des criminels, signée le 20 Mai 1828.

(*Königl. Hannov. Gesetz-Sammlung* 1828. Abth. I. p. 49. *Großherzogl. S. Weimar-Eisenach. Regierungs-Blatt.* Nr. 8. den 3ten Juni 1828).

Mit Seiner Königlichen Majestät allerhöchster Genehmigung ist zwischen dem Königlichen Cabinets-Ministerio und dem Großherzoglich Sächsischen Staats-Ministerio zu Weimar, über wechselseitige Auslieferung der Verbrecher und zur Unterstützung der Rechtspflege in Criminalfällen überhaupt, folgende Uebereinkunft getroffen worden:

ART. I. Alle Personen, die während ihres Aufenthalts in einem der beiderseitigen Lande ein Verbrechen begangen haben, welches nach den Grundsätzen der in beiderseitigen Landen geltenden Rechte eine peinliche Strafe nach sich zieht, sollen, wenn sie vor erfolglicher Bestrafung in die anderseitigen Lande sich gewendet haben, an dasjenige Gericht unweigerlich ausgeliefert werden, in dessen Gerichts-Bezirke das Verbrechen verübt worden ist.

Haben jedoch die Verbrecher, deren Auslieferung 1828 aus einem der beiden Staaten verlangt wird, darin einen wirklichen Wohnsitz erworben, dergestalt, daß sie als domicilirte Landesunterthanen betrachtet werden können: so soll die Auslieferung derselben bis zu einer in jedem einzelnen Falle zwischen dem Königlich - Großbritannisch - Hannoverschen und dem Großherzoglich Sächsischen Ministerium zu treffenden besondern Uebereinkunft ausgestellt bleiben.

Auch wegen bloßer Accise- und Contrebande-Vergehen, ohne Unterschied und selbst dann, wenn darauf in dem einen oder in dem andern Lande entweder überhaupt oder nach den Zeitumständen, z. B. bei Fruchtsperren u. s. w. eine peinliche Strafe gesetzt sein sollte, findet die Auslieferung nicht Statt; es wäre denn, daß für den vorkommenden einzelnen Fall zwischen den beiderseitigen Regierungen eine Uebereinkunft getroffen würde.

ART. II. Sollte nach der Verfassung desjenigen Landes, wo das Verbrechen verübt worden ist, die Untersuchung von einem andern Gerichte als demjenigen geführt werden, in dessen Gerichtsbezirke das Verbrechen sich zugetragen hat: so erfolgt die Auslieferung an den die Untersuchung auf sich habenden Richter.

ART. III. Der Auslieferung muß jedesmal eine Requisition des die Untersuchung führenden Gerichts vorhergehen. Mithin soll ein bloßes Anerbieten zur Auslieferung, welches sich nicht auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition gründet, keiner Gerichtsstelle der beiderseitigen Lande die Annahme eines Verbrechens zur Nothwendigkeit machen.

ART. IV. Trüge es sich zu, daß um die Auslieferung eines Verbrechens zu einer Zeit nachgesucht würde, wo selbiger schon wegen eines anderen Verbrechens bei dem requirirenden Gerichte in Untersuchung befangen ist: so soll die Auslieferung nur alsdann Statt finden, wenn das Verbrechen, welches der requirirende Richter zu untersuchen hat, nach den Grundsätzen der seinem Verfahren zum Grunde liegenden Rechte eine größere Strafe nach sich zieht.

ART. V. Ist es aber zweifelhaft, welches von beiden Verbrechen eine größere Strafe nach sich ziehe,

1828 oder sind beide Verbrechen von gleicher Strafbarkeit: so unterbleibt die Auslieferung, wofern nicht in jedem einzelnen Falle durch Uebereinkunft beiderseitiger Regierungen ein Anderes beliebt wird.

ART. VI. Erfolgt die Auslieferung in einem solchen Falle, wo der Verbrecher in beiden Landen sich vergangen hat, so werden dem requirirenden Richter die von dem requirirten Gerichte geführten Acten und alle sonst erforderlichen Nachrichten zugleich mitgetheilt, um darnach die auf beiden Verbrechen beruhenden Strafen zu erkennen und auch sonst in Ansehung der Entschädigung oder anderer Umstände darauf die nöthige Rücksicht nehmen zu können.

ART. VII. Wenn der Verbrecher, um dessen Auslieferung nachgesucht wird, nicht bereits bei dem requirirten Gerichte sich in Haft befindet: so sollen zur Verhaftung desselben die schleunigsten Anstalten getroffen werden.

ART. VIII. Sobald der Verbrecher nach Art. III. auf eine in öffentlichen Blättern bekannt gemachte oder in besonderen Schreiben geschehene Requisition in Haft gezogen ist, muß der requirirte Richter dem requirirenden davon unverzüglich Nachricht ertheilen, damit dieser sodann die ungesäumte Abholung besorge. Der requirirte Richter hat demnach die eigene Abschiedung des Verbrechers nur alsdann zu veranstalten, wenn beide Richter deshalb einverstanden sind.

ART. IX. Auch in solchen Criminal-Fällen, wo nicht um die Auslieferung eines Verbrechers, sondern nur um Vernehmung der Zeugen oder anderer Personen und um Mittheilung der Acten oder sonstiger Nachrichten angesucht wird, sollen die Gerichts-Stellen der beiderseitigen Lande mit aller Willfährigkeit einander zu Hülfe kommen. Selbst die Stellung der Zeugen oder anderer Personen soll, wenn sie der requirirende Richter unumgänglich nöthig findet, nicht verweigert werden.

ART. X. Wenn wegen anzustellender Confrontation die Stellung eines oder mehrerer Inquisiten nöthig erachtet wird: so sollen, auf vorgängige Communication der Landes-Justiz-Collegien, derselbe oder

dieselben nicht bloß bis auf die Gränze, sondern unter den erforderlichen Sicherheits-Anstalten an das untersuchende Gericht selbst zu solchem Zwecke verabfolgt werden. 1828

ART. XI. Mit der Bezahlung der Kosten soll es nachfolgendermaßen gehalten werden :

Wenn der an das requirirende Gericht ausgelieferte Verbrecher hinreichend eigenes Vermögen besitzt, so werden hieraus dem requirirten Richter nicht allein alle baaren Auslagen erstattet, sondern auch die sämtlichen Gerichtsgebühren nach der bei dem requirirten Gerichte üblichen Taxe abentrichtet.

Hat aber der ausgelieferte Verbrecher kein hinreichendes eigenes Vermögen, so fallen die Gebühren für die Arbeiten des requirirten Gerichts durchgehends weg und der requirirende Richter erstattet demselben lediglich die baaren Auslagen für Botenlohn und Postgelder, für Verpflegungsgebühren, Transport und Bewachung der Gefangenen, so wie für Copialien.

ART. XII. Nach gleichen Grundsätzen soll auch in Absicht der Bezahlung der Kosten in solchen Criminal-Fällen verfahren werden, wo es nicht auf die Auslieferung von Verbrechern, sondern nur auf die Abhörung oder Stellung von Zeugen oder anderer Personen ankommt.

ART. XIII. Zur Entscheidung der Frage, ob der Verbrecher hinreichendes eigenes Vermögen zur Bezahlung von Gerichtsgebühren besitze oder nicht, soll in beiderseitigen Landen etwas Weiteres nicht als das Zeugniß desjenigen Gerichts erfordert werden, unter welchem der Verbrecher seine eigentliche Wohnung hat.

Sollte derselbe seine wesentliche Wohnung in einem dritten Lande gehabt haben und die Beitreibung der Kosten dort mit Schwierigkeiten verbunden seyn, so wird es angesehen, als ob derselbe kein hinreichendes eigenes Vermögen besitze.

ART. XIV. Den in Criminal-Untersuchungen zu stellenden Zeugen und andern abzuhörenden Personen sollen bei wirklich erfolgter Stellung die Reise- und Zehrungs-Kosten nebst der wegen ihrer Versäumung ihnen gebührenden Vergütungs-Summe, und zwar nach deren von dem requirirten Gerichte geschehenen Verzeichnung, von dem requirirenden Rich-

1828 ter sofort verabreicht werden. Bedürfen dieselben deshalb eines Vorschusses, so hat solchen Vorschuss das requirirte Gericht zu übernehmen, das requirirte Gericht aber ungesäumt wieder zu erstatten.

ART. XV. Wegen Durchführung der Gefangenen durch beiderseitige Lande ist annoch festgesetzt, dafs in Fällen, wenn

a. der Arrestat kein Unterthan desjenigen Landes herrn ist, durch dessen Lande die Durchführung geschieht.

b. Die zur Wache mitgegebene Mannschaft nicht vom Militair ist, sondern nur aus Polizei-Bedienten oder anderen Personen besteht; auch

c. nicht von beträchtlicher Anzahl und nur höchstens fünf Mann stark ist,

die Durchführung auf blofse Pässe der Polizei-Behörden, welche jedoch die obige Einschränkung unter a. deutlich enthalten müssen, von den Garnisonen und jeden Orts-Obrigkeiten gestattet und die nöthige Assistenz dabei geleistet werden soll. In andern Fällen aber ist darüber eine vorgängige Correspondenz der höheren Collegien fernerweit erforderlich.

Gleichwie nun die gegenwärtige Vereinbarung auf die Reciprocität gegründet und auf die Beförderung einer unverweilten Justiz-Pflege lediglich gerichtet ist, also werden in selbiger alle beiderseitigen Lande begriffen, und soll dieselbe demnächst in den Landen beider höchsten pacificirenden Theile gewöhnlicher-malsen bekannt gemacht werden.

Diese Uebereinkunft wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnifs gebracht und werden alle obrigkeitlichen Behörden angewiesen, die Bestimmungen derselben in vorkommenden Fällen zur Anwendung zu bringen.

Hannover, den 20ten Mai 1828.

Königl. Großbritannisch-Hannoversche zum Cabinets-Ministerio verordnete General-Gouverneur und Geheime-Räthe.

BREMER.

126.

*Convention entre la Prusse et la Saxe 1828
royale concernant le couvent de Joa-
chimstein près de Radmeritz, signé
le 2 Juin 1828.*

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen.
Nr. 4. pag. 27).

In der, unter allerhöchster Genehmigung und unter dem Vorsitze Königl. Commissarien, von ständischen Deputationen beider Landesatheile des Markgrafthums Oberlausitz, über die Auseinandersetzung dieser Landesatheile abgeschlossenen Convention vom 27sten August 1819, §. 40, ist die Regulirung der Stiftung Joachimstein bei Radmeritz zu einer besondern Convention ausgesetzt worden.

Die hierzu ernannten Königl. Commissarien und landständischen Deputirten haben demnach, bis auf Zustimmung der allerhöchsten Behörden, folgende Vereinigung hierüber getroffen:

§. 1. Das welt-adelige Fräuleinstift zu Joachimstein steht als Stiftung lediglich unter Königlich Sächsischer Hoheit.

Was aber die Grundbesitzungen dieser Stiftung anlangt, so bestimmt sich die Landeshoheit und die Gerichtsbarkeit über die Bewohner durch die im Jahre 1818 definitiv erfolgte Grenzbestimmung der beiden Landestheile des Markgrafthums Oberlausitz.

§. 2. Hinsichtlich der Genuszberechtigung, der Collaturbefugnisse und der Verwaltung verbleibt das Stift Joachimstein beiden Landestheilen gemeinschaftlich, und demnach die Stiftung selbst in Ansehung ihrer wesentlichen Einrichtungen in der bisherigen Mafse bestehend.

Die unterm 26sten Mai 1744 landesherrlich confirmirten Stiftsstatuten behalten in allen denjenigen Fällen, wo nicht durch gegenwärtige Convention eine Abänderung getroffen wird, ihre volle Gültigkeit.

1828 Das Original gedachter Stiftsstatuten ist künftig bei der Königl. Sächsischen Ober-Amts-Regierung zu Budissin aufzubewahren; jedoch wird sich Königl. Preussischer Seits, in Gemäsheit der oberlausitzischen Ausgleichungs-Convention vom 27sten August 1819 und daselbst §. 29, vorbehalten, daß diese gemeinschaftliche Urkunde den Landständen des Preussischen Markgraftthums Oberlausitz, bedürfenden Falls, in beglaubigter Abschrift oder auch, nach Erforderniß des Bedarfs, im Originale mitgetheilt werden muß.

§. 3. Die Genußberechtigten anlangend, ist

a. bei den Fräulein-Beneficiaten - und Pensionairen-Stellen jede statutenmäsig qualificirte Oberlausitzerinn, ohne Unterschied des Landestheils, wenn auch, der Reihe nach, die Collatur den Landständen des andern Theils zusteht, mit gleichem Vorzugsrechte wählbar;

b. in gleicher Mafse wird bei der Wahl des Stiftsverwesers und der Stiftshofmeisterinn keine Rücksicht auf den Landestheil genommen, zu welchem der Candidat gehört;

c. bei den Stiftsstipendien hingegen tritt an die Stelle des vormaligen Budissinischen Landkreises, der Königl. Sächsische Landesatheil, und an die Stelle des vormaligen Görlitzischen Landkreises, der Königl. Preussische Landesatheil der Oberlausitz.

Dasselbe gilt, insofern andere Beneficien, namentlich die für arme Fräuleins geraume Zeit stattgefundenen Erziehungsbeihülfen, substituirt worden sind, oder noch substituirt werden sollten.

§. 4. An der Collatur der zwölf Stiftsstellen nehmen beide Landesatheile insofern gleichen Antheil, als einem jeden sechs davon zufallen.

Beiden landständischen Corporationen bleibt die Verleihung von zehn Stellen alternando vorbehalten, so daß eine jede derselben fünf davon zu vergeben berechtigt ist.

Der an die Stelle des Geheimen Consilii getretene Königl. Sächsische Geheime Rath vergiebt, wie vordem, die fünfte Stelle.

Die sechste Stelle aber geht von dem vormaligen Amtshauptmann in Görlitz auf den Vorsitzenden der dasigen Landstände, jedoch mit der Eiuschränkung über, daß derselbe, den Statuten gemäß, zu Stifts-

wahlen vollständig qualificirt seyn müsse, entgegen- 1828
gesetzten Falles die Verleihung dieser Stelle den zu
Stiftswahlen berechtigten Preussischen Landständen,
ohne Concurrenz der Sächsisch - oberlausitzischen Land-
stände, und ohne dals die bei den andern zehn Stel-
len eintretende Reihenfolge hierbei berücksichtigt wer-
den kann, anheim fällt.

§. 5. Wenn künftig, nach Vorschrift der Statuten,
sechs Beneficiatenstellen errichtet werden sollten, so
haben die Landstände der Sächsischen Oberlausitz
hiervon drei, und die Landstände der Preussischen
Oberlausitz ebenfalls drei Stellen zu vergeben.

§. 6. Die Pensionsbestimmungen verbleiben dem
Beschlussé beider Landestheile, auf gutachtlichen Be-
richt der landständischen Administrationsbehörde, vor-
behalten.

§. 7. Die Landstände jedes Theils haben ganz in
der bisherigen Mafse, und wie solches früher von den
Landständen Budissinischen und Görlitzischen Kreises
geschehen ist, vier Stiftsstipendien zu vergeben.

§. 8. Die Wahl des Stiftsverwesers und der Stifts-
hofmeisterinn erfolgt von den Mitgliedern des engern
und weitem Ausschusses beider Landestheile gemein-
schaftlich, und zwar in dem Stiftshause zu Joachimstein.

Es wird zum Behuf dieser Wahlen eine gleiche
Anzahl hierzu qualificirter Mitglieder, sowohl in dem
engern, als in dem weitem Ausschusse für beide
Landestheile bestimmt.

Ist diese Anzahl in dem einem Landestheile ge-
ringer, als in dem andern, so werden die zur Gleich-
stellung fehlenden Personen für den engern Ausschuss
aus den Mitgliedern des weitem Ausschusses, und für
den weitem Ausschuss aus der hierzu berufenen Rit-
terschaft ergänzt.

Die Wahl erfolgt übrigens auf die in den Statuten
vorgeschriebene Weise.

§. 9. Die erfolgte Wahl sowohl der Stiftsfräulein,
als des Stiftsverwesers und der Stiftshofmeisterinn
wird der Königl. Ober - Amts - Regierung zu Budissin
angezeigt, welche, hinsichtlich der Stiftsfräulein und
des Stiftsverwesers, das erforderliche Wahldecret er-
theilt, über die Wahl einer neuen Stiftshofmeisterinn
aber Bericht zum Königl. Sächsischen Geheimen Rathe
erstattet.

1828 Auch bewendet es bei den in den Statuten Cap. III. §. 1. enthaltenen Bestimmungen in der Mafse, daß, im Fall die gewählte Person von dem Königl. Sächsischen Geheimen Rathe nicht annehmlich gefunden werden sollte, die beiderseitigen Ausschufsstände drei andere, zu einer Stiftshofmeisterinn geeignete Personen Demselben in Vorschlag zu bringen haben.

Die jedesmalige Wahl eines Stiftsverwesers ist, ehe sie der Königl. Sächsischen Behörde zur Bestätigung angezeigt wird, von den Ständen der Preussischen Oberlausitz, die ihre Stimmen nur *sub spe rati* ertheilen, ihrer Regierung zu melden, so daß die etwa bei letzterer eintretenden Bedenken von den Ständen zu beseitigen sind, und erst nach erfolgtem Einverständnis die Wahl als definitiv vollzogen anzusehen und zur Königl. Sächsischen landesherrlichen Bestätigung zu bringen ist.

§. 10. Was nun die landständische Administration des Stifts Joachimstein anlangt, so wird die oberste Instanz des Stifts in dieser Hinsicht, welche früher die gesammten Landstände des Markgraftthums Oberlausitz bildeten, durch eine gröfsere landständische Deputation aus acht Mitgliedern organisirt, wovon jeder Landestheil aus seinem Mittel vier Deputirte wählt.

Die Landstände jedes Landestheils ernennen zugleich einen von den von ihnen zu wählenden Deputirten als Vorsitzenden.

Von den Mitgliedern dieser Deputation scheiden aller drei Jahre vier, mithin zwei aus jedem Landestheile, aus; es können dieselben jedoch sofort wieder gewählt werden.

Diese Deputirten, so wie die Mitglieder der übrigen landständischen Administrationsbehörden, müssen aus dem Gremio derjenigen Landstände genommen werden, welche die Administration der Stiftung gemeinschaftlich zu besorgen haben.

Im Uebrigen ist bei der Wahl dieser Deputirten auf Landes- oder ständische Aemter keine Rücksicht zu nehmen. Es bleiben jedoch diejenigen qualificirten landständischen Mitglieder, welche dergleichen Aemter bekleiden, von der Wählbarkeit nicht ausgeschlossen.

§. 11. Diese gröfsere Deputation tritt zugleich an die Stelle der vormaligen, durch den Amtshauptmann

und die beiden Landesältesten des Fürstenthums Görlitz 1828
litz constituirt gewesenen Behörde.

Dagegen wird die vormalig aus den beiden Landesältesten des Fürstenthums Görlitz zusammengesetzt gewesene Behörde durch einen Landesältesten aus jedem Landestheile gebildet.

§. 12. Die Revision der Rechnungen und die, nach den Statuten, damit verbundenen Geschäfte besorgt eine landständische Deputation aus drei Mitgliedern, wovon eins aus jedem Landestheile, das dritte aber abwechselnd gewählt wird.

Wie nun diese Deputation an die Stelle des vormaligen Waisenamtes zu Görlitz tritt; so hat sie, nach den Stiftsstatuten Cap. IV. §. 41 und 42, die ihr übergebenen Rechnungen und Extracte, mit Zuziehung des dabei angestellten Expedienten, des fördersamsten zu Joachimstein zu examiniren, mit der aus beiden Theilen zusammengesetzten Behörde der Landesältesten in bedenklichen Fällen zu communiciren, die Getreidevorräthe, die Felder, Holzungen, Gebäude und Inventarien bei den Gütern nachzusehen, sodann diejenigen Defecte, welche vorgefunden, aber nicht erlediget worden, zur Kenntniß der obersten Instanz, der größseren Deputation, zu bringen, und über Alles, was zu bemerken gewesen, an solche Relation zu erstatten.

Damit die Revision der Rechnungen desto gründlicher erfolge, sind letztere, vor der eigentlichen Prüfung, unter den Mitgliedern der Deputation in Circulation zu setzen, auch von dem Expedienten in calculo zu revidiren, und es erfolgen erst nach dessen Beendigung die wegen der förmlichen Revision erforderlichen Sitzungen im Stiftshause Joachimstein. Die Deputationsglieder haben jedoch bloß während diesen Sitzungen Diäten zu erhalten.

Da im Uebrigen von dem für die Revision der Stiftsrechnungen, anstatt der Diäten, bisher ausgesetzten Aversional-Quanto von dreihundert Thalern, dem Stiftsverweser sechzig Thaler, und dem Waisen-Amts-Adjuncte ebenfalls sechzig Thaler zukamen, so ist man dahin übereingekommen, dem Stiftsverweser von Ferentheil Gruppenberg, und dem Land-Kreis-Syndicus Schubert, so lange sie ihre gegenwärtigen Aemter wirklich bekleiden, dieses Emolu-

1828 ment ungekürzt zu lassen, wogegen sie auf die bei ihren Nachfolgern an die Stelle jenes Fixi tretenden gewöhnlichen Liefergelder keinen Anspruch zu machen haben.

Endlich hat man sich vereinigt, dafs zuerst zwei Mitglieder der Rechnungs - Revisions - Deputation vom Preussischen Landestheile gewählt werden, dagegen der nach §. 13. zu adhibirende Expedient zuerst von Sächsischer Seite bestimmt wird.

§. 13. Die grössere landständische Deputation und die Rechnungs - Revisions - Deputation haben, zur Protocollführung und zur Ausfertigung auf die gefassten Beschlüsse, einen gemeinschaftlichen Expedienten, welcher abwechselnd von einer Hauptrevision bis zur andern, mithin von fünf zu fünf Jahren, von den Landständen der Königl. Sächsischen Oberlausitz und den Landständen der Königl. Preussischen Oberlausitz gewählt wird.

Dieser Expedient kann auch von der aus den zwei Landesältesten bestehenden Behörde in solchen Fällen zugezogen werden, wo dieselbe eine gemeinschaftliche Expedition vornimmt.

§. 14. Der Stiftsverweser und die Stiftshofmeisterin haben in allen den Fällen, wo sie, nach ihrer Instruction, an die Landesältesten Görlitzischen Kreises gewiesen sind, ihre Anzeigen an die aus einem Landesältesten von jedem Landestheile gebildete Behörde zu erstatten und treten nunmehr zu der grösseren Deputation in dasselbe Verhältnifs. in welchem sie vormals zu der aus dem Amtshauptmanne und den Landesältesten des Fürstenthums Görlitz zusammengesetzt gewesenen Behörde, oder zu den gesammten Landständen des Markgraflhums Oberlausitz standen. Es wird demnach auch der Stiftsverweser von dieser Deputation quittirt.

§. 15. Die aus den Landesältesten beider Landestheile gebildete erste Administrationsinstanz hat an die grössere landständische Deputation, als obere Instanz, das Resultat ihrer Berathungen und den Erfolg ihrer Aufträge zu berichten, so wie ihr auch obliegt, in wichtigen und bedenklichen Fällen, oder, wenn die zwei Landesältesten sich in ihren Ansichten nicht zu vereinigen vermögen, an dieselbe zu recurriren.

§. 16. Zu dem Ressort der größeren Deputation 1828 gehören alle diejenigen Functionen und Geschäfte, welche, vermöge der Stiftungsurkunde und der Statuten, den Landständen der gesammten Oberlausitz zugewiesen waren, ingleichen die Verrichtungen der vormals durch den Amtshauptmann und die Landesältesten des Fürstenthums Görlitz constituirt gewesenen Behörde.

Ihre Instruction erhält diese Deputation von ihren Committenten, nach den Landesabtheilungen, wohin sie auch in besonders wichtigen und zweifelhaften Fällen zu recurriren und jedesmal vor den Landtäggen resp. Elisabeth und Trium Regum Relation zu erstatten hat.

In Fällen, wo eine Vereinigung der Deputationsmitglieder nicht zu Stande kommt, hat die Deputation den Recurs an ihre Committenten zu nehmen, welche die Differenz entweder durch schriftliche Communication unter sich beilegen, oder zur Entscheidung der allerhöchsten Behörde bringen.

Für die in Angelegenheiten des Stifts, auf Vortrag der größeren Deputation, oder sonst zu veranstaltenden Berathungen gesammter Landstände beider Landestheile, oder der Directorial-Deputation, werden im Uebrigen, mit alleiniger Ausnahme der Wahlen des Stiftsverwesers und der Stiftshofmeisterinn, keine Liefergelder aus der Stiftscasse bezahlt, da diese Geschäfte während der Landtage oder sonstigen Zusammenkünfte mit zu besorgen sind.

§. 17. Im Allgemeinen steht sowohl bei der größeren und allen übrigen landständischen Deputationen, als auch in Ansehung der beiderseitigen landständischen Corporationen selbst, der Grundsatz fest, daß zur Gültigkeit eines Beschlusses die Theilnahme und Zustimmung beider Theile erforderlich sei.

Beschlüsse, welche die größere Deputation in dieser Mafse gefaßt hat, haben völlige Gültigkeit, insofern sie nicht Gegenstände betreffen, welche, nach der Fundationsurkunde und den Statuten, der landesherrlichen Bestätigung bedürfen.

Zu Beschlüssen dieser Art ist zuvörderst die Genehmigung der beiderseitigen landständischen Corporationen erforderlich und sodann erst die Sanction der höchsten Behörde nachzusuchen.

1828 Diese Sanction erteilt in allen das Stift angehenden Angelegenheiten die Königl. Sächsische Regierung. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß, wenn die Beschlüsse solche Einrichtungen auf den Stiftsgütern betreffen, welche, nach den Landesgesetzen, nur nach erlangter landesherrlicher Einwilligung vorgenommen werden können, solche bei der betreffenden Behörde nachzusuchen ist.

Wenn die von den Deputationen oder den Ständen selbst gefassten Beschlüsse solche Verhältnisse zu den Stiftsgütern zum Gegenstande haben, deren Ausführung, nach den Preussischen Gesetzen und Verordnungen, bei jedem Vasallen, oder sonstigem Besitzer unbeweglicher Güter eine höhere Genehmigung erforderlich macht, so muß die Genehmigung hierzu zuvörderst bei der geeigneten Behörde nachgesucht und deren Bestimmung abgewartet werden. Sollte indess diese Genehmigung verweigert werden, so sind die defsfälligen Gründe den Sächsischen Ständen mitzutheilen, um sie in den Stand zu setzen, diejenigen Vorstellungen dagegen zu machen, welche etwa für nöthig und angemessen zu erachten sein möchten.

§. 18. Zu der, nach Cap. I. §. 19. der Statuten, von fünf zu fünf Jahren vorzunehmenden Stiftsvisitation wird von den hierzu geeigneten Landständen jeden Landestheils ein Deputirter aus ihrem Mittel gewählt, und es haben diese Deputirten über den Erfolg ihrer Verrichtungen gemeinschaftlichen Vortrag an die grölsere landständische Deputation zu erstatten.

Daß dieselben zugleich Mitglieder der grölsere Deputation sind, ist nicht erforderlich.

Im Uebrigen wird bei der Stifts-Haupt-Revision, von jedem der hierzu ernannten Deputirten, ein besonderer Expedient adhibirt, wovon der aus dem Sächsischen Landestheile in allen das Stift selbst und die Sächsischen Besitzungen desselben, der aus dem Preussischen Landestheile aber in allen die Preussischen Stiftsgüter angehenden Angelegenheiten, das Protocoll führt.

§. 19. Ereignen sich Umstände, welche eine schleunige örtliche Untersuchung erheischen, so geschieht dem Vorsitzenden des Landestheils, welcher, je nachdem es die Stiftung oder die Stiftsgüter betrifft, zunächst dabei interessirt ist, Anzeige.

Dieser hat sofort mit dem jenseitigen Vorsitzenden zu communiciren und in dringenden Fällen, welche keinen Aufschub leiden, den Tag zu einer außerordentlichen Zusammenkunft in Vorschlag zu bringen, wobei, nach gemeinschaftlichem Beschlusse, die Absendung zweier Deputirten, oder sonst zu ertheilende Resolution erfolgt.

§. 20. Der Ort, wo sich sämtliche landständische Deputationen zu versammeln haben, ist das Stifftshaus zu Joachimstein.

Die Deputirten, welche die untere und obere Instanz für die Administration des Stifts bilden, sowohl, als die Ausschufsstände, wenn Erstere in denen ihnen übertragenen Geschäften, Letztere aber zu den Wahlen des Stiftsverwesers oder der Stifftshofmeisterinn im Stifte zusammen kommen, haben, gegen Empfang der Stifftsliefergelder, sich selbst zu beköstigen und für ihr Fortkommen, so wie für den Unterhalt ihrer Dienerschaft und Pferde, auf eigene Kosten zu sorgen.

§. 21. Das Directorium actorum bei allen Verhandlungen der größeren und kleineren landständischen Deputationen, mithin auch bei der Rechnungs- und der von fünf zu fünf Jahren zu haltenden Haupt-Stifft-Revision, ingleichen bei allen in dem Stifftshause und auf den Stifftsgütern vorkommenden öffentlichen Handlungen, namentlich bei Einführung der Stifftshofmeisterinn, kommt

a. dem Sächsischen Theile zu, wenn der Gegenstand die Stiftung im Allgemeinen, oder das Stifftshaus und die unter Königl. Sächsischer Landeshoheit gelegenen Grundbesitzungen betrifft;

b. dem Preussischen Theile hingegen, wenn der Gegenstand ausschließlich die unter Königl. Preussischer Landeshoheit gelegenen Stifftsgüter angeht.

Bei Berathungen, wobei sowohl über die Stiftung im Allgemeinen, als über die besonderen Angelegenheiten der Stifftsgüter verhandelt wird, bezieht sich der Wechsel des Directorii bloß auf den Vortrag des Vorsitzenden von beiden Seiten.

Das Protocoll kann nichts desto weniger von dem Expedienten, welcher zu den Verhandlungen zugezogen wird, er sei aus dem Sächsischen oder Preussischen Landestheile, fortgeführt werden, und wird

1828 solches doppelt ausgefertigt, damit jeder Landestheil ein Originalexemplar desselben erhalten könne.

§. 22. Sobald die Stelle der Stiftshofmeisterin oder des Stiftsverwesers zur Erledigung gelangt, wird sofort an den, nach Cap. III. §. 27. und Cap. IV. §. 37. der Statuten, von Beiden unter gemeinschaftlichem Verschlusse gehaltenen Kasten, worin sich die Documente des Stifts befinden, ein drittes Schloß angelegt, dessen Schlüssel dem Preussischen Landesältesten, so wie der Schlüssel des abgegangenen oder verstorbenen Beamten dem vorsitzenden Sächsischen Landesältesten unverzüglich einzuhändigen ist.

Bei eintretender Erledigung der Stelle des Stiftsverwesers werden dessen Geschäfte während der Vacanz, insoweit sie die Stiftung im Allgemeinen und die Sächsischen Besitzungen angehen, von dem vorsitzenden Sächsischen, hinsichtlich der Preussischen Stiftsgüter aber von dem Preussischen Landesältesten besorgt.

§. 23. Der Stiftsverweser vertritt in der Cap. IV. §. 23. der Stiftsstatuten geordneten Mafse die Stelle eines Gerichtsprincipals auf sämmtlichen, zur Stiftung gehörigen Gütern und hat zur Verwaltung der Justiz in jedem Landestheile einen hierzu nach den Landesgesetzen qualificirten Justitiar, unter Zustimmung der geordneten^t landständischen Stifts-Administrations-Behörde oberster Instanz, zu bestellen.

§. 24. Die Besetzung der Pfarrstelle zu Radmeritz wird in dem Falle, wenn eine Vereinigung deshalb zwischen der Stiftshofmeisterin und dem Stiftsverweser nicht Statt finden sollte, als welche sich, nach den Statuten Cap. IV. §. 24., hierüber zu verständigen haben, zuerst der Entscheidung der ersten landständischen Administrationsinstanz, und dafern auch hier Differenz entstehen sollte, der größeren landständischen Deputation vorbehalten.

§. 25. Das Prälationsrecht wird den Stiftscapitalen, insoweit es geschehen kann, in beiden Landestheilen reservirt.

Ist solches wegen der Hypothekeneinrichtung im Königl. Preussischen Landestheile nicht möglich, so werden diejenigen Capitalien daselbst, welche nicht

mit pupillarischer Sicherheit ausgethan sind, eingezo- 1828
gen und mit Berücksichtigung der Gleichstellung der
beiderseitigen Landestheile, hinsichtlich der gesammten
Fonds, anderweit mit pupillarischer Sicherheit aus-
geliehen.

Urkundlich ist diese Convention von den Königl.
Commissarien und den landständischen Deputirten
beider Landestheile des Markgrafthums Oberlausitz,
auf genaues Durchlesen, eigenhändig unterschrieben
und besiegelt worden.

So geschehen zu Budissin, am 2ten Juni 1828.

<p>FRIEDR. AUGUST ADOLPH VON GERSSDORF, <i>auf</i> <i>Döbschke, Königl. Säch-</i> <i>sischer allerhöchst ver-</i> <i>ordneter Commissar zu</i> <i>Auseinandersetzung der</i> <i>Angelegenheiten des welt-</i> <i>adeligen Fräuleinstifts</i> <i>Joachimstein bei Rad-</i> <i>meritz, Ober - Amts - Re-</i> <i>gierungs - Präsident und</i> <i>Ritter des Civil - Ver-</i> <i>dienst - Ordens.</i></p>	<p>CARL WILHELM OTTO AUGUST VON SCHINDEL, <i>auf Schönbrunn, Zweek-</i> <i>ka, Cundorf, Königl.</i> <i>Preussischer allerhöchst</i> <i>verordneter Commissar</i> <i>zu Auseinandersetzung</i> <i>der Angelegenheiten des</i> <i>welt - adeligen Fräulein-</i> <i>stifts Joachimstein, und</i> <i>Landesältester des Kö-</i> <i>nigl. Preussischen Mark-</i> <i>grafthums Oberlausitz.</i></p>
---	---

<p>ERNST GUSTAV V. GERSS- DORF.</p>	<p>WOLFLUDW. VON GERSS- DORF.</p>
---	---------------------------------------

<p>ERNST KARL GOTTLOB VON REX.</p>	<p>HANS ERNST VON HAUG- WITZ.</p>
--	---------------------------------------

(Cette convention a été ratifiée par la Prusse le 13 Sep-
tembre 1828 et par la Saxe royale le 27 Septembre de la
même année).

127.

1828 *Déclaration échangée entre les gouvernemens des Pays-Bas et de Prusse, par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue entre les dits gouvernemens le 11 Juin 1818 pour le terme de six années ; du*

$\frac{5 \text{ Juillet}}{10 \text{ Juin}}$ 1828.

(*Journal officiel du royaume des Pays-Bas*
1828. Nr. 47. p. 6).

Les gouvernemens des Pays-Bas et de Prusse, étant convenus de prolonger, sauf quelques articles, auxquels l'on apportera des modifications, la convention de Cartel qu'ils ont conclue le 11 juin 1818, je sousigné déclare au nom de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, que cette convention est censée prolongée pour six années à dater du 1^{er} janvier de l'année présente, et que ces dispositions sont maintenues à la réserve de celles, contenues aux articles 2 et 3 de la dite convention, la teneur desquels sera dorénavant la suivante.

ART. II. Seront réputés déserteurs non seulement les militaires de toute arme et de tout grade, qui quitteront leurs drapeaux, mais encore les réfractaires, c'est-à-dire les individus, qui, appelés ou dans le cas d'être appelés au service actif de la Landwehr, de la Milice nationale, ou de toute autre branche militaire quelconque, ne se rendraient pas à l'appel, ou chercheraient à s'y soustraire en se réfugiant sur le territoire de l'autre des hautes parties contractantes.

ART. III. Sont exceptés de la restitution ou de l'extradition, qui pourra être demandée en vertu des présentes :

a. Les individus nés sur le territoire de l'Etat, dans lequel ils auront cherché un asile, et qui n'ayant point acquis de domicile fixe dans l'autre Etat, d'après

les lois et réglemens réciproquement en vigueur, ne 1828
 feraient, en désertant que rentrer dans leur pays natal.

b. Les individus, qui, bien que nés dans l'Etat
 qu'ils quittent, auraient établi leur domicile dans celui,
 où ils se sont retirés, selon les lois et réglemens, qui
 à cet égard y sont en vigueur.

c. Les individus, qui, soit avant, soit après leur
 désertion se sont rendus coupables d'un crime ou délit
 quelconque, à raison duquel il y a lieu de les traduire
 en justice devant les tribunaux du pays, où ils ré-
 sident.

Néanmoins en ce cas l'extradition aura lieu après
 que le déserteur aura été acquitté, ou aura subi sa
 peine.

Les engagemens civils, qu'un déserteur pourrait
 avoir contractés dans l'Etat de l'autre souverain, ne
 pourront dans aucun cas motiver le refus de son ex-
 tradition.

En foi de quoi la présente déclaration, qui sera
 échangée contre un acte correspondant du Gouver-
 nement prussien a été signée par moi, Ministre des
 affaires étrangères de Sa Majesté le roi des Pays-Bas,
 et muni du sceau de l'Etat.

Fait à La Haye le 5 juillet 1828.

(Signé) VERSTOLK DE SOELEN.

Le Ministre des affaires étrangères certifie que la
 déclaration précitée a été échangée contre une déclara-
 tion de la même teneur, délivrée par le Ministère
 d'Etat de S. M. le roi de Prusse, le 10 juin 1828.

VERSTOLK DE SOELEN.

128.

*Traité de paix entre la république
 de Bolivia et la république de Pérou,
 signé à Piquisa le 6 Juillet 1828.*

(*The Times* 1828. Decbr. 4. Nr. 13, 767.)

In the town of Piquisa, on the 6th day of July 1828,
 the commissioners met for the purpose of making a

640 *Traité de paix entre les rep. de Bolivia*

1828 preliminary treaty of peace between his Excellency José Maria Perez de Urdinenea, General-in-chief of the Bolivian army and intrusted with the command of the republic, and Don Agustin Gamarra, General of division of the armies of Peru and General-in-chief of that of the South,-viz., on behalf of the first named Messrs Miguel Maria Aguirre, Minister of finance, José Miguel Velasco, Prefect-General of the department of Chuquisaca, and Dr. Miguel del Carpio as secretary; and on behalf of the last named Don Juan Agustin Lira, first aide-de-camp of the staff, lieutenant-colonel and aide-de-camp Don Juan Bautista Arguedas and captain Don José Maria Lopez, as secretary, reciprocally exchanged their respective powers, and it appearing from them that they were properly authorized to compile the articles to serve as a basis for the present negociation, they entered into a serious and deliberate conference upon the interests of the two republics, and the motives that had caused the march of the Peruvian army upon the territory of Bolivia; and mutually desirous of establishing a solid and lasting peace, of strengthening the relations of both states by the bonds of a sincere friendship and of removing the causes which have led to the hostile demonstrations, that have taken place on both sides, mutually agreed to the following articles: —

ART. I. In the space of 15 days from the ratification of these treaties by the Generals-in-chief of the belligerent armies, all Colombians and other foreigners in the army of Bolivia shall begin to evacuate the territory of the Bolivian republic.

ART. II. From the foregoing article are excepted all subalterns, from captains inclusive downwards, who will be suffered to remain in the republic provided they leave the army, until a president be appointed, who may, if he please, recall them to the service.

ART. III. The Generals, chiefs and officers, who agreeably to Article I, are to leave the territory of Bolivia, may return to the said republic as soon as the national assembly is installed, and during their absence they shall receive half-pay from the funds

of the said republic, until the President appointed 1828 shall determine whether they are to continue in the service and receive their pay. Those mentioned in Article II. shall also receive half-pay under the same conditions as stipulated in this Article.

ART. IV. The squadrons of grenadiers and hus-sars of Columbia, now in this said republic, shall commence their march for their own country by the route which, as far as Arica the General-in-chief of the Peruvian army may point out for them, and the said General shall also undertake to provide the necessary shipping for their transport, and the General-in-chief of the Bolivian army shall undertake to indemnify the Peruvian republic for the expenses thereof.

ART. V. The day following the ratification of these treaties the General-in-chief of the Bolivian army shall issue a decree, to assemble on the 1st of August next, the constituent congress, not now sitting, and which shall meet in the city of Chuquisaca, to consider, firstly, the propriety of receiving the message and admitting the proffered resignation of the Grand Marshall of Ayacucho, Antonio José de Sucre; secondly, of nominating a provisional government; and thirdly, of immediately convoking with all possible despatch a national assembly, which shall revise, modify, or declare efficient the existing constitution.

ART. VI. This national assembly shall, in preference to all other matters, occupy itself in electing and appointing a person to exercise the functions of President of the state, and in fixing the day on which the Peruvian army shall begin to evacuate the territory of the republic.

ART. VII. The Peruvian army shall occupy the department of Potosi till the day of the meeting of the Constituent Congress, on which it shall commence its march for la Paz and Oruro, through the department of Cochabamba and on its march, shall be provided with the necessary provisions.

ART. VIII. The National Assembly, after fulfilling the objects specified in Art. VI, shall suspend its

1828 sessions, and re-commence them as soon as the Peruvian army shall have re-passed the Desaguadero.

ART. IX. The Bolivian army shall occupy the departments of Chuquisaca, Cochabamba, Santa Cruz, Tarija, and Potosi, on the day following that on which they are evacuated by the army of Peru. The revenues received therein during the stay of the Peruvian army, and likewise those of the Oruro and la Paz shall, after deducting the pay of the said army, be ceded to the former.

ART. X. The supreme Government of both republics shall settle the charges to be demanded on both sides from the time the Peruvian army passed the Desaguadero.

ART. XI. The republics of Peru and Bolivia shall strengthen their relations by diplomatic agents as soon as the army has evacuated the Bolivian territory.

ART. XII. The republics of Peru and Bolivia shall not be able to form friendly relations with the empire of the Brazils, until the said empire has made peace with the Argentine republic.

ART. XIII. All persons belonging to either republic and enrolled in the opposite army, shall be immediately delivered up, provided the Bolivians remain in their own country and the Peruvians return to theirs, this being left to their own choice. The Colombian soldiers in both armies are included and neither party shall be able to claim deserters.

ART. XIV. No Bolivian shall be molested directly or indirectly on account of the way he may have voted under the present circumstances; but such persons shall be preferred according to their abilities and the services they have performed.

ART. XV. The contracting parties shall be responsible for any act of hostility committed by either army after the ratification of these treaties.

ART. XVI. Two chiefs shall be given as hostages for the fulfilment of these treaties, and the same shall be chosen by the contracting Generals.

ART. XVII. These treaties shall be ratified or rejected in the space of 24 hours; and, in case of

their disapproval or non-ratification, hostilities shall 1828 recommence in 12 hours.

In these terms the present stipulation was agreed to and concluded at eight o'clock p. M. of the day, Month and Year first above-written, and two copies thereof were signed by the aforesaid commissioners, as we, the undersigned secretaries do hereby certify.

MIGUEL MARIA DE AGUIRRE, *General.*

MIGUEL DEL CARPIO, *Secretary.*

JUAN BAUTISTA ARGUEDAS.

JOSE MARIA LOPEZ, *Secretary.*

Lieutenant-Colonels Don Juan Agustin Lira and Don Juan Bautista Arguedas, accompanied by Captain Don Jose Maria Lopez, having presented themselves on the 7th day of July, 1828, at the head-quarters at Ciporo, before Don Agustin Gamarra, General-in-chief of the Peruvian army, to render account of the commission intrusted to their care, by which they were instructed to meet the Bolivian legation, for the purpose of agreeing upon a treaty of peace between the two now belligerent armies, and delivered to him the treaties entered into by the aforesaid commissioners, and signed by the contracting parties at eight o'clock p. M. of yesterday, the said General Gamarra declared that he signed, approved and ratified in the most solemn manner, every thing stipulated by the aforesaid commissioners, with this sole exception — viz., "That the hostages to be given for the fulfilment of this capitulation shall be appointed by their respective Generals, and not chosen by either party;" and with this sole and trifling modification, which will not, it is considered, affect in any way the substance of the other articles agreed upon, his Excellency promises to observe, keep and religiously fulfil all that is stipulated in the said treaties; and further promises, in the name of his Government, and by virtue of the authority granted to him for that purpose, that these treaties of peace and friendship between the republics of Peru and Bolivia shall be caused to be kept, fulfilled and executed by the national arms, conformable to the custom of war. In witness

1828 whereof the said General Gamarra agreed to and signed the same at nine o'clock a. M. of the above written day, month and year, as I, the undersigned secretary of war, do hereby certify.

AGUSTIN GAMARRA.

By order of His Excellency, Dr. Jose Maria de la Cuba, this a true copy.

129.

*Déclaration 'du ministère Prussien
du 13 Juillet 1828 concernant un
arrangement avec la ville libre de
Hambourg pour la protection des
droits des auteurs et des libraires
contre la contrefaçon.*

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1828. Nr. 14. pag. 91).*

Das Königlich - Preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erklärt hierdurch, in Gemäßheit der von Seiner Königlichen Majestät ihm ertheilten Ermächtigung:

nachdem von dem Senate der freien Hansestadt Hamburg die Zusicherung ertheilt worden ist, daß vorläufig, und bis es in Gemäßheit des Artikels 18 der Deutschen Bundesakte zu einem gemeinsamen Beschlusse zur Sicherstellung (der Rechte der Schriftsteller und Verleger wider den Bücher - Nachdruck kommen wird, eine besondere Verordnung, durch welche der Bücher - Nachdruck und dessen Verbreitung bei Strafe der Konfiskation und einer namhaften Geldbuse in der Stadt Hamburg gänzlich verboten wird, erlassen worden, und diese Verordnung in ganz gleichen Maasse auf die Verlagsartikel der Schriftsteller und Verleger in den Königlich - Preussischen Staaten Anwendung finden soll;

dafs das Verbot wider den Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie, zum Schutze der *inländischen* Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen, besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger in der freien Hansestadt Hamburg ganz gleiche Anwendung finden, mithin jeder durch Bücher-Nachdruck oder dessen Verbreitung gegen letztere begangene Frevel, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden solle, als handele es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in der Preussischen Monarchie selbst.

Gegenwärtige Erklärung soll, nachdem sie gegen eine übereinstimmende von dem Senate der freien Hansestadt Hamburg vollzogene Erklärung ausgewechselt worden sein wird, durch öffentliche Bekanntmachung in den diesseitigen Staaten Kraft und Wirksamkeit erhalten.

Berlin, den 13ten Juli 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem solche gegen eine übereinstimmende und nur mit besonderer Rücksicht auf eine mittlerweile publicirte Verordnung wider den Nachdruck vom 4ten Juli d. J. von dem Senate der freien Stadt Hamburg unterm 25sten Juli 1828 ausgefertigte Erklärung ausgewechselt worden ist, unter Beziehung auf die Allerhöchste Kabinettsorder vom 16ten August 1827 (Gesetzsammlung pro 1827. Nr. 17. S. 123) hierdurch zur öffentlichen Kenntnifs gebracht.

Berlin, den 9ten August 1828.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

V. SCHÖNBERG.

130.

1828 *Traité entre l'Autriche et la confédération Suisse concernant l'extradition réciproque des criminels, signé à Zürich le 14 Juillet 1828.*

(*Offizielle Sammlung der das Schweizerische Staatsrecht betreffenden Aktenstücke. Bd. 2. Heft 4. 1828. pag. 158 sqq.*)

Wir Bürgermeister und Staatsrath des Standes Zürich, als wirklicher Vorstand der Schweizerischen Eidgenossenschaft, —

Nachdem zwischen den Bevollmächtigten Seiner Kaiserlich - Königlichen Apostolischen Majestät und der Kantone der Schweizerischen Eidgenossenschaft, ein Vertrag über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher zu Bern im November 1827 unterhandelt, und zu Zürich den 14. Julius 1828 von dem Bevollmächtigten Sr. K. K. Majestät; und Namens der Bevollmächtigten der Schweizerischen Kantone, durch die Herren Schultheiss von Rüttimann und Geheimen Rath von Steiger, unter Vorbehalt der unmittelbaren Genehmigung Seiner K. K. Apostolischen Majestät und der Eidgenössischen Kantone

Wir Franz der Erste von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Jerusalem, Ungarn, Böhmen, der Lombardey und Venedig, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien und Lodomerien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steier, Kärnten, Krain, Ober- und Niederschlesien; Großfürst in Siebenbürgen. Markgraf in Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und Tyrol u. s. w.

thun kund und bekennen hiemit:

Nachdem von Unserm außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Achtbaren Schweizerischen Eidgenossenschaft und den von Dieser hiezu ernannten Bevollmächtigten am 14. July des laufenden Jahres zu Zürich ein Vertrag un-

abgeschlossen und unterzeichnet worden ist; — zwischen Unsern Staaten und den Kantonen der Eidgenossenschaft eine wechselseitige Auslieferung der Verbrecher festzusetzen, welcher Vertrag also lautet:

Und nachdem, in Folge der von dem Eidgenössischen Vororte, der Bundesverfassung der Schweiz gemäfs, den Kantonen gemachten Mittheilung, diejenigen, welche schon dormalen den Vertrag genehmigen, ihre Erklärung in das Protokoll der Eidgenössischen Tagsatzung niedergelegt haben, — so bezeugen und beurkunden Wir — in Gemäfsheit und in Kraft dieser Standeserklärungen:

Es sey der am 14. Julius 1828 von den respektiven Bevollmächtigten unterzeichnete, von Wort zu Wort folgendermassen lautende Vertrag:

“Nachdem Seine Kaiserlich-Königlich - Apostolische Majestät und die Kantone der Hochlöblichen Schweizerischen Eidgenossenschaft sich entschlossen haben, zu Befestigung des freundnachbarlichen Vernehmens und gröfserer Sicherheit beiderseitiger Staaten, über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher einen Vertrag zu Stande zu bringen; so haben die Bevollmächtigten beider Regierungen, nämlich von Seiten Seiner obgedachten Kaiserlich-Königlich - Apostolischen Majestät, Allerhöchstdero wirklicher Geheimer Rath, Aufserordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Inhaber des silbernen Civilehrenkreuzes, Groskreuz mehrerer hohen Orden, Franz Freiherr von Binder-Kriegelstein, und von Seiten der Hochlöblichen Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Vincenz von Rüttimeann, Altlandamann der Schweiz, Schultheifs der Stadt und Republik Luzern, Kommandeur der Königlich-Französischen Ehrenlegion; Herr Franz von Meyenburg, Bürgermeister des Standes

1828 Schaffhausen, und Herr Albrecht Gottlieb von Steiger, Mitglied des Kleinen und des Geheimen Rathes der Stadt und Republik Bern, mit Vorbehalt der unmittelbaren Genehmigung Seiner Kaiserlich-Königlich-Apostolischen Majestät und der Eidgenössischen Kantone, über folgende Punkte sich vereinigt."

ART. I. "Die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher, welche in dem gegenwärtigen Vertrage festgesetzt wird, soll nur schwerer Verbrechen wegen statt finden. Unter schweren Verbrechen werden verstanden: Hochverrath und Aufruhr; ein mit Vorsatz und Ueberlegung unternommener Mord; Giftmischung; vorsätzliche Brandstiftung; Diebstahl mit Einbruch oder Gewalt gegen die Person; Diebstahl auf öffentlichen Bleichen; Entführung von Pferden und Vieh von öffentlichen Weiden; Strassenraub; Entwendung oder Veruntreuung öffentlicher Gelder; Verfälschung von Staatspapieren, die entweder als Münze gelten, oder als Schuldverschreibungen von einer öffentlichen Kasse ausgestellt werden; Verfälschung von Privatschuldscheinen und Wechseln; Falschmünzerei und betrügerische Bankerotte."

ART. II. "Oesterreichische Unterthanen, welche a. in den Oesterreichischen Staaten ein schweres Verbrechen, oder b. welche in der Schweiz ein auf die Oesterreichischen Staaten sich beziehendes Verbrechen des Hochverraths, des Aufruhrs, der Verfälschung der Staatskreditspapiere oder der Münzen begangen haben, und in der Schweiz betreten werden, sollen an Oesterreich ausgeliefert werden."

"Schweizerische Angehörige, welche a. in der Schweiz ein schweres Verbrechen, oder b. welche in den Oesterreichischen Staaten ein auf die Eidgenossenschaft, oder auf die verschiedenen Kantone derselben sich beziehendes Verbrechen des Hochverraths, der Aufruhrs, der Verfälschung der Staatskreditspapiere oder der Münzen begangen haben, und in den Oesterreichischen Staaten betreten werden, sollen an die Schweiz ausgeliefert werden."

ART. III. "Oesterreichische Unterthanen, welche in der Schweiz was immer für ein Verbrechen begangen haben, und in den Oesterreichischen Staaten betreten werden, sind zur Untersuchung und Bestrafung an die Schweiz nicht auszuliefern."

“Schweizerische Angehörige, welche in den Oesterreichischen Staaten was immer für ein Verbrechen begangen haben, und in der Schweiz betreten werden, sind zur Untersuchung und Bestrafung an Oesterreich nicht auszuliefern.” 1828

“Die Beurtheilung geschieht jedesmal nach den Gesetzen des Landes, dessen Behörden sprechen.”

ART. IV. “Wenn ein von einem der kontrahierenden Staaten reklamirter Verbrecher in dem Gebiete des andern Staats ein schwereres oder eben so schweres Verbrechen begangen hätte, so hat die Auslieferung in diesem Falle nur nach erfolgtem Urtheil und vollzogener Strafe zu geschehen.”

ART. V. “Wäre es nothwendig, das zur Erhebung eines Verbrechens oder seiner Umstände, Oesterreichische Unterthanen oder Schweizerische Angehörige zur Ablegung eines Zeugnisses vernommen werden müßten, so werden dieselben, auf vorläufige Ersuchungsschreiben, die Zeugnisse vor ihrem natürlichen Richter der Regel nach ablegen. Die persönliche Stellung der Zeugen kann auch in außerordentlichen Fällen, wenn nämlich solche zur Anerkennung der Identität eines Verbrechers, oder der Sachen nothwendig ist, von der Regierungsbehörde begehrt, und insofern dadurch eine bloße freiwillige Aussage des Zeugen beabsichtigt wird, kann diese mündliche Abhörung nicht verweigert werden. Sollten hingegen diese Verhöre weiter als auf eine freiwillige Aussage, oder gar auf eine Verflechtung des Zeugen mit dem Verbrecher zielen, so muß diese Absicht in dem Ersuchschreiben ausgedrückt werden. Von dem natürlichen Richter des angerufenen Zeugen hängt es dann ab, ob die persönliche Stellung zu bewilligen, oder von ihm selbst gegen den Zeugen das Angemessene zu verfügen sei.”

ART. VI. “Wenn ein Oesterreichischer Unterthan oder ein Schweizerischer Angehöriger innerhalb des Gebietes des Staates, zu welchem er gehört, in Untersuchung kommt, und eines schweren Verbrechens schuldig befunden wird, das er in dem Gebiete des andern kontrahierenden Staates begangen hat, so soll davon der betreffenden Behörde dieses Staates Kenntniß gegeben, und insbesondere dasjenige, was

1828 zur Auffindung allfallsiger Mitschuldigen, die sich in dem letztern Staate befinden würden, oder für dessen Justizpflege von Wichtigkeit sein könnte, aus den Akten mitgetheilt werden."

ART. VII. "In den zur Auslieferung geeigneten Fällen ist hiefür weder das Geständniß noch die Ueberweisung des Verbrechers nothwendig, sondern es ist genug, dafs von dem Staate, der die Auslieferung verlangt, der Beweis geleistet werde, dafs von einer hiezu kompetenten Behörde nach gesetzlicher Form und Vorschrift die Untersuchung wegen eines der im Art. I. benannten Verbrechen gegen das reklamirte Individuum erkannt worden sei, und die Beweise oder erheblichen Inzichten, auf welche sich diese Erkenntniß gründet, mitgetheilt werden."

ART. VIII. "Die Auslieferung soll auf diplomatischem Wege angesucht, inzwischen aber die Verhaftung auch auf das Ansuchen der Untersuchungsbehörde oder der Ortsobrigkeit vorgenommen werden. Zu diesem Ende haben sich die Oesterreichischen Gerichte an die Kantonsregierungen und diese sich hinwieder unmittelbar an die Oesterreichischen Gerichte zu wenden. Die Vollziehung der Auslieferung wird aber erst dann statt finden, wenn die Identität des Angeschuldigten ausgemittelt und die im Art. VII. bestimmte Mittheilung gemacht sein wird."

ART. IX. "Bei der Auslieferung sind in der Regel
a. für die erste Verhaftung und Abführung aus dem Gefängnisse 2 Fl. C. M.

b. für jeden Bogen der Inquisitionsakte 10 Kr. C. M.

c. für Botengänge auf jede Meile 10 Kr. C. M.

d. für die Verpflegung des Beschuldigten täglich 10 Kr. C. M. nebst den bei seiner Ueberlieferung bis zum nächsten Grenzorte aufgelaufenen, und jedesmal gehörig zu bescheinigenden Kosten zu vergüten."

"Für alle übrigen Verrichtungen, als Kommissionen, Verhöre, oder was sie sonst für einen Namen haben mögen, findet keine Zahlung statt."

ART. X. "Sollten jedoch durch eingetretene Erkrankung des Verhafteten, die Verpflegungskosten desselben vermehrt werden, so soll auch eine verhältnißmäßige Erhöhung der Kostenvergütung statt finden."

ART. XI. "Alle Gegenstände, die der Verbrecher in dem einen Lande durch das Verbrechen an sich gebracht hat, und die in dem andern Lande vorgefunden worden, sind unentgeltlich zurückzustellen. Die Uebergabe sowohl dieser, als diejenige des Verbrechers selbst, soll jedesmal an die nächste Gerichts- oder Polizeistelle des reklamirenden Staates geschehen." 1828

ART. XII. "Sollten in der Folge einige Artikel des gegenwärtigen Vertrages einer Erläuterung bedürfen, so wird durch diplomatische Verhandlungen hierüber ein gütliches Uebereinkommen getroffen werden."

ART. XIII. "Denjenigen Eidgenössischen Ständen, welche dem gegenwärtigen Vertrage bis zum Zeitpunkt der Ratifikation nicht beigetreten sind, soll, auch nach geschehener Auswechslung derselben, der Beitritt zu jeder Zeit frei stehen."

ART. XIV. "Gegenwärtiger Vertrag soll spätestens binnen sechs Wochen ratifiziert werden, und nach förmlicher Auswechslung der Urkunden, als ein Staatsvertrag von beiden Seiten unter allen Verhältnissen während der nächsten fünf und zwanzig Jahre, vom Tage der Auswechslung an gerechnet, unwider- rufliche Gültigkeit erhalten, ohne jedoch früheren Verträgen des einen oder andern Staates mit einem dritten Staate Abbruch zu thun. Nach Ablauf des festgesetzten Termins kann dieser Vertrag, mit gegenseitigem Einverständnis, erneuert werden."

"Zur Bestätigung desselben haben die beiderseitigen Bevollmächtigten ihn doppelt ausgefertigt, unterschrieben und ihr Siegel begedrückt."

"So geschehen Zürich, den 14. Juli 1828."

"Aus Auftrag des Hohen Vororts, haben die Unterzeichneten zugleich für den abwesenden zweiten Bevollmächtigten Herrn Bürgermeister von Meyenburg mit unterschrieben":

BINDER.

VINCENZ RÜTTIMANN.

A. v. STEIGER.

von den Eidgenössischen Ständen Zürich, Bern, reifer Prüfung und Erwä-

1828 *Luzern, Ury, Schwyz, Unterwalden, Freyburg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg* gung besagtem Vertrag und allen seinen Bestimmungen Unsere Kaiserliche Genehmigung erteilt, und genehmigen denselben hienmit, indem Wir auf Unser Kaiserliches Wort für Uns und Unsere Nachfolger versprechen, dessen genaue Beobachtung anzuordnen und stets darüber zu wachen, daß solches geschehe.

getreu und gewissenhaft beobachtet werden soll.

Zu Beurkundung dessen, Wir gegenwärtiges Ratifikationsinstrument eigenhändig unterschrieben und mit Unserm begedrückten Kaiserlichen Siegel versehen lassen.

So geschehen in Unserer Kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den vierten des Monats August im Jahre des Erlösers Eintausend Achthundert Acht und Zwanzig, Unserer Reiche im Sieben und Dreissigsten.

Zürich, den acht und zwanzigsten August des Jahres Ein tausend acht hundert acht und zwanzig.
Der Amtsbürgermeister des Standes Zürich, Präsident der Tagsatzung und des Vororts:

RINHARD.
Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

MOUSSON.

URKUND dessen, haben Wir gegenwärtiges Ratifikationsinstrument eigenhändig unterschrieben und mit Unserm begedrückten Kaiserlichen Siegel versehen lassen.

So geschehen in Unserer Kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den vierten des Monats August im Jahre des Erlösers Eintausend Achthundert Acht und Zwanzig, Unserer Reiche im Sieben und Dreissigsten.

FRANZ.

Fürst VON METTERNICH.

Nach Seiner K. K. A. Majestät Höchst eigenem Befehle:

FRANZ *Freih.* v. LEBZELTERN - COLLENBACH.

Note. Den 13. September 1828 wurden zu Bern zwischen Seiner Exzellenz dem K. K. Oesterreichischen Gesandten, Freiherrn von Binder-Kriegelstein, und dem Herrn Geheimen Rath von Steiger, als einem der mit der Unterhandlung obigen Vertrags beauftragt gewesenen Eidgenössischen Kommissarien und von dem Vororte hiefür besonders bevollmächtigt, die beiderseitigen Ratifikationen ausgewechselt.

131.

Traité entre la Prusse et les principautés d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau, concernant la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe, signé le 17 Juillet 1828.

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten 1828. Nr. 15. pag. 95).

Um den Abschluß des Vertrages, wegen der Zoll- und Verkehrs-Verhältnisse, zwischen Preussen einerseits und den Herzoglich-Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Landen andererseits zu erleichtern, haben Seine Majestät der König von Preussen und Ihre Hochfürstliche Durchlauchten, die Herzöge zu Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau, Sich vereinigt, wegen Erhebung des Ihnen traktatmäßig zustehenden Elbzolles, besondere Bestimmungen zu treffen, und zu dem Ende durch Ihre beiderseitigen Bevollmächtigten, nämlich:

Seine Majestät der König von Preussen durch Allerhöchst-Ihren Geheimen Legationsrath *Albrecht Friedrich Eichhorn*, Ritter des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens 3ter Klasse, Inhaber des eisernen Kreuzes 2ter Klasse am weissen Bande und Ritter des Kaiserlich-Russischen St. Annen-Ordens 2ter Classe; und Ihre Hochfürstliche Durchlauchten der Herzog von Anhalt Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau, den Köthenschen Geheimen Finanzrath *Ludwig Albrecht* und den Dessauschen Regierungsrath *Ludwig Basedow*, nachstehende Uebereinkunft, unter Vorbehalt der Genehmigung, verabreden lassen:

ART. I. Von allen Gegenständen, welche auf der Elbe

a. im Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Gebiete eingeladen worden sind, um in das Preussische Gebiet eingeführt zu werden, oder

1828 b. aus dem Auslande nach dem Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Gebiete eingehen, mit der Bestimmung dort zu verbleiben oder in dem Packhofe zu Roslau zu verbleiben, oder

c. in dem Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Gebiete eingeladen worden sind, um durch das Preussische Gebiet ins Ausland verschifft zu werden, soll weder an den Preussischen Elbzollstellen noch an denen Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten der traktatenmäßige Elbzoll erhoben werden.

Ausgenommen sind jedoch Waaren, welche aus dem Packhofe in Roslau nach dem Auslande ausgeführt werden sollen. Von diesen ist der Elbzoll und zwar in seinem vollen Satze, wie er Preussen für die ganze Strecke von Wittenberg bis Mühlberg traktatenmäßig gebührt, auch ferner an den Preussischen Zollstellen zu entrichten.

ART. II. Eben so soll auch von allen Gegenständen, welche auf der Elbe

a. in dem Preussischen Gebiete eingeladen worden sind, um in das Anhalt-Köthensche oder Anhalt-Dessausche Gebiet eingeführt zu werden, oder

b. aus dem Auslande mit der Bestimmung nach dem Preussischen Gebiete eingehen, oder

c. im Preussischen Gebiete eingeladen worden sind, und durch das Anhalt-Köthensche und Anhalt-Dessausche Gebiet in das Preussische oder in das Ausland verschifft werden;

der traktatenmäßige Elbzoll an den beiderseitigen Zollstellen nicht erhoben werden.

ART. III. Die Abgabe von den Fahrzeugen, oder die Rekognitions-Gebühr, wird nur dann erhoben werden, wenn die Schiffe nicht innerhalb des Preussischen und Anhaltschen Gebiets verbleiben, sondern die Bestimmung haben, ihre Fahrt in das Ausland fortzusetzen.

ART. IV. An die Stelle des Elbzolles und der Rekognitions-Gebühr, wo beide nach vorstehenden Bestimmungen wegfallen, dürfen keine andere Belastungen treten. Doch versteht es sich von selbst, daß der Erhebung der tarifmäßigen Ein- und Ausgangs-Abgaben auf der Elbe, welche Preussen, in Folge des besondern Vertrags mit Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten von Anhalt-Köthen und Anhalt-

Dessau, zusteht, durch die gegenwärtige Uebereinkunft kein Eintrag geschehen soll.

ART. V. Mit Rücksicht auf die gegenseitige Aufhebung des Elbzolles wird Preußen unter denselben Umständen, unter welchen dieser Zoll nicht entrichtet wird, auch auf der Saale, statt aller bisherigen Abgaben, nur die Schleusengefälle, welche zur Instandsetzung und Unterhaltung der Schleusen, nach dem Tarif vom 31sten Dezember 1826, bestimmt sind, erheben lassen.

Desgleichen wollen Seine Hochfürstliche Durchlaucht, der Herzog von Anhalt-Köthen, in den Fällen, wo Preussischer Seits nur das gedachte Schleusengeld erhoben wird, das bisherige Seilgeld bei Nienburg bis zu einem Grade ermässigen, daß die davon ankommende Einnahme, die mit der Einrichtung wegen Senkung des Seils verbundenen Kosten nicht übersteigt, und zu dem Ende vorläufig den zu entrichtenden Satz des Seilgeldes auf vier gute Gröschen von dem Schiffe, für welche dasselbe gesenkt wird, bestimmen.

ART. VI. Die etwa noch erforderlichen Maassregeln, zur Verhütung von Unterschleifen, sollen zwischen dem Königlich-Preussischen General-Direktor der Steuern und der betreffenden Herzoglich-Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen obersten Behörde, besonders verabredet werden.

ART. VII. In Absicht der Dauer, der stillschweigenden Verlängerung und der Wiederaufhebung dieser Uebereinkunft, gelten die nämlichen Bestimmungen, welche der heute unterzeichnete Haupt-Vertrag, wegen der gegenseitigen Verkehrsfreiheit und der Anschließung der Herzogthümer Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau an das Preussische System der indirecten Steuern aufstellt.

ART. VIII. Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, dem Herzoge von Anhalt-Bernburg wird der Beitritt zu der gegenwärtigen Uebereinkunft vorbehalten.

ART. IX. Gegenwärtige Uebereinkunft soll zugleich mit dem ebenerwähnten Haupt-Vertrage zur Allerhöchsten und Höchsten Ratifikation vorgelegt, und auch gleichzeitig binnen einer 44tägigen Frist, nach

1828 Auswechselung der Ratifikations-Urkunden, zur Vollziehung gebracht werden.

Zur Urkund dessen ist diese Uebereinkunft von den beiderseitigen Bevollmächtigten, unter Beidrückung ihrer Siegel, unterzeichnet worden.

So geschehen Berlin, den 17ten Juli 1828.

ALBRECHT FRIEDRICH EICHHORN. LUDWIG ALBERT.
LUDWIG BASEDOW.

(Vorstehender Vertrag ist von Seiner Majestät dem Könige am 16ten August c. ingleichen von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht dem Herzoge von Anhalt-Köthen am 27sten August 1828, und von Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht dem Herzoge von Anhalt-Dessau am 28sten Juli 1828, ratifizirt worden).

132.

*Traité entre la Prusse et les duchés
d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau
concernant les rapports mutuels
des douanes et du commerce, signé
le 17 Juillet 1828.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten 1828. Nr. 15. pag. 99).

Nachdem Seine Majestät der König von Preussen und Ihre Hochfürstliche Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau, den bisherigen so nachtheiligen Hemmungen des freien Verkehrs zwischen den beiderseitigen Ländern und den daraus entstandenen Beschwerden der Unterthauen auf eine gründliche Weise abzuhelfen beschlossen, dieser Zweck aber nur auf dem Wege des Beitritts der Länder Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten zu dem Preussischen Systeme der indirekten

Steuern zu erreichen ist; so haben Allerhöchst- und 1828
Hochdieselben über diesen Gegenstand durch Ihre
Bevollmächtigten, nämlich:

Seine Majestät der König von Preußen durch Allerhöchst-Ihren Geheimen Legationstath *Albrecht Friedrich Eichhorn*, Ritter des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens 3ter Klasse, Inhaber des eisernen Kreuzes zweiter Klasse am weissen Bande und Ritter des Kaiserlich-Russischen St. Annen-Ordens 2ter Klasse und

Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau, durch den Anhalt-Köthenschen Geheimen Finanzrath *Ludwig Albrecht* und den Anhalt-Dessauschen Regierungsrath *Ludwig Basedow*, unter Vorbehalt der beiderseitigen Genehmigung, nachstehende Uebereinkunft verabreden und abschliessen lassen:

ART. I. Da die Freiheit des Verkehrs wesentlich auf der Uebereinstimmung der Grundsätze in Absicht der Besteuerung der im Verkehr befindlichen Gegenstände beruht, so treten Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-Dessau auf die Dauer von sechs Jahren und unbeschadet aller Ihrer Hoheitsrechte, für Höchst-Ihre Lande — mit Ausschluss der Anhalt-Köthenschen hohen Grafschaft Warmedorf und der Anhalt-Dessauschen Aemter Sandersleben und Groß-Alsleben, über deren Anschliessung an das Preussische indirekte Steuersystem besondere Verträge eingegangen werden sollen — der Preussischen Gesetzgebung über Eingangs- Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben, wie solche in dem Gesetze vom 26ten Mai 1818 und in den seitdem erlassenen Bestimmungen und Erhebungsrollen enthalten ist, oder künftig noch durch Deklarationen und Erhebungsrollen weiter bestimmt werden wird, in der Art bei, daß diese Gesetzgebung, nachdem solche in Höchst-Ihren Namen in den beiden Herzogthümern Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau verkündigt sein wird, von den Herzoglichen Behörden genau vollzogen werden soll.

Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt-

1828 Dessau, werden daher unmittelbar nach Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages die in Folge des Beitritts zu verkündenden Verordnungen und die damit in Verbindung stehenden organischen Verfügungen für die Zoll-Verwaltung ausarbeiten und durch einen Kommissarius dem Königlich-Preussischen General-Direktor der Steuern mittheilen lassen, damit die Bemerkungen, welche dieser dabei zu machen sich veranlaßt finden sollte, angemessen berücksichtigt werden können.

Künftige, das Anhaltsche Interesse berührende, Abänderungen der Grundsätze des Preussischen Gesetzes vom 26sten Mai 1818 und der in Beziehung hierauf bis jetzt ergangenen Deklarationen, sollen jedoch in den Herzoglich-Anhalt-Köthenschen und Anhalt-Dessauschen Landen, auf welche sich der gegenwärtige Vertrag bezieht, nur dann zur Anwendung kommen, wenn darüber vorher eine Einigung erfolgt ist.

ART. II. Da mit Zustimmung Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzöge von Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau, dem von Höchstdemselben erklärten Beitritt zu der Preussischen Gesetzgebung über Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben die Wirkungen gegeben werden soll, daß auch von allen auf der Elbe zum Bedarf der betreffenden Anhaltschen Lande eingehenden fremden steuerbaren Waaren, mit Ausnahme derjenigen Gegenstände, wobei Sich Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, nach Maßgabe der folgenden Artikel IV. V. VI und VII, die eigene Erhebung der Eingangsabgaben vorbehalten wollen, die Eingangsabgaben und von den auf demselben Wege aus Anhalt ausgehenden inländischen Waaren die Ausgangsabgaben, welchen diese unterliegen, durch die Preussischen Zollämter an der äußern Preussischen Grenze erhoben werden; so versprechen dagegen Seine Majestät der König von Preußen, daß dasjenige Einkommen, welches Ihren Kassen in Folge dieses Beitritts, nach Abrechnung des auf die zur eigenen Erhebung der Eingangsabgaben Anhaltischer Seits vorbehaltenen Gegenständen fallenden Ertrags, zufließen wird, den Kassen Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten zu Statten kommen soll.

ART. III. In Betracht, daß die Bestimmung des 1828 nach vorstehendem Artikel II. Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten zustehenden Einkommens wesentlich von der Ermittlung des Bedarfs der Herzoglichen Lande an fremden, über die äußere Preussische Grenze eingehenden steuerbaren Waaren, und des hierauf nach dem Preussischen Tarif zu berechnenden Steuerertrages abhängt, ist man übereingekommen, daß jener Bestimmung für die nächsten 3 Jahre das Einkommen der zu dem Steuerverbände der 7 östlichen Preussischen Provinzen gehörigen Landestheile an Ein-, Aus- und Durchgangsabgaben, nach einem Durchschnitte der letzten 3 Jahre dergestalt zur Grundlage dienen soll, daß Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten ein Antheil an diesem Einkommen, im Verhältniß der Bevölkerung der Anhaltischen Lande, worauf sich der gegenwärtige Vertrag bezieht, zu der Bevölkerung des in dem Steuerverbände befindlichen Theils der gedachten 7 östlichen Preussischen Provinzen gewährt, und hierbei derjenige Betrag an Ein-, Aus- und Durchgangsabgaben, wovon dieser Antheil zu berechnen ist, mit Rücksicht darauf, daß einerseits eine Vermehrung der Preussischen Durchgangsabgaben, welche nur als Folge des Beitritts Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten zu dem Preussischen Steuersysteme sich betrachten ließe, nicht statt findet, und daher auch hierauf eine Theilnahme an jenen Abgaben nicht zu gründen ist, andererseits aber in den Anhalt - Köthenschen und Anhalt - Dessauschen Landen von den landwärts durchgehenden Waaren eine Durchgangsabgabe nicht bezogen werden kann, zu $\frac{3}{4}$ des Sammeinkommens angenommen werden soll.

ART. IV. Nachstehende Waaren können, sofern sie auf der Elbe eingehen, unter den in den folgenden Artikeln V. VI. VII. und VIII. enthaltenen näheren Bestimmungen zur Selbsterhebung der davon zu entrichtenden Abgaben, unter Begleitschein - Kontrolle der Königlich - Preussischen Haupt - Zoll - Aemter zu Wittenberg und Mühlberg, imgleichen des Haupt - Steueramts zu Magdeburg, ferner abgabenfrei in die Herzoglichen Lande eingeführt werden:

1. Rum, Arrak, Franzbranntwein und alle andere fremde Branntweine und Liqueure;
2. Wein und Weinessig;

- 1828
3. Gemeines und Speise-Oel;
 4. Südfrüchte aller Art, frisch und getrocknet;
 5. aufser-europäische Gewürze;
 6. Kaffee;
 7. Thee;
 8. Zucker aller Art;
 9. Syrup;
 10. Reis;
 11. Heringe;
 12. Sago;
 13. Kakao;
 14. Tabak aller Art, in Blättern und fabricirt;
 15. Russischer Talg.

ART. V. Zur Erhebung der Steuern von den auf der Elbe eingegangenen Waaren wird bei Rofslau ein gemeinschaftlich Anhalt-Köthensches und Anhalt-Dessausches Steueramt errichtet.

Nach diesem Steueramte werden alle frei eingegangene Waaren gebracht und, insofern die Versteuerung nicht gleich geschieht, in den mit demselben verbundenen Packhof niedergelegt.

ART. VI. Sobald die in diesem Packhof lagernden Waaren in den Verkehr übergehen sollen, muß davon, ebenso wie dies bei einer Versteuerung unmittelbar nach der Ankunft der Waaren auf der Elbe geschieht, die in völliger Uebereinstimmung mit dem Preussischen Tarif gesetzlich bestimmte Abgabe zur Herzoglichen Steuerkasse entrichtet werden.

ART. VII. Alle im Anhaltschen Packhofe unversteuert lagernden Waaren können auch, jedoch nur auf dem Elbwege, nach dem Auslande wieder ausgeführt werden, und unterliegen alsdann bei den Preussischen Zoll-Aemtern, aufser dem tractatenmäßigen Elbzolle, keiner Preussischen Abgabe.

Wegen Vermeidung von Unterschleifen mit Waaren, welche bei dem Ein- und Ausgange aus dem Packhofe durch Vertauschung oder Veränderung statt finden könnten, wird man sich gegenseitig über zweckdienliche Maafsregeln vereinigen.

Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten versprechen insbesondere die strengste Aufsicht über den Packhof von Seiten Ihrer Behörden führen zu lassen, nicht zu gestatten, daß eine Veränderung und Vermischung

mit den in demselben lagernden Waaren insbesondere 1828 eine weitere Umpackung oder Bearbeitung derselben, als lediglich zu ihrer Conservation nöthig ist, vorgenommen werde, jeden entdeckten Unterschleif unnachsichtlich nach der Srenge des Gesetzes bestrafen zu lassen, auch namentlich nicht nachzugeben, das unter irgend einem Vorwande die zum Packhofe bestimmten Waaren unversteuert in Privatniederlagen oder Kellern aufbewahrt und von dort aus zur Elbe steuerfrei wieder ausgeführt werden, indem der Handel mit fremden unversteuerten Waaren ins Ausland einzig auf die im Packhofe lagernden und aus demselben wieder eingeschifften Gegenstände beschränkt seyn soll.

ART. VIII. Die mit den Preussischen Posten nach Anhalt kommenden fremden Waaren aller Art werden im letzten Preussischen Steueramte vor der Anhaltschen Grenze revidirt und alsdann mit der Revisions-Note an die Königlichen Postämter zu Köthen, Dessau und Zerbst weiter gesandt, welche sie alsdann an die dortigen Herzoglichen Steuerbeamten zur Auslieferung an die Empfänger gegen Erlegung der vollen Tarifsteuer übergeben. Der dafür eingehende Steuerertrag fließt dem gemeinschaftlichen Herzoglichen Steueramte zu, und wird auf den jährlichen Steuerantheil Ihrer Hochfürstlichen Durchlauchten in Anrechnung gebracht.

ART. IX. Wegen gegenseitiger Befreiung von dem tractatenmäßigen Elbzoll hat es bei dem heute besonders abgeschlossenen Vertrage sein Bewenden.

ART. X. Alljährlich findet eine Abrechnung wegen des Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten zu gewährenden Steuerantheils durch eine gemeinschaftliche Kommission statt.

Diese ermittelt zuvörderst, was von den im Laufe des Jahres abgabefrei über die Preussischen Hauptämter Wittenberge, Mühlberg und Magdeburg nach dem Anhaltschen Steueramte Rosslau eingegangenen Waaren von dort auf der Elbe wieder ausgeführt worden ist, was sich davon noch in dem Packhofe im Bestande befindet und was daher als Steuerbetrag für Waaren, welche zum Verbrauch ausgegeben worden sind, mit Einschluss derjenigen welche auf der Post eingegangen, zu berechnen ist.

1828 Was nach Abzug dieses Steuerertrages an dem Ihren Hochfürstlichen Durchlauchten gebührenden jährlichen Einkommen noch fehlt, soll sofort aus der Königlichen Preussischen Provinzial - Steuerkasse zu Magdeburg ergänzt werden.

ART. XI. Da nach vorstehenden Bestimmungen alle zum innern Verbrauch aus dem Auslande einkommenden Waaren in den Anhaltschen Landen eben so besteuert werden, als im Preussischen, so sichern Seine Majestät der König von Preussen und Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, der Herzog von Anhalt-Köthen und der Herzog von Anhalt - Dessau, Ihren Unterthanen gegenseitig völlig freien und ungestörten Verkehr mit den gedachten Waaren dergestalt zu, daß die innerhalb des ganzen, von der Preussischen Zolllinie an der äußern Grenze des Preussischen Staats eingeschlossenen Bezirke, mit Inbegriff des dem Preussischen Steuerverbande schon früher beigetretenen Herzogthums Bernburg, von den betreffenden Unterthanen zu verführenden Waaren, überall den eigenen inländischen völlig gleich behandelt werden sollen.

ART. XII. Auch in Absicht aller inländischen Erzeugnisse der Natur und Kunst soll diese Freiheit des gegenseitigen Verkehrs (Art. XI.) in der Regel Statt finden. Nur in Beziehung auf Branntwein, Bier, Essig und Tabacksblätter, welche in Preussen und Anhalt erzeugt werden, behält man sich gegenseitig vor, bei dem Uebergang jener Artikel aus dem einen Gebiet in das andere, diejenige volle Steuer zu erheben, welche auch auf den eigenen inländischen Erzeugnissen dieser Art ruht oder auf dieselben gelegt werden möchte; jedoch ist den Herzoglichen Unterthanen verstattet, die in den Herzoglich-Anhaltschen Ländern erzeugten Tabacksblätter sowohl landwerts als auf der Elbe, unter gehöriger Sicherheitskontrolle *abgabenfrei* über die Preussischen Grenzen auszuführen.

Von Mehl, Getreide und Schlachtvieh, wenn diese Gegenstände in Preussische oder Anhaltsche Städte, wo Mahl- und Schlachtsteuer erhoben wird, eingeführt werden, ist diese Abgabe ebenso wie von den inländischen gleichartigen Producten zu entrichten, in-

dem dieselben frei über die Grenze eingehen, und, 1828
sobald sie diese passirt haben, den inländischen Waaren dieser Gattung gleich geachtet werden.

Dasselbe gilt auch von den in Preußen und Anhalt erzeugten Victualien, als Butter, Käse, Eier, Obst und dergleichen, wenn sie in solche Anhaltsche Städte von Preussischen Unterthanen zu Markte gebracht werden, wo auch Inländer eine gleiche Abgabe von diesen Gegenständen zu entrichten haben.

ART. XIII. Da das Salz und die Spielkarten, welche in dem Preussischen Staate von den eigenen Unterthanen desselben bereitet und verfertigt werden, im Preussischen Gebiete nicht freien Umlauf haben; so können in Folge dieser Bestimmung, auch Salz und Spielkarten, welche in den Herzoglichen Landen verfertigt worden seyn möchten, in den Königlichen Landen nicht freien Umlauf haben, sondern sind daselbst den gleichen Beschränkungen, vorbehältlich der Durchfuhr der Spielkarten, unterworfen. In Rücksicht des Salzes finden überdies die Bestimmungen der darüber abgeschlossenen besonderen Uebereinkünfte Anwendung, und ist dabei ausdrücklich festgesetzt, daß dieselben ihren Grundlagen nach so lange bestehen sollen, als die Vereinigung wegen der Steuern dauert.

ART. XIV. Handelsverträge, welche etwa zwischen Preußen und anderen Staaten abgeschlossen werden und das Interesse der Herzogthümer Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau mit berühren, sollen in ihren Folgen den Herzoglichen Unterthanen ebenso, wie den Königlich-Preussischen, zu Statten kommen.

ART. XV. Die Allerhöchsten und Höchsten kontrahirenden Souverains werden Sich in den zur Sicherung Ihrer landesherrlichen Gefälle; und zur Aufrechthaltung der Gewerbe Ihrer Unterthanen nothwendigen Maafsregeln einander gegenseitig freundlich unterstützen, und daher namentlich auch gestatten, daß die Königl. Preussischen und Herzoglich-Anhaltschen Zollbeamten die Spur begangener Unterschleife in die gegenseitigen Gebiete verfolgen und sich mit Zuziehung der Ortsobrigkeit des Thatbestandes versichern. Wenn auch zu dessen Feststellung oder zur Sicherung der Gefälle und Strafen, Visitationen; Beschlagnahmen und Vorkehrungen von

1828 den beiderseitigen Zollbeamten bei den Landes- und Ortsbehörden in Antrag gebracht werden, sollen diese, nachdem sie sich überzeugt, daß den Umständen nach diese Anträge durch die Gesetze begründet, oder ihnen doch nicht entgegen sind, solche alsbald willig und zweckmälsig veranstalten.

ART. XVI. Die Straf-Erkenntnisse über Zollvergehen in Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau werden von den dasigen Gerichten gefällt und vollstreckt, jedoch von einem dazu verpflichteten Fiskal, im Interesse der Verwaltung, betrieben. Zollstrafen und Konfiskate, worauf die Herzoglichen Gerichte erkennen, fallen, nach Abzug des Denunzianten-Antheils, der Anhaltischen Steuerkasse lediglich anheim.

Das Begnadigungs- und Strafverwandlungs-Recht behalten sich Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, hinsichtlich der von Ihren Gerichten verurtheilten Defraudanten, vor, wollen jedoch von jedem Falle, wo dasselbe in Anwendung gebracht worden ist, durch Ihre Behörden dem Königlich-Preussischen Provinzial-Steuer-Director in Magdeburg Nachricht geben lassen.

ART. XVII. Sollte der gegenwärtige, auf einen vom 1sten Januar 1828 ab anzurechnenden Zeitraum von Sechs Jahren abgeschlossene Vertrag vor Anfang des letzten Jahres von einer oder der andern Seite nicht aufgekündigt werden, so wird derselbe auf fernere Drei Jahre, und sofort stets auf Drei Jahre, als verlängert angesehen.

ART. XVIII. Wenn der gegenwärtige Vertrag zu Ende gehen, oder auch auf den Grund eines gemachten Vorbehalts schon früher seine Kraft verlieren sollte, ohne daß eine anderweite Vereinigung an seine Stelle tritt, so verbinden Sich Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten, die alsdann im Packhofe zu Rofs-läu noch lagernden Waaren nicht unverteuert ins Land übergehen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß dieselben entweder gegen die bisherige Besteuerung ihren eigenen Unterthanen ausgeliefert, oder auf der Elbe über die äußere Preussische Grenze wieder ausgeführt werden.

ART. XIX. Gegenwärtiger Vertrag soll unverzüglich zur Allerhöchsten und Höchsten Ratification

eingereicht, und nach Auswechselung der Ratifica- 1828
tions - Urkunden sofort zur Vollziehung gebracht wer-
den.

Dessen zur Urkund ist derselbe von den beider-
seitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und unterschie-
gelt worden.

So geschehen Berlin, den 17. Juli 1828.

ALBRECHT FRIEDRICH EICHHORN.

LUDWIG ALBERT.

LUDWIG BASEDOW.

(Vorstehender Vertrag ist von Seiner Majestät dem
Könige am 16ten August c., imgleichen von Seiner Hoch-
fürstlichen Durchlaucht dem Herzoge von Anhalt - Köthen am
27sten August 1828, und von Seiner Hochfürstlichen Durch-
laucht dem Herzoge von Anhalt - Dessau am 28sten Juli 1828
ratifizirt worden).

133.

*Traité entre la France de la confédé-
ration Suisse, concernant les rap-
ports de voisinage, de justice et de
police, signé à Zurich le 18 Juillet*

1828.

(*Officielle Sammlung der das Schweizerische Staats-
recht betreffenden Aktenstücke Bd. 2. Heft 4. 1828.
p. 209 sqs.*).

La Majesté le Roi de France et de Navarre et les
Etats composant la Confédération Helvétique, égale-
ment animés du désir de consolider de plus en plus
les liens d'amitié et les relations de bon voisinage qui
subsiste depuis si long-tems entr'eux, et dans ce but
ayant jugé convenable de fixer définitivement et sur
la base d'une parfaite réciprocité les règles à suivre
de part et d'autre, tant pour l'exercice de la justice

1828 qu'à l'égard de divers autres points d'un intérêt commun pour les deux pays, ont à cet effet nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir :

Sa Majesté Très-Chrétienne, le Sieur François Joseph Maximilien Gérard de Rayneval, Grand-officier de l'ordre Royal de la Légion d'honneur, Chevalier de l'ordre de Charles III, Conseiller d'état, son Ambassadeur près la Confédération Helvétique :

Et les Etats de la Confédération Helvétique, les Sieurs Emmanuel Frédéric Fischer, Avoyer de la Ville et République de Berne, Jean Herzog d'Effinguen, Bourgmestre du Canton d'Argovie, et Auguste Charles François de Perrot, Conseiller d'état de Neuchâtel, —

lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans :

ART. I. Les jugemens définitifs en matière civile, ayant force de chose jugée, rendus par les tribunaux français, seront exécutoires en Suisse, et réciproquement, après qu'ils auront été légalisés par les Envoyés respectifs, ou à leur défaut, par les autorités de chaque pays.

ART. II. Il sera exigé des Français qui auraient à poursuivre une action en Suisse, ni des Suisses qui auraient une action à poursuivre en France, aucuns droits, caution du dépôt, auxquels ne seraient pas soumis les nationaux eux-mêmes, conformément aux lois de chaque localité.

ART. III. Dans les affaires litigieuses personnelles ou de commerce, qui ne pourront se terminer à l'amiable ou sans la voie des tribunaux, le demandeur sera obligé de poursuivre son action devant les juges naturels du défendeur, à moins que les parties ne soient présentes dans le lieu même où le contract a été stipulé, ou qu'elles ne fussent convenues des juges, par devant lesquels elles se seraient engagées à discuter leurs difficultés.

Dans les affaires litigieuses, ayant pour objet des propriétés foncières, l'action sera suivie par devant le tribunal ou magistrat du lieu, où la dite propriété est située.

Les contestations qui pourraient s'élever entre les héritiers d'un Français mort en Suisse, à raison de sa succession, seront portées devant le juge du dernier domicile que le Français avait en France; la réciprocité aura lieu à l'égard des contestations qui pourraient s'élever entre les héritiers d'un Suisse mort en France. Le même principe sera suivi pour les contestations qui naîtraient au sujet des tutelles.

ART. IV. En cas de faillite ou de banqueroute de la part de Français, possédant des biens en France, s'il y a des créanciers suisses et des créanciers français, les créanciers suisses qui se seraient conformés aux lois françaises pour la sûreté de leur hypothèque, seront payés sur les dits biens comme les créanciers hypothécaires français, suivant l'ordre de leur hypothèque; et réciproquement, si des Suisses possédant des biens sur le territoire de la Confédération helvétique, se trouvaient avoir des créanciers français et des créanciers suisses, les créanciers français qui se seraient conformés aux lois suisses, pour la sûreté de leur hypothèque en Suisse, seront colloqués sans distinction avec les créanciers suisses, suivant l'ordre de leur hypothèque.

Quant aux simples créanciers, ils seront aussi traités également, sans considérer auquel des deux pays ils appartiennent; mais toujours conformément aux lois de chaque pays.

ART. V. Si des Français ou des Suisses, déclarés juridiquement coupables dans leurs pays respectifs des crimes suivans, savoir: crimes contre la sûreté de l'Etat, assassinat, empoisonnement, incendies, faux sur des actes publics et en écritures de commerce, fabrication de fausse monnaie, vols avec violence ou effraction, vols de grand chemin, banqueroute frauduleuse, ou qui seraient poursuivis comme tels, en vertu de mandats d'arrêt, décernés par l'autorité légale, venaient à se réfugier, les Français en Suisse, et les Suisses en France, leur extradition sera accordée à la première réquisition. Il en sera de même à l'égard des fonctionnaires ou dépositaires publics, poursuivis pour soustraction de fonds appartenant à l'Etat. Chacun des deux pays supportera, jusqu'aux frontières de son territoire, les frais d'extradition et de transport.

1828 Les choses volées dans l'un des deux pays, et déposées dans l'autre, seront fidèlement restituées.

ART. VI. Dans toutes les procédures criminelles ayant pour objet les mêmes crimes spécifiés à l'article ci-dessus, dont l'instruction se fera, soit devant les tribunaux français, soit devant ceux de Suisse, les témoins suisses, qui seront cités à comparaître en personne en France, et les témoins français qui seront cités à comparaître en personne en Suisse, seront tenus de se transporter devant le tribunal qui les aura appelés, sous les peines déterminées par les lois respectives des deux nations. Les passe-ports nécessaires seront donnés aux témoins, et les gouvernemens respectifs se concerteront pour fixer l'indemnité et l'avance préalable, qui seront dues à raison de la distance et du séjour. Si le témoin se trouvait complice, il sera renvoyé par devant son juge naturel, aux frais du Gouvernement qui l'aurait appelé.

ART. VII. Les habitans suisses des Cantons limitrophes de la France, auront la faculté d'exporter les denrées provenant des biens-fonds, dont ils seraient propriétaires sur le territoire du Royaume, à une lieue des frontières respectives, et la même faculté est accordée réciproquement aux Français qui posséderaient en Suisse des propriétés foncières situées à la même distance des frontières. L'exportation et l'importation de ces denrées territoriales seront libres et exemptes de tous droits. Néanmoins les propriétaires, qui voudront user de la faculté qui leur est accordée par le présent article, se conformeront aux lois de douane et de police de chaque pays; mais pour éviter que les formalités à remplir ne causent des retards préjudiciables aux récoltes, leur transport d'un pays dans l'autre ne pourra être retardé, si ceux qui en auront préalablement demandé l'autorisation, fournissent, jusqu'à ce qu'ils aient pu l'obtenir, une caution solvable.

Il est bien entendu, que cette faculté ne sera pas limitée, et qu'elle durera toute l'année; mais il est également convenu, qu'elle ne s'appliquera qu'aux récoltes brutes, et telles que le terrain, sur lequel elles auront crû, les aura produites.

ART. VIII. Il sera conclu un arrangement particulier entre S. M. T. C. et les Cantons limitrophes

de la France, pour régler l'exploitation des forêts voisines des frontières, et en prévenir la dégradation.

ART. IX. Si par la suite on venait à reconnaître le besoin d'éclaircissemens sur quelques articles du présent traité, il est expressément convenu, que les parties contractantes se concerteront pour régler à l'amiable les articles sujets à interprétation.

ART. X. Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans l'espace de trois mois ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Zurich le 18 Juillet de l'an de grâce mil huit-cent vingt-huit.

RAYNEVAD.

FISCHER.

HERZOG d'Effinguen.

PERROT.

R a t i f i c a t i o n s :

A. Da Sa Majesté Tres-Chrétienne.

Charles, par la grâce de Dieu, Roi de France et Navarre, à tous ceux qui ces présentes lettres verront, Salut.

Ayant vu et examiné le traité contenant les règles à suivre tant en France qu'en Suisse, pour l'exercice de la justice et à l'égard de divers autres points d'un intérêt commun pour les deux pays, lequel a été conclu et signé à Zurich, le 18 Juillet de la présente année, par Notre très-cher et bien-aimé le Sieur Comte Gérard de Rayneval, Ministre d'Etat, Notre Ambassadeur en Suisse etc. etc. etc., et Notre Plénipotentiaire, en vertu des pleins-pouvoirs que Nous lui avons donnés, avec les Sieurs Fischer, Avoyer de la Ville et République de Berne, Jean Herzog d'Effinguen, Bourgmestre du Canton d'Argovie, et Auguste Charles François de Perrot, Conseiller d'Etat de Neuchâtel, Plénipotentiaires nommés par le Directoire fédéral, au nom des Etats composant la Confédération helvétique, également munis de pleins-pouvoirs en bonne forme, duquel traité la teneur suit :

1828

(Teneur du traité.)

Nous, ayant agréable le susdit traité en toutes et chacune des dispositions qui y sont contenues, déclarons, tant pour Nous que pour Nos héritiers et successeurs, qu'il est accepté, approuvé, ratifié et confirmé, et, par ces présentes signées de Notre main, Nous l'acceptons, approuvons, ratifions et confirmons; Promettant, en foi et parole de Roi, de l'observer et de le faire observer inviolablement, sans jamais y contrevenir ni permettre qu'il y soit contrevenu directement ni indirectement, en quelque manière et sous quelque prétexte que ce soit. En foi de quoi, Nous avons fait mettre Notre sceau à ces présentes. Donné en Notre château des Tuileries, le dix-septième jour du mois d'Octobre, l'an de grâce mil huit-cent vingt-huit, et de notre règne le cinquième.

CHARLES.

*Par le Roi:**Le Comte PORTALIS.***B. *Du Directoire fédéral au nom des Cantons.***

Nous les Bourgmestres et Conseil d'Etat de Zurich, Directoire actuel de la Confédération Suisse, faisons savoir par les présentes:

Que le traité conclu et signé à Zurich le 18 Juillet de la présente année entre la Couronne de France et la Confédération Suisse, savoir: au nom de Sa Majesté Très-Chrétienne Charles X, Roi de France et de Navarre, par Monsieur le Baron Gérard de Rayneval, Son Ambassadeur en Suisse etc. etc. etc., et de la part des Cantons Suisses par Messieurs Emmanuel Frédéric Fischer, Avoyer de la Ville et République de Berne, Jean Herzog d'Effinguen, Bourgmestre du Canton d'Argovie, et Auguste Charles François de Perrot, Conseiller d'Etat de Neuchâtel, au sujet des règles à suivre de part et d'autre tant pour l'exercice de la justice, qu'à l'égard de divers autres points d'un intérêt commun pour les deux pays:

Ayant été transmis aux Cantons confédérés et les déclarations de ceux-ci, consignées au protocole de la Diète des 10, 21 et 24 Juillet 1828, se trouvant en

nombre suffisant pour constater, dans une transaction 1828
de ce genre, l'assentiment du Corps Helvétique;

Nous, en vertu de ces mêmes déclarations, attestons et certifions, que le susdit traité du 18 Juillet 1828, tel qu'il a été signé par les Plénipotentiaires respectifs, de mot à mot comme suit:

(Teneur du traité.)

est accepté, approuvé et ratifié dans tout son contenu par la Confédération Suisse. Nous promettons dès lors qu'il sera fidèlement et religieusement observé.

En foi de quoi les présentes ont été munies de la signature de notre Bourgmestre en charge, Président de la Diète Suisse et du Directoire fédéral, de celle du Chancelier et du sceau de la Confédération, à Zurich le dix-huit Octobre de l'an de grâce mil huit-cent vingt-huit. (18 Octobre 1828.)

*Le Bourgmestre en charge du Canton de Zurich,
Président de la Diète et du Directoire fédéral:*

REINHARD.

Le Chancelier de la Confédération:

MOUSSON.

134.

Convention de cartel entre la Prusse et la France, signée à Paris le 25 Juillet 1828.

*(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten J. 1828. Nr. 16. pag. 111. Le Moniteur
universel. 1828. Nr. 288).*

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi de France et de Navarre étant convenus de conclure une convention de cartel, ont, à cet effet, muni de Leurs pleins-pouvoirs, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse, le sieur Henry Auguste Alexandre Guillaume, Baron de Werther,

672 *Convention de cartel entre la Prusse*

1828 Son chambellan et Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Très-Chrétienne, chevalier de l'Ordre de l'Aigle rouge de la première classe et de celui de St. Jean de Jérusalem de Prusse, et grand-croix de l'ordre de Charles III. d'Espagne;

et Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, le sieur Pierre Marie Auguste Féron, Comte de la Ferronnays, pair de France, chevalier des Ordres du Roi, chevalier des Ordres de Russie, grand-croix de l'Ordre de St. Ferdinand des deux Siciles, et de l'Ordre de la couronne de Wurtemberg, maréchal de camp, ministre et secrétaire d'état au département des affaires étrangères,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans :

ART. I. A dater de l'échange des ratifications de la présente convention, tous les individus qui désertent le service militaire des hautes parties contractantes, seront restitués de part et d'autre.

ART. II. Seront réputés déserteurs, non seulement les militaires de toute arme et de tout grade, qui quitteront leurs drapeaux, mais encore le individu appartenant à la marine, et ceux qui, appelés au service actif de la milice nationale ou de toute autre branche militaire quelconque des deux pays, ne se rendraient pas à l'appel, et chercheraient à se réfugier sur le territoire de l'une des hautes parties contractantes.

Les jeunes gens résidant, soit par le fait de leur naissance, soit par toute autre circonstance, dans les États du souverain dont ils ne sont pas sujets, seront également soumis aux dispositions de la présente convention, à moins qu'ils n'aient obtenu des lettres de naturalisation par suite de l'autorisation du gouvernement dont ils sont sujets.

ART. III. Sont exceptés de la restitution ou de l'extradition qui pourra être demandée en vertu de la présente convention :

1. les individus nés sur le territoire de l'Etat dans lequel ils auraient cherché un asile, et qui, par leur désertion, ne feraient que rentrer dans leur pays natal;

2. les individus qui soit avant, soit après leur dé- 1828
sertion, se seraient rendus coupables d'un crime ou
délit quelconque, à raison du quel il y aurait lieu de
les traduire en justice devant les tribunaux du pays
où ils se sont retirés.

Néanmoins, en ce dernier cas, l'extradition aura
lieu après que le déserteur aura été acquitté ou aura
subi sa peine.

Si un déserteur était retenu dans quelque prison
pour le paiement d'une dette civile, son extradition
sera suspendue jusqu'au jour où cet emprisonnement
aura dû cesser.

ART. IV. Lorsqu'un déserteur aura atteint le
territoire de celle des deux puissances à laquelle il
n'appartiendra pas, il ne pourra, sous aucun prétexte,
y être poursuivi par les officiers de son gouverne-
ment; les officiers se borneront à prévenir de son
passage les autorités locales afin qu'elles aient à le
faire arrêter. Toutefois, pour accélérer l'arrestation
de ce déserteur, une ou deux personnes chargées de
la poursuite pourront, au moyen d'un passeport ou
d'une autorisation en règle qu'elles devront obtenir
de leur chef immédiat, se rendre au plus prochain
village situé en dehors de la frontière, à l'effet de ré-
clamer des autorités locales, l'exécution de la présente
convention.

ART. V. Les autorités qui voudront réclamer un
déserteur, adresseront leur réclamations à l'admini-
stration, soit civile, soit militaire, qui, dans les deux
pays, se trouvera le mieux à portée d'y satisfaire.

Les dites autorités réclamantes accompagneront leur
réquisitoire du signalement du déserteur, et dans le
cas où l'on serait parvenu à l'arrêter, l'autorité ré-
querante en sera prévenue par un avis accompagné
d'un extrait du registre du géolier ou concierge de
la prison où le déserteur aura été écroué.

ART. IV. Dans le cas où les déserteurs seraient
encore porteurs de leurs armes ou revêtus de leur
équipement, habillement, ou marques distinctives,
sans être munis d'un passeport, et de même dans
tous les cas où il serait constant, soit par l'aveu du
déserteur, soit d'une manière quelconque, qu'un dé-
serteur de l'une des hautes parties contractantes se

674 *Convention de cartel entre la France*

1828 trouve sur le territoire de l'autre, il sera arrêté sur le champ, sans réquisition préalable, pour être immédiatement livré entre les mains des autorités compétentes établies sur les frontières de l'autre souverain.

ART. VII. Si, par suite de la dénégation de l'individu arrêté, ou autrement, il s'élevait quelque doute sur l'identité d'un déserteur, la partie réclamante ou intéressée devra constater au préalable les faits non suffisamment éclaircis, pour que l'individu arrêté puisse être mis en liberté ou restitué à l'autre partie.

ART. VIII. Dans tous les cas, les déserteurs arrêtés seront remis aux autorités compétentes qui feront effectuer l'extradition selon les règles déterminées par la présente convention. L'extradition se fera avec les armes, chevaux, selles, habillemens et tous autres objets quelconques, dont les déserteurs étaient nantis ou qui auraient été trouvés sur eux lors de l'arrestation. Elle sera accompagnée du procès-verbal de l'arrestation de l'individu, des interrogatoires qu'il aurait subis, et de toutes autres pièces nécessaires pour constater la désertion. Pareille restitution aura lieu des chevaux, effets d'armement, d'habillement et d'équipement emportés par les individus désignés dans l'article III. de la présente convention comme exceptés de l'extradition.

Les hautes parties contractantes se concerteront ultérieurement sur la désignation des places frontières où la remise des déserteurs devra être opérée.

ART. IX. Les frais auxquels aura donné lieu l'arrestation des déserteurs, seront remboursés de part et d'autre à compter du jour d'arrestation, qui sera constaté par l'extrait dont il est fait mention à l'article V. jusqu'au jour de l'extradition inclusivement.

Les frais comprendront la nourriture et l'entretien des déserteurs et de leurs chevaux, et sont fixés à six gros trois fenins, argent de Prusse, ou soixante quinze centimes, argent de France, par jour pour chaque homme; et à huit gros neuf fenins, argent de Prusse, ou un franc six centimes, argent de France, par jour pour chaque cheval. Il sera payé en outre par la partie requérante ou intéressée une gratification

de six écus vingt cinq gros, argent de Prusse, ou vingt 1828
cinq francs, argent de France, pour chaque homme,
et de trente deux écus vingt quatre gros, ou cent vingt
francs, pour chaque cheval et son équipage, au profit
de quiconque sera parvenu à découvrir et faire arrê-
ter un déserteur, ou qui aura contribué à la restitu-
tion d'un cheval et de son équipage.

ART. X. Les frais et gratifications dont il est fait
mention dans l'article précédent; seront acquittés im-
médiatement après l'extradition.

Les réclamations qui pourraient être faites à cet
égard, ne seront examinées qu'après que le paiement
aura été provisoirement effectué.

ART. XI. Les hautes parties contractantes s'enga-
gent mutuellement à prendre les mesures les plus
convenables pour la répression de la désertion et pour
la recherche des déserteurs. Elles feront usage, à cet
effet, de tous les moyens que leur offrent les lois du
pays, et elles sont convenues particulièrement :

1. de faire porter une attention scrupuleuse sur les
individus inconnus qui franchiraient les frontières des
deux pays, sans être munis de passeports en règle;

2. de défendre sévèrement à toute autorité quel-
conque d'enrôler ou de recevoir dans le service mili-
taire, soit pour les armes de terre, soit pour la ma-
rine, un sujet de l'autre des hautes parties contractan-
tes qui n'aura pas justifié par des certificats ou attes-
tations en due forme qu'il est dispensé du service
militaire dans son pays.

La même mesure sera applicable dans le cas où l'une
des hautes parties contractantes aura permis à une
puissance étrangère de faire des enrôlemens dans ses
Etats.

ART. XII. La présente convention est conclue
pour deux ans, à l'expiration desquels elle continuera
à être en vigueur pour deux autres années, et ainsi
de suite, sauf déclaration contraire de la part de l'un
des deux gouvernemens.

ART. XIII. La présente convention sera ratifiée,
et les ratifications en seront échangées dans le terme
de six semaines ou plutôt, si faire se peut.

676 *Convention entre la Bavière*

1828 En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signée, et y ont apposé le cachet de leurs armes.
Fait à Paris le vingt-cinq Juillet mil-huit-cent-vingt-huit.

WERTHER.

Comte de la FERRONAYS.

(Cette convention a été ratifiée à Berlin le 13 Août 1828).

135.

*Convention entre la Bavière et la
ligne cadette de Reuss Plauen con-
cernant la juridiction en matières
de concours des créanciers, signée le
26 Juillet 1828.*

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern.*
1828. Nr. 44. pag. 569).

Nachstehende, unterm 26. Jul. 1. J. mit der Fürstlich Reufs-Plauenschen der jüngern Linie gemeinschaftlichen Landes-Regierung über gegenseitige Anerkennung des allgemeinen Gantgerichtsstandes abgeschlossene Uebereinkunft wird hiermit durch das Regierungsblatt zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

München, den 8. November 1828.

*Staats-Ministerium des Königlichen Hauses
und des Aeußern.*

Gr. v. ARMANSPERG.

Zwischen der Königl. Bayerischen Staats-Regierung und der Fürstlich Reufs-Plauenschen der jüngern Linie gemeinschaftlichen Landes-Regierung zu Gera ist über gegenseitige Anerkennung des allgemeinen Gantgerichtsstandes und über gleiche Behandlung der beiderseitigen Unterthanen in Concursen folgende Uebereinkunft abgeschlossen worden.

§. 1. Wenn der Unterthan des einen Staats, wo 1828
er seinen Wohnsitz hat, in dem andern begütert ist,
und in Conkurs geräth; so wird von beiden Staaten
das Gericht des Wohnsitzes des Schuldners als allge-
meines Gantgericht anerkannt.

Partikular-Conkursen soll nur in folgenden zwei
Fällen Statt gegeben werden, nämlich:

1. zu Gunsten der Erbschaftsgläubiger, welche in
Ansehung der Erbschaft das ihnen zustehende Sepa-
rationsrecht geltend machen;

2. wenn der Gemeinschuldner in dem einen oder
dem andern Staate eine abgesonderte Handlung, eine
Fabrik oder ein anderes dergleichen Etablissement be-
sitzt, weshalb zum Vortheil derjenigen Gläubiger,
welche in Ansehung solcher Etablissements demselben
besonders creditirt haben, ein Partikular-Conkurs er-
öffnet werden darf, welcher Conkurs zu eröffnen ist,
ohne Unterschied, ob darauf von einem, dem Könige-
reiche Bayern, oder den Fürstl. Reufsischen Landen,
als Unterthan angehörigen Gläubiger dieses Etablisse-
ments angetragen werde.

§. 2. Alle Forderungen, sie seyen auf ein ding-
liches oder persönliches Recht gegründet, sind allein
bei dem allgemeinen Gantgerichte einzuklagen, und das
außerhalb Landes befindliche Vermögen des Gemein-
Schuldners wird nach geschehener Veräußerung der
Grundstücke und Effecten, durch den Richter der ge-
legenen Sache und nach vorgängiger Mittheilung des
Locations-Urtheils an diesen, dem Gantgerichte ab-
geliefert.

§. 3. Dagegen zieht der allgemeine Gerichtsstand
die bereits anhängigen Rechtssachen nur rücksichtlich
der Location an sich, so daß dergleichen Forderungen
zwar vor dem Gantgerichte bei Strafe der Ausschlies-
sung anzugeben sind, und in das Locations-Erkennt-
nifs am gehörigen Orte eingereicht werden, die Haupt-
Liquidation der Forderung aber von dem Gerichte,
wo sie angefangen worden, bis zum Schlusse fortge-
setzt wird, wobei den Gläubigern oder dem Contra-
dictor unbenommen ist, zu interveniren.

Ist der Streit über besonders verhandelte Forde-
rungen zur Zeit der Abfassung des Ganturtheils noch
nicht beendigt, so wird dieselbe in diesem eventuell
locirt.

1828 §. 4. Rücksichtlich der Rangordnung der Gläubiger entscheiden die an dem Orte des Gantgerichts geltenden Gesetze, ohne Unterschied zwischen in- und ausländischen Gläubigern. Was jedoch die auf unbeweglichen Gütern haftenden Hypothekarforderungen betrifft; so werden solche nach den Gesetzen des Gerichtsstandes der gelegenen Sache beurtheilt.

Dasselbe gilt von den jure separationis kommenden Ansprüchen auf im Besitz des Gemeinschuldners befindliche unbewegliche Grundstücke, wohin auch die Ewiggeldrenten in München gehören, so wie hinsichtlich der Nothwendigkeit, solche Ansprüche bei dem Concursgerichte anzumelden.

§. 5. Wenn eine bewegliche Sache sich als Pfand in den Händen eines Gläubigers befindet, so soll derselbe befugt seyn, sein Recht an dem ihm verhafteten Gegenstande vor dem Richter und nach den Gesetzen desjenigen Staates, wo dieser Gegenstand sich befindet, geltend zu machen. Ergiebt sich nach Befriedigung des Gläubigers ein Ueberschufs, so muß derselbe an den Richter, wo der allgemeine Concurs anhängig ist, zur Verwendung für Befriedigung der übrigen Gläubiger abgeliefert werden.

Reicht hingegen der Erlös aus dem verhafteten beweglichen Gegenstand zu voller Befriedigung des Faustpfands-Gläubigers nicht hin, so wird dieser mit dem Reste seiner Forderung an das allgemeine Concursgericht gewiesen, um, wenn ihm die Rechtskraft des ertheilten Präclusiv-Bescheides nicht entgegensteht, daselbst mit den übrigen Gläubigern, jedoch in der geeigneten Classe derselben, zu concurriren.

§. 6. In Fällen, wo auf Arrest erkannt wird, soll, sobald der Richter des Arrestes von dem ausländischen Richter des Wohnortes beurkundete Nachricht erhält, daß über den Schuldner bereits entweder die formelle Gant erkannt worden, oder sich derselbe wenigstens im Stande des materiellen Concurses befindet, der die Eröffnung des formellen unvermeidlich macht, der Arrest aufgehoben, und die Forderung des Arrestimpetranten an das Gantgericht verwiesen werden.

§. 7. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft kommen jedoch im Königreiche Bayern

nur in den sieben ältern Kreisen und mit Ausschluss 1828 des Rheinkreises in Anwendung.

§. 8. Gegenwärtige Uebereinkunft tritt um einen Monat später nach dem Tage ihrer unverzüglich zu bewirkenden Bekanntmachung, resp. in dem Königlich Bayerischen Regierungsblatte und durch die Gesetz-Sammlung für die Fürstlich Reufsischen Lande jüngerer Linie hinsichtlich der anhängig zu machenden Rechtssachen für die betreffenden Unterthanen und Gerichte in Anwendung.

136.

Traité entre l'amiral Codrington et Mehemet Aly-pacha, pour l'évacuation de la Morée, signé le 6 Août 1828.

(*Le Journal de Francfort* 1828. Nr. 290. *Le Moniteur universel* 1828. Nr. 295).

Les differens rapports envoyés successivement par Ibrahim-pacha, commandant en chef de l'armée égyptienne qui se trouve en Morée, ont convaincu Son Altesse Mehemet-pacha, visir d'Egypte, de l'impossibilité absolue où se trouvoit son fils, de se maintenir plus longtems dans l'affreuse position où le manque de subsistances avoit jetté ses troupes, et qui l'avoit mis dans la douloureuse nécessité d'autoriser Ibrahim à entrer en négociation avec L. Exc. les commandans des flottes des puissances alliées dans les eaux du Levant, afin de conclure une capitulation honorable pour lui, pour son armée et pour les intérêts de la Sublime Porte, qu'il est chargé de défendre et de soutenir en Morée.

En conséquence de cette autorisation, S. A. Ibrahim-pacha eut le 6 Juillet de cette année une conférence avec L. Exc. les amiraux de Rigny et de Heyden et M. le commodore Campbell. Dans cette conférence, Ibrahim déclara formellement qu'il étoit prêt à évacuer la Morée, mais qu'il n'enverroit ses trou-

1828 pes que sur des bâtimens turcs. Il s'engagea à ne point emmener d'esclaves grecs avec son armée. Il se refusa à la demande qu'on lui fit de livrer les esclaves qui après la bataille de Navarin avoient été envoyés en Egypte, en déclarant que cette condition ne dépendoit pas de lui et qu'elle outrepassoit les bornes de ses pleins-pouvoirs.

Il ne fut fait aucune mention des forteresses occupées par les troupes égyptiennes; on se réserva la décision de leur sort, jusqu'à ce que l'amiral Codrington se fut réuni à Corfou avec ses collègues. L. Exc. entrèrent sur ces objet en délibération, et le résultat fut la décision que l'amiral Codrington se rendroit à Alexandrie, pour négocier définitivement avec S. A. Méhémet-Aly pacha sur les conditions qui avoient été proposées par S. A. elle-même et n'avoient point été arrêtées dans la conférence du 6 Juillet, et pour s'accorder en même tems sur les meilleures mesures à prendre pour effectuer l'évacuation.

Aujourd'hui, 6 Août 1828, l'amiral Codrington a eu, en conséquence de cette résolution, une audience particulière de S. A. Méhémet-Aly pacha; l'amiral étoit accompagné seulement de MM. Drovetti, consul-général de S. M. T. C., Backer, consul d'Angleterre, du commodore Campbell, des capitaines Richard, Curzon et W. Codrington.

Après une longue discussion sur les principaux articles de l'évacuation des forteresses occupées par les troupes égyptiennes en Morée, et la mise en liberté des esclaves grecs conduits du Péleponnèse en Egypte après la bataille de Navarin, discussion dans laquelle le visir a eu surtout à coeur de peindre l'imprudence avec laquelle les journalistes françois et anglois avoient exagéré le nombre de ces esclaves et avoient parlé des mauvais traitemens auxquels ils étoient exposés en Egypte, on est convenu de l'évacuation de la Morée de la part des troupes égyptiennes sous les conditions suivantes:

ART. I. S. A. Mehmet Aly-pacha s'engage de rendre les esclaves conduits de la Morée en Egypte après la bataille de Navarin. Il commencera par remettre à l'amiral Codrington tous les esclaves dont il peut disposer pour le moment.

Pour ce qui concerne ceux qui sont devenus la propriété de particuliers, S. A. promet d'employer efficacement ses bons offices, afin que les consuls des puissances étrangères puissent racheter les esclaves autant que faire se pourra et aux meilleures conditions possibles.

ART. II. S. A. Mehemet-Aly-pacha promet de faire partir sous le plus court délai possible tous les bâtimens de guerre et de transport, qui feront voile pour Navarin et y prendront à bord les troupes égyptiennes.

ART. III. Les bâtimens de guerre et de transport seront escortés par des bâtimens anglois et françois, qui les accompagneront et qui entreront avec eux dans le port de Navarin, ou un autre port de Morée pour le but ci-dessus mentionné.

ART. IV. Les mêmes bâtimens seront également escortés depuis leur départ de Navarin jusqu'à la vue du port d'Alexandrie.

ART. V. Ni S. A. Ibrahim-pacha, ni aucun officier de son armée et en général aucun des individus compris dans l'évacuation, ne doivent prendre avec eux aucun grec de l'un ou l'autre sexe, si celui-ci ne le désire lui-même.

ART. VI. S. A. Ibrahim-pacha pourra laisser dans les places fortes de Patras, Castel Tornese, Modon, Coron et Navarin une garnison suffisante pour leur défense.

Fait et conclu à Alexandrie d'Egypte les dits jour, mois et an ci-dessus.

*Le sceau de S. A. le Pacha tient lieu
de signature.*

Article additionnel.

S. A. Mehemet Aly-pacha s'engage de faire parvenir à Ibrahim-pacha l'ordre de répartir les garnisons de Patras, Castel-Tornese, Modon, Coron et Navarin de manière, que dans aucun cas et sous aucun prétexte, il ne puisse rester plus de 1200 égyptiens pour l'occupation de ces forteresses.

Sceau du Pacha.

137.1828 *Convention de cartel entre le royaume des Pays-Bas et le duché de Nassau, signé le 17 Août 1828.*

(*Journal officiel du royaume des Pays-Bas.*
1828. Nr. 65. pag. 5).

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas et Son Altesse Sérénissime le Duc de Nassau étant convenus de conclure une convention de cartel, ont à cet effet mué de leurs pleins-pouvoirs,

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, le Sieur Jean-Gisbert Baron Verstolk de Soelen, Commandeur de l'Ordre du Lion-Belgique, Membre de l'Ordre Equestre de Hollande, son Ministre des Affaires Etrangères;

Et Son Altesse Sérénissime le Duc de Nassau, le Chevalier Auguste de Roentgen, Commandeur de l'Ordre du Lion de Zaehringen, Son Ministre résident à la Cour des Pays-Bas;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

ART. I. Les individus qui, après l'échange des ratifications de la présente convention, désertent des armées des deux hautes parties contractantes, seront remis de part et d'autre.

ART. II. Seront réputés déserteurs, non-seulement les militaires de toute arme et de tout grade, qui quitteront leurs drapeaux, mais aussi les individus qui appelés, ou dans le cas d'être encore appelés au service actif de la milice nationale des Pays-Bas, de la brigade ou du corps de réserve de Nassau, ou de toute autre branche militaire quelconque, ne se rendraient pas à l'appel, et se seraient retirés sur le territoire de l'une des hautes parties contractantes.

ART. III. Sont exceptés de la remise ou de l'extradition, qui pourra être demandée en vertu des présentes;

a. Les individus nés sur le territoire de l'Etat, dans lequel ils auraient cherché un asile, et qui, n'ayant

point acquis de domicile fixe dans l'autre Etat, d'après 1828 les Lois et réglemens réciproquement en vigueur, ne feraient, en désertant, que rentrer dans leur pays natal.

b. Les individus, qui, malgré leur naissance dans l'Etat qu'ils quittent, auraient, après leur désertion, établi leur domicile dans celui où ils se sont retirés, sur le pied des lois et réglemens y existans. Les Gouvernemens respectifs se réservent toutefois la faculté de modifier ces mêmes réglemens, d'après le principe de réciprocité.

c. Les individus qui, soit avant, soit après leur désertion, se sont rendus coupables d'un crime ou délit quelconque, à raison duquel il y a lieu de les traduire en justice devant les tribunaux du pays où ils résident; néanmoins, en ce cas, l'extradition aura lieu après que le déserteur aura été acquitté, ou aura subi sa peine. Les engagements civils, qu'un déserteur pourrait avoir contractés dans l'Etat de l'autre Souverain, ne pourront, dans aucun cas, motiver le refus de son extradition.

ART. IV. Les autorités qui voudront réclamer un déserteur adresseront leur réclamation à l'Administration soit civile, soit militaire, qui dans les deux pays se trouvera le mieux à portée d'y satisfaire. Les dites autorités accompagneront leur réquisitoire du signalement des déserteurs, et dans le cas où l'on serait parvenu à l'arrêter, l'autorité réquérante en sera prévenue par un avis accompagné d'un extrait du registre du geolier ou concierge de la prison, où le déserteur aura été écroué.

ART. V. Dans le cas, où les déserteurs seraient encore porteurs de leurs armes, ou revêtus de leurs équipemens, habillemens, ou marques distinctives, sans être munis d'un passeport, et de même dans tous les cas, où il serait constant, soit par l'aveu du déserteur, soit d'une autre manière quelconque, qu'un déserteur de l'une des hautes parties contractantes se trouve sur le territoire de l'autre, il sera arrêté sur le champ, sans réquisition préalable pour être livré à telles autorités locales, qui se trouveront le plus à proximité des frontières.

ART. VI. Si par suite de la dénégation de l'individu arrêté ou autrement, il s'éleverait quelque doute

1828 sur l'identité d'un déserteur, la partie réclamante ou intéressée devra constater au préalable les faits non suffisamment éclaircis pour que l'individu arrêté puisse être mis en liberté, ou remis à l'autre partie.

ART. VII. Dans tous les cas les déserteurs arrêtés seront remis à telles autorités locales, qui se trouveront le plus à proximité des frontières, et la réquisition aux autorités Prussiennes pour le transport à travers le territoire du Royaume de Prusse, sera faite par le Gouvernement, qui se charge de l'extradition.

ART. VIII. L'extradition se fera avec les armes, chevaux, selles, habillemens et tous autres objets quelconques, dont les déserteurs auraient été nantis, ou qui auraient été trouvés sur eux, lors de l'arrestation. Elle sera accompagnée au surplus du procès-verbal de l'arrestation de l'individu, des interrogatoires qu'il aurait subis, et de toutes autres pièces nécessaires pour constater la désertion.

ART. IX. Les frais, auxquels aura donné lieu l'arrestation du déserteur, seront remboursés de part et d'autre, à compter du jour de l'arrestation, qui sera constatée par l'extrait, dont il est fait mention à l'art. 4, jusqu'au jour de l'extradition exclusivement. Ces frais comprendront la nourriture et l'entretien des déserteurs, et *casu quo*, de leurs chevaux, et sont fixés à 35 cents, argent des Pays - Bas, par jour pour chaque homme, et à 50 cents par jour pour chaque cheval. Il sera payé en outre, par la partie requérante ou intéressée, une prime ou gratification de 7 florins, argent des Pays - Bas, pour chaque homme, et de 75 florins même monnaie pour chaque cheval, et son équipage, au profit de tous ceux qui seront parvenus à découvrir un déserteur, de sorte qu'il ait été livré entre les mains des autorités, ou qui auront contribué à la restitution d'un cheval et de son équipage.

Les frais d'arrestation et d'entretien sur le territoire des Pays - Bas et de Nassau, seront liquidés et restitués à la suite de communications diplomatiques, et l'on renoncera de part et d'autre aux frais du timbre et autres droits de cette nature. Pour autant que concerne le transport des déserteurs à travers le territoire du Royaume de Prusse, les frais, qui en résultent,

teront, seront remboursés aux autorités Prussiennes par l'Etat en faveur duquel l'extradition aura lieu, et d'après le tarif de ses stipulations particulières convenues, ou à convenir avec la Prusse. 1828

ART. X. Les hautes parties contractantes s'engagent mutuellement à prendre les mesures les plus convenables pour la répression de la désertion, et la recherche des déserteurs. Elles feront usage à cet effet de tous les moyens, que leur offrent les lois du pays, et elles sont convenues particulièrement 1^o de faire porter une attention scrupuleuse sur les individus inconnus, qui franchiraient les frontières des deux pays, sans être munis d'un passeport en règle; 2^o de défendre sévèrement à toute autorité quelconque d'enrôler, ou de recevoir dans le service militaire, un sujet de l'autre des hautes parties contractantes, qui n'aura pas justifié par des certificats ou attestations en due forme, qu'il est dispensé du service militaire dans son pays. La même mesure sera applicable dans le cas où l'une des hautes parties contractantes aura permis à une puissance étrangère de faire des enrôlemens dans ses Etats.

ART. XI. La présente convention est conclue pour le terme de six années, sauf aux parties contractantes d'y faire tels changemens, dont elles pourront convenir, et de la renouveler, après l'expiration dudit terme.

Les ratifications de la présente convention seront échangées dans le délai de six semaines, ou plutôt, si faire se peut, et son contenu sera publié dans les deux Etats, pour être observé et exécuté ponctuellement.

En foi de quoi, Nous, les Plénipotentiaires respectifs, l'avons signée, et y avons apposé le sceau de Nos armes.

Fait à La Haye, ce 17 Août 1828.

(Signé) VERSTOLK DE SOELEN.
— DE ROENTGEN.

Le Ministre des affaires étrangères déclare, que la présente convention a été ratifiée par le Gouvernement des Pays-Bas, le 26 Septembre 1828, et par celui de Nassau le 13 Octobre 1828.

VERSTOLK DE SOELEN.

X x 2

138.

1828 *Traité de paix entre le Brésil et la république des provinces unies de Rio de la Plata, signé à Rio de Janeiro le 27 Août 1828.**(The Times 1828. December 20. Nr. 13, 781).**In the name of the most holy and undivided Trinity!*

The government of the republic of the United Provinces of the river Plata and his Majesty the emperor of Brazil, deriving to put an end to the war, and establish, upon solid and durable principles, the good understanding, harmony and friendship, which should exist between neighbouring nations, called by their interests to live united by the ties of perpetual alliance, have agreed, through the mediation of his Britannic Majesty, on a preliminary treaty of peace, which shall serve as a basis to the definitive treaty of the same, which is to be celebrated by the high contracting parties; and for this purpose they have appointed their plenipotentiaries; to wit — The government of the republic of the United Provinces, General Don Juan Ramon Balcarce and Don Tomas Guido — His Majesty the Emperor, the Most Illustrious and Most Excellent Marquis of Aracaty, member of his Majesty's council, Gentleman of the Imperial bedchamber, councillor of finance, commander of the order of Aviz, senator of the empire, Minister secretary of state in the department of foreign affairs; Dr. Don Jose Clemente Pereira, member of his Majesty's council, chief judge of the house of supplication, dignitary of the Imperial order of the cross-bearer, Knight of that of Christ, Minister secretary of state in the home department et ad interim of justice, and Don Joaquin Oliveira Alvarez, member of his Majesty's council and that of war, lieutenant-general of the national and Imperial armies, officer of the Imperial order of the cross-bearer, Minister secretary of

state in the home department of war, who having 1828 exchanged their respective full powers, which were found to be in good and due form, agreed upon the following articles: —

ART. I. His Majesty the Emperor of Brazil declares the province of Monte Video, at present called Cisplatina, separated from the territory of the empire of Brazil, in order that it may constitute itself into a state, free and independent of any nation whatever under the form of government, which it may deem most suitable to its interests, wants and resources.

ART. II. The government of the republic of the United Provinces concurs in declaring, on its part, the independence of the province of Monte-Video, at present called the Cisplatina, and its being constituted into a free and independent state, in the form declared in the foregoing article.

ART. III. Both high contracting parties oblige themselves to defend the independence and integrity of the province of Monte-Video, for the time and the manner that may be agreed upon in the definitive treaty of peace.

ART. IV. The existing government of the Banda Oriental, immediately upon the ratification of the present convention, shall convoke the representatives of that part of the said province, which it at present subject to it; and the existing Government of Monte-Video shall make simultaneously, a like convocation of the citizens residing within the city, regulating the number of deputies by that of the inhabitants of the province and using the form adopted in the election of representatives in the last legislature.

ART. V. The election of deputies for the city of Monte-Video shall take place indispensably extra muros, without the reach of the artillery of the city and in the absence of all armed force.

ART. VI. The representatives of the province being assembled at a distance of at least ten leagues of the city of Monte-Video, and any other place occupied by troops, shall establish a provisional government, which shall rule the whole province, until the installation of the permanent government, to be

1828 created as the constitution shall direct. The existing government of Monte-Video and the Banda Oriental shall cease immediately after the installation of the provisional one.

ART. VII. The same representatives shall betake themselves afterwards in the formation of the political constitution of the province of Monte-Video, and the constitution, previously to being sworn to, shall be examined by commissioners from the two contracting governments, for the sole object of seeing that it does not contain any article or articles opposed to the security of their respective states. Should this be the case, it shall be publicly and categorically set forth by the said commissioners; but should there be a want of common accord in these, it shall be decided by the two contracting governments.

ART. VIII. Any inhabitant of the province of Monte-Video, shall be at liberty to leave the territory thereof, taking with him his chattels, without prejudice to a third person, until the constitution be sworn to, if he do not wish to adhere to it, or if it so suit him.

ART. IX. There shall be perpetual and absolute oblivion of all political acts and opinions whatever, done or professed previously to the ratification of the present convention, by the inhabitants of the province of Monte-Video, and of the territory of the Emperor of Brazil, which has been occupied by troops of the republic of the United Provinces.

ART. X. It being a duty of the two contracting governments to assist and protect the province of Monte-Video until it be completely constituted, the said governments agree, that if previously to the constitution being sworn to, and during five years afterwards, its tranquillity and security should be disturbed by civil war, they shall lend the necessary aid to maintain and support the lawful government. After the expiration of the above term, all protection which is by this article promised to the lawful government of Monte-Video shall cease and the said province shall be considered in a state of perfect and absolute independence.

ART. XI. Both the high contracting parties declare most explicitly and categorically, that whatever may happen to be the use of the protection, which, in conformity to the foregoing article, is promised to the province of Monte-Video, it shall in all cases be limited to the restoration of order, and shall cease immediately that the object is attained.

ART. XII. The troops of the province of Monte-Video and those of the republic of the United Provinces, shall evacuate the Brazilian territory in the precise terms of two months from the date of the exchange of the ratification of the present convention, the latter passing to the left bank of the river Plata, over the Uruguay, with the exception of a force of 1500 men or more, which the government of the aforesaid republic, if it deem fit, may maintain in in any part of the territory of the province of Monte-Video, until the troops of his Majesty the Emperor of Brazil completely evacuate the city of Monte-Video.

ART. XIII. The troops of his Majesty the Emperor of Brazil shall evacuate the territory of the province of Monte-Video including La Colonia del Sacramento, in the precise term of two months, from the date of the exchange of the ratifications of the present convention, and return to the frontiers of the empire, or embark, with the exception of a force of 1500 men, which His said Majesty may maintain within the city of Monte-Video until the installation of the provisional government of the province, under the express obligation of withdrawing this force in the precise term of four months first following the installation of the said provision government at the latest; delivering, in the act of the evacuation, the city of Monte-Video in the statu quo ante bellum to commissioners completely authorized, ad hoc, by the lawful government of the province.

ART. XIV. It is understood that neither the troops of the republic of the United Provinces, nor those of his Majesty the Emperor of Brazil which, in conformity to the two foregoing articles, are to remain temporarily in the province of Monte-Video, must in any wise interfere in the political affairs, government, institutions etc. of the said province. They

1828 shall be considered as merely passive, and on observation, kept there to protect and guarantee public and individual liberties and property, and they cannot operate actively unless the lawful Government of the province require their assistance.

ART. XV. As soon as the exchange of the ratifications of the present convention takes place, there shall be an entire cessation of hostilities by sea and by land. The blockade shall be raised in the term of 48 hours on the part of the imperial squadron. Hostilities by land shall cease immediately after this convention and its ratifications are notified to the armies, and by sea, in two days to Cape St. Mary, in eight to St. Catherine's, in fifteen to Cape Frio, in twenty-two to Pernambuco, in forty to the Line, in sixty to the coast of Africa, and in eighty to the seas of Europe. All prizes made subsequently shall not be considered bona fide captures and indemnification will be reciprocally made for them.

ART. XVI. All prisoners taken by either party during the war, by sea or by land, shall be set at liberty as soon as the present convention is ratified, and the ratifications exchanged; but those who have not secured the payments of the debts contracted by them, cannot leave the country in which they are.

ART. XVII. After the exchange of the ratification, both high contracting parties shall proceed to appoint their respective plenipotentiaries, for the purpose of adjusting and concluding the definitive treaty of peace, which is to be celebrated between the republic of the United Provinces and the Empire of Brazil.

ART. XVIII. If contrary to expectation, the high contracting parties should not come to an adjustment in the said definitive treaty of peace, through questions that may arise in which they may not agree, notwithstanding the mediation of His Britannic Majesty, the republic and the Emperor cannot renew hostilities before the expiration of the five years, stipulated in the 10th article; nor even after this time can hostilities take place, without notification being reciprocally given with the knowledge of the mediating power, six months previously.

ART. XIX. The exchange of the ratifications of 1828 the present Convention shall be effected in the city of Monte-Video, in the term of 60 days from the date hereof, or sooner if possible.

In testimony whereof, we, the undersigned plenipotentiaries of the government of the United Provinces, and of his Majesty the Emperor of Brazil, in virtue of our full powers, sign the present convention with our hand, and seal it with the seal of our arms. Done in the city of Rio Janeiro, on the 27th day of the month of August, in the Year of the birth of our Lord Jesus Christ 1828.

JUAN RAMON BALCARCE.

TOMAS GUIDO.

Marquis DE ARACATY.

JOSE CLEMENTE PEREIRA.

JOAQUIN D'OLIVEIRA ALVAREZ.

139.

Traité concernant le commerce conclu entre l'Hanovre, la Saxe royale, la Hesse électorale, la Saxe grand-ducale, le duché de Brunswic, le landgraviat de Hesse-Hombourg, les duchés de Nassau, d'Oldenbourg, de Saxe-Altenbourg, de Saxe-Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen et les lignes aînées et cadettes de Reuss Greiz, de Reuss Lobenstein et Ebersdorf et de Reuss Schleiz, la principauté de Schwarzbourg Rudolstadt et les villes libres de Bremen et de Francfort; signé le 24 Septembre 1828.

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen.

1829. Nr. 2. pag. 5 sqq.).

Ihre Majestäten, der König von Großbritannien, Irland und Hannover und der König von Sachsen, Ihre

1828 Königliche Hoheiten, der Kurfürst von Hessen und der Großherzog von Sachsen - Weimar - Eisenach, Ihre Durchlauchten, der Herzog von Braunschweig, der Landgraf von Hessen - Homburg, die Herzoge von Nassau, von Oldenburg, von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen, imgleichen Ihre Durchlauchten, die Fürsten Reufs älterer und jüngerer Linie zu Greiz, zu Lobenstein und Ebersdorf, und zu Schleiz, der Fürst von Schwarzburg - Rudolstadt, so wie die hohen Senate der freien Städte Bremen und Frankfurt, haben, in der gemeinsamen Absicht, der zu Frankfurt am Main am 21. Mai dieses Jahres unterzeichneten Declaration Folge zu geben, Bevollmächtigte ernannt und zu den verabredeten Conferenzen nach Cassel abgeordnet, nämlich:

Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und Hannover, Höchstihren Geheimen Rath, Kriegscanzlei - und Oberzoll-Director, August Otto Ludwig Freiherrn von Gröte, Commandeur des Königlichen Guelphen-Ordens;

Seine Majestät, der König von Sachsen, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath, Hans Georg von Carlowiz, auf Oberschöna, Domherrn des Hochstifts Merseburg, Comthur des Königlich-Sächsischen Civilverdienst-, Großkreuz des Kaiserlich-Oesterreichischen Leopold-, Ritter des Kaiserlich-Russischen Sanct Annen- und Königlich-Preussischen Johanniter-Ordens;

Seine Königliche Hoheit, der Kurfürst von Hessen, Höchstihren Geheimen Rath und Finanz-Kammer-Präsidenten, Carl Friedrich von Kopp, Großkreuz des Kurfürstlichen Hausordens vom goldenen Löwen;

Seine Königliche Hoheit, der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath Dr. Christian Wilhelm Schweitzer, Großkreuz des Großherzoglich-Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, Comthur des Königlich-Sächsischen Civilverdienst- und Ritter des Kaiserlich-Russischen Sanct Vladimir-Ordens vierter Classe, und Höchstihren wirklichen Geheimen Legationsrath und Geheimen Referendar Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Großherzoglich-Sächsischen Hausordens vom weissen Falken;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Braunschweig 1828 und Lüneburg, Höchstihren Kammerrath, August Philipp Christian Theodor von Amsberg, Inhaber der Waterloo - Denkmünze;

Seine Durchlaucht, der Landgraf von Hessen-Homburg, den Herzoglich - Nassauischen Minister-Residenten an den Königlich - Niederländischen und Bairischen Höfen, Geheimen Legationsrath August von Röntgen, Commandeur des Großherzoglich - Badischen Ordens vom Zähringer Löwen;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Nassau, Höchstihren Minister-Residenten am Königlich - Niederländischen und am Königlich - Bairischen Hofe, Geheimen Legationsrath von Röntgen, Commandeur des Großherzoglich - Badischen Ordens vom Zähringer Löwen;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Oldenburg, Höchstihren Regierungsrath Carl Friedr. Ferdinand Suden, des Königlich - Preussischen rothen Adler-Ordens Ritter;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Sachsen-Altenburg, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath und Minister, auch Kammerpräsidenten Carl Johann Heinrich Ernst Edlen von Braun, Comthur des Königlich - Sächsischen Civilverdienst - und des Großherzoglich - Sächsischen weissen Falken - Ordens, Ritter des Königlich - Württembergischen Civilverdienst - Ordens;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath und Kammerpräsidenten Christoph Anton Ferdinand von Carlowiz, Comthur des Königlich - Sächsischen Civilverdienst - Ordens, und Höchstihren Kammer-rath Wilhelm Ernst Braun;

Seine Durchlaucht, der Herzog von Sachsen-Meiningen, Höchstihren wirklichen Geheimen Rath Dietrich Freiherrn von Stein;

Ihre Durchlauchten, die souverainen Fürsten Reufs älterer und jüngerer Linie zu Greiz, zu Lobenstein und Ebersdorf, und zu Schleiz, Höchstihren Kanzler, Regierungs - und Consistorialpräsidenten Gustav Adolph von Strauch, Ritter des Königlich - Sächsischen Civilverdienst - Ordens, und

1828 Seine Durchlaucht, der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, Höchstihren Kammerpräsidenten Christian Wilhelm Schwartz, Ritter des Königlich-Preussischen rothen Adler-Ordens;

Der hohe Senat der freien Hansestadt Bremen, deren Bürgermeister und bevollmächtigten Gesandten zum Deutschen Bundestage Johann Schmidt,

Der hohe Senat der freien Stadt Frankfurt, den Senator Dr. Johann Gerhard Christian Thomas; — welche, nach vorgängiger Auswechslung ihrer Vollmachten, unter Vorbehalt Allerhöchster und Höchster Ratification folgenden Vertrag abgeschlossen haben.

ART. I. Die Königreiche Hannover und Sachsen, das Kurfürstenthum Hessen, das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach, das Herzogthum Braunschweig, die Landgräflich-Hessen-Homburgischen Lande, die Herzogthümer Nassau, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Meiningen, imgleichen die Fürstenthümer Reuß-Greiz, Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, Reuß-Schleiz und das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt, so wie die freien Städte Bremen und Frankfurt — treten in einen Verein, dessen Zweck es ist, im Sinne des Art. 19 der Deutschen Bundes-Acte, einen möglichst freien Verkehr und ausgebreiteten Handel, so wohl in seinem Innern unter den Vereinsstaaten selbst, als nach außen zu befördern, auch die Vortheile, welche in dieser Hinsicht einem einzelnen Staate durch seine geographische Lage und sonst gewährt sind, so weit es die finanziellen und merkantilen Verhältnisse desselben nur immer gestatten, auf das Ganze zu übertragen, zu erhalten und sicher zu stellen.

ART. II. Die Dauer des Vereins geht vorerst bis zum 31. December 1834.

ART. III. Um den Verein, seinem Zwecke gemäß, immer weiter auszubilden, die Hindernisse, welche der Erreichung des Zweckes entgegenstehen, immer genauer kennen zu lernen, und die gewissenhaftesten ausführbaren Mittel zur Abhülfe durch offene Mittheilungen und gemeinschaftliche Berathungen aufzufinden, werden Abgeordnete der Vereinsstaaten von Zeit zu Zeit wieder zusammenkommen — das erste mal am 1. Juni 1829 zu Cassel. — Die Königlich

Sächsische Regierung ist von den sämmtlichen Vereinsstaaten ersucht worden und hat sich bereit erklärt, in der Zwischenzeit alle auf den Verein Bezug habenden Anträge entgegen zu nehmen und die etwa erforderlichen Communicationen mit den Vereinsstaaten eintreten zu lassen. Bei jenen Zusammenkünften wird auch der Ort und der Tag für die nächste Zusammenkunft jedesmal festgesetzt, die weitere Geschäftsleitung verabredet und endlich über die Erstreckung des Vereins oder die Erneuerung desselben nach Ablauf der oben angegebenen Frist berathen werden.

ART. IV. Die genannten Staaten verpflichten sich, einseitig, d. h. ohne ausdrückliche Beistimmung des ganzen Vereins mit keinem auswärtigen, in dem Vereine nicht begriffenen Staate in einen Zoll- oder Mauthverband zu treten. Von dieser Bestimmung sind nur solche Gebietstheile der Vereinsstaaten ausgenommen, welche von dem Gebiete auswärtiger, in dem Vereine nicht begriffener Staaten völlig umschlossen sind.

ART. V. Die Handelsstraßen, insonderheit diejenigen, welche die Seeküsten mit den Haupthandelsplätzen Deutschlands, so wie mit dem Rheine, dem Maine, der Elbe und der Weser, imgleichen diese Haupthandelsplätze unter einander verbinden, sollen von sämmtlichen Vereinsstaaten, durch welche dieselben führen, dem Zwecke des Vereins entsprechend, immer vollkommener hergestellt und unterhalten werden. Dahin gehört es auch, daß die Straßenzüge vorzugsweise durch die Staaten des Vereins geführt, dabei jedoch möglichst abgekürzt und die, zu diesem Zwecke erforderlichen neuen Bauten ohne Verzug unternommen werden. Die besonders in das Auge zu fassenden und die in Gemähsheit des gemeinsamen Beschlusses darmalen neu zu bauenden Straßen sind in einer diesem Vertrage angefügten Beilage nach ihren Hauptrichtungen verzeichnet worden. Bis zum 1. Juni 1829 hat jeder Vereinsstaat anzuzeigen, was er in Gemähsheit dieser Projecte bereits gethan hat und wann er die Ausführung beendigen werde. Vorläufig ist als endlicher Termin der völligen Ausführung der 1. October 1830 angenommen worden, obgleich zu erwarten steht und hier als vertragsmäßige Verpflichtung anerkannt wird, daß von keinem Staate

1828 etwas werde unterlassen werden, was zu noch grösserer Beschleunigung dienen kann.

ART. VI. Nicht minder wird jeder Vereinsstaat sich bemühen, dem Handel und Verkehr auf diesen Strafsen durch möglichste Vereinfachung der Formen und Controlen bei dem Ein-, Durch- und Ausgange, durch Abstellung etwa einschleichender Mißbräuche, durch eine liberale Behandlung der Reisenden, und überhaupt durch Beschleunigung des Verfahrens seiner Beamten bei Ausstellung, Abgabe und Signirung von Ladungs-Manifesten, so wie bei etwa erforderlichen Untersuchungen diejenigen Förderungsmittel und Erleichterungen angedeihen zu lassen, welche geeignet sind, einen frequenten Transport auf diesen Strafsen zu veranlassen und zu erhalten.

ART. VII. Die genannten Staaten machen sich verbindlich, die in ihren Landen dermalen bestehenden oder gesetzlich bereits angeordneten Transit-Abgaben, sie mögen unter diesem oder einem andern Namen vorkommen, mithin auch das Geleit, in soweit es durchgehende Güter trifft, hinsichtlich derjenigen Waaren, welche entweder aus einem Vereinslande kommen, oder beim Eintritt in einen, zu dem Verein gehörenden Staat eins oder mehrere der übrigen Vereinslande schon berührt haben, imgleichen derjenigen, welche beim Wiederausgange aus einem Vereinslande in einen andern zu dem Vereine gehörenden Staat treten, einseitig nicht zu erhöhen. Zwar bleibt zufolge dieser Bestimmung einem jeden einzelnen Staate das Recht vorbehalten, solche Waaren, welche, ohne schon früher ein Vereinsland berührt zu haben, aus den nicht zum Verein gehörenden Staaten kommen, und, ohne einen andern Vereinsstaat zu berühren, in einen nicht zum Verein gehörenden Staat gebracht werden, einseitig mit höheren Transit-Abgaben zu belegen, auch soll dasselbe Recht mehreren in unmittelbarer Berührung nach einander liegenden, von derselben Strafsen durchschnittenen Vereinsstaaten in der Maasse gesichert seyn, daß sie sich auf dieser Strafsen über die Erhöhung der Transit-Abgaben von fremden aus einem Nichtvereinsstaate, ohne ein Vereinsland früher berührt zu haben, in ihr Gebiet tretenden und aus diesem, ohne einen andern Vereinsstaat zu berühren, wieder ausgehenden Waa-

ren unter einander ohne Zustimmung der übrigen 1828
Vereinsstaaten einigen dürfen. Aber es soll weder in
dem einen noch in dem andern der hier bezeichneten
Fälle die Erhöhung der Abgaben für solche Waaren
eintreten, welche zufolge der dieselben begleitenden
Ladungs-Documente und mit Anwendung der unter
den betheiligten Staaten zu verabredenden Control-
maafsregeln definitiv nach einem andern Vereins-
lande bestimmt sind.

ART. VIII. Durch die in dem Art. VII. stipu-
lirte Nichterhöhung der Transito-Abgaben ist eine
neue Regulirung der jetzt in den Vereinsstaaten be-
stehenden Durchgangszölle, wodurch keine Erhöhung
dieser Zölle und überhaupt keine neue Belästigung her-
beigeführt wird, nicht ausgeschlossen. Es entspricht
vielmehr dem Zwecke des Vereins, dafs auf eine sol-
che Regulirung überall Bedacht genommen werde, wo
dieselbe nicht bereits geschehen ist, man aber durch
Vereinfachung der Erhebung der Controlle die Zoll-
pflichtigen erleichtern kann. Jeder Vereinsstaat, wel-
cher von der Befugnifs einer neuen Regulirung seiner
Zolleinrichtungen Gebrauch macht, ist verbunden,
unter Mittheilung der darüber getroffenen Bestim-
mungen, den übrigen Staaten des Vereins nachzuwei-
sen, dafs in deren Folge weder eine Erhöhung der
bisherigen Transito-Abgaben, noch eine sonstige
gröfsere Belästigung des Transito-Handels und Ver-
kehrs stattfindet.

ART. IX. Einem jeden zum Verein gehörenden
Staat oder auch mehreren derselben gemeinschaftlich
bleibt die Befugnifs, einseitig Repressalien oder Re-
torsions-Maafsregeln zu ergreifen, welche überhaupt
mit dem gegenwärtigen Verträge, zwar nicht beab-
sichtigt, wohl aber vereinbar sind. Selbst eine Er-
höhung der Transito-Abgaben als Repressalien oder
Retorsion gegen Auswärtige zum Verein nicht gehö-
rende Staaten bleibt in dem Falle ausdrücklich vor-
vorbehalten, wenn eine Erhöhung der dort bestehen-
den Transito-Abgaben dazu auffordern sollte. Je-
doch versteht es sich von selbst, dafs auch durch
die für solchen Fall ausdrücklich vorbehaltene Anwen-
dung von dergleichen Maafsregeln nur das nicht zum
Verein gehörende Ausland getroffen und den im Art.

1828 VII. enthaltenen, einen Hauptgegenstand der gegenwärtigen Vereinbarung ausmachenden Stipulationen gegenseitig eingeräumten Rechten nicht zuwider gehandelt werden darf.

ART. X. Sollte es bei der Ausführung der vorstehenden Art. VII bis IX. auf den Begriff des durchgehenden Gutes (Transito-Guts) ankommen, so ist derselbe in jedem Staate des Vereins zuförderst aus der eigenen, dermalen schon bestehenden Gesetzgebung zu entnehmen. Im Zweifel aber heisst: *durchgehendes Gut* Alles, was entweder, ohne umgeladen, oder wenn es umgeladen oder gelagert wird, ohne zur Consumption oder zum Verkauf im Lande bestimmt zu sein, über eine Gränze des Landes ein- und über eine andere Gränze desselben ausgeführt wird.

ART. XI. Wie die Transito-Abgaben soll auch das Chaussee-, Wege-, Brücken- und Pflastergeld in den Staaten des Vereins über die jetzt in einem jeden dieser Staaten schon bestehenden Tarif-Sätze auf den Handelsstraßen nicht erhöht werden. Aber vorbehalten bleibt die Belegung neu angelegter oder durch bedeutende Bauten verbesserter Chaussee-, Wege-, Pflasterstrecken und Brücken mit einem angemessenen Tarif-Satze.

ART. XII. Um die gegenwärtig schon bestehenden oder schon gesetzlich angeordneten Transito-Abgaben, imgleichen die Chaussee-, Wege-, Brücken- und Pflastergelder auf den Handelsstraßen übersehen zu können, und also künftigen Zweifeln und Weiterungen vorzubeugen, sollen von den einzelnen Vereinsstaaten und für jeden derselben durchgehends unter Beziehung auf Gesetze und, dafern solche nicht mehr beizubringen sind, auf amtliche Zeugnisse, genaue Aufstellungen gefertigt, auch darin sowohl die Abgabensätze selbst, als die darauf bezüglichen Einrichtungen und Controll-Maafsregeln bestimmt angegeben werden. Diese Aufstellungen und Uebersichten sind als ergänzende Theile des gegenwärtigen Vertrags zu betrachten.

ART. XIII. Von keinem der Vereinsstaten darf gegen den andern irgend ein Waarenverbot durch Untersagung des Eingangs oder des Ausgangs, z. B.

eine Getraidesperre, angelegt werden, in sofern solches nicht durch rein politische Verhältnisse, z. B. für Kriegsbedürfnisse, oder durch Staats-Monopole, z. B. die Salz- und Spielkarten-Regie begründet wird. Schon bestehende Verbote aus Gewerbs- und sonstigen polizeilichen Rücksichten dürfen fortbestehen und erwiedert werden. Temporäre Maafsregeln aus Rücksichten der Gesundheits-Polizei bleiben vorbehalten, z. B. Cordons und Eingangssperren bei ausgebrochenen Seuchen. 1828

ART. XIV. Unter dem Vorbehalte weiterer Berathung und Vereinbarung über gegenseitig zu bewilligende Erleichterungen für Handel und Verkehr ist man hinsichtlich des Vertriebs der nothwendigsten Lebensbedürfnisse und einiger anderen Gegenstände übereingekommen, schon für jetzt das Folgende festzusetzen:

I. Frei von jeder Eingangs- und Ausgangs-Abgabe sind vom 1. Januar 1829 an:

1. Weitzen, 2. Roggen, 3. Dinkel oder Spelz, 4. Gerste, 5. Hafer, 6. Buchweizen, 7. Wicken, 8. Erbsen, 9. Bohnen, 10. Linsen, 11. Hirse, 12. Kartoffeln, 13. Heu, 14. Stroh, 15. Dünger, 16. frische Butter, 17. frisches Obst, 18. frisches Gemüse, 19. Federvieh, 20. Eier, 21. Brennholz, 22. Holzkohlen, 23. Steinkohlen, 24. Braunkohlen, 25. Bäume zum Verpflanzen und 26. Futterkräuter,

wenn sie, ohne das Ausland zu berühren, von einem Vereinslande in ein anderes Vereinsland gebracht werden. Die Consumtions- und inländischen Verkehrsabgaben, welchen die gedachten Gegenstände nach den verschiedenen Steuereinrichtungen der Vereinsstaaten auch dann unterliegen, wenn sie inländischen Ursprungs sind, werden durch diese Bestimmung nicht aufgehoben.

II. Die gedachten Gegenstände sind, wenn sie aus einem Vereinslande kommen und durch ein anderes Vereinsland transiren, auch von dem Transitozolle frei. Indessen soll bei der Durchfuhr der von Nr. I—II. incl. genannten Gegenstände, unter Beobachtung der nöthigen Controll-Maafsregeln, die Forterhebung eines etwa schon hergebrachten Transitozolles bis zu $\frac{1}{2}$ guten Groschen vom Centner gestattet sein.

1828 III. Da bei der vorstehend stipulirten Abgabefreiheit ohne Rücksicht auf die eigentlichen kaufmännischen Speculationen die Absicht nur dahin gerichtet ist, den Verkehr mit den benannten Gegenständen an den gegenseitigen Gränzen der Vereinsstaaten möglichst zu erleichtern und den Absatz der Producenten zu befördern, so unterliegt dieselbe in Bezug auf den Handel mit Getraide und Hülsenfrüchten (Nr. I—II.) noch einigen näheren Bestimmungen und Beschränkungen, nämlich:

a. Nur das von den Producenten auf den Wochenmärkten ausgestellte, oder von ihnen, wie auch von Zwischenhändlern, von letzteren jedoch nur in Quantitäten von nicht mehr als 20 Centnern zum feilen Verkauf verführte Getraide ist bei der Einfuhr von einem Vereinslande in ein anderes Vereinsland von jeder Eingangsabgabe frei, wenn es mit Ursprungscertificaten versehen ist. Diese Certificate sind von den betreffenden Ortsobrigkeiten unentgeltlich zu attestiren.

b. Bei der Einfuhr von Getreide von 2 Centnern und darunter, bedarf es der Ursprungscertificate nicht.

c. Es bleibt jedem Vereinsstaate überlassen, die unter a. und b. nach Centnern angegebenen Quantitäten dem Gewichte entsprechend nach dem in jedem Lande herkömmlichen Gemäfs zu reguliren.

d. Getraide, welches eingeht, ohne das den vorstehend angegebenen Bedingungen der Abgabefreiheit dabei genügt wird, entrichtet die in einem jeden Lande gesetzlich bestehenden Einfuhr- und Durchgangsabgaben.

e. Die Vereinsstaaten versprechen sich gegenseitige Hülfleistung bei Untersuchung und Bestrafung der durch Mißbrauch der Ursprungscertificate etwa versuchten Contraventionen.

Zwischen denjenigen Ländern des Vereins, zwischen welchen nach der bisherigen Verfassung schon größere Freiheiten in Absicht des Verkehrs mit Getraide gesetzlich und gegenseitig bestehen, als durch gegenwärtige Bestimmungen gewährt werden, behält es bei dem Bisherigen lediglich sein Bewenden.

ART. XV. Vom 1. Januar 1829 an sollen die Handelsreisenden eines Vereinsstaats, welche in einem

andern Vereinstaate in Gemäfsheit der bestehenden 1828
Gesetze desselben zur Vorzeigung von Mustern oder
zum Betrieb sonstiger Handelsgeschäfte zugelassen
werden, hinsichtlich der, während der Zeit ihres
Aufenthalts, von ihnen dafür begehrten Leistungen
und Abgaben in keiner Hinsicht mehr belastet wer-
den, wie die Handelsreisenden irgend eines andern
zum Vereine nicht gehörenden Staates.

ART. XVI. Den einzelnen Vereinsstaaten bleibt
das Recht vorbehalten, ohne Zustimmung des ganzen
Vereines sowohl unter sich, als mit fremden Staaten
Handelsverträge abzuschließen. Dabei versteht es
sich indessen von selbst, dafs in dergleichen einseitige
Verträge nichts aufgenommen werden darf, was den
Verpflichtungen widerspricht, die jeder Staat durch
die gegenwärtige Vertragsurkunde gegen den Verein
übernommen hat, oder übernehmen wird. Solche
Verträge, welche die Erleichterung des Verkehrs
zwischen den sich unmittelbar berührenden Nachbar-
staaten des Vereins zum Zwecke haben, sind als wei-
tere Ausführung der Absicht des Vereins zu betrach-
ten. Von jedem solchen Separat-Vertrage, welchen
ein Vereinsstaat mit einem andern Staate abschließt,
ist spätestens zu der Zeit, wo derselbe in Kraft tritt,
den übrigen Vereinsstaaten Mittheilung zu machen.

ART. XVII. Jeder Vortheil in Ansehung der
Eingangs-, Ausgangs-, Durchgangs-, Verkaufs- und
Verbrauchs- Abgaben, welche ein Vereinsstaat einem
fremden, nicht zum Verein gehörenden Staate zuge-
steht, soll ohne Weiteres auch jedem andern Ver-
einsstaate zu Theil werden, welcher jenem den glei-
chen Vortheil entweder bisher schon gewährt hat
oder künftig zu erwiedern bereit ist.

ART. XVIII. Ueber gemeinsame Maafsregeln des
Vereins bestimmt die Gesammtheit desselben. Es ge-
hören hieher Repressalien und Retorsionen von Sei-
ten des ganzen Vereins, so wie Unterhändlerungen und
Verträge, welche der Verein als solcher zur Erleich-
terung des Handels und Verkehrs mit auswärtigen,
zum Verein nicht gehörenden Staaten abzuschließen
für rathsam hält und deren Beförderung im Allge-
meinen den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrags
nur entsprechen kann.

1828 ART. XIX. Die Stipulationen dieses Vertrags beabsichtigen keineswegs, die wegen der freien Flußschiffahrt und des Flußhandels durch die bestehenden Staatsverträge getroffenen Bestimmungen abzuändern, da sie sich überhaupt nur auf den Landverkehr beziehen und daher hinsichtlich der Fluß- und Seeschiffahrt, so wie des Fluß- und Seehandels und der Verträge über dieselben keine Anwendung finden können.

ART. XX. Die auf fremden Handelsplätzen angestellten Consuln der zum Verein gehörenden Regierungen sollen angewiesen werden, das Interesse der Unterthanen aller übrigen Vereinsstaaten eben so wie das Interesse der Unterthanen ihrer Regierungen wahrzunehmen und zu vertreten. Etwaige daraus entstehende Kosten und Auslagen der Consulate hat eine jede Regierung für ihre Unterthanen zu ersetzen.

ART. XXI. Zur Erleichterung des Handels und der Berechnungen sollen hinsichtlich des Gewichts, des Gemäses und des Geldtarifs, wonach die Abgaben von Transito-Güter erlegt werden, Vergleichungstabellen entworfen und publicirt werden.

ART. XXII. Da der gegenwärtige Vertrag unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Allerhöchsten und Höchsten Ratificationen abgeschlossen ist, so soll derselbe von sämtlichen Bevollmächtigten an ihre respectiven Gewaltgeber zu diesem Behufe eingesendet und die Ratificationen sollen innerhalb sechs Wochen von heute an ausgewechselt werden.

Urkundlich ist vorstehender Vertrag von sämtlichen Conferenz-Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt worden.

So geschehen Cassel den vier und zwanzigsten September Eintausend Achthundert und acht und zwanzig.

AUGUST LUDEWIG OTTO GROTE.

HANS GEORG VON CARLOWIZ.

CARL FRIEDRICH VON COPP.

CARL FRIEDRICH ANTON VON CONTA, für mich und für den Herrn wirklichen Geheimen Rath Dr. SCHWEITZER.

AUGUST PHILIPP CHRISTIAN THEODOR VON 1828
AMSBERG.

AUGUST VON ROENTGEN, als Bevollmächtigter
von Hessen-Homburg und von Nassau.

CARL FRIEDRICH FERDINAND SUDEN.

CARL JOH. HEINR. ERNST EDLER VON BRAUN.

WILHELM ERNST BRAUN, für mich und den
Herrn wirklichen Geheimen Rath, *Freiherrn*
VON CARLOWIZ.

DIETRICH *Freiherr* VON STEIN.

GUSTAV ADOLPH VON STRAUCH.

CHRISTIAN WILHELM SCHWARTZ.

JOHANN SMIDT.

JOHANN GERHARD CHRISTIAN THOMAS.

Die wörtliche Uebereinstimmung der vorstehenden
Abschrift mit dem Originale beglaubigt

H. G. v. CARLOWIZ. U. F. v. MEYSENBUG,
Kurfürstlich Hessischer Ministerial-Assessor.

140.

*Règlement de douanes concerté en-
tre le Wurtemberg, la Bavière et
les principautés de Hohenzollern
Hechingen et de Hohenzollern Sig-
maringen, publié à Stuttgart le 26
Septembre 1828.*

(*Regierungsblatt für das Königreich Würtemberg.*
1828. Nr. 64. pag. 727 sqq.).

Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Württemberg. In dem Artikel VII. des Grund-Vertrags über den Zoll-Verein vom 18. Januar 1828, worüber

1828 Unsere getreuen Stände nach erfolgter Mittheilung ihre zustimmende Erklärung abgegeben haben, ist eine Vereinigung über die Zoll-Ordnung und die Zoll-Tarife vorbehalten worden, nach welcher die gemeinschaftlichen Zölle erhoben werden sollen.

In Gemälsheit der hierauf mit der Krone Bayern geflogenen weiteren Verhandlungen verordnen Wir nun nach Anhörung Unseres Geheimen Raths, daß die angeschlossene Zoll-Ordnung nebst beigefügtem Tarif als Vereins-Zoll-Ordnung verkündet und vom 1. October 1828 an gehörig in Vollzug gesetzt werde.

Stuttgart, den 26. Sept. 1828.

WILHELM.

Der Finanz-Minister:

Freiherr v. VARNBÜLER.

Auf Befehl des Königs:

Der Staats-Sekretär,

VELLNAGEL.

Vereins-Zoll-Ordnung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Das Königreich Württemberg, das diesseits des Rheins liegende Gebiet des Königreichs Bayern, dann die Fürstenthümer Hohenzollern - Hechingen und Hohenzollern - Sigmaringen, umschließt eine gemeinsame Zoll-Linie.

§. 2. Die Regierungen der vereinten Staaten behalten sich vor, einzelne Grenzorte außer der Zoll-Linie zu setzen, und sodann als freie Stapelplätze zu erklären, wenn die betreffenden Gemeinden es wünschen, und deren Lage und Handel es erheischen.

§. 3. Hinsichtlich des bayerischen Rheinkreises verbleibt es bei den Bestimmungen, welche der Art. III. des Grund-Vertrages enthält.

§. 4. Die übrigen Besitzungen der vereinten Staaten, welche außerhalb der gemeinschaftlichen Zoll-Linie liegen, werden nach Bestimmung des Art. IV. des Grund-Vertrags behandelt.

§. 5. In Hinsicht der Erweiterung des Vereins-Gebietes bleibt es gleichfalls bei den Bestimmungen des Grund-Vertrags.

§. 6. An der gemeinschaftlichen Zoll-Linie, und innerhalb derselben richtet sich die Erhebung der gemeinschaftlichen Zölle, und der damit in Verbindung stehenden Gebühren nach den Bestimmungen gegenwärtiger Zoll-Ordnung.

§. 7. Für alle Erzeugnisse der Natur, der Kunst und des Gewerbfleißes ist, mit nachfolgenden Ausnahmen, die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr gestattet.

§. 8. In Ansehung der Ein - Durch - und Ausfuhr des Salzes und aller jenen Stoffe, aus welchen Salz gezogen werden kann, wird es nach den Bestimmungen des Art. XXXV. des Grund - Vertrages gehalten. Die verbotenen Stoffe werden öffentlich bekannt gemacht werden.

§. 9. Die Einfuhr und Durchfuhr anderer ausländischer Artikel kann aus sanitätspolizeilichen Rücksichten auf bestimmte Zeit, allgemein oder örtlich, im Gebiete des Zoll - Vereins verboten werden.

§. 10. Allenfallsige Verbote der Ausfuhr des Salpeters und des Pulvers bleiben Gegenstand besonderer Anordnungen.

§. 11. Nicht minder bleibt den vereinten Regierungen vorbehalten, auf den Grund der Reciprocität gemeinsam Einfuhr - Verbote zu verfügen, und den Durchgang zu erschweren.

§. 12. Auf der Zolllinie werden Ober- und Zollämter aufgestellt, und denselben, wo es erforderlich ist, besondere Einnehmereien (Zollstationen) untergeordnet.

§. 13. Im Rücken der Zolllinie werden, wie bisher, Hallämter aufgestellt; mehrere derselben können mit Oberzollämtern vereinigt werden.

§. 14. Wer Handelsgüter und Waaren, zollbar oder zollfrei, mit sich führt, darf über die Zolllinie zu Wasser und zu Lande nur auf solchen Straßen und Wegen nach Sonnen - Aufgang und vor Sonnen - Untergang — (Postwagen und Eilwagen der Post-Anstalt, so wie Reisende mit Postpferden, insofern es keine Handels - Reisende (§. 68) sind, ausgenommen —) ein- und austreten, welche durch Aufrichtung bestimmter Zeichen als erlaubte Zollwege erkennbar gemacht, und an welchen sich kompetente, öffentlich bekannt gemachte Zollerhebungs - Behörden befinden,

1828 die streng verpflichtet sind, die Ein- und Austretenden nicht unnöthig aufzuhalten, sondern sogleich zu expediren.

Auch muß der Weg, den Fall einer durch Zeugen erweislichen Noth ausgenommen, ununterbrochen bis zur Zollstätte oder von dieser zur Grenze fortgesetzt werden. Alle übrigen Wege sind in Hinsicht der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr als verboten erklärt, so wie der Eintritt und Austritt zu einer andern Zeit verboten ist, Unglücksfälle oder ausserordentliche Umstände ausgenommen.

§. 15. Die Zoll-Abgabe häftet jedenfalls auf der Waare.

Alle die Zoll-Linie überschreitenden Waaren im Ein- Aus- und Durchgange, sie mögen nach den Tarifen zollbar oder zollfrei seyn, müssen bei den kompetenten Zoll-Erhebungsstellen sogleich bei ihrer Ankunft angemeldet, und deklariert werden. Die Deklaration ist die vor dem Eintreten der amtlichen Verhandlung zu machende genaue und vollständige Angabe der, auf eigene oder fremde Rechnung ein- aus - oder durchgehenden Gegenstände, nach ihrer Gattung, Zahl, Werth, Maafs, Gewicht, Zeichen, Ziffer, Herkunft und Bestimmung, und richtet sich nach dem Tarife. Ist der Zollpflichtige nicht im Stande, zu deklariren, so steht es demselben frei, bei dem Amte, ehe die Amtshandlung eintritt, sich vom Inhalte und Gewichte vollständig zu überzeugen, und dann erst zu deklariren.

Als Zollpflichtiger wird derjenige betrachtet, welcher sich bei der Zoll-Behörde zu Folge vor- oder nachgehender Bestimmungen zur Vornahme einer Zoll-Behandlung zu stellen verpflichtet ist, und sich im Besitze der zollbaren Gegenstände in dem Augenblicke befindet, als die Zoll-Behandlung vorgenommen wird, er sey nun deren Eigenthümer oder nicht.

§. 16. Die bisherigen Transitzölle werden hiemit aufgehoben; künftighin sind von durchgehenden Gütern nur jene Gebühren zu entrichten, welche in den §§. 69 und 70 festgesetzt sind.

§. 17. Die Einfuhr-Zölle werden nach dem beiliegenden Tarif erhoben.

§. 18. Die Ausfuhr-Zölle werden gleichfalls nach dem beiliegenden Tarif erhoben.

§. 19. Werden Güter mit Betretung eines fremden Gebiets von einem Orte des Vereins-Gebietes an einen andern Ort des Vereins-Gebietes versendet oder verführt, so kann hiefür die Befreiung vom Ausgangs- und Eingangs-Zolle angesprochen werden; in diesem Falle müssen jedoch die betreffenden Güter von dem Hallamte, von welchem sie kommen, oder von dem Erhebungs-Amte, bei welchem sie austreten, versichert, mit einem unentgeltlich auszustellenden Passirschein begleitet, und an dem Ort ihrer Bestimmung oder an dem diesem zunächst gelegenen Zoll- oder Hallamte der Kontrolle unterworfen werden.

§. 20. Das Weggeld bei den Gegenständen der Einfuhr, mit Ausnahme des Holzes, bei welchem für die Stunde per Pferd $\frac{1}{2}$ Kr., und vom Fahrzeug 2 Kr. Weggeld bezahlt wird, ist aufgehoben.

Dagegen wird auf gemeinsame Rechnung ein fixer Zoll-Beischlag:

I. Von $6\frac{1}{4}$ Kr. per Centner, oder per Fafs, oder per Eimer, oder per Scheffel, oder per Pferdlast:

a. bei allen Gegenständen, welche im Tarife mit 25 Kr. bis zu 3 Fl. 20 Kr. per Centner, oder mit 3 Kr. vom Guldenwerth belegt sind;

b. bei solchen Gegenständen, welche vom Fafs bis zu 12 Kr., vom Stück bis zu einem Gulden, vom Eimer oder Scheffel bis zu 45 Kr., von der Pferdlast bis zu 24 Kr. Zoll belegt sind;

II. von $12\frac{1}{2}$ Kr. vom Centner, bei jenen Artikeln, welche im Tarife

a. mit 3 Fl. 20 Kr. bis 15 Fl. einschüssig, per Centner, dann beim Guldenwerth zu 6 und 9 Kr.;

b. beim Stück bis zu 4 Fl., vom Eimer und Scheffel bis 1 Fl. belegt sind;

III. von 25 Kr. per Centner oder vom Guldenwerth oder per Eimer, oder Scheffel oder Stück, bei allen höher belegten Artikeln, erhoben.

Das Weggeld bei den Gegenständen der Durchfuhr soll in $12\frac{1}{2}$ Kreuzer per Centner bestehen.

Auf den Strafsen, welche kürzer als 50 geographische Stunden sind, wird für jede Stunde 1 Pfennig per Centner erhoben.

1828 Auf den Wasserstraßen besteht das Weggeld dort, wo es im Allgemeinen Anwendung findet, in der Hälfte des Weggelds zu Lande.

Der Reisende, welcher mit ausländischen Pferden oder Maulthieren eintritt, bezahlt 3 Fl. von jedem Pferde oder Maulthiere. Sollte jedoch derselbe im Vereinsgebiete nicht 50 Stunden zurücklegen, so wird das Weggeld für jede Straßensunde, um welche der von ihm zurückgelegte Weg hinter der Zahl von 50 Stunden zurücksteht, um 3 Kr. zurückvergütet. Fremde Reisende, welche inländische Bäder besuchen, sollen, wenn ihre Reisepässe dieses Reisezweckes ausdrücklich erwähnen, vom Weggelde frei sein.

§. 21. Das Waggeld im inländischen Verkehr, und für die zur Ausfuhr bestimmten Gegenstände, wird aufgehoben.

§. 22. In Hinsicht der Brücken- und Pflaster-Zölle bleibt es bei den Bestimmungen des Art. 30 des Grund-Vertrages.

§. 23. Das auf separirte Rechnung eines jeden der vereinten Staaten zu erhebende Waggeld wird mit 2 Kr. von jedem Sparco-Centner erhoben, wobei jedoch Quantitäten unter 50 Pfd. für einen halben, und Quantitäten über 50 Pfd. für einen ganzen Centner gerechnet werden.

Das Waggeld kann für jede definitive Durchgangs- Ausgangs- und Eingangs-Behandlung nur einmal erhoben werden.

Dort, wo es rechtlich hergebrachte Tarife oder Rücksichten für den Verkehr erheischen, kann die Waggebühre von der betreffenden Regierung unter den Betrag von 2 Kr. per Centner vermindert werden.

Für Gegenstände die nicht gewogen werden, und weder Zoll noch Weggeld nach dem Gewichte entrichten, wird auch kein Waggeld bezahlt.

§. 24. Für Güter, die an Krahnenn ein- und ausgeladen werden, sind von jeder Last zu 10 Centner höchstens (§. 23) 3 Kr., und bei geringeren Lasten von jedem Centner 2 Pfennige ($\frac{1}{2}$ Kreuzer) als Krahnengebühre zu entrichten.

Für den Uebersatz der Güter aus einem Schiffe in das andere, sind von jedem Centner 2 Pfennige ($\frac{1}{2}$ Kreuzer) zu bezahlen.

§. 25. Die Kanal - und Wehrlochöffnungs - Gebühren, dann die Winterhalts - Gebühren werden dort, wo sie hergebracht sind, in dem bisherigen Betrage erhoben.

§. 26. Von jedem Gulden des Zoll - und Weggeld - Betrages wird eine Stempel - Gebühr zu 2 Kr., und wenn jener Betrag unter 1 Fl. steht, zu 1 Kr. erhoben.

§. 27. Die Regierungen der vereinten Staaten behalten sich vor, im gemeinsamen Einverständnisse Erhöhungen oder Verminderungen der Eingangszölle nach dem Bedürfnisse der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels provisorisch, nach Maßgabe der verfassungsmäßigen Bestimmungen der einzelnen Staaten, anzuordnen.

§. 28. In derselben Art und Weise behalten sich die Regierungen der vereinten Staaten vor, sowohl den Durchgangs - und Ausgangs - Zoll von allen aus dem Vereins - Gebiete gehenden Handelsgütern, die durchgehenden mitbegriffen, aufzuheben, oder in einzelnen Sätzen nach Gutbefinden zu vermindern, als auch das Weggeld in der Einfuhr und Durchfuhr, im Allgemeinen, oder auf einzelnen Strafsenzügen, herabzusetzen, oder ganz zu erlassen.

§. 29. Der Grenz - Verkehr, worunter besonders der tägliche kleine Verkehr mit landwirthschaftlichen Produkten aller Art und Lebensmitteln in unverpacktem offenen Zustande, und in kleinen Quantitäten verstanden wird, soll keineswegs erschwert, sondern möglichst erleichtert werden.

Zu diesem Ende werden darüber nach Beschaffenheit der örtlichen Verhältnisse die Grenz - Zollämter von den vereinten Regierungen mit besonderen, hierauf sich gründenden Weisungen versehen, und diese, so wie deren jedesmalige Veränderungen öffentlich bekannt gemacht.

§. 30. Die Zahlung der Zoll - und übrigen Gebühren, muß immer in Geldsorten geschehen, die in demjenigen Staate, in welchem sich die Erhebungsstelle befindet, Kurs haben.

§. 31. An den schuldigen Zöllen und anderen Abgaben hat keine Nachborge Statt.

§. 32. Für jeden entrichteten Betrag an Zöllen und anderen Nebengebühren, muß eine von Korrekturen und andern wesentlichen Mängeln freie Be-

1828 scheinigung ausgestellt werden, die allein als Beweis der Zahlung und erfüllten Obliegenheit gültig ist.

§. 33. Die Zollscheine müssen in der gehörigen Zeit und dort abgelegt werden, zu welcher, und wo sie nach der zollamtlichen, auf dem Zollscheine vorgemerkten Weisung abgelegt werden sollen. Für die richtige Ablegung des Zollscheins haftet derjenige, auf dessen Namen derselbe ausgestellt ist; für die Einhaltung der Kontrolle und des Ablege-Terminus aber jederzeit der Fuhrmann.

Bei Speditionsgütern müssen, auf Verlangen des Spediteurs, die Zollscheine nicht auf seinen, sondern auf den Namen des Fuhrmanns gestellt werden, in so ferne dieser ein augesessener Inländer, oder, wenn derselbe ein Ausländer wäre, hinreichend verbürgt ist.

Ueber die Ablegung des Zollscheins hat die Behörde, bei welcher derselbe abgelegt wird, dem Ablegenden einen Empfangsschein auszustellen.

§. 34. In Differenzen zwischen den Zollpflichtigen und Zollbeamten über die Anwendung der Zolltarife, und die Entrichtung des Zollsatzes, steht, wie bisher, die Entscheidung der betreffenden Ober-Zoll-Administration, und im Recurswege dem Ministerium der Finanzen des betreffenden Staates zu. Jedoch bleibt demjenigen, welcher sich bei der Entscheidung des Finanz-Ministeriums nicht beruhigen zu können glaubt, die weitere Beschwerdeführung unbenommen, je nachdem es die Landes-Einrichtungen und Gesetze zulassen.

Andere Recurse und Beschwerden, welche über Verfügungen der Ober-Zoll-Administrationen an den General-Kongress der Vereins gelangen, finden ihre Erledigung nach den Bestimmungen der Art. XXXVII und XXXVIII des Grund-Vertrages.

II. *Von der Durchfuhr.*

§. 35. Die zur unmittelbaren Durchfuhr ohne Abstofs schon zum Voraus bestimmten Handelsgüter sind von der Bezahlung des Eingangs-Zolles frei, wenn sie so verpackt sind, daß die ganze Ladung mit Schnur und Siegel vollständig belegt werden kann. Einem solchen Frachtführer steht jedoch frei, eine Umladung an einem Hallante zu bewerkstelligen, welches er auf seinem Wege berührt.

§. 36. Wenn eine solche, jedes unmerkliche Her- 1828
ausnehmen verhindernde Belegung einer Ladung nicht
angebracht werden kann, und der Fuhrmann will seine
Reise ohne weiteres fortsetzen, so findet die Freiheit
von dem Eingangszölle nicht Saatt, sondern dieser
Zoll ist zu erheben.

Zieht der Fuhrmann vor, sogleich wieder umzu-
kehren, und über die Grenze zurückzufahren, so ist
es ihm zu gestatten.

Gleichfalls steht es ihm frei, unter Aufsicht des
Zollamtes seine Ladung so einzurichten, daß sie nach
Vorschrift des §. 35. mit Schnur und Siegel vollstän-
dig belegt werden könne. Will aber der Fuhrmann
nicht umkehren, und kann auch seine Ladung nicht
so eingerichtet werden, daß sie mit Schnur und Sie-
gel belegt werden kann, so muß er abladen, und
jedes einzelne Frachtstück mit Schnur und Siegel voll-
ständig belegt werden.

§. 37. Nur für durchgehendes Vieh und Holz
kann die Zurückvergütung des Eingangs-Zolles, wel-
cher bei dem Eintritte erlegt worden ist, gegen Ent-
richtung des Ausgangs-Zolles Statt finden.

§. 38. Von Wasserfrachten und von Frachten
des Postwagens können ausnahmsweise auch einzelne
Colli mit Schnur und Siegel belegt, somit als durch-
gehendes Gut behandelt werden.

§. 39. Hingegen sind alle gemischten Landfrach-
ten, (welche theils durchzuführende, theils im Lande
zu bleiben bestimmte Güter enthalten,) als durchge-
hend zu behandeln.

§. 40. Die als durchgehend zu behandelnden La-
dungen müssen bei dem Zollamte der Grenze, wo
sie eintreten, im Ganzen abgewogen, und es muß
dafür ein Waggeld zu 2 Kr. vom Sporco-Centner
entrichtet werden.

§. 41. Der ganze Inhalt einer als durchgehend
zu behandelnden Ladung muß in den von dem Fracht-
führer vorzulegenden Frachtbriefen nach einzelnen
Stücken, und diese nach Quantität und Qualität des
Inhalts angegeben werden.

§. 42. Sämmtliche Frachtbriefe von solchen La-
dungen müssen dem Zollamte übergeben werden, von
welchem sie der Inhaber in einem versiegelten Um-
schlage, der an das Amt, bei welchem die Ausfuhr

1828 oder Umladung geschehen soll, zu überschreiben ist, zurückempfängt.

§. 43. Der Umschlag ist überdiess noch mit der Aufschrift: Transitogut oder Hallgut zu versehen, und awar:

Transitogut, wenn im Lande gar nicht umgeladen, Hallgut, wenn umgeladen werden soll.

§. 44. Die Zollverwaltung kann auch anordnen, dafs die Ladung, nachdem sie mit Schnur und Siegel belegt ist, auf beiden Seiten mit der Aufschrift: Transitogut- oder Hallgut, versehen wird, je nachdem sie zu dieser oder jener Categorie gehört.

§. 45. Hienächst empfängt der Frachtführer unentgeltlich einen Zollpafs, welcher seinen Namen und Wohnort, das Gewicht der Ladung, den Tag und Ort des Eintritts und den Ort des Austritts oder der Umladung, wie auch die Strafse, welche der Frachtführer befährt, bezeichnet.

§. 46. Ist der Frachtführer ein Ausländer, so wird auf seinem Reisepasse bemerkt, dafs er mit einem Zollpasse versehen sei.

§. 47. Dem Frachtführer, dessen Ladung als Hallgut bezeichnet ist, steht nicht zu, ohne Umladung auszutreten, und ohne erweisliche Noth an einer andern Halle, als derjenigen, wohin sein Zollpafs lautet, umzuladen.

§. 48. Der Frachtführer hingegen, dessen Ladung als Transitogut bezeichnet ist, kann zwar, ohne umzuladen, nicht bei einem andern Zollamte, als demjenigen, wohin sein Zollpafs lautet, austreten; es ist ihm aber gestattet, bei jedem Hallamte, das er auf dem Wege berührt, die Umladung zu bewerkstelligen.

Zur Erleichterung der Frachten und der Spedition kann das Rottfuhrwesen mit den zur Sicherung der Zollgefälle erforderlichen Mafsregeln fortbestehen.

§. 49. Die Frachten, die bei einer Halle umgeladen werden, sind, wenn sie zur Durchfuhr bestimmt bleiben, sie mögen nun unmittelbar austreten, oder vorerst an eine andere Halle übergehen, ganz eben so, wie bei dem Eintritte, zu behandeln, und gegen Ablieferung des Zollpasses mit einem neuen zu versehen.

§. 50. Jedoch geschieht bei allen solchen Umladungen zum Behufe der Controle die Abwägung der einzelnen Colli und des ganzen Wagens unentgeltlich. 1828

§. 51. Alle als Transitgut oder Hallgut bezeichneten Frachten müssen vor jedes Hallamt, das sie auf dem Wege berühren, geführt, und es muß der Zollpafs zur Controlirung und Unterschrift vorgelegt, — Eilfuhren müssen jederzeit, andere Fuhren aber von Morgens 5 Uhr bis Abends 8 Uhr ohne unnöthigen Aufenthalt, expedirt werden; jedoch ist die Ankunft der Eilfuhren zur Nachtzeit, vorher anzusagen, und haben sich dieselben auf Kosten der Betheiligten begleiten zu lassen.

§. 52. Der Zollpafs muß auch allen Polizei-Behörden und ihren Dienern, jedoch nur auf ausdrückliches Verlangen vorgezeigt werden.

§. 53. An der Grenze, wo der Austritt geschieht, wird der Zollpafs an das Zollamt, welches den Ausgangszoll erhebt, abgegeben, und dafür ein Zollgegenschein ertheilt, der an die äusserste Postirung abgegeben werden muß, welche die Belegung mit Schnur und Siegel abnimmt, und eine Begleitung bis an die äusserste Grenzlinie auf Kosten der Zoll-Casse verfügt.

Der Ladungsschein, welchen der Fuhrmann von dem Hallamte, wo er auf- oder umgeladen hat, mitbringt, ist von dem Grenz-Zollamte zum Beweis des richtigen Austritts der Ladung unentgeltlich zu unterfertigen und ihm zurückzugeben.

Den durchgehenden Frachtführern, die im Lande nicht abgeladen haben, ist von dem Grenz-Zollamte eine Bescheinigung über den richtigen Austritt ihrer Ladung unentgeltlich zu übergeben.

Ist das Zollamt selbst unmittelbar an der Grenze gelegen, so wird der Zoll-Gegenschein an die daselbst stationirte Grenzwache abgegeben, und die Versicherung vom Zollamte abgenommen.

§. 54. Einem Frachtführer, dessen Ladung als durchgehend oder als Hallgut behandelt wird, ist nicht erlaubt, zollbare Güter auf eigene Rechnung mitzuführen, noch von seiner Ladung irgend etwas im Lande auf eigene Rechnung zu verkaufen.

§. 55. Eben so wenig ist einem solchen Frachtführer gestattet, irgend einen Theil seiner Ladung auf

1828 fremde Rechnung ohne Frachtbrief darüber, mitzuführen.

§. 56. Kein Frachtführer darf, ohne erweisliche Noth, weder beim Eintritt noch beim Austritt zwischen der Grenze und dem für dieselbe aufgestellten Zollamte anhalten, sondern jeder hat den Weg zu, oder von demselben ununterbrochen fortzusetzen. Wo es die Grenzpostirung für nöthig findet, ist der Frachtführer von Amtswegen bis zum nächsten Zollamte zu begleiten.

§. 57. Wenn eine Fuhr, welche nach ihren Frachtbriefen sich als Eilfuhr ausweist, aufer der gewöhnlichen Zeit an der Grenze sich einfindet, um einzutreten, so muß sie zwar zum Eingange behandelt, aber sie muß auch bis zum nächsten Hallamte auf Kosten des Frachtführers begleitet werden.

Im Ausgange aber, wenn die Fuhr zu ungewöhnlicher Zeit über die Grenze gehen will, muß ihr von dem expedirenden Hallamte auf ihre Kosten Begleitung bis zur Grenze mitgegeben werden.

III. Von der Einfuhr.

§. 58. Dem Eingangs-Zolle sind alle in das Vereinsgebiet einkommenden Handelsgüter und Waaren, so weit sie nicht als durchgehend zu behandeln, oder in dem beiliegenden Tarife ausdrücklich für eingangszollfrei erklärt sind, unterworfen.

§. 59. Die Angabe, daß solche Handelsgüter entweder schon einmal verzollt worden seyen, oder daß sie inländische, jetzt aus dem Auslande nur zurückkommende Erzeugnisse seyen, gibt auf Nachlaß oder Minderung des Eingangs-Zolles keinen Anspruch, wenn nicht im letzten Falle, nämlich bei ausgegangenen inländischen Erzeugnissen, ihre Identität so hergestellt und so gesichert ist, daß über die Wahrheit nicht der mindeste Zweifel obwalten kann.

Es darf sodann die Behandlung zum Wieder-Eingange mit Genehmigung der betreffenden obersten Zoll-Behörde, jedoch nur bei derjenigen Zoll-Behörde geschehen, welche sie zum Austritte behandelte. Jedenfalls sind von der Eingangs-Verzollung jene Güter ausgenommen, die aus dem Inlande nach §. 19 mit Betretung eines fremden Gebiets zu einem inländischen Orte gebracht, vorschriftsmäßig versichert,

mit Passir-Scheinen begleitet, und bei der Controlle 1828 richtig befunden werden.

§. 60. Der Eingangs-Zoll wird von dem Zollamte an der Grenze erhoben, wenn entweder eine als durchgehend angegebene Ladung nicht als solche behandelt werden kann, und der Fuhrmann seinen Weg ohne weiteres fortsetzen will, oder die Ladung an einen Ort bestimmt ist, an welchem sich kein Hallamt befindet.

§. 61. Es ist keinem Zollamte gestattet, von einem Theile der Ladung den Eingangs-Zoll zu erheben, und den übrigen als durchgehendes Gut zu behandeln.

Dies kann nicht anders, als bei einem Hallamte in Folge der Umladung geschehen.

§. 62. Der Frachtführer hat zum Behufe der Zoll-Erhebung sämtliche Frachtbriefe dem Zollamte vorzulegen.

Wenn er selbst Eigenthümer der Fracht ist, hat er schriftlich die zu verzollenden Gegenstände zu declariren, es wäre denn, daß diese nur aus Kleinigkeiten, im Werthe von höchstens 5 Fl. beständen, in welchem Falle die mündliche Angabe und die Unterzeichnung desselben im Zoll-Manuale genügt.

Ist der Zollpflichtige nicht im Stande zu declariren, weil ihm der Inhalt der Colli und der Ladung unbekannt ist, so steht es ihm frei, bei dem Zollamte, ehe die Zoll-Behandlung eintritt, sich vom Inhalte und Gewichte zu überzeugen, und dann erst zu declariren.

§. 63. Nachdem die Angabe des Inhaltes der Ladung oder der einzelnen Colli aus der schriftlichen Declaration der Zollpflichtigen ausgemittelt ist, wird zur Abwägung der einzelnen Stücke geschritten, wofür bei Zollämtern ein Waggeld von 2 Kr. vom Sporco-Centner, bei Hallämtern aber, weil die dahin gelangenden Ladungen schon an der Grenze im Ganzen abgewogen worden sind, nichts weiter entrichtet wird.

§. 64. Hierauf erfolgt die innere Besichtigung der einzelnen Stücke, gleichviel, es seyen die Gegenstände zollfrei oder nicht, wenn nicht als Inhalt derselben Güter angegeben sind, von welchen der höchste Zollsatz zu erheben ist.

§. 65. Der hierauf zu berechnende Eingangszoll muß auf der Stelle baar erlegt werden. Den Zoll-

1828 schein hat der Empfänger sogleich an die hiezu ermächtigte, auf dem Zollscheine bemerkte Person, oder, wo eine solche nicht auf der Stelle ist, an die anwesende Zoll - Wache gegen einen Zoll - Gegenschein abzugeben.

§. 66. Sobald der Zoll - Pflichtige im Besitze dieses Zoll - Gegenscheines ist, der ihm in derselben Stunde, da er den Zollschein abgegeben hat, eingehändigt werden muß, kann er über die verzollten Güter frei verfügen.

§. 67. Namentlich ist für die Frachten von verzollten Gütern, wie von einheimischen, nicht erforderlich, daß sie vor die Hallämter der Orte, von denen sie abgehen, oder zu denen sie kommen, geführt werden.

§. 68. Ausländischen Frachtführern, welche den Eingangs - Zoll entrichtet haben, weil ihre zur Durchführung bestimmte Ladung nicht als durchgehend behandelt werden konnte, ist diese Entrichtung auf ihrem Reisepasse zu bezeugen.

Reisende, mit Ausschluß der Handels - Reisenden, welche über die Grenze hereinkommen, haben, ohne zu einer schriftlichen Deklaration verbunden zu sein, bei dem Zollamte die zollbaren Waaren, welche sie mit sich führen, zum Eingange zu verzollen; wenn sie aber erklären, daß ihnen die dem Zolle unterworfenen Waaren unbekannt seien; so ist ihnen sogleich der bestehende Zoll - Tarif mit der überhaupt zu beobachtenden Höflichkeit vorzuzeigen.

Die Zollämter sind, wenn sie Verdacht haben, daß Waaren zum Handel eingeschmuggelt werden, befugt, die Kutschen und Koffer der Reisenden öffnen zu lassen, und sie zu untersuchen; jedoch haben sie die Reisenden durchaus mit Anstand zu behandeln, und genaue Sorge zu tragen, daß bei der Visitation kein Gegenstand der Reise - Bedürfnisse Schaden leide.

Die Kleidungsstücke und alles Gepäck der Reisenden, so wie alle Bedürfnisse, welche Bade - Reisende mit sich führen, unterliegen der Verzollung nicht.

Körperliche Visitationen der Personen sind verboten.

IV. Von der Ausfuhr.

§. 69. Alle aus den vereinigten Staaten ausgehenden Handelsgüter, die durchgehenden mit begriffen,

sind dem Ausgangs-Zolle unterworfen, mit Ausnahme 1828
derjenigen, die im Tarife ausgangszollfrei erklärt sind.

Der Ausfuhr-Zoll von durchgehenden Gütern wird auf $12\frac{1}{2}$ Kr. vom Centner festgesetzt, jener von andern (nicht nach Gewicht belegten) Gegenständen richtet sich nach dem heiliegenden Tarife.

§. 70. Diejenigen durchgehenden Handelsgüter, welche bei einem Hallamte verladen werden, sind nur einem Ausgangs-Zolle von $6\frac{1}{2}$ Kr. unterworfen.

§. 71. Den Ausgangs-Zoll von einheimischen, zur Ausfuhr bestimmten Handelsgütern, die mit durchgehenden gemischt verpackt werden, erhebt das Hallamt, bei welchem die Verladung geschieht, und bezeugt dieses auf dem Zollpasse.

§. 72. Auch von denjenigen in das Ausland bestimmten Frachten, welche nur inländische Erzeugnisse enthalten, muß der Ausgangs-Zoll von einem Hallamte, wenn die Verladung oder wenigstens die Besichtigung bei demselben geschieht, erhoben, und der Zollschein dafür ertheilt werden, dessen Ausstellung auf dem Reisepasse vorzumerken ist.

Gegenstände, welche zentnerweise nach dem höchsten Ausfuhr-Zolle declarirt und behandelt werden, sind der innern Besichtigung nicht unterworfen, und die hiefür zu entrichtende Gebühr kann nach freier Wahl des Exportirenden entweder bei einem Hallamte oder bei einem Zollamte an der Grenze erlegt werden.

§. 73. Für die Abwägung von allen Handelsgütern, die von einem Hallamte zur Ausfuhr abgehen, sind 2 Kr. vom Sporco-Centner zu entrichten.

§. 74. Wer entweder durch einen Zoll-Gegenschein nachweist, daß er die Handelsgüter, die er ausführen will, bei dem Eintritte verzollt habe, oder durch den Zollpafs eines Hallamtes die Ausgangs-Zollfreiheit, oder auch durch den Zollschein von einem Hallamte die geschehene Bezahlung des Eingangszolles darthut, erhält vom Zollamte der Grenze für diese Papiere unentgeltlich einen Empfangsschein, den er an die äußerste Zoll-Postirung, oder, wenn er eine solche nicht mehr zu passiren hat, an die bei dem Zollamte stationirte Grenzwahe abzugeben hat.

Der Ladungsschein, den der Fuhrmann von dem Hallamte, wo er auf- oder umgeladen hat, mitbringt, ist von dem Grenz-Zollamte zum Beweise der Er-

1828 füllung seiner Obliegenheit unentbehrlich zu unterfertigen, und ihm beim wirklichen Austritte zurückzugeben. Wenn aber der Fuhrmann oder Exportant von keinem Hallamte kommt, so ist von dem Grenz-Zollamte eine Bescheinigung über den Austritt der Ladung unentgeltlich auszustellen, solche aber demselben erst an der äußersten Grenzpostirung, nämlich wenn er die Vereinsgrenze wirklich überschreitet, zu behändigen.

§. 75. Von durchgehenden Frachten, die im Vereinsgebiete nicht umgeladen worden sind, wird der Ausgangszoll erst bei dem Austritt erhoben, und darüber gegen Abgabe des Zollpasses der Gegenzollschein ertheilt.

§. 76. Auch für die Abwägung solcher Frachten sind 2 Kr. vom Sporco-Centner zu entrichten, in so weit diese Waggebühr nicht schon bei einer frühern Zollbehandlung in oder bis zu dieser Größe entrichtet worden ist.

§. 77. Wer aus einem Orte kommt, wo er sich zu seinen Ausfuhrsgütern weder mit Zollgegensein für bezahlten Eingangszoll, noch mit Zollpafs und Zollschein für entrichteten Ausgangszoll versehen konnte, muß bei dem Zollamte der Grenze nicht nur den Ausgangszoll, sondern auch 2 Kr. vom Sporco-Centner für die Abwägung entrichten.

V. Von den Niederlagen.

§. 78. Zur Erleichterung des Zwischen- und Speditions-Handels sowohl, als der Fabriken und Manufakturen, werden in den Städten, wo sich Hallämter oder Oberzoll- und Hallämter befinden, ferner, wie bisher, öffentliche Niederlagen bestehen.

§. 79. Handelsgüter, die dem Eingangs-Zolle unterworfen sind, bleiben davon, so lange sie in einer öffentlichen Niederlage sind, frei, haften aber jedesmal für die Gebühren.

Die Halle oder Niederlage haftet für die Entwendung und den aus Schuld des Dienstpersonals entstehenden Schaden, aber nicht für Unglücksfälle und Verderben.

Für den Inhalt der Colli haftet sie nur dann, wenn bei der Einlagerung die innerliche Besichtigung auf

Verlangen und in Gegenwart des Zollpflichtigen vor- 1828
genommen wurde.

§. 80. Acht Tage (d. h. achtmal vier und zwanzig Stunden) lang, werden die in eine öffentliche Niederlage gebrachten Handelsgüter unentgeltlich aufbewahrt, nach Ablauf dieser Frist aber nur gegen eine Gebühr von $\frac{1}{8}$ Kr. täglich für den Centner, insofern nicht die betreffende Regierung durch örtliche Verhältnisse oder aus Rücksichten für den Verkehr sich bewogen findet, die Niederlagegebühr zu vermindern oder ganz zu erlassen.

§. 81. Diese Gebühr muß von dem Inhaber der Güter bei der Zurücknahme aus der Niederlage, falls er aber dieselbe länger als sechs Monate darin läßt, nach Ablauf eines jeden Semesters entrichtet werden.

§. 82. Die auf den Hallen hinterlegten Güter, für welche sich binnen Jahresfrist kein Eigenthümer meldet, und die Lager-Gebühr entrichtet, werden als herrenlos erklärt, sofort in öffentlichen Blättern mit genauer Beschreibung zu Jedermanns Kenntniß gebracht, und, wenn sich innerhalb eines Vierteljahres Niemand dazu meldet, vier Wochen darnach öffentlich versteigert. Der erlöste Betrag wird nach Abzug der rückständigen Lagergebühren, des Eingangszolles und der Versteigerungskosten noch ein Jahr in Verwahrung behalten. Legitimirt sich in dieser Frist noch Jemand als Eigenthümer für den einen oder andern Gegenstand, so wird diesem der deponirte Betrag verabfolgt, wo nicht, so fällt das Depositum dem für das Zollpersonale bestimmten Unterstützungsfonds zu, vorbehaltlich des Regresses des etwa vor der Verjährungszeit sich noch meldenden Eigenthümers. Die Verjährungszeit endet nach 5 Jahren vom Tage der Niederlegung auf der Halle gerechnet.

§. 83. Handelsgüter, welche feuergefährlich sind, oder durch deren Aufbewahrung in der öffentlichen Niederlage, andere daselbst befindliche beschädigt werden können, sind von den Hallen ausgeschlossen.

Die betreffende Regierung wird am Sitze jedes Hallamts Anordnung treffen lassen, wohin derlei Waaren untergebracht werden sollen.

§. 84. Kein Handelsgut kann aus der öffentlichen Niederlage abgeliefert werden, als gegen Zurückgabe des Hallscheins, welcher unentgeltlich immer ertheilt

1828 werden muß, und der allenfalls rückständigen Niederlags-Gebühren, dann gegen Bezahlung des Eingangszolles, es wäre denn, daß es entweder als Bestandtheil einer durchgehenden Fracht bei dem Hallamte verladen, oder in ein Privatlager gebracht werden sollte, wobei die Bezahlung des Eingangszolles im ersten Falle ganz, im letzteren Falle aber vorläufig unterbleibt. Güter, die inländischen Ursprungs oder schon zum Eingange verzollt sind, können mit Bewilligung der Hallämter auch auf die öffentlichen Niederlagen gebracht werden. Die Bestimmungen des §. 79. in Hinsicht der Haftung der Niederlags-Gebühren und der Hallscheine sind auch bei diesen Gütern zu beobachten.

§. 85. Colonial - Waaren, und solche ausländischen rohen Handelsgüter, dergleichen im Gebiete des betreffenden Staates nicht erzeugt werden, mit Ausschluß aller Flüssigkeiten, können auch in Privatlagern niedergelegt werden, jedoch nur auf vorläufige Bewilligung der betreffenden obersten Zollbehörde, und nur an Orten, wo ein Hallamt, oder ein Oberzoll- und Hallamt ist, unter beständiger Aufsicht des Hallamtes, und gegen Erfüllung der Bedingungen, mit welchen die Bewilligung verbunden wird.

Privatlager können unter Verschluss der Hallämter auch für Flüssigkeiten Statt finden, wenn die Betheiligten ein der Zollbehörde anständiges Lokale auf ihre Kosten ausmitteln; doch sollen dergleichen Privat-Niederlagen nur soliden Handelsleuten und Gewerbetreibenden zugestanden werden.

§. 86. Ausnahmsweise kann die betreffende Oberzoll-Administration auch für rohe Stoffe, dergleichen auch im Gebiete des betreffenden Staates erzeugt werden, die Niederlegung auf Privatlagern gestatten; jedoch anschließend nur dann, wenn die öffentliche Halle für die Lagerung derselben nicht Raum genug hält. Diese Ausnahmen können nur für die Dauer des Bedürfnisses, und unter einer besonders anzuordnenden Aufsicht Statt finden.

Auch die Privatlager für dergleichen Stoffe sollen nur soliden Handelsleuten und Gewerbetreibenden zugestanden werden.

*VI. Von außerordentlichen Vorkehrungen der 1828
Zoll - Behörden.*

§. 87. Wenn ein Grenz-Zollamt oder Hallamt den gegründeten Verdacht schöpft, daß ein Fuhrmann außer den in den Frachtbriefen angegebenen Gütern, andere Güter heimlich, ohne Frachtbrief mit sich führt, so ist dasselbe verbunden, die Ladung nach den Frachtbriefen zu revidiren, und die verheimlichten Güter, von dem Wagen zu nehmen, sie genau zu untersuchen, und die ganze Ladung nach §. 88. von einem verpflichteten Wächter auf Kosten des Fuhrmanns begleiten zu lassen.

Wenn ein Zollamt oder Hallamt den gegründeten Verdacht schöpft, daß an einer durchgehenden Ladung durch Herausnahme oder Austausch etwas verändert worden sei, so ist dasselbe verbunden, die Abladung und Besichtigung der einzelnen Stücke anzuordnen, nachdem zuvor die Verdachts-Gründe in das Protokoll niedergelegt worden sind.

Dem Fuhrmann ist in dem einen so wie in dem andern Falle beglaubigte Abschrift des Protokolls kostenfrei zuzustellen. Das Zoll-Aerar hat, wenn der Verdacht sich nicht bestätigt, für jeden durch Auf- und Abpacken sich ergebenden Schaden zu haften.

§. 88. Der gegründete Verdacht, daß an einer aus Hall- oder Transitogütern bestehenden Ladung auf dem Wege etwas durch Herausnahme oder Austausch verändert werden möchte, berechtigt jede Zoll-Behörde, von welcher der Zollpafs für die Ladung ertheilt oder visirt worden ist, dieselbe bis zum nächsten Hallamte, oder wenn auf der Strafse keines ist, bis zum Austritts-Zollamte durch einen verpflichteten Wächter, jedoch nicht auf Kosten des Frachtführers, begleiten zu lassen, woselbst er sodann der genauen Controle sich unterwerfen muß.

Auch in diesem Falle muß das Amt die Verdachts-Gründe in das Protokoll niederlegen.

§. 89. Wenn ein Hallamt, zu welchem eine so begleitete Fracht gelangt, dieselbe nicht ferner bis zum Austritte in dieser Weise begleiten lassen will, so sind die Gründe in das Protocoll niederzulegen.

§. 90. Gegen Frachtführer, die nach Verkündung gegenwärtiger Zoll-Ordnung wegen Verkürzung des

1828 Zollgefälls einmal über 25 Fl., oder dreimal über 5 Fl. bestraft worden sind, ist diese Malsregel immer, und zwar auf ihre Kosten vorzukehren.

Gegen Frachtführer, die dreimal wegen Verletzung der Zoll-Ordnung, ohne daß eine Verkürzung des Zollgefälls dabei Statt gefunden hat, bestraft worden sind, ist diese Malsregel ein Jahr lang, vom letzten Straffalle an gerechnet, in Anwendung zu bringen.

VII. Von Zoll-Freiheiten und Begünstigungen.

§. 91. Zoll-Befreiungen haben in der Regel nicht Statt. Nur folgende Ausnahmen werden festgesetzt:

1. Alles, was für die Souveraine der vereinten Staaten und die Mitglieder ihrer Regentenhäuser über die Zoll-Linie des Vereins ein- oder ausgeführt wird, soll zwar der tarifmäßigen Verzollung unterliegen, jedoch die Rückvergütung der entrichteten Zölle, in so weit diese nach den Anordnungen der einzelnen Regierung Statt findet, aus der betreffenden Staats-Casse geschehen, oder der Regierung zur Last geschrieben werden.

2. Alle Gegenstände, welche auswärtige Souverains durch das Vereins-Gebiet, oder aus demselben für ihre Person und zu ihrem Gebrauche beziehen, sind zollfrei. Es werden zu diesem Ende auf vorhergegangenes Ansuchen die geeigneten Freipässe ausgestellt, oder die erforderlichen Weisungen an die Zoll-Behörden ertheilt werden.

3. In Ansehung der Standesherrn kommen die die besondern Gesetze jedes einzelnen Staats unter den im Art. 23. des Grund-Vertrags enthaltenen Bestimmungen zur Anwendung.

4. Alle Militär-Fuhrwerke und Bagage-Wagen der vereinten Regierungen sind zollfrei, jedoch nur alsdann, wenn sie von Militär-Personen begleitet werden, und nur in so weit, als sie von Armee-Gegenständen beladen sind, welswegen sie, mit Ausnahme der geladenen Munitions-Wagen, der zollamtlichen Besichtigung zur Vergleichung des von ihnen mit sich zu führenden Vorweises sich nicht entziehen können.

§. 92. In Ansehung der Zollfreiheit der an den Hoflagern der Souverains der vereinten Staaten accre-

ditirten Bothschafter, Gesandten und Geschäftsträger 1828 soll es genau ebenso gehalten werden, wie es damit in den Staaten, denen sie angehören, gegen die Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger der vereinigten Staaten gehalten wird.

§. 93. Frei von der Abgabe des Weggelds (§. 20) ist der Anspann, der nach §. 94 Nr. 1 und 2 und der nach §. 92 zollfreien Personen, wie auch der Gesandten am deutschen Bundestage.

§. 94. Die Begünstigungen der an inländische Fabrikanten und Manufakturisten eingehenden rohen Stoffe und Halbfabrikate, welche in dem veredelten Produkte zur Wiederausfuhr kommen, so wie der aus dem Inlande zu gleichen Zwecken in das Ausland gehenden, und von da zurückkommenden Fabrikate, nicht minder jener rohen Stoffe und Halbfabrikate, die zur Zeit noch nicht im Inlande in erforderlicher Quantität und Qualität erzeugt werden, zur Konkurrenz mit den ausländischen Fabrikanten und Manufakturisten, sollen in jedem der vereinigten Staaten von besonderen Bewilligungen der Regierungen abhängen. Diese Begünstigungen sollen immer nur auf bestimmte Zeit Statt finden, und im Falle des Mißbrauchs oder einer vom Begünstigten verübten Zolldefraudation, ohne weiteres eingezogen werden.

Der Entgang, welcher für die Vereinskasse sich durch solche Begünstigungen ergibt, wird nach den Bestimmungen des Art. XXIV. des Grund-Vertrags behandelt.

§. 95. In Hinsicht der Begünstigungen für den Königlich Bairischen Rheinkreis bleibt es vor der Hand bei den in den betreffenden Staaten des Vereins bereits bestehenden Anordnungen.

VIII. Von Verletzung der Zollordnung und deren Bestrafung.

§. 96. Die nachstehenden Verletzungen der Zoll-Ordnung werden mit folgenden Geldstrafen belegt:

1. Wer bloße Formalitäten der Zoll-Ordnung verletzt, oder vernachlässiget, jedoch dadurch das Zollgefäll — worunter hier und in den nachfolgenden Bestimmungen alle in gegenwärtiger Zoll-Ordnung vorgeschriebenen Abgagen verstanden werden, —

724 *Réglement de douanes concerté entre*

1828 weder gar nicht, oder unter dem Betrage von 5 Fl. verkürzt, unterliegt einer Geldstrafe von 1 — 25 Fl.

2. Bei einer Verkürzung des Zollgefälls von 5 Fl. und darüber, wird im ersten Falle der zehnfache Betrag der gefährdeten Gebühr als Strafe bestimmt, im zweiten Falle der fünfzehnfache Betrag der gefährdeten Gebühr und die Confiscation, im dritten Falle der zwanzigfache Betrag der gefährdeten Gebühr und die Confiscation.

Wer eine Verkürzung des Zollgefälls sich noch öfter zu Schulden kommen läßt, soll nicht nur der Strafe des dritten Falls, sondern auch der Einziehung oder Niederlegung des Gewerbes, wobei er defraudirt hat, unterliegen.

3. Wer die zollbaren Gegenstände im Gewichte, Maasse oder Werthe (so weit dieser als Belegungs-Maassstab angenommen ist) in der Art zu gering deklariert, daß die Differenz den zehnten Theil des deklarierten Ganzen übersteigt, hierbei aber einzelne Colli oder Stücke nicht verschwiegen hat, wird um den vierfachen Betrag der verkürzten Gebühr bestraft. — Im zweiten Falle tritt die Strafe des achtfachen, und im dritten und allen folgenden Fällen die Strafe des zwölffachen Betrages der verkürzten Gebühr und Confiscation ein.

4. Wer einen Passir- oder Controlschein für Waaren, welche von einem inländischen Orte verführt werden, nicht vorschriftmäsig ablegt, hat den vierfachen Betrag des Ausgangszolles als Strafe zu erlegen. Sind die verführten Waaren frei vom Ausgangszolle, so findet im obigen Falle eine Geldstrafe von 1 — 25 Fl. Statt.

5. Wer gegen das Verbot des §. 8 ausländisches Salz oder Stoffe, woraus Salz gezogen werden kann, einbringt, niederlegt, auf irgend eine Weise an sich bringt, verkauft, oder ohne besondere Erlaubniß durchführt, unterliegt einer Strafe von 5 Fl. vom Centner, im Wiederholungsfalle von 10 Fl. vom Centner.

6. Den bei vorstehender Ziffer 5. festgesetzten Strafen unterliegt auch derjenige, der gegen das in Gemäßheit des §. 6. bestehende Verbot, Salz oder Stoffe, woraus Salz gezogen werden kann, in ein Vereinsland ausführt, oder ausländische Artikel ein- oder durch-

führt, deren Einfuhr oder Durchfuhr in Gemäßheit 1828 der §§. 9 und 10, verboten ist.

In Württemberg kommen gegen die Einschwärtzung des Salzes die daselbst geltenden Gesetzstrafen in Anwendung (vergl. Gesetz vom 7. Mai 1811, Reg.-Blatt S. 217).

7. Wer Zollpässe und Zollgegenscheine über durchgehende oder nicht vollständig verzollte Gegenstände im verpackten Zustande nicht vorschriftmälsig ablegt, oder diese Bescheinigung ohne Beibringung der Waaren ablegen will, unterliegt der Strafe des fünffachen Betrags des höchsten Eingangs-Zolles. Wären aber die Waaren unverpackt, oder nach ihrem Inhalte nach vorausgegangener zollamtlicher Behandlung bekannt, so wird der fünffache Betrag des tarifmälsigen Eingangs-Zolles als Strafe erhoben.

§. 97. Als Verbrechen oder Vergehen können im Königreiche Bayern die im gegenwärtigen Gesetze vorgesehenen Straffälle nur dann behandelt werden, wenn mit denselben solche Handlungen oder Unterlassungen verbunden sind, für welche die allgemeinen Strafgesetze eine Vergehens- oder Verbrechenstrafe bestimmt.

Als Verbrechen, die mit einer Strafe von zwei bis acht Jahren Arbeitshausstrafe belegt werden, sind noch anzusehen, wenn Schwärzungen in Rotten (Banden) oder mit gewaffneter Hand geschehen, oder wenn die Zoll-Verkürzung in Verbindung mit einer Assekuranz-Gesellschaft unternommen wird.

Wenn im Königreiche Württemberg und den Hohenzollern'schen Fürstenthümern mit den in der gegenwärtigen Vereins-Zoll-Ordnung vorgesehenen Straffällen solche Handlungen oder Unterlassungen verbunden sind, durch welche nach den allgemeinen Strafgesetzen eine besondere Strafe verwirkt wird, so bleibt die besondere Bestrafung derselben nach den Gesetzen des Landes vorbehalten.

Dahin gehören insbesondere auch: Schwärzungen, die in Rotten (Banden) oder mit gewaffneter Hand geschehen, oder wenn die Zoll-Verkürzung in Verbindung mit einer Assekuranz-Gesellschaft unternommen wird.

§. 98. Bei den in Ziffer 2—6 des §. 96. angegebenen Verletzungen der Zoll-Ordnung findet neben

1828 den gesetzlichen Strafen und deren Folgen auch die Confiskation in folgenden besonderen Fällen Statt:

1. wenn Gegenstände ein - aus - oder durchgeführt werden, deren Eingang, Durchgang oder Ausgang verboten ist;

2. wenn die Zollstätte, sei es im Ein - Aus - oder Durchgange ohne Anmeldung zur amtlichen Behandlung übergangen, oder wenn eine zollbare Waare auf verbotenen Wegen ein - oder ausgebracht, oder wenn die noch nicht verzollte Waare heimlich abgestofsen, ausgewechselt oder vermindert wird;

3. wenn die zollbaren Gegenstände verschwiegen, oder die Waaren falsch, und in einer Qualität, die einem geringeren Zollsätze unterliegt, declarirt werden;

4. wenn die an eingehende oder durchgehende Güter amtlich angelegte Versicherung verletzt wird, — und über den Zufall sich nicht genügend ausgewiesen werden kann;

5. wenn bewilligte Begünstigungen mißbraucht, oder Begünstigungsscheine nicht vorschriftsmäßig abgelegt werden.

§. 99. Die Confiskation erstreckt sich:

a. auf diejenigen Frachtwaaren, in Hinsicht deren der Zoll verkürzt werden sollte, auf Schiff und Geschirr (Wagen und Pferde), wenn der Zollpflichtige und der Frachtführer zugleich schuldig befunden wurden, oder wenn der Fuhrmann zugleich Eigenthümer der Fracht, oder der Zollpflichtige Eigenthümer des Schiffes, des Wagens, der Pferde und der Geschirre ist;

b. auf jene Frachtwaaren allein, wenn der Zollpflichtige der Bestrafte ist;

c. blos auf das Schiff, den Wagen, die Pferde und das Geschirr, wenn der Frachtführer der Bestrafte ist. — Als Eigenthümer der Fracht wird der Fuhrmann immer angesehen, wenn er mit keinem Frachtbriefe versehen ist.

Sind die Gegenstände nicht mehr vorhanden, so muß in Ermanglung anderer Beweismittel der durch eidliche Schätzung ausgemittelte Werth bezahlt, oder wenn die Werthschätzung unmöglich ist, statt der Confiskation auf 50 bis 2000 Fl. nach Erwägung aller Umstände erkannt werden.

§. 100. Die genannten Gegenstände werden auf eine glaubwürdige Anzeige sogleich in Beschlag ge-

nommen, und wenn die Anschuldigung von der Art 1828 ist, daß darauf eine Untersuchung vorgekehrt werden kann, bei der competenten Untersuchungs-Behörde oder auf Anordnung derselben so lange verwahrt, bis das Erkenntniß in Rechtskraft übergegangen ist, in so ferne der Angeschuldigte nicht durch baare Erlage des ganzen Werthes oder durch Bürgen Sicherheit leistet. Vieh und dem Verderben ausgesetzte Gegenstände werden, wenn die Sicherheit binnen acht Tagen nicht aufrecht gemacht wird, nach eingetretener Untersuchung von Gerichtswegen öffentlich versteigert, und der Erlös wird nach gerichtlicher Anweisung deponirt.

§. 101. Bei einer zufälligen Verletzung der Schnüre und Siegel kann sich der Frachtführer nur dadurch von der Strafe befreien, wenn er in Bayern bei dem nächsten Gerichte oder Zollamte, in Württemberg bei dem nächsten Oberamte oder Zollamte auf seinem vorgezeichneten Wege den Zufall anzeigt, und glaubwürdig nachweist.

§. 102. Der Beweis der Erfüllung derjenigen Verbindlichkeiten, worüber nach der gegenwärtigen Zoll-Ordnung amtliche Urkunden ausgestellt, und den Zollpflichtigen zur Aufbewahrung übergeben werden müssen, kann nur mit diesen Urkunden geführt werden.

Wer eine solche Urkunde durch Unglück oder Zufall verliert, kann von dem Zollamte, welches sie ausgestellt hat, jederzeit ein Attest verlangen, worin ihm die Erfüllung seiner zollgesetzlichen Verbindlichkeiten auf den Grund der Zollbücher bezeugt, und welches jederzeit als Beweis der erfüllten Obliegenheit angesehen wird.

Für dieses Attest ist die einfache Taxe oder Spornelgebühr zu entrichten (wo eine solche besteht). Derjenige, dem die Ausstellung einer in der gegenwärtigen Zoll-Ordnung vorgeschriebenen amtlichen Urkunde verweigert wird, kann innerhalb drei Monaten selbst, oder durch einen Dritten, bei der betreffenden Oberzoll-Administration darüber Beschwerde führen. — Unterläßt er dies, so muß er, wenn er in Untersuchung kommt, und sich mit den amtlichen Urkunden nicht ausweisen kann, rechtsförmig darthun, daß ihm, ungeachtet er seine zollgesetzliche Verbindlich-

1828 keit erfüllt hat, die Ausfertigung dieser Urkunden verweigert worden ist.

Im Falle der unrechtmäßigen Verweigerung, oder der verzögerten Ausstellung (§. 66) derselben, haben die Beamten für allen daraus entstehenden Schaden zu haften, ohne das hiedurch das Straf-Verfahren im Disciplinar-Wege ausgeschlossen wird. — Der Beweis der Erfüllung der zollgesetzlichen Verbindlichkeiten, worüber keine amtlichen Urkunden auszustellen sind, kann auf erhobene Beschwerde wegen Verletzung der Zoll-Ordnung auch durch exceptionsfreie Zeugen geführt werden.

§. 103. Das Familienhaupt haftet rücksichtlich der Geldbusse und des Ersatzes für die Gefährden und Uebertretungen, welche für dasselbe in seinem Geschäfte durch die unter seiner väterlichen Gewalt stehenden Familienglieder begangen werden, so wie der Dienstheir für die Gefährden und Uebertretungen seiner Diener, rücksichtlich der Geldbusse und des Ersatzes, aufer, wenn sie erweislich ohne sein Wissen und Willen verübt worden sind.

§. 104. Vermögenslose Defraudanten werden nach den Bestimmungen der allgemeinen Strafgesetze im Verhältnisse der Geldstrafe mit einer Freiheitsstrafe belegt.

§. 105. Für alle Geldstrafen haften, wenn nicht hinlängliche baare Sicherheit geleistet wird, Schiff und Geschirr (Wagen, Pferde u. s. w.), wenn der Frachtführer, — so wie die Waare — wenn der Zollpflichtige — beides aber, wenn der Frachtführer und der Zollpflichtige zugleich schuldig sind, und wenn nicht inner vierzehn Tagen die erkannte Strafe erlegt wird, erfolgt der öffentliche Verkauf der genannten Gegenstände. Der Mehrerlös wird an den Eigenthümer zurückbezahlt.

§. 106. Von verlassenen Handelsgütern wird, wenn nicht das Gegentheil offenbar ist, angenommen, das Zollgefäll in Beziehung auf selbe verkürzt worden sey, und sie unterliegen der Confiskation.

Die Thatsache ist jedoch öffentlich bekannt zu machen, und erst nach dem Ablaufe von sechs Monaten, vom Datum der Bekanntmachung, kann die Einziehung erkannt werden, wenn sich der Eigenthümer nicht meldet und rechtfertiget.

Ausgenommen hievon ist das verlassene ausländische Salz und andere Gegenstände, deren Einfuhr und Durchfuhr verboten ist. — Die Confiskation derselben ist ohne weiteres sogleich zu erkennen. 1828

§. 107. Die Untersuchung wegen Unterlassung der vorschriftmäßigen und rechtzeitigen Ablegung zollamtlicher Papiere muß inner Jahresfrist, vom Tage der Ausstellung dieser Papiere gerechnet, begonnen werden; außerdem tritt die Verjährung ein. Diese wird durch eine inner des Zeitraums eines Jahres begangene neue Uebertretung unterbrochen; die erst nach erfolgter Revisions-Erinnerung geschehene Ablegung wird als nicht geschehen angesehen.

§. 108. Den Schadens-Ersatz oder die Zollgebühr hat der Verurtheilte neben der Strafe besonders zu leisten, ebenso die Kosten der Untersuchungs-Verhandlungen besonders zu vergüten.

§. 109. In allen Untersuchungsfällen, in welchen durch das vorliegende Gesetz nicht etwas Eigenthümliches verordnet wird, sollen die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen der betreffenden Staaten Anwendung finden.

§. 110. Die Judicatur über Verletzung der Zoll-Ordnung steht:

a. im Königreich Bayern in erster Instanz den unmittelbaren K. Gerichten, in deren Gerichtsprengel die Verletzung entdeckt wird, zu.

In den standesherrlichen Gebieten soll es jedoch in Hinsicht der Judicatur wie bisher gehalten werden.

Die Eintheilung der nicht standesherrlichen Herrschafts- und Patrimonial-Gerichts-Bezirke in die dilsfallsigen Sprengel der kompetenten Gerichte wird durch besondere allerhöchste Verordnung der Königlich bayerischen Staats-Regierung festgesetzt werden.

b. Im Königreich Württemberg — den Könighchen Oberämtern und der Ober-Zoll-Administration mit einem bestimmten Strafmaasse, in höheren Fällen den Gerichten.

c. In dem Fürstlich Hohenzollern'schen Gebiete — den in dem Zoll- und Handels-Vertrage zwischen der Krone Württemberg und den Fürstlich Hohenzollern'schen Häusern vom 19. Mai 1824 zur Judicatur über Verletzungen der Zoll-Ordnung für zuständig erklärten fürstlichen Landes- Behörden.

1828 §. 111. Das Verfahren bei Untersuchung der Straffälle ist summarisch, und wird von Amtswegen im Untersuchungswege geführt.

In den §. 97 erwähnten Straffällen richtet sich das Verfahren nach den in den betreffenden Staaten geltenden Bestimmungen des allgemeinen Strafrechtes.

§. 112. Im Königreiche Bayern sind von den zur Judicatur competenten Behörden und Stellen die Akten vor Erlassung des Spruches zur Erinnerung und nach gefälltem Spruche zur Bemessung des allenfalls einzuführenden Rechtsmittels dem einschlägigen Fiskale, oder den an ihre Stelle tretenden Beamten zur Einsicht vorzulegen.

§. 113. In allen Fällen, in welchen nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Berufung zulässig ist, kann in Bayern dieses Rechtsmittel bei dem Königlichen Appellations-Gerichte des einschlägigen Kreises in Anwendung gebracht werden.

Die Berufung an das Königliche Ober-Appellations-Gericht kann daselbst in Fällen, wo die Strafsumme 400 Fl. und darüber beträgt, oder der Verlust der Gewerbs-Concession ausgesprochen ist, auch dann Statt finden, wenn die Erkenntnisse der ersten und zweiten Instanz gleichlautend ausgefallen sind.

In Württemberg findet nach den daselbst bestehenden Gesetzen Eine Berufung Statt: von den Königlichen Oberämtern an die Königliche Ober-Zoll-Administration; von der Königlichen Ober-Zoll-Administration an den Königlichen Geheimenrath; von einem Gerichte an das vorgesetzte höhere Gericht.

In den Hohenzollern'schen Fürstenthümern geht die Berufung an die einschlägigen höheren Landesbehörden.

§. 114. Von allen Geldstrafen und dem Werthe des eingezogenen Guts fällt die Hälfte dem Aufbringer, und die andere Hälfte dem Unterstützungs-Fonds der Zoll-Verwaltung zu.

§. 115. Der Straf-Antheil, welcher dem Aufbringer nach rechtskräftigem Erkenntnisse zukommt, soll ihm ungeschmälert verbleiben, in soferne er nicht zu Gunsten des Schuldigen oder des Unterstützungs-Fonds freiwillig darauf verzichtet.

Zollbedienstete, welche sich bestechen lassen, zu Defraudationen mitwirken, die Zollpflichtigen zu Ge-

fährden zu verleiten suchen, oder die abzulegenden 1828
Polleten ohne Vorweisung der Waaren annehmen,
sollen nach den allgemeinen Strafgesetzen bestraft
werden.

Bei jeder Zoll-Behörde ist ein Buch anzulegen,
in welchem jeder Zollpflichtige seine Bemerkungen
über die ihm gewordene Behandlung bei dieser Be-
hörde unter Namens - Unterschrift niederlegen kann.

IX. Schlufs - Bestimmung.

§. 116. Die gegenwärtige Zoll-Ordnung tritt mit
dem 1. October laufenden Jahrs in Wirkung, jedoch
sollen die vor diesem Tage begangenen Defraudatio-
nen noch nach den bisherigen gesetzlichen Bestim-
mungen untersucht und abgeurtheilt werden.

Stuttgart den 26. September 1828.

Zur Beglaubigung:

Der Kanzlei-Direktor des K. Finanz-Ministerium:

SCHMIDLIN.

(Est joint à ce réglemeut le tarif des droits d'entrée et de
sortie).

141.

*Traité concernant le commerce entre
la Saxe royale, la Saxe grand-du-
cale et, les duchés d'Altenbourg,
de Cobourg-Gotha, et de Saxe-Mei-
ningen et les principautés de Reuss
et de Schwarzbourg - Rudolstadt ;
signé le 29 Septembre 1828.*

(Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen 1828.
Nr. 2. pag. 17).

Se. Majestät, der König von Sachsen, Se. Königl.
Hoheit, der Großherzog von Sachsen-Weimar-Ei-

1828 senach, Ihre Durchlauchten, die Herzoge von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, Se. Durchlaucht, der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, und Ihre Durchlauchten, die Fürsten Reufs zu Schleitz, zu Lobenstein und Ebersdorf und zu Greitz, wollen, in Folge des zwischen Allerhöchst- und Höchstihren und mehrern andern Deutschen Staaten, zu Bildung eines allgemeinen Handelsvereins, unterm 24sten dieses Monats geschlossenen Vertrags und im Betracht, daß Separatverträge zwischen Nachbarstaaten die Zwecke dieses Vereins wesentlich fördern, einen besondern Vertrag über verschiedene, dem nachbarlichen Handel und Verkehr wechselseitig zu gewährende Erleichterungen abschließen, und haben in dieser Absicht Bevollmächtigte ernannt, nämlich: Se. Majestät der König von Sachsen, Höchstihren wirklichen geheimen Rath, Hans Georg von Carlowitz, auf Oberschöna, Domherrn des Hochstifts Merseburg, Comthur des Königl. Sächs. Civil-Verdienst-, Großkreuz des Kaiserl. Oesterreichischen Leopold-, Ritter des Kaiserl. Russischen St. Annen- und des Königl. Preussischen Johanniter-Ordens;

Se. Königl. Hoheit, der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Höchstihren wirklichen geheimen Rath, Dr. Christian Wilhelm Schweitzer, Großkreuz des Großherzogl. Sächs. Hausordens vom weissen Falken, Comthur des Königl. Sächs. Civil-Verdienst- und Ritter des Kaiserl. Russischen St. Wladimir-Ordens 4ter Klasse, und

Höchstihren wirklichen geheimen Legationsrath und geheimen Referendar, Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Großherzogl. Sächs. Hausordens vom weissen Falken;

Se. Herzogl. Durchlaucht von Sachsen-Meiningen, Höchstihren wirklichen geheimen Rath, Dietrich Freiherrn von Stein;

Se. Herzogl. Durchlaucht von Sachsen-Coburg-Gotha; Höchstihren wirklichen geheimen Rath und Kammerpräsidenten, Christoph Anton Ferdinand von Carlowitz, Comthur des Königl. Sächs. Civil-Verdienst-Ordens, und

Höchstihren Kammerrath, Wilhelm Ernst Braun;

Se. Herzogl. Durchlaucht von Sachsen - Altenburg, 1828
Höchstihren wirklichen geheimen Rath und Minister,
auch Kammerpräsidenten, Carl Johann Heinrich Ed-
len von Braun, Comthur des Königl. Sächs. Civil-
Verdienst- und des Großherzogl. Sächs. weissen Fal-
ken-Ordens, Ritter des Königl. Württemberg. Civil-
Verdienst-Ordens;

Se. Hochfürstl. Durchlaucht von Schwarzburg-
Rudolstadt, Höchstihren Kammerpräsidenten, Chris-
tian Wilhelm Schwarz, Ritter des Königl. Preufs.
rothen Adler-Ordens, und

Ihre Hochfürstl. Durchlauchten von Reufs-Schleitz,
Reufs-Lobenstein und Ebersdorf, und Reufs-Greiz,
Höchstihren Kanzler, Regierungs- und Consistorial-
Präsidenten, Gustav Adolph von Strauch, Ritter des
Königl. Sächs. Civil-Verdienst-Ordens, welche, mit
Bezug auf ihre in den Conferenzen für den allgemei-
nen Handelsverein bereits ausgewechselten Vollmäch-
ten, und unter dem Vorbehalte Allerhöchster und
Höchster Ratificationen, folgende Bestimmungen unter
einander festgesetzt haben:

ART I. Die genannten Allerdurchlauchtigsten und
Durchlauchtigsten Fürsten schliessen, in der Voraus-
setzung, das der über die Bildung eines allgemeinen
Handelsvereins unterm 24sten dieses Monats geschlos-
sene Vertrag allseitig ratificirt werde, den gegenwär-
tigen besondern Vertrag unter einander ab, bei wel-
chem der Lauf ihrer Landesgrenzen und die hierdurch
bedingten Verhältnisse, die Lage ihrer Staaten und
die Richtung des Verkehrs ihrer Unterthanen beson-
ders berücksichtigt worden ist.

ART. II. Dieselben machen sich wechselseitig ver-
bindlich, den Grundsatz festzuhalten, das die Unter-
thanen ihrer sämtlichen Lande in merkantiler Be-
ziehung den Inländern, so wie die Produkte und Fa-
brikate dieser Lande, rücksichtlich der Ein- und Aus-
fuhr, ingleichen des Ein- und Verkaufs, den inlän-
dischen gleich behandelt und nur den auch die letz-
tern treffenden Abgaben unterworfen werden sollen.

ART. III. Zufolge dieses Grundsatzes darf vom
1sten Januar 1829 an, und so lange gegenwärtiger
Vertrag besteht, in keinem der gedachten Staaten
eine Abgabe vom Handel und Verkehr angeordnet

1828 oder ferner erhoben werden, welche die Unterthanen, oder die Erzeugnisse der andern theilnehmenden Staaten, oder eines derselben trifft, ohne zugleich auch den Inländer und die inländischen Erzeugnisse derselben Art in gleicher Mafse zu treffen, und es soll zwischen ihnen eine Eingangs-, Ausgangs- oder Durchgangs-Abgabe auf ihre gegenseitigen Erzeugnisse nicht Statt finden. Dem gemäß verspricht namentlich

ART. IV. A. das Königreich Sachsen,

1. dafs die Produkte und Fabrikate der übrigen contrahirenden Staaten von der Grenz-, Eingangs- und Durchgangs-Accise befreiet sein sollen,

2. dafs von diesen Produkten und Fabrikaten die Generalaccise (Landes - Consumtions - Abgabe) nur nach den für inländische Waaren bestehenden Sätzen erhoben werden soll,

3. dafs die Händler aus obigen Staaten, welche Märkte im Königreiche Sachsen besuchen, wegen Veraccisirung ihrer Marktwaaren, wie inländische Landkrämer, nach §. 33 der General - Accis - Ordnung vom 12ten Juni 1824 behandelt,

4. dafs die Ausgangsabgaben von Wolle und Flachs, als die einzigen im Königreiche bestehenden Abgaben dieser Art, bei der Ausfuhr dieser Artikel in die jenseitigen Lande nicht weiter erhoben werden sollen, und

5. dafs das Porzellan aus diesen Landen, bei der Einfuhr in das Königreich, nur nach den Tarifsätzen für inländisches Steingut veracciset werden soll.

ART. V. B. Sachsen - Weimar - Eisenach, dafs

1. der Transitozoll im Neustädtischen Kreise,

2. der Salzlicent in Groscheeringen und Wetzdorf, auf der Strafe von Neusalza in das Altenburgische, vorbehältlich der einzuhaltenden Salzstrafe und der Regiemafsregeln, so weit solche mit Rücksicht auf noch bestehende Verträge rechtlich zulässig sind;

3. der Impost (Landes - Consumtions - Abgabe), so weit solche vom ausländischen Gute nach höhern Sätzen erhoben wird, als vom inländischen gleicher Art, und

4. die im Großherzogthume durch das Gesetz vom 22sten September 1826 eingeführte Abgabe von fremden Handels- und Gewerbs-Leuten, von Untertha-

nen und Erzeugnissen der übrigen contrahirenden 1828 Staaten nicht weiter erhoben werden sollen.

ART. VI. C. Sachsen-Meiningen gewährt, hinsichtlich seiner vormals Altenburgschen Landestheile (der nunmehrigen Grafschaft Camburg), die im Artikel VIII. angegebenen Sachsen-Altenburgischen Zugestehungen, insoweit sie Anwendung finden und unter denselben Beschränkungen.

ART. VII. D. Sachsen-Coburg-Gotha verspricht namentlich die Abgabe von fremden Handelsreisenden, wenn sie Angehörige der übrigen contrahirenden Staaten sind, nicht weiter zu erheben.

ART. VIII. E. Sachsen-Altenburg sichert den Unterthanen der gedachten Staaten bei der Ein-, Aus- und Durchführe der Produkte und Fabrikate eines dieser Staaten, rücksichtlich der Gleitsentrichtung in Ansehung derjenigen Begünstigungen, denen nach der Altenburgschen Gleitsordnung vom Jahre 1818, und nach dem Nachtrage vom Jahre 1826, so wie nach der Observanz, inländische Producenten und Handwerker bei dem Vertriebe ihrer Produkte und Fabrikate über die Grenze ihres Amts- oder Gleits-Bezirks im Allgemeinen geniefsen, in Fällen gleicher Art völlige Gleichstellung mit den Inländern zu, und hebt den Unterschied im Gleitssatze, welcher, nach einigen Bestimmungen der genannten Gesetze, zwischen inländischer und ausländischer Waare, ausdrücklich festgesetzt oder herkömmlich ist, dergestalt auf, dafs von den Produkten und Fabrikaten aus den contrahirenden Staaten der nämliche geringere Gleitssatz, der auch die gleiche inländische Waare bei Ueberfahung der Amtsgrenzen, trifft, erhoben werden soll.

ART. IX. F. Schwarzburg-Rudolstadt hebt, den contrahirenden Staaten gegenüber, die bestehende Abgabe von den Handelsreisenden auf.

ART. X. G. Reufs-Schleitz wird die Unterthanen der gedachten Staaten, namentlich auch rücksichtlich des Gleits von dem erkaufte Rindvieh, den Inländern gleich stellen, so dafs sowohl Käufer, als Verkäufer von je — 20 Groschen Kaufwerth, statt der bei Ausländern bisher üblich gewesenen 4 Pfennige, nur 2 Pfennige zu entrichten haben sollen; auch

1828 läßt es die unter der Benennung Centnergeld bestehende Durchgangsabgabe, zu Gunsten der contrahirenden Staaten, fallen.

ART. XI. H. Reufs-Lobenstein und Ebersdorf hebt die Ausgangsabgabe von Kämmwolle und feinem Garn, zu — 8 Groschen — vom Centner und — — 1 Pfennig vom Pfund, vorbehältlich der Wagegebühren, auf.

ART. XII. Die in vorstehenden Artikeln IV-XI. namhaft gemachten Folgen der in den Artikeln II und III. festgesetzten Principien sind blos als Beispiele zu betrachten, welche die nicht namentlich genannten, aber nothwendigen sonstigen Folgen und überhaupt die weitere consequente Durchführung der Grundsätze dieses Vertrags keinesweges ausschließen sollen.

ART. XIII. Hinsichtlich aller der, Gemeinden, Corporationen, oder Privaten zuständigen Erhebungen an Wege-, Brücken- und Pflaster-Gelde, Anlagen zur Tilgung der Communschulden und dergleichen schon jetzt bestehenden örtlichen Abgaben, behält es überall sein Bewenden. Die vereinten Regierungen sagen sich jedoch zu, dahin wirken zu wollen, daß die hier und da etwa noch bestehenden Beeinträchtigungen des nachbarlichen Marktverkehrs durch Abgaben an Innungen, welche den Ausländer härter treffen, als den Inländer, dem Hauptprincipe dieses Vertrags gemäß, möglichst abgestellt werden.

ART. XIV. Ausgenommen von den Bestimmungen der Artikel II und III. sind ferner:

a. die Abgaben von Branntwein, Bier, Wein, Most und Essig;

b. das Gleite, insofern es vom Inländer und von der inländischen Waare in gleicher Masse erhoben wird, auch versteht es sich von selbst, daß die, rücksichtlich gewisser Stände, oder gewisser Bauten hergebrachten Gleitsbefreiungen eben so wenig, als die hier und da den Inländern wegen des Hausbedarfs, oder in Beziehung auf den Verkehr innerhalb einer Amtsgrenze, oder eines Gleitsbezirks, eingeräumte Gleitsbefreiung auf die Unterthanen der übrigen Lande irgend eine Anwendung finden können;

c. die Wasserzölle, insofern sie vom Inländer und von der inländischen Waare in gleicher Maasse erhoben werden; 1828

d. die im Artikel XIII des Hauptvertrags vom 24sten dieses Monats vorbehaltenen Beschränkungen;

e. die Bestimmung der Königl. Sächsischen General-Accis-Ordnung, wonach Ausländer, welche im Inlande einkaufen, oder erlaubter Weise verkaufen, die vom Handel auf dem platten Lande und laut Tarifs bei einigen Artikeln auch in den Städten erhoben werdende, den inländischen Händler in gleicher Maasse treffende Handelsaccise ohne Unterschied zu entrichten haben, die Waare mag zum eigenen Bedarf, oder zum Handel bestimmt seyn, im Lande bleiben, oder aus selbigem geschafft werden;

f. die Beschränkung des Handels auf den Dörfern, namentlich das im Königreiche Sachsen bestehende Verbot der Niederlage von Waaren auf dem Lande.

ART. XV. Die Produkte und Fabrikate, welche aus einem der contrahirenden Staaten in den andern zur Consumption, oder zum Verkauf eingeführt werden, müssen, wenn auf die vertragsmäßige Befreiung Anspruch gemacht werden will, durch bei der Waare befindliche Ursprungscertificate beglaubigt seyn. Diese Certificate sind von dem Producenten, Fabrikanten, oder Fabrikverleger auf Ehre und Gewissen auszustellen und entweder von den Zollämtern, wo deren bestehen, oder von den Ortsobrigkeiten, auf ihre Pflicht, stempel- und kostenfrei zu attestiren.

Acciszettel, in welchen der inländische Ursprung der Waare bemerkt ist, vertreten die Stelle der Certificate.

Alle Gegenstände, welche aus einem Vereinslande unmittelbar in das andere eingebracht werden und der Gattung nach zu den Erzeugnissen des Landes, woher sie kommen, gehören, bedürfen der Certificate nicht, wenn sie nur in solchen Quantitäten eingebracht werden, daß die zu entrichtende Grenzaccise von allen zusammen nicht über — 2 Gr. — betragen würde.

ART. XVI. Jedes Ursprungscertificate ist, sofern es nicht von Neuem legalisirt worden, nach drei Mo-

1828 naten von seiner Ausstellung an, ungültig, eben so in dem Falle, wenn der Eigenthümer der Waaren, zu welchen dasselbe gehört, mit jenen zuvor Messen und Märkte eines an diesem Vertrage nicht theilnehmenden Landes besucht, oder wenn überhaupt eine Lagerung der Waaren in einem solchen Lande Statt gefunden hat. Hat derselbe dagegen mit seinen Waaren nur Märkte eines in diesem Vertrage begriffenen Landes besucht, so sollen die Ursprungscertificate für das weitere Einbringen in die andern Lande gültig bleiben, insofern sie nur von den Behörden der früher besuchten Marktplätze attestirt sind.

ART. XVII. Diejenigen Fabrikate des Königreichs Sachsen, welche durch einen darauf angebrachten Stempel, oder sonst auf eine, nach dem Ermessen der Regiebeamten, genügende Weise, als inländische Fabrikate nachgewiesen sind, und aus den contrahirenden Staaten wieder nach dem Königreiche Sachsen zurückgebracht werden, sollen fortwährend als inländisch behandelt und daher nicht nur grenzaccisfrei gelassen, sondern auch bei dem Verkaufe nur mit den inländischen General-Consumtions-Accis-Sätzen belegt werden.

ART. XVIII. Die Regierungen verpflichten sich gegenseitig, wenn ihre Unterthanen sich eines Mißbrauchs, oder gar einer Verfälschung der Certificate schuldig machen, diese Vergehen, so bald sie zu ihrer Wissenschaft gelangen, auch ohne vorherige Requisition, zu untersuchen und nach den Gesetzen ihres Landes zu bestrafen.

ART. XIX. Die Dauer dieses besondern Vertrags wird vorerst, gleich dem über den allgemeinen Handelsverein am 24sten dieses Monats geschlossenen Vertrage, bis zum 31sten December 1834 festgesetzt.

ART. XX. Der gegenwärtige Vertrag soll sofort nach dem Eingange aller Genehmigungsurkunden zu dem im vorstehenden Artikel genannten allgemeinen Vertrag ratificirt und die Ratificationen sollen baldmöglichst ausgewechselt werden.

Urkundlich ist dieser Vertrag von sämmtlichen 1828
Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen Cassel, am Neun und Zwanzigsten
September Eintausend Achthundert Acht und Zwanzig.

HANS GEORG VON CAR- CARL FRIEDRICH ANTON
LOWITZ. VON CONTA, für mich
und für den Herrn wirk-
lichen geheimen Rath, D.
SCHWEITZER.

DIETRICH *Freiherr* VON WILHELM ERNST BRAUN,
STEIN. für mich und den Herrn
wirklichen geheimen Rath
Freiherrn v. CARLOWITZ.

CARL JOHANN HEINRICH CHR. WILH. SCHWARTZ.
ERNST EDLER v. BRAUN.

GUSTAV ADOLPH VON
STRAUCH.

*Verzeichniß der Modificationen des Altenbur-
gischen Gleites, nach Art. VIII. des besondern
Vertrags.*

I. Gleichwie nach der Gleitsordnung vom Jahre
1818, S. 8 sub 17,

„inländische Handwerker, die ihre Waaren mit
eigenen, oder gedungenen Pferden, auf auswärtige
Messen und Jahrmärkte fahren lassen, von den auf-
geladenen Waaren nur das halbe Gleite zu entrich-
ten haben,“

so sollen künftig auch Handwerker aus den Königl.
Sächsischen Staaten, aus dem Großherzogthume Wei-
mar-Eisenach, aus den Herzoglich Sachsen-Coburg-
Gothaischen und Sachsen-Meiningischen, ingleichen
aus den Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen und
Fürstlich Reufsischen Landen, wenn dieselben auf der
Fahrt nach einer außerhalb des Herzogthums Alten-
burg Statt findenden Messe, oder einem Jahrmärkte
der Art, eine Altenburgische Gleitsstelle berühren,
für ihre Waaren nur mit der Hälfte des sonstigen
Satzes an Waarengleite, oder, wofern sie auf ihren
Geschirren Waaren aus den Vereinslanden haben, die

1828 als Centnergut zu vergleiten sind, nur mit der Hälfte des sonstigen Gleitssatzes für Pferde und Wagen belegt werden, nicht aber beim Besuche der Altenburgischen Jahrmärkte, bei denen auch der Inländer keine Erleichterung genießt.

II. Hirten und Schäfer, wenn sie, von einem Vereinslande in das andere, durch Altenburgisches Gebiet ziehen, sind, in analoger Anwendung der Bestimmung S. 7. s. 13. der Gleitsordnung, wegen ihres Hansraths gleitsfrei.

III. Bauern aus den genannten Staaten, die ihre eigenen Erzeugnisse verführen, sollen bei den Altenburgischen Gleitsstellen den inländischen Bauern, welche in diesem Falle nach S. 9. der Gleitsordnung s. 20, nur das halbe Gleite bei Ueberfahung der Amtsgrenze entrichten, gleich gesetzt werden.

IV. Von Ochsen aus den benannten Landen wird beim Durch- und Ausgange, wie von inländischen, nach S. 21. der Gleitsordnung, der geringere Gleitssatz von — 1 Groschen 6 Pfennige, anstatt — 2 Groschen — entrichtet;

V. Desgleichen von einer Kuh- oder Ochsenhaut, insoweit überhaupt stückweise Vergleitung des Leders Statt hat, nach S. 22. *ibid.* nur 6 Pfennige, anstatt 9 Pfennige.

VI. Butter zahlt beim Eingange aus den genannten Staaten kein Gleite, da, nach S. 22, auch die einheimische, innerhalb Landes verführte Butter gleitsfrei ist, wogegen es bei der Vergleitung der durch- und ausgeführten Butter, wobei ein Unterschied zwischen in- und ausländischer nicht Statt findet, unverändert bewendet.

VII. Das S. 28. s. 16. der Gleitsordnung angeordnete besondere Gleite wegen fremder irdener Tabakspfeifen, von 3 Groschen vom einspännigen Karren, 8 Pfennige vom Schubkarren, 4 Pfennige von der Tracht, wird aufgehoben und auf selbige das allgemeine Gleite wie vom Centnergut, nach S. 19. der Gleitsordnung, angewendet.

VIII. Wollene Zeuge (Tücher, Casimire u. s. w.) aus den genannten Staaten werden, gleich den inländischen Fabrikaten dieser Art, nach S. 5. §. 14. des

Nachtrags vom Jahre 1826, als Centnergut mit 2 Groschen 6 Pfennige vom Pferde und 1 Groschen vom Wagen verleitet, und dagegen das besondere Gleite auf ausländische Zeugwaaren zu 2 Groschen 6 Pfennige vom Centner aufgehoben. Baumwollene Zeugwaaren aus den Vereinslanden sollen künftig, gleich den wollenen Zeugen, als Centnergut verleitet werden.

IX. Das Gleite von den in das Amt Cahla zum Behuf der Langholzflöße eingebrachten Langflöshölzern, zu 3 Groschen von jeder zweispännigen Fuhre, wird aufgehoben und von diesen Stammhölzern, wie von den aus inländischen Waldungen zur Langholzflöße kommenden, nach §. 34. des gedachten Nachtrags, außer dem Floß-, Zoll- und Stempel-Gelde, eine weitere Gleitsabgabe nicht entrichtet.

X. Töpferwaaren aus den Vereinslanden, welche auf Märkte innerhalb der Vereinsgrenzen verführt werden, entrichten künftig, unter analoger Anwendung der Bestimmung S. 10. des Nachtrags, die geringern Gleitssätze, nämlich:

ein einspänniger Wagen 2 Groschen,
ein zwei- und mehrspänniger Wagen 3 —

Die Töpfer in Kohren werden, bei Verführung ihrer Waare auf einen Markt in einem Vereinslande, hienach ebenfalls behandelt, und entrichten außerdem im Altenburgischen Amtsbezirke, wie bisher, von zwei- und mehrspännigen Wagen anstatt 5 Groschen, nur 4 Groschen und retour 2 Groschen, vom einspännigen Wagen dagegen künftig auch außer den Märkten nur 2 Groschen.

Altenburg, den 27sten November 1828.

Herzoglich Sächsisches Geheimes Ministerium.

VON TRÜTZSCHLER.

E. VON BRAUN.

142.

1828 *Traité de commerce et de navigation entre la Prusse et les villes libres et anséatiques de Lubec, de Bremen et de Hambourg, signé à Berlin le 4 Octr. 1828 et dont les ratifications ont été échangées à Berlin le 18 Novembre de la même année.*

(LAPPENBERG *Sammlung der Verordnungen der freien Hansestadt Hamburg* Bd. 10. pag. 135. *Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* 1828. Nr. 19. pag. 135).

Seine Majestät der König von Preussen einer Seits, und der Senat der freien und Hansestadt Lübeck, der Senat der freien und Hansestadt Bremen und der Senat der freien und Hansestadt Hamburg anderer Seits haben, von der Ueberzeugung ausgehend, das eine gegenseitige völlige Gleichstellung Ihrer respectiven Unterthanen und Bürger in den gegenwärtig und künftig bestehenden Handels- und Schifffahrts-Abgaben wesentlich zur Beförderung der gegenseitigen Handels-Verbindungen beitragen würde, zum Abschlusse eines diesem wünschenswerthen Zwecke entsprechenden Vertrages zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preussen, Allerhöchstihren Geheimen Legations-Rath Ernst Michaelis und

der Senat der freien und Hansestadt Lübeck, der Senat der freien und Hansestadt Bremen und der Senat der freien und Hansestadt Hamburg, den Kammerherrn, Minister-Residenten und Geschäftsträger der freien und Hansestadt Hamburg zu Berlin, Ludwig August von Rebeur, welche über folgende Artikel übereingekommen sind:

ART. I. Die Preussischen, mit Ballast oder mit Ladung in den Häven der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg ankommenden, imgleichen die Lübecker, Bremer und Hamburger, mit Ballast oder Ladung in den Häfen des Preussischen Staats ankommenden Schiffe sollen, bei ihrem Einlaufen wie bei ihrer Abfahrt, hinsichtlich der jetzt oder künftig bestehenden Hafen-, Tonnen-, Lootsen-, Leuchtturm- und Berge-Gelder, wie auch hinsichtlich aller anderen, jetzt oder künftig der Staatskasse, den Städten oder Privat-Anstalten zufließenden Abgaben und Lasten irgend einer Art oder Benennung, auf demselben Fuße, wie die National-Schiffe behandelt werden.

ART. II. Alle Waaren, Güter und Handelsgegenstände, sie seien inländischen oder ausländischen Ursprungs, welche jetzt oder in Zukunft auf National-Schiffen in die Königlich-Preussischen Häven oder in diejenigen der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg ein- oder aus selbigen ausgeführt werden dürfen, sollen in ganz gleicher Weise auch auf den Schiffen des anderen Theils ein- und ausgeführt werden können, ohne mit höheren oder anderen Abgaben irgend einer Art belastet zu werden als sie bei ihrer Ein- oder Ausfuhr auf National-Schiffen zu entrichten haben würden. Auch sollen bei der Ein- oder Ausfuhr solcher Waaren, Güter und Handelsgegenstände auf Schiffen des anderen Theiles die nämlichen Prämien, Rückzölle, Vortheile und irgend sonstige Begünstigungen gewährt werden, welche zu Gunsten der Ein- und Ausfuhr auf National-Schiffen etwa bestehen, oder künftig zugestanden werden möchten.

ART. III. So wie nach vorstehendem Artikel in Rücksicht auf die Nationalität der beiderseitigen Schiffe, eine Gleichstellung in den von deren Ladungen zu erhebenden Abgaben Statt finden soll, eben so soll auch jeder wegen des Eigenthums solcher Ladungen in der Größe dieser Abgaben etwa bestehende Unterschied wegfallen. Bei der Ein- und Ausfuhr auf den Schiffen der paziscirenden Theile sollen daher alle Güter, Waaren und Gegenstände des Handels, welche Königl. Preussischen Unterthanen gehören, in den Häven von Lübeck, Bremen und Hamburg, von

1828 Seiten dieser freien und Hansestädte, keinen höhern oder andern Ein- und Ausgangs- oder sonstigen Abgaben, als das Eigenthum ihrer eigenen Bürger, und umgekehrt, alle Güter, Waaren und Handelsgegenstände, welche Bürgern der freien und Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg gehören, in den Königl. Preussischen Häven keinen höhern oder andern Ein- und Ausgangs- oder sonstigen Abgaben, als das Eigenthum Königlich Preussischer Unterthanen, unterworfen sein.

ART. IV. Die Bestimmungen der vorstehenden Artikel sind in ihrem ganzen Umfange nicht nur dann anwendbar, wenn die beiderseitigen Schiffe direct aus ihren National-Häven ankommen, oder nach selbigen zurückkehren, sondern auch dann, wenn sie unmittelbar aus den Häven eines dritten Staates ankommen oder dahin bestimmt sein sollen.

ART. V. Die Preussischen sowohl als die Lübecker, Bremer und Hamburger Schiffe sollen gegenseitig der Befugnisse und Vorzüge, welche ihnen der gegenwärtige Vertrag zusichert, nur in sofern genießen, als sie mit den nach den Vorschriften desjenigen Theils, dessen Flagge sie führen, ausgefertigten Schiffspässen und Musterrollen versehen sind.

ART. VI. Was in den obigen Artikeln I bis IV. in Betreff der, in die beiderseitigen Häven eingehenden, oder aus selbigen auslaufenden Seeschiffe des andern Theils und deren Ladungen festgesetzt ist, soll auch auf den gegenseitigen Flussschiffahrts-Verkehr völlige Anwendung finden. Bei den Flussschiffen genügt zum Beweise der Nationalität das in der Weserschiffahrts-Acte vom 10. September 1823 und resp. in dem Schluß-Protocolle der Elbschiffahrts-Revisions-Commission d. d. Hamburg den 18. September 1824 vereinbarte Manifest.

ART. VII. Würden die Contrahenten es zweckmäsig erachten, zur Beförderung ihres gegenseitigen Handels-Interesse additionelle Stipulationen einzugehen, so sollen alle Artikel, über welche man sich dergestalt vereinigen wird, als Theile dieses Vertrags angesehen werden.

ART. VIII. Wiewohl der gegenwärtige Vertrag als für die drei freien Hansestädte Lübeck, Bremen und Hamburg gemeinschaftlich geltend angesehen

werden soll, so ist man dennoch übereingekommen, 1828
dafs deshalb nicht eine solidarische Verpflichtung unter
ihren respectiven Regierungen Statt finden, und
das etwaige Aufhören der Bestimmungen dieses Ver-
trags für eine derselben, keine Wirkung auf die ver-
tragsmäfsigen Verhältnisse der andern haben soll, für
welche vielmehr in einem solchen Falle der Vertrag
in voller Kraft bleiben wird.

ART. IX. Die Dauer des gegenwärtigen Vertrags,
welche vom Tage der Auswechslung der Ratificatio-
nen ab in Kraft treten wird, ist vorläufig auf den
Zeitraum bis zum 1. Januar 1840 festgesetzt, und
soll, wenn zwölf Monate vor dem Ablaufe dieses
Zeitraums von der einen oder der andern Seite eine
Aufkündigung nicht erfolgt sein wird, stets als noch
ferner auf ein Jahr, und so fort bis zum Ablaufe
eines Jahres nach geschehener Aufkündigung verlän-
gert, betrachtet werden.

ART. X. Der gegenwärtige Vertrag soll von den
contrahirenden Theilen ratificirt und die Ratificati-
onsurkunden sollen spätestens innerhalb fünf Wochen
oder wo möglich noch früher in Berlin ausgewech-
selt werden.

Dessen zu Urkund ist dieser Vertrag von den bei-
derseitigen Bevollmächtigten unter Beidrückung ihrer
Siegel unterzeichnet worden.

So geschehen Berlin, den 4. October 1828.

(Unterzeichnet:)

ERNST MICHAELIS. LUDWIG AUGUST VON REBEUR.

143.

1828 *Convention between His Majesty and the Catholick King, for the final settlement of the claims of british and spanish subjects, under the Convention concluded at Madrid, the 12th of March 1823. Signed at London, October 28, 1828.*

(Presented to both Houses of Parliament, by Command of His Majesty, 1829. London printed by R. G. Clarke fol.)

His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty The King of Spain and the Indies, being equally convinced of the great and almost insuperable difficulties that have presented themselves in carrying into effect, by means of the mixed Commission appointed under the Convention concluded on the 12th of March 1823, the stipulations of the said Convention, respecting the claims preferred by subjects of both Nations, — have considered that the most speedy and efficacious manner of obtaining the objects which Their Britannick and Catholick Majesties proposed to themselves in framing the Convention above-mentioned, would be that of a compromise, or amicable adjustment, in which Their said Majesties, by common consent should assign fixed and proportionate sums for the indemnification of the Claimants of both Countries, so that each of the two High Contracting Parties should possess the power of adjudging and satisfying the legitimate claims of its own subjects, out of the sums which each Government should, for such purpose, receive from the other, or of distributing those sums among the individuals interested, by means of an arrangement mutually agreed upon.

143.

Convention entre la Grande-Bretagne ¹⁸²⁸
et l'Espagne pour l'arrangement dé-
finitif des réclamations des sujets
britanniques et espagnols, conforme-
ment à la convention de Madrid du
12 Mars 1823; signée à Londres le
28 Octobre 1828.

(Sur copie officielle).

Hallandose Su Magestad el Rey del Reino Unido de la Gran Bretaña y de Yrlanda, y Su Magestad el Rey de España y de las Yndias, igualmente convencidos de las graves y casi insuperables dificultades que se han presentado para llevar á efecto, por medio de la Comision mixta creada por el Convenio celebrado en 12 de Marzo de 1823, las estipulaciones de dicho Convenio, respectivas á las reclamaciones de subditos de ambas Naciones, — han conceptualo quela manera mas pronta y eficaz de conseguir los objetos que Sus Magestades Británica y Católica se propusieron en la formacion del referido Convenio, sería la de una transaccion ó ajuste amistoso, en que, de comun acuerdo, Sus referidas Magestades destinesen cantidades fijas y proporcionadas para la indemnizacion de los reclamantes de ambas partes, quedando á cada una de las dos Altas Partes Contratantes la facultad de juzgar y satisfacer las reclamaciones legitimas de sus propios subditos con las sumas que para ello percibiese de la otra, ó de distribuir estas entre los interesados, por medio de un arreglo particular con los mismos.

1823 With this view, Their Britannick and Catholick Majesties have nominated and appointed as their respective Plenipotentiaries, namely: — His Majesty The King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable George Earl of Aberdeen, Viscount Gordon, Viscount Formartine, Lord Haddo, Methlick, Tarvis, and Kellie, a Peer of the said United Kingdom, a Member of His Majesty's Most Honourable Privy Council, Knight of the most ancient and most noble Ordre of the Thistle, and His said Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs: — and His Majesty The King of Spain and the Indies, His Excellency Don Narciso de Heredia, Count of Ofalia, actual Knight of the Royal Spanish Order of Charles III, Knight Grand Cross of the American Order of Isabel the Catholik, and of the Legion of Honour of France, Councillor of State, and His said Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary on a special Mission to the Court of His Britannick Majesty: — who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found to be in due and proper form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

ART. I. His Catholick Majesty engages to make good to His Britannick Majesty, the sum of nine hundred thousand pounds sterling, in specie, as the amount of the whole of the English claims presented to and registered by the mixed Commission established by the Convention of the 12th of March 1823.

ART. II. His Britannick Majesty engages to make good, in the same manner, the sum of two hundred thousand pounds sterling, as the amount of the whole of the Spanish claims, presented to and registered by the mixed Commission, in pursuance of the said Convention.

ART. III. It shall be lawful for either of the High Contracting Parties to cause to be adjudged within its respective Territory the claims of its own subjects, in order to satisfy, within twelve months from the date of the exchange of the Ratifications of the present Convention, such claims as shall appear to be just and legitimate, out of the sums, which one of the High

Con este objeto, Sus Magestades Británica y Católica han nombrado y constituido por sus respectivos Plenipotenciarios, á saber: — Su Magestad el Rey del Reino Unido de la Gran Bretaña y de Irlanda, al Muy Honorable Jorge Conde de Aberdeen, Vizconde Gordon, Vizconde Formartine, Lord Haddo, Methlick, Tarvis, y Kellie, Par del mencionado Reino Unido, Miembro del Muy Honorable Consejo Privado de Su Magestad Británica, Caballero de la muy antigua y muy noble Orden del Cardo, y Principal Secretario de Estado de Su referida Magestad en el Departamento de Negocios Extranjeros: — y Su Magestad el Rey de España y de las Yndias, al Excelentísimo Señor Don Narciso de Heredia, Conde de Ofalia, Caballero de numero de la Real Orden de Carlos III, Gran Cruz de la Real Orden Americana de Ysabel la Católica, y de la Legion de Honor de Francia, Consejero de Estado de Su Magestad Católica, y Su Enviado Extraordinario y Ministro Plenipotenciario encargado de una Mision especial cerca de Su Magestad Británica: — los cuales, despues de haberse comunicado sus respectivos Plenos Poderes, y hallandolos en buena y debida forma, han acordado y convenido en los Articulos siguientes: —

ART. I. Su Magestad Católica se obliga á satisfacer á Su Magestad Británica la cantidad de novecientas mil libras esterlinas, en dinero efectivo, por el importe de la totalidad de las reclamaciones Ynglesas presentadas y registradas ante la Comision mixta creada por el Convenio de 12 de Marzo de 1823.

ART. II. Su Magestad Británica se obliga á satisfacer, en la misma forma, la cantidad de doscientas mil libras esterlinas, por el importe de la totalidad de las reclamaciones Españolas presentadas y registradas ante la Comision mixta, á consecuencia del mismo Convenio.

ART. III. Cada una de las dos Altas Partes Contractantes podrá hacer juzgar dentro de su respectivo Territorio, las reclamaciones de sus propios subditos para satisfacer, dentro de un año contado desde el dia del cange de las ratificaciones del presente Convenio, las que resulten ser justas y legitimas, con las sumas que para ello percibe de la otra: ó podrá

1828 Contracting Parties shall receive, for this purpose, from the other: or it shall be lawful for the Government of either of the said High Contracting Parties to agree with the persons interested, or their assigns, upon any other mode of arrangement which may be deemed most expedient for satisfying them within the same term, without the necessity of any previous and formal adjudication.

ART. IV. The Government of His Britannick Majesty shall retain in its possession the sum of two hundred thousand pounds sterling, which, by the second Article, is to be made good to Spain, in order to set that sum against, or deduct it from, the nine hundred thousand pounds sterling which it is to receive from the same: but it is expressly declared, that this compensation is stipulated on the understanding that His Catholick Majesty, within the period specified in the preceding Article, shall pay to His own subjects the amount of their legitimate claims against England, preferred under the Convention of the 12th of March 1823, in specie, or in other effective value; and in such a manner that His Britannick Majesty may be exempted from every responsibility for the amount of such claims.

ART. V. His Catholick Majesty shall effectuate the payment of the nine hundred thousand pounds sterling, in satisfaction of the English claims, by instalments, in the following order: —

Two hundred thousand pounds sterling shall be delivered over on the day on which the exchange of the Ratifications of the present Convention shall take place; and another like sum at the expiration of three months from the exchange alluded to.

The compensation mentioned in the preceding Article shall be considered as the payment of two hundred thousand pounds sterling more; and the remaining three hundred thousand pounds sterling shall be made good by two instalments, at the rate of one hundred and fifty thousand pounds sterling; the one at six months; and the other at nine months, from the date of the exchange of the Ratifications.

ART. VI. The two last instalments of one hundred and fifty thousand pounds each, His Catholick

el Gobierno de cada una de las referidas Altas Partes Contratantes convenirse con los interesados, ó quien los represente, en cualquiera otro medio de arreglo que se conceptue mas expedito para satisfacerles dentro del mismo termino, sin necesidad de que preceda un juicio formal. 1828

ART. IV. El Gobierno de Su Magestad Británica retendrá en su poder la suma de doscientas mil libras esterlinas, que, por el Artículo segundo, debe satisfacer al de España, á fin de compensarlas ó deducirlas de las novecientas mil libras sterlinas que tiene que percibir del mismo; pero queda expresamente declarado, que esta compensacion se estipula en la inteligencia de que Su Magestad Católica, dentro del termino convenido en el Artículo precedente, pagará á sus propios subditos el importe de sus reclamaciones legitimas contra la Ynglaterra, segun el Convenio de 12 de Marzo de 1823, en dinero, ó en otros valores efectivos; y de tal manera que el Gobierno de Su Magestad Británica quede exento de toda responsabilidad por el importe de las espresadas reclamaciones.

ART. V. El pago de las novecientas mil libras esterlinas respectivas á las reclamaciones Ynglesas, lo realizará Su Magestad Católica en diferentes plazos, por el orden siguiente: —

Se entregarán doscientas mil libras esterlinas en el dia que se verifique el cange de las Ratificaciones del presente Convenio; y otra igual suma á los tres meses de dicho cange.

Se considerará como pago de otras doscientas mil libras esterlinas la compensacion de que va hecha mencion en el Artículo precedente: — y las trescientas mil libras esterlinas restantes se satisfarán en dos plazos, á razon de ciento y cincuenta mil libras esterlinas, el uno á los seis meses, y el otro á los nueve, de la fecha del cange de las Ratificaciones.

ART. VI. Por lo que respecta á los dos ultimos plazos de ciento y cincuenta mil libras cada uno, Su

752 *Convention entre la Grande-Bretagne*

1828 Majesty reserves to himself the power either of paying up in specie, at the time of that sum falling due, or of effectuating the payment by certificates of inscriptions in the English and Spanish language, expressing the purpose for which they are issued, bearing interest at five per cent. per annum, payable half-yearly in London, at fifty per cent. discount.

For this purpose, His Catholick Majesty shall, within three months from the date of the Ratifications of this Convention, cause the sum of sixty millions of reals of vellon, in such inscriptions, (being equal, at one hundred reals to the pound sterling, to the sum of six hundred thousand pounds sterling,) to be lodged in the Bank of England, or with the Banker of the Court of Spain in London, with instructions to deliver one half of them to the Government of His Britannick Majesty, for the use of the claimants, on the day of each of the said instalments falling due, provided they shall not be punctually paid in sterling money.

It is likewise hereby agreed, that the Government of His Catholick Majesty shall have the power of redeeming the inscriptions thus created, during the four years succeeding, and upon giving six months notice, at the rate of fifty-five pounds for every hundred pounds so delivered. After such period of four years, the Spanish Government shall only possess the power of redeeming the inscriptions referred to, at the rate of sixty pounds for every hundred pounds.

ART. VII. His Catholick Majesty shall be at liberty to effect the payment of the second instalment of two hundred thousand pounds sterling, mentioned in Article V, by delivering, on its being due, fifty thousand pounds in ready money, and one hundred and fifty thousand pounds in inscriptions at fifty per cent., making three hundred thousand pounds in inscriptions; but this arrangement is only to take place on the express condition that the payment of one of the two last instalments of one hundred and fifty thousand pounds sterling, mentioned in Article VI, shall be made in ready money.

ART. VIII. The inscriptions to be delivered by the Government of His Catholick Majesty, shall be,

Magestad Católica se reserva la facultad de poder satisfacerlos en numerario, al tiempo de su respectivo vencimiento, ó de verificarlo en certificaciones de inscripciones estendidas en Yngles y en Español, con espresion del objeto para que se espiden, y con el interes de cinco por ciento anual, pagadero por semestres en Londres, las cuales se darán al descuento de cincuenta por ciento. 1828

Para este efecto, Su Magestad Católica dispondrá que dentro de tres meses de la fecha de las Ratificaciones de esta Convenio, una suma de sesenta millones de reales vellon, en dichas inscripciones, (la cual, á razon de cien reales vellon por libra esterlina, es equivalente á seiscientas mil libras esterlinas en inscripciones) se deposite en el Banco de Ynglaterra, ó en poder de Banquero de la Corte de España en Londres, con las oportunas instrucciones para que se entregue la mitad de ellas al Gobierno de Su Magestad Británica, á beneficio de los reclamantes, en el dia del vencimiento de cada uno de los referidos plazos, si no estuviere satisfecho para aquel dia en moneda esterlina.

Se ha convenido igualmente que el Gobierno de Su Magestad Católica tendrá la facultad de poder redimir las inscripciones creadas al efecto, en los cuatro primeros años, y dando aviso, con seis meses de anticipacion, á razon de cincuenta y cinco libras esterlinas en efectivo, por cada ciento que recoja en inscripciones. Despues de trascurridos los cuatro años, el Gobierno Español solo podrá redimir las mencionadas inscripciones, á razon de sesenta libras esterlinas pro cada ciento.

ART. VII. Su Magestad Católica podrá hacer el pago del segundo plazo de doscientas mil libras esterlinas, mencionado en el Artículo V, entregando á su vencimiento cincuenta mil libras en efectivo, y ciento y cincuenta mil en inscripciones al cincuenta por ciento, que hacen trescientas mil de esta especie; pero, en este caso, será precisamente obligatorio el pago de dinero efectivo de uno de los dos últimos plazos de ciento y cincuenta mil libras, de que se hace mencion en el Artículo VI.

ART. VIII. Las inscripciones que se espidan por el Gobierno de Su Magestad Católica, deberán ser

1828 in all essential points, according to the form which is annexed to the present Convention.

ART. IX. As soon as the said sum of nine hundred thousand pounds sterling shall have been paid, all the bills of exchange, libranzas, and other documents, forming and constituting the value represented by the aggregate of the English claims against Spain, shall be given up to the Government of His Catholick Majesty.

ART. X. There shall be given up also, on the part of the Government of His said Catholick Majesty, at the period specified in the preceding Article, all the documents relative to the Spanish claims against England.

ART. XI. To prevent any of those claims which shall be satisfied by the present Convention, from again being produced under any other form or pretence, it is hereby agreed that the mixed Commission appointed under the aforesaid Convention of the 12th of March 1823, shall, prior to the cessation of the exercise of its functions, add to the lists already formed of the English and Spanish claims, presented to and registered by the same, such notes or remarks, relating to the documents in support of those claims, as may be deemed necessary, in order that the said lists and notes, after being given up to both Governments in an authentick form, may serve them as a security, till the delivery of the original documents shall take place.

ART. XII. The aforesaid Convention of the 12th of March 1823, and the several articles and things therein contained, except so far as the same are altered by this present Convention, are hereby declared to be, and shall remain, in force.

ART. XIII. The present Convention shall be ratified, and the Ratifications shall be exchanged in forty days from the date hereof, or sooner if possible.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seals of their Arms.

Done at London, the twenty - eighth day of October, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty - eight.

ABERDEEN.

conformes, en todo lo esencial, al modelo de que va unida copia al presente Convenio. 1828

ART. IX. Verificado que sea el pago de las novecientas mil libras esterlinas, se entregarán al Gobierno de Su Magestad Católica todas las letras de cambio, libranzas, y demas documentos que forman y constituyen el valor representado por la masa de las reclamaciones Ynglesas contra la España.

ART. X. Ygual entrega se hará, por parte del Gobierno de Su Magestad Católica, de los documentos respectivos á las reclamaciones Españolas contra la Ynglaterra, en el Artículo precedente.

ART. XI. Para evitar que ninguna de las reclamaciones que han de quedar fenecidas por el presente Convenio, pueda aparecer de nuevo, bajo otra forma ó pretexto; se ha convenido que la Comision mixta nombrada en consecuencia del referido Convenio de 12 de Marzo de 1823, antes de cesar en el ejercicio de sus funciones, deberá añadir á las listas ya formadas de las reclamaciones Ynglesas y Españolas presentadas y registradas ante ella, las notas ó apuntaciones referentes á los documentos de las mismas reclamaciones; que se crean necessarias, para que entregadas á ambos Gobiernos dichas listas y notas en forma autentica, puedan servirles de resguardo, hasta tanto que se verifique la entrega de los documentos originales.

ART. XII. Se declara que el citado Convenio de 12 de Marzo de 1823, y los diferentes articulos y clausulas que contiene, subsistirán en vigor, á excepcion de aquella parte de los mismos que se halla alterada por el presente Convenio.

ART. XIII. El presente Convenio será ratificado, y las Ratificaciones cangeadas en el termino de cuarenta dias contados de su fecha, ó antes si fuese posible.

En fé de lo cual, los respectivos Plenipotenciarios lo han firmado, y sellado con el sello de sus Armas.

Fecha en Londres, el dia veinte y ocho de Octubre, de mil ochocientos veinte y ocho.

El Conde DE OFALIA.

Formula de Ynscripcion.

1828

Nr. — Cap. 500 libras esterlinas, } Rente 25 libras esterl.
 equivalente á } equivalente á
 Capital 50,000 reales vellon. } Rente 2.500 real. vell.

Esta Ynscripcion se espide en consecuencia de un Convenio celebrado en Londres, à veinte y ocho de Octubre de 1828, en cumplimiento de otro concluido en Madrid, el 12 de Marzo de 1823, entre Su Magestad Británica y Su Magestad el Rey de España, para el pago de las reclamaciones de Subditos Yngleses.

Cinco pro ciento Español.

Renta Anual Consolidada, pagadera en Londres, e inscrita en el Gran Libro de la Deuda Consolidada de España.

Nr. — Cap. libras esterlinas 500, } Renta Anual 25 libras
 equivalente á } esterlinas,
 Capital reales vellon 50,000. } equivalente á
 Renta Anual 2,500
 reales vellon.

El Tenedor de esta Ynscripcion es acreedor á una renta anual de veinte y cinco libras esterlinas, pagadera en Londres por semestres, en los dias de y de

El Gobierno Español se reserva la facultad de redimir esta Ynscripcion, por medio del pago en Londres, dentro de los cuatro años primeros contados desde su fecha, á razon de 55 por 100, ó, despues de dicho periodo, á razon de 60 por 100, de su valor nominal, dando, en ambos casos, aviso de ello, con seis meses de anticipacion, en la Gaceta de Londres.

Firmas. — Del Ministro de Hacienda
 Del Director de la Caja de Amortizacion.
 De los Comisarios de Reclamaciones.

Avertencia.

Los Certificados de Ynscripciones que han de depositarse, y que se darán en pago, en el caso prevenido por el Artículo VI. del Convenio firmado en

758 *Convention entre la Grande-Bretagne*

1828 this day, shall be issued according to the following distribution: —

Two hundred, of one thousand pounds each.

One hundred and twenty, of eight hundred pounds each.

Two hundred, of five hundred pounds each.

Four hundred, of two hundred and fifty pounds each.

Four hundred and twenty, of two hundred pounds each.

Two hundred, of one hundred pounds each.

In witness whereof, We, the Undersigned, Plenipotentiaries of His Britannick Majesty and His Catholick Majesty, have signed the present Formula; and have affixed thereunto the seals of our Arms.

Done at London, the twenty-eighth day of October, in the year of our Lord one thousand eight hundred and twenty-eight.

ABERDEEN.

OFALIA.

144.

Convention entre l'Hanovre et la ville libre de Bremen concernant l'établissement provisoire d'une quarantaine commune, signée le 31 Octobre 1828.

(*Sur copie officielle*).

Ueber die provisorische Einrichtung der von Seiten des Königreichs Hannover und der freien und Hansestadt Bremen in Conformität des Art. IX. des Staatsvertrags vom 11. Januar 1827. gemeinschaftlich anzuordnenden Quarantaine-Anstalten, ist zwischen dem Regierungsrath G. Haltermann aus Stade, in Auftrag des Königlichen Cabinets-Ministerii zu Hannover und

este día, se espedirán en el siguiente orden de distribución: —

- Doscientas, de mil libras esterlinas cada una.
- Ciento y veinte, de ochocientas cada una.
- Doscientas, de quinientas cada una.
- Cuatrocientas, de doscientas y cincuenta cada una.
- Cuatrocientas y veinte, de doscientas cada una.
- Doscientas, de cien libras cada una.

En fé de lo cual, nos los abajo firmados Plenipotenciarios de Su Majestad Británica, y de Su Magestad Católica, hemos firmado la presente Formula, y hemos puesto en ella el sello de nuestras Armas.

Fecha en Londres, á veinte y ocho de Octubre, de mil ochocientos y veinte y ocho.

ABERDEEN.

OFALIA.

dem Senator F. W. Heineken zu Bremen, in Auftrag des Senats zu Bremen, am unten benannten Tage, mit Vorbehalt der beiderseitigen höheren Ratification, die nachfolgende Vereinbarung getroffen.

§. 1. Hinsichtlich der Untersuchung und der Zulassung oder Zurückweisung solcher aus entfernten und rücksichtlich ihres Gesundheitszustandes verdächtigen Gegenden auf die Weser kommenden Schiffe, soll eine gleiche Vorsicht auf der Weser vor der Mündung des Geeste-Flusses durch gemeinschaftliche, Hannöverischer und Bremischer Seits zu treffende Veranstaltung angewandt werden, wie solche bisher schon von Herzoglich-Oldenburgischer Seite auf der Weser und Hamburgischer Seits zu Ritzebüttel angeordnet ist; und wird jedesmal, wenn die Anordnung einer Quarantaine nöthig ist, oder dieselbe wieder aufgehoben werden soll, darüber von beiden Gouvernements in gegenseitigem Einverständniß gehandelt werden.

§. 2. Zu diesem Zweck soll eine gemeinschaftliche Quarantaine-Commission gebildet werden, bestehend aus dem Richter zu Lehe und dem Amtmann zu Bremerhaven, denen bis auf weiteres der damalige adjungirte Oberlootse und provisorische Havenmeister

1828 Johann Deetjen als drittes Mitglied der Quarantaine-Commission beigeordnet wird. Der Quarantaine-Commission bleibt es überlassen, in denjenigen vorkommenden Fällen, wo die Zuziehung eines Arztes ihrerseits erforderlich gehalten wird, einen zuverlässigen und angestellten Arzt der nächsten Umgegend provisorisch zum Quarantaine-Dienst zu requiriren, auch den Umständen nach ihn zu ihren collegialischen Berathungen zuzuziehen.

§. 3. Die vom Richter zu Lehe und vom Amtmann zu Bremerhaven nach gemeinschaftlicher Berathung für dringend erforderlich gehaltene Anschaffung von zwei Ruderböten, zum Preise von circa 170 Rthlr. und von 60 Rthlr. in Golde, deren Bemannung mit 4 von der Quarantaine-Commission gegen angemessene Monats-Gage besthunlichst zu engagirenden, hinlänglich qualificirten Matrosen; ferner die Anschaffung einer Anzahl von Pestflaggen, imgleichen der nöthigen Drahtzangen zur Empfangnahme der Papiere der zu untersuchenden Schiffe und der zum Räuchern derselben dienlichen Essenzen und einiger anderer nothwendiger Inventarien - Stücke wird vorgeschlagenermaßen genehmiget, und soll die Quarantaine-Commission zu deren Anschaffung unter Beobachtung der thunlichsten Sparsamkeit authorisirt werden.

§. 4. Die specielle Aufsicht auf die beiden Ruderböte wird dem Havenmeister J. Deetjen übertragen, der auch der nächste Vorgesetzte der zu engagirenden Schiffsmannschaft sein, und der, wegen seiner desfallsigen Bemühungen, eine Remuneration von monatlich 20 Rthlr. in Golde genießen soll. Diese Remuneration, das Monatsgeld für die anzunehmenden Matrosen, imgleichen die Kosten der nöthigen Ruderböte und des übrigen, zum Dienste der Quarantaine-Commission erforderlichen Inventarii werden zu gleichen Theilen vom Hannöverischen Gouvernement und von der Stadt Bremen getragen und vorläufig von jeder Seite fünfzig Pistolen zu guter Rechnung der Quarantaine-Commission fördersamst gestellt.

§. 5. An Bord der Ruderböte, welche beiden Theilen gemeinschaftlich gehören, sollen sich sowohl die Hannöverische wie die Bremer Flagge befinden, und wenn selbige im Quarantaine-Dienst gebraucht

werden, sollen beide Flaggen, die Hannöversische und 1828 die Bremer Flagge aufgezogen werden.

§. 6. Sollte die Aufrechthaltung der Autorität der gemeinschaftlichen Quarantaine-Commission oder irgend ein sonstiger nicht vorherzusehender Umstand es nothwendig oder beiden Theilen wünschenswerth machen, daß ein größeres, mit einigen Kanonen bewaffnetes Fahrzeug zum Dienst der Quarantaine-Commission gestellt werde, so wird zwar das Hannöversische Gouvernement gern bereit sein, für diesen Zweck den kleineren Brunshausen Zoll-Kutter auf einen oder einige Monate nach der Geeste zu detachiren, und in einem kleinern an der Elbe zu miethenden Fahrzeuge den Zolldienst während der Abwesenheit des erwähnten Kutters von seinem Stations-Ort verrichten zu lassen. Die dadurch solchenfalls entstehenden extraordinären Kosten werden jedoch zur Hälfte von Hannöversischer und zur Hälfte von Bremischer Seite, gleich den übrigen Kosten, übernommen, die der Quarantaine-Dienst erfordert, mit alleiniger Ausnahme der Ausgaben für das Militair-Commando, welches Hannover auf der Hafen-Batterie vor der Geeste hält und ferner allein zu halten hat, und welche Kosten Hannover daher auch in dem Falle allein trägt, wenn solches Militair oder ein Theil desselben zum Besten des Quarantaine-Dienstes auf Ordre des Richters zu Lehe mit gebraucht werden muß.

§. 7. Ueber die Bestimmung, welchen Schiffen, ob allen, die den obwaltenden, Umständen nach einer Untersuchung unterzogen werden müssen, oder nur solchen, bei welchen demnächst eine Observations-Quarantaine nöthig gefunden wird, die Leistung eines Beitrags zu den Quarantaine-Kosten aufzulegen, und wie der desfallsige Tarif festzusetzen sei, behalten sich beide Theile nach deshalb vorab einzuziehenden näheren Erkundigungen eine weitere Vereinbarung vor. Diese Gebühren fließen, so weit sie nicht eine Remuneration für bestimmte Dienstleistungen, z. B. die Diäten des Arztes betreffen, in eine Sustentations-Casse der gemeinschaftlichen Quarantaine-Anstalt.

§. 8. Da die Instructionen und Entscheidungen, welche wegen einzelner bestimmter Schiffe, die von

1828 der Quarantaine-Commission als verdächtig in Untersuchung gezogen sind, in zweifelhaften Fällen, auf deren Anfrage abgegeben werden müssen, die größte Eile erfordern, und deshalb eine vorgängige zeitraubende Communication zwischen dem Senat zu Bremen und der Königlichen Landdrostei zu Stade in der Regel nicht zulassen, auf gleiche Weise auch möglicher Weise andere die höchste Eile nach der Natur des Gegenstandes erfordernde Verfügungen an die gemeinschaftliche Quarantaine-Commission zu erlassen sein können, und selbiger allemal um Conflict und widersprechende Instructionen zu vermeiden, Eine Oberbehörde benannt werden muß, welche zur Zeit das Directorium in den gemeinschaftlichen Quarantaine-Angelegenheiten zu führen und deren Anweisungen die Quarantaine-Commission Folge zu leisten hat, so sind beide Theile darunter einverstanden, daß das erwähnte Directorium bis zu anderweiter Verabredung alljährlich vom 1. September jedes Jahres anzurechnen, unter ihnen alterniren, und daß die Landdrostei zu Stade dieses Directorium zum erstenmal für das laufende Jahr vom 1. September 1828 bis dahin 1829 übernehmen soll.

§. 9. Die zeitige Directorial-Behörde hat jedoch nicht nur in der Regel und mit Ausnahme eilender Nothfälle über die in Quarantaine-Sachen zu erlassenden Verfügungen mit dem andern Theile vorher zu communiciren, sondern demselben auch von allen der Eile halber ohne vorangegangene Communication getroffenen Anordnungen vollständige Mittheilung um so mehr zu machen, damit thunlichst für künftig vorkommende ähnliche Fälle eine gemeinschaftliche Vereinbarung zeitig genug concertirt werden könne.

Geschehen und unterzeichnet, auch besiegelt

Bremen den ein und dreißigsten October, Tausend acht hundert acht und zwanzig.

(Gez.:) G. HALTERMANN. (Gez.:) F. W. HEINEKEN.

145.

*Déclaration relative aux mesures 1828
concertées entre la Prusse et le grand-
duché de Mecklenbourg - Schwerin
pour empêcher les délits forestiers
dans les forêts limitrophes, du 5
Novembre 1828.*

(Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen
Staaten. In 1828. Nr. 17. p. 133).

Nachdem die Königlich - Preussische Regierung mit der Großherzoglich - Mecklenburg - Schwerinschen Regierung übereingekommen ist, die im Jahre 1801 zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen getroffene Vereinbarung zu modifiziren, und zu diesem Behuf wirksamere und den jetzigen Verhältnissen angemessenere Maafsregeln zu treffen, erklären beide Regierungen Folgendes;

ART. I. Es verpflichtet sich sowohl die Königlich - Preussische als die Großherzoglich - Mecklenburg - Schwerinsche Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald sie davon Kenntniß erhält, nach denselben Gesetzen zu untersuchen und zu bestrafen, nach welchen sie untersucht und bestraft werden würden, wenn sie in inländischen Forsten begangen worden wären.

ART. II. Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevel alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, daß die Spur der Frevel durch die Förster oder Waldwärter etc. bis auf eine Meile Entfernung von der Grenze verfolgt und Haussuchungen ohne vorherige Anfrage bei den landrätlichen Behörden und Aemtern, auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach den Anordnungen des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Orts - Schultheißen, vorgenommen werden.

1828 ART. III. Bei diesen Haussuchungen mußs der Ortsvorstand sogleich ein Protocoll aufnehmen, und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Thalern für denjenigen Ortsvorstand, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Wenn der Ortsvorstèher nicht im Stande seyn sollte, das Protocoll gehörig aufzunehmen, und kein Forst-Officiant daseibst befindlich ist, so hat der Ortsvorsteher die betreffenden Umstände doch so genau zu untersuchen und zu beobachten, dafs er nöthigenfalls ein genügendes Zeugniß darüber ablegen könne, weshalb er auch eine sofortige mündliche Anzeige bei der vorgesetzten Behörde zu machen hat. Auch kann der Angeber verlangen, dafs, wenn in dem Orte, worin die Haussuchung vorgenommen werden soll, ein Förster, Holzwärter, Holzvogt etc. wohnhaft oder gerade anwesend ist, ein solcher Officiant zugezogen werde.

ART. IV. Für die Konstatirung eines Forstfrevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des Anderen begangen worden, soll den officiellen Angaben und Abschätzungen, welche von den kompetenten und gerichtlich verpflichteten Forst- und Polizei-Beamten des Orts des begangenen Frevels aufgenommen werden, von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle jener Glaube beigemessen werden, welchen die Gesetze den officiellen Angaben der inländischen Beamten beilegen.

ART. V. Die Einziehung des Betrages der Strafe und der etwa statt gehabten Gerichtskosten soll demjenigen Staate verbleiben, in welchem der verurtheilte Freveler wohnt, und in welchem das Erkenntniß statt gefunden hat, und nur der Betrag des Schadenersatzes und der Pfandgebühren an die betreffende Kasse desjenigen Staats abgeführt werden, in welchem der Frevel verübt worden ist.

ART. VI. Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Königlich Preussischen und in den Großherzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Staaten wird zur Pflicht gemacht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so

et le gr. d. de Mechl. Schwerin conc. etc. 765

schleunig vorzunehmen, als es nach der Verfassung 1828 des Landes nur immer möglich seyn wird.

ART. VII. Gegenwärtige, im Namen Seiner Majestät des Königs von Preulsen und Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin zweimal gleichlautend ausgefertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Berlin, den 5ten November 1828.

*Königl. Preussisches Ministerium der auswärtigen
Angelegenheiten.*

V. SCHÖNBERG.

146.

*Convention entre la Russie et la Ba-
vière concernant l'extension récipro-
que de la franchise du droit de
détraction sur le royaume de Po-
logne, publiée à Munic le 21 No-
vembre 1828.*

*(Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern
1828. Nr. 48. pag. 657).*

Die im Regierungs- und Intelligenzblatte des Königreichs vom Jahre 1825 Seite 7. publicirte Erklärung ddo. 1. November 1824 die bedingte Freizügigkeit mit Rußland betreffend, soll nunmehr zufolge einer nachträglichen Uebereinkunft, und zwar vom heutigen Tage an, gleichmäfsig und dem vollständigen Inhalte nach, auf das Königreich Polen und die Polnischen Unterthanen in Bayern, wie auf Bayern und die Bayerischen Unterthanen im Königreiche Polen, ausgedehnt, und in wirkliche Anwendung ge-

766 *Convention entre le Wurtemberg*

1828 bracht werden. — Welches zur allgemeinen Nachachtung nach den Grundsätzen der Reciprocität auf allerhöchsten Befehl hiemit bekannt gemacht wird.

München, den 21. November 1828.

*Königl. Staats-Ministerium des K. Hauses
und des Aeußern.*

Gr. v. ARMANSBERG.

147.

Convention entre le Wurtemberg et le duché de Saxe-Altenbourg con- cernant les fraix de justice en ma- tières criminelles; publiée à Stutt- gard le 22 Novembre 1828.

(*Regierungs-Blatt für das Königreich Württemberg* 1828. Nr. 69. pag. 861).

Die Königlich Württembergische Regierung ist mit der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung in Beziehung auf Vergütung derjenigen Kosten, welche durch Requisitionen in Strafrechts-Fällen bei den gegenseitigen Gerichts-Stellen veranlaßt werden, dahin übereingekommen:

dafs in solchen strafrechtlichen Verhandlungen, wo die Kosten niedergeschlagen, oder auf die Casse des Staats oder des Gerichtsherrn übernommen werden müssen, gegenseitig keine Kosten für Protokollirung, für Schreiben, so wie für die an die Gerichts-Personen, oder an die Casse sonst zu entrichtenden Sporteln aufgerechnet werden sollen.

Dagegen sind in den Untersuchungssachen der genannten Art auch künftig die baaren Auslagen für Verpflegung (einschließlich der ärztlichen und der Kur-Kosten, des Lagerstrohes, der Wäsche und nothdürftigen Bekleidung), für Transport und Bewachung der Gefangenen, ingleichen für Abschriften,

Bothenlohn und Postgelder, gegenseitig zu berechnen 1828
und zu erstatten.

Dem gemäß haben die K. Gerichte in vorkom-
menden Fällen sich zu achten.

Stuttgard den 22. November 1828.

Für den Justiz-Minister:

V. OTTO.

BEROLDINGEN.

148.

*Traité entre la Hesse électorale d'un
côté, et la Saxe grand ducale, les
duchés de Saxe - Meiningen et de
Saxe - Coburg - Gotha de l'autre côté
concernant les rapports mutuels de
commerce, signé à Cassel le 11 Dé-
cembre 1828.*

(Gesetzsammlung für das Herzogthum Gotha. 1828.
Nr. XX. pag. 17).

Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen,
eines Theils, und Seine Königliche Hoheit der Groß-
herzog von Sachsen - Weimar - Eisenach, ingleichen
Ihre Herzoglichen Durchlauchten, der Herzog von
Sachsen - Meiningen und der Herzog von Sachsen -
Coburg - Gotha, andern Theils, haben in der Absicht,
dem Zwecke des durch Vertrag vom 24sten Septem-
ber d. J. geschlossenen Handelsvereins gemäß, den
Artikeln 14 und 16. jenes Vertrags weitere Folge zu
geben, Bevollmächtigte ernannt, von welchen in Ge-
mängsheit der angebogenen Specialvollmachten folgender
Vertrag abgeschlossen worden ist.

ART. I. Die Staatsregierungen von Kurhessen,
Sachsen - Weimar - Eisenach, Sachsen - Meiningen und
Sachsen - Coburg - Gotha sichern sich gegenseitig alle

1828 Bereitwilligkeit zu, den wechselseitigen Handelsverkehr ihrer Unterthanen auf, den beiderseitigen Interessen entsprechende Weise möglichst zu erleichtern und werden dem gemäß fortwährend darauf Bedacht nehmen, die Hindernisse, welche einer größern Belebung dieses wechselseitigen Verkehrs zur Zeit noch entgegenstehen, nach und nach, möglichst zu beseitigen.

ART. II: Für jetzt schon verspricht die Kurfürstl. Hessische Staatsregierung folgende Gegenstände, nämlich:

1. Getraide und Hülsenfrüchte, so weit sie nicht bereits durch den Hauptvertrag vom 24. September d. J. der Befreiung geniefsen,
2. Anis, Fenchel, Coriander,
3. Saamen,
4. Graupen, Grützen und Perlgerste,
5. Brennöhl,
6. Essig,
7. Vieh, was einzeln eingebracht wird,
8. Schinken und Würste,
9. Schwarze Seife,
10. Seilerwaaren,
11. Korb- und Siebwaaren,
12. Wagnerarbeiten in einzelnen Stücken,
13. Grobe Holzwaaren,
14. Spielwaaren von Holz und dergl.
15. Pech und Theer,
16. Kolophonium,
17. Feuerschwamm,
18. Braunstein,
19. Erdengeschirr,
20. Geschmiedetes Eisen, so wie grobe Eisen- und Stahlwaaren,
21. Bleizucker,
von den Eingangsabgaben, ingleichen
22. Felle und Häute,
23. Hirschgeweihe,
24. Asche,

welche aus dem Kurfürstenthum in die Lande der mitcontrahirenden Staatsregierungen ausgeführt werden, von Ausgangsabgaben vom 1. Januar 1829. an gänzlich frei zu lassen.

ART. III. Die contrahirenden Großherzogl. Sächsischen und Herzogl. Sächsischen Staatsregierungen

verpflichten sich dagegen in voller Erwidderung der 1828 in dem vorstehenden Artikel von Kurfürstlich Hessischer Seite zugestandenen Befreiungen, während der Dauer dieses Vertrags von den gleichnamigen Kurhessischen Erzeugnissen beziehungsweise ebenfalls keine Eingangs- oder Ausgangsabgaben zu erheben. Den fortbestehenden Geleitsabgaben sollen dieselben Gegenstände auf keinen Fall nach höhern Sätzen unterworfen werden, als die inländischen Erzeugnisse gleicher Art, und es sollen demnach die verzeichneten Gegenstände gegenseitig als inländische betrachtet und allenthalben auch hinsichtlich des Geleitsgeldes, als solche behandelt werden.

ART. IV. Die Großherzogl. Sächsische Staatsregierung hebt ferner in ihren Landen den bisherigen Transitozoll vom Kurhessischen Salze, unter Vorbehalt des Salzmonopols und der Beschränkung auf gewisse nach gegenseitiger Uebereinkunft zu bestimmende Strafsen, ebenfalls vom 1. Januar 1829 an, gänzlich auf.

ART. V. Die contrahirenden Großherzogl. Sächsischen und Herzoglich Sächsischen Staatsregierungen werden es sich angelegen seyn lassen, hinsichtlich der Geleitsabgaben ebenwohl zur Beförderung und Begünstigung des gegenseitigen Verkehrs hinführende Einrichtungen einzuleiten; um indessen die Benutzung der Werra zu Waarenversendungen und Waarenbeziehungen schon jetzt möglichst zu erleichtern, haben es die Kurfürstl. Hessische, die Großherzogl. Sächsische und die Herzogl. Sachsen - Meiningische Staatsregierungen ihren Interessen für angemessen gehalten, Verabredung und Bestimmung dahin zu treffen, daß alle Güter, welche zur Werra in die Handelsplätze Wannfried und Eschwege gehen, so wie alle Güter, welche aus diesen beiden Handelsplätzen versendet werden, vom 1. Januar 1829 an, während der Dauer des vorliegenden Vertrags resp. das Landgeleite zu Kreuzburg und die Meiningischen Geleitsabgaben nur zur Hälfte entrichten und vom Durchgangszolle gänzlich befreit bleiben sollten. Hierbei versteht es sich indessen von selbst, daß diese Begünstigungen nur auf diejenigen Ladungen Anwendung finden können, welche auf den ordentlichen Strafsen gehen, und ungetheilt aus den bemerkten Handelsplätzen kommen oder ganz dahin bestimmt sind, nicht aber auf solche

1828 Fuhrwerke, welche die angegebenen Orte bloß berühren, ohne daselbst ganz geladen zu haben oder ganz abladen zu wollen.

ART. VI. Sämmtliche contrahirende Staaten heben gegen einander die hier und da eingeführten Abgaben von fremden, im gegentheiligen Gebiet arbeitenden Handwerkern und Tagelöhnern auf, und wollen diese in der erwähnten Hinsicht wechselseitig den Inländern gleich behandeln.

ART. VII. Eben so sollen die Handels- und Gewerbsleute, welche in dem einen der contrahirenden Staaten ansässig, die Messen und Märkte eines andern derselben des Handels wegen besuchen, daselbst nicht mehr Abgaben unterworfen, und überhaupt auf keine Weise härter behandelt werden, als die inländischen Handels- und Gewerbsleute gleicher Art. Namentlich sollen die sogenannten Schaugelder und ähnliche Abgaben, welche den Ausländer treffen, ohne von dem Inländer gleichmäfsig erhoben zu werden, wo dergleichen noch bestanden haben, vom 1sten Januar 1829 an, aufgehoben seyn.

ART. VIII. Auf die in den Artikeln 2 und 3 stipulirten Befreiungen kann nur dann Anspruch gemacht werden, wenn die befreiten Gegenstände von Ursprungs-Certificaten begleitet sind. Diese Certificate sind von dem Producenten, Fabrikanten und Fabrikverleger auf Ehre und Gewissen auszustellen, und entweder von den Zollämtern, wo deren bestehen, oder von den Ortsobrigkeiten (Stadträthen, Schultheißen, Greben u. s. w.) auf ihre Pflicht, und zwar, aufser der Bezahlung der gedruckten Formulare stempel- und kostenfrei zu attestiren. Getraide und Hülsenfrüchte, so wie auch Vieh in einzelnen Stücken, Korb- und Siebwaaren, Wagnerarbeiten u. s. w. in einzelnen Stücken bedürfen, wenn sie unmittelbar aus einem der contrahirenden Staaten in den andern eingeführt werden, der Certificate nicht, und bei den übrigen befreiten Gegenständen sollen sie dann entbehrlich sein, wenn letztere nur in solchen Quantitäten eingebracht werden, daß der zu entrichtende Eingangszoll von der ganzen Ladung nicht über 2 gl. betragen würde.

ART. IX. Jedes Ursprungs-Certificat ist, sofern es nicht von neuem legalisirt worden, nach Ablauf

der darauf bemerkten, nach Maßgabe der zum Transport an den Bestimmungsort erforderlichen Zeit festzusetzenden Frist und jedenfalls nach vier Wochen von seiner Ausstellung an, ungültig, ebenso in dem Falle, wenn die Waare, zu welcher dasselbe gehört, nicht direct aus einem der contrahirenden Staaten kommt.

ART. X. Die Regierungen verpflichten sich gegenseitig, über das bei der Ausstellung solcher Certificate zu beobachtende pflichtmäßige Verfahren sorgfältig Aufsicht führen zu lassen, und, wenn ihre Unterthanen sich eines Mißbrauchs, oder gar einer Verfälschung der Certificate schuldig machen, diese Vergehen, so wie auch etwaige Fahrlässigkeiten der bescheinigenden Behörden selbst, sobald sie zu ihrer Wissenschaft kommen, auch ohne vorgängige Requisition zu untersuchen, und nach der Strenge der Gesetze ihres Landes zu bestrafen.

ART. XI. Die contrahirenden Regierungen wollen sich gegenseitig alle nachbarliche Hülfe zu Sicherung ihrer indirecten Abgaben leisten. Insbesondere soll zu Verhinderung der Schmuggelei mit fremden Salz und fremden Branntwein dahin Verfügung getroffen werden, daß Ladungen mit diesen Artikeln, wenn sie den einen der contrahirenden Staaten passieren, um in den benachbarten eingeführt zu werden, jedesmal auf die bestimmten Straßen und resp. Hauptzollämter des letztern gewiesen werden. Zoll-, Accise-, Geleits- und Impositdefraudanten und Contrebandisten sollen, wenn sie nicht in dem Staate, in welchem sie sich befinden, einen wirklichen Wohnsitz erworben haben, und sonach als domicilirte Landesunterthanen betrachtet werden können, auf gegenseitige Requisition an dasjenige Gericht, in dessen Gerichtsbezirk das Vergehen verübt worden ist, unweigerlich zur Untersuchung und Bestrafung gestellt werden. Domicilirten Unterthanen soll es, auf vorgängige Requisition sich vor das Gericht des andern Staates freiwillig zu stellen verstattet werden, damit sie sich gegen die Anschuldigung vertheidigen und gegen das in solchen Fällen subsidiarisch zulässige Contumacialverfahren, so wie gegen dessen Folgen (an der Person oder an den Gütern in dem andern Staate) wahren können. Ein in Rechtskraft überge-

1828 gangenes, auf Gesetze gegründetes gerichtliches Erkenntniß in dergleichen Fällen soll auf weiteres Ersuchen, auch gegen die Unterthanen vollzogen werden, unter den Bedingungen, unter welchen solches in Criminalrechtssachen statt findet.

ART. XII. Die Dauer dieses besondern Vertrags ist vorerst, gleich dem über den allgemeinen Handelsverein am 24. September d. J. abgeschlossenen Vertrage, bis zum 31. December 1834 festgesetzt. Bei den zur weiteren Ausbildung des allgemeinen Handelsvereins, nach Art. III. des gedachten Vertrags vom 24. September d. J. von Zeit zu Zeit zu haltenden Zusammenkünften soll auch über die etwaige Vermehrung und Erstreckung des gegenwärtigen Vertrags, Berathung gepflogen werden.

ART. XIII. Derselbe soll blos in einer Originalurkunde ausgefertigt, und bei dem Kurfürstlichen Archive zu Cassel verwahrlich niedergelegt, allen theilnehmenden Staaten aber in vidimirten Abschriften zugestellt werden.

Urkundlich ist gegenwärtiger Vertrag von sämtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

So geschehen Cassel am eilften December Eintausend Achthundert Acht und zwanzig.

149.

Convention entre l'Hanovre et la ville libre et Anseatique de Bremen concernant la communication du bourg de Vegesack avec Bremerhaven, signée le 20 Décembre 1828.

(Sur copie officielle).

Zwischen dem Königlich - Großbritannisch - Hannoverischen Staats- und Cabinets-Ministerio und dem Senate der freien Hansestadt Bremen, ist zu weiterer Ausführung der Artikel XII. des zwischen der Krone Hannover und der freien Hansestadt Bremen am 11. Januar 1827 abgeschlossenen Staatsvertrags enthaltenen Bestimmungen, durch die dazu mit specieller,

gegenseitig ausgetauschter Vollmacht versehenen Unterzeichneten, die folgende, für beide Theile verbindliche Vereinbarung getroffen worden:

ART. I. Da die beabsichtigte Verbindung des Fleckens Vegesack mit der großen von Burg direct nach Bremerhaven führenden Hannoverschen Chaussee, für den nächsten Nothbedarf, schon durch eine Verbindungs-Chaussee, welche von Seiten Hannovers zugleich mit der gedachten großen Chaussee von der Wassermühle zu Lesum bis an die Auebrücke zu Vegesack angelegt und zu deren Unterhaltung von Seiten Hannovers auch das in den übrigen Theilen des Königreichs übliche Chaussee-Geld auf derselben erhoben werden wird; so wie durch einen ungepflasterten zu künftiger Anlage einer Chaussee geeigneten Fahrweg, welchen die Krone Hannover zu gleicher Zeit in gerader Linie zwischen Vegesack und Heilshorn einzuräumen und anlegen zu lassen zugesichert hat, erreicht werden dürfte; so entsagt die freie Hansestadt Bremen für die Dauer der nächsten 10 Jahre allen weiteren Ansprüchen auf eine vollständigere Erfüllung der in dem gedachten Artikel XII. des Staatsvertrags vom 11. Januar 1827 enthaltenen Bestimmungen.

ART. II. Sollte der eine oder der andere der contrahirenden Theile nach Ablauf solcher zehn Jahre diese weitere Erfüllung wünschenswerth finden, so verspricht die Krone Hannover auch den gedachten Fahrweg, zwischen Heilshorn und Vegesack, mit einer ordentlichen Chaussee versehen zu lassen, wogegen sich Bremen zur Erstattung der Hälfte der, von Seiten Hannovers darauf zu verwendenden Kosten, verbindlich macht.

So geschehen und vereinbart, unterzeichnet und untersiegelt, zu Hannover am zwanzigsten December des Jahres Eintausend Achthundert und Acht und zwanzig

(Gez.) JUST PHILIPP ROSE,
Geheimer Cabinets-Rath,
Bevollmächtigter des
Königl. Großbritannisch - Hannoverschen
Cabinets-Ministerii.

(Gez.) JOHAON SMIDT,
Bürgermeister und Bunde-
stags-Gesandter der
freien Hansestadt Bremen,
Bevollmächtigter
des Senats derselben.

150.

1828 *Traité d'amitié, de navigation et de commerce entre les Pays-Bas et le Brésil, signé le 20 Décembre 1828.*

(*Journal officiel du royaume des Pays-Bas. 1829*
Nr. 7. pag. 7).

Au nom de la très Sainte et Indivisible Trinité!

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, grand-duc de Luxembourg, et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, désirant resserrer les liens d'amitié, qui subsistent heureusement, entre les deux états, par la conclusion d'un traité d'amitié, de navigation et de commerce, basé sur l'intérêt réciproque de leurs sujets respectifs, ont à cette fin nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, le sieur Guillaume-Gérard Dedel, chevalier de l'Ordre du Lion-Belgique, plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur du Brésil; et Sa Majesté l'Empereur du Brésil, Leurs Excellences messieurs le Marquis de Aracaty, du conseil de Sa Majesté l'Empereur, gentilhomme de la Chambre impériale, Conseiller des Finances, Grand-Croix de l'ordre d'Avis, Sénateur de l'Empire, Ministre secrétaire-d'Etat pour les Affaires étrangères; Jose Clemente Pereira, du Conseil de Sa Majesté l'Empereur, Dignitaire de l'ordre impérial de Cruzeiro, chevalier de celui du Christ, Juge de la cour des supplications, Ministre secrétaire d'Etat pour les affaires de l'Empire; et Miguel de Mello e Alvim, du Conseil de Sa Majesté l'Empereur, Commandeur de l'ordre d'Avis, et chevalier de celui de Cruzeiro, chef de division de la flotte nationale et impériale, Ministre secrétaire d'Etat au Département de la Marine. Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans.

ART. I. Il y aura amitié constante entre Sa Majesté le Roi des Pays-Bas et Sa Majesté l'Empereur

du Brésil, leurs Héritiers et Successeurs de part et 1828 d'autre, ainsi qu'entre leurs sujets respectifs.

ART. II. Une liberté réciproque de commerce aura lieu entre les possessions de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas en Europe, et l'Empire du Brésil.

Les sujets respectifs des deux états jouiront d'une pleine liberté et sûreté pour se rendre avec leurs navires et leurs cargaisons dans tous les lieux, ports et rivières, où d'autres étrangers ont en ce moment, ou obtiendront par la suite la permission d'entrer, et pour séjourner et demeurer dans chaque partie des susdits états, comme aussi pour y louer et y occuper des maisons et des magasins à l'usage de leur commerce.

Pareillement les vaisseaux de guerre des deux nations auront de part et d'autre la liberté d'aborder sans empêchement et sûrement dans tous les ports, rivières et lieux, où les vaisseaux de guerre de quelque autre nation ont, ou obtiendront à l'avenir la liberté d'entrer, en se soumettant toutefois respectivement aux lois et réglemens des deux états contractans.

ART. III. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas accorde en outre aux sujets de Sa Majesté l'Empereur du Brésil dans toutes les possessions du Roi hors de l'Europe, la même liberté de navigation et de commerce, qui a été stipulée dans l'article précédent, sur le même pied que d'après les principes généraux de son système colonial, elle est actuellement accordée à d'autres nations.

ART. IV. Les deux parties contractantes sont convenues de considérer et de traiter réciproquement comme navires des Pays-Bas ou Brésiliens, tous ceux reconnus comme tels dans les possessions et états auxquels ils appartiennent respectivement, d'après les lois et réglemens existans ou à promulguer par la suite, desquelles lois et réglemens l'une partie donnera à temps communication à l'autre; bien entendu, que les commandans desdits navires pourront toujours prouver leur nationalité par des lettres de mer rédigées dans la forme usitée et munies de la signature des autorités compétentes du pays auquel le navire appartient.

ART. V. Les bâtimens des Pays-Bas qui entreront dans les ports du Brésil ou qui en sortiront, et les navires brésiliens qui entreront dans les ports des

1828 Pays-Bas, ou qui en sortiraient, ne seront sujets à des droits perçus sur les bâtimens, abstraction faite de leur cargaison, à titre de port, frêt, ancrage, phare, tonnage, visite, pilotage ou autre dénomination quelconque, autres ou plus considérables, que ceux qui sont actuellement, ou pourraient, par la suite, être imposés aux bâtimens nationaux.

ART. VI. Les hautes parties contractantes s'engagent mutuellement à ne point faire des prohibitions d'entrée ou de sortie, qui frapperaient les importations ou les exportations de l'un des deux pays, tout en ménageant celles d'autres pays, par rapport aux articles du même genre. Elles s'engagent à ne les grever d'aucuns droits ou autres charges quelconques, qui ne soient étendus en même temps, à toutes les importations ou exportations du même genre sans distinction de pays.

ART. VII. Toutes les marchandises qui pourront être importées dans les états respectifs des hautes parties contractantes à bord des bâtimens nationaux, ou qui pourront en être exportées de la même manière, pourront de même y être importées et en être exportées par les navires de l'autre partie contractante. Bien entendu que dans cette stipulation n'est pas compris le commerce de port à port, ni celui le long de la côte, appelé cabotage, lequel sera uniquement permis aux bâtimens nationaux.

ART. VIII. Les marchandises quelconques, sans distinction d'origine, de propriétaire, ni de consignataire, transportées des ports des Pays-Bas aux ports du Brésil ou de ces ports aux Pays-Bas en navires des Pays-Bas, ou en navires appartenant à une nation favorisée dans les ports brésiliens; et les marchandises importées d'un pays quelconque dans les ports du Brésil par des navires des Pays-Bas, ou exportées pour un pays quelconque des ports du Brésil par des navires des Pays-Bas, ne paieront au Brésil les droits d'entrée et de sortie, et les impôts de toute espèce, qu'au taux accordé au commerce direct et national de la nation la plus favorisée.

Il est convenu, qu'en parlant de nation la plus favorisée, la nation portugaise ne devra pas servir de terme de comparaison.

D'un autre côté, les marchandises quelconques sans distinction d'origine, de propriétaire, ni de consignataire, transportées des ports du Brésil aux ports des Pays-Bas, ou de ces ports au Brésil, en navires brésiliens, ou en navires appartenant à une nation favorisée dans les ports des Pays-Bas, et les marchandises importées d'un pays quelconque dans les ports des Pays-Bas par des navires brésiliens, ou exportées pour un pays quelconque des ports des Pays-Bas par des navires brésiliens, ne paieront dans lesdits ports les droits d'entrée et de sortie, et les impôts de toute espèce, qu'au taux accordé au commerce direct et national de la nation la plus favorisée.

ART. IX. Les primes, remboursements de droits, ou autres avantages de ce genre, accordés dans les Etats de l'une des hautes parties contractantes, à l'importation ou à l'exportation, dans les navires d'une nation étrangère quelconque, seront de même accordés, lorsque l'importation ou l'exportation se fera par des navires du pays de l'autre des hautes parties contractantes.

ART. X. Dans la navigation directe et indirecte entre les Pays-Bas et le Brésil, les manifestes visés par les Consuls des Pays-Bas ou brésiliens respectivement, ou lorsqu'il n'y en aurait pas, par les autorités locales, suffiront pour admettre les importations ou exportations respectives à la jouissance des faveurs stipulées dans l'article huitième.

ART. XI. Les marchandises indiquées par l'article huitième, jouiront, dans les douanes respectives, par rapport à leur évaluation, de tous les avantages et de toutes les facilités, qui sont ou qui seront accordés à la nation la plus favorisée. Il est entendu que lorsqu'elles n'auront pas une valeur déterminée dans le tarif brésilien, l'expédition en douane s'en fera sur une déclaration de leur valeur, signée de la partie qui les importera; mais dans le cas où les officiers de la douane, chargés de la perception des droits, soupçonneraient fautive cette évaluation, ils auront la liberté de prendre les objets ainsi évalués, en payant dix pour cent en sus de ladite évaluation, et ce dans l'espace de quinze jours, à compter du premier jour de la détention, et en restituant les droits payés.

1828 ART. XII. Chacune des parties contractantes pourra nommer des Consuls, afin de résider sur le territoire de l'autre pour la protection du commerce: mais avant que quelque Consul exerce ses fonctions comme tel, il devra être approuvé et admis dans la forme usitée par le Gouvernement, sur le territoire duquel il devra résider, tandis que chacune des deux parties se réserve le droit d'excepter de la résidence de Consuls tels points particuliers, sur lesquels elle ne juge pas expédient de les admettre.

Les Agens diplomatiques et Consuls du Brésil dans les possessions de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, jouiront de toutes les prérogatives, exemptions et immunités, qui sont ou seront accordées ultérieurement aux Agens du même rang de la nation la plus favorisée. Et réciproquement les Agens diplomatiques et Consuls du Roi, jouiront sur le territoire de Sa Majesté l'Empereur du Brésil, de toutes les prérogatives, exemptions et immunités, dont les Agens diplomatiques et Consuls du Brésil jouiront dans le Royaume des Pays-Bas.

ART. XIII. Sa Majesté le Roi des Pays-Bas et Sa Majesté l'Empereur du Brésil conviennent que le présent Traité sera valable pendant douze ans, à dater de l'échange des ratifications, et Leurs Majestés se réservent de convenir entre Elles de sa prolongation, ou de contracter un nouveau traité avant l'expiration de ce terme.

ART. XIV. Les ratifications du présent Traité seront échangées dans l'espace de quatre mois, à compter du jour de la signature, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et l'ont muni du sceau de leurs armes.

Ainsi fait à Rio de Janeiro, le 20 Décembre de l'an de grâce mil huit cent vingt-huit.

W. G. DEDEL.

Marquez DE ARACATY.

JOSE CLEMENTE PEREIRA.

MIGUEL DE SOUZA MELLO e ALVIM.

Le Ministre des Affaires Etrangères déclare que 1828 le Traité ci-dessus a été ratifié par le Gouvernement brésilien le vingt Décembre mil huit cent vingt-huit, et par celui des Pays-Bas le dix-huit Avril mil huit cent vingt-neuf, et que l'échange réciproque des actes de ratification a eu lieu à Bruxelles le vingt Avril suivant.

VERSTOLK DE SOELEN

151.

Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septbr. 1828, signé le 25 Décembre de la même année.

(Großherzogl. S. Weimar Eisenachses Regierungs-Blatt. Nr. 5. den 6. März 1829).

Nachdem Se. Durchlaucht der souveraine Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen den Wunsch zu erkennen gegeben, in Ansehung des oberherrschaftlichen Fürstlichen Landesanteils, ämlich der Herrschaft Arnstadt mit Amt-Gehren, in den, durch Vertrag vom 24. September dieses Jahrs gestifteten Verein mehrer deutschen Bundesstaaten zur Beförderung des freien Handels und Verkehrs aufgenommen zu werden: so ist in Gemäßheit der Casseler Verabredungen

von Seiten der Königlich Sächsischen Regierung durch den Königlich wirklichen Geheimenrath Hans Georg von Carlowitz auf Oberschöna, Domherrn des Hochstifts Merseburg, Komthur des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens, Großkreuz des Kaiserlich Oesterreichischen Leopold-, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Annen- und des Königlich Preussischen Johanner-Ordens;

1828 und von Seiten der Großherzoglich Sächsischen Regierung

durch den Großherzoglich wirklichen Geheimenrath, D. Christian Wilhelm Schweitzer, Großkreuz des Großherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst- und des Kurfürstlich Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Wladimir-Ordens vierter Klasse, und den Großherzoglich geheimen Legations-Rath und geheimen Referendar, Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Großherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, Komthur zweiter Klasse des Kurfürstlich Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen und Ritter des Königlich Sächsischen Civil-Verdienstordens.

Nahmens des Vereins mit dem von Seiten Sr. Durchlaucht des Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen hierzu bevollmächtigten

Fürstlichen wirklichen Geheimerath, Kanzler und Konsistorial-Präsidenten, Christian Wilhelm Friedrich Casper von Kauffberg

unterhandelt und nachstehender Beitrittsvertrag abgeschlossen worden

ART. I. Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen tritt, in Ansehung der Herrschaft Arnstadt mit Amt Gehren, dem Casseler Verträge vom 24. September dieses Jahres, so wie auch den Bestimmungen des Casseler Konferenz-Protocolls vom 5. vorigen Monats als Mitglied des Vereins und mit allen Rechten und Verbindlichkeiten eines solchen bei, ebenso, als wenn Se. Hochfürstliche Durchlaucht den obigen Vertrag und die nachträglichen Bestimmungen vom 5. dieses Monates ursprünglich mit abgeschlossen hätte.

ART. II. Die sämmtlichen höchsten und hohen Regierungen des Vereins nehmen diesen Beitritt Sr. Durchlaucht des Fürsten vorausbeschlossenermaßen an, und sichern Höchstdemselben alle aus dem gedachten Verträge vom 24. September und aus dem Konferenz-Protocolle vom 5. dieses Monathes fließenden Rechte hiermit ausdrücklich zu.

ART. III. Der gegenwärtige Accessions-Vertrag soll von Seiten Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht un-

verzüglich und spätestens in vierzehn Tagen ratificirt 1828 und von den Ratifications-Urkunden soll baldmöglichst eine Original-Ausfertigung jeder der Regierungen, welche den obigen Vertrag vom 24. September abgeschlossen haben, übersendet werden. Diese höchsten Regierungen werden dagegen Ihre Ratificationen ebenfalls, sobald als möglich dem Fürstlichen geheimen Konsilium zu Sondershausen zusenden.

Urkundlich ist gegenwärtiger Accessions-Vertrag von den genannten Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Siegeln bedruckt worden.

So geschehen Weimar den fünf und zwanzigsten December Eintausend Achthundert und Acht und zwanzig.

HANS GEORG VON CARLOWITZ.

D. CHRISTIAN WILHELM SCHWEITZER.

CARL FRIEDRICH ANTON VON CONTA.

CHRISTIAN WILHELM FRIEDRICH CASPER
VON KAUFFBERG.

152.

Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828; signé, le 25 Décembre de la même année.

(*Großherzoglich S. Weimar - Eisenach'sches Regierungs-Blatt* Nr. 5. den 6. März 1829).

In Folge des unter dem heutigen Datum abgeschlossenen Accessions-Vertrages Sr. Durchlaucht des Souverainen Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zu dem Casseler Verträge vom 24sten September dieses Jahres, ist zwischen den nachbenannten Bevollmächtigten, nämlich:

1828 von Seiten der Königlich Sächsischen Regierung: dem Königlich wirklichen Geheimen Rathe, Hans Georg von Carlowitz auf Oberschöna, Domherr des Hochstiftes Merseburg, Komthur des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-, Großkreuz des Kaiserlich Oesterreichischen Leopold-, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Annen- und des Königlich Preussischen Johanniter-Ordens und

von Seiten der Großherzoglich Sächsischen Regierung:

dem Großherzoglichen wirklichen Geheimen Rath, Dr. Christian Wilhelm Schweitzer, Großkreuz des Großherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst- und des Kurfürstlich-Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Wladimir-Ordens vierter Klasse, und dem Großherzoglichen wirklichen geheimen Legations-Rathe und geheimen Referendar, Carl Friedrich Anton von Conta, Ritter des Großherzoglich Sächsischen Hausordens vom weissen Falken, Komthur zweiter Klasse des Kurfürstlich Hessischen Hausordens vom goldenen Löwen und Ritter des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens,

eines Theils,

und

von Seiten Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht zu Schwarzburg Sondershausen, dem Fürstlichen wirklichen Geheimenrathe, Kanzler und Konsistorial-Präsidenten, Christian Wilhelm Friedrich Caspar von Kauffberg

andern Theils,

folgender weiterer Accessions-Vertrag verhandelt und abgeschlossen worden.

ART. I. Se. Durchlaucht, der Fürst zu Schwarzburg Sondershausen, tritt in Ansehung des oberherrschafflichen Fürstlichen Landesanteils, nämlich der Herrschaft Arnstadt mit Amt Gehren, auch dem, zwischen Sr. Majestät, dem Könige von Sachsen, Sr. Königlich Hoheit, dem Großherzoge von Sachsen Weimar-Eisenach, Ihren Durchlauchten den Herzogen von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha und Sachsen-Altenburg, Sr. Durchlaucht, dem Für-

sten zu Schwarzburg-Rudolstadt und Ihren Durch-1828
lauchten, den Fürsten Reufs, zu Schleitz, zu Lobenstein und Ebersdorf und zu Greiz, zu Cassel am 29. September d. J. geschlossenen Separat-Vertrage und dem Protocolle von demselben Datum, hiermit bei.

ART. II. Die in vorstehendem Artikel genannten Allerdurchlauchtigsten und Durchlauchtigsten Kontrahenten nehmen diesen Beitritt Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht zu Schwarzburg Sondershausen an, und Se. Majestät der König von Sachsen sichern Höchstdemselben für die Unterthanen der Herrschaft Arnstadt mit Amt Gehren insbesondere auch den, mittelst Kabinets - Registratur vom 1. November dieses Jahres den höchsten Theilhabern an dem Vertrage vom 29. September dieses Jahres für ihre respectiven Unterthanen zugestandenen Erlafs von fünf und zwanzig Procent von der, zu Leipzig für die daselbst eingebrachten Producte und Fabrikate nach den dort bestehenden tarifmäßigen Sätzen zu erlegenden Handels - Abgabe, ausdrücklich hiermit zu.

ART. III. Die Ratification des gegenwärtigen Accessions - Vertrages soll von Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht zu Schwarzburg - Sondershausen unverzüglich und spätestens in 14 Tagen ertheilt, und an jeden der kontrahirenden Höfe soll baldmöglichst eine Original-Ausfertigung derselben gesendet werden.

Die gedachten allerhöchsten und höchsten Höfe werden dagegen ihre Ratificationen so bald als möglich dem Geheimen Consilium zu Sondershausen zusenden.

Urkundlich ist vorstehender Accessions - Vertrag von den genannten Bevollmächtigten unterzeichnet und mit ihren Siegeln bedruckt worden.

So geschehen Weimar den fünf und zwanzigsten Dezember Eintausend Achthundert und Acht und Zwanzig.

HANS GEORG VON CARLOWIZ.

D. CHRISTIAN WILHELM SCHWEITZER.

CARL FRIEDRICH ANTON VON CONTA.

CHRISTIAN WILHELM FRIEDRICH CAS-
PAR VON KAUFFBERG.

153.

1828 *Convention entre la France et l'Espagne fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des 29 Janvier, 9 Février, 30 Juin et 10 Décembre de 1824 et la manière de les acquitter; signée à Madrid le 30 Décembre 1828.*

(*Journal de Francfort* 1829. Nr. 46.)

S. M. C. et S. M. T. C., désirant fixer d'un commun accord le montant des sommes que l'Espagne doit à la France, ainsi que celles que la France pourroit devoir à l'Espagne, en vertu des traités, des 29 janvier 9 février, 30 juin et 10 décembre 1824, et ayant résolu de fixer le mode de paiement de ladite dette par un traité spécial, ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires respectifs, savoir: S. M. C., don Emmanuel Gonzalez Salmon, etc.; et S. M. T. C., M. le vicomte de Saint-Priest, etc., qui, après s'être communiqué réciproquement leurs pleins-pouvoirs, ont arrêté les articles suivans:

ART. I. Pour effectuer le paiement des sommes que l'Espagne doit à la France, en vertu des traités des 29 janvier, 9 février, 30 juin et 10 décembre 1824, S. M. C. s'oblige à faire inscrire provisoirement sur le grand-livre de la dette publique de l'Espagne, au nom et en faveur du trésor royal de France, un capital de 80 millions de francs, dont les intérêts, calculés à raison de 3 p. c., produiront une rente de

153.

*Convenio entre S. M. Católica y S. 1828
M. Cristianísima, fijando el importe
de las sumas debidas por la España
à la Francia, igualmente que el de
las que la Francia deba à la España,
en virtud de los Convenios de 29 de
Enero, 9 de Febrero, 30 de Junio y
10 de Diciembre de 1824, y el modo
de satisfacerlas; fecho en Madrid
à 30 de Diciembre de 1828.*

*(Suplemento à la gaceta de Madrid del Jueves 29
de Enero de 1829).*

S. M. Católica y S. M. Cristianísima, deseando fijar de comun acuerdo el importe de las sumas debidas por la España à la Francia, igualmente que el de las sumas que la Francia deba à la España, en virtud de los Convenios de 29 de Enero, 9 de Febrero, 30 de Junio y 10 de Diciembre de 1824, y habiendo resuelto arreglar el modo de satisfacer dicho importe por medio de un Convenio especial, han nombrado al efecto por sus respectivos Plenipotenciarios, à saber: S. M. Católica à D. Manuel Gonzalez Salmon, etc. etc., y S. M. Cristianísima al señor vizconde de Saint-Priest, etc., los cuales, despues de haberse comunicadò sus respectivos plenos poderes, han convenido en los artículos siguientes:

ART. I. Para efectuar el pago de las sumas debidas por la España à la Francia, en virtud de los Convenios del 29 de Enero, 9 de Febrero, 30 de Junio y 10 de Diciembre de 1824, S. M. Católica se obliga à hacer inscribir provisionalmente en el gran libro de la deuda pública de España, à nombre y à favor del Real tesoro de Francia, un capital de 80 millones de francos, cuyos réditos calculados à razon de 3 por 100,

786 *Convention de liquid. entre la France.*

1828 2,400,000 fr., qui commencera à courir à dater du 1^{er} janvier 1829. Le paiement de la dite rente aura lieu tous les six mois à Paris entre les mains du commissionné que S. M. T. C. désignera à cet effet. Le premier semestre sera payé le 1^{er} juillet 1829, et le second le 1^{er} janvier 1830, et ainsi successivement de six en six mois. Au dos des certificats d'inscriptions, qui seront délivrés au trésor royal de France, seront indiqués avec les formalités convenables les paiemens effectués.

ART II. En outre de la rente de 2,400,000 fr., créée en vertu de l'article précédent, et destinée au paiement des intérêts du capital provisoire de 80 millions, S. M. C. s'oblige à faire payer, à dater 1^{er} juillet 1829, et également par moitié tous les six mois, au commissionné de S. M. T. C. une somme annuelle de 1,600,000 fr., équivalent au 2 p. c. du susdit capital, et destinée à son amortissement. Les rentes rachetées serviront à augmenter le fonds d'amortissement, en faveur duquel on mettra l'annotation de transfert, à la fin de chaque semestre, sur un registre particulier, tenu à cet effet par le commissionné de S. M. T. C.

ART. III. Une année après l'échange des ratifications, les deux gouvernemens se communiqueront réciproquement le montant de leurs réclamations respectives, en en présentant, autant qu'il sera possible, le compte détaillé, et en prenant pour base les traités ci-dessus indiqués. Si de l'examen de ces deux documens il résulteroit que la somme due à la France par l'Espagne ne s'élevoit pas à celle de 80 millions de francs, adoptée provisoirement comme base de sa dette, on fera une réduction proportionnée sur la somme qu'elle doit payer annuellement pour les intérêts et l'amortissement du susdit capital, et la France tiendra compte à l'Espagne de ce qu'elle aura touché de plus. Si, au contraire, la somme due à la France s'éleve à plus de 80 millions, alors on inscrira sur le grand-livre de la dette publique de l'Espagne une rente proportionnée au dit excédant, et le paiement de ses intérêts et de son amortissement aura lieu de la même manière, et commencera également à courir du 1^{er} janvier 1829.

producirán una renta anual de 2,400,000 francos, que 1828 principiarán á correr desde el 1. de Enero de 1829. El pago de dicha renta se verificará cada seis meses en Paris, en manos del comisario que S. M. Cristianísima designe al efecto. El primer semestre será pagado en 1. de Julio de 1829, el segundo en 1. de Enero de 1830, y así sucesivamente de seis en seis meses. En el dorso de los certificados de inscripcion, que se entregarán al Real tesoro de Francia, se indicarán con las formalidades convenientes los pagos efectuados.

ART. II. Además de la renta de 2,400,000 francos creada en virtud del artículo que precede, y destinada al pago de los réditos del capital provisional de 80 millones, S. M. Católica se obliga á hacer entregar desde la misma época de 1. de Enero de 1829, é igualmente por mitad cada seis meses, al comisario de S. M. Cristianísima, una suma anual de 1,600,000 francos, equivalente al 2 por 100 del mencionado capital, y destinada á amortizarse. Las rentas redimidas servirán á aumentar el fondo de amortizacion, á favor del cual se extenderá el asiento de traslado al fin de cada semestre, en un registro particular que al efecto llevará el comisario de S. M. Cristianísima.

ART. III. Un año despues de verificado el cange de las ratificaciones, ambos gobiernos se comunicarán recíprocamente el importe de sus respectivas reclamaciones, presentando en cuanto sea posible la cuenta detallada de ellas, para lo que tomarán por base los Convenios de 1824 arriba citados. Si del exámen de estos documentos resultare que la suma debida por la España á la Francia no llega á la de 80 millones de francos, adoptada provisionalmente como base de su deuda, se hará una reduccion proporcional en la suma que anualmente ha de satisfacer para pago de los réditos y de la amortizacion del susodicho capital; y la Francia abonará á la España en cuenta lo que haya cobrado de mas. Pero si al contrario la suma debida á la Francia excede á la de 80 millones, entonces se inscribirá en el gran libro de la deuda pública de España una renta proporcionada á dicho excedente ó demasía, y el pago de sus réditos y amortizacion se efectuará del mismo modo, y principiará igualmente á correr desde 1. de Enero de 1829.

788 *Convention de liquid. entre la France*

1828 ART. IV. S. M. C. affecte dès ce moment la contribution dite de *paille et ustensiles*, au paiement de la rente de 4 millions, créée en vertu des articles précédens, ainsi qu'aux arrérages et à l'amortissement des sommes dont l'Espagne pourroit être ultérieurement reconnue débitrice envers la France. Dans le cas où le produit de cette contribution ne seroit pas suffisant, S. M. C. affecte à cet objet tous les autres revenus de sa couronne.

ART. V. Le présent traité sera ratifié, et les ratifications seront échangées dans le délai de six semaines, ou avant s'il est possible.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs, en vertu de leurs pleins pouvoirs, ont signé le présent traité, qu'ils ont scellé de leurs armes.

Fait double à Madrid, le 30 décembre 1828.

EMMANUEL - GONZALEZ SALMON,
Le vicomte de St.-Priest.

ART. IV. S. M. Católica aplica desde luego la contribucion llamada de paja y utensilios al pago de la renta de cuatro millones creada en virtud de los artículos precedentes, y también al de los réditos y amortizacion de las sumas de que la España pueda ulteriormente resultar deudora á la Francia. En caso que el producto de esta contribucion sea insuficiente, S. M. Católica aplica á este objeto todas las demas rentas de su Corona. 1828

ART. V. El presente Convenio será ratificado, y las ratificaciones cangeadas en el término de seis semanas, ó antes si fuere posible.

En fe de lo cual los Plenipotenciarios respectivos, en virtud de sus plenos poderes, han firmado el presente Convenio, y puesto en él el sello de sus armas. —

Fecho por duplicado en Madrid á 30 de Diciembre de 1828. —

(Firmado.) MANUEL GONZALEZ SALMON.
El vizconde de Saint-Priest.

I.

TABLE CHRONOLOGIQUE

des traités renfermés dans ce tome.

1820.

- 1820 25 Août Convention entre le Danemarc et la Pag.
principauté de Waldeck, concernant l'abo-
lition réciproque du droit de détraction. 1

1821.

- 1821 Ordonnance de S. M. le Roi de Danemarc,
concernant les droits et les privilèges des
agens consulaires des puissances étran- 3
gères en Danemarc.
29 Sepr. Déclaration concernant l'abolition du
droit d'aubaine entre la confédération Suisse
et le royaume des Deux - Siciles. 4

1822.

- 1822 $\frac{18 \text{ Août}}{12 \text{ Sepr.}}$ Convention entre la Hesse électorale et
le duché de Saxe-Cobourg, concernant
l'extradition réciproque des vagabonds. 5

1823.

- 1823 1 Févr. Convention entre le Danemarc et le grand
duché de Mecklenbourg - Strelitz, concer-
nant l'extradition réciproque des désert-
teurs et des conscrits réfractaires. 7

Table Chronologique.

791

7 Mars	Convention entre le Danemarck et la Suède concernant la réception réciproque des criminels et des vagabonds en Danemarck et en Norvège.	1823
1 Avril	Convention entre le Danemarck et le grand duché de Mecklenbourg-Schwerin, concernant l'extradition réciproque des criminels et des conscrits réfractaires.	Pag. 14 16
22 Avril	Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Waldeck concernant la réception réciproque des vagabonds.	23
26 Mai	Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit d'aubaine entre la confédération Suisse et le royaume des Deux-Sicules.	24
20 Mai	Circulaire de la chancellerie Danoise concernant le traitement des corsaires étrangers.	26
<u>15 Juillet</u> <u>29 Sepr.</u>	Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction entre la confédération Suisse et le grand-duché de Hesse.	28

1824.

28 Janv.	Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction entre le Danemarck et le duché d'Oldenbourg.	1824 30
26 Févr.	Déclaration concernant l'abolition réciproque du droit de détraction entre le Danemarck et la ville libre et anséatique de Hambourg.	31
22 Mars	Déclaration concernant l'abolition du droit d'aubaine entre le royaume des Deux-Sicules et la confédération Suisse.	33
6 Mars	Convention entre la Hesse électorale et le duché de Saxe-Meiningen, concernant la réception réciproque des vagabonds.	34
<u>15 Mars</u> <u>13 Fevr.</u>	Déclaration entre la Hesse électorale et le grand-duché de Saxe-Weimar, concernant la réception réciproque des vagabonds.	36

1824 2 Juill. Traité de limites entre l'Hanovre et le royaume des Pays - Bas. Pag. 379

1825.

- 1825 4 Avril Convention entre la Prusse et la Saxe royale en exécution du 1^{er} paragraphe du XXII^{ème} article de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Août 1819, concernant les fondations pieuses. 411
- 27 Sept. Convention entre la Prusse et la Saxe royale pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers intéressés. 434
- 15 Nov. Edit par lequel S. M. Jean VI, roi de Portugal, a déclaré formellement qu'il reconnoissoit son fils aîné Dom Pedro, comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal. 515
- 6 Décbr. Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant les prétentions réciproques des fondations du royaume et du duché de Saxe. 441
- 28 Décbr. Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant le partage des fondations locales et privées dans le royaume et dans le duché de Saxe non comprises dans le partage réglé par la convention principale du 28 Août 1819 et par les conventions supplémentaires du 4 Avril et du 27 Septembre 1825. 447

1826.

- 1826 26 Janv. Ordonnance de S. A. R. le grand - duc de Bâde concernant le commerce avec le royaume de Wurtemberg. 36
- 2 Févr. Convention entre le grand - duché de Bâde et celui de Hesse concernant le commerce sur les frontières respectives des deux états 38

4 Avril	Protocole relatif aux affaires de la Grèce, signé à St. Petersbourg entre la Russie et la Grande-Bretagne	1826
15 Avril	Convention entre le grand-duché de Bâde et le royaume de Wurtemberg, concernant le commerce sur les frontières respectives des deux états	40
24 Juin	Récès principal de liquidation entre le Danemarck et l'Hanovre concernant le duché de Lauenbourg	44
30 Août	Convention entre la Bavière et la principauté de Reuss-Greiz concernant l'obligation au service militaire par rapport aux émigrations	47
21 Sept.	Décret du pouvoir exécutif de la république de Colombie concernant le commerce sur les côtes de Guagiri, de Darien et de Mosquitos	74
26 Octbr. 20 Nov.	Convention conclue entre le royaume des Pays-Bas et les royaumes de Suède et de Norvège à l'égard d'une abolition réciproque du droit de détraction	76
26 Débr.	Traité d'amitié, de commerce et de navigation entre la Grande-Bretagne et les États-Unis du Mexique, avec deux articles additionnels	78
		80

1827.

11 Janv.	Traité entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Bremen, concernant les rapports de commerce et de navigation et l'établissement d'un port sur la Geeste et le Weser	1827
19 Janv.	Déclaration concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre les États-Unis de l'Amérique septentrionale et le duché d'Oldenbourg	100
19 Janv.	Convention entre S. M. le Roi de la Grande-Bretagne et S. A. R. l'infante régente de Portugal	113
23 Janv.	Déclaration concernant les mesures concertées entre la Prusse et le duché de	114. 461

1827	Brunsvic pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes	Pag. 120
30 Janv.	Traité pour régler les limites entre la France et le grand-duché de Bâde (Extrait)	123
3 Mars	Publication concernant l'admission réciproque des sujets de Pélectorât de Hesse et du royaume de Bavière au privilège des pauvres de faire plaider leurs causes gratis	130
8 Mars	Déclaration concernant l'abolition de la gabelle d'émigration et du droit de déduction entre le Wurtemberg et la Sardaigne	131
10 Mars	Convention entre la France et la Bavière pour l'extradition des déserteurs	132
12 Mars	Convention entre le grand-duché de Hesse d'une part et la Russie et la Pologne de l'autre, concernant l'abolition du droit de déduction	137
14 Mars	Traité de commerce et de navigation entre S. M. le Roi de Suède et de Norvège d'une part et S. M. le Roi de Prusse de l'autre	138
14 Mars	Convention entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Hambourg, concernant la restitution des frais de justice en cas d'extradition de criminels	142
20 7 Mars	Déclaration signée entre le royaume de Saxe et le duché de Saxe-Altenbourg concernant les rapports féodaux et de juridiction entre les deux états	143
11 Avril	Bulles concernant l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1827 et publiées en Bâde le 16 Octobre 1827, en Wurtemberg le 24 Octobre et en Nassau le 9 Octobre de la même année	146
12 Avril	Traité de commerce et de douanes entre la Bavière et le Wurtemberg	167

28 Avril	Traité entre le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen, concernant les rapports de juridiction	1827
8 Mai	Ordonnance de S. M. Catholique relative aux consuls et vice-consuls étrangers en Espagne	178
12 Mai	Convention entre la Sardaigne et plusieurs cantons Suisses au sujet des établissemens reciproques, avec les actes y relatifs	192
18 Mai	Déclarations entre le Danemarck et la Russie, relativement à l'abolition du droit de détraction	193
22 Mai	Convention entre le grand-duché de Saxe-Weimar et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen, concernant la réception réciproque des vagabonds	202
28 Mai	Convention entre la Suède et la Porte, qui accorde aux bâtimens Suédois et Norvégiens le privilège de naviguer sur la mer noire	204
29 Mai	Déclaration signée entre les Pays-Bas et la Suède et la Norvège relativement à l'extradition des matelots déserteurs	209
30 Mai	Convention entre la France et la Suisse concernant les établissemens réciproques, avec les actes y relatifs	214
17 Juin	Traité de commerce et de navigation entre l'Autriche et le Brésil	216
15 Juin	Traité d'amitié, de navigation et de commerce conclu entre le royaume des Pays-Bas et les Etats-Unis du Mexique	225
18 Juin	Concordat entre le Pape et le royaume des Pays-Bas, avec les Bulles et autres pièces qui y sont relatives	230
$\frac{15 \text{ Août}}{19 \text{ Juin}}$	Déclaration concernant le renouvellement de la convention d'étappes conclue entre la Prusse et la principauté de Lippe-Detmold le $\frac{18 \text{ Juin}}{15 \text{ Août}}$ 1818	242
23 Juin	Traité entre le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Hechingen, concernant les rapports de juridiction	270

1827	4 Juill.	Traité d'amitié et de commerce entre Sa Majesté le roi de Suède et de Norvège d'une part et les Etats - Unis de l'Amérique septentrionale de l'autre	Pag. 271
	6 Juill.	Traité pour la pacification de la Grèce, conclu entre la Grande-Bretagne, la France et la Russie et signé à Londres	282. 465
	9 Juill.	Traité d'amitié, de navigation et de commerce entre S. M. le Roi de Prusse et S. M. l'Empereur du Brésil avec un article additionnel du 18 Avril 1828	470
	11 Juill.	Convention additionnelle entre le grand-duché de Bâde, et le grand-duché de Hesse concernant les délits forestiers et autres semblables	290
	21 Juill.	Convention entre la Prusse et la France concernant la réception réciproque des sujets de la classe ouvrière qui se sont rendus sur le territoire de l'un ou de l'autre état pour y exercer leur métier	292
	6 Août.	Convention de commerce entre la Grande-Bretagne et les Etats - Unis de l'Amérique septentrionale	476
	6 Août.	Convention entre la Grande-Bretagne et les Etats - Unis de l'Amérique septentrionale concernant le territoire de la côte nord-ouest de l'Amérique	477
	16 Août	Ordre de cabinet de S. M. le Roi de Prusse relatif à la conclusion d'un arrangement avec les différens états de la confédération Germanique pour la protection commune des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	294
	17 Août	Traité d'amitié et de commerce entre la Grande-Bretagne et le Brésil	479
	18 Août	Convention entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Bremen, concernant l'exécution des dispositions des articles XI, XIII et XIV du traité du 11 Janvier 1827	295
	11 Sept.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et l'Hanovre pour la protection	

	des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	Pag. 302	1827
12/20	Sept. Traité entre le grand - duché de Bâde et la principauté de Hohenzollern - Sigmaringen pour régler les rapports de juridiction	303	
18	Sept. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la Hesse grand - ducale pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	317	
24	Sept. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Schaumbourg-Lippe pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	319	
27	Sept. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et le duché d'Oldenbourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	321	
29	Sept. Convention de cartel, conclue entre le duché de Saxe-Altenbourg et celui de Saxe-Gotha	322	
29	Sept. Convention entre la Grande-Bretagne et les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du cinquième article du traité de Gand	491	
4	Oct. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le duché de Brunsvic pour la protection des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	326	
6	Oct. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	327	
10	Oct. Convention entre le grand duché de Saxe-Weimar et le duché de Saxe-Meiningen, concernant les frais de justice en matières criminelles	329	

- 1827 16 Octr. Traité entre l'Espagne et la Porte Ottomane concernant la navigation et le commerce de la mer noire Pag. 496
- 19 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la ville libre et anséatique de Lubec pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 330
- 20 Octr. Déclaration du ministère Prussien, concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Lippe-Detmold pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 332
- 20 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la ville libre et anséatique de Brême pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 333
- 20 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon. 335
- 28 Octr. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la Saxe royale pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 336
- 6 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement pris entre la Prusse et le duché de Nassau pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 338
- 7 Nov. Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 506
- 17 Nov. Traité de commerce et de navigation entre le Brésil et les villes libres et anséa-

	tiques de Lubeck, de Hambourg et de Brême	Pag. 340	1827
22 Nov.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	353	
26 Nov.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et la principauté de Waldeck pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	508	
27 Nov.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Strelitz pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	509	
27 Nov.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le duché de Saxe-Cobourg et Gotha pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	355	
27 Nov.	Convention entre la Hesse grand-ducale et de duché de Nassau concernant les insinuations judiciaires	357	
10 Décbr.	Déclarations entre la confédération Suisse et S. M. le roi de Danemarck concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration	358	
11 Décbr.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre Prusse et le duché d'Anhalt-Dessau, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	511	
11 Décbr.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement concerté entre la Prusse et le Danemarck, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon, tant dans la monarchie Prussienne que dans les		

- 1827 duchés de Holstein, de Lauenbourg et de
Schleswic Pag. 513
- 20 Décbr. Convention d'amitié, de commerce et
navigation entre les républiques libres et
anséatiques de Brême, Lubeck et Ham-
bourg et les Etats-Unis d'Amérique,
avec un article additionnel du 4 Juin 1828. 362

1828.

- 1828 4 Janv. Déclaration du ministère Prussien con-
cernant un arrangement entre la Prusse
et le grand-duché de Bâde pour la pro-
tection des droits des auteurs et des li-
braires contre la contrefaçon 516
- 5 Janv. Déclaration entre la Saxe royale et le
Wurtemberg concernant les frais de jus-
tice en matières criminelles 518
- 8 Janv. Déclaration du ministère Prussien concer-
nant un arrangement entre la Prusse et
le duché de Saxe-Altenbourg pour la
protection des droits des auteurs et des
libraires contre la contrefaçon 519
- 8 Janv. Déclaration du ministère Prussien con-
cernant un arrangement entre la Prusse
et la principauté de Hohenzollern-He-
chingen, pour la protection des droits
des auteurs et des libraires contre la con-
trefaçon 521
- 9 Janv. Déclaration du ministère Prussien con-
cernant un arrangement entre la Prusse
et le duché d'Anhalt-Bernbourg, pour
la protection des droits des auteurs et
des libraires contre la contrefaçon 522
- 10 Janv. Déclaration du ministère Prussien con-
cernant un arrangement entre la Prusse
et les principautés de Reuss-Schleitz et
et de Reuss-Lobenstein, pour la pro-
tection des droits des auteurs et des li-
braires contre la contrefaçon 524
- 18 Janv. Déclaration du ministère Prussien concer-
nant un arrangement entre la Prusse et
le grand-duché de Saxe-Weimar pour
la protection des droits des auteurs et des
libraires contre la contrefaçon 526

18 Janv.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et la ligue aînée de Reuss - Plauen, pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1828
18 Janv.	Traité fondamental de douanes entre la Bavière et le Wurtemberg	Pag. 528 529
25 Janv.	Déclaration concernant l'arrangement entre la Prusse et la Saxe royale par rapport à la contrefaçon	546
23 Janv.	Déclaration du ministère Prussien concernant la prolongation de la convention du 23 Juin 1821 relative à la procédure de révision sur l'Elbe, pour un terme ultérieur de six ans	547
7. Févr.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le duché de Saxe-Meiningen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	549
14 Févr.	Traité de commerce et de douanes entre la Prusse et le grand-duché de Hesse	550
19 Févr.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et le royaume de Wurtemberg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	562
22 Févr.	Traité de paix entre la Russie et la Perse conclu et signé à Tourkmantschaï	564
$\frac{26}{24}$ Févr.	Convention de commerce et d'amitié entre S. M. le Roi de Suède et de Norvège d'une part et S. M. l'Empereur de Toutes les Russies de l'autre	572
15 Mars	Convention entre le Wurtemberg et le duché de Saxe - Meiningen concernant les fraix de justice en matières criminelles et de concours des créanciers	593
17 Mars	Conventions entre le Wurtemberg et la Saxe royale, le grand-duché de Saxe et le duché de Brunsvic concernant les fraix de justice en matières criminelles	594
19 Mars	Convention entre l'électorat de Hesse et le grand-duché de Saxe - Weimar - Eisenach, concernant l'extradition de cri-	

1828	minels et d'autres rapports de juridiction criminelle	Pag. 595
20 Mars	Convention entre le Wurtemberg et le grand-duché de Hesse concernant les fraix de justice en matières civiles	600
23 Mars	Publication concernant l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration entre la Russie et le duché d'Oldenbourg	601
27 Mars	Convention entre la Prusse et le duché de Nassau, concernant le remboursement des fraix de justice en matières criminelles	602
<u>2 Avril</u> <u>12 Juin</u>	Convention entre la Hesse électorale et la principauté de Waldeck concernant les délits forestiers, de chasse et de pêche	604
26 Avril	Traité de commerce et de navigation entre S. M. le Roi de Danemarck et S. M. l'Empereur du Brésil	608
1 Mai	Traité de commerce et de navigation entre la Prusse et les Etats-Unis d'Amérique	615
20 Mai	Convention entre l'Hanovre et le grand-duché de Saxe-Weimar-Eisenach, concernant l'extradition des criminels	622
2 Juin	Convention entre la Prusse et la Saxe royale concernant le convent de Joachimstein près de Radmeritz	627
<u>5 Juill.</u> <u>10 Juin</u>	Déclaration échangée entre les gouvernemens des Pays-Bas et de Prusse par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue entre les dits gouvernemens le 11 Juin 1818, pour le terme de six années	638
6 Juill.	Traité de paix entre la république de Bolivie et la république de Pérou	639
13 Juill.	Déclaration du ministère Prussien concernant un arrangement entre la Prusse et la ville libre de Hambourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	644
14 Juill.	Traité entre l'Autriche et la confédération Suisse concernant l'extradition réciproque des criminels	646

- 17 Juill. Traité entre la Prusse et les duchés d'Anhalt - Cöthen et d'Anhalt - Dessau concernant la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe Pag. 653 1828
- 17 Juill. Traité entre la Prusse et les duchés d'Anhalt - Cöthen et d'Anhalt - Dessau concernant les rapports mutuels des douanes et du commerce 656
- 18 Juill. Traité entre la France et la confédération Suisse, concernant les rapports de voisinage, de justice et de police 665
- 25 Juill. Convention de cartel entre la Prusse et la France 671
- 26 Juill. Convention entre la Bavière et la ligne cadette de Reufs Plauen concernant la juridiction en matières de concours des créanciers 676
- 6 Août Traité entre l'amiral Codrington et Mehemet - Aly - pacha, pour l'évacuation de la Morée 679
- 17 Août Convention de cartel entre le royaume des Pays - Bas et le duché de Nassau 682
- 27 Août Traité de paix entre le Brésil et la république des provinces unies de Rio de la Plata 686
- 24 Septr. Traité concernant le commerce conclu entre l'Hanovre, la Saxe royale, la Hesse électorale, la Saxe grand-ducale, le duché de Brunsvic, le landgraviat de Hesse-Hombourg, les duchés de Nassau, d'Oldenbourg, de Saxe-Altenbourg, de Saxe-Cobourg - Gotha et de Saxe-Meiningen et les lignes aînées et cadettes de Reuss Greiz, de Reuss Lobenstein et Ebersdorf et de Reufs Schleiz, la principauté de Schwarzbourg Rudolstadt et les villes libres de Bremen et de Francfort 691
- 26 Septr. Règlement de douanes concerté entre le Wurtemberg, la Bavière et les principautés de Hehenzollern - Hechingen et de Hohenzollern - Sigmaringen 703

- 1828 29 Sept. Traité concernant le commerce entre la Saxe royale, la Saxe grand-ducale, les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen et les principautés de Reuss et de Schwarzbourg-Rudolstadt Pag. 731
- 4 Oct. Traité de commerce et de navigation entre la Prusse et les villes libres et anséatiques de Lubec, de Bremen et de Hambourg 742
- 28 Oct. Convention entre la Grande-Bretagne et l'Espagne pour l'arrangement définitif des réclamations des sujets britanniques et espagnols, conformément à la convention de Madrid du 12 Mars 1823 747
- 31 Oct. Convention entre l'Hanovre et la ville libre de Bremen concernant l'établissement provisoire d'une quarantaine commune 758
- 5 Nov. Déclaration relative aux mesures concertées entre la Prusse et le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes, 763
- 21 Nov. Convention entre la Russie et la Bavière concernant l'extension réciproque de la franchise du droit de déduction sur le royaume de Pologne 765
- 22 Nov. Convention entre le Wurtemberg et le duché de Saxe-Altenbourg concernant les frais de justice en matières criminelles 766
- 11 Décbr. Traité entre la Hesse électorale d'un côté et la Saxe grand-ducale, les duchés de Saxe-Meiningen et de Saxe-Cobourg-Gotha de l'autre côté concernant les rapports mutuels de commerce 767
- 20 Décbr. Convention entre l'Hanovre et la ville libre et anséatique de Bremen concernant la communication du bourg de Vegesack avec Bremerhaven 772
- 20 Décbr. Traité d'amitié, de navigation et de commerce entre les Pays-Bas et le Brésil 774

- 25Décbr. Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828
Pag. 779
- 25Décbr. Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828
781
- 30Décbr. Convention entre la France et l'Espagne fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des 29 Janvier, 9 Février, 30 Juin et 10 Décembre de 1824 et la manière de les acquitter.
784
-

II.

TABLE ALPHABÉTIQUE.

Amérique septentrionale (Etats-Unis de l')

- 1827 19 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec le duché d'Oldenbourg Pag. 113
- 4 Juill. Traité d'amitié et de commerce avec la Suède et la Norvège 271
- 6 Août Convention de commerce avec la Grande-Bretagne 476
- 6 Août Convention avec la Grande - Bretagne conc. le territoire de la côte nord-ouest de l'Amérique 477
- 29 Sepr. Convention avec la Grande-Bretagne, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du 5^{ème} art. du traité de Gand 491
- 20 Décbr. Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les républiques libres et an-séatiques de Brême, Lubec et Hambourg, avec un article additionnel du 4 Juin 1828 362
- 1828 1 Mai Traité de commerce et de navigation avec la Prusse 615

Angleterre voyez Grande - Bretagne.

Anhalt - Bernbourg.

- 1828 9 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 522

Anhalt-Cöthen.

17 Juill.	Traité avec la Prusse conc. la franchise des sujets réciproq. du péage de l'Elbe	653	1828
17 Juill.	Traité avec la Prusse conc. les rapports mutuels des douanes et du commerce	656	

Anhalt-Dessau.

11 Décbr.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	511	1827
17 Juill.	Traité avec la Prusse conc. la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe	653	1828
17 Juill.	Traité avec la Prusse conc. les rapports mutuels des douanes et du commerce	656	

Autriche.

17 Juin	Traité de commerce et de navigation avec le Brésil	225	1827
14 Juill.	Traité avec la Suisse conc. l'extradition réciproque des criminels	646	1828

Bâde.

25 Janv.	Ordonnance conc. le commerce avec le royaume de Wurtemberg	36	1826
2 Févr.	Convention avec la Hesse grand-ducale conc. le commerce sur les frontières respectives des deux états	38	
15 Avril	Convention avec le royaume de Wurtemberg, conc. le commerce sur les frontières respectives des deux états	44	
30 Janv.	Traité pour régler les limites avec la France (Extrait)	123	1827
11 Avril	Bulles concernant l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1821 et publiées en Bâde le 16 Octobre 1827	146	
11 Juill.	Convention additionnelle avec le grand-duché de Hesse conc. les délits forestiers et autres semblables	290	
12 ^o / ₂₀ Sept.	Traité avec la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen pour régler les rapports de juridiction	303	

- 1828 4 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon Pag. 676

Bavière.

- 1826 30 Août Convention avec la principauté le Reuss-Greiz, conc. l'obligation au service militaire par rapport aux émigrations 74
- 1827 3 Mars Publication conc. l'admission des sujets de l'électorat de Hesse au privilège des pauvres de faire plaider leurs causes gratis 130
- 10 Mars Convention avec la France pour l'extradition des déserteurs 132
- 12 Avril Traité de commerce et de douanes avec le Wurtemberg 167
- 1828 18 Janv. Traité fondamental de douanes avec le Wurtemberg 529
- 26 Juill. Convention avec la ligne cadette de Reuss-Plauen conc. la juridiction en matières de concours des créanciers 676
- 26 Sept. Règlement de douanes concerté avec le Wurtemberg et les principautés des Hohenzollern-Hechingen et de Hohenzollern-Sigmaringen 703
- 21 Nov. Convention avec la Russie conc. l'extension réciproque de la franchise du droit de déduction sur le royaume de Pologne 765

Bolivia.

- 1828 6 Juill. Traité de paix avec la république de Pérou 639

Brémen (Ville libre de).

- 1827 11 Janv. Traité avec l'Hanovre conc. les rapports de commerce et de navigation et l'établissement d'un port sur la Geeste et le Weser 100
- 18 Août Convention avec l'Hanovre, conc. l'exécution des dispositions des articles XI, XIII, et XIV du traité du 11 Janv. 1827 295
- 20 Oct. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 333

17 Nov.	Traité de commerce et de navigation avec le Brésil	1827
	Pag. 340	
20 Décbr.	Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis d'Amérique, avec un article additionnel du 4 Juin 1828	362
24 Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy. la Hesse élect. la Saxe gr. duc. le duché de Brunsvic etc.	1828
		691
4 Oct.	Traité de commerce et de navigation avec la Prusse	742
31 Oct.	Convention avec l'Hanovre conc. l'établissement provisoire d'une quarantaine commune	758
20 Décbr.	Convention avec l'Hanovre conc. la communication du bourg de Vegesack avec Bremerhaven	772

Brésil.

15 Nov.	Edit par lequel S. M. Jean, roi de Portugal, a déclaré formellement, qu'il reconnoissoit son fils aîné, Dom Pedro, comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal	1825
		515
17 Juin	Traité de commerce et de navigation avec l'Autriche	1827
		225
9 Juill.	Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec la Prusse, avec un article additionnel du 18 Avril 1828	470
17 Août	Traité d'amitié et de commerce avec la Grande-Bretagne	479
17 Nov.	Traité de commerce et de navigation avec les villes libres et anséatiques de Lubeck, de Hambourg et de Brème	340
26 Avril	Traité de commerce et de navigation avec le Danemarck	1828
		608
27 Août	Traité de paix avec la république de Rio de la Plata	686
24 Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy. la Hesse élect. la Saxe gr. ducale etc.	691
20 Décbr.	Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec les Pays-Bas	774

Brunsvic.

- 1827 23 Janv. Déclaration conc. les mesures concertées avec la Prusse pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes Pag. 120
- 4 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 326
- 1828 17 Mars Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles 594

Buenos Ayres (Provinces Unies de Rio de la Plata).

- 1828 27 Août Traité de paix avec le Brésil 686

Colombie.

- 1826 21 Sepr. Décret du pouvoir exécutif conc. le commerce sur les côtes de Guagiri, de Darien et de Mosquitos 76

Danemarc.

- 1820 25 Août Convention avec la principauté de Waldeck conc. l'abolition du droit de détraction 1
- 1821 Ordonnance, conc. les droits et les privilèges des agens consulaires des puissances étrangères 3
- 1823 1 Févr. Convention avec le grand-duche de Mecklenbourg-Strelitz, conc. l'extradition réciproque des déserteurs et des conscrits réfractaires 7
- 7 Mars Convention avec la Suède, conc. la réception réciproque des criminels et des vagabonds en Danemarc et en Norvège 14
- 1 Avril Convention avec le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin, conc. l'extradition réciproque des criminels et des conscrits réfractaires 16
- 20 Mai Circulaire de la chancellerie conc. le traitement des corsaires étrangers 26
- 1824 28 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le duché d'Oldenbourg 30

26 Févr.	Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec la ville libre et anseatique de Hambourg	1824	31
24 Juin	Récès principal de liquidation avec l'Hannovre conc. le duché de Lauenbourg	1826	47
18 Mai	Déclaration relativement à l'abolition du droit de détraction avec la Russie	1827	202
10 Décbr.	Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec la Suisse		358
11 Décbr.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon tant dans la monarchie Prussienne que dans les duchés de Holstein, de Lauenbourg et de Schleswic		513
26 Avril	Traité de commerce et de navigation avec le Brésil	1828	608

Deux - Siciles.

29 Septr.	Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec la Suisse	1821	4
26 Mai	Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec la Suisse	1823	24
22 Mars	Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec la Suisse	1824	33

Espagne.

8 Mai	Ordonnance relative aux consuls et vice-consuls étrangers	1827	192
16 Octr.	Traité avec la Porte Ottomane conc. la navigation et le commerce de la mer noire		496
28 Octr.	Convention avec la Grande - Bretagne pour l'arrangement définitif des réclamations des sujets britanniques et espagnols, conformément à la convention de Madrid du 12 Mars 1823	1828	747
30 Décbr.	Convention avec la France fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des 29 Janvier, 9 Février, 30 Juin et 10 Décembre de 1824 et la manière de les acquitter		784

Etats - Unis voyez Amérique septentrionale.

France.

1827	30 Janv.	Traité pour régler les limites avec le grand-duché de Bâde (Extrait)	Pag. 123
	10 Mars	Convention avec la Bavière pour l'extradition des déserteurs	132
	30 Mai	Convention avec la Suisse conc. les établissements réciproques, avec les actes y relatifs	216
	6 Juill.	Traité pour la pacification de la Grèce avec la Grande-Bretagne et la Russie	282. 465
	21 Juill.	Convention avec la Prusse conc. la réception réciproque des sujets de la classe ouvrière qui se sont rendus sur le territoire de l'un ou de l'autre état pour y exercer leur métier	292
	18 Juill.	Traité avec la confédération Suisse conc. les rapports de voisinage, de justice et de police	665
	25 Juill.	Convention de cartel avec la Prusse	671
1828	30 Décbr.	Convention avec l'Espagne fixant le montant des sommes dues par l'Espagne à la France et par la France à l'Espagne, en vertu des conventions des 29 Janvier, 9 Février, 30 Juin et 10 Décembre de 1824 et la manière de les acquitter	784

Francfort (Ville libre de).

1828	24 Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc.	691
------	----------	---	-----

Grande-Bretagne.

1826	4 Avril	Protocole relatif aux affaires de la Grèce signé à Petersbourg avec la Russie	40
	26 Décbr.	Traité d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis du Mexique, avec deux articles additionnels	80
1827	19 Janv.	Convention avec S. A. R. l'infante régente de Portugal	114. 461
	6 Juill.	Traité pour la pacification de la Grèce avec la France et la Russie	282. 465
	6 Août	Convention de commerce avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale	476

Table alphabétique.

813

6 Août	Convention avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale conc. le territoire de la côte nord-ouest de l'Amérique	1827
17 Août	Traité d'amitié et de commerce avec le Brésil	477 479
29 Sept.	Convention avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale, relative à l'arbitrage sur les points litigieux du 5 ^{ème} art. du traité de Gand	491
28 Oct.	Convention avec l'Espagne pour l'arrangement définitif des réclamations des sujets britanniques et espagnols conformément à la convention de Madrid du 22 Mars 1823	1828 747

Grèce.

4 Avril	Protocole relatif aux affaires de la Grèce, signé à Petersbourg entre la Russie et la Grande-Bretagne	1826 40
6 Juill.	Traité pour la pacification de la Grèce, conclu entre la Grande-Bretagne, la France et la Russie	1827 282. 468
6 Août	Traité entre l'amiral Codrington et Mehemet-Aly-pacha, pour l'évacuation de la Morée	1828 679

Hambourg.

26 Févr.	Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le Danemarck	1824 31
14 Mars	Convention avec l'Hanovre conc. la restitution des fraix de justice en cas d'extradition des criminels	1827 142
17 Nov.	Traité de commerce et de navigation avec le Brésil	340
20 Décbr.	Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis d'Amérique, avec un article additionnel du 4 Juin 1828	362
13 Juill.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1828 644
4 Oct.	Traité de commerce et de navigation avec la Prusse	742

Hanovre.

1824	2 Juill.	Traité de limites avec le royaume des Pays-Bas	Pag. 379
1826	24 Juin	Rècès principal de liquidation avec le Danemarck conc. le duché de Lauenbourg	47
1827	11 Janv.	Traité avec la ville libre et anséatique de Bremen conc. les rapports de commerce et de navigation et l'établissement d'un port sur la Geeste et le Weser	100
	14 Mars	Convention avec la ville libre et anséatique de Hambourg conc. la restitution des fraix de justice en cas d'extradition de criminels	142
	18 Août	Convention avec la ville libre et anséatique de Bremen conc. l'exécution des dispositions des articles XI, XIII et XIV du traité du 11 Janvier 1827	295
	11 Sept.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	302
1828	20 Mai	Convention avec le grand-duché de Saxe-Weimar conc. l'extradition des criminels	622
	24 Sept.	Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc.	691
	31 Oct.	Convention avec la ville libre de Bremen conc. l'établissement provisoire d'une quarantaine commune	758
	20 Déc.	Convention avec la ville libre et anséatique de Bremen conc. la communication du bourg de Vegesack avec Bremerhaven	772

Hesse électorale.

1822	^{18 Août} _{12 Sept.}	Convention avec le duché de Saxe-Cobourg conc. l'extradition réciproque des vagabonds	5
1823	22 Avril	Convention avec la principauté de Waldeck conc. la réception réciproque des vagabonds	23
1824	6 Mars	Convention avec le duché de Saxe-Meiningen conc. la réception réciproque des vagabonds	34

<u>15 Mars</u>	Déclaration entre la Hesse élect. et le gr.-	1824
<u>13 Fevr.</u>	duché de Weimar conc. la réception ré- ciproque des vagabonds	Pag. 36
3 Mars	Publication conc. l'admission des sujets du royaume de Bavière au privilège des pauvres de faire plaider leurs causes gratis	1827
19 Mars	Convention avec le grand - duché de Wei- mar conc. l'extradition de criminels et d'autres rapports de juridiction crimi- nelle	130 1828
<u>2 Avril</u>	Convention avec la principauté de Wal- deck conc. les délits forestiers, de chasse et de pêche	595 604
<u>12 Juin</u>		
24 Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hano- vre, la Saxe roy., la Saxe gr. - duc., le du- ché de Brunsvic etc.	691
11 Décbr.	Traité avec la Saxe grand-ducale, les duchés de Saxe-Meiningen et de Saxe- Cobourg - Gotha conc. les rapports mu- tuels de commerce	767
	<i>Hesse grand-ducale (Darmstadt).</i>	
<u>15 Juill.</u>	Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec la Suisse	1823 28
<u>29 Sept.</u>		
2 Févr.	Convention avec le grand - duché de Bâde conc. le commerce sur les frontières re- spectives des deux états	1826 38
12 Mars	Convention avec la Russie et la Pologne conc. l'abolition du droit de détraction	137 1827
11 Juill.	Convention additionnelle avec le grand- duché de Bâde conc. les délits forestiers et autres semblables	290
18 Sept.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la con- trefaçon	317
27 Nov.	Convention avec le duché de Nassau conc. les insinuations judiciaires	357
14 Févr.	Traité de commerce et de douanes avec la Prusse	550 1828
20 Mars	Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de juridiction en matières civiles	600

Hesse Hombourg.

1828 24 Sepr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. Pag. 691

Hohenzollern - Hechingen.

1827 23 Juin Traité avec le Wurtemberg conc. les rapports de juridiction 270

1828 8 Janv. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 521

26 Sepr. Règlement de douanes concerté avec la Bavière, le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen 703

Hohenzollern - Sigmaringen.

1827 28 Avril Traité avec le Wurtemberg conc. les rapports de juridiction 178

1^{er} Sepr. Traité avec le grand-duché de Bâde pour régler les rapports de juridiction 303

22 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 353

1828 26 Sepr. Règlement de douanes concerté avec la Bavière, le Wurtemberg et la principauté de Hohenzollern - Hechingen 703

Lippe - Detmold.

1827 19 Juin Déclaration conc. le renouvellement de la convention d'étappes avec la Prusse du 18 Juin 1818 270

20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 332

Lippe - Schaumbourg.

1827 24 Sepr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 319

Table alphabétique. 817

Lubec (Ville libre de).

19 Octr.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1827 330
17 Nov.	Traité de commerce et de navigation avec le Brésil	340
20 Décbr.	Convention d'amitié, de commerce et de navigation avec les Etats-Unis d'Amérique, avec un article additionnel du 4 Juin 1828	362
4 Octr.	Traité de commerce et de navigation avec la Prusse	1828 742

Mecklenbourg - Schwerin.

1 Avril	Convention avec le Danemarc, conc. l'extradition réciproque des criminels et des conscrits réfractaires	1823 16
7 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1827 506
5 Nov.	Déclaration rel. aux mesures concertées avec la Prusse pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes	1828 768

Mecklenbourg - Strelitz.

1 Févr.	Convention avec le Danemarc, conc. l'extradition réciproque des déserteurs et des conscrits réfractaires	1823 7
27 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1827 509

Mexique.

26 Décbr.	Traité d'amitié, de commerce et de navigation avec la Grande-Bretagne, avec deux articles additionnels	1826 80
15 Juin.	Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec le royaume des Pays-Bas	1827 230

; *Naples voyez Deux - Siciles.*

Nassau.

- 1827 11 Avril Bulles conc. l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottembourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1827 et publiées en Nassau le 9 Octobre 1827 Pag. 146
- 6 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 338
- 27 Nov. Convention avec la Hesse grand-ducale conc. les insinuations judiciaires 357
- 1828 27 Mars Convention avec la Prusse conc. les fraix de justice en matières criminelles 602
- 17 Août Convention de cartel avec les Pays-Bas 582
- 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

*Norvège voyez Suède.**Oldenbourg.*

- 1824 28 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le Danemarck 30
- 1827 19 Janv. Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale 113
- 27 Septr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 321
- 1828 23 Mars Publication conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec la Russie 601
- 17 Août Convention de cartel avec le duché de Nassau 682
- 24 Septr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691

*Pape voyez Rome (Cour de).**Pays-Bas.*

- 1828 2 Juill. Traité de limites avec l'Hanovre 379

<u>26 Octr.</u> <u>20 Nov.</u>	Convention avec les royaumes de Suède et de Norvège à l'égard d'une abolition réciproque du droit de détraction	Pag. 78 1826
29 Mai	Déclaration relativement à l'extradition des matelots déserteurs Suédois et Norvégiens	1827 214
15 Juin	Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec les Etats-Unis du Mexique	230
18 Juin	Concordat avec le Pape, avec les bulles et autres pièces qui y sont relatives	242
<u>5 Juill.</u> <u>10 Juin</u>	Déclaration échangée avec la Prusse par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue le 11 Juin 1818, pour le terme de six années	1828 638
20 Décbr.	Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec le Brésil	774

Pérou.

6 Juill.	Traité de paix avec la république de Bolivie	1828 639
----------	--	-------------

Perse.

22 Févr.	Traité de paix avec la Russie signé à Tourkmantschai	1828 564
----------	--	-------------

Porte Ottomane.

28 Mai	Convention avec la Suède, qui accorde aux bâtimens Suédois et Norvégiens le privilège de naviguer sur la mer noire	1827 209
16 Octr.	Traité avec l'Espagne conc. la navigation et le commerce de la mer noire	496

Portugal.

15 Nov.	Edit par lequel S. M. Jean VI, roi de Portugal, a déclaré formellement qu'il reconnoissoit son fils aîné, Don Pedro, comme empereur du Brésil et comme prince royal de Portugal	1825 515
19 Janv.	Convention avec la Grande-Bretagne	114.461 1827

*Provinces unies de Rio de la Plata voyez
Buenos - Ayres.*

Prusse.

1825 4 Avril	Convention avec la Saxe royale en exécution du 1 ^{er} § du XXII ^{eme} art. de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Août 1819, concernant les fondations pieuses	Pag. 411
27 Sept.	Convention avec la Saxe royale pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers y intéressés	434
6 Décbr.	Convention avec la Saxe royale concernant les prétentions réciproques des fondations du royaume et du duché de Saxe	441
28 Décbr.	Convention avec la Saxe royale conc. le partage des fondations locales et privées dans le royaume et dans le duché de Saxe non comprises dans le partage réglé par la convention principale du 28 Août 1819 et par les conventions supplémentaires du 4 Avril et du 27 Septembre 1825	
1827 23 Janv.	Déclaration conc. les mesures concertées avec le duché de Brunsvic pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes	120
11 Mars	Traité de commerce et de navigation avec la Suède et la Norvège	138
19 Juin	Déclaration conc. le renouvellement de la convention d'étapes avec la principauté de Lippe-Detmold le $\frac{18 \text{ Juin}}{15 \text{ Août}}$ 1818	270
9 Juill.	Traité d'amitié, de navigation et de commerce avec le Brésil, avec un art. additionnel du 18 Avril 1828	470
21 Juill.	Convention avec la France conc. la réception réciproque des sujets de la classe ouvrière, qui se sont rendus sur le territoire de l'un ou de l'autre état pour y exercer leur métier	292
16 Août	Ordre de cabinet relatif à la conclusion d'un arrangement avec les différens états de la confédération Germanique pour la protection commune des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	294

- 11 Sepr. Déclaration conc. un arrangement avec l'Hanovre pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 1827
Pag. 302
- 18 Sepr. Déclaration conc. un arrangement avec le Hesse grand-ducale pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 317
- 24 Sepr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Schaumbourg-Lippe pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 319
- 27 Sepr. Déclaration conc. un arrangement avec le duché d'Oldenbourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 321
- 4 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Brunsvic pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 326
- 6 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 327
- 19 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la ville libre et anséatique de Lubec pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 330
- 20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Lippe-Detmold pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 332
- 20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la ville libre et anséatique de Bremen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 333
- 20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Schwarzbourg-Rudolstadt pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 335
- 28 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Saxe royale pour la protection des

1827	droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	Pag. 336
6 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Nassau pour la protection des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	338
7 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	506
22 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	353
26 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Waldeck pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	508
27 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Mecklenbourg-Strelitz pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	509
27 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Saxe-Cobourg et Gotha pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	355
11 Décbr.	Déclaration conc. un arrangement avec le duché d'Anhalt-Dessau pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	511
11 Décbr.	Déclaration conc. un arrangement avec le Danemarck pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon, tant dans la monarchie Prussienne que dans les duchés de Holstein, de Lauenbourg et de Schleswic	573
1828 4 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Bâde pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	576
8 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Saxe-Altenbourg pour la	

	protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	Pag. 519	1828
8 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la principauté de Hohenzollern - Hechingen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	524	
9 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec le duché d'Anhalt - Bernbourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	522	
10 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec les principautés de Reuss - Schleitz et de Reuss - Lobenstein pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	524	
18 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec le grand-duché de Saxe - Weimar pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	526	
18 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la ligne aînée de Reuss - Plauen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	528	
23 Janv.	Déclaration conc. la prolongation de la convention de 23 Juin 1821 relative à la procédure de révision sur l'Elbe, pour un terme ultérieur de six ans	547	
25 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la Saxe royale par rapport à la contrefaçon	546	
7 Févr.	Déclaration conc. un arrangement avec le duché de Saxe - Meiningen pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	549	
14 Févr.	Traité de commerce et de douanes avec le grand-duché de Hesse	550	
19 Févr.	Déclaration conc. un arrangement avec le Wurtemberg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	562	
27 Mars	Convention avec le duché de Nassau conc. les frais de justice en matières criminelles	602	
1 Mai	Traité de commerce et de navigation avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale	615	

1828	2 Juin	Convention avec la Saxe royale conc. le couvent de Joachimstein près de Radmeritz	Pag. 627
	<u>5 Juill.</u> 10 Juill.	Déclaration échangée avec les Pays-Bas par rapport à la prolongation de la convention de cartel, conclue le 11 Juin 1818, pour le terme de six années	638
	13 Juill.	Déclaration conc. un arrangement avec la ville libre de Hambourg pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	644
	17 Juill.	Traité avec les duchés d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau conc. la franchise des sujets réciproques du péage de l'Elbe	653
	17 Juill.	Traité avec les duchés d'Anhalt-Köthen et d'Anhalt-Dessau conc. les rapports mutuels des douanes et du commerce	656
	25 Juill.	Convention de cartel avec la France	671
	4 Octr.	Traité de commerce et de navigation avec les villes libres et anséatiques de Lubeck, de Bremen et de Hambourg	742
	5 Nov.	Déclaration rel. aux mesures concertées avec le grand-duché de Mecklenbourg-Schwerin pour empêcher les délits forestiers dans les forêts limitrophes	763

Reuss-Gritz.

1826	30 Août	Convention avec la Bavière conc. l'obligation au service militaire par rapport aux émigrations	74
1828	24 Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc.	691
	29 Sept.	Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc.	731

Reuss-Lobenstein et Ebersdorf.

1828	10 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et libraires contre la contrefaçon	524
------	----------	--	-----

Table alphabétique.

825

24	Sept.	Traité conc. le commerce entre l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc, le duché de Brunsvic etc.	1828
		Pag. 691	
29	Sept.	Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc.	731
		<i>Reuss-Plauen (ligne aînée de)</i>	
18	Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1828
			528
		<i>Reuss-Plauen (ligne cadette de)</i>	
26	Juill.	Convention avec la Bavière conc. la juridiction en matières de concours des créanciers	1828
			676
		<i>Reuss-Schleitz.</i>	
10	Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1828
			524
24	Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc, le duché de Brunsvic etc.	691
29	Sept.	Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc.	731
		<i>Rome (Cour de)</i>	
16	Août	Bulles conc. l'érection de l'archevêché de	1821
11	Avril	Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottenbourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau	1827
			146
18	Juin	Concordat avec le royaume des Pays-Bas, avec les bulles et autres pièces qui y sont relatives	242
		<i>Russie (et Pologne).</i>	
4	Avril	Protocole relatif aux affaires de la Grèce signé à Petersbourg avec la Grande-Bretagne	1826
			40

1827	12 Mars	Convention avec le grand- duché de Hesse conc. l'abolition du droit de détraction	Pag. 137
	18 Mai	Déclaration relativement à l'abolition du droit de détraction avec le Danemarç	202
	6 Juill.	Traité pour la pacification de la Grèce, avec la Grande-Bretagne et la France	282. 465
1828	22 Févr.	Traité de paix avec la Perse, signé à Tourkmantschâi	564
	26 Févr.	Convention de commerce et d'amitié avec la Suède et la Norvège	572
	23 Mars	Publication conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec le duché d'Oldenbourg	601
	21 Nov.	Convention avec la Bavière conc. l'extension réciproque de la franchise du droit de détraction sur le royaume de Pologne	765

Sardaigne.

1827	8 Mars	Déclaration conc. l'abolition de la gabelle d'émigration et du droit de détraction avec le Wurtemberg	131
	12 Mai	Convention avec plusieurs cantons Suisses au sujet des établissemens réciproques avec les actes y relatifs	193

Saxe (royale).

1825	4 Avril	Convention avec la Prusse en exécution du 1 ^{er} § du XXII ^{ème} art. de la convention principale conclue entre ces deux puissances le 28 Août 1819, concernant les fondations pieuses	411
	27 Sept.	Convention avec la Prusse pour régler les rapports publics des fondations de famille existant dans le royaume et dans le duché de Saxe et pour assurer les droits des particuliers y intéressés	434
	6 Décbr.	Convention avec la Saxe royale conc. les prétentions réciproques des fondations du royaume et du duché de Saxe	441
	28 Décbr.	Convention avec la Prusse conc. le partage des fondations locales et privées dans le royaume et dans le duché de Saxe non comprises dans le partage réglé par la convention principale du 28 Août 1819	

Table alphabétique.

827

	et par les conventions supplémentaires du 4 Avril et du 27 Septembre 1825.	
2 ^o Mars	Déclaration conc. les rapports féodaux et de juridiction avec le duché de Saxe-Altenbourg	1827
	Pag. 143	
28 Octr.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	336
5 Janv.	Déclaration entre la Saxe et le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles	1828 518
25 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse par rapport à la contrefaçon	546
17 Mars	Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles	594
2 Juin	Convention avec la Prusse conc. le couvent de Joachimstein près de Radmeritz	627
24 Septr.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc.	691
29 Septr.	Traité conc. le commerce avec la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc.	731
25 Décbr.	Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septr. 1828	779
25 Décbr.	Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septr. 1828.	781

Saxe-Altenbourg.

2 ^o Mars	Déclaration conc. les rapports féodaux et de juridiction avec la Saxe royale	1827 143
29 Septr.	Convention de cartel avec le duché de Saxe-Gotha	322
8 Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	1828 579

- 1828 24 Sept. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. Pag. 691
- 29 Sept. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731
- 22 Nov. Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles 766

Saxe-Cobourg-Gotha.

- 1822 ^{18 Août}_{12 Sept.} Convention avec la Hesse élect. conc. l'extradition réciproque des vagabonds 5
- 1827 29 Sept. Convention de cartel avec le duché de Saxe-Altenbourg 322
- 27 Nov. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 355
- 1828 24 Sept. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691
- 29 Sept. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg et de Saxe-Meiningen etc. 731
- 11 Décbr. Traité avec la Hesse électorale conc. les rapports mutuels de commerce 767

Saxe-Meiningen.

- 1824 5 Mars Convention avec la Hesse électorale conc. la réception réciproque des vagabonds 34
- 1827 10 Oct. Convention avec le grand-duché de Saxe-Weimar conc. les fraix de justice en matières criminelles 329
- 1828 7 Févr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 549
- 15 Mars Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles et de concours des créanciers 593

Table alphabétique.

829

24	Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic	Pag. 691	1828
29	Sept.	Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg et de Cobourg-Gotha etc.	731	
11	Déabr.	Traité avec la Hesse électorale conc. les rapports mutuels de commerce	767	

Saxe-Weimar.

15	Mars	Déclaration entre la Hesse élect. et le gr. duché de Weimar conc. la réception réciproque des vagabonds	36	1824
13	Févr.			
22	Mai	Convention avec la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen conc. la réception réciproque des vagabonds	204	1827
10	Octr.	Convention avec le duché de Saxe-Meiningen conc. les fraix de justice en matières criminelles	329	
18	Janv.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	526	1828
17	Mars	Convention avec le Wurtemberg conc. les fraix de justice en matières criminelles	594	
19	Mars	Convention avec la Hesse électorale conc. l'extradition de criminels et d'autres rapports de juridiction criminelle	595	
20	Mai	Convention avec l'Hanovre conc. l'extradition des criminels	622	
24	Sept.	Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., le duché de Brunsvic etc.	691	
29	Sept.	Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc.	731	
11	Déabr.	Traité avec la Hesse électorale conc. les rapports mutuels de commerce	767	
25	Déabr.	Traité d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828	779	

- 1828 25 Décbr. Traité ultérieur d'accession de la principauté de Schwarzbourg-Sondershausen au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 Pag. 781

Schwarzbourg - Rudolstadt.

- 1827 20 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 335
- 1828 24 Sepr. Traité conc. le commerce avec l'Hanovre, la Saxe roy., la Hesse élect., la Saxe gr.-duc., le duché de Brunsvic etc. 691
- 29 Sepr. Traité conc. le commerce avec la Saxe roy., la Saxe gr.-duc., les duchés d'Altenbourg, de Cobourg-Gotha et de Saxe-Meiningen etc. 731

Schwarzbourg - Sondershausen.

- 1827 22 Mai Convention avec le grand-duché de Saxe-Weimar conc. la réception réciproque des vagabonds 204
- 6 Octr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon 327
- 1828 25 Décbr. Traité d'accession au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 779
- 25 Décbr. Traité ultérieur d'accession au traité de commerce conclu à Cassel le 24 Septembre 1828 781

Suède et Norvège.

- 1823 7 Mars Convention avec le Danemarck conc. la réception réciproque des criminels et des vagabonds en Danemarck et en Norvège 14
- 1826 ^{26 Octr.}
_{20 Nov.} Convention avec les Pays-Bas à l'égard d'une abolition réciproque du droit de détraction 78
- 1827 14 Mars Traité de commerce et de navigation avec la Prusse 138

28 Mai	Convention avec la Porte, qui accorde aux bâtimens Suédois et Norvégiens le privilège de naviguer sur la mer noire	1827
29 Mai	Déclaration signée entre la Suède et les Pays-Bas relativement à l'extradition des matelots déserteurs	209 214
4 Juill.	Traité d'amitié et de commerce avec les Etats-Unis de l'Amérique septentrionale	271
$\frac{25}{14}$ Févr.	Convention de commerce et d'amitié avec la Russie	1828 572

Suisse.

29 Septr.	Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec le roy. des Deux-Siciles	1821 4
26 Mai	Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec le roy. des Deux-Siciles	1823 24
$\frac{15}{29}$ Juill. / Septr.	Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction avec le grand-duché de Hesse	28
22 Mars	Déclaration conc. l'abolition du droit d'aubaine avec le roy. des Deux-Siciles	1824 33
12 Mai	Convention avec la Sardaigne au sujet des établissemens réciproques, avec les actes y relatifs	1827 193
30 Mai	Convention avec la France conc. les établissemens réciproques, avec les actes y relatifs	216
10 Décbr.	Déclaration conc. l'abolition du droit de détraction et de la gabelle d'émigration avec le Danemarck	358
14 Juill.	Traité avec l'Autriche conc. l'extradition réciproque des criminels	1828 646
18 Juill.	Traité avec la France conc. les rapports de voisinage, de justice et de police	665

Waldeck.

25 Août	Convention avec le Danemarck conc. l'abolition du droit de détraction	1820 1
22 Avril	Convention avec la Hesse électorale conc. la réception réciproque des vagabonds	1823 23
26 Nov.	Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits	1827

	des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	Pag. 508
1828	$\frac{2 \text{ Avril}}{12 \text{ Juin}}$ Convention avec la Hesse électorale conc. les délits forestiers, de chasse et de pêche	604

Wurtemberg.

1826	26 Nov. Ordonnance de S. A. R. le Grand-duc de Bâde conc. le commerce avec le royaume de Wurtemberg	36
	15 Avril Convénition avec le grand-duché de Bâde conc. le commerce sur les frontières respectives des deux états	44
1827	8 Mars Déclaration conc. l'abolition de la gabelle d'émigration et du droit de détraction avec la Sardaigne	131
	11 Avril Bulles conc. l'érection de l'archevêché de Fribourg en Brisgau, de l'évêché de Rottembourg en Wurtemberg et de Limbourg sur Lahn en Nassau, données le 16 Août 1821 et le 11 Avril 1827 et publiées en Wurtemberg le 24 Octobre 1827	146
	12 Avril Traité de commerce et de douanes avec la Bavière	167
	28 Avril Traité avec la principauté de Hohenzollern-Sigmaringen conc. les rapports de juridiction	178
	23 Juin Traité avec la principauté de Hohenzollern-Hechingen conc. les rapports de juridiction	270
1828	5 Janv. Déclaration entre le Wurtemberg et la Saxe roy. conc. les fraix de justice en matières criminelles	578
	18 Janv. Traité fondamental de douanes avec la Bavière	529
	19 Févr. Déclaration conc. un arrangement avec la Prusse pour la protection des droits des auteurs et des libraires contre la contrefaçon	562

Table alphabétique.

833

15 Mars	Convention avec le duché de Saxe-Meiningen conc. les fraix de justice en matières criminelles et de concours des créanciers	1828
		Pag. 593
17 Mars	Conventions avec la Saxe royale, le grand-duché de Weimar et le duché de Brunsvic conc. les fraix de justice en matières criminelles	594
20 Mars	Convention avec le grand-duché de Hesse conc. les fraix de justice en matières civiles	600
26 Sept.	Réglement de douanes concerté avec la Bavière et les principautés de Hohenzollern-Hechingen et de Hohenzollern-Sigmaringen	703
22 Nov.	Convention avec le duché de Saxe-Altenbourg conc. les fraix de justice en matières criminelles	766

E r r a t a.

Pag. 242	ligne 12	au lieu de	roraume	lisez	royaume
— 317	— 10	— —	ducate	—	Ducale
— 516	— 33	— —	entre	—	contre.
